Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

17. 4 56. vol. 2. 16

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

STADT. KUNSTBIBLIOTHEK 1906

Inhalt:

Politische Glossen 417
Rohrbach, Sieg! 419
Roloff, Zeitgenössische Kriegsliteratur 422
Bornhak, Polens geschichtliche Grenzen 427
Strahl, Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum 432
Havekoß, Zwei Schlagworte 440
Linter, Die englische Kriegsfinanzierung 443
Notizen 446

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 5. April 1918 Heft 14

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

D1
.D45
V.3
APR.-JUNE
1918

50 Mark jährliche Zinsen

zahlt das Reich für jede 1000 Mark Kriegsanleihe. So legst Du Dein Geld mündelsicher und hochverzinslich an.

Zeichne!

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

3. Jahrgang • 5. April 1918 • Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Schlacht, die sich im Westen weiterwälzt und in einer Woche das stärkste Verteidigungssystem zersprengte, ist die gewaltigste Einleitung des Riesenkampfes, der, so hoffen wir, dem Krieg sein Ende bringen soll. Noch wird man sich hüten müssen, die politische Auswirkung des gewaltigen militärischen Geschehens erfassen zu wollen. In Frankreich wie in England wird unter dem Druck der Not ein Clemenceau und Lloyd George, den beiden verantwortlichen Führern der Entente, die Anhängerschaft des Krieges bis zum äußersten empordrängen, um die von den furchtbaren Schlägen wankende Stellung zu stützen. Die Not der militärischen Krisis wird alle Zerrissenheit vergessen lassen, jetzt, für die nächsten Wochen, bis zu einem Augenblick, da die Spannung versagen wird, da die Bänder, die jetzt als neue Fessel um die Völker sich winden, zerbrechen. Dieser Augenblick entscheidet vielleicht über die Zukunft Europas, die jetzt blutig und siegreich vorbereitet wird. Er möge unser Volk ruhig, klar, kraft- und siegesbewußt und seiner weltgeschichtlichen Aufgabe sicher finden.

*

Spürt man in den neutralen Staaten, daß der deutsche Sieg keine Gefährdung, sondern Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit bedeuten wird? Die Welt wird in der von der Entente abhängigen Presse widerhallen, zum soundsooften Male, von der furchtbaren Maschine des deutschen Militarismus, der die Erde in seine Gefolgschaft zwingen wolle, aber ist es nicht so, daß Holland freier atmen kann, seit die Schlacht von Cambrai geschlagen wurde? Nicht als ob Wilson und Cecil erschrocken sich ihrer Übergriffe schämen würden — im Gegenteil, die kleinen Staaten werden vielleicht erfahren, daß mit der militärischen Ohnmacht die moralische Gewalttätigkeit sich steigert. Die Verwahrung, die die holländische Regierung jetzt nach Washington gerichtet hat, zeigt stärkere Kraft als jenes Nachgeben der ersten Kundgebung. Freilich: der kleine Staat kann nicht viel mehr tun als dem Gewalthaber, der das engumschriebene amerikanische Staatsinteresse als das neue Recht der Welt proklamiert, die ganze Hohlheit seiner „Prinzipien" ins Gesicht werfen; er spricht dabei für alle andern. Die Lehre muß für ihn sein, daß Macht etwas anderes ist wie Gewalt. Die

Digitized by Google

deutsche Macht, die sich neu gefestigt und im Bewußtsein der klar Sehenden vertieft hat, wird der Anker für alle Staatsgebilde sein, deren Lebensmöglichkeiten von brutalen Willkürlichkeiten gefährdet sind.

*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verkündete kürzlich der erstaunten deutschen Öffentlichkeit, daß ein Protest der Vertreter der estnischen Republik ergangen wäre. Diese Anerkenntnis der sieben Männer, die sich wenige Tage vor Einzug der bekanntlich gleichermaßen von Deutsch-Balten und Esten zu Hilfe gegen den Bolschewismus gerufenen deutschen Truppen auf englischen Rat zu einer estnischen Regierung zusammengeschlossen hatten, ist kein Eigengewächs des offiziösen Blattes, sondern Frucht vom Baum des Auswärtigen Amtes. In Stockholm amtet nämlich Geheimrat Riezler, der Estland dem „wiedererstarkenden" Rußland als Morgengabe überreichen will. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die estnische Deputation, die für eine Autonomie der Esten unter Deutschland eintreten wollte, vom Unabhängigkeitswunsch erfaßt, jetzt Proteste schreibt. Obgleich die Politik der Konzessionen an Rußland, wie das Beispiel Protopopow zur Genüge bewiesen, gescheitert ist, lüstet es augenscheinlich immer noch Diplomaten, auf diese wacklige Brücke zu treten. Man könnte geneigt sein, diesen Sondersport unberücksichtigt zu lassen, zumal die deutsche Publizistik keine Hilfswache für waghalsige Diplomaten ist, wenn nicht dadurch Unklarheiten in unsere Schutzstellung den neuen Staatsgebilden gegenüber hineinkäme.

*

Riga ist dem Beispiel Kurlands gefolgt. Die dortige noch aus den Zeiten vor dem Kriege stammende Stadtverordneten-Versammlung hat, gleich Kurland, für den Anschluß Rigas an Deutschland gestimmt und dabei auch den Wunsch ausgesprochen, nicht von Estland und Livland getrennt zu werden. Besonders erfreulich ist es, daß dieser Beschluß auch von 18 lettischen Stadtverordneten gefaßt worden ist, und daß die von den Letten aufgestellten Wünsche — Berücksichtigung der lettischen Sprache in Schule und Gericht und Nichtausdehnung der deutschen Kolonisation auf den lettischen Kleingrundbesitz — von den deutschen Stadtverordneten unterstützt wurde.

*

Zu Anfang des Krieges sprach Adolf Wagner die Hoffnung aus, daß auch Dorpat, wo er als junger Gelehrter gewirkt hatte, deutsch werden möge, wie 1870 Straßburg, das er als Student noch als „französische" Grenzstadt besuchen mußte. Jetzt ist diesem Wunsch Erfüllung geworden. Prof. v. Harnack ruft in den „Preußischen Jahrbüchern" die deutschen Universitäten auf, sich an die Spitze einer Stiftung zu stellen, die der schwergeprüften neuen Schwester überreicht werden soll, damit sie sich von den Wunden des Krieges erholen könne. Der deutsche Krieg, der schon eine polnische Universität in Warschau und eine flamische in Gent geschaffen, soll jetzt sein Befreierwerk durch eine deutsche Universität in Dorpat krönen.

Digitized by Google

Sieg!

Von Dr. Paul Rohrbach

In meinem Hause wird allabendlich ein Kindergebet gesprochen, das so lautet:

Lieber Gott, wir bitten dich sehr,
Stell deine Engel um uns her,
Stell sie um unsere Kammerwand
Und um das ganze deutsche Land.
Stell sie um unsere Soldaten im Feld,
Daß sie bestehen gegen alle Welt.
Sei ihr Schutz in der großen Schlacht,
Stehe mit ihnen auf der Wacht!
Halte zu Wasser und halte zu Land
Über uns deine allmächtige Hand,
Daß die Feinde mit Schrecken sehn:
Deutschland kann nicht untergehn!

Diese Bitte im Krieg ihres Volks lehrten sich in vorigem Sommer deutsche Mädchen in einem freundlichen Hause auf der Insel Seeland. Man hatte sie dorthin eingeladen, damit sie sich abseits von allem Streit der Großen über neutral und nichtneutral, über Teilnahme für Deutschland oder seine Gegner, als unschuldig von der Not der Zeit getroffene Kinder eine Weile kräftigen könnten. Niemand wehrte ihnen das Gebet für die Heimat auf dem Boden des gastfreundlichen fremden Landes, das als eine wirkliche Insel des Friedens inmitten des Weltkrieges dalag. So sieht im deutschen Hause Deutschlands Militarismus aus. In solchen Gebetsworten lebt das wahre und tiefe Empfinden des Volkes: man hat uns angegriffen, wir kämpfen um Leben und Freiheit, Ehre und Gut, und Gott wird uns nicht vergehen lassen.

Mag sein, daß es auch deutsche Stimmen gibt, die anders klingen. Ich weiß, daß man in England und Frankreich, in Italien, Amerika und sonst in der Welt ganze Bibliotheken geschaffen und sie gefüllt hat mit Zeugnissen aus unserem politischen Schrifttum für das deutsche Streben nach Weltherrschaft und für die deutsche Anbetung der Gewalt. Sie sind da, diese Stimmen, man kennt sie und weiß, wie unendlich sie der deutschen Sache geschadet haben; wieviel verlorene Schlachten diese Art Literatur für Deutschland bedeutet. Man muß sich auch ernstlich und ausführlich mit ihr auseinandersetzen, aber den wirklichen deutschen Geist bringt sie nicht zum Ausdruck. Das Gewissen des deutschen Volks als Ganzes ist rein vom Vorwurf, Gewalt und Eroberungen zu lieben. Wir lieben weder eins noch das andere, aber wenn man uns überfällt, so verstehen wir zu fechten und zu siegen. Wollte Gott, es wäre uns außer der Siegerkraft auch noch die Fähigkeit gegeben, in geschickten und ehrlichen Worten der Welt klarzumachen, daß wir nicht allein für uns, sondern auch für die Freiheit und Zukunft vieler anderer Völker siegen, großer und kleiner. Da aber

Digitized by Google

stockt die Fähigkeit des Deutschen. Wir haben große Feldherrn und Krieger, die zu kämpfen, zu siegen und zu sterben wissen, aber unsere politischen Leiter sind hilflose Stümper, wenn sie die gute Sache Deutschlands hell ans Licht stellen sollen, und redet ihnen jemand von moralischer Offensive, so scheinen sie überhaupt nicht zu wissen, was man von ihnen will.

Über alle Begriffe erhebend ist die reine und tiefe Freude über den Erweis der Kraft, den unser Heer jetzt in der großen Schlacht in Frankreich geliefert hat. So etwas nach fast vier Jahren Krieg noch zu erleben, ist überwältigend. Der Feind, der hier vor allem geschlagen wurde, England, ist Jahr für Jahr stärker geworden, hat sich geübt und gerüstet, hat die Erfahrung unzähliger schwerer Kämpfe gesammelt, hat Idee und Praxis der „Materialschlacht" bis aufs höchste entwickelt und ihn durch eine tapfere, gut geschulte Armee von Millionen von Streitern im Felde und in der Heimat zu stützen vermocht. Die ganze Welt ist England für seinen Kampf dienstbar, aus allen Erdteilen und über alle Meere fließen ihm Mittel und Kräfte zu. Wir aber haben nichts als unseren eigenen, immer mehr angegriffenen, immer schärfer ausgepreßten Vorrat an Menschen und Material zur Verfügung. Immer schwerer wurde das Heranschaffen, immer mehr galt es mit Ersatzmitteln wirtschaften, immer stärker mußten die jüngsten und die ältesten Jahrgänge der Dienstfähigen heran, und von Monat zu Monat wurde unnachsichtlicher gemustert, wer noch für dienstfähig gelten mochte. Und trotzdem dieser beispiellose Sieg! So etwas ist nur ein Volk zu leisten fähig, das über unendliche Reserven an innerer Kraft verfügt — ein Volk, dessen Väter und Mütter mit ihren Kindern am Abend zusammen beten können, wie oben steht.

Wir wollen hier nicht fragen, was nun militärisch hinter dem Sieg in Frankreich kommen wird, wie weit wir ihn noch werden verfolgen können, und wie nahe er die Friedensbereitschaft der Gegner bringen mag. Eine Sache aber wollen wir uns klar machen, die er sicher bringt. England ist besiegt. Bald 100 000 Gefangene und weit über 1000 Geschütze in der Feldschlacht zu verlieren und aus den stärksten Stellungen geworfen zu werden, die die Welt gesehen hat, das ist eine Niederlage, die niemand mehr wird abstreiten können, auch England nicht. Die Engländer haben bisher gesagt, sie seien nie in diesem Kriege, ja eigentlich überhaupt noch nie, besiegt worden. Man kann darüber streiten, ob sich das so halten läßt, aber jedenfalls war bisher die Welt geneigt, es den Engländern so zu glauben. Damit ist es nun vorbei. Die englische Niederlage dröhnt durch alle Länder. Man kennt sie heute schon in Indien, in Persien, am La Plata. Die Welt weiß, England ist besiegbar, und die Deutschen haben die Engländer aufs Haupt geschlagen. Mochte man den Mißerfolg der englischen Flotte vor dem Skagerak nach außenhin bemänteln können — mit der Schlacht in Frankreich geht das nicht mehr. Englands Weltmacht ruhte bisher auf zwei gleich starken Pfeilern: erstens auf der wirklichen militärischen Stärke der Engländer zu Wasser und zu Lande, und zweitens auf dem Glauben aller Völker, daß England

Digitized by Google

unüberwindlich sei. Das werden die Völker von jetzt an nicht mehr glauben. In der Schlacht in Frankreich haben wir nicht nur die englischen Kanonen und Vorräte erobert, sondern auch eine entscheidende Verbesserung unserer Position für die Zeit nach dem Frieden gewonnen, wo es gelten wird, unsere zerstörten Beziehungen im Verkehr mit den übrigen Völkern diesseits und jenseits des Ozeans wieder aufzubauen. Dies Volk, die Deutschen, ist stark genug gewesen, Rußland zu zertrümmern, und dann im vierten Kriegsjahr noch das überreich ausgerüstete englische Millionenheer derart zu schlagen. Diese Worte werden fortan unsichtbar vor jedem Deutschen hergehen, der draußen in der Welt arbeitet; vom Engländer aber wird es heißen: er kämpfte tapfer, aber er wurde geschlagen und floh! Nachdem das einmal geschehen ist, wird es den Engländern nicht mehr möglich sein, so stark wie bisher vom politischen Kredit zu leben. Man wird auch ihnen gegenüber, wo sie auftreten, ihre Forderungen stärker nach ihrem politischen Barzahlungsvermögen bewerten; unser Kredit dagegen wird wachsen. Mochten die Engländer sich vor der großen Niederlage in Frankreich der Hoffnung hingeben, daß die ganze Zerstörungsarbeit, die sie bisher an den deutschen Wirtschaftsbeziehungen über See vollbracht haben, ihnen wie geplant zugute kommen und Deutschland das Verlorene nicht wieder einbringen würde, so ist auch daran jetzt nicht mehr zu denken. Hinter dem deutschen Kaufmann, der in den asiatischen, afrikanischen oder amerikanischen Ländern wieder erscheint, sobald es Frieden gibt, wird noch auf lange hinaus der Sieg stehen, der auf dem trichterzerwühlten Gelände an der Somme über die ganze beispiellose Rüstung Englands erfochten wurde.

Um die Vernichtung Deutschlands als Rivalen ging es den Engländern. Ich habe das vorige Mal das Wort von Stegemann angeführt: Der Krieg, der von England zu einem politischen Ideenkrieg umgeprägt worden sei, werde doch in Wahrheit „um die Welthandelsherrschaft und das im angelsächsischen Sinne zu ordnende europäische Gleichgewicht" geführt. Angelsächsisches Gleichgewicht heißt „Gleichgewicht" ohne Wettbewerber. So hat es auch ein Engländer, wenngleich von irischer Herkunft, gesagt, Bernard Shaw, dessen Aufsatz „Der letzte Sprung des alten Löwen" neulich in der „Nordd. Allgem. Zeitung" abgedruckt war. Darin heißt es:

Seit Jahrhunderten schon sinnt der Löwe auf das eine Ziel: niemand soll größer sein zu Lande als England, niemand so groß wie England zur See. Ob ein Rivale besser oder schlechter sei als England, war dem Löwen immer nichts. Als Waterloo geschlagen und genommen war, schrieb Byron: „Tut mir verflucht leid!" Die Schwärmer für Freiheit und Menschlichkeit sahen entsetzt, wie englische Waffen auf den Trümmern von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Inquisition wieder aufrichteten und den Thron einer unheilvollen, abgelebten Dynastie restaurierten. Was schert's den Löwen! Englands Gegner lag im Staube; England war Herrin der See; Englands Heerführer (zwar nur ein Irländer, aber was macht's!) war Herr von Europa. Könige wagten in seiner Gegenwart nur wie verängstigte Schulbuben zu flüstern; England, gleichviel, ob zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls ganz und gar England, in seiner angeborenen Verderbtheit und Gewalttätigkeit, wie auch in seiner angeborenen Größe und seinem Ruhm, war echt englisch aus dem Kampf hervorgegangen und hielt das Gleich-

Digitized by Google

gewicht der Macht in seiner Hand. Hundert Jahre lang wußte kein Engländer mehr, was es heißt, vor der Möglichkeit eines feindlichen Einfalls zu erbleichen. Zwei Generationen hindurch lag der Löwe, sonnte sich und witterte keinen Feind, den ein Schlag seiner Tatze nicht hätte niederschlagen können!

Da erhob sich ein neuer Rivale. Furchtbarere Schlachten denn Waterloo wurden gegen den gleichen Feind geschlagen; aber nicht England war der Sieger. Der Löwe richtete sich auf und begann zu lauschen. Jener alte Instinkt wurde wieder in ihm wach. Aus weiter Ferne schlug der Klang an sein Ohr: „Deutschland, Deutschland über alles!", und in seinem Innern sprach er: „Nicht bei meinen Lebzeiten!" Der Rivale baute ein Kriegsschiff, baute noch ein Kriegsschiff, und dann noch eins; offene Herausforderung der Beherrscherin der Meere! Da war es aus. Von dem Augenblick an fragte es sich nur noch, wann der Löwe zuspringen würde. Denn ein Löwe, der von jener einen einzigen Idee erfüllt ist, dem seine Lebensinteressen so tief in den Eingeweihten sitzen, muß verschlagen sein: er muß unter allen und jeden Umständen gewinnen, und wenn er noch so lange lauern müßte bis zum rechten Augenblick . . .

Und der Löwe kauert zum Sprung. Fast noch ehe er ganz fertig ist, läßt der Teufel von günstigem Geschick den Erzherzog von Mörderhand fallen, und Österreich sieht Serbien endlich in seiner Hand. Österreich stürzt sich auf Serbien, Rußland auf Österreich, Deutschland auf Frankreich; und nun endlich stürzt sich auch der Löwe mit mächtigem Gebrüll auf seine Beute und gräbt im Nu seine Fänge und Pranken in den Leib seiner Rivalen. Nicht für alle Pazifisten und Sozialisten der ganzen Welt läßt er den jetzt wieder los, bis er selbst entweder tot am Boden liegt oder aber wieder auf seinem Piedestal von Waterloo!

Das wurde geschrieben im Dezember 1914. In der englischen Presse wurde es bisher verheimlicht. Die Schlacht in Frankreich wird aber diesmal kein Waterloo werden. Der letzte Sprung des alten Löwen, meint Bernard Shaw, sollte auch sein bester werden, hinter dem er keinen mehr zu tun brauchte, weil der Rivale erwürgt war. Jetzt aber zeigt sich, daß der Sprung über den Kanal nicht geglückt ist. Mit einer furchtbaren Kraftanstrengung — furchtbar in jedem Sinne! — drängen wir den Löwen wieder gegen den Kanal, über den er hinübergesetzt ist. Der Sieg mit der Waffe ist unser. So groß er aber auch ist — er ist doch erst der halbe Sieg. Alle Opfer und alle Erfolge in diesem Kriege werden nur halb, wenn wir nicht imstande sind, aus ihnen heraus auch Siege für die moralische Weltstellung Deutschlands zu gewinnen. Hindenburg und Ludendorff haben ihr Heldenwerk getan und tun es weiter. Wo ist nun der Generalstab für die geistige Offensive Deutschlands?

Zeitgenössische Kriegsliteratur

Von Professor Dr. Gustav Roloff, Gießen

Bei einem Blick auf die Ereignisse der letzten vier Jahre könnte man daran verzweifeln, daß sich je ein Historiker zutrauen dürfte, eine wissenschaftliche Darstellung des Weltkriegs zu geben. Über welche Fülle militärischer, wirtschaftlicher und politischer Kenntnisse wird er verfügen müssen, um die ungeheuren Vorgänge intellektuell zu erfassen, und welche Darstellungskraft wird es erfordern, eine Anschauung

Digitized by Google

des Geschauten und Ergriffenen zu vermitteln. Vielleicht werden dabei die eigentlich kriegerischen Ereignisse weniger Schwierigkeiten bieten als die Dinge hinter den Fronten: das Wirtschaftsleben der Völker, die Bewegungen der öffentlichen Meinung, die Folgen des Krieges für die Verfassung und Verwaltung der Staaten, seine Wirkung auf das Völkerrecht und was dergleichen mehr ist. Und welche Masse von Stoff wird zu bewältigen sein, ehe man zu einer Anschauung durchdringen kann. Die Quellen werden in einer Stärke fließen, daß der einzelne im Strom zu ertrinken fürchten mag. Aber vielleicht wird die Aufgabe der Quellensammlung und Sichtung noch der geringste Teil der Aufgabe sein, denn hier wird die gelehrte Organisationsarbeit einsetzen und dem Forscher wie Darsteller viel Mühe ersparen. Manche solcher Vorarbeiten, wie über die Kriegswirtschaft und die militärischen Angelegenheiten, sind ja schon von den Behörden in Angriff genommen worden, und es ist anzunehmen, daß ähnliches auch in anderen Staaten unternommen worden ist. Man darf sogar hoffen, daß die gleichen Bestrebungen hüben und drüben manchen durch den Krieg abgerissenen Faden wieder knüpfen werden. Neben den amtlichen historiographischen Vorbereitungen gibt es auch bereits zahlreiche private, die teils durch den Krieg erst hervorgerufen sind, teils an schon bestehende Unternehmungen anknüpfen; ich nenne nur den „Europäischen Geschichtskalender" (München, Oskar Beck), der mit seiner knappen Auswahl der wichtigsten Ereignisse sich auch für die Kriegszeit als zuverlässiger Führer bewährt, die in demselben Verlag erschienene „Chronik des Deutschen Krieges", eine Sammlung der Tagesberichte, offiziösen Mitteilungen und dergleichen, und die französische Publikation Recueil des Communiqués officiels des gouvernements et états majors de tous les belligérants. (Paris, Payot.) Die Darstellungen beschäftigen sich wie begreiflich vornehmlich mit den militärischen Ereignissen und der politischen Vorgeschichte des Krieges, die übrigen Fragen treten einstweilen noch zurück. In den Schilderungen wiederum herrschen die Spezialstudien vor; nur wenige haben es bisher gewagt, eine Gesamtgeschichte des Krieges zu geben. An der Spitze dieser zeitgenössischen Kriegshistoriker steht ohne Zweifel das Buch von Hermann Stegemann, „Geschichte des Krieges" (Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1915 und 1917). Der Verfasser, der sich schon durch seine Betrachtungen im Berner „Bund" einen guten Namen gemacht hat, besitzt die Eigenschaften, die eine solche Aufgabe erfordert: Fleiß und Findigkeit in der Sammlung aller möglichen Nachrichten aus offiziellen und privaten Quellen, tüchtige militärische Kenntnisse, große Gestaltungskraft und ein unbefangenes, an Clausewitz geschultes Urteil. Das Ziel des auf vier Bände berechneten Werkes, von dem bisher zwei (444 und 500 Seiten stark) erschienen sind und die Ereignisse bis zur Winterschlacht in Masuren umfassen, ist vornehmlich die Aufdeckung der großen strategischen Zusammenhänge, die Darstellung der großen Kombinationen und der Ereignisse, die sie erfüllt, durchkreuzt oder verhindert haben. Die taktischen Einzelheiten können bei der ungeheuren Fülle weniger

Digitized by Google

berücksichtigt werden, aber sie werden genügend geschildert, um die wichtigsten Truppenbewegungen, die charakteristischen Eigenschaften der einzelnen Waffen, den Verlauf der Gefechte erkennen zu lassen. Stets hat sich der Verfasser von dem Wort, „die Kritik ist leicht, die Kunst schwer", leiten lassen und überall, wo er auf Fehler, die von dem nachlebenden Forscher mit Hilfe zahlreicher, dem Handelnden verschlossener Kenntnisse leicht festzustellen sind, hinweist, billige Worte des Tadels vermieden, dagegen nirgends für hervorragende Leistungen von Führern und Truppen mit Worten der Bewunderung gespart. Mit welchen Empfindungen er der Hindenburgschen Strategie gegenübersteht, braucht nicht erst gesagt zu werden, aber auch der feindlichen wird er gerecht, und die Hauptpersönlichkeiten der Feinde, Joffre und Nikolai Nikolajewitsch, scheint er richtig zu charakterisieren: beide gewiß keine genialen Naturen, weder in der Kühnheit und Originalität ihrer Konzeptionen noch in der blitzartigen Erfassung und Beherrschung der Vorgänge mit Hindenburg oder einem anderen Feldherren ersten Ranges zu vergleichen, aber doch beides Männer von ungewöhnlichen Gaben und großer Fähigkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu benutzen: Joffre, der kühle und sichere Rechner, der die trefflichen französischen Verbindungen und Verkehrsmöglichkeiten nach den anfänglichen Niederlagen so geschickt ausnutzt, daß er den moralisch überlegenen Deutschen den Sieg entreißen und seine Landsleute mit dauernder Zuversicht beleben kann; der Großfürst, der unbändige Willensmensch, der sich durch die Schläge in Ostpreußen und Polen nicht beugen läßt, sondern unermüdlich mit dem Menschenreichtum Rußlands neue Ansätze macht, das Schicksal zu zwingen. Man gewinnt aus Stegemanns Darstellung aufs neue den Eindruck, daß die Hauptschwäche der russischen Armee in der mangelhaften Unterführung und der qualitativen Unzulänglichkeit der Truppen lag. So ermöglichte Rennenkampfs Stehenbleiben zwischen Gumbinnen und Königsberg die Vernichtung des isolierten Samsonow bei Tannenberg, und nach dem Rückzuge Hindenburgs von Warschau nach der preußischen Grenze wurden den Russen schlechte Aufklärung und ungenügende Manövrierfähigkeit verderblich. Sie bewirkten, daß Mackensens Flankenstoß bei Kutno den Vormarsch der an Zahl weit überlegenen russischen Armee hemmte und in der Folge den ganzen Plan des Großfürsten, mit seinem riesigen strategischen Zentrum in Schlesien und Mähren einzubrechen, zerriß.

Es ist selbstverständlich, daß der Verfasser nicht mit dem Anspruch auftritt, das letzte Wort sprechen zu wollen. Für eine abschließende Darstellung fehlt, um nur eins zu erwähnen, vor allem die Möglichkeit, Stärke und Verluste der Parteien genau zu berechnen, was für eine sichere Erkenntnis ihrer Absichten und Erfolge unerläßlich ist. Auch im einzelnen mag man hier und da mit ihm rechten. So möchte ich hinter die Darstellung des Kriegsrats von Compiègne am 29. August, der den Rückzug bis zur Marne beschloß, ein Fragezeichen setzen. Namentlich der Rücktritt der französischen Regierung kann nicht mit den Beschlüssen von Compiègne zusammenhängen, wie

Digitized by Google

Stegemann meint, da er drei Tage früher erfolgt ist. Auch die Vermutung des Verfassers, daß Hindenburg im Januar 1915 eine doppelte ungeheure Umfassung der gesamten russischen Armen geplant habe — durch den Angriff in Masuren und den Vorstoß in den Karpathen — erscheint mir problematisch; ebensogut kann man in dem Karpathenunternehmen nur eine aktive Verteidigung ohne so weit gestecktes Ziel sehen. Aber das sind Fragen, die später noch manche Erörterung hervorrufen werden.

Mit besonderer Belehrung wird das große Publikum die Darstellung der ersten Kriegswochen lesen. Anschaulich wird da geschildert, wie die Mittelmächte, numerisch ihren Feinden bei weitem nicht gewachsen, versuchen mußten, dies Mißverhältnis durch eine schleunige Offensive wettzumachen, die Deutschen nach Belgien und Frankreich, die Österreicher nach Polen. Die verbündete Heeresleitung hoffte, im Westen die feindlichen Streitkräfte kampfunfähig zu machen und im Osten wenigstens die ersten russischen Armeen empfindlich zu schlagen, ehe die Truppen aus Innerrußland und Sibirien heran sein konnten. Der Gedanke konnte nicht völlig durchgeführt werden, weil die russische Mobilisierung weiter vorgeschritten war, als man in Berlin und Wien wußte, und die Truppen der Mittelmächte für die östlichen Aufgaben daher zu schwach waren. Die Notwendigkeit, die östlichen Armeen zu verstärken, erzwang dann die Schwächung der westlichen um rund 100 000 Mann, die dann in der Marneschlacht fehlten. Obgleich nach Stegemann die Deutschen bis zum 9. September große taktische Vorteile erfochten hatten, vermochten sie nicht, sie zu vollenden. Die österreichisch-ungarische Armee wurde von noch härterem Geschick betroffen. Sie mußte nach Kühn vorgetragener Offensive und anfänglichen Erfolgen vor dem russischen Massendruck unter schweren Verlusten bis hinter Przemysl zurückweichen und wurde erst von dem russischen Alp erlöst, nachdem Hindenburg Ostpreußen befreit hatte und in Polen eingebrochen war. Erst nachdem durch die Verluste in Polen und der Masurenschlacht die russischen Streitkräfte gewaltig vermindet und die der Mittelmächte infolge neuer Aushebungen vermehrt worden waren, begann sich ein besseres Kräfteverhältnis herzustellen. Zweierlei predigt die Geschichte des ersten Kriegsjahres mit unvergeßlicher Kraft: daß die Verbündeten, insbesondere Österreich-Ungarn, nicht mit genügender kriegerischer Rüstung in den Kampf eingetreten sind, und daß Ostpreußen eine exponierte und für den Gesamtstaat gefährliche Grenze hatte: ungehindert konnte der Feind hinter den Narewfestungen seine Massen versammeln, die offene Grenze überschreiten, und falls er keinen Hindenburgischen Widerstand fand, in breiter Front die Weichsel angreifen. Und diese hätte sich dann schwerlich dauernd halten lassen.

Stärkere Einwände als gegen den militärischen Teil lassen sich gegen den politischen erheben. Nur weniges will ich anführen. Der deutsch-französische Gegensatz ist mit den Worten „um Elsaß-Lothringens willen" nicht erschöpfend charakterisiert, da er viel älter und tiefer ist: er beruht auf dem Widerwillen der Franzosen gegen die deutsche nationale Einheit; aus dem von den Franzosen der deutschen Nation aufgezwungenen

Digitized by Google

Einheitskampfe ist ja erst die aktuelle elsaß-lothringische Frage hervorgegangen. Nicht Elsaß-Lothringen allein, sondern die deutsche Größe mit oder ohne das Reichsland ist das wahre Angriffsobjekt unserer westlichen Nachbaren. Auch die englische Politik ist nicht durchweg richtig gezeichnet. So hat das Inselreich seine türkenfreundliche Politik längst vor der Revaler Zusammenkunft (1908) aufgegeben, denn schon 1895 bot Lord Salisbury dem Kaiser die Teilung der Türkei an und in der armenischen Frage trat er weit schroffer als Rußland auf. Für gründlich verfehlt halte ich die Beurteilung der deutschen Politik Belgien gegenüber. Der Vorwurf, die deutsche Regierung habe durch den Einmarsch die belgische Neutralität verletzt und ein Unrecht auf sich geladen, ist doch unvereinbar mit der Tatsache, daß Marschall French sich durch wiederholte Bereisung des Versammlungsgebietes und regen Gedankenaustausch mit dem französischen und belgischen Generalstabe vor dem Kriege mit seiner Aufgabe vertraut gemacht hat (S. 95). Hierdurch ist doch erwiesen, daß die Neutralität faktisch aufgehört hatte. Endlich wird Stegemann der deutschen Nation bei Beginn des Krieges nicht ganz gerecht: Deutschland, meint er, war sich vielleicht nicht ganz bewußt, in welchem Umfang es sich um einen Kampf um Sein und Nichtsein handelte. Natürlich konnte das deutsche Volk nicht ahnen, welche Ausdehnung der Krieg annehmen werde und wie tief die feindliche Offensive angelegt war, aber daß es um seine Existenz ging, wußte es genau: der beste Zeuge dafür ist ja die ungeheure Begeisterung der ersten Kriegsmonate.

Indessen, diese Vorbehalte betreffen nur ein nebensächliches Kapitel des Buches; eine Umarbeitung wird infolge des seit der Abfassung vermehrten Quellenmaterials ohnehin erforderlich sein.

Geringere Ansprüche macht das Buch von Karl Egli, „Zwei Jahre Weltkrieg". (Bis August 1916. Zürich Schultheß, 1917, 224 Seiten.) Es gibt eine gedrängte Übersicht über die Vorgänge auf sämtlichen Kriegsschauplätzen, will also in seiner knappen Zusammenfassung die Hauptmomente nur herausheben, aber nicht erklären. Es bildet somit ein treffliches Nachschlagewerk, in dem man sich vor tieferen Studien über den Tatbestand orientieren kann. Zahlreiche kleine Skizzen erläutern die Darstellung. Derselbe Verfasser, Mitarbeiter der „Basler Nachrichten", hat auch seine gleichzeitigen Bericht über die Offensive in Galizien im Jahre 1917 und die Isonzofront vom März-April 1917 in demselben Verlage herausgegeben. Der Verfasser würdigt darin die gewaltigen Leistungen und Opfer Österreich-Ungarns, sagt aber in innerer Übereinstimmung mit Stegemann: „Österreich-Ungarn ist mit einer ungenügenden Vorbereitung in den Krieg getreten, nicht weil die militärischen Behörden und vor allem der Chef des Generalstabes die Notwendigkeit einer ausreichenden Kriegsrüstung nicht erkannt hätten, sondern weil die unglücklichen innerpolitischen Verhältnisse verhinderten, die Wehrkraft nach Zahl und Ausrüstung, namentlich auch an Artillerie, so auszubauen, wie es der Größe und der Stellung der Monarchie entsprach."

Digitized by Google

Polens geschichtliche Grenzen

Von Professor Dr. Conrad Bornhak, Berlin

Die Überlassung des Chelmlandes an die Ukraine durch den Frieden von Brest-Litowsk hat, wie zu erwarten stand, bei den Polen einen Sturm der Entrüstung in den dort üblichen Formen hervorgerufen. Das Recht Polens auf seine geschichtlichen Grenzen soll damit verletzt sein. Damit entsteht die Frage: Welches sind denn diese geschichtlichen Grenzen? Sie haben natürlich im Laufe der Geschichte geschwankt. Es ist mit Polen, solange es noch ein selbständiger Staat war, ähnlich gegangen wie mit Deutschland. Es ist allmählich immer mehr von Westen nach Osten gerückt. Das bezieht sich aber nur auf den Staat, nicht auf die Nationalität. Während das Polentum im Westen immer mehr nicht nur an Staatsgebiet, sondern auch an nationalem Bestande verlor, hat die Nationalität mit der Ausbreitung des Staates nach Osten nicht wesentlich gewonnen. Es ist den Polen in dieser Hinsicht anders ergangen als den Deutschen, die mit der Erweiterung ihres Staates auch ihr Volkstum nach Osten ausbreiteten.

Um das Jahr 1000 reicht das damals in die Geschichte eintretende Polen im Süden und Westen bis an die Karpathen, die böhmisch-schlesischen Gebirge und die Oder, teilweise über diese hinaus in das Land Lebus, Pommern als Lehnsherzogtum umfassend. Im Osten geht sie genau so weit wie noch heute die der zusammenhängenden polnischen Nationalität. Sie beginnt an dem ostpreußischen Winkel bei Lyck und geht dann in einer ziemlich geraden Wellenlinie auf den Kamm der Karpathen zu, das jetzt umstrittene Chelmland und Ostgalizien dem russischen Reiche überlassend.

Nun zeigt die weitere Entwicklung des späteren Mittelalters zunächst ein stetes Zurückweichen im Westen. Schon in der Hohenstaufenzeit werden Lebus, Pommern und Pommerellen bis zur Weichsel deutsch, während östlich der Weichsel im Preußenlande der Deutsche Orden seinen deutschen Kolonialstaat begründet. Polen war schon um das Jahr 1250 durch Deutschland von der Ostsee vollständig abgeschnitten. Das ist also das geschichtliche Recht beider Staaten. Und nicht nur das. Deutschland kolonisierte auch diese Gebiete, so daß die slawische Bevölkerung bis auf geringe Reste ganz verschwand. Bei den Teilungen unter den späteren Piasten verstanden es dann die Luxemburger, die polnischen Teilfürstentümer in Schlesien entweder unmittelbar zu erwerben oder von der Krone Böhmen in Lehnsabhängigkeit zu bringen. Die deutsche Kolonisation Schlesiens hatte schon unter den Piasten begonnen. Damit war auch Schlesien für Polen verloren. Abgesehen davon, daß die heutige Provinz Posen und der westpreußische Kreis Deutsch-Krone noch zu Polen gehörten, war die deutsch-polnische Grenze schon dieselbe wie heute.

Inzwischen war Polen die erste größere Erwerbung nach Osten gelungen. Die Linie der russischen Teilfürsten zu Halicz war 1340 ausgestorben. Kasimir der Große kam

Digitized by Google

allen Mitbewerbern zuvor, indem er das Land besetzte und mit Polen vereinigte. Jetzt erst kam das Chelmland und das heutige Ostgalizien, beide zusammen damals Rotrußland genannt, mit einer rein ruthenischen und griechisch-katholischen Bevölkerung an Polen. Die Ostgrenze ging nach wie vor von der ostpreußischen Ecke bei Lyck in ziemlich gerader Linie nach Süden, bog aber dann zwischen Warschau und Brest-Litowsk scharf nach Osten aus. Die Pilica trennte die beiden Teile Polens voneinander, die als Großpolen und als Kleinpolen bezeichnet waren. Kleinpolen, das bis dahin tatsächlich der kleinere Teil Polens gewesen war, wurde dadurch, daß ihm Rotrußland hinzutrat, nunmehr größer als Großpolen, führte also seinen geschichtlichen Namen bis zum Untergange des polnischen Reiches zu Unrecht.

Wenn das spätere Polen sich unendlich viel weiter nach Osten bis vor die Tore von Smolensk und an den Dnjepr, teilweise über diesen hinaus, und zu Zeiten bis an das Schwarze Meer erstreckte, so waren das gar nicht polnische, sondern litauische Erwerbungen.

Die litauischen Großfürsten hatten sich seit Gedimin (1316—1341), die Schwäche der russischen Teilfürstentümer unter den Nachkommen Ruriks benutzend, weite Gebiete des Ostens unterworfen, so daß ganz West- und Südrußland, das Dnjepr-Becken bis an das Schwarze Meer der litauischen Herrschaft gehorchten. Der litauische Großfürst Jagiello reichte aber 1386 der polnischen Erbtochter Hedwig die Hand zum Ehebunde, nachdem er sich vorher durch die Taufe unter dem Namen Wladislaw in die römisch-katholische Kirche hatte aufnehmen lassen, und wurde König von Polen.

Damit wurde die folgenschwere Verbindung Litauens mit Polen eingeleitet. Anfangs hatte Litauen noch einen Lehnsfürsten, versuchte auch wohl dann und wann sich durch Wahl eines eigenen Großfürsten wieder von Polen zu lösen. Doch schon durch die Unionsakte von Hrodlo von 1501 wurde die ewige und unlösbare Verbindung beider Staaten unter einem Könige ausgesprochen. Seitdem wurde der gemeinsame Herrscher in den Dienst der polnischen Sache gestellt und mußte dazu mitwirken, sein Stammland dem polnischen Reiche zu unterwerfen. Auf dem polnischen Reichstage zu Lublin von 1569 wurde unter starkem Drucke des Königs auf seine Litauer durch eine förmliche Union der litauischen Selbständigkeit ein Ende gemacht. Die reichsten Provinzen Litauens, Podlachien und Wolhynien, das damals noch Kiew umfaßte, wurden förmlich dem polnischen Reiche einverleibt. Dann ging man zu dem Reste Litauens über, indem die Vertreter Litauens schließlich unter Tränen die Entscheidung dem Könige anheimstellten. Beide Staaten hatten jetzt nicht nur notwendig denselben Herrscher, der in einer Wahlhandlung zu wählen war, sondern auch einen gemeinsamen Senat und Reichstag.

Polen zerfiel seitdem in drei Hauptteile. Großpolen umfaßte das Gebiet, das nach Osten durch eine Linie von Lyck nach der Mündung der Pilica und von da die Pilica entlang abgegrenzt war. Die beiden anderen Hauptteile, Litauen und Kleinpolen,

Digitized by Google

waren durch eine Linie getrennt, die von der Mündung der Pilica in die Weichsel in sanften Wellenlinien die Rokitno-Sümpfe entlang nach Osten bis zur russischen Grenze ging. Litauen umfaßte gar keine polnische Bevölkerung, sondern nur Litauer und Weißrussen, letztere zum großen Teile griechisch-katholisch. Kleinpolen hatte nur westlich des Meridians von Lublin polnische Bevölkerung, in den übrigen drei Vierteln dieses Gebietes wohnten griechisch-katholische Ruthenen oder Ukrainer.

Gelungen war den Polen diese innere Verschmelzung Litauens mit ihrem Reiche dadurch, daß sie erst ihren König als litauischen Großfürsten dazu benutzten, sich Litauen gefügig zu machen, und dann die monarchische Gewalt in Litauen brachen, indem sie dem litauischen Adel die weit ausgedehnten Rechte des polnischen gaben. Durch die vollständige Aufnahme der litauischen Bojaren, soweit sie römisch-katholisch waren, in den polnischen Adel wurde der litauische Adel allmählich vollständig polonisiert. Das genügte. Denn nur der Adel und die Geistlichkeit, deren Spitzen wieder aus dem Adel hervorgingen, hatten in dem Polenreiche etwas zu sagen. Der Bauernstand war unfrei. Die Ansätze deutscher Städte hatte man zurückgedrängt, indem man die Bürger durch Juden ersetzte.

Inzwischen war in der Schlacht bei Tannenberg von 1410 der Deutsche Orden den vereinigten Waffen Polens und Litauens unterlegen wesentlich durch die im polnischen Heere vertretenen Russen. Im zweiten Thorner Frieden von 1466 mußte der Orden Westpreußen mit dem Ermlande an Polen abtreten und Ostpreußen von der Krone Polen zu Lehen nehmen. Westpreußen trat nunmehr als besonderes Nebenland den drei Hauptteilen Polens hinzu, Danzig erfreute sich einer fast republikanischen Selbständigkeit, Polen hatte endlich die Meeresküste wieder erreicht.

Die baltischen Provinzen des Ordens behaupteten unter ihrem Landmeister noch länger ihre Zugehörigkeit zum Reiche. Aber es war eine verlorene Stellung. Polen, Schweden und Russen stürzten sich gleichzeitig auf die willkommene Beute. Im Jahre 1561 sah sich der letzte Ordensmeister Gotthard von Ketteler genötigt, Kurland als weltliches Herzogtum von der Krone Polen zu Lehen zu nehmen, während Livland unmittelbar an Polen fiel. Estland wurde von den Schweden besetzt.

Damit hatte Polen in dem Jahrhundert von 1560—1660 seinen größten Gebietsumfang erreicht. Es ging zeitweise vom Meer zum Meere, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere, seine Ostseeküste reichte, den Rigaischen Meerbusen und die beiden deutschen Lehensherzogtümer Preußen und Kurland einspannend, von der Insel Ösel bis nach Hinterpommern, wo Lauenburg und Bülow noch polnisch waren. Nach Osten erstreckte sich die polnische Herrschaft bis weit über den Dnjepr, fast die ganze Ukraine umspannend.

Diese gewaltige Ausdehnung des Polenreiches war nur möglich geworden dadurch, daß der litauische Adel und später auch ein Teil des westpreußischen polonisiert wurde und in der herrschenden Klasse der polnischen Adelsrepublik aufging. Ein zweites ver-

Digitized by Google

bindendes Glied bildete die katholische Kirche, der die Polen und Litauer vollständig angehörten, während auf Grund der durch das Konzil von Florenz 1439 ausgesprochenen Vereinigung auch ein Teil der griechisch-katholischen Ruthenen ihre Unterwerfung unter die römische Kirche, aber mit Beibehaltung des eigenen Ritus, vollzog. Aber nachdem der Protestantismus auch in Polen der Gegenreformation unterlegen war, blieben doch die Ostseeländer auch unter polnischer Herrschaft oder Lehenshoheit im wesentlichen evangelisch, die Ruthenen griechisch-katholisch.

In diesem Polenreiche umfaßte die römisch-katholisch-polnische Bevölkerung kaum ein Viertel des ganzen Bestandes, zusammengedrängt im Gebiete der Weichsel und Warthe. In allen anderen Teilen des Reiches waren nur adliger Großgrundbesitz, Geistlichkeit und das aus beiden hervorgehende Beamtentum polnisch. In mindestens drei Vierteln des Reiches war die polnische Herrschaft nationale Fremdherrschaft, die gleichzeitig die besonders gehässigen Seiten der sozialen Klassenherrschaft und der religiösen Unterdrückung zeigte. Das sind die geschichtlichen Grenzen aus Polens größter Zeit, von denen noch heute jedes Polenherz träumt, wenn von Wiederherstellung Polens die Rede ist. Aufrecht zu erhalten war ein solcher Staat nur bei der ausschließlichen Berechtigung des Adels und der Geistlichkeit, der sozialen Knechtung des Bauernstandes, in dem die größtenteils fremdstämmige Bevölkerung enthalten war, und der Ersetzung des Handel und Gewerbe treibenden Bürgertums durch Juden.

Die Anarchie des zuchtlosen Adels machte schließlich die Aufrechterhaltung dieses politischen Zustandes unmöglich, die soziale Gesundung der polnischen Gesellschaft schließt mit der Wiederherstellung des Adelsregimentes auch die der geschichtlichen Grenzen aus.

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts bröckelte es schon an den Grenzen ab, tauchten die ersten Teilungspläne auf. Im Frieden von Oliva von 1660 mußte Ostpreußen als souverän aus der polnischen Lehensherrlichkeit entlassen werden. Gleichzeitig ging Livland an Schweden über, nur der kleine Winkel nördlich von Dünaburg blieb als Polnisch-Livland im polnischen Besitze. Ungefähr um dieselbe Zeit sagte sich ein Teil der ukrainischen Kosaken infolge des römisch-katholischen Glaubensdruckes von Polen los und unterwarf sich 1654 unter dem Hetman Bogdan Chemlnizky dem Zaren Alexei. Im Frieden von Andrussow von 1667 mußte Polen die abgefallene Ukraine östlich vom Dnjepr mit Kiew ausdrücklich an Rußland abtreten.

Mit diesem schon erheblich verkleinerten Gebiete trat Polen in das Zeitalter der drei Teilungen ein. Es war immerhin dem Gebietsumfange nach noch ein gewaltiges Reich, außer Westpreußen und Posen das ganze Weichselgebiet, Galizien, Westrußland bis vor die Tore von Smolensk und Kiew und das Lehensherzogtum Kurland umfassend, ein Staatswesen erheblich größer als Deutschland. An dieses Polen vor den Teilungen denken die Polen gewöhnlich, wenn die Wiederherstellung Polens in Frage kommt. Das Unrecht der polnischen Teilungen soll wieder gut gemacht wer-

Digitized by Google

den. Sie vergessen darüber ganz, daß diese polnischen Teilungen selbst die Aufhebung eines Unrechtes waren, der nationalen, sozialen und religiösen Unterdrückung der Bevölkerung im größten Teile des Staatsgebietes durch den politisch unfähigen Polenadel. Nimmermehr kann in dem Zeitalter des Nationalitätenprinzips nach Gesundung des sozialen Organismus der Polenstaat in Grenzen wiederhergestellt werden, bei denen die polnische Herrschaft in drei Vierteln des Staatsgebietes Fremdherrschaft sein würde.

Das ist nämlich das Eigentümliche der polnischen Entwicklung im Gegensatze zur deutschen: der polnische Bauer ist keinen Schritt weiter nach Osten vorgedrungen, als wo er am Anfange der polnischen Geschichte saß. Überall ist es nur der polnische oder polonisierte Adel, der mit der Geistlichkeit zusammen die fremdstämmigen Gebiete in Untertänigkeit hält. Daher kommt mit Abstoßung dieses äußerst dünnen polnischen Überzuges sofort die fremde Nationalität wieder zum Vorschein. Polen hat die weiten östlichen Gebiete des Polenreichs endgültig verloren, weil es als reine Adelsrepublik nur den Adel polonisiert hat. Wenn Polen die Länder beansprucht, die geschichtlich nach Polen gravitieren, so handelt es sich tatsächlich um Nationalitäten, die von polnischer Fremdherrschaft nichts wissen wollen.

Nach den Teilungen hat es dann noch einige Jahre einen Polenstaat gegeben in der napoleonischen Schöpfung des Herzogtums Warschau. Dieses war rein willkürlich gebildet aus Gebieten der polnischen Teilungen, die Napoleon im Tilsiter Frieden von 1807 Preußen nach Abtretung des Bezirks Bialystock an Rußland und im Schönbrunner Frieden von 1809 Österreich abgenommen hatte. Es war ein den Polen ausgestellter Wechsel auf die Zukunft, der niemals eingelöst worden ist.

Auf das Herzogtum Warschau geht dann die letzte polnische Staatsschöpfung, das auf dem Wiener Kongresse 1815 gebildete Kongreß-Polen, zurück, das mit eigener Verfassung dem Kaiser von Rußland als Könige von Polen überlassen wurde. Es ist einfach das Gebiet des bisherigen Herzogtums Warschau nach Abtrennung der Provinz Posen und des südlichen Westpreußen, die an Preußen fielen, und des Gebietes von Krakau, das für eine Republik unter der Protektion der drei Ostmächte erklärt und 1846 als Sitz von beständigen revolutionären Umtrieben mit Österreich vereinigt wurde.

Damit waren die bis zur Neuzeit bestehenden Grenzen gegen Österreich und Preußen festgelegt. Die Ostgrenze gegen das eigentliche Rußland war ziemlich willkürlich. Es war die Grenze der dritten polnischen Teilung nach Ausscheidung des Bezirks Bialystock, da Kongreß-Polen gleich dem ihm vorangegangenen Herzogtum Warschau Gebiet umfaßte, das nach den Teilungen an die beiden deutschen Großmächte gefallen war.

Kongreß-Polen umfaßte, abgesehen von der im ganzen Lande zerstreut wohnenden deutschen und jüdischen Bevölkerung, allerdings im wesentlichen Gebiet polnischer

Digitized by Google

Nationalität. Allein weder bei der Bildung des Herzogtums Warschau, noch bei der von Kongreß-Polen war auf das Nationalitätsprinzip, das damals noch gar keine Rolle spielte, geschweige denn auf Nationalitäten, wie die der Litauer und Ukrainer, Rücksicht genommen. So umfaßte denn auch Kongreß-Polen im Nordosten bei Suwalki rein litauische und im Südosten bei Chelm rein ukrainische Bevölkerung.

Doch die Sehnsucht nach den geschichtlichen Grenzen des alten Polenstaates vor den Teilungen ließ die Polen nicht ruhen. In den Aufständen von 1830 und 1863 verloren sie den letzten Rest der staatlichen Selbständigkeit. Aus Kongreß-Polen wurden die Weichsel-Gouvernements des russischen Reiches.

Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkriege wurde das ukrainische und griechisch-katholische Chelmland von den Weichsel-Gouvernements losgelöst. Die Polen betrachten das als fünfte polnische Teilung, indem sie die Bildung von Kongreß-Polen als vierte rechneten.

Wenn der Friede von Brest-Litowsk das Chelmland der Ukraine überließ, so entspricht die Verletzung der Grenzen von Kongreß-Polen, die darin liegt, keiner Verletzung der geschichtlichen Grenzen des Polentums. Denn die durch den Frieden von Brest-Litowsk an dieser Stelle dem neuen Polenstaate gesteckte Grenze ist die uralte Ostgrenze Polens, wie sie bis zu Kasimir dem Großen und der Unterwerfung von Rotrußland unter polnische Fremdherrschaft bestand. Es ist zugleich die bis zum heutigen Tage bestehende Grenze der polnischen Nationalität. Das Polentum ist hier allenfalls wie überhaupt im weiteren Osten des alten Polenreiches durch den adligen Großgrundbesitz vertreten. Der römischen Kirche gehört die Bevölkerung nur insofern an, als sie griechisch-uniert ist. Es ist das wahre geschichtliche Recht, das hier zur Geltung kommt, gestützt durch die Gesichtspunkte der Nationalität und des Bekenntnisses.

Die geschichtlichen Grenzen Polens im Sinne des Polenreiches vor den drei Teilungen ragen in die Gegenwart hinein als ein Anspruch verblichenen Legitimitätsprinzips. Es ist dasselbe, als wollte das Deutsche Reich die geschichtlichen Grenzen der Ottonen, Salier oder Hohenstaufen für sich beanspruchen. Die Verwirklichung dieser geschichtlichen Ansprüche hat das Polentum geschichtlich verwirkt, da der alte Polenstaat nur Adelsrepublik war und deshalb seine Nationalität nicht weiter nach Osten vorschob. Denn was der Staat erobert hat, muß das Volk erwerben, um es wirklich zu besitzen.

Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum

Von Dr. jur. Strahl

Alle, die sich schon jetzt mit dem schwierigen und, wie vorauszuschicken ist, einstweilen in vielfacher Hinsicht noch recht dunkeln, Problem unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege befassen, sind sich in dem einen Punkte einig, daß wir die

Digitized by Google

wirtschaftlichen Schäden des Krieges in absehbarer Zeit nur dann werden heilen können, wenn es uns gelingt, so bald als möglich einen starken Ausfuhrhandel aufzunehmen. Nicht nur Valutasorgen, nicht nur erhöhter finanzieller Bedarf im Inlande, nicht nur die Notwendigkeit gesteigerter Einfuhr zwingen uns dazu, der Frage des Exports größte Bedeutung beizumessen, sondern unsere Großmachtstellung, ja, unsere nationale Zukunft stehen auf dem Spiele. Wir sind zum Industriestaat geworden, um unseren Bevölkerungszuwachs ernähren zu können, und da eine Rückgängigmachung dieses Entwicklungsprozesses schlechterdings undenkbar ist, so sind die Folgen einfach nicht abzusehen, wenn für unsere Industrie nach Rückkehr zur Friedenswirtschaft ausreichende Absatzmöglichkeiten fehlen sollten. England hätte nicht nur sein Kriegsziel erreicht, einen unbequemen Konkurrenten in der Weltwirtschaft tatsächlich beseitigt zu haben, sondern wir würden auf die Dauer überhaupt kaum imstande sein, unseren politischen Einfluß unter den Großstaaten zu behaupten: nach ein paar Jahren der Wiederherstellungsarbeiten im Inlande würde eine Produktionsstockung eintreten müssen und Arbeitslosigkeit, allgemeine Verelendung, Unzufriedenheit, schließlich Massenabwanderung aller derer, die in der Heimat keine ausreichende Erwerbsmöglichkeit finden könnten, würden uns über kurz oder lang in schwerste Gefahr bringen.

Erkennt man die grundlegende Bedeutung der Ausfuhr für unsere Zukunft an, so erhebt sich die Frage, werden wir nach dem Kriege überhaupt imstande sein, in wünschenswertem Maße zu exportieren? Die innere Schwierigkeit, die sich vielleicht trotz der großen Zahlen unseres Arbeiterheeres daraus ergeben wird, daß die zunächst ungeheure Last eben der Wiederherstellungsarbeiten den überwiegenden Teil der verfügbaren Kräfte binden wird, mag hier nur angedeutet werden: großzügige Organisation und planmäßige Arbeitseinteilung — im Sinne der Aufschiebung des minder Dringenden — während des Wiederaufbaues könnte sie vielleicht überwinden, zumal wenn man sich klar darüber ist, daß im internationalen Wettbewerb um einen Teil der Auslandsmärkte nur derjenige die meiste Aussicht auf Erfolg haben wird, der zuerst auf diesen erscheint. Ebenso mag einstweilen dahingestellt bleiben, ob Lebens- und Lohnbedingungen im Inlande uns mit dem Auslande konkurrenzfähig machen werden. Auch die schwierigste Frage, nämlich die, ob uns nach dem Kriege, wenn alle inländischen Vorräte so gut wie aufgebraucht sind, die nötigen Rohstoffe zur Herstellung von Exportwaren zur Verfügung stehen werden, kann hier nur gestreift werden: es ist in dieser Hinsicht anzunehmen, daß sich eine allmähliche Entwicklung je nach den Bezugsquellen abspielen wird und daß z. B. Rohstoffe und Halbfabrikate aus nahegelegenen Ländern einigermaßen rasch beschaffbar sein dürften.

Aber lassen wir die Lösung dieser Probleme hier zunächst beiseite: wo in aller Welt können wir nach einem Kriege, der von England mit dem ausgesprochenen Ziele geführt wird, uns den Weltmarkt für immer zu versperren, und bei dem es England gelungen ist, trotz dieses Zieles oder vielmehr gerade unter Anerkennung dieses Zieles

Digitized by Google

den größten Teil der Menschheit gegen uns mobil zu machen — wo in aller Welt können wir später hoffen, Käufer für unsere Exportwaren zu finden?

Zweifellos kommen in erster Linie die verbündeten Länder in Betracht. Aber unsere Verbündeten werden sich in ähnlicher finanzieller Lage befinden wie wir selbst. Eine Überschwemmung der Verbündeten mit unseren Erzeugnissen scheidet — ganz abgesehen von anderen, rein politischen, Gründen — schon deshalb aus, weil bei ihnen die Kaufkraft vermutlich sehr vermindert sein wird. Wohl mögen auch dort sich in der Hand einzelner bedeutende Kriegsgewinne gesammelt haben, aber darauf allein werden sich geregelte Exportbeziehungen nicht aufbauen können. Es wird sich vielmehr unser Handelsverkehr mit den Bundesgenossen jedenfalls darauf beschränken müssen, daß wir die uns nötigen Landesprodukte vorzugsweise von ihnen beziehen und ihnen das, was sie brauchen, dafür liefern. Mit großen Überschüssen für uns ist dabei nicht zu rechnen. (Auch die Handelsstatistik aus der Friedenszeit, nach der wir z. B. 1912 nicht ganz 9 Prozent unserer Gesamtausfuhr nach den verbündeten Ländern abgesetzt und etwa 13 Prozent unserer Gesamteinfuhr von dort bezogen haben, lehrt uns dies.)

Ganz anders liegen die Verhältnisse sowohl den Neutralen als auch den feindlichen Staaten gegenüber. Die Neutralen — soweit es solche noch gibt — sind durch das System der Schwarzen Listen, durch die Absperrungs- und Überwachungsmanöver der Gegner wirtschaftlich stark in Abhängigkeit von unseren Feinden geraten, außerdem hat die feindliche Konkurrenz es verstanden, hier manche wohl noch für geraume Zeit fortwirkende Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Ein großer Teil der hier in Frage kommenden Absatzgebiete muß daher jedenfalls ebenso erobert oder zurückgewonnen werden, wie unter Umständen solche in Feindesland. Andererseits dürfte eine Reihe von „Feinden", die nur unter den besonderen Verhältnissen des Krieges von unseren Gegnern zur Kriegserklärung gezwungen sind, sich später vielleicht mindestens ebenso zugänglich zeigen können, wie manche Neutrale.

Nach der deutschen Exportstatistik von 1912 hat von unserer Gesamtausfuhr etwa 29 Prozent nach den heute neutralen Ländern, dagegen fast 57 Prozent nach Feindesland stattgefunden; in letzterer Ziffer sind ungefähr 37 Prozent der Gesamtausfuhr an Feinde enthalten, die durch unbeeinflußte, auf eigenem Antrieb beruhende wirtschaftliche Ausnahmegesetzgebung den Willen kundgetan haben, dem deutschen Handel in ihrem Gebiet ein für allemal ein Ziel zu setzen, der Rest entfällt auf solche, die mehr oder weniger als Mitläufer zu betrachten sind. Dabei mag gleich bemerkt werden, daß die von den feindlichen Regierungen letzten Endes auf Liquidation und dauernde Ausrottung der deutschen Unternehmungen gerichteten und größtenteils bereits durchgeführten Maßnahmen als viel gefährlicher anzusehen sind, als die Zukunftsmusik der schon jetzt vielfach durchlöcherten Pariser Wirtschaftskonferenzen, zumal mit ersteren gleichzeitig überall stärkste Hetze gegen den deutschen Handel statt-

Digitized by Google

gefunden hat, die fraglos später auch in Boykottbewegungen zum Ausdruck gelangen wird.

Der Schwerpunkt des deutschen Ausfuhrhandels hat also vor dem Kriege im Wirtschaftsgebiet unserer heutigen Feinde gelegen und wird naturgemäß auch in Zukunft in Ländern liegen, in denen wir mit mehr oder weniger großen Widerständen zu rechnen haben werden. Und wenn es uns auch gelingen wird — was eines unserer wichtigsten Kriegsziele sein sollte, wenn wir uns nicht England gegenüber als besiegt erklären wollen — die gesetzlichen und vertraglichen Hindernisse auf der Feindesseite einzureißen, so bleiben immer noch Volksströmungen zu überwinden, zu deren Bekämpfung kein noch so günstiger Friedensschluß Mittel bieten wird.

Den Trost bei diesen trüben Aussichten bildet die Erfahrung, daß im Handel wirtschaftliche Notwendigkeiten und finanzielle Vorteile persönliche und politische Vorurteile meist bald zu überwinden pflegen. Nun wird allerdings die Monopol- oder Quasi-Monopolstellung mancher deutscher Erzeugnisse bei uns vielfach überschätzt. Einen großen Vorteil haben wir zweifellos durch die Exportmöglichkeit von Kohle; von anderen Rohstoffen könnten uns die bisher kaum nutzbar gemachten deutschen Bauxitlager bei steigender Ausbeute und wachsender Bedeutung der Aluminiumverwendung vielleicht aussichtsreiche Möglichkeiten für die Zukunft eröffnen. Der Wert des Kalis wird auch durch die Erfindungen von anderen Düngemitteln während des Krieges hoffentlich keinen wesentlichen Eintrag erleiden. Bedenklicher als für diese als Beispiele angeführten Rohstoffe sehen unsere Zukunftsaussichten für Industrieerzeugnisse aus, selbst für solche, bei denen früher die deutsche Überlegenheit in der ganzen Welt anerkannt wurde. Herrschen doch z. B. in der chemischen und optischen Industrie große Besorgnisse, daß es während der langen Dauer des Krieges und durch rücksichtslose Ausbeutung der völkerrechtswidrig gewonnenen Einblicke unseren Feinden gelingen würde, unserer früheren Stellung auf dem Weltmarkt für immer Abtrag zu tun. Besser scheinen die Aussichten für die Maschinenindustrie zu sein: nicht allein der Ersatz der Abnutzungsschäden der letzten Jahre, sondern auch die Notwendigkeit, die verminderte menschliche Arbeitskraft durch vermehrte maschinelle auszugleichen, scheinen hier eine Nachfrage zu versprechen, die auch im Auslande der Abneigung gegen deutsche Herkunft keinen Raum lassen wird. Aber, wenn wir von den etwa zu erhoffenden Produktionssteigerungen z. B. in Kohlenförderung und Maschinenindustrie, die für unseren Zukunftsexport von außerordentlicher Wichtigkeit sein können, hier absehen, so bleibt die aufs stärkste hervorzuhebende Tatsache, daß nach den statistischen Feststellungen aus der Zeit vor dem Kriege die Ausfuhrziffern für alle die Waren, bei denen wir annehmen können, daß wir auf Grund der dargelegten besonderen Verhältnisse mit sicherem Absatz rechnen können, noch nicht 30 Prozent, also noch nicht ein Drittel unserer Gesamtausfuhr ausgemacht haben. Bei allen anderen Exportgütern, also bei 70 Prozent des Friedensexports, werden

Digitized by Google

wir — wie oben ausgeführt — vielfach unter den denkbar ungünstigsten Umständen in freien Wettbewerb mit unseren Gegnern treten müssen.

Das Gleiche gilt natürlich für unseren gesamten notwendigen Import, bei dem wir sicher politische Abneigungen und Treibereien in nicht seltenen Fällen an unserem Geldbeutel spüren werden. Wie sehr auch hier unsere früheren Handelsbeziehungen auf das Gebiet unserer jetzigen Feinde eingestellt waren, mag lediglich der Hinweis zeigen, daß wir 1912 nicht weniger als 62 Prozent unserer Gesamteinfuhr von dort bezogen haben. Sie beweisen aber auch den Grad gegenseitiger Abhängigkeit in der früheren Friedenswirtschaft.

Während des Krieges hat sich unser Außenhandel, soweit er nach den paar benachbarten neutralen Ländern fortbestanden hat, gewissermaßen in der Hand des Reichs konzentriert. Dieser Ausnahmezustand wird, von einigen besonders notwendigen Rohstoffen vielleicht abgesehen, selbstverständlich nach dem Kriege aufhören müssen. Keine noch so gut geschulte Zentralinstanz wird sich unterfangen können, einen so genauen Einblick in die mannigfachen Verhältnisse des Spezialhandels zu haben, daß an einen solchen Versuch auch nur im entferntesten gedacht werden könnte. Nur eine staatliche Regelung etwa im Sinne von Ausfuhrverboten auf im Inlande notwendige Rohstoffe und Waren und eines weitgehenden Einfuhrverbotes auf Luxusgegenstände wäre zu befürworten.

Für die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen im Auslande, zumal in den heute feindlichen Ländern, auf die wir trotz aller zu befürchtenden Schwierigkeiten für unsere Zukunftsausfuhr auf die Dauer nicht werden verzichten können, kann nur der Kaufmann selbst in Betracht kommen. Vor allem natürlich solche Kaufleute, die bereits über alle Einzelheiten des Exporthandels Erfahrungen besitzen, also die früheren Exporteure aus der Zeit vor dem Kriege.

Überall scheint es aber in erster Linie auf die persönlichen Beziehungen der deutschen Kaufleute anzukommen. Und in dieser Hinsicht fällt die Hauptrolle fraglos denen zu, die vor dem Kriege „draußen" gewesen sind. Allein vom Kontorschemel in Deutschland werden die Fäden nicht wieder angesponnen werden können. Für die Wiederanknüpfung unseres Auslandhandels wird es heißen müssen: die Auslanddeutschen an die Front!

Aus diesen Erwägungen ergeben sich aber maßgebende Folgerungen für unsere jetzt schon zu beobachtende Politik.

Ein großer Teil der Exporteure, alle diejenigen, welche bei Kriegsausbruch Vermögenswerte, hauptsächlich Niederlassungen und Warenlager im feindlichen Auslande besessen haben, sind durch die feindlichen Wirtschaftsmaßnahmen schwer geschädigt. Ihre Verbindungen und ihr Einfluß sind zerstört. Sie werden unter unendlichen Schwierigkeiten gewissermaßen von neuem anfangen müssen. Aber mehr als das: durch parteiische Durchführung der Geschäftsliquidationen seitens der feind-

Digitized by Google

lichen Regierungen ist ihr Eigentum größtenteils verschleudert worden und ein problematischer[1] Erlös in den Besitz der Feindesstaaten übergegangen. Die Auslanddeutschen, die Geschäfte in Feindesland betrieben haben, sind in gleicher Weise betroffen. Aber auch die Tausende von Deutschen, die als unselbständige Angestellte oder Arbeitende oft wichtige Bindeglieder für den deutschen Handel gebildet haben, sind zum überwiegenden Teil gezwungen gewesen, ihre Habe, die häufig ihr ganzes Vermögen darstellte, schutzlos in Feindesland zurückzulassen. Was der fanatische Mob nicht zerschlagen hat, wird größtenteils im Laufe der Jahre wertlos geworden sein. Selbst nach Aufhebung der feindlichen Ausnahmegesetzgebung werden daher wohl den meisten Auslanddeutschen und in gleicher Weise vielen Exporteuren die Mittel fehlen, ihre alte Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Es liegt nicht im Bereiche dieser Ausführungen, den Gerechtigkeitsstandpunkt zu betonen, daß der, welcher als Deutscher in Feindesland zu Schaden gekommen ist, ein Eintreten des Reiches verlangen könnte: nur nüchterne wirtschaftliche Erwägungen sollen hier Platz finden. Auch keine Höchstforderungen sollen aufgestellt werden, sondern er soll, ausgehend von der Annahme, daß der Krieg, wie er auch enden möge, uns nur knappe Mittel und viele Verpflichtungen hinterlassen wird, lediglich das unbedingt Erforderliche ins Auge gefaßt werden. Unumgänglich notwendig erscheint es aber für unsere künftige Volkswirtschaft, daß die Träger unseres Ausfuhrhandels, die über Spezialkenntnisse von früher her verfügen und die den Mut haben, nach dem Kriege in schwerer Zeit die alten Beziehungen wieder aufzunehmen, soweit sie mit ihren durch feindliche Völkerrechtswidrigkeiten verringerten oder eingebüßten Mitteln dazu nicht mehr in der Lage sein würden — daß alle diese in den Stand gesetzt werden, eine erfolgreiche Tätigkeit wieder aufzunehmen zum Nutzen des ganzen Volkes. Welcher Weg zu diesem Ziele führen, insbesondere ob es möglich sein wird, aus Feindesland selbst wesentliche Teile deutschen Eigentums zu retten oder Ersatzleistungen zu erhalten, muß einstweilen natürlich noch dahingestellt bleiben. Aber auch falls dies nicht erreichbar sein wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß letzten Endes sogar Staatsmittel in Anspruch genommen werden müßten, um unseren Auslandhandel wieder lebensfähig zu machen. Die Truppen in dem Wirtschaftskampfe für unsere zukünftige Entwicklung haben gleiches Anrecht auf gute Ausrüstung, wie die Heere im gegenwärtigen Kriege für unsere staatliche Existenz. Es ist eine irrige Ansicht zu glauben, daß es sich dabei unter Umständen um die Bevorzugung eines kleinen Teiles von Landsleuten auf Kosten der großen Masse handelt: die Wiederaufnahme des Auslandhandels ist eine Notwendigkeit für die Allgemeinheit. Auch der geringste Arbeiter wird auf die Dauer von ihren Folgen berührt.

Um noch einmal zusammenzufassen: selbst wenn wir weitergehende politische Gründe, die für unsere Haltung gegenüber dem Auslanddeutschtum im allgemeinen bestim-

[1] problematisch = fragwürdig.

Digitized by Google

mend sein können, hier unberücksichtigt lassen — das eigene wohlverstandene wirtschaftliche Interesse richtet sich auf Unterstützung des künftigen Auslandexports und damit gleichzeitig des im Auslandhandel tätigen Auslanddeutschtums, von dem wir annehmen dürfen, daß es unserer Zukunftswirtschaft von unschätzbarem Werte sein wird. Andererseits gilt es, alle, die künftig hinausgehen, in ganz anderer Weise an das Mutterland zu fesseln, als dies bisher geschehen ist.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß bei der großen Masse der Kaufleute, die früher die erhöhte Gefahr auf sich genommen haben, die jedem Auslandunternehmen anhaftet, weniger Patriotismus als bessere Gewinnaussichten ausschlaggebend gewesen sind. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Der Ingenieur Ligocki hat kürzlich in einer lesenswerten kleinen Broschüre den Nachweis erbracht, daß für die Auswanderung der 6 Millionen Deutschen, die im letzten Jahrhundert dem Deutschtum verloren gegangen sind, vorwiegend wirtschaftliche Gründe bestimmend gewesen sind. Das Gleiche kann für den häufigen Wechsel der Staatsangehörigkeit Deutscher im Auslande als Ursache angesehen werden. Daneben wohl auch eine verkehrte Politik des Mutterlandes[1]. Nun wird zwar das kurzsichtige Vorgehen der feindlichen Regierungen, die in überspanntem Chauvinismus bei ihren wirtschaftlichen Gewaltmaßregeln nicht bei dem feindlichen Staatsangehörigen halt gemacht, sondern sogar feindlicher Herkunft nachgeschnüffelt und in den eigenen Staatsverband übergetretene naturalisierte Deutsche häufig ebenfalls als rechtlose Feinde behandelt haben, in Zukunft viele von dem Übertritt zurückhalten. Aber auf der anderen Seite werden die den Deutschen im Auslande nach dem Kriege voraussichtlich in den Weg gelegten Hindernisse in manchem den Wunsch erwecken, seine Herkunft äußerlich abzustreifen und zu verleugnen. Dem muß aber nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Bis zu einem gewissen Grade wird hier unseren Auslandvertretungen die Rolle zufallen, unter gleichzeitiger tätiger Unterstützung des Auslandhandels einen nationalen Rückhalt zu gewähren. Ein weiteres praktisches Mittel dazu wäre vielleicht, daß man die für den Wiederaufbau von Reichs wegen zu leistenden Geldmittel — die Ersatzzahlungen — als Darlehen gewährte, wobei natürlich Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit einen Kündigungsgrund bilden müßte. Steuerliche Vergünstigungen und besonders rücksichtsvolle Bedingungen bei der Darlehensgebung, vielleicht Verzinsung nur in Form einer geringen Gewinnabgabe an das Reich, vielleicht sogar Verzicht auf Rückgewähr unter besonderen von vornherein zu bestimmenden Voraussetzungen würden diese Maßnahme auch für die Geschädigten als annehmbar erscheinen lassen.

[1] Mußte man doch in einer englischen Zeitung vom Juni 1914 wörtlich lesen: „Deutsches Fortschreiten über die ganze Welt würde bedeutend schneller sein, wenn die Überseedeutschen, die lange Jahre in der Fremde gelebt haben, Kaiser und Reich treu bleiben könnten. Gegenwärtig werden sie befremdlicherweise von der deutschen Regierung abgeschüttelt und gezwungen, fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben — eine selbstmörderische Politik."

Digitized by Google

Aber es muß dahingestellt bleiben, ob dieser Vorschlag sich als gangbar erweist. Die Hauptsache wird bleiben, daß das Reich sich seine Auslanddeutschen moralisch verbindet, wenn allerdings auch die Dankbarkeit in Wirtschaftsfragen als eine sehr unsichere Größe zu bewerten ist. Unter allen Umständen liegt hier ein bedeutungsvolles Problem, denn wenn eine Heranziehung des deutschen Steuerzahlers zu Entschädigungsleistungen eintreten sollte, so hat dieser — immer nur vom Nützlichkeitsstandpunkte betrachtet — ein Interesse daran, daß die Beihilfen weder im Inlande unproduktiv verbraucht werden, noch gar im Auslande lediglich fremder Volkswirtschaft zugute kommen.

Noch eine weitere Frage mag kurz angeregt werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß nach dem Kriege, falls unsere finanzielle Last oder unsere finanzielle Gesetzgebung manche Klassen der Bevölkerung stärker treffen wird, als dies in einzelnen ausländischen Staaten der Fall sein wird, eine Kapitalflucht und vielleicht auch Abwanderung dorthin beginnen wird. Dem würde gegebenenfalls wohl auch mit gesetzlichen Maßregeln entgegenzuwirken sein. Sollte dieser Fall eintreten, so dürften natürlich die Auslanddeutschen an deren Rückkehr in den früheren Wirkungskreis wir ein Interesse haben, von solchen Einschränkungen ebenso wie von Hemmungen militärischer Art möglichst wenig betroffen werden. Der Nachweis früheren Aufenthalts im Auslande zu Erwerbszwecken müßte gegebenenfalls genügen, um eine Ausnahmebehandlung zu rechtfertigen.

Es bedarf keiner Hervorhebung, daß alle vorstehenden Ausführungen Zukunftsbetrachtungen sind, denen selbstverständlich sämtliche Schwächen solcher anhaften. Ebenso wie die Erwägungen über unseren künftigen Außenhandel auf den Erfahrungen der letzten Friedensjahre aufgebaut sind, die naturgemäß eine gewisse Verschiebung durch die stark veränderten Umstände nach dem Kriege erleiden werden und nur vergleichsweise Anhaltspunkte für die kommende Friedenswirtschaft gewähren, ebenso ist es zurzeit schwer, sich ein genaues Bild über die spätere Lage des Auslanddeutschtums zu machen. Aber es kann auch nicht der Zweck dieser Zeilen sein, Einzelheiten zu geben: wenn sie das Interesse weiterer Kreise auf die wichtigen Fragen des künftigen Ausfuhrhandels und die Bedeutung des Auslanddeutschtums gelenkt haben, so ist ihr Ziel erreicht. Und wie die militärische Leitung noch in fernerer Zeit liegende Entscheidungen durch vorausblickende Wahrscheinlichkeitsberechnungen vorzubereiten trachtet, so erscheint es auch in wirtschaftlichen Lebensfragen wohl an der Zeit, zu versuchen, sich bereits heute über manche Richtlinien der kommenden Friedenswirtschaft klar zu werden, denen eine weitschauende Gegenwartspolitik nicht zu unterschätzende Gesichtspunkte entnehmen könnte.

Digitized by Google

Zwei Schlagworte

Von A. Havelok

Die feindlichen Politiker sind sehr gerissen; gelegentlich verraten sie aber vorzeitig ihre Absichten, wie das ja schlauen, aber unlauteren Menschen auch sonst widerfährt. So kann man jetzt bereits erkennen, unter welchem idealen Deckmantel sie bei den Friedensverhandlungen die Rückgabe der deutschen Kolonien zu verhindern gedenken. Man arbeitet auf diesem Gebiete hauptsächlich mit zwei Schlagworten, die demokratisch klingen, aber demagogisch gefälscht sind. Herr Wilson verkündet seinen Grundsatz: „Afrika den Afrikanern!“ England verpflanzt das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ auf dem afrikanischen Boden. Beide sind raffiniert ausgetiftelt, um auf die Völker zu wirken und sie über den angelsächsischen Egoismus hinwegzutäuschen. Sie verdienen daher eine nähere Prüfung.

„Afrika den Afrikanern!“

Das Wort kann zunächst besagen, daß der Erdteil Afrika dauernd den eingeborenen Völkern gehören soll, in deren Verhältnisse sich keine fremde Macht einmischen darf. Dann müßten selbstverständlich auch die Franzosen Nordafrika, die Engländer Ägypten und ihre sonstigen afrikanischen Kolonien herausrücken. Die Südafrikaner könnte man wohl als Afrikaner europäischer Abstammung ansehen. — Nun umfaßt Afrika annähernd 30 Millionen Quadratkilometer bei etwa 180 Millionen Einwohnern, also 6 Bewohner auf 1 Quadratkilometer. In eine derartige Bodenverschwendung kann Europa nicht willigen. Die Erde ist da für alle Völker und bietet reichlich Raum für alle Bewohner. In den vorhandenen Raum müssen die Völker sich nach billigen Grundsätzen teilen, und je mehr ihre Zahl steigt, um so mehr müssen sie darauf halten, daß der Boden bis zur höchsten Ertragfähigkeit entwickelt wird. Dazu ist die Eingeborenenbevölkerung aus eigener Kraft nicht imstande, sie bedarf der Vormundschaft und der Erziehung, damit sie arbeiten lernt und sich nicht in ewigen Kriegen zerfleischt. Darum ist Afrika die natürliche Ergänzung Europas, seine naturgemäße Kolonie, auf welche es um der eigenen Selbsterhaltung willen nimmermehr verzichten kann. Sollte also Herrn Wilsons Wort in dem angegebenen Sinne gemeint sein, so muß das darin ausgesprochene Verlangen im gesamteuropäischen Interesse zurückgewiesen werden.

Aber so ist das Wort auch nicht gemeint. Herr Wilson versteht vermutlich unter den Afrikanern die dort wohnenden Angehörigen der Ententevölker, vor allem Engländer und Franzosen. Nun leben in Afrika gegen 2 Millionen Angelsachsen und rund 400 000 Franzosen, die andern zusammen bleiben weit hinter 100 000 zurück. Danach würde ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern einer Herrenbevölkerung von rund 2½ Millionen zugewiesen werden. Das wäre noch weit ungereimter. Wir

Digitized by Google

in Deutschland wohnen zu 120 auf 1 Quadratkilometer und sollen zugeben, daß Engländer und Franzosen, die auch in anderen Erdteilen weite Landgebiete beanspruchen, noch weitere 30 Millionen auf Grund eines harmlos klingenden Schlagwortes sich aneignen? Das wäre eine Forderung von wahrhaft angelsächsischer Unverfrorenheit. Demgegenüber stellen wir eine Gegenforderung auf, die wir getrost als das feinste und vornehmste Völkerrecht bezeichnen dürfen: **Jedes Volk, das die Fähigkeit und den Willen bewiesen hat, seinen Boden zu hoher Ertragfähigkeit zu entwickeln, besitzt einen unveräußerlichen Anspruch auf soviel Land, wie zu seinem auskömmlichen Dasein erforderlich ist.**

Aber auch so dürften wir Herrn Wilsons Meinung noch nicht ganz erfaßt haben. Wir wissen und erleben es immer aufs neue, wie er die Franzosen umschmeichelt. Mag da immerhin etwas Sympathie mit hineinspielen, der Hauptgrund ist imperialistische Berechnung. Er will Frankreich, das als englischer Satray in den Krieg getreten, in den Dienst der Union hinüberleiten. **Frankreich soll für Amerika werden, was Portugal und Belgien so lange für England gewesen sind.** Ist erst Frankreich Amerikas Vasall, so geraten seine afrikanischen Kolonien ohne weiteres in ein entsprechendes Abhängigkeitsverhältnis. Das gleiche Schicksal hat er auch den Engländern zugedacht, in aller Freundschaft natürlich. Old England soll sich zur Ruhe setzen, soll der vornehme Spielplatz und das hochgeehrte Heim der angelsächsischen Nationen werden, aber die eigene Wirtschaft aufgeben. Ein Land der komfortabel eingerichteten Parkwohnungen und der ungestörten Jagdgründe mit höchstens 15 Millionen Einwohnern, wie Andrew Carnegie es als Zukunftsbild geschildert hat. In diesem Zustande bedarf es keiner eigenen Kolonien, sie werden unter Amerikas Schutz besser aufgehoben sein. Darum hat Amerika sich während des Krieges in den südafrikanischen Handel dermaßen eingenistet, daß England sich überflügelt, fast verdrängt sieht. Den Südafrikanern aber wird von Tag zu Tag klarer gemacht, daß England, dessen Flotte ja mit der deutschen nicht fertig wird, ihnen in Zukunft keinen ausgiebigen Schutz gegen etwaige Gelüste anderer Weltmächte mehr bieten kann. So werden auch diese Afrikaner in aller Seelenruhe und mit aller Sanftmut in die amerikanische Klientel hinüber geführt. Und nun wird uns Herrn Wilsons Absicht erst ganz klar. **Das Wort „Afrika den Afrikanern" bedeutet in seinem Munde: „Afrika den — Amerikanern!"** Das ist des Schlagworts Kern.

Es liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes, daß diese liebevolle Absicht beizeiten durchschaut wird, damit kein ehrlicher Deutscher sich von Herrn Wilsons so treuherzig und demokratisch klingendem Schlagwort betören läßt.

Das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker.

Das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat ja im Kriege eine große Rolle gespielt; es enthält auch einen Wahrheitskern, der aber gerade von den

Digitized by Google

Leuten, die das Wort beständig im Munde führen, am wenigsten beachtet wird. Ganz neu jedoch ist die Übertragung auf den afrikanischen Boden, sie ist erst ausdrücklich zurechtgemacht zu dem Zwecke, uns den afrikanischen Besitz aus der Hand zu winden. Mit besonderem Geschick hat es kürzlich Harry Johnston, der frühere Gouverneur von Zentralafrika und Uganda, verwendet. Er meinte, das Selbstbestimmungsrecht müsse auch allen afrikanischen Völkern eingeräumt werden. Sollten sich dann einige Stämme für die deutsche Herrschaft entscheiden, so müsse man diese den Deutschen lassen. — Das klingt ja in einem englischen Munde ordentlich wohlwollend für uns, soll auch so klingen; ist es doch darauf berechnet, alle die Deutschen, welche sich ehrlich zu demokratischen Grundsätzen bekennen, für Englands Interessen einzufangen.

Man stelle sich nur die Durchführung der Abstimmung in Afrika recht anschaulich vor. Abstimmen, entscheiden in sachgemäßer Weise kann man doch wohl nur über Dinge, die man aus eigener und längerer Erfahrung kennt. Die Stämme, welche unsere Kolonien bewohnen, haben aber weder die englische noch die französische Herrschaft in längerer Erfahrung kennen gelernt. Sie können füglich unter eigener Verantwortung gar nicht darüber urteilen, ob für sie die deutsche oder die englische oder die französische Herrschaft zuträglicher ist. Außerdem aber würden sie durch eine solche Abstimmung nur den Herrn wechseln, nicht frei werden; das Ganze wäre also trotz des demokratischen Schlagwortes eine undemokratische Maßregel. — Ferner: wer soll denn da abstimmen? Die Häuptlinge oder die Untertanen? Eine Abstimmung der Häuptlinge wäre undemokratisch, eine Abstimmung der Untertanen würden die Häuptlinge voraussichtlich nicht dulden. Oder will man erst durch einen neuen Krieg Afrika demokratisch machen, um eine undemokratische Maßregel durchzuführen? — Dazu liegen die Verhältnisse in dem großen Lande recht verschieden.

Man denke nur etwa an Ruanda. In den Bambuswäldern des Bugoie, in den Sümpfen des Bolero, auf den Inseln des Kiwu lebt das Zwergvolk der Batwa. Es weiß kaum etwas von den Deutschen, sicher nichts von Franzosen und Engländern. Was abstimmen ist, wissen sie überhaupt nicht. Wenn ein Weißer naht, laufen sie weg und verstecken sich; wenn Herr Harry mit seinen Stimmzetteln kommt, steht zu befürchten, daß sie auf die Bäume klettern und ihm einen Giftpfeil in den Nacken schießen. Die eigentliche Urbevölkerung wird von den Wahutu gebildet, einem ackerbautreibenden Bantu-Volk; diese wiederum wird von dem eingewanderten Riesenvolk der Watussi in völliger Knechtschaft gehalten. Wie gedenkt Herr Harry nun hier zu verfahren? Will er die Wahutu abstimmen lassen? Da würde er bei den Watussi schön ankommen. Er müßte erst einen schweren Krieg im Zentrum Afrikas führen, damit die Wahutu, die vielleicht gar nicht abstimmen wollen, auch abstimmen können. Oder sollen die Watussi allein abstimmen? Das wäre ja gänzlich undemokratisch.

Man sieht, man braucht nur ein einziges konkretes Beispiel scharf ins Auge zu fassen, um deutlich zu erkennen, daß die unvermittelte Übertragung eines derartig modernen

Digitized by Google

Prinzips auf afrikanische Verhältnisse in der Durchführung auf völlig unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde. — Am allergenauesten weiß das vielleicht Herr Harry Johnston selbst, der auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit in der Afrikaforschung und im afrikanischen Kolonialdienst zweifellos einer der besten Afrikakenner ist. Also ist die ganze Rede in seinem Munde nicht ehrlich gemeint, sondern nur ein Mittel, um deutsche Demokraten, denen er die nötigen Kenntnisse nicht zutraut, für seine unsauberen Pläne einzufangen.

Dazu kommt noch ein weiterer Punkt. Wer sich um afrikanische Verhältnisse gekümmert hat, weiß, daß die Engländer sich seit vielen Jahren angestrengt bemüht haben, besonders in Togo, Kamerun und Südwest, die Eingeborenen gegen uns aufzuhetzen. Da die Engländer in der Verleumdungstechnik sehr bewandert sind, ist ihnen das bei einigen Stämmen schon im Frieden gelungen. Ist es doch überhaupt viel leichter, hundert Menschen unzufrieden zu machen, als auch nur einen aufgehetzten wieder zu beruhigen. Was aber haben wohl erst im Kriege die afrikanischen Stämme an englisch-französischer Hetzarbeit über sich ergehen lassen müssen! Wir haben es erlebt, wie die Kulturwelt der raffinierten englischen Lüge fast einmütig zum Opfer gefallen ist. Wenn nun hochgebildete Kulturnationen sich gegenüber der englischen Verleumdungskunst als ohnmächtig erwiesen haben, — kann da irgendein vernünftiger Mensch annehmen, die Naturkinder Afrikas seien imstande, die gerissene Lügentechnik Englands zu durchschauen, die Wahrheit zu erkennen und den Heuchler zu entlarven? Das ist ganz unmöglich.

Das weiß natürlich Herr Harry Johnston genau so gut, vielleicht noch etwas besser als wir. Dem deutschen Volke traut er aber diese Einsicht nicht zu. Und gerade darum macht er seinen Vorschlag. Um aber die ehrliche deutsche Demokratie vollends zu gewinnen, läßt er ein paar Worte scheinbaren Wohlwollens mit einfließen. Das ist die Bedeutung seines Schlagwortes von dem Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker.

Beide Schlagworte klingen demokratisch, man hat ihnen diese Form mit feinem Bedacht gegeben, um eben die Völker zu betören. Sie sind aber ihrem Kern nach demagogisch, das heißt ein echter Gaunertrick, um unter idealem Deckmantel einen tüchtigen Gewinn für die eigene Sache herauszuschlagen.

Die englische Kriegsfinanzierung

Von Linter

Für die ersten Monate des Jahres 1918 hatte die Welt die vierte englische Kriegsanleihe erwartet. Sie kam nicht. Statt dessen kündete Bonar Law, der britische Schatzkanzler, Ende Februar dem erstaunten Publikum an, daß künftig überhaupt keine langfristige Anleihe mehr begeben werde. Ziemlich unverblümt gab er zu,

Digitized by Google

daß dieser Entschluß durch den Zwang der Ereignisse sich ergeben habe; die russische Revolution hatte die schönsten Pläne nach dieser Richtung hin vereitelt. Um nun die ohnehin schon bedrohlich hohe schwebende Schuld nicht noch weiter anwachsen zu lassen, kündigte Bonar Law gleichzeitig an, er werde künftig den Krieg gewissermaßen wochenweise finanzieren. Damit wollte er folgendes sagen: In regelmäßigen Abständen sollten künftig gewisse Zweige des englischen Volkes systematisch zum Zeichnen von sogenannten „Nationalen Kriegsbonds" veranlaßt werden. Diese Bonds sind eine Erfindung der allerletzten Zeit; sie stellen ein Zwischending zwischen langfristigen und kurzfristigen Anleihen dar und werden seit Herbst 1917 an den englischen Markt gebracht. Sie können täglich gekauft werden, sind zu 5 Prozent verzinslich und je nach Wahl des Käufers in 5, 7 und 10 Jahren und zwar zu 102, 103 oder aber 105 Prozent rückzahlbar. Unter Berücksichtigung dieser Rückzahlprämie verzinsen sie sich mit annähernd $5^1/_2$ Prozent.

Wenn man bedenkt, daß die Engländer ihre erste Kriegsanleihe mit einem $3^1/_2$ prozentigen Zinsfuß ausstatteten, so ergibt sich schon daraus eine recht ansehnliche Verteuerung des Staatskredits. Daneben aber ist diese Art Geld aufzunehmen ein weiterer Beleg für die unsichere Art, mit der das englische Schatzamt herumexperimentiert hat. Die nachfolgende Zusammenstellung der englischen Staatsschuld zeigt nicht weniger als zehnerlei verschiedene Arten Geld aufzunehmen. Jeder objektive Beobachter muß hier dem deutschen Schatzamt die unverhältnismäßig glücklichere Hand zuerkennen. Denn streng genommen hat sich bisher keine der verschiedenen englischen Typen bewährt. Vor allem sind die Kriegsanleihen heute ohne Ausnahme sehr weit unter ihrem Ausgabekurs. Wenden wir uns nun der Tabelle (S. 445) zu.

Die Übersicht beziffert für den 9. März die Gesamtschuld Englands auf $5^3/_4$ Milliarden Pfund Sterling, das sind reichlich 5 Milliarden mehr, als vor dem Krieg; wenn die sogenannte „fundierte" Schuld sich recht erheblich verringert hat, so erklärt sich das mit dem Umtausch der $2^1/_2$ proz. Konsols in Kriegsanleihen. In den „anderen" Schulden sind wohl vor allem die Vorschüsse des amerikanischen Bundes zu suchen, die allein im Jahre 1917 über 400 Millionen Pfund Sterling betragen haben.

Nun wäre es allerdings unrichtig, ohne weiteres von einer Erhöhung der englischen Schulden um über 5 Milliarden Pfund Sterling zu reden. Denn diesem Posten stehen auch Forderungen an die Verbündeten und die Kolonien gegenüber und zwar schulden beide zusammen rund 1600 Millionen Pfund Sterling. Da von dieser Summe allein 600 Millionen auf Rußland kommen, so wird man wohl erkennen, wie wenig sicher dieses Aktivum ist. Selbst optimistische englische Nationalökonomen rechnen nur mit dem vollen Eingang von einer Milliarde dieser Forderungen.

So unvorteilhaft sich die englische Kriegsfinanzierung in bezug auf die Anleihetechnik erwiesen hat und so verschwenderisch nach den Feststellungen der vom Parlament eingesetzten Untersuchunskommission durch mangelhafte Organisation die eng-

Digitized by Google

Die Entwicklung der englischen Staatsschulden im Krieg:

in Millionen £	1. August 1914	31. März 1915	31. März 1916	31. März 1917	9. März 1918	Veränderung gegen 1. Aug. 1914
Fundierte Schuld	586.7	583.3	318.5	317.8	317.8	— 268.9
Annuitäten	29.6	28.0	26.1	24.0	24.0	— 5.6
Unfundierte Schuld:						
3½ % Kriegsanleihe	—	349.1	62.8	32.7	62.7	+ 62.7
4½ % „	—	—	900.0	20.0	20.0	+ 20.0
4 und 5 % „	—	—	—	1962.4	2082.6[1]	+ 2082.6
National War Bonds	—	—	—	—	459.4	+ 459.4
Schatzwechsel	15.5	77.2	566.8	463.7	1023.4	+ 1007.9
Exchequer Bonds	20.5	67.4	177.0	320.3	402.6	+ 382.1
War Savings Certificates	—	—	1.4	74.5	125.5	+ 125.5
War Expenditure do.	—	—	—	23.6	23.2	+ 23.2
Andere Schulden	—	—	9.2	316.5	905.0	+ 905.0
Amerikanische Anleihe	—	—	51.4	51.4	51.4	+ 51.4
Zeitweise Vorschüsse	1.0	—	19.9	217.5	225.8	+ 224.8
	653.3	1105.0	2133.1	3854.4	5723.4	+ 5070.1
Andere Kapitalschulden	57.2	57.0	56.7	52.2	51.4	— 5.8
Gesamtschulden	710.5	1162.0	2189.8	3906.6	5774.8	+ 5064.3

lischen Behörden mit dem Geld wirtschaften, so verdient doch in anderer Hinsicht die englische Finanzwirtschaft auch das Lob der Gegner. Wir meinen den verhältnismäßig hohen Anteil, den der Steuerzahler von den Ausgaben getragen hat. Das ergibt sich auf unserer folgenden zweiten Tabelle.

Die englische Kriegsfinanzierung (alles in Millionen Pfund Sterling):

1914/15 (1. August bis 31. März		1915/16	1916/17	1917/18	1. Aug. 1914 bis 1. Apr. 1918
Ausgaben	577	1501	2199	2650	6927
Davon durch Steuern aufgebracht	172	337	573	660	1742
Davon durch Darlehen aufgebracht	404	1167	1626	1990	5185
Steuerleistung in Prozent	29 %	22 %	26 %	25 %	25 %

Somit ist ein rundes Viertel der Ausgaben durch Steuern gedeckt worden, und wenn man annimmt, daß über eine Milliarde der Ausgaben nur vorübergehender Natur war, so ist das Verhältnis sogar noch besser. Um so anerkennenswerter ist es, daß für das kommende Rechnungsjahr ein recht großer Teil der Öffentlichkeit eine weitere Erhöhung der Steuern verlangt. Wie bei uns ist auch drüben eine sehr erregte

[1] Nach Abzug von £ 16.1 Mill., die für Erbschaftssteuer entrichtet wurden.

Digitized by Google

Debatte über die Frage einer Vermögensabgabe im Gange. Viele fürchten, daran nicht vorbeikommen zu können, da selbst bei einem baldigen Kriegsende im Laufe der nächsten Wochen die dauernde Mehrbelastung der englischen Jahresrechnung um rund 400 Millionen Pfund Sterling gleich 8 Milliarden Mark zu erwarten ist und andererseits die bisherigen Steuern (1917/18: 660 Millionen) einen Posten von 250 Millionen Pfund Kriegsgewinnsteuern enthalten, also eine Einnahme, die im Frieden in Wegfall kommt. Da neben der Verzinsung der Kriegsschulden noch mit einer normalen Last von 200 Millionen Pfund Sterling für die Staatsverwaltung zu rechnen ist, so ergibt sich einstweilen ein jährlicher Fehlbetrag von fast 190 Millionen Pfund Sterling.

Man sieht also, daß England auch bei einem für ihn günstigen Kriegsausgang vor fast denselben Finanzproblemen steht, wie wir. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß Deutschland in der Hauptsache nur seinen eigenen Bürgern Geld schuldet, während England in geradezu unerträglichem Umfange sich an das Ausland verschuldet hat.

Notizen

Die Diktatur des Proletariats in Finnland. In der deutschen Öffentlichkeit herrscht noch vielfach die Ansicht, als ob es sich in Finnland um einen Kampf zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft handle. Dieser Ansicht hat z. B. Dr. David im „Vorwärts" Ausdruck gegeben und daran die Warnung geknüpft, daß Deutschland keine Veranlassung habe, sich in diese Auseinandersetzung hineinzumischen. Auch der Abgeordnete Naumann hat von der Reichstagstribüne ähnliche Gedanken ausgesprochen. Ist diese Behauptung richtig? Vor allen Dingen darf nicht übersehen werden, daß zu Anfang des Krieges gerade die Sozialdemokratie mit am energischsten den Unabhängigkeitsgedanken verfochten hat. Ihre Führer, Manner und Tokoi, haben wiederholt in öffentlichen Reden die Notwendigkeit der Trennung Finnlands von Rußland betont. Das Endziel war demnach gemeinsam mit den Bürgerlichen, der Weg aber verschieden. Die Sozialdemokraten erhofften ihre Unabhängigkeit von der russischen Revolution, die Bürgerlichen vom Siege Deutschlands, den auch die Sozialdemokratie, solange der Zarismus herrschte, herbeigesehnt hatte. Seitdem in Petersburg die Revolution ans Ruder kam, ist in der finnländischen Sozialdemokratie ein Umschwung eingetreten. Immer mehr machen sich in ihr zwei Strömungen bemerkbar: eine gewerkschaftliche und eine anarchistische. Diese Trennung der Geister konnte sich so leicht vollziehen, weil die finnländische Sozialdemokratie seit jeher aus zwei Quellen gespeist wird. Erstens gehören zu ihr die eigentlichen Fabrikarbeiter und zweitens die Wald- und Floßarbeiter, die mehr Saisonarbeit zu leisten pflegen. Während diese im Verlaufe des Krieges durch Munitionsfabrikation gut verdienten, verloren jene durch Aufhören des Holzexportes bald jeglichen Verdienst. Sie wurden von der russischen Militärverwaltung zum Gräbenziehen und zu Schanzarbeiten angeworben. Sie verdienten hierbei zwar gutes Geld, gerieten aber mit der Zeit völlig ins radikale Fahrwasser. Bei Aufhören dieser Arbeiten und der Eroberung der Macht in Petersburg durch die Bolschewisten schlossen sie sich dieser Richtung an und bildeten zusammen mit der russischen Soldateska die Rote Garde in Finnland, die dort ein Schreckensregiment aufrichtete. Die sozialistische Landtagsfraktion hat zuerst zu einem nicht geringen Teile dieser Desperadopolitik nicht zugestimmt, später aber nicht den Mut gefunden, der bewaffneten Roten Garde zu opponieren. Sie hat sich zum Teil gefügt, zum Teil passiv verhalten und nur zu ge-

Digitized by Google

ringem Teil sich offen der Weißen Garde angeschlossen. Bezeichnend ist es aber, daß in Tammerfors, dem Hauptsitz der finnländischen Industrie, nicht wenige Fabrikarbeiter der Weißen Garde beigetreten sind. Wird über kurz oder lang der rote Terror aus Finnland vertrieben sein, so wird sich, wie in Schweden, auch in Finnland eine Scheidung der Sozialdemokratie in einen gemäßigten und einen anarchistischen Flügel vollziehen. Die Roten vertreten eben gar nicht, wie in Deutschland geglaubt wird, sozialistische Grundsätze, sondern rein anarchistische. Das geht klar aus ihrem neuen Verfassungsentwurf hervor, der die Bestimmung enthält, daß die finnländische Volksvertretung, trotzdem sie aus gleichen, geheimen, direkten und einfachen Wahlen beider Geschlechter hervorgeht, auseinanderzujagen sei, wenn sich eine Mehrheit gegen das Proletariat zusammenfände. Ganz folgerichtig hat daher das Organ der schwedischen Sozialdemokratie „Politiken" die Roten dafür getadelt, daß sie den Mehrheitswillen des Volkes, der sich bei den letzten Wahlen gegen die finnländische Sozialdemokratie ausgesprochen hätte, mißachte. Der Kampf in Finnland geht also gar nicht um Kapital oder Arbeit, sondern um parlamentarisches Regime oder Diktatur des Proletariats nach Leninschem Muster. Da die deutsche Sozialdemokratie seit über einem Menschenalter über den Putschismus Bakunins hinausgewachsen ist, liegt wirklich für sie kein Grund vor, sich für seinen finnländischen Ableger zu begeistern, zumal dadurch höchstens nur den Unabhängigen eine Freude gemacht wird.

Staaten- oder Klassenkrieg. Professor Brandes-Kopenhagen hat auf eine telegraphische Anfrage aus Amerika seiner Ansicht über den Bolschewismus (Maximalismus) in einer Weise Ausdruck verliehen, die dem Anfrager aus Amerika sehr überraschend gekommen sein dürfte. Wir entnehmen den interessanten Ausführungen des berühmten Gelehrten folgende charakteristische Stellen:

„Ich bin kein Bewunderer von Phrasen, daher kann ich keine Begeisterung fühlen für die Botschaft Ihres Präsidenten. Das Menschengeschlecht braucht Frieden und kann nicht darauf warten, bis einige weitere Millionen geschlachtet sind. Falls die Völker jetzt keinen Frieden erreichen, wird das Wirklichkeit werden, was ich im Sommer 1916 voraussagte. Das Proletariat wird in einen solchen Zustand der Aufregung kommen, daß die soziale Revolution, die niedergehalten wurde, so lange die Menschheit noch einen Funken Vernunft bewahrte, mit der gleichen Wildheit ausbrechen wird, wie der Krieg jetzt. Sie ist ja schon ausgebrochen in Rußland und in Finnland. Sie wird auch in anderen Ländern den kriegerischen Zusammenstößen folgen, wie die Kommune in Paris im Jahre 1871 folgte, und das bißchen geistesaristokratische Zivilisation, das der Krieg vielleicht übrig gelassen hat, wird der Erde gleich gemacht werden.

Meine Meinung war unter anderem die: Was nützt es, einen vernünftigen Frieden, einen gerechten Frieden zu fordern? Die Friedensbedingungen sind konkret, diktiert von Machtverhältnissen des Augenblicks oder dem Drang der Parteien, das Aufhören der Feindseligkeiten zu erwirken: aber — sie sind inkommensurable in abstrakten Begriffen wie Vernunft und Gerechtigkeit.

Es ist unmöglich, die Gerechtigkeit als abstrakten Begriff Streitfragen zwischen den Staaten entscheiden zu lassen, z. B. die Frage über Elsaß-Lothringen. Deutschland will diesen Landesteil behalten, der einmal ungemischt deutsch war und Deutschland gehörte. Frankreich fordert die Rückgabe, weil Elsaß-Lothringen während 200 Jahren Frankreich gehört hat, und sich nur widerstrebend darin fügte, an das Deutsche Reich abgetreten zu werden. Während der seit dieser Abtretung verflossenen 47 Jahre ist durch Auswanderung von Französischgesinnten und Einwanderung von Deutschen, außerdem durch die Änderung der Anschauung, welche die veränderten Verhältnisse und die ökonomische Entwicklung mit sich geführt hat, die Bevölkerung in einer großen Mehrheit deutschgesinnt und deutsch geworden. Was lehrt jetzt die

Digitized by Google

abstrakte Gerechtigkeit? Hält sie es mit den Franzosen, oder mit den Deutschen, welche behaupten, daß die Bewohner zufrieden sind mit ihrem Los? Falls abgestimmt werden soll, für wen fordert die Gerechtigkeit da das Stimmrecht? Für die Ausgewanderten und für die Kinder der Ausgewanderten, oder für die Einwohner, welche augenblicklich im Lande wohnen? Machtverhältnisse und praktische Rücksichten werden die Frage entscheiden; mit Abstrakta wie Gerechtigkeit oder Vernunft kommt man hier nicht weiter.

Wir leben unter der Herrschaft einer Epidemie, welche verwüstet, wie die Flagellanten im Mittelalter, nur weit schlimmer, die Epidemie des Konkurrenzkrieges, unter welcher die Staaten sich selbst geißeln, indem sie andere geißeln. Aber es ist eine neue Epidemie gefolgt, welche wie 1348 der Schwarze Tod von Asien sich nach Europa verpflanzte, und der Peitschenraserei einen neuen Aufschwung gab, die soziale Revolution, deren Pest sich jetzt von Rußland nach Finnland verbreitet hat und alle nordische Zivilisation in diesem Staate mit dem Untergange bedroht, um sich dann über das ganze Skandinavien zu verbreiten und aller Wahrscheinlichkeit nach sich nach Italien und anderen durch den Krieg entkräfteten Ländern zu verpflanzen.

Die tiefe Spaltung zwischen den einander bekriegenden Völkerschaften wird jetzt von der in Rußland und Finnland eingeleiteten ebenso tiefen Spaltung zwischen den Besitzenden und Besitzlosen gekreuzt. Es hat sich ein Abgrund zwischen denen geöffnet, die mit dem Kopf arbeiten und denjenigen, die mit den Händen arbeiten (und die zurzeit ihre Hände zu Plünderung und Mord gebrauchen). Der Abgrund scheint ebenso tief und gefährlich zu sein, wie der zwischen Deutschen und Franzosen, Deutschen und Engländern, tiefer und gefährlicher sogar. Der Krieg zwischen den Staaten kann jedoch — wie fern die Aussichten auch noch sind — durch eine einfache Unterschrift unter ein Abkommen abgeschlossen werden. Der Klassenkampf ist durchaus so unheimlich und durchaus so roh, aber außer, daß er heimtückisch ist, umspannt er ein noch größeres Landgebiet und ist daher noch langdauernder. Er ist nicht eine akute Krankheit, sondern eine chronische, und er kann kaum zur Ruhe gebracht werden, ohne eine solche Umgestaltung aller Verhältnisse, daß er Generationen hindurch dem Leben seinen Glanz und der Entwicklung ihre Blüte rauben würde.

Als der Nationalhaß in Rußland und Finnland abnahm, brach der Klassenhaß mit noch stärkerer Leidenschaft los. Als Rußland von dem Zarentum und Finnland von der Fremdherrschaft befreit war, ergriff das Proletariat in beiden Ländern das Henkerbeil, das frei geworden war. In Rußland waren unter dem Zarentum alle Gefängnisse gefüllt; jetzt unter dem Bolschewismus sind auch alle Gefängnisse überfüllt. In Finnland war während der politischen Despotie zum mindesten Rechtssicherheit auf den Straßen und Gassen; rein unpolitischen Mord und Plünderungen kannte man nicht anders als seltene Kriminalverbrechen. Jetzt gehören sie zur Tagesordnung.

An die Stelle des Krieges zwischen den Staaten ist in Osteuropa der Klassenkrieg getreten, und während die Vernunft unglücklicherweise nicht ansteckend ist, ist es der Wahnsinn."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.50, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 3.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

Für den anspruchsvollen Leser im Felde sind die Bände der

Liebhaber-Bibliothek

ein willkommenes Geschenk!

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben über die Serie: „Für einen geringen Preis bietet sich hier eine umfassende und von gutem Geschmack getragene Auswahl der Welt-Literatur, jeder einzelne Band trägt den Stempel eines berufenen Wählers, die Ausstattung bekundet Sorgfalt und Verständnis. Für den Sammler und Genießer literarischer Seltenheiten bietet sich hier eine wohlfeile Gelegenheit."

Die neueren Bände sind:

Band 44:

Nikolaj Gogol: Ukrainische Geschichten

Deutsch von Alexander Eliasberg

Band 45:

Krasinski: Die ungöttliche Komödie

Deutsch von Alexander Eliasberg

Band 46:

Longos: Daphnis und Chloe

Aus dem Griechischen. Mit 4 alten Holzschnitten herausgegeben von Paul Ernst

Band 47:

Deutsche Dorfgeschichten

Herausgegeben von Otto Zoff

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nennt diese neuen Bände „Tröster im Geist" und schreibt darüber: „... Band 45 enthält „Die ungöttliche Komödie" des Polen Grafen Siegmund Krasinski, 1833 geschrieben, eine Gedankendichtung, absolute Dichtung, wie sie der Herausgeber, Karl von Hollander, nennt. Große, letzte Dichtung ist vielleicht immer gedanklich. Hier sieht ein fast Erblindeter in die tragischen Unvereinbarkeiten des Daseins, Demokratie und Aristokratie, Mensch und Schicksal, Sein und Sehnsucht, Wille und Bestimmung.
Neben dem Polen der Russe: Band 44 bringt drei ukrainische Geschichten Gogols, des phantastischen, großen Dichters, den man nicht genug empfehlen kann.
Eine reizende Gabe ist der 46. Band, „Daphnis und Chloe" des Longos, von Paul Ernst eingeleitet, die schönste Kunstnovelle des späten Altertums, Keim aller späteren Hirtendichtungen.
Danach nehme man den 47. Band zur Hand, „Deutsche Dorfgeschichten". Hier ist nicht wie bei Longos Ideal und Idylle; selbst nicht bei Auerbach, sondern Kraft, Wirklichkeitsgestaltung und männliche Liebe zur Scholle (Gotthelf, Anzengruber, Storm, Otto Ludwig)."

Preis: leicht kartoniert Mark 2.—, gut gebunden Mark 3.—

Durch jede gute Buchhandlung oder, wo keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"
Google

Monatlich 3 Mark bei allen Postanstalten und beim Verlag: Ullstein & Co., Berlin SW

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 449
Heuß, Der Reichstag vor neuen Aufgaben 451
Tönnies, Edward Grey und sein Tchinovnik 456
Cahèn, Dänemark und Mitteleuropa 460
v. Truppel, Die deutschen Südseekolonien 466
Arndt, „Faserstoff" 471
Notizen / Neuerscheinungen 476

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 12. April 1918 Heft 15

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Zeichne die Kriegsanleihe!

An jedem Zinstage wirst Du von neuem Deine Freude haben!

Aufruf!

Während im Osten die Morgenröte des Friedens heraufdämmert, wollen unsere verblendeten westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen. Sie wähnen noch immer, uns mit Waffengewalt zu Boden ringen zu können. Sie werden erkennen müssen, daß das deutsche Schwert die alte Schärfe besitzt, daß unser braves Heer unwiderstehlich im Angriff, unerschütterlich in der Verteidigung, niemals geschlagen werden kann. Von neuem ruft das Vaterland und fordert die Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres auf der bisherigen stolzen Höhe zu halten. Wenn alle helfen, Stadt und Land, reich und arm, groß und klein, dann wird auch die 8. Kriegsanleihe sich würdig den bisherigen Geldsiegen anreihen, dann wird sie wiederum werden zu einer echten rechten deutschen Volksanleihe.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 12. April 1918 • Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Der rumänische Friede entspricht den nationalen Ansprüchen der Bulgaren, indem er ihnen die Dobrudscha zuweist, und den militärischen Notwendigkeiten Ungarns, indem er ein freilich dünn besiedeltes Gebirgsland und einen Streifen des Donauufers als Sicherungsgebiet der Monarchie angliedert. Rumänien selber wird für die Erneuerung seiner staatlichen und nationalen Idee eine große Aufgabe im Osten, in Beßarabien, finden, wo ein breiteres rumänisches Volkstum der Erweckung harrt. Dem Staat hat Bratianus unselige Politik tiefe Wunden geschlagen, aber der Friede, den ihm der Sieger gewährt, wird für die künftige Politik des Staates eine gesunde und große Zielsetzung sein. Die Lehre, die Rumänien zu Karols Politik zurückzwang, war hart; wird sie richtig verstanden und befolgt, ohne trübe Romantik, die nach Kronstadt zielt, dann wird wieder ein gesundes Verhältnis zwischen diesem Staat und Mitteleuropa gedeihen.

*

Daß Graf Czernin seine kurze Gastrolle in Wien zu einer scharfen Absage an die tschechischen Hochverräter benutzt hat, indem er zugleich die Leistungen der Deutschen und der Ungarn sehr stark unterstrich, beweist, daß er sich fest im Sattel fühlt. Es hat in letzter Zeit nicht an Stimmen gefehlt, die meinten, daß er in Österreich-Ungarn zu stark geworden sei und deshalb nach dem Friedensschluß mit Rumänien abtreten müsse. Seine Rede deutet nicht darauf hin. Es ist nicht denkbar, daß er irgendeinem Nachfolger eine so schwierige Situation schafft — er holt sich bei den Deutschen und den Ungarn heute schon Bundesgenossen für die große Auseinandersetzung in den Delegationen. Freilich: dieser Kampf wird nur dann fruchtbar sein, wenn die Regierung für die Lösung der tschechischen Fragen selber ein Programm hat. Denn mit dem Bekriegen der Kramarsch-Gruppe, die man vor einem Jahr amnestiert hat, ist es nicht getan, wenn man nicht genau weiß, wie das loyale Tschechentum, soweit es noch vorhanden, in dem habsburgischen Staatsgefüge eingefügt bleiben wird. Czernin bestimmt nun auch Österreich-Ungarns innere Politik, für die Seidlers Hände zu schwach und tastend sind.

*

Digitized by Google

Clemenceau bestreitet, daß er mit dem Grafen Czernin über die Möglichkeit eines Friedens vor dem Beginn der Westschlachten habe sprechen lassen. Man weiß nicht, wie weit bei den Schweizer Besprechungen die Wiener Regierung Anreger oder Angeregter gewesen ist. Die offiziöse Stilisierung ist sehr vorsichtig. Daß Clemenceau einen Boten auf den Weg schickte, den die englische Stimmungsmache längst beschritten hatte, ist aber weder zu leugnen, noch ist es verwunderlich. Czernin sagt selber, wie die Hoffnung der Entente in Österreich-Ungarn Nahrung fand. In der Rechnung war aber übersehen, daß, von den elementaren Selbstverständlichkeiten der Bundestreue abgesehen, Österreich-Ungarns wirtschaftliches Schicksal aufs innigste, heute und morgen, mit Deutschland verknüpft ist. Für Clemenceau freilich ist der Vorgang um deswillen peinlich, weil nur von Elsaß-Lothringen, aber nicht von Italien in diesen Unterhaltungen die Rede war. Dies zeigt sich in einem Zeitpunkt, da der Abmarsch der französischen Hilfstruppen von der Piavelinie Italien wieder nervös macht. Und das Verbrechen des Caillaux?

*

Das Protokoll der Geheimsitzung in Petersburg im Februar 1914 bestätigt noch einmal das Vorhandensein des festen Kriegswillens der zarischen Regierung, die Dardanellenfrage in möglichst kurzer Zeit auch auf Kosten eines Weltkrieges in russischem Sinne zu lösen. Wie zielbewußt die Regierung dabei vorging, wird durch die Tatsache erhärtet, daß bereits Februar 1914 der Kriegsminister Ssuchomlinow den Putilowwerken und anderen staatlich kontrollierten Fabriken den Abschluß von Kontrakten mit deutschen Firmen verbot. Der seit der Revaler Zusammenkunft latente Kriegswille Rußlands scheint im Herbst 1913 seine letzte offizielle Ausprägung erhalten zu haben. Das von Bethmann Hollweg anläßlich der Militärvorlage von 1913 geprägte Wort von der Notwendigkeit, die „neu gewonnene türkische Freundschaft auf den galizischen Schlachtfeldern zu verteidigen", traf also ins Schwarze. Um so unerklärlicher bleibt es, daß sich die deutsche Vertretung in Petersburg von der kriegerischen Entwicklung in Rußland so hat überraschen lassen.

*

„Die Revolution in Finnland ist das Werk des Smolnyinstitutes in Petersburg" — so meldet die „Morning Post". Durch diesen Satz wird nicht nur die Berechtigung, sondern die Notwendigkeit der deutschen Hilfsexpedition erwiesen. Mit dieser englischen Formulierung stimmt auch die Meldung der Kopenhagener „Politiken" überein, daß finnländische Rotgardisten, angewidert durch die sinnlosen Grausamkeiten, zu der Weißen Garde überzulaufen beginnen. Trotzki, der immer mehr Kerenskischen Spuren nachzuwandeln beginnt, indem er alle kriegslustigen Elemente bis in die reaktionären Kreise hinein um sich zu sammeln versucht, wird also beim deutsch-finnländischen Vormarsche der eigentliche Besiegte sein. Denn an einen wirklichen Widerstand der Russen ist natürlich in Finnland ebensowenig wie in der Ukraine zu denken.

Digitized by Google

Der Reichstag vor neuen Aufgaben

Von Dr. Theodor Heuß

Der Reichstag hat bis jetzt zwei Friedensschlüssen seine Zustimmung gegeben, dem mit der ukrainischen Volksrepublik und dem mit Restrußland. Man kann nicht sagen, daß seine Verhandlungen in Ton und Haltung sehr stark von dem Gewicht des geschichtlichen Vorgangs bestimmt wurden, sie waren getrübt von einer gewissen Enttäuschung über das Tempo der wirtschaftlichen Erschließung der Ukraine, von der Unsicherheit, wieweit der Abschluß mit der Sowjetregierung nun tatsächlich eine Konsolidierung der Beziehungen zu Osteuropa einleiten würde. Die Militärexpedition nach Finnland, die dem Versprechen der Sowjets, dies Gebiet zu räumen, den notwendigen Nachdruck verleihen soll, erschien als der Beginn eines neuen Feldzugs; dadurch ließ sich vor allem die Sozialdemokratie beeinflussen, denen die Kämpfe dort oben nur als Bürgerkrieg der finnischen Parteien erscheinen wollen. Es ist bekannt, daß innerhalb der Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie die Meinungen sich ziemlich schroff gegenübertraten: einige Stimmen verlangten die glatte Ablehnung des russischen Friedens, da er weder dem Wortlaut noch dem Geist der Friedensresolution entspreche, andere forderten die unbedingte Annahme, um die moralische Tatsache des ersten Friedens zu stützen — der Ausweg war die Stimmenthaltung. Die Lockerung, welche die einheitliche Praxis der Reichstagsmehrheit damit erfuhr, wurde einigermaßen ausgeglichen durch eine Entschließung, die der Regierung bestimmte Wünsche über den Ausbau der Verfassungen in den Rußland abgegliederten Randstaaten vorträgt.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß nunmehr, da das Friedenmachen nicht nur theoretischer Wunsch, sondern begrenzte Aufgabe der Staatsmänner ist, die Reichstagsresolution vom 19. Juli in der Erörterung bleibt. Zu ermessen ist, wie weit sie die Umrisse der Verhandlungsmöglichkeiten bietet, wie weit sie historisch geworden. Im russischen Fall zeigten die Nächstbeteiligten verschiedenerlei Auffassung; die weitere Probe wird der Abschluß des rumänischen Friedens sein. Und hier mehr mittelbar. Da Deutschland an diesen Staat nicht angrenzt, sind die Fragen militärischer Natur für uns selber erst in zweite Linie gerückt und die politische Erwägung mußte die Verständigung nahelegen, den Versuch, das System zu erneuern, das König Karols Vermächtnis gewesen ist; aber die Rücksicht auf die unmittelbaren Forderungen unserer Bundesgenossen mußte dafür das Maß geben. Gewiß: die Kriegslage ist derart, daß wir Rumänien hätten vollends niederschlagen und vergewaltigen können, was politisch und militärisch gleich zwecklos gewesen wäre. Wir wollen uns aber jetzt mit Marghiloman verständigen, daß die Dobrudscha zu Bulgarien und das Vorgelände der Pässe in den Transsylvanischen Alpen zu Ungarn geschlagen werden, daß Deutschland die Vorhand auf die Petroleumproduktion legt

Digitized by Google

(in einer heute noch nicht ganz geklärten Form) und Rumänien Zusicherungen innerpolitischer Reformen in seiner Judengesetzgebung gewährt, dies Verfahren in das Schema „ohne Annexionen und ohne wirtschaftliche Vergewaltigung" aufzunehmen. Gleichviel: nur wenige Leute werden diesen Frieden verwerfen wollen. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Reichstagsresolution im vergangenen Jahr taktisch richtig war, aus inneren und äußeren Gründen, daß aber ihre materielle Formulierung wegen der Möglichkeit der Einschnürung Bedenken wecken konnte, so ist soviel heute erwiesen, daß sie für die östlichen Friedensschlüsse die Gefahr der Schwächung unserer Position nicht bedeutet hat. Diese hängt eben schließlich nicht in einer allgemeinen Erklärung, sondern in der gegebenen Macht, und die Fragestellung drängt sich daraufhin zusammen, von der Macht keinen willkürlichen, ruhmsüchtigen, sondern einen vernünftigen Völker und Staaten aufbauenden Gebrauch zu machen.

Als der Reichstag seine Entschließung faßte, dachte er auch an österreichisch-ungarische Stimmungen. Auf der verbündeten Monarchie, mit ihren unendlichen inneren Schwierigkeiten, lastet der Krieg noch viel schwerer als auf Deutschland, und die Empfindlichkeit gegen das Auftreten annexionistisch lauter Kreise in Deutschland nahm einen nicht unbedenklichen Grad an. Deutsche Führer im Wiener Herrenhaus widmeten damals eine ganze Sitzung der Bekämpfung der alldeutschen Publizistik, um der Meinung entgegenzutreten, daß die Deutschen der Monarchie etwa den Krieg um die flandrische Küste führen wollten. Graf Czernin selber machte sich zum Sprachrohr dieser Stimmungen, indem er mit bewegtem Pathos den Verteidigungscharakter des mitteleuropäischen Krieges unterstrich und dem Gedanken der internationalen Verständigung und Abrüstung schwungvollen Ausdruck lieh. Kein Wunder, daß er deshalb in das Feuer der alldeutschen Presse geriet und neben der Reichstagsmehrheit die Kosten der aufgeregten Polemik dieser letzten Monate zu tragen hatte.

Das Schicksal ist witzig genug, gerade diesem Mann, der nach seiner persönlichen Artung wie nach der staatspolitischen Aufgabe, die ihm geworden, als der deutlichste Vertreter der internationalen Verständigungsidee zu gelten hat, den Auftrag zu geben, als erster die Grundzüge des rumänischen Friedens zu erörtern. Die deutsche Reichstagsmehrheit hat wiederholt ihre Übereinstimmung mit seiner Grundanschauung kundgetan, unmittelbar und mittelbar, in der gleichgehenden Beantwortung der päpstlichen Augustnote. Wird sie sich ihm jetzt anschließen? Daß der führende Staatsmann der verbündeten Monarchie in dieser Frage den Vortritt hatte, war billig und recht; es ist aber außer Zweifel, daß für seine Interpretation des rumänischen Friedens auch theoretische Geltung für die unmittelbaren deutschen Belange beansprucht werden könnte. In Österreich-Ungarn hat sich ein grundsätzlicher Widerspruch bisher nicht gemeldet; selbst die Wiener Sozialdemokratie, die ihn schon bisher ziemlich stützte, bleibt bei der Stange und wenn vielleicht auch bloß deshalb, weil er der Bringer des dritten Friedens ist.

Digitized by Google

Für uns ist die Frage wichtig unter dem Gesichtspunkt ihrer Einwirkung auf die Aussprache mit dem Westen. Diese ist heute vertagt, und sie wird erst wieder aufgenommen werden, wenn auf dem französischen Schlachtfeld weitere Entscheidungen gereift sind. Solange die Heere im harten Ringen verstrickt sind, werden die Worte der Diplomaten, der Politiker, der Publizisten von dem Lärm der Granaten zerrissen. Wie aber wird es sein, wenn die Luft wieder klarer geworden ist und nicht mehr von der Wut der Geschosse zittert? Es hat sich nichts geändert in der klaren politischen Zielsetzung, in den Wunschvorstellungen, aber die psychologischen Voraussetzungen sind nicht mehr dieselben. Wer den Besitz der flandrischen Küste als eine deutsche Staatsnotwendigkeit ansieht, wird glauben, daß die Niederlage der Feinde dies Ziel erreichbarer gemacht habe. Wer den deutschen Nationalstaat nicht mit der belgischen Hypothek belastet wissen will, wird die Wiederherstellung von Belgiens staatlicher Selbständigkeit unverwirrt als eine politische Notwendigkeit ansehen. Aber es ist ohne Zweifel, daß die Aussprache einen anderen Tonfall bekommen wird. So wenig sich der Verteidigungscharakter des deutschen Feldzugs durch seine offensive Gestaltung ändert, so gewiß ist es, daß in Frankreich und England die Stimmen klarer Einsicht zunächst erstickt sein werden. Es geht hart auf hart. Jede neue französische Stadt, die sich unter deutschem oder feindlichem Feuer in ein Trümmerfeld verwandelt, wird ein Zeuge gegen den Gedanken- und Stimmungskreis, der um die Worte „Verständigung", „internationaler Ausgleich", „Versöhnung" lagert. Das kann man sehr schmerzlich empfinden, denn es liegt darin eine Resignation in dem Glauben an die erhabene Geltung von übernationalen Rechtsordnungen. Aber man soll sich über die psychologischen Tatsachen keinen Täuschungen hingeben. Mit England steht es ähnlich. Es hat abgelehnt, uns auf dem Boden des Ausgleichs entgegenzutreten, zu jener Besprechung, bei der wir die billigen Forderungen unserer kolonialen Bedürfnisse, unserer Orientpolitik und eines Rohstofffriedens vorgetragen hätten — Lloyd George hat diese Möglichkeit verdorben und sie den Geboten des Zwangs anheimgegeben. Unter dessen Gesetzen stehen wir heute, London gegenüber so gut wie Washington. In dem Maße, als die Militarisierung der Vereinigten Staaten voranschreitet, als die amerikanische Kriegsehre in der französischen Schlacht mit erfaßt wird, als Wilson „Blut geleckt" hat, trübt sich sein Auge für jene Grundsätze, die er ehedem der Welt vorgetragen. Die Mißhandlung Hollands ist ein Nebenbeispiel. Er bindet sich selber in die Methoden des gewaltsamen Austrags, sich und die Ehre des amerikanischen Volkes, von dem uns hin und wieder versichert wird, daß es kriegsunlustig sei. Rückschau zu halten, ob das alles so kommen mußte, ob die Taktik unserer Politik nicht manches hätte ändern und verhindern können, das führt heute zu keinem Ausweg mehr.

Zu den neuen Aufgaben des Reichstages gehört es, diese veränderte Atmosphäre anzuerkennen. Die Mehrheit braucht von der geschichtlichen Bedingtheit ihrer bisherigen Politik nicht abzurücken und die allgemeinen Ideale nicht zu verleugnen, auf

Digitized by Google

die sie ihre Entschließungen eingestellt hat. Es handelt sich nicht darum, hinter den kriegerischen Erfolgen die Kriegsziele zu militarisieren, denn deren sachlicher Kern mag soweit bestehen bleiben; aber die Notwendigkeit besteht, und das geht wohl vor allem die Sozialdemokratie und die überzeugten Pazifisten in den bürgerlichen Parteien an, die innere Einstellung der Tatsache anzupassen, daß die neue Entfesselung des Krieges seelische Umwertungen schafft, hüben wie drüben, und daß es darum dem Frieden förderlich sein muß, nicht abstrakten Formeln nachzuhängen, nicht zu sehr auf moralische Auswirkungen zu warten, sondern der politischen Aussprache einen möglichst konkreten Charakter zu geben. Es ist jetzt der Zeitpunkt, von unseren Kolonien, von unseren Wünschen für die Erhaltung der Türkei, von der unbedingt notwendigen Beteiligung am Weltrohstoffbezug zu reden. Das ist jetzt alles dringlicher und gewichtiger geworden als die Überlegungen, wie das in der Antwort an den Papst gezeichnete Programm Wirklichkeit werden könne.

Die Klärung über diese Fragen wird nicht ganz leicht sein. Durch die Zurückhaltung, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der letzten Zeit geübt hat, ist ungewiß, wohin er selber seine Meinung lenken wird. Bei der Zusammensetzung der gegenwärtigen Reichsregierung und ihrem Verhältnis zum Parlament besitzt die Personenfrage gerade an dieser Stelle eine erhöhte Bedeutung; die drei letzten Monate haben deutlich genug erwiesen, bei uns wie bei den Verbündeten, daß die entscheidenden Handlungen und Formulierungen nicht von allgemeinen Entschließungen, sondern mindestens ebenso stark, auch heute noch bei aller tatsächlichen oder vorgeblichen Demokratie, von persönlicher Art, Anschauung und Geschicklichkeit abhängen.

Freilich werden dem Reichstag in der nächsten Zeit noch andere Aufgaben und Schwierigkeiten zuwachsen, von denen man heute noch nicht weiß, wie weit ihre Behandlung auf das Gebiet der „großen Politik" übergreifen wird. Als die Regierung Hertling-Payer-Friedberg in Wirkung trat, schloß sie mit den Mehrheitsparteien einen Art von Pakt, der in der auswärtigen Politik durch die Bezugnahme auf die Antwort an den Papst charakterisiert ist, in der inneren durch das gleiche Wahlrecht für Preußen, Zensurerleichterung, Arbeitskammer, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Von Steuern war darin nicht die Rede, solche zu beschließen wird aber wohl die größte Aufgabe des Reichstags in seinem nächsten Sitzungsabschnitt sein.

Die Regierung selber hat noch nicht davon gesprochen, wie sie sich die neuen Steuern vorstellt. Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes ist von diesen unangenehmen Notwendigkeiten sehr wenig die Rede gewesen und der Schatzsekretär hat dieses Schweigeverfahren mit seinen guten Wünschen genährt. Man erreichte damit, daß in der Tat über die Gestaltung der neuen Steuern, über ihren Rahmen und Umfang sehr wenig bekannt wurde und dies wollte man, damit nicht die Börse, die auf Steuergerüchte immer sehr heftig und oft etwas komisch reagiert, Verstimmungen erleidet. Die kann man während der Zeichnungsfrist der achten Kriegsanleihe nicht

Digitized by Google

brauchen. Immerhin sind heute durch die Siege im Westen alle Anleihesorgen verscheucht; was aber kommt, ist die Sorge um den Charakter der neuen Steuern. Auch Graf Roedern wird nicht die Herakles-Arbeit der großen Reform während des Krieges vorbereiten. Ob er schöpferische Gedanken und Pläne für das künftige Reichsfinanzwesen hat, weiß man nicht. Sicher, wenn sie vorhanden, hat er sie noch nicht verraten, sondern in einem feinen und stillen Herzen bewahrt.

Was bringen die Parteien bei? Sie haben alle ziemlich geheiligte Finanzforderungen in ihren Friedensprogrammen; deren Rahmen ist aber durch das unerhörte Wachstum der Bedürfnisse gesprengt. Sie sind nicht sehr viel mehr als geschichtliche Symbole. Während des Krieges nun haben sich alle Parteien eine weitgehende Abstinenz im Steuerdenken auferlegt; nur einzelne Publizisten haben die undankbare Aufgabe, freilich ohne Solidarhaftung, auf sich genommen. Die Parteien sind also nicht durch neuerliche Entschließungen gebunden, sondern haben sich einige Bewegungsfreiheit gewahrt; es kommt jetzt alles darauf an, wie weit sie auch gegenüber grundsätzlichen Bekenntnissen ihrer Friedensvergangenheit sich unbefangen fühlen, und was für Vorschläge die Reichsregierung ihnen vorlegt.

An sich hat der vielgescholtene Reichstag gerade in den letzten großen Finanzvorlagen weit bessere Arbeit geleistet als die Regierung. Namentlich war es Payers Verdienst, daß er als Führer der Fortschrittlichen Volkspartei sehr stark auf den Ausbau der direkten Reichssteuer hinwirkte, die der Regierung abgezwungen werden mußte. Diese zentralistische Entwicklung, vom schweren Gewicht der Schuldenlast bestimmt, hat ihre geborenen Widersacher im Bundesrat, wo die Einzelstaaten den Kampf gegen eine Notwendigkeit führen, die sie als finanzpolitische „Mediatisierung" empfinden. An der Spitze des Reiches aber steht ein Mann, der vorher als bundesstaatlicher Ministerpräsident sich gegen die Einschränkung der finanziellen Selbständigkeiten gewehrt hatte. Hier ist also das erste Fragezeichen: wird der Bundesrat auf dem Weg der direkten Reichssteuern, der mit dem Wehrbeitrag beschritten wurde, sich weiter vorwagen? Wird der Schätzsekretär der Gefesselte der einzelstaatlichen Finanzminister sein oder mit dem Reichstag zusammen sich gegen den einzelstaatlichen Finanzpartikularismus wenden?

Er kann und muß zu diesem Zweck aus dem Parlament die nötigen Hilfskräfte ziehen. Jedoch wird sein Steuerplan auf indirekte Steuern keineswegs verzichten können. Auf die Verteilung der beiden Steuersysteme kommt aber jetzt Entscheidendes an. Liegt der Hauptnachdruck auf indirekten Steuern, so wird das zur Gefährdung der politischen Solidarität der Reichstagsmehrheit. Man weiß nicht, wie Graf Roedern diese reinpolitische Fernwirkung seines Amtes auffaßt. Daß man dies Problem aber rechtzeitig sehe, ist notwendig. Gewiß ist die Reichstagsmehrheit nicht unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Flurbereinigung gegründet worden; aber ihre Tragkraft erfährt eine außerordentliche Belastungsprobe. Bei dem Zusammenhang zwischen

Digitized by Google

Reichstag und gegenwärtiger Reichsregierung ist dies aber nicht nur eine Frage innerhalb des Parlaments, sondern eine Angelegenheit, die auf die Zusammensetzung der Regierung zurückwirken und sich dadurch mit dem ganzen Komplex der außenpolitischen Fragen verschlingen kann.

Edward Grey und sein Tchinovnik

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Ferdinand Tönnies

Als im Dezember 1905 das liberale Kabinett des Vereinigten Königreichs gebildet wurde, von dessen Häuptern mehrere zuvor als Pro-Boers der allgemeinen Schmähung ausgesetzt waren — als im folgenden Monat die Neuwahlen diesem Kabinett eine unerhörte Mehrheit gaben — da wurde unter den entschiedensten intellektuellen Vertretern des Liberalismus, ungeachtet aller Freude über den Triumph ihrer Sache, ein Mißbehagen laut ob der Heranziehung von „liberalen Imperialisten" in die Regierung, wenn man es auch pries, daß wenigstens nicht deren stärkste Größe, der als Rothschild-Eidam reich und einflußreich gewordene Lord Rosebery, abermals an die Spitze der „Administration" berufen war. Am meisten Anstoß nahm man daran, daß zur Leitung des Auswärtigen Amtes (Foreign Office) Sir Edward Grey ausersehen war; den man wohl nicht umgehen konnte, weil er einer der Vornehmsten in der Partei war, deren vornehme Vertreter zumeist von ihr abgerückt und zu Anhängseln der Tories geworden waren — und, weil er in dem letzten liberalen Kabinett das Amt eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt bekleidet hatte. Freilich: er war auch ein persönlich hochgeschätzter, liebenswürdiger und recht intelligenter Mann. Niemand hielt seinen Imperialismus für „aggressiv", also für unmittelbar gefährlich. Nein, man glaubte seinen in Wahlreden und sonst gegebenen Versicherungen, daß er immer für Erhaltung des Weltfriedens streben werde. Daraufhin hatte ja der ausgesprochen pazifistische Sir Henry Campbell-Bannermann es gewagt, ihm jenes verantwortungsvolle Amt anzuvertrauen. Nein: das Bedenkliche und Gefährliche war dies: man wußte, daß das ganze Personal des Auswärtigen Amtes, daß die ausländischen Vertretungen, mit wenigen Ausnahmen, in deutsch-feindlichem Sinne wirkten — und daß Sir Edward Grey nicht der Mann war, ihnen in kraftvoller und erfolgsicherer Weise entgegenzutreten; er, der englische Gentlemen alten Schlages, dem Landleben und dem Angelsport leidenschaftlich ergeben, der nicht einmal die sonst so lebhafte Reiselust seiner Landsleute teilte; wenn auch der normale Engländer nicht mehr von andern Ländern kennen lernt, als daß er ihre Sehenswürdigkeiten „abmacht" — einen Unterschied macht es doch, ob einer seine Tour durch Europa vollbracht und vielleicht sogar in fremden Hauptstädten, vielleicht auch in Amerika, in Indien oder sonst im Orient sich getummelt hat, oder ob er, wie Sir Edward, ein wenig menschenscheu dahin gelebt

Digitized by Google

hat und die Politik nur, um einen standesgemäßen Beruf auszuüben, als ererbte Ehrensache einer erlauchten Familie betreibt — was ohne Zweifel auch eine große innere Unabhängigkeit verbürgt und manche Eigenschaften aufwiegt, die sonst für hohe Stellungen im Staate erfordert werden — manche, aber nicht alle; auch paßten Persönlichkeiten dieser Art besser zum vergangenen als zum heutigen Stile des Staatsmanntums, der notgedrungen dem Zeitalter des Weltverkehrs sich anpassen muß. —

Einen Wortführer hatten die radikalen Gegner Sir Edwards an jenem W. T. Stead, der innerhalb der Großmacht Presse eine Macht für sich darstellte, eine um so stärkere, da man wußte, daß er niemandem untertan war und zu sein nötig hatte, ein redlicher Idealist, den die Höhergebildeten wohl als einen „Narren auf seine eigene Hand" belächelten, ohne daß aber jemand ihm nachsagen konnte, die Klarheit und Gradheit seines Denkens und seiner Schreibart habe unter seinen Liebhabereien für den Zaren, für Spiritismus und Okkultismus gelitten. Bis zu seinem unglücklichen Ende durch den Untergang der „Titanic" (1912) — er reiste alljährlich nach Europa und manchesmal nach Amerika — hat er ein gewaltiges Ansehn genossen und nahm eine politische Stellung ein, die ihm gestattete, seine Kritik in freieste Weise walten zu lassen; mit den Führern der neuen Regierung, zu deren Sieg er mächtig geholfen hatte, stand er in ununterbrochenem Verkehr. Jeder Dogmatik abgeneigt, war er auch nicht Pazifist „nach der Schnur", sondern er spann immer seinen eigenen Faden. Er hegte große Erwartungen von der zweiten Haager Konferenz (1907), der er natürlich beiwohnte, aber er fand sich bitterlich enttäuscht. Namentlich mißfiel ihm die Rolle, die Großbritannien bei dieser Gelegenheit spielte, er spricht offen aus, daß er sich seines Landes geschämt habe. Dagegen weiß er nicht genug den Takt, die Kühnheit, Liebenswürdigkeit und „Gemütlichkeit" (er bedient sich dieses deutschen Ausdruckes) des deutschen Hauptdelegierten Marschall von Bieberstein zu rühmen; alle deutschen Vertreter, sagt er, zeichneten sich durch solche Eigenschaften aus, die britischen durch keine davon.

In der August-Nummer (1907) seiner „Review of Reviews" schildert er unumwunden den britischen Zusammenbruch im Haag. Nur verspotten kann er den Vorschlag Englands, den Begriff der Bannware und das Recht der Durchsuchung abzuschaffen, während zu gleicher Zeit eine Verschärfung des Seerechts in bezug auf Versorgung feindlicher Kriegsschiffe ins Auge gefaßt war. Sir Edward Grey hatte darauf bestanden, daß Abrüstung auf die Tagesordnung gesetzt würde; Stead hatte ihm in persönlicher Zusammenkunft dringend abgeraten wegen der Aussichtslosigkeit. Was wurde daraus? Nach Steads Ausdruck eine Posse. „Es war notwendig, etwas zu tun, um Sir Edward Greys Gericht zu wahren und das britische Publikum zu täuschen." (S. 137.)

In jedem folgenden seiner Monatshefte kommt Stead darauf zurück. Im Dezember

Digitized by Google

behandelt er die „Verfinsterung" Sir Edward Greys mit einer astronomischen Illustration, in der das Bildnis des Unterstaatssekretärs Sir Charles Hardinge am Antlitz Sir Edwards beschattend vorüberzieht. Es ist eine große Anklage gegen das Bureau, gegen den Tchinovnik, „dessen stumpfsinnige vis inertiae und reaktionäre Tendenzen (in Rußland) auch die stärksten unter den reformierenden Zaren vergebens bekämpft haben." Und so vermöge auch Grey gegen die Bureaukratie des Foreign Office nichts. „Selber ein Ehrenmann vom reinsten Wasser (the soul of honour) hält er für undenkbar, daß gebildete Engländer, geschult in den Überlieferungen einer großen Abteilung des englischen Staates, sich so tief erniedrigen sollten, um die Politik ihres Vorgesetzten aus Beweggründen politischen Parteigeistes oder amtlicher Eifersucht zu bekämpfen. Er hat keine Anlage zur Bemeisterung der Dinge (he is not of a masterful disposition). Seine Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ist bewunderungswürdig, sofern sie nicht gehemmt wird durch seine klägliche Unfähigkeit, das Auswärtige Amt zu beherrschen. Der Tchinovnik ist der Meister in Downing Street (der Stätte des Foreign Office) in allen Angelegenheiten, woran Sir Edward Grey nicht ein starkes persönliches Interesse nimmt, und der Zusammenbruch im Haag ist das Ergebnis." Indem er dann in eingehender Weise die seiner Ansicht nach so verhängnisvolle Tätigkeit des Tchinovnik in der Konferenz darstellt, kommt Stead auch auf die Erledigung der Abrüstungsfrage zurück. Grey habe eine volle und erschöpfende Besprechung gewünscht, weil ohne solche die Konferenz zur Posse und „wir zum Gelächter der Welt" würden. „Wer machte die Konferenz zur Posse? Wer fügte die Tunke der Heuchelei zu dem widerlichen Gericht, das den Vertretern aller Regierungen der Welt vorgesetzt wurde, hinzu?" „Dem Namen nach war es natürlich Sir Edward Grey, in Wirklichkeit war es der Tchinovnik des Foreign Office."

Frage man nach Beweisen? Kurz vor Weihnachten habe er, Stead, mit Sir Edward und mit dem Ministerpräsidenten konferiert; von beiden seien ihm ganz bestimmte Zusicherungen (ihrer friedensfreundlichen Politik) mit besonderem Bezug auf die Propaganda, die er dafür eben ins Werk setzen wollte, gemacht worden. „Da ich die Unmöglichkeit vollauf erkannte, Deutschland zu bewegen, irgendwelchem Antrag auf Abrüstung zuzustimmen, so hatte ich in einem Manifest, das ich bekannt machen wollte, empfohlen, das Verlangen nach einer Erörterung dieses Gegenstandes fallen zu lassen, man solle lieber die Aufmerksamkeit gesammelt auf praktische und erreichbare Dinge richten. Gegen diesen Passus meines Manifestes erhob Sir Edward Grey Einwendungen. Er bat mich, ihn zu streichen, aus dem Grunde, weil er sich fest vorgenommen habe, die Frage der Abrüstung zu pädagogischen Zwecken (for educational purposes) gründlich erörtern zu lassen. Ich warnte ihn, daß er mit seinem Kopf gegen eine Mauer renne. Da ich ihn aber entschlossen fand, so strich ich den Passus und bewährte dadurch meine Ergebenheit gegen einen britischen auswärtigen Minister, der auf so tapfere Weise sich anheischig gemacht hatte, eine verlorene Hoffnung

Digitized by Google

in einer guten Sache zu leiten." Er, Stead, habe dann vier Monate lang in Europa und in Amerika für diese Idee geworben. „Alles schien klar. Aber ich hatte meine Rechnung ohne den Tchinovnik gemacht." Überall habe er gefunden, daß der diplomatische Dienst als schlechter Wärmeleiter sich erwies; von den Absichten Greys und des Kabinetts habe man nirgendwo etwas gewußt oder sich äußerst kühl dazu verhalten. Warum? „Die Antwort ist immer dieselbe. Der diplomatische Dienst ist unter dem Tchinovnik des Auswärtigen Amts und der Tchinovnik hatte keine Sympathie mit der Politik seines Hauptes." Auf seiner Reise in Europa habe er sogar einen englischen Diplomaten gefunden, den er den Tchinovnik des Tchinovniks nennt, dieser habe nur Hohn und Verachtung für die Politik seines Chefs gehabt: man müsse die Rüstungen steigern, Deutschland sei der Feind des Weltfriedens usw. Daraus habe er die Überzeugung gewonnen, daß Sir Edward Grey ein bloßes Gespött für seine Untergebenen sei — ein König von Stroh — so lange er von solchen Werkzeugen abhängig sei, um seine Pläne zur Ausführung zu bringen. Er habe noch vor dem Ende seiner Reise die Überzeugung gewonnen, daß auch der Tchinovnik daheim „durchaus fähig war, Tatsachen zu fälschen, um die Vertreter des Königs im Auslande gegen die Politik der Minister zu beeinflussen". Vertrauensvoll habe er auf die Schlaffheit Sir Edward Greys gerechnet, und wie der Gang der Konferenz gezeigt habe, mit Recht. Es sei eine bittere Folge von Demütigungen für die amtliche britische Politik gewesen, die sich im Haag ergab.

In einem besonderen Abschnitt behandelt der vielgewandte Schriftsteller noch den „Tchinovnik und Deutschland", indem er die staatsmännische und friedliebende Politik des Kaisers rühmt, die schließlich triumphiert habe „über die Hindernisse, welche die Tchinovniks der Annäherung zwischen Deutschland und Großbritannien in den Weg legten". Der Besuch des Kaisers bei seinem Oheim hatte eben stattgefunden. Man habe mit übel verhohlenem Mißvergnügen (with ill-concealed dismay) diesem Besuch entgegengesehen. „Der Tchinovnik in Paris hat, mit der nichtswürdigen Unterstützung seiner Genossen im Foreign Office, offenbar Sir Edward Grey die Überzeugung beigebracht, daß der Besuch des Kaisers die Entente mit Frankreich gefährden werde." Jetzt sehe jeder, wie grundlos die Befürchtungen waren, Grey müsse es einsehen. Folgerichtig wäre gewesen, Sir Francis Bertie, den Botschafter in Paris, abzuberufen. „Dieser Tchinovnik, der wenigstens ein ehrlicher, offener, ausgesprochener Feind ist, mag erträglich gewesen sein, als Frankreich träumte von der Landung englischer Heere auf deutschem Boden" — jetzt sei er schlechterdings am unrichtigen Platze.

In lebhafter Weise tritt dann Stead für Demokratisierung des Auslanddienstes als für eine dringende Notwendigkeit ein.

Bemerkenswert sind diese Äußerungen vorzüglich darum, weil es in diesen Jahren (1900—1912) keinen so gut unterrichteten Zeitungsschriftsteller wie Stead in

Digitized by Google

England gegeben hat. Seine Darstellung des Sachverhaltes hat auch innere Wahrscheinlichkeit genug. Sie stimmt ferner zu der Charakteristik, die er und andere — und neuerdings der ehemalige deutsche Botschafter[1] — von Sir Edward Greys Wesen und Charakter gegeben haben. Er schließt mit einem lebhaften persönlichen Anruf, Sir Edward möge sich zum Herrn im eigenen Hause machen. „Eine das eigene Selbst auslöschende Bescheidenheit, eine schöne Demut sind wundervolle Tugenden im Privatleben. Sie sind nicht am Platze an der Spitze des Foreign Office. Die Aufgabe, die vor ihm liegt, ist schlicht und klar. Der Tchinovnik ist ein guter Diener, aber ein abscheulicher Herr. Möge er (Sir Edward) das Foreign Office vom Dach bis zum Grunde erneuern. Möge er den diplomatischen Dienst reinigen von allen den veralteten Fossilien und reaktionären Überlebseln der Jingo-Epoche. Und vor allem möge das Land und mögen die fremden Nationen verstehen, daß Sir Edward Grey der Meister in seinem eigenen Amte ist und nicht Sir Charles Hardinge. („Review of reviews". 1907. S. 575.)

*

Ohne Zweifel hat Herr Stead etwas tiefer in seine heimischen Angelegenheiten hineingeschaut, als unser schlesischer Fürst, wie englisch er immer sich kleiden mochte, dazu in der Lage war. Lichnowsky sah die Oberfläche und war geblendet. Hätte Stead das Jahr 1914 erlebt, so hätte er in dem Ergebnis die Früchte des Systems erkannt, das er als das des Tchinovnik im britischen Auswärtigen Amt angriff.

Dänemark und Mitteleuropa

Von Fritz Max Cahèn, Kopenhagen

Um die besondere Stellung Dänemarks zu den Problemen der Zeit zu verstehen, muß man sich die Entwicklung vergegenwärtigen, welche die dänische Politik in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Man kann diese Epoche für Dänemark am besten als eine Zeit der Klärung und Politisierung der Weltanschauungen bezeichnen. Seit den sechziger Jahren, die durch ihren unglücklichen militärischen Ausklang Dänemark sein nationales Problem und den Inhalt seiner Mißstimmung gegen Preußen gaben, ist Dänemark, wie denn kulturelle Strömungen und Kauffahrteischiffe oft genug nach demselben Kompaß segeln, in ein immer stärkeres kommerzielles und kulturelles Verhältnis zu den Westmächten vor allem zu England getreten.

Diese Beziehungen haben bis zu einem gewissen Grad die geistigen Bande, die vordem zwischen Dänemark und Deutschland bestanden, überschritten und in Vergessenheit gebracht.

[1] Mit Recht ist auf die Ironie hingewiesen worden, mit der im Anfange des Krieges Bernard Shaw die beiden Herren und ihr Verhältnis zu einander beleuchtete (in dem von mir zuerst deutsch heraus gegebenen Aufsatz: „The last spring of the old lion", vergl. die Prager Monatsschrift „Deutsche Arbeit", März 1915.

Digitized by Google

Im Beginn des 19. Jahrhunderts und bis zu den sechziger Jahren hinauf ist die geistige Korrespondenz zwischen Dänemark und Deutschland eine überaus rege und bedeutsame gewesen. Der Philosoph und Literarkritiker Steffens, der 1802 von einem längeren Studienaufenthalt in Deutschland zurückkehrte, brachte von dort die Theorien der deutschen Romantik mit sich. Öhlenschläger, die Quelle aller dänischen Literatur in den nächsten Jahrzehnten, war Steffens' eifriger Nachfolger. Der spätere nationaldemokratische Bischof Grundtvig, den man den Begründer der dänischen Bauernkultur nennen kann, und der eine revolutionierende Riesenrolle als kirchenpolitischer Reformator, Dichter und Historiker spielte, ist gelehriger Hörer in seinen Vorlesungen.

Auch in der Philosophie läßt sich der deutsch-romantische Einfluß feststellen. Die beiden Brüder Ørsted sind ihm unterworfen. Christian Ørsteds epochemachende Entdeckung der Verwandtschaft zwischen Elektrizität und Magnetismus verdankt ihre Formulierung der romantischen Idee des Zusammenhanges zwischen den Naturkräften. Anders Sandø Ørsted erklärte ganz im romantischen Geist, jede Individualität enthalte eine Unendlichkeit. Und auch F. C. Sibberen, der Verfasser einer psychischen Pathologie, stand auf deutsch-romantischem Boden.

Die für Dänemark unglücklichen Ereignisse der sechziger Jahre brachten nun eine ganze Reihe neuer geistiger Faktoren auf den Schauplatz. Sie brachten einerseits, erneut vor allem seit den achtziger Jahren, die konservative und nationalliberale Militäragitation, in deren Hintergrund trotz des äußeren Mantels als einer Militärpolitik zur Bewahrung der Neutralität stets die nordschleswigsche Frage stand, wie sie sich seit 1864 entwickelt hatte. Andererseits brachten sie unter dem Einfluß des neuen westlichen Materialismus die Aktivierung der städtischen Intelligenz, die Agitation für die radikale Demokratie. An der Spitze der letzten Bewegung standen u. a. die beiden Brüder Edvard und Georg Brandes.

Dieser dänische Radikalismus vermengt eine Reihe individuell-anarchistischer Züge mit den eigentlich sozialen und ökonomischen, kurzum politisch breiteren Problemen. Georg Brandes, der Freund der naturalistischen Dichter, versucht die Trockenheit der materialistisch-naturalistischen Epoche durch die politische Beziehung ihren sittlichen Tiefblick zu geben. Die Universitätstribüne wird zur moralischen Anstalt. Der Dichter zum sozialen Reformer. Es ist nicht die Tendenz, die in der Dichtung angestrebt wird, das gesellschaftliche und politische Gefühl setzt vielmehr die dichterische Gestaltungskraft in Bewegung. Die Elemente dieses Gefühls aber entstammen Erscheinungen des westlichen Geistes, der mit der wirtschaftlichen Neigung den Weg nach Dänemark fand. Sie sind aus der Sphäre Auguste Comtes, Stuart Mills, Darwins usw. geboren.

Als weiteres Element in der Umlegung des dänischen Geistes ist die Ankunft und Entwicklung des Sozialismus einzustellen. In den fünfziger Jahren war ein erster Versuch des begabten Arztes und Publizisten Fr. Dreier, die sozialdemokratischen Ideen aus Deutschland nach Dänemark einzuführen, an dem frühen Tode Dreiers geschei-

Digitized by Google

tert. In den siebziger Jahren, etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Brandesschen Agitation, nahm dann der Postangestellte Louis Pio die Sache des Marxismus wieder auf. Es kam damals zu jener niedlichen kleinen Revolution in der dänischen Geschichte, in der sich Soldaten und Bürger mit Steinen warfen, und wo die Menge den Husarenpferden Schnupftabak in die Nüstern blies. Nach mancherlei Gefährdungen kam die Sache des Sozialismus zu Beginn der achtziger Jahre dann in den richtigen Schwung und 1885 wurden die ersten beiden sozialdemokratischen Repräsentanten in das Folketing gesandt.

Aus diesen Strömungen, denen zunächst einmal weniger als in anderen Ländern — zumal in der gleichen geschichtlichen Periode — die Interessen zum parteibildenden Bindemittel wurden, die vielmehr ein Politischwerden von Lebensanschauungen darstellen, formt sich dann das Schicksal Dänemarks bis zum Weltkrieg. Langsam nur, vor allem aus dem ewigen Sichtrennen und Komplizieren der bürgerlichen und bäuerlichen Linksorganisationen erkennbar, entstehen parteipolitische geschlossene Interessengruppen: Arbeiter, Landwirtschaft (recht scharf geschieden in große und kleine Landwirtschaft), städtischer Mittelstand, Industrie und Reeder, Großhandel und Beamte. Kurzum die Aufteilung des Parlaments in Fraktionen, denen außer dem ideellen ein klar innerwirtschaftlicher Boden gegeben ist.

Das alles unter einer ständigen geistigen Debatte, die schließlich — gestützt von der größten Interessengruppe, der Sozialdemokratie — die eigentlich geistige Partei, nämlich die radikal-demokratische Linke zur Durchführung einer demokratischen Verfassung ans Ruder bringt.

In dieser Zeit der innerpolitischen Klärung konnte von einer sachlich bewußten äußeren Politik natürlich keine Rede sein. Von Ansätzen zu außenpolitischen Versuchen in den Jahren des deutsch-österreichischen und des deutsch-französischen Krieges kann man in diesem Zusammenhang absehen. Ebenso wie die spätere Bedeutung Kopenhagens für das Zustandekommen der Entente nicht als dänische Politik bezeichnet werden kann, sondern auf die persönlichen Beziehungen, Wünsche und Fähigkeiten der damaligen Königin zurückzuführen ist. Es stießen sich vielmehr auch hier in erster Linie die begrifflichen politisch-moralischen Gegensätze. In den Händen der Rechtsparteien war vor allem die Frage der nationalen Verteidigung das A und O der äußeren Politik und gleichzeitig als Vordergrund zu nationalen antipreußischen Regungen ein auf den ersten Blick vorzügliches Instrument für die innerpolitische Agitation. Die Gegenseite baute auf die ästhetischen und Humanitätsprinzipien einerseits und auf den aufkommenden Internationalismus der sozialistischen Agitation andererseits ihre äußere Politik. In der radikalen Demokratie trafen sich rein pazifistische Gedankengänge, wie sie sich vor allen in dem heutigen Kriegsminister Dänemarks, P. Munch, aussprachen, mit einer klaren Erkenntnis für die Begrenzungen in der Leistungsfähigkeit des Landes, wie sie bei dem mehr volkstümlichen Führer der Bewegung, V. Horup, zu Worte kam.

Digitized by Google

Zu einer eingehenden Einbeziehung der wirtschaftlichen Fragen in die Debatte war gar kein Grund vorhanden, solange der westlich — englische — Markt unverändert offenstand und die Aufrechterhaltung der zollpolitischen Landwirtschaftsgrenzen durch Preußen-Deutschland eine Umlegung dieses Handelsweges gar nicht einmal möglich erscheinen ließ. Die übrigen etwa exportfähigen Erwerbszweige waren in einer recht langsamen Entwicklung begriffen und haben erst verhältnismäßig spät begonnen, eine positive Rolle in den Überlegungen dänischer Politiker zu spielen. Dazu kommt die in diesen Jahrzehnten vollkommen zerrissene skandinavische Wirtschaftsfront, die Schweden-Norwegen, zumal nach der Unionstrennung, zunächst als ohne größere Bedeutung für das dänische Wirtschaftsleben erscheinen ließ.

Der Ausbruch des Krieges mußte also hierin eine vollkommene Umwandlung der Stellung bedeuten und wie auch in anderen Ländern die innere Politik zugunsten der äußeren in den Hintergrund rücken. Zunächst war Dänemark handelspolitisch nur vor die Anforderungen der Neutralität und so vor den Zwang zur Planmäßigkeit gestellt. Später mit dem Einsetzen des englischen Wirtschaftskrieges und seiner ständigen Verschärfung spitzte sich diese Aufgabe in einer ganz neuen Richtung zu. Ein hervorragender dänischer Politiker äußerte bereits im Dezember 1916 mir gegenüber, durch die Verschärfung des Handelskrieges gewänne England bei der dänischen Bevölkerung nichts, im Gegenteil: „Ich glaube sagen zu dürfen, daß mancher in Skandinavien, dessen Augen früher nur nach Westen gerichtet waren, seine Blicke heute nach Süden gewendet hat." (Die ganze Unterredung wurde seinerzeit in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht.) Und als dann der Beginn des uneingeschränkten U-Bootskrieges die Seeherrschaft Englands Dänemark gegenüber in ein neues Licht stellte, brachte das antideutsche Kopenhagener Hetzblatt „Kobenhavn" in einem Artikel, der das Thema Skandinavien, Mitteleuropa und der Tauchbootkrieg behandelte, interessante Auslassungen, in denen es unter anderem hieß: „Wir Dänen haben in diesen Tagen Anlaß, uns mit dem geographischen, ökonomischen, politischen und militärischen Begriff Mitteleuropa vertraut zu machen. Unsere Neutralität hat während des ersten Abschnittes des Krieges uns sozusagen schwebend zwischen West- und Mitteleuropa gehalten, aber jetzt ist diese Zeit vorbei. Wir lieben weder die Tauchboote, noch Mitteleuropa. Oder haben wir vielleicht begonnen, bessere Gedanken darüber zu bekommen? Es ist möglich, Macht wirbt selten vergebens, und je härter sie auf den Tisch schlägt, desto unwiderstehlicher finden sie manche, und natürlich, wenn Mitteleuropa und die Tauchboote dabei sind, das Schicksal der Welt zu entscheiden, kann uns keiner daraus einen Vorwurf machen, daß sie auch das unsere entscheiden."

Die Entwicklung der handelspolitischen Weltsituation hat die Bedeutung Mitteleuropas für Dänemark immer stärker klargelegt. In demselben Maße, in dem die Zufuhren von England, späterhin auch von Amerika eingestellt wurden, vergrößerte

Digitized by Google

sich die Bedeutung der mitteleuropäischen Zufuhrquellen. Und die seit Beginn des Krieges veränderte Stellung in bezug auf die preußisch-deutschen Landwirtschaftszollgrenzen ermöglichte von vornherein das Abschwenken eines Teils des dänischen Produktionsüberschusses nach dem Süden.

Als ein neues Element für das wirtschaftspolitische Erwachen Dänemarks während des Krieges muß auch die Entwicklung der Industrie angesehen werden. Der Krieg bedeutete für sie eine Hochkonjunktur zum Export spezialindustrieller Erzeugnisse nach Rußland und eine planmäßig geleitete englisch-russische Propaganda in der skandinavischen Presse und durch besondere Organe für die Konsolidierung der dänisch-russischen Beziehungen, und die etwaige Umformung Dänemarks zu einem Umschlagsplatz für den englisch-amerikanisch-russischen Handelsverkehr konnte sogar eine geraume Zeit nicht unbedeutende Kreise über die Aussichten des Machtverhältnisses in der Ostsee hinwegtäuschen. Diese Regungen schwanden mehr und mehr mit der zunehmenden Erkenntnis der Wichtigkeit der deutschen Rohstoffzufuhren und der Entwicklung im Osten.

Die Industrie spielte auch eine bedeutende Rolle in den Überlegungen, die sich mit der Bedeutung eines kommenden englischen kolonialen Landwirtschaftsprotektionismus für die Entwicklung der dänischen Landwirtschaft nach dem Kriege befaßten Man wollte vielfach in dem Ausbau der Industrie eine Umlegung des dänischen Wirtschaftslebens propagieren, durch die einer Neuorientierung des dänischen Landwirtschaftsexportes nach Süden hin und einer als daraus sicher erfolgend an die Wand gemalten politischen Abhängigkeit von dem mitteleuropäischen Komplex vorgebeugt werden sollte.

Wie aus zahlreichen Kundgebungen der letzten Zeit zu ersehen ist, hat aber der Gedanke, als könne sich eine dänische Industrieentwicklung, selbst in Anlehnung an einen intensiven skandinavischen Warenaustausch (über den noch weiter unten zu sprechen sein wird) im Gegensatz zu Mitteleuropa durchsetzen, nicht entscheidend Wurzel gefaßt. Mitteleuropa präsentiert sich dem Dänen als die Möglichkeit eines ungeheuren wirtschaftlichen Konzerns mit Tendenzen zu einer umfassenden Zentralisierung der Produktion. Dem Syndikatgedanken wird hierbei eine nicht unbedeutende Rolle zuerteilt.

Aber diese Erkenntnis verleitet ebensowenig zu dem andern Extrem: einem eventuellen Aufgeben der Industrie zur Erleichterung des Landwirtschaftsexportes nach Süden. Die Industrie hatte bereits 1913 nach wenigjähriger Entwicklung einen Export von 75 Millionen Kronen erreicht — ungefähr der gleiche Wert, den der dänische Landwirtschaftsexport 1870 hatte — und hat schon dadurch eine Lebensfähigkeit gezeigt, die man nicht übersehen kann. Sie hat daher unter der Einwirkung der englisch-amerikanischen Blockade neben den deutschen Zufuhren ihr Augenmerk auf den skandinavischen Warenaustausch gelenkt, dessen Resultate sie jedoch nie weder von der

Digitized by Google

Notwendigkeit anderer Zufuhren, noch auch anderer Märkte über die skandinavischen hinaus frei machen kann.

Es ist bemerkenswert, daß man hier in der letzten Zeit trotz der Veränderung in der Lage Rußlands, Finnlands und der Ostseefrage, den Gedanken an östliche und südöstliche (orientalische) Märkte und auch an östliche und südliche Zufuhren nicht aufgegeben hat, aber, da trotz der deutschen Erfolge im Osten, die eine Aushungerung Deutschlands unmöglich machen, die Schwierigkeiten für die Zufuhren nach Dänemark auf dem traditionellen Wege nicht abgenommen haben, natürlich vielfach in einer anderen Form, als die, von der man noch vor einem Jahr in englisch-russischen Propaganda-Artikeln lesen konnte.

Der Gedanke an Konstantinopel als Mittelpunkt des zukünftigen Welthandels taucht auf und wird in den Zeitschriften behandelt. Und die Idee eines, wenn man so sagen darf, skandinavischen Konzerns neben dem mitteleuropäischen wird in Vorträgen und Zeitungsartikeln erörtert.

Diese Regungen tragen auf ihrer Stirn wenigstens nicht mehr das Zeichen des mehr oder weniger versteckten antideutschen Hasses äußerer dänischer Politik, wie er nach der innerpolitischen Debatte der letzten Jahrzehnte als gerade bei den import- und exportinteressierten Kreisen als unauslöschlich zu erwarten war. (Obwohl man sich absolut darüber im klaren sein muß, daß kein Däne, gleichgültig welchen Kreisen er angehört, viel weniger noch als den militärischen Mißerfolg der sechziger Jahre die Politik preußischer Landräte in Nordschleswig vergessen kann, deren gründliche Beseitigung als erste Bedingung für ein erträgliches Verhältnis zu Dänemark angesehen werden muß.) Es fehlt ihnen jedoch leider noch in genügendem Maß die Erkenntnis dafür, daß ein Wirtschaftskomplex, wie es etwa der mitteleuropäische oder auch nur der deutsche ist, kein Interesse an abhängigen oder irgendwie geschwächten Staatswesen an seiner Peripherie haben kann, daß also das Nebeneinander eines deutsch-mitteleuropäischen und dänisch-skandinavischen Wirtschaftsgebietes weder eine Frage der Konkurrenz noch eine solche der Unterwerfung und Abhängigkeit sein, sondern lediglich aus wohlwollender Verständigung gespeist werden darf.

Gerade aus dieser Erkenntnis heraus sind die eingangs gemachten Bemerkungen zu verstehen. Wohlwollendes Einvernehmen wird nur dann zur Unmöglichkeit, wenn sich ihm unüberwindliche Kulturgegensätze entgegenstellen. Dieser Fall liegt bei Deutschland-Mitteleuropa und Dänemark-Skandinavien nicht vor. Ganz abgesehen von dem alten Kulturweg, der von Deutschland nach Dänemark in beider Länder romantischer Periode bestanden hat, und auf dem keines der beiden Länder das einseitig empfangende oder gebende gewesen ist, lebt sicherlich auch in vielen geistigen dänischen Kreisen ein Gefühl dafür, von welcher Bedeutung Mitteleuropa, vor allem das deutschsprechende, und die dänisch-skandinavische Literatur der letzten Jahrzehnte einander waren.

Digitized by Google

Das wohlwollende wirtschaftliche Nebeneinander, das die Kriegssituation zwischen dem dänisch-skandinavischen und dem deutsch-mitteleuropäischen Kreis geschaffen hat, und das für Dänemark im eigentlichsten Verstand ein Wiedererwachen zu einer bewußt geführten äußeren Politik bedeutet, dürfte also durch ein geistiges Einander-Nichtverstehenkönnen für die Zukunft keineswegs gefährdet sein.

Die deutschen Südseekolonien

Zur Denkschrift der Südseefirmen an den Reichstag

Von Admiral, Gouverneur a. D. von Truppel

Die Vereinigung der Südseefirmen in Hamburg, Berlin, Bremen hat kürzlich eine Denkschrift über „den hohen Wert der deutschen Südsee für unsere Volkswirtschaft" an den Reichstag gerichtet, die mit der Bitte schließt, *der Reichstag wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die unverkürzte Erhaltung der deutschen Südsee-Schutzgebiete eintreten.* Es sind angesehene Namen aus der kaufmännischen Welt, die sich in der Denkschrift zum Worte gemeldet haben. Ihr Wort fällt ins Gewicht, zumal der Mahnruf aus den Hansastädten kommt, die unter dem Kriege mit seiner Absperrung von der Außenwelt am allerhärtesten zu leiden haben, aber nicht klagen, sondern die Zähne aufeinanderbeißen und neue Energien sammeln. Die vereinigten Südseefirmen sprechen zugleich für die große Zahl der kleinen Pflanzer, die in Deutschland keine Vertretung haben und sich der in der Kriegsnot entstandenen Vereinigung mangels Verbindung mit der Heimat nicht mehr anschließen konnten. Das von diesen kleineren Pflanzungen angelegte Kapital beträgt nach einer amtlichen Aufstellung des Reichskolonialamts zirka 70 Millionen Mark gegenüber 32 Millionen Mark der Vereinigung. Es beleuchtet das die erfreuliche Tatsache, daß in der Südsee auch der Kleinpflanzungsbetrieb besonders lohnend ist und dem kleineren Kapitalisten die Möglichkeit zur Selbständigmachung gibt.

Aus dem Umstand, daß sich die Denkschrift an den Reichstag wendet, darf nicht gefolgert werden, daß sie eine Spitze gegen die Regierung enthalten soll, von der im Gegenteil gleich im Anfangssatz gesagt wird, daß sie „das koloniale Programm klar und deutlich dahin zusammengefaßt habe, daß wir unseren in die Hand des Feindes gefallenen Kolonialbesitz wiederhaben wollen". Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes hat in der Tat mit dankenswerter Entschiedenheit wiederholt öffentlich erklärt, daß allen Zukunftsplänen für unsere Kolonien, auch der „Neuaufteilung Afrikas", wie die Formel jetzt heißt, *als erster und oberster Grundsatz immer die Wiedererlangung aller unserer Kolonien, auch der Südsee, voranstünde.* Meines Erachtens der einzig mögliche und richtige Standpunkt, den unsere Regierung einnehmen kann, aber auch ein Standpunkt, den sich das gesamte deutsche Volk im Hinblick auf die durch den Krieg grell beleuchteten

Digitized by Google

Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches zu eigen machen muß. Zur Unversehrtheit des Reiches, in der es aus dem Kriege hervorgehen soll und wird, gehören auch unsere Kolonien, in denen soviel deutsches Blut und deutscher Schweiß geflossen ist.

Als unmittelbarer Anlaß zur Denkschrift wird von den Verfassern „das Lautwerden von Stimmen angegeben, die unter Verkennung des Wertes der Südsee für die Preisgabe dieser Kolonien eintreten, um sie als Kompensationsobjekt für Gebietserwerbungen in Europa oder zur Schaffung eines abgerundeten Kolonialreiches in Afrika zu benutzen". Abgesehen davon, daß der Tauschhandel mit Kolonien eigentlich einer überwundenen Kolonialperiode angehört, beabsichtigen wir nach den wiederholten Erklärungen unserer Reichsleitung überhaupt keine Gebietseroberungen in Europa, jedenfalls keine, für die eine Preisgabe irgendwelcher Kolonien in Betracht käme. Von dem durch jene „lautgewordenen Stimmen" angeregten Tauschhandel bleibt also nichts übrig als die unseren Feinden willkommene Feststellung, daß es bei uns Leute und Einflüsse gibt, die verhältnismäßig leicht für einen Verzicht auf die deutsche Südsee zu haben sein würden. Solche schädliche Folgeerscheinung sollte grundsätzlich von unzeitgemäßen Tauschvorschlägen — das gilt auch für die Eintauschung eines Mittelafrika — abhalten. Man riskiert dabei leicht das eigene Tauschobjekt, ohne das des Gegners zu gewinnen. Übrigens spricht sich die Denkschrift in keiner Weise gegen den Gedanken eines abgerundeten Kolonialbesitzes in Afrika aus, hebt nicht einmal diejenigen Punkte hervor, wo es augenfällig ist, daß zum mindesten für die erste Zeit der Rohstoffnot nach dem Kriege die wieder in Betrieb genommenen alten Kolonien, besonders auch die Südsee, uns sehr bald willkommene Erleichterung schaffen können (Öl, Fett, Futtermittel, Phosphate, Kautschuk, Kakao usw.), während Neuerwerbungen von Kolonien zunächst nur Belastungen bedeuten und ein Wechsel auf lange Sicht sind. Es sei hier ferner erwähnt, daß es ebenso falsch ist, wenn einzelne Anhänger des Mitteleuropa-Gedankens immer noch meinen, daß dieses uns die Kolonien mehr oder weniger entbehrlich machen könne. Man lese darüber einmal Friedrich Naumann „Mitteleuropa", der (S. 182) wörtlich sagt: „Wir dürfen uns um keinen Preis der kolonialen Tätigkeit berauben lassen und müssen, wenn es unvermeidlich ist, in Europa Konzessionen an okkupiertem Lande machen, um nicht aufzuhören, ein Kolonialvolk zu sein." Mitteleuropäische und Kolonialpolitik sind eben zwei verschiedene, gleichberechtigte, aber inkommensurable Größen, ungleich benannte Zahlen, die man nicht ohne weiteres gegen einander aufrechnen kann.

Die Denkschrift selbst, kurz und ohne rednerisches Beiwerk, gibt im ersten Teil, wirtschaftliche Verhältnisse, mit kaufmännischer Nüchternheit einen Überblick über die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge und über die weiteren Entwickelungsmöglichkeiten. Der zweite Teil, politische Gesichtspunkte, ist geradezu stiefmütterlich auf eine Seite zusammengedrängt, sei es, daß die Verfasser sich allzubescheidenerweise auf diesem

Digitized by Google

Gebiet nicht als zuständig erachteten oder daß sie sich im Hinblick auf Wirkungen im Auslande Zurückhaltung auferlegten.

Aus dem wirtschaftlichen Teil sei hier der Schluß hervorgehoben, wonach es sich bei den Südseekolonien schon vor dem Kriege um einen Gesamtwert der Unternehmungen von 400 (genauer 450) Millionen Mark handelte. Dabei sind, da diese Aufstellung lediglich nach den amtlichen Grundsätzen für Kriegsentschädigungen erfolgte, die gewaltigen Werte der Bodenschätze, Gerechtsame auf Fischerei, Nutzholzabforstung, Mineralienabbau nicht berücksichtigt, ebensowenig die mit jedem Jahre steigende Ergiebigkeit der Pflanzungen[1]. Seit 1909 erhielt das sogenannte Inselgebiet keinen Reichszuschuß mehr, und für Kaiser Wilhelmsland ist ebenfalls begründete Aussicht auf baldige Selbsterhaltung. Selbst wenn der Krieg dieses erfreuliche Bild getrübt haben mag, haben wir es hier doch mit einem Kolonialgebiet zu tun, das alsbald nach Wiederhissen der deutschen Flagge in vollem Betrieb sein und steigende Erträge zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft liefern wird. Von den mannigfachen Produkten aus Pflanzen-, Tier- und Erdreich sei hier nur auf die Kopra und die Phosphate hingewiesen. Schon allein diese beiden Produkte — die Kopra als Ölrohstoff gleich wichtig für unsere Volksernährung (Kunstbutter), für unsere Industrie (Fett) und für unsere Viehzucht (Ölkuchen), die Phosphate als hervorragendes Düngemittel unentbehrlich für unsere Landwirtschaft — machen die Südsee zu einer unserer wertvollsten Lieferantin uns fehlender Rohstoffe. Ihre Ausfuhr an Ölrohstoffen war 1914 ebenso groß wie die von Ostafrika und Kamerun zusammen und doppelt so groß wie die von Togo; die Phosphatlager der deutschen Südsee gelten als die mächtigsten und besten der ganzen Erde.

Der politische Teil hebt als Leitsätze hervor, daß durch Zurückziehen der deutschen Flagge aus dem Stillen Ozean „die deutsche weltpolitische Betätigung eine nicht wieder gut zu machende Einschränkung erfahren würde, und daß durch den Verzicht auf die bisherigen Betätigungsgebiete auf der anderen Seite der Erde der deutschen Volkswirtschaft unabsehbarer Schaden zugefügt würde." Es trifft dies durchaus zu. Der politische Rückzug aus der Südsee würde unseren Handel und unsere Schiffahrt nicht nur aus der Südsee selbst verjagen oder ihm doch unerträgliche Schwierigkeiten bereiten, er würde auch im Indischen und im ganzen Stillen Ozean, ja bis nach China und Japan zu spüren sein. Der Verlust an Ansehen bei den Eingeborenen würde auch unsere kulturelle Weiterarbeit in den Randländern und Inseln dieser Ozeane lähmen, die außereuropäische Weltmission Deutschlands wäre auf den Wettbewerb in Afrika und allenfalls Kleinasien zurückgedrängt und würde sich nicht leicht wieder

[1] Eine in der Novembernummer des „Tropenpflanzer" aufgestellte Berechnung unter Berücksichtigung jener Werte gibt den Gesamtwert von Neu-Guinea und Samoa auf 1391,8 Millionen Mark an (gegenüber 1609,4 Millionen Mark für Südwestafrika), und schätzt den Südseebergbau (Phosphate) mit 1125 Millionen Mark fast ebenso hoch ein wie den Bergbau Südafrikas mit seinem Diamantenvorkommen (1200 Millionen Mark).

Digitized by Google

Bahn brechen können nach der anderen Erdhälfte. Denn über Besitz von Kolonien oder Vorrechte auf Kolonisationsgebiete wird durch den kommenden Frieden wohl eine für weite Zukunft grundlegende Entscheidung erfolgen; all die bisherigen Objekte der Kolonialpolitik werden allmählich zu Subjekten mit Selbstbestimmungsbestrebungen heranreifen, die dauernd dahin gerichtet sein werden, von wo sie ihre materielle und kulturelle Entwicklung, vor allem auch ihre Kulturverkehrssprache, bezogen haben.

Das von den Südsee-Verzichtlern am häufigsten angeführte Moment der Verteidigungsschwierigkeit so weit entfernter Kolonien wird in der Denkschrift unter Berufung auf die zutreffenden Ausführungen des Admirals von Grapow in seiner lesenswerten Schrift „Die deutsche Flagge im Stillen Ozean" nur gestreift. Da es unter den heutigen Verhältnissen zur Wiedererlangung der Südseebesitzungen aus Feindes Gewalt nicht angebracht erscheint, diese militärischen Sonderfragen hervorzuheben und öffentlich zu erörtern, sei von mir nur auf einige allgemeine Gesichtspunkte hingewiesen: Die eigentliche Kolonisation, zu der wir als Weltvolk berufen sind, verfolgt in erster Linie wirtschaftliche und kulturelle Ziele, deren volle Auswirkung an friedliche Zeiten als normale Grundlage geknüpft ist. Diese koloniale Betätigung ist unter Umständen auch dann anstrebenswert und lohnend, ja zwingend, wenn in einem Kriege ein politisches oder militärisches Risiko damit verbunden sein kann, das ja ohnedies wechselt mit dem bunten Wechsel politischer Szenerie. Weise Politik des Mutterlandes kann oft den Kolonien besseren Schutz gewähren als örtliche militärische Vorbedingungen. In dieser positiven Deutung ist das Napoleonische, auch von Bismarck übernommene Schlagwort, daß das Schicksal der Kolonien in der Heimat entschieden werde, jedenfalls zutreffender als in der negativen Anwendung, daß man gar nichts für ihre Verteidigung vorzubereiten brauche. Und zu der als Gegensatz zur Südsee häufig betonten leichten Verteidigungsfähigkeit eines großen Mittelafrika sei bemerkt: die Größe allein tut's nicht, sondern die militärische und politische Vorbereitung, so mit und bei der Größe ist. Kamerun, Südwest- und Ostafrika wären an sich groß genug gewesen, um für eine längere Verteidigung Rückzugsraum zu bieten; aber es war meist „leerer Raum", und das wäre kaum anders gewesen, wenn wir 1914 schon das erstrebte Mittelafrika gehabt hätten. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß es unter Umständen geringere Schwierigkeiten beim Friedensschluß haben kann, unsere Südseekolonien wieder zu erhalten als neue Erwerbungen in Afrika. Schon diese Möglichkeit sollte davon abhalten, mit solchen Verzichtgedanken in der Südsee zu spielen. Auch die Zersplitterung unseres Kolonialbesitzes kann nicht ohne weiteres als ein Grund gegen das Festhalten an sich wertvoller Splitter anerkannt werden. Sie war unvermeidliche Nebenerscheinung einer natürlichen praktischen Entwicklung, für die kein anderer als Bismarck bereits 1880, als ihm bald nach Ablehnung der Samoavorlage Adolf von Hansemann auf die Kolonisation Neu-Guineas gerichtete Pläne vorlegte, als Richtschnur aufgestellt hat: erst soll

Digitized by Google

der Kaufmann deutsche Interessen schaffen, dann folgt der Reichsschutz. Der Kaufmann und sonstige praktische Kolonialpionier ging aber naturgemäß dahin, wo etwas zu holen war, und große Auswahl hatten diese Männer der Tat nicht mehr. Hätte man damals die Auswahl durch theoretische Zukunftsprogramme vom Diplomatenschreibtisch oder vom Katheder noch eingeschränkt, so wäre wohl überhaupt nichts herausgekommen, auch in Afrika nicht; besser schon: im Anfang war die Tat! Nur darf uns jetzt nicht gruselig werden vor dem Wagemut unserer ersten Kolonialpioniere und des ersten Reichskanzlers.

Es wäre vielleicht angebracht, wenn die Denkschrift noch durch einen dritten, einen geschichtlichen Teil ergänzt würde. Denn erstens sind unsere Südseekolonien bei uns weniger bekannt als die afrikanischen und viel weniger, als sie es verdienen. Es lag in der Entfernung, an der langwierigen Verbindung und Nachrichtenübermittelung, worin erst die sibirische Bahn, später der Norddeutsche Lloyd und die Funkspruchstelle Besserung gebracht haben; ferner an der langjährigen Verwaltungsform als Privatunternehmung mit kaiserlichem Schutzbrief und an dem damit zusammenhängenden Umstande, daß nur ein kleiner Kreis von Männern und Firmen ohne Beteiligung der breiten Massen die bedeutenden Mittel zur Erschließung des Gebietes und Gründung der ersten Unternehmungen aufbrachte; endlich daran, daß große Heimsuchungen fehlten wie die Araber- und Herero-Aufstände in Ost- und Südwestafrika, die dem deutschen Volke große Opfer auferlegten, ihm aber gleichzeitig diese Kolonien näher brachten. — Zweitens bietet gerade die Entwickelung der deutschen Südseekolonien von ihren ersten Anfängen an, schon ehe es eine deutsche Kolonialpolitik, ja ehe es ein Deutsches Reich gab, ein wunderbares Bild von der Tatkraft, dem zähen Wagemut und der großzügigen Opferbereitschaft des auf sich selbst stehenden deutschen Kaufmannes, von dem ihm innewohnenden Hansageiste, der uns zu überseeischer und kolonialer Betätigung befähigt und damit auch berechtigt, ja verpflichtet. Ich erinnere nur an die Glanznamen Godeffroy, der schon 1857 in Samoa festen Fuß gefaßt hatte und bereits 1862 unter hamburgischer Flagge 29 große Segelschiffe und 100 kleinere Fahrzeuge in seinem einzigartigen Handelsunternehmen im Pacific fahren ließ. Ich erinnere an die Brüder Hernsheim, deren einer als Kapitän seines eigenen Schiffes 1874 zuerst nach der Südsee kam, und die den Bismarck-Archipel, die Marshall-Inseln und Karolinen zum Feld ihrer erfolgreichen Tätigkeit machten. Ich erinnere an Adolf von Hansemann, der es mit einem ganz kleinen Kreise weitblickender, patriotischer Männer unternahm, zunächst das Ende der 70er Jahre in Zahlungsschwierigkeiten geratene Godeffroy-Unternehmen für Deutschland zu retten und daran auch festhielt nach der berüchtigten Ablehnung der Samoa-Vorlage im Deutschen Reichstage von 1880. An Schwierigkeiten und Hindernissen seine Kraft wachsen lassend, faßte er und verwirklichte er nun den größeren Plan zur Erwerbung Neu-Guineas als eigene deutsche Kolonie. Seine darüber dem Reichskanzler, Fürst

Digitized by Google

Bismarck, vorgelegte und von diesem gebilligte Denkschrift ist wohl als das erste fachmännische und praktisch wirksame Dokument zur Einleitung einer Reichs-Kolonialpolitik zu werten. Alle diese Männer und noch manche andere Pionierfirmen der Südsee, darunter auch der Norddeutsche Lloyd, haben jahrzehntelang aus eigenem Antrieb und auf eigene Gefahr jene Inselgebiete, wo der Kannibalismus noch Orgien feierte, in wissenschaftlichen Reisen durchforschen lassen und in kostspieligen, öfters fehlgeschlagenen Versuchen die Mittel und Wege herausgefunden, wie sie vorteilhaft zu entwickeln waren, bis sie vom Reiche als verheißungsvolle Kolonien übernommen wurden. Es wäre undankbar und unpolitisch und eine Sünde gegen den Hanseatengeist, durch Preisgabe dieser Kolonien all die vorbildliche Arbeit, an der auch die Missionen und unsere kühnsten und besten Forscher beteiligt waren und wofür mancheiner sein Leben gelassen hat, auf den deutschen Kulturdüngerhaufen zu werfen zu gefälliger Benutzung für Angelsachsen, Japaner, Australier, Neuseeländer. Wie sollten sich dann wieder solch „königliche Kaufleute“ finden zur Kolonisierung eines neuen Mittelafrika?

Dem Reichstag, an den die Denkschrift gerichtet ist, würde durch solchen Rückblick Gelegenheit geboten werden, sich über die eigenartige Vorgeschichte der Südseekolonien zu unterrichten, die auch des romantischen Reizes nicht entbehrt und reich ist an Bildern schlichten wie abenteuerlichen deutschen Heldentums da drunten bei unsern Gegenfüßlern. Der Reichstag kann vielleicht gerade jetzt die Scharten seiner Vorgänger von 1880 (Samoavorlage) und von 1895 (Neu-Guineavorlage, die die Regierung zurückziehen mußte und erst 1898 durchsetzen konnte) auswetzen; er kann jedenfalls zeigen, daß der heutige Reichstag, das heutige, hart um seine Weltstellung ringende deutsche Weltvolk dem Genius Bismarcks nachgeeilt ist, der dem Reichstage und Volke von 1880 um mehr denn eine Generation voraus war und von ihnen nicht begriffen werden konnte.

„Faserstoff“

Von Prof. Dr. Paul Arndt, z. Zt. Berlin

In diesen Wochen findet in Berlin eine „Deutsche Faserstoff-Ausstellung“ statt, die im Mai nach Düsseldorf, im Sommer nach Leipzig und später noch nach anderen deutschen Städten, vielleicht auch nach dem verbündeten Auslande wandern soll. Es ist eine ganz neue Industrie, deren Rohstoffe und Erzeugnisse nebst den von ihr verwendeten Maschinen hier gezeigt werden, die Industrie der Ersatzfaserstoffe. Ihre Entstehung reicht in die Friedenszeit zurück; aber erst während des Weltkriegs ist sie zu ihrer heutigen großen Bedeutung gelangt. Ihre Wichtigkeit und Ausdehnung wird wachsen, je länger das Völkerringen dauert, und je mehr „Übergangsjahre“ sich an dasselbe anschließen werden.

Die neue Industrie soll die im Laufe des Krieges auf dem deutschen Web-, Wirk-

Digitized by Google

und Strickwarenmarkte entstandenen empfindlichen Lücken ausfüllen, in erster Linie dem Heere und der Industrie eine Reihe wichtiger technischer Bedarfsartikel (Decken, Taschen, Säcke, Treibriemen usw.) liefern, daneben aber auch mehr und mehr für die bürgerliche Bevölkerung Bekleidungsgegenstände beschaffen.

Vor dem Kriege war bekanntlich Deutschlands Textilindustie hinsichtlich der Rohstoffzufuhr fast ganz vom Auslande abhängig. Gewaltige Mengen Faserstoffe lieferten uns vor allem die unter der Herrschaft der Angelsachsen stehenden Gebiete der Erde: Nordamerika, Indien und Ägypten Baumwolle, Australien, Neuseeland und Südafrika Wolle, Indien Jute. Dazu kamen russischer Flachs und Hanf und ostasiatische und italienische Seide. Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 konnte uns die Entente mit Recht vorrechnen, daß die von der mächtigen deutschen Textilindustrie verarbeiteten Rohstoffe fast restlos — kleinere Ausnahmen bildeten südamerikanische Staaten — aus den Ländern unserer Gegner stammten, und daß diese auch nach dem Kriege in der Lage sein würden, uns durch Sperrung der Zufuhr von Faserstoffen in große Verlegenheit zu bringen.

Im Jahre 1913 bezogen wir aus dem Auslande

486 000	Tonnen	Baumwolle
182 000	"	Wolle
154 000	"	Jute
51 000	"	Flachs
55 000	"	Hanf
4 000	"	Seide
932 000	Tonnen	Faserstoffe.

Dieser Riesenmenge stand eine winzige einheimische Erzeugung gegenüber. War doch unsere früher bedeutende Schafzucht sehr zurückgegangen und der Flachs- und Hanfbau bis auf geringe Reste verschwunden.

Deutschland erzeugte vor dem Kriege (1913) rund

11 600	Tonnen	Wolle
3 600	"	Flachs
100	"	Hanf
15 300	Tonnen	Faserstoffe,

also etwa nur 1,5 Proz. unseres Bedarfs.

Dazu kam ein kleiner Zuschuß aus unsern Kolonien, in denen die Baumwoll- und Hanfgewewinnung zwar verheißungsvoll eingesetzt hatte, aber vorerst nur geringe Erträgnisse liefern konnte. Im ganzen erzeugten die deutschen Kolonien 1913 rund

2 700	Tonnen	Baumwolle
100	"	Wolle
19 700	"	Hanf (Sisal)
22 500	Tonnen	Faserstoffe,

also nicht viel mehr als Deutschland selbst.

Digitized by Google

Diese Abhängigkeit vom Auslande mußte natürlich im Kriege bald zu großen Mißständen führen. Zwar machte sich eine Rohstoffknappheit in den ersten Kriegsmonaten noch nicht bemerkbar, da die in Deutschland, Belgien und Polen befindlichen Vorräte sehr erheblich waren, und auch noch eine gewisse Zufuhr fremder Rohstoffe über neutrale Häfen, namentlich Genua, erfolgte. Allmählich aber versiegten diese Quellen fast ganz, und nun galt es, erstens mit dem Vorhandenen weise hauszuhalten, und zweitens auf Ersatz der ausländischen Rohstoffe zu sinnen. Auf beide Zwecke richteten sich zahlreiche behördliche Maßnahmen, zuerst vor allen Dingen die der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums, später auch die der Reichsbekleidungsstelle. Der einen Stelle lag die Deckung des Heeresbedarfs ob, der anderen, die erst 1916 gegründet wurde, die des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren. Zu den Streckungsmaßregeln (durch Beschlagnahme, Bezugsschein usw.) gesellte sich die Förderung der unmittelbar im Gefolge der Stoffknappheit einsetzenden Versuche der Industrie, an Stelle der ausländischen einheimische Faserstoffe zu erzeugen und zu verarbeiten.

Die deutsche Technik feierte auch auf diesem Gebiete Triumphe. Überraschend schnell gelang es, Ersatzfasern einzuführen. Eine neue Industrie blühte empor. Langsamer folgten die Verbraucher, die den Ersatzstoffen, vor allem dem Papier, ein tiefwurzelndes Mißtrauen entgegenbrachten. Hier mußte für Aufklärung der großen Massen der Bevölkerung über die Leistungsfähigkeit der neuen Industrie gesorgt werden. Diesem Zweck dient die auf Anregung und unter Führung der Reichsbekleidungsstelle veranstaltete „Deutsche Faserstoff-Ausstellung“, die gleichzeitig dem Auslande zeigen soll, wie aussichtslos die Versuche unserer Feinde, uns durch Abschneidung der Rohstoffzufuhr zur Übergabe zu zwingen, sind. Die Ausstellung gewährt einen guten Überblick über das bisher auf dem Gebiete der Ersatzfaserstoffe Erreichte und ist in der Tat eine glänzende Bekundung deutschen Erfindungsgeistes und deutscher Anpassungsfähigkeit.

Unter den neuen Faserstoffen ist der aus Holz gewonnene Zellstoff, der sich — bisher meistens in Papier verwandelt oder nach neuerem Verfahren auch ohne diesen Umweg — als gut spinnbar erwiesen hat, der praktisch bei weitem wichtigste, nicht weil er den technisch vollkommensten Ersatz für Baumwolle, Wolle oder Jute darstellt, sondern weil er in den größten Mengen verfügbar ist. Andere Ersatzstoffe, namentlich die Nessel, liefern ein feineres, weicheres, technisch hochwertiges Garn und sind der Baumwolle in mancher Hinsicht sogar überlegen; aber ihre Gewinnung ist bis jetzt noch verhältnismäßig spärlich. Das Einsammeln der meistens wild wachsenden Pflanzen ist noch nicht überall genügend organisiert, und der planmäßige Anbau derselben stößt heute, wo man jede Scholle Land zur Erzeugung von Lebensmitteln braucht und wo Arbeitskräfte so rar sind, auf große Schwierigkeiten. Außer der Nessel, auf deren Massenerzeugung in Zukunft größere Hoffnungen zu setzen sind,

Digitized by Google

kommt als einheimischer Faserstoff vor allem die Typha oder das Kolbenschilf in Betracht, das in unsern einheimischen Gewässern in unendlichen Mengen vorkommt, ferner Ginster, Weidenröschen, Weidenbast, Hopfen, Lupine u. a. Die Verwertung der letzteren Pflanzen zu Spinnzwecken hat aber bisher noch keine großen Fortschritte aufzuweisen. Eine brauchbare Faser findet sich auch in unsern ausgedehnten Mooren; die dort in sehr großen Massen vorhandene Torffaser, eine Art Seegras, liefert ein besonders weiches Gewebe; sie kann als Ersatz für Wolle gelten. Indessen ist auch ihre Nutzbarmachung erst in den Anfängen begriffen. Praktisch ins Gewicht fällt einstweilen vor allem die Papier- oder Zellstoffverwendung. Zur Herstellung von reinem Papiergarn oder von Mischgarn (Textilit und Textiloſe) können unsere Forsten nebst denen unserer Nachbarländer Rohstoffe in fast unbegrenzten Mengen beschaffen.

Bisher lieferte unsere Ersatzfaserindustrie mehr härteres und gröberes als weicheres und feineres Material, also, wie man auch sagen kann, mehr Juteersatz als Baumwollersatz. Das entsprach dem Stande der Technik und der Nachfrage. Juteersatz war namentlich für viele Heeresartikel dringend notwendig. Je größer aber in neuester Zeit infolge der Knappheit an Kleidern und Wäsche die Nachfrage nach Baumwollersatz wird, desto stärker wird auch das Angebot hiervon. Die Technik vervollkommnet sich, und immer größere Mengen feiner, weicher und auch halt- und waschbarer Gewebe werden auf den Markt geliefert. Es ist anzunehmen, daß in Zukunft die Mischgewebe, d. h. die aus einer Mischung alter (Baumwolle, Wolle, Flachs usw.) und neuer (vor allem Papier) Faserstoffe entstandenen Gewebe, die Hauptrolle spielen werden. Sie zeichnen sich durch größere Geschmeidigkeit und Haltbarkeit aus. Bisher kam die Herstellung von Mischgeweben wegen der Knappheit an Baumwolle, Flachs usw. für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung noch kaum in Betracht; dies wird sich nach dem Abschluß des Ostfriedens wohl ändern.

Nicht zu vergessen sind neben der Begründung neuer Industriezweige die schon vielfach mit Erfolg gekrönten Bemühungen, ältere, einheimische Faserstoffkulturen, die infolge des erdrückenden Wettbewerbes der billigen Baumwolle und Jute untergegangen waren, neu zu beleben. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Anbau von Flachs und Hanf. Mit jedem neuen Kriegsjahr hat der Anbau dieser Gewächse in Deutschland beträchtlich zugenommen, so daß jetzt schon ein großer Teil des heimischen Bedarfs durch die eigene Ernte gedeckt werden kann. In diesem Zusammenhange ist auch der nicht unerheblichen Vermehrung der deutschen Schafbestände zwecks Gewinnung von größeren Mengen Wolle zu gedenken. Sehr wichtig war ferner die Ausdehnung der Kunstwolle- und Kunstbaumwolle-Industrie, die es sich zur Aufgabe machten, daß Altmaterial von neuem zu verwerten.

So sind auf den verschiedensten Wegen Faserstoffmengen gesammelt worden, deren Einzelposten teilweise unbeträchtlich erscheinen mögen, die aber in ihrer Gesamtheit sich schon sehr gut neben den früher eingeführten Auslandserzeugnissen sehen lassen

Digitized by Google

können. Industrie und Landwirtschaft haben in schwerer Kriegszeit ihre Schuldigkeit getan und sie werden sie weiter tun. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß die Massen der Verbraucher die neuen Faserstoffe und die aus ihnen hergestellten Waren genauer kennen lernen. Die Industriellen sind davon überzeugt, daß ihre Erzeugnisse eine strenge sachliche Prüfung bestehen werden und daß das Mißtrauen, welches jetzt noch viele den neuen Gegenständen, vor allem dem Papiergarn, entgegenbringen, schwinden wird. Das Vertrauen der Verbraucherkreise wird dann die Gewerbetreibenden zu weiteren Anstrengungen, gutes und immer Besseres zu leisten, anspornen.

Die neue große Faserstoffindustrie ist zwar ein richtiges Kriegskind; sie wird aber keineswegs, dessen dürfen wir sicher sein, mit dem Friedensschluß wieder verschwinden. Der Bedarf an Faserstoffen wird in der sogenannten „Übergangszeit“ riesengroß sein. Materialknappheit herrscht nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch — aus den verschiedensten Gründen — in der übrigen Welt, und, wie es scheint, haben sich England und Amerika bereits den größten Teil der einstweilen verfügbaren Vorräte gesichert. Wir werden also unsere Baumwoll-, Jute- und Wollspeicher nur teilweise und recht langsam wieder füllen können. In den „Übergangsjahren“ werden wir schon deswegen die Ersatzstoffe dringend brauchen. Ein etwaiger Wirtschaftskrieg würde diese Zwangslage noch verschärfen. Aber auch abgesehen davon wird die Nachfrage nach den neuen heimischen Faserstoffen zweifellos dauernd lebhaft bleiben. Denn sie haben sich tatsächlich auf vielen Gebieten — in erster Linie als Juteersatz, teilweise aber auch als Baumwoll- und Wollersatz — technisch so gut bewährt, daß kein Grund besteht, weshalb sie wieder vom Markte verschwinden sollten, es müßte denn sein, daß sie sich dauernd teurer stellen würden, als Jute und Baumwolle. Darüber wird zurzeit noch gestritten, und es ist auch schwer, in der heutigen Zeit den Nachweis der Rentabilität für die Friedenswirtschaft zu führen. Hervorragende Fachleute halten indessen die Zukunft der neuen Industrie, namentlich wenn sie sich vor allem der Herstellung von Mischgeweben zuwendet, für gesichert. Nötigenfalls müßte nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges auch die Allgemeinheit bereit sein, gewisse Opfer zu bringen, um die Gewinnung einer hinreichenden Menge Faserstoffe im Inlande sicherzustellen. Hand in Hand damit würden wir natürlich darnach zu streben haben, uns aus unserm künftigen afrikanischen Kolonialreiche die Zufuhr immer größerer Mengen Baumwolle, Hanf usw., zu sichern.

Die Begründung der neuen Faserstoffindustrie war eine der gewaltigen Kraftbekundungen des deutschen Volkes, an denen diese große Kriegszeit so überreich ist. Manchem mag die Faserstoff-Ausstellung, die große Aufwendungen an Geld und Arbeit erfordert hat, als eine Kraftverschwendung in dieser Zeit der Knappheit erscheinen. Das ist jedoch eine oberflächliche Auffassung. Die Ausstellung ist eine weithin — im Inlande wie im Auslande — sichtbare Bekundung deutscher Wirtschaftskraft. Wie

Digitized by Google

Riesengroßes die deutsche Eisen- und chemische Industrie geleistet haben, weiß die ganze Welt. Die Textilindustrie arbeitet mehr im Verborgenen; sie kann nur durch eine öffentliche Ausstellung wirken, die unsern Feinden zeigen soll, daß wir auch auf diesem Gebiete „durchzuhalten" imstande sind, und die infolgedessen unser eigenes Volk mit Stolz und neuer Zuversicht erfüllen wird. So ist die Kraft, die sich in der Ausstellung bekundet, nicht vergeudet, sondern sie wird eine Fülle neuer Kräfte erzeugen.

Notizen

Wozu in des Teufels Namen existiert Rußland? In dem „Now. Wr." veröffentlichte im Mai 1905 der Herausgeber Ssuworin einen seiner „Kleinen Briefe", worin er die obenstehende Frage folgendermaßen beantwortete. Heute, wo Rußland zerfallen ist, ist der Brief wieder aktuell geworden:

„Wozu in des Teufels Namen existiert Rußland, für wen ist es da und wer braucht es? Nehmen Sie einmal an, daß es untergeht und ein Meer tritt an die Stelle. Gewiß wäre dies kein Unglück. Die Engländer würden ihre Schiffe hinschicken und was verliert die Welt wenn wir verschwinden? Absolut gar nichts. Es verschwinden Millionen Bettler, Dummköpfe, Knechte, allerlei Schund — nun und mit ihnen auch anständige und gute Menschen, aber vom Standpunkt der Weltkultur betrachtet ist das gleichgültig. Wer in Europa braucht den Russen? Sogar den gebildeten Russen kann dort niemand brauchen, und die Reichen nützen nur den Gastwirten, die sich über sie lustig machen und sie dreifach bezahlen lassen. Für uns aber ist jeder Ausländer ein Gewinn. Engländer, Deutsche das alles findet bei uns Beschäftigung, Amt und einträgliche Arbeit. Und nun mag ein Russe den Versuch machen, nach England und Frankreich zu gehen! Sie sagen gewiß, die Schuld liege daran, daß wir keine Verfassung haben. Aber auch mit einer Verfassung wären wir noch lange keine Adler. Nein — mit unserer slawischen Faulheit, Nachlässigkeit, Grobheit, mit unserem Schmutz und unseren Wanzen wird man kein Adler. Z. B. da ist das Ministerkomitee mit seinen Reformen: Es kommt zu nichts Rechtem. Wenn sie uns noch eine Reform brächten, die die Wanzen aus Rußland vertreibt. Nichts scheint einfacher zu sein. Es ist ja nicht eine Aufgabe wie der Bau der sibirischen Bahn oder die Durchführung der Goldwährung; — nein nur die Wanzen sollen vertrieben werden. Aber mögen sie es versuchen! Pogodin hat gesagt, die Vertreibung der Wanzen wäre die wichtigste aller Reformen. Und das ist richtig ... Was not tut, ist Kultur; die Wege müssen für das Eindringen der Kultur frei gemacht werden. Das Land ist elend, bettelhaft, schmutzig, widerwärtig und man wird es niemals mit Seife, Kamm und Bürste reinigen können ... Sehen Sie: wir stehen jetzt im Mai und es ist eine Hundekälte! Sechs Monate Winter! Wo gibt es ein Kulturland mit sechs Monaten Winter? Solch ein Land gibt es nicht und wird es nie geben. Der Winter ist noch schlimmer als die Wanzen; den wird man niemals vertreiben können ... Sie wissen doch, warum uns niemand erobert hat? Weil es der Mühe nicht wert ist ..."

Der Kampf um Island. Auch der kleine isländische Staat, dieser „äußerste Vorposten germanischer Kultur" am Polarkreise, hat in diesem Kriege die brutale Faust Englands aufs empfindlichste zu spüren. Die allsommerlichen Islandfahrten der „Hamburg—Amerika-Linie" und des „Norddeutschen Lloyd" im letzten Jahrzehnte vor dem Kriege, die rege Tätigkeit auch der deutschen Fischereiflotte in den unerschöpflich reichen Fischgründen unter den Küsten Islands, die Eroberung eines beträchtlichen Teiles des Handels mit Island durch Deutschland

Digitized by Google

und schließlich die gesamte große deutsche Islandforschung der neueren und neuesten Zeit hatten den Jugrimm sowohl Englands wie Frankreichs, die Island allein ausbeuten zu dürfen glaubten, schon längst geweckt. Sofort bei Kriegsbeginn entsandte deshalb England zur Unterstützung des bereits anwesenden französischen Konsuls gleichfalls einen consul missus nach der isländischen Hauptstadt Reykjavik, um uns da droben das Wasser abzugraben. Wußte man doch nur zu genau, daß wir nur einen nichtdeutschen „Handelskonsul" dort hatten, der sich zudem allwinterlich in das weit angenehmere Großstadtleben Kopenhagens flüchtete! Und wie haben diese beiden verbündeten Ententesendboten seitdem zu unserem und zu des armen Landes Schaden auf Island gewirtschaftet! Der Engländer Mr. Cable traf gleich mit dem Auftrage ein: „sich darüber zu unterrichten zu suchen, welche Waren Deutschland bislang in der Hauptsache nach Island ausgeführt habe, und welche unmittelbaren und mittelbaren Verbindungen zwischen Deutschland und Island beständen", während die Franzosen an Stelle ihres bisherigen Konsuls den ehemaligen französischen Dozenten an der Universität Reykjavik Mr. Courmont dorthin zurücksandten: „um auf Grund seiner früher erworbenen Kenntnisse der isländischen Verhältnisse mit jenem geriebenen Mr. Cable zusammen Island und seinen Handel um so tatkräftiger im Sinne der Entente und der Pariser Wirtschaftskonferenzbeschlüsse zu bearbeiten". Infolgedessen ist das arme hilflose Island 1916 von England zu einem „Handelsübereinkommen" gezwungen worden, nach dem es seine sämtlichen Erzeugnisse zu von England selbst festgesetzten „Hungerpreisen" nur an dieses verkaufen darf, während ihm zugleich unter Androhung härtester Bußen verboten worden ist, irgendwelche Erzeugnisse des Landes auf eigenen oder fremden Schiffen nach dem neutralen Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland auszuführen. Hatte man 1915 schon allen Schiffen der „Isländischen Dampfschifffahrtsgesellschaft" und sämtlicher nach und von Island fahrenden ausländischen Dampfergesellschaften strengstens geboten, während des Verlaufes des Krieges auf ihrer Ausfahrt einen Hafen in Britannien oder Schottland anzulaufen, um sich ihre Last genau untersuchen zu lassen, da sie andernfalls weder in Großbritannien noch in Kanada Kohlen für sich oder zur Verschiffung nach Island erhalten würden, so war mit diesem edlen „Handelsübereinkommen" angesichts unseres U-Bootkrieges Islands Handel vollkommen vernichtet, der 1913 noch eine Ausfuhr von 19 Millionen Kronen und eine Einfuhr von 16¾ Millionen Kronen verzeichnen konnte. Damit aber sind die armen Isländer, weil sie schon seit 3 Jahren wiederholt nach guten und billigen deutschen Waren förmlich „geschrieen" haben, aufs brutalste zum „Verhungern" verurteilt worden. Und das hat man ihnen Ende 1917 zynisch ins Gesicht gesagt, als man die isländische Regierung und das isländische Althing zwang, von dem während des Krieges erlassenen strengen Landesgesetze, daß kein isländischer Schiffseigentümer irgendeines seiner Schiffe ans Ausland verkaufen dürfe, zugunsten Englands und Frankreichs Ausnahmen zu gestatten, da man ihnen sonst ihren letzten Markt, Amerika, entziehen und das gesamte Volk „dem Hungertode preisgeben" würde! — So liegt Englands Hand heute auf Island, dessen Lage am nördlichsten Zugange zur Nordsee, die sich von dort aus für alle Anlieger und schließlich auch das gefährliche Rußland noch leichter sperren lassen würde, von England längst als wichtig erkannt worden ist. Nach Dänemark, zu dem Island vorderhand noch gehört, wird überhaupt nicht mehr gefragt. Beständig umdampfen englische Kriegsschiffe seit Jahr und Tag die ganze Insel, um strengste Kontrolle auszuüben, da die deutschen U-Boote hier ja so fern sind, — ebensofern wie der deutsche Konsul, der den beiden Ententevertretern in der isländischen Hauptstadt, wenigstens für die Zeit nach dem Kriege, energisch die Stange gehalten hätte! E. Küchler

Die Vereinigten Staaten und das Gesetz des Notstandes. Nichts ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten mehr gegen uns ausgenutzt worden und hat auch in der Tat mehr zur

Digitized by Google

Verhetzung gegen Deutschland beigetragen, als unser Einmarsch in Belgien, die sogenannte Verletzung der belgischen Neutralität. Mit der damals von der Regierung der Vereinigten Staaten und von dem ganzen Volke eingenommenen Haltung lassen sich nachstehende Sätze, die kürzlich in der „New York Times" zu lesen waren — die „New York Times" gilt bekanntlich als das Leiborgan des Präsidenten Wilson und ist schon wiederholt vom ihm als Sprachrohr benutzt worden — nur schwer vereinbaren. Es hieß darin unter anderem:

„Eine Besetzung Mexikos durch eine mit den Vereinigten Staaten im Kriege befindliche europäische oder asiatische Macht ersten Ranges muß unbedingt verhindert werden. Beim ersten Anzeichen einer solchen Möglichkeit werden die militärischen Stellen der Vereinigten Staaten die mexikanischen Seehäfen ebenso in ihre Berechnung stellen müssen wie unsere eigenen. Die Neutralität Mexikos würde in diesem Falle der Sicherheit und Unverletzlichkeit einer großen und volkreichen Nation geopfert werden müssen. Amerika vertritt in dem Problem der Neutralisierung eines Landes die höchsten moralischen Grundsätze. Aber im Falle der Not darf es nicht zu seiner eigenen Vernichtung beitragen."

Hierzu memerkt die „Ostschweiz" vom 22. März: „Diese Ausführungen, die sich nach der ganzen gegenwärtigen Sachlage nur gegen Japan richten können, haben für uns deswegen noch ein besonderes Interesse, weil sie einen ganz neuen völkerrechtlichen Standpunkt der Union verkünden. Mit genau den gleichen Grundsätzen hat der deutsche Reichskanzler am 4. August 1914 den Einmarsch in Belgien verteidigt, der namentlich in Amerika so scharf angefochten wurde. Seither scheint dort eine völlige Abkehr von der damaligen Auffassung eingetreten zu sein ..."

Haben die Vereinigten Staaten unter solchen Umständen noch das Recht, uns aus unserem Einmarsch nach Belgien einen Vorwurf zu machen?

Französische Besorgnis vor deutschen Eisenbahnplänen nach Mittelasien. Ende Mai 1917 berichtete die englische Zeitschrift „The Near East" von einem englisch-russischen Plane einer Konkurrenzlinie zur Bagdadbahn, die über Hoek van Holland, Berlin, Warschau, Moskau, Orenburg, Taschkent durch den Hindukusch nach Delhi führen sollte und die 800 englische Meilen kürzer sein würde als die wahrscheinliche Verlängerung der Bagdadbahn durch Persien und Belutschistan. Es sei die Durchbohrung eines 13 englische Meilen langen Tunnels durch das Hindukuschgebirge notwendig, die 8 Millionen Pfund Sterling kosten würde.

Die in den Friedensvertrag der Ukraine aufgenommene Bestimmung, daß die Mittelmächte ein ungehemmtes Durchgangsrecht durch Südrußland nach Asien haben sollen, hat in Frankreich Besorgnisse vor deutschem Vordringen nach Mittelasien hervorgerufen. So schreibt Pertinax im „Echo de Paris": „Der ungarische Ministerpräsident Wekerle hat bei seinen Äußerungen über den rumänischen Frieden die Benutzung einer nach dem Schwarzen Meer gehenden Eisenbahnlinie erwähnt, die auf dem asiatischen Ufer des Schwarzen Meeres ihre Fortsetzung finden würde. Es handelt sich um zwei neue transkontinentale Verbindungen. Fällt die Kaukasusbahn in die Hände der Verbündeten Deutschlands, so können die Deutschen frei mit Afghanistan und Turkestan verkehren und bis zu den Grenzen Indiens und Chinas dringen. Welche bessere Antwort können sie den Engländern auf die Eroberung Bagdads erteilen? Die besten Beobachter russisch-orientalischer Fragen meinen, daß im Falle des völligen Verschwindens des zaristischen Regimes die ganze türkische Welt Mittelastens unwiderstehlich in die Arme des türkischen Reiches getrieben würde ... Werden die genannten Länder nicht vor den Deutschen geschützt, so kann man prophezeien, daß Deutschland Indien von außen und von innen nach der in Rußland versuchten Methode angreifen wird."

Der „Temps" vom 26. Februar führt aus:

Digitized by Google

„Nun die Deutschen Rußland niedergeworfen und Österreich eingeschnürt haben, steht ihnen der Weg nach Ostasien offen. Sie sprechen nur mit Vorsicht davon, aber sie sprechen davon, wie aus Artikeln des „Berliner Tageblattes" vom 12. Februar und der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 18. Februar hervorgeht."

Bereits in seinem 1916 erschienenen Buche „Ukraina (Land und Volk)" hat Dr. St. Rudnyckyj darauf hingewiesen, daß die Ukraine auf dem kürzesten Landwege von Mitteleuropa nach dem südlichen Zentral-Asien und Indien liegt und ein gutes Stück von diesem Wege beherrscht. „Denn Ukraina liegt an dem südöstlichen Rande Europas, an der Schwelle Asiens, dort wo der leichteste Überlandweg beide Erdteile verbindet." „Diese Tatsache kann schon in der nächsten Zukunft von größter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein. Zugleich ist unter allen osteuropäischen Ländern Ukraina das einzige, welches durch seine Lage mit den Mittelmeerländern in engsten Beziehungen steht."

Eine derartige Linie Berlin—Warschau—Kiew—Rostow—Astrachan, die sich nördlich des Aralsees mit der von Orenburg kommenden Bahn nach Taschkent und Samarkand vereinigen würde, wäre eine noch direktere Verbindung als das oben erwähnte anglo-russische Projekt und könnte wohl später einmal nach China verlängert werden. Ein derartiges Projekt, das allerdings nicht durch die Ukraine führt, sondern die Verlängerung der Bagdadbahn durch Persien, Afghanistan, das Pamir-Hochland und dann entweder durch Tibet oder die Dschungarei dem chinesischen Innern zustrebt, hat in der „Kolonialen Rundschau" 1917, Heft 9—10, unter dem Titel „Der Iran, Unsere Brücke nach Asien" Bernhard Funck besprochen. Da seine Ausführungen durch den Gang der geschichtlichen Entwicklung in den Bereich der Möglichkeit getreten sind, können wir unsern Lesern ihr Studium nur empfehlen.

Neuerscheinungen

Auslandskunde

Konkreten Ausdruck findet unsere Neuorientierung zum Auslande und zur Welt in den Hilfsmitteln, die ihrem Studium dienen sollen. Sie betreffen hauptsächlich die durch den Krieg dem Interesse unmittelbar erschlossenen Länder. Die Landeskundliche Kommission beim Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau eröffnet eine Reihe von Beiträgen zur polnischen Landeskunde mit einem geographischen Bilderatlas von Polen (Gea Verlag, Berlin). 100 Originalaufnahmen und viele Karten vermitteln einen Einblick in Landschaft und Leben in Polen. Über „Die Bedeutung der Ukraine für den Weltkrieg" veröffentlicht Prof. Dr. F. Frech, Breslau (Lehmanns Verlag, München) eine Denkschrift. Er weist die wirtschaftlichen Reichtümer der Ukraine nach (besonders an Steinsalz, Eisenerzen, Koks-Kohle). Für die Nutzbarmachnng verlangt er die Ausgestaltung der Donauwasserstraßen, denen „angesichts der geographischen Verhältnisse der natürliche Verbindungsweg von Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits mit den Küstenländern des Schwarzen Meeres andererseits zukommt". Eine kurze historische Übersicht über die „Geschichte des Herzogtums Kurland", von B. von Wilpert geschrieben, eröffnet eine Sammlung „Kurland in der Vergangenheit und Gegenwart". (F. Würtz, Berlin-Steglitz. Preis M. 1.—.) Der historischen Erkundung unseres Verhältnisses zum Auslande diente eine gelehrte Untersuchung „Über die politischen Bildungsreisen der Deutschen nach England" vom 18. Jahrhundert bis 1815 von Robert Elsasser (Heidelberger Abhandlungen zu mittleren und neueren Geschichte, Carl Winter, Heidelberg). Bekanntlich hatte sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts der Schwerpunkt des Interesses von Frankreich nach England verschoben. Der Einfluß Englands auf allen Gebieten des geistigen Lebens und des politischen Denkens hatte sich außerordentlich gesteigert. Die zahlreichen Reisenden, die sich nach England begaben, bekümmerten sich also nicht nur um die äußeren Eindrücke des Landes, sondern um den politischen Stand Englands, wodurch das politische Denken Deutschlands zahlreiche Anregungen erfahren hat, besonders in der Zeit von der Französischen Revolution bis zum Ende der napoleonischen Kriege, in der man von einer richtigen Anglo-Manie sprechen kann. Der Verfasser deutet zum Schluß an, daß auch im 19. Jahrhundert das politische Denken Deutschlands von England stark beeindruckt wurde. „Ein Teil der Liberalen hält den englischen Parlamentarismus für eine Einrichtung, die verdiene, in Deutschland

Digitized by Google

nachgeahmt zu werden. Die Bedeutung Englands für die soziale Entwicklung Deutschlands erhellt aus wenigen Daten: Friedrich Engels hat mit seinem Werke über die arbeitenden Klassen in England einen Markstein in der Geschichte sozialistischen Denkens geschaffen, und er hat auch vermöge seiner Kenntnis des englischen Wirtschaftslebens wesentliche Beiträge zu Karl Marxens Lebensarbeit, zum ‚Kapital' liefern können. Die bürgerlichen Sozialpolitiker haben unendlich viel von England gelernt, und zwar oft weniger aus Büchern und Zeitungen als durch den Aufenthalt im Lande. Die Nachwirkungen der englischen Freihändler der Manchesterschule sind auch im deutschen politischen und wirtschaftlichen Leben lange Zeit sehr tief greifend gewesen. Ferner ging der erste Anstoß zur Gründung von Gewerkvereinen von M. Hirsch aus, der 1868 eine soziale Studienreise nach England unternahm. Er selbst berichtet, vorher von den trade-unions nichts gewußt zu haben. Auch die Gartenstadtbewegung ging von England aus, und statt vieler anderer Beispiele sei nur noch eines erwähnt: Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die für das deutsche Wirtschaftsleben schon eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hat, wurde von Max Eyth nach dem Vorbild, das er in England gesehen hatte, gegründet. Überhaupt war ja England nicht nur in der sozialen Bewegung ein Muster oder Vorbild, je nachdem auch ein warnendes Beispiel, sondern es ging auch in der gesellschaftlichen Organisation des Kapitals — die Überlegenheit in der Technik war hierzu die erste Bedingung — voran, und wieviel wir hierin von den Engländern gelernt haben, ist nur im allgemeinen abzuschätzen. Auch das englische Erziehungswesen haben viele Pädagogen und noch mehr Laien uns als Muster hingestellt, und man hat sogar versucht, Einzelheiten des englischen Schulbetriebs nachzuahmen." H. Herkner vergleicht in einer Schrift über „Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien" (M. —.80) die Anteilnahme der deutschen Volkswirte an den Fragen der Auslandspolitik mit derjenigen der feindlichen Volkswirte. „Es kann, so sagt Verf., nicht in Abrede gestellt werden, daß dieses Gebiet in England, Frankreich und Amerika mit größerem Erfolg angebaut worden ist. Das bezieht sich auf die Literatur nicht weniger als auf den Unterricht. Wir haben leider der London school of Economic and Political Science mit ihrer weitgehenden Frage der „recent history" und der in gleicher Richtung hin wirksamen Ecole libre des Sciences politique. welche für die Ausbildung der Diplomaten eine besondere Section Diplomatique besitzt, nichts gleichwertiges an die Seite zu stellen. Wir sind eben alle vor dem Krieg viel zu sehr geneigt gewesen, die ganze Auslandspolitik den künftigen Diplomaten als ausschließliche Domäne zu überlassen, obwohl deren Leistungen ein so unbedingtes Vertrauen schon längst nicht mehr rechtfertigte. Wenn unsere Volkswirte in Zukunft sich eindringlicher mit Weltpolitik beschäftigen sollten, so würden sie nur an die stolze Tradition anzuknüpfen haben, die gerade von unseren größten Volkswirten und Sozialisten ausgegangen ist." Unsere Generation hat auf diesem Gebiete unendlich viel nachzuholen, unsere ‚Unkenntnis des ausländischen Denkens' ist geradezu ‚erschreckend' gewesen. Auch Karl Meinhof spricht („Eiserne Zeit", Bertelsmann, Gütersloh, M. —.20) über unser Verhältnis zum Ausland: „Wir müssen für das Ausland endlich den richtigen Maßstab gewinnen. Man möchte heute alles Ausländische beseitigen. Das war vor hundert Jahren ebenso und 1870 auch. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, daß es damit getan ist, daß man einige Fremdworte abtut und einige fremde Sitten beseitigt. Die Hauptsache bleibt die Gesinnung. Wenn wir nichts weiter sein wollen, als Leute, die schlicht und einfach ihre Arbeit tun, dann sind wir nicht in Gefahr, den Fremden nachzulaufen und sie nachzuahmen. Im Grunde ist das nichts als Eitelkeit, daß man mehr vorstellen will, als man ist. Und diese Eitelkeit muß uns unser Pflichtbewußtsein verbieten. Aber auch vor dem entgegesetzten Fehler haben wir uns zu hüten, daß wir tun, als wären nur die Germanen, nur die Deutschen rechte Menschen, — alle andern nicht. Das eben ist ja Englands Hochmut, daß es nur das eigene Volk gelten läßt. Diesen Fehler wollen wir nicht nachahmen, denn der ist nur eine neue Form der Eitelkeit." Zur Mitwirkung Hamburgs an der Bildung der Auslandsschule ruft Fr. v. Borstel auf. „Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer" (C. Boysen, Hamburg). Von den zahlreichen Hamburger Bildungseinrichtungen her — meint Verf. — wird es dem Auslandslehrer leicht werden eine Brücke zu schlagen zu den Kulturaufgaben der Auslandsschule.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Die beste Auskunft über die Kriegsschauplätze
bietet das

E. von Seydlitzsche

Handbuch der Geographie

26. Bearbeitung des „Großen Seydlitz"

Unter Mitwirkung von Studienrat Professor Dr. O. Clauß, Ass.-Professor Dr. E. Friedrich u. Professor Dr. R. Reinhard herausgegeben von Professor Dr. E. Oehlmann

Mit 535 Bildern, Textkarten u. Figuren, 27 Buntbildern u. 3 farbigen Karten. 966 Seiten. 1914.
Gebunden 8,75 M.

Die politische und physische Erdkunde sowie die Handelsgeographie sind erschöpfend behandelt. Das Wirtschaftsleben der Völker wird bis zum Beginn des Weltkrieges ausführlich dargestellt. Auf Jahre hinaus werden zuverlässige Anhalte über Statistik, Handel und Verkehr nicht vorliegen, und so wird sich nach Friedensschluß lediglich eine Berichtigung der politischen Geographie nötig erweisen. Dafür ist ein Ergänzungsheft vorgesehen, das die Besitzer der 26. Bearbeitung des verhältnismäßig sehr billigen Handbuchs — dem ein Gutschein beigefügt wird — kostenlos nachgeliefert erhalten.

Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau VI, Königsplatz 1
Königliche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902
Organ für die Interessen der Börse, des Handels,
der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER
„DANIEL"
Größter Erfolg. Export nach allen Ländern.

Digitized by Google

Soeben erschien:

Der Deutsche Volksstaat

Schriften zur inneren Politik

herausgegeben von

Wilhelm Heile und Walther Schotte

Heft 3:

Theodor Heuß

Die Bundesstaaten und das Reich

Preis: 1.50 M.

In allen Buchhandlungen und beim Verlag

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H.

Berlin-Schöneberg

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 481
Rohrbach, Machtfriede oder Friedensideal im Osten? 483
Schmidt, Die Ukraine und der Vierbund 488
Reinhardt, Türkenspiegel 491
Classen, Ersatz unserer Menschenverluste 496
Piorkowski, Die Entwicklung der Psycho-Technik in Deutschland während des Krieges 498
Linter, Randbemerkungen zum Reichsbank-Ausweis . . . 506
Notizen 511

Preis 40 Pfennig
3. Jahrgang 19. April 1918 Heft 16

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar Berlin

Digitized by Google

So wächst Dein Vermögen

wenn Du es mit Zinseszins zu 5% anlegst!

1000 M	1628 M	2000 M	2653 M	3386 M
im ersten Jahr	in 10 Jahren	in 14½ Jahren	in 20 Jahren	in 25 Jahren

Darum: Zeichne Kriegsanleihe,

die sicherste Kapitalsanlage der Welt!

ZEICHNE KRIEGSANLEIHE!

In 4 Jahrzehnten

ist Deutschlands

Roheisen-erzeugung	Stahl-erzeugung	Steinkohlen-förderung	Bevölkerungs-zahl
um das 4fache,	um das 30fache,	um das 6fache,	um über 25 Millionen

gestiegen

Ein Volk, das solchen Aufschwung genommen, das über solche Wirtschaftskräfte verfügt, das eine solch arbeitsame Bevölkerung hat, ist der sicherste Schuldner. – Wer Kriegsanleihe zeichnet, zeichnet daher die sicherste Kapitalsanlage der Welt!

Digitized by Google

3. Jahrgang • 19. April 1918 • Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Entkleidet man die resignierte Rede Lloyd Georges der rednerischen Zutat, so bleibt als trüber Rest das Geständnis: wir haben uns in den Amerikanern getäuscht. Sie stehen nicht so zahlreich, so bewaffnet, so kriegsfertig auf dem französischen Boden, als wir sie erwartet haben. Daß Wilson ihm in einer alle Register anschlagenden Rede anspricht, daß Amerika nun den Krieg als einen Austrag der „Gewalt bis zum äußersten" begreifen und führen will, das ist solange schwacher Trost, als er nicht die Divisionen an die Stelle setzen kann, wo die heroische Tapferkeit der deutschen Truppen den Panzer der feindlichen Linien zerschlägt. Gegen die größte Minderheit, die das englische Unterhaus während des Krieges in solch grundsätzlicher Frage sah, wird die Erhöhung des Dienstpflichtalters, die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland beschlossen. Das Kabinett verbindet sein Schicksal mit diesem Gesetz, und da im Augenblick niemand vorhanden ist, der sich in das Erbe von Lloyd George drängt, bleibt die Lage des Parlaments unverändert. Aber die Regierung schafft sich wieder in Irland einen Revolutionsherd. Das weiß sie, doch sie findet keinen Ausweg. Dabei ist klar, daß die neuen Aushebungen für die Schlachten im Westen ohne Einfluß sind. Asquith sprach es aus. England muß sich von seinen Heimatreserven entblößen in einem Augenblick, da es den Widerstand der Sinn-Feiner aufs ärgste reizt.

*

Die Unterhaltungen zwischen Wien und Paris schwanken zwischen einem hochpolitischen und einem rein sensationellen Charakter. Clemenceau machte den Versuch, die etwas peinliche Lage, in die er persönlich geraten war, und die angstvolle Spannung, die auf dem von deutschen Granaten heimgesuchten Paris lastet, zu verwischen durch die Enthüllung, daß Kaiser Karl die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen anerkannt habe. Ein Brief aus dem Frühjahr 1917 an den Prinzen von Parma-Bourbon soll als Beweis dienen. Der Kaiser läßt in großer und feierlicher Form erklären, daß der Inhalt seines Schreibens im wesentlichen Punkt „verfälscht" sei — leider scheint man aber in Wien nicht in der Lage, einfach den ominösen Brief

Digitized by Google

glatt zu veröffentlichen. Das wäre der raſcheſte Weg geweſen, die immerhin höchſt peinliche Geſchichte zu klären. Hat der franzöſiſchen Regierung das „handſchriftliche“ Original vorgelegen, beſitzt ſie nur eine Kopie, die ſie mit fabelhafter Kühnheit „bearbeiten“ ließ, um zwiſchen Wien und Berlin Sprengſtoff zu legen? Das iſt im Augenblick, wo dieſe Zeilen zum Druck gehen, noch nicht zu überſehen. Inzwiſchen iſt der eigentliche Vorgang der Schweizer Beſprechungen längſt geſchichtlich geworden: öſterreichiſch-ungariſche Truppen kämpfen im Weſten, und Kaiſer Wilhelm hat ſeine Verbündeten deutlich darauf hingewieſen, daß die Tat des Kampfes an allen Fronten die wirkſamſte Beſtätigung der Bundestreue ſei. Wäre der Brief des Kaiſers echt, dann würde für die franzöſiſche Regierung ihre Haltung ſelber einmal als ſchwerer politiſcher Fehler gewertet werden. Die pazifiſtiſche Preſſe Englands hat das auch begriffen — denn Frankreich, vielleicht noch hoffnungsfroh über das im Februar geſchloſſene Geheimabkommen mit dem Zaren über den rheinländiſchen Pufferſtaat, verkannte eine Situation, die ihm günſtig wie keine andere ſein mußte. Mit dieſer Tatſache ſchlägt ſich die franzöſiſche Regierung ins eigene Geſicht, gerade wenn ... ja wenn ...

*

Clemenceau teilt mit, nach dem Fall von Mondidier, daß er gut geſchlafen habe. Die Franzoſen ſind ein geduldiges Volk und holen ſich an dem geſunden Schlaf ihres Miniſterpräſidenten billigen Troſt. Vor hundert Jahren, nach der Kataſtrophe an der Bereſina, erfuhren ſie von Napoleon: „Das Wohlbefinden Seiner Majeſtät war nie beſſer als jetzt.“

*

Der „Vorwärts“, nachdem er die Abſchnitte der deutſchen Politik, die ihm verhängnisvoll erſchienen, gekennzeichnet hat, faßt den Glauben an die Möglichkeiten des Friedens ſo zuſammen: „Jetzt gibt es keinen anderen Weg zum Frieden als über den uns verheißenden militäriſchen Sieg.“

*

Nach Kurland und Riga haben jetzt auch Liv- und Eſtland den Wunſch nach Anſchluß des Baltenlandes an Deutſchland unter Zuſammenſchluß mit Kurland ausgeſprochen. Da laut Friedensvertrag in Breſt-Litowsk Eſt- und Livland noch nicht völlig von Rußland getrennt waren, hat der Landesrat den deutſchen Kaiſer gebeten, dem baltiſchen Gebiete bei der Lostrennung von Rußland behilflich zu ſein. Wie in Kurland beſtand die Verſammlung in Riga nicht nur aus Deutſch-Balten, ſondern dem gemiſchten Charakter der Bevölkerung gemäß auch aus Eſten und Letten. Wird dem Wunſch, woran nicht zu zweifeln iſt, willfahrt, ſo wäre damit wieder der alte Zuſtand wie zu Luthers Zeit hergeſtellt, wo im hohen Nordoſten, in der alten Hanſeſtadt Narwa, deutſche Truppen Wache hielten gegen den Moskowiter.

*

Im preußiſchen Verfaſſungsausſchuß wurde der Beſchluß der erſten Leſung beſtätigt: das gleiche Wahlrecht iſt gefallen. Man beginnt jetzt noch geſpannter die Aus-

Digitized by Google

fichten für das Plenum durchzurechnen, mit dem Ergebnis, daß das Schicksal des Regierungsentwurfes schon in dieser ersten Station seines Leidensweges durchaus von der zufälligen Besetzung des Hauses, von der tatsächlichen oder politischen Krankheit einiger Konservativen abhängen wird. Niemand vermag rechnungsmäßig anzugeben, wie viele der Nationalliberalen und der Freikonservativen sich zur Linken schlagen werden. Fällt im Plenum der Entwurf, dann soll sich die Regierung die Quälerei mit der Weitergabe des verstümmelten Gesetzes an das Herrenhaus schenken und einfach auflösen. Das ist ein böser Weg während des Krieges; scheut sie ihn, so ruiniert sie ihre eigene Autorität. Das steht außer Zweifel. Schmerzlich genug ist, daß die nationalliberale Partei, die sich früher rühmen konnte, in Verfassungsfragen führend zu sein, durch das Satyrspiel von drei Ja- und drei Nein-Sagern in dem Ausschuß sich selber praktisch vollkommen ausschaltete. Mit welchem Programm will und kann sie vor ihre Wähler treten?

den 15. April 1918

Machtfriede oder Friedensideal im Osten?

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir haben vor kurzem in der „Deutschen Politik" die Vorstellung zurückgewiesen als ob der Friede, den wir im Osten geschlossen haben, ein „Machtfriede" in dem Sinne sei, daß wir unsere überlegene kriegerische Stärke benutzt hätten, um die Verhältnisse im Osten ohne Rücksicht auf die Prinzipien des Rechts, der Billigkeit und der Freiheit nach unserem Willen allein zu ordnen. Dieser Vorwurf wird von der Entente erhoben, die selber einen Machtfrieden will, der Deutschland auf alle Zeit niederdrücken soll. Wir aber haben Gewalt im Osten angewendet nur gegen den wilden und sinnlosen Anarchismus der Bolschewiki, die offen erklärten, daß sie die „Friedens"-Verhandlungen dazu benutzen wollten, um die sozialen und staatlichen Grundlagen von Deutschland, von ganz Mitteleuropa und zuletzt auch der übrigen Welt zu zerstören. Selbst gegen den Bolschewismus haben wir erst so gehandelt, nachdem Trotzki und Genossen uns gar keine Wahl mehr gelassen hatten, als die, den Vormarsch wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung ging so wenig auf einen Machtfrieden aus, daß die bolschewistischen Anarchisten nur zuzugreifen gebraucht hätten, und sie hätten den Frieden mit uns womöglich für Gesamt-Rußland schließen können. Daß sie es nicht taten, war ihre Blindheit und unser glückliches Geschick. So kam es dahin, daß die Ukraine und Finnland durch Sonderfriedensverträge als neue und freie Staaten von uns anerkannt wurden, denen wir jetzt helfen, gegen den blutigen Wahnsinn des Bolschewismus sich zu konsolidieren. Ebenso ist mit der Verjagung der Bolschewiki aus Livland und Estland auch das gesamte baltische Gebiet auf den Weg zu seiner natürlichen Einheit, in Anlehnung an Deutschland, zurückgebracht worden.

Digitized by Google

Auch das in allen baltischen Landen mit unendlicher Dankbarkeit begrüßte Antwort-Telegramm des Kaisers an den livländischen Landtag bekräftigt diese Hoffnung, und die Sonderpolitik, die von gewissen Kreisen im Auswärtigen Amt mit Hilfe des bekannten Geheimrats in Stockholm getrieben wird, um das estnische Gebiet unter der Firma einer selbständigen Republik Estland von der Verbindung mit Deutschland auszuschließen und als Besänftigungs-Geschenk für ein „wiedererstarkendes" Rußland aufzubewahren, wird keinen Erfolg haben, weil sie gegen die Natur der Dinge geht.

Wir haben den einstigen Randvölkern Rußlands die Freiheit gebracht, Freiheit von der demoralisierenden Zerstampfung und gewaltsamen Einknetung ihres Volkstums in einen kulturell unterwertigen asiatisch bedingten Staats- und Volkstypus. Auch die kleinen Völker der Litauer, Letten und Esten werden im Anschluß an Deutschland Gewähr für ihre nationale Entwicklungsfreiheit, für ihre Sprache und Schule, für ihre Beteiligung an der zukünftigen Selbstverwaltung ihrer Heimatgebiete und für die Unversehrtheit ihres nationalen Siedelungsbodens, im Gegensatz zu der Politik, die Rußland ihnen gegenüber verfolgte, finden. Die lettischen Stadtverordneten von Riga haben diese Punkte kürzlich als Bedingung dafür formuliert, damit sie dem einstimmigen Beschluß der Stadtvertretung beistimmen könnten, der dahin lautete: Kaiser und Reich zu bitten, es mögen die baltischen Lande auf immer ungeteilt beieinander bleiben und ihren Anschluß an Deutschland finden. Jene Bedingung gestanden die Deutschen einmütig den Letten zu, und einmütig stimmten danach Deutsche und Letten für die Angliederung an Deutschland. Auch der Beschluß des vereinigten Landesrats von Livland und Estland für die Einheit des baltischen Gebietes ist von Deutschen, Letten und Esten gemeinsam gefaßt worden. Er sagt, was natürlich ist, und dabei wird es bleiben, trotz der Angstpolitiker in Berlin und Stockholm.

Auch den Völkern des Kaukasus und den Mohammedanern im bisher russischen Turkestan, auch den Rumänen in Bessarabien und den Tataren in der Krim hat der Sieg der deutschen Waffen über den Zarismus, über die Revolution und über die Anarchisten, die sich danach der Gewalt in Rußland bemächtigt hatten, die Freiheit der Selbstbestimmung gebracht. Überall in Osteuropa erhebt sich neues Leben im Sinne politisch-nationaler und kultureller Entwicklungsfreiheit.

Am 7. Oktober 1915 schrieb ich nach dem Besuch der Insel Björkö im Mälarsee, von wo die Warjager, die alten Wikinger, auf ihre Rußlandfahrten ausgezogen waren, in mein „Weltpolitisches Wanderbuch":

„Die Kunst ist, das Morgen heute schon so groß zu sehen, als ob es heute wäre. Morgen werden es auch die Kannegießer wissen, daß es kein anderes Ende für den Kampf im Osten geben kann, der mit diesem Weltkrieg begonnen hat, als die Auflösung des russischen Imperiums! Morgen wird es kein Verdienst mehr sein, zu wissen, daß es unsere Sendung ist, vom Eismeer bis zum Pontus herab Freiheit vom Moskowiter all den Völkern zu bringen, die durch ihre Natur und Geschichte in die Kulturgemeinschaft von Mitteleuropa hineingehören oder sonst an ihr teilzunehmen imstande sind: Finn-

Digitized by Google

länder, Balten, Esten, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, Rumänen. Das subgermanische, das westslawische, das ukrainische Zwischenland zwischen Europa und Moskowien als ein Feld mitteleuropäischer Zukunft — heute sind das noch Utopien für die Rußlandgläubigen aus Geschäftsrücksichten und aus schwachmütiger Überzeugung. Morgen aber werden auch diese Leute über Rußland so weise sein, wie es heute jeder Bürger über den Orient ist . . .

Die Wellen des Mälar kommen gezogen und rollen an den Strand der Insel, von wo die Wikinger nach Gardarike fuhren — so nannten sie Rußland, das Reich von Nowgorod. Die Zweige der Birken wiegen sich und rauschen über den dreitausend Hügeln. die decken, was einst stolz und groß in Birka (der alten Schwedenhauptstadt auf Björkö) war; der Wind führt jagend die grauen Wolken am nordischen Herbsthimmel über Fels und See — was raunt und rauscht und braust in Welle, Birke und Wind? Gezählt, gezählt, gewogen und zerteilt die Moskowiterherrschaft, und Deutschland, es wird der Unterdrückten Befreier vom Zwang der tatarischen Knechtschaft!"

Sind diese Worte, die vor 2½ Jahren niedergeschrieben wurden, nicht heute wahr geworden? Noch nicht ganz! Noch sind die politischen Kannegießer in den Ämtern und außerhalb der Ämter nicht so weise über Rußland geworden, daß sie alle miteinander einsehen: mit Rußland ist es zu Ende. Die Japaner freilich, die sind klüger! Sie nehmen sich Wladiwostok, sie werden auch das übrige brauchbare Küstengebiet Rußlands in Ostsibirien nehmen, und mit der Besetzung des einen beherrschenden Hafenplatzes an diesem Teil des Stillen Ozeans Rußland von seiner einzigen Weltmeerküste abschneiden — unbekümmert um die „Unversöhnlichkeit" der Russen von Trotzki bis Miljukow. Sie wissen, wie wenig das zukünftige Rußland zu fürchten ist. Bei uns aber gibt es noch Leute, die in ihrer Unkenntnis der östlichen Dinge es für ihre Aufgabe halten, den ungebetenen und überflüssigen Treuhänder für die Moskowiter zu spielen. Das „Morgen" von einst ist schon zum „Heute" geworden, aber sie sehen es noch nicht. Viele begreifen überhaupt noch nicht Deutschlands moralische Sendung im Osten. Sie merken nichts von der ungeheuren sittlich-nationalen politischen Werbekraft des zur Tatsache gewordenen Gedankens, daß Deutschland der Befreier der Unterdrückten von der Moskowiterknechtschaft geworden ist.

Wenn sie es merkten, würden sie auch wissen, daß wir an einer Stelle, und an einer wichtigen, noch damit beschäftigt sind, die Welt zu überzeugen, daß wir unsere Aufgabe im Osten nicht begriffen haben und am Ende alles, was wir getan haben, nur unbewußt oder versehentlich taten. Diese Stelle ist die polnische Frage. Es ist möglich, daß letzten Endes sich die Polen wirklich unfähig zeigen, ihre Lage in Europa zu begreifen, und daß dann nichts übrig bleibt, als über sie hinwegzugehen. Vorläufig aber müssen wir noch alles daran setzen, das Prinzip der Befreiung und Entbindung aller nationalen Kräfte in dem von Moskowien befreiten Osteuropa durch Deutschland auch in dem zukünftigen Geschick Polens zu verwirklichen. Keineswegs allein um der Polen willen, sondern ebensosehr, ja noch mehr, um unseretwillen. Was wir in dieser Beziehung jetzt durch die beiden Ministerreden im Herrenhause erlebt haben, ist ein Stück von Versagen aller politischen Regie — um den mildesten und am

Digitized by Google

wenigsten ins Moralpolitische schlagenden Ausdruck zu gebrauchen — wie es selbst in unserem klassischen Lande der Regietaperei kaum schon erlebt worden ist.

Im Herrenhause schlägt der Ausschuß vor:

„Der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck zu geben, daß die königliche Staatsregierung, zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der folgerichtigen Durchführung der zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen festhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreichs die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat."

Ein Zusatzantrag verschärft noch die Forderung, daß ohne Rücksicht auf Polen die „militärische Sicherung Preußens" die einzige Rücksicht für die Festsetzung der künftigen Westgrenze Polens bilden soll. Man weiß, was gemeint ist: Narewlinie, Kohlenbecken von Dombrowa, eine große Zahl Polen mehr innerhalb der deutschen Grenzen, je nachdem wie weit dieser oder jener die „Grenzsicherung" ausdehnen will. Darauf antwortet der Landwirtschaftsminister:

„Die Regierung steht auf dem Boden der Erklärung des Ausschusses, und zwar nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrer Tendenz. Die historische Bedeutung der Ostmark darf nicht der Vergessenheit verfallen. Die Ostmark ist ein Schutzwall gegen das Eindringen fremder Mächte, und dieser Schutzwall muß dauernd auf seine Festigkeit hin geprüft werden. Ebenso müssen deutsche Kultur und deutsche Siedlungen im Innern vor Bedrängnis geschützt und behütet werden. Gewiß kann zweifelhaft sein, ob der Schutz nach außen überhaupt der Zuständigkeit der preußischen Regierung unterliegt. Aber die Sicherung unserer Verhältnisse im Osten ist in erster Linie ein preußisches Interesse, und Preußen muß daher verlangen, daß vor allem das militärische Interesse als maßgebend erachtet wird. Dabei muß der nicht zu unterschätzende Übelstand mit in Kauf genommen werden, daß die Zahl der Polen in Preußen nicht unerheblich vermehrt wird, die es bisher immer noch nicht vermocht haben, ihr eigenes Wohl mit dem Wohl des Deutschen Reiches in Einklang zu bringen."

Also Zustimmung zu dem Prinzip der „Grenzsicherung" durch eine Art von vierter Teilung Polens, denn darauf kommt es hinaus, wenn zugestanden wird, die Zahl der Polen in Preußen werde „nicht unerheblich" vermehrt werden. Was heißt das? Das können eine Million neuer polnischer Bevölkerung, ja vielleicht noch mehr sein. Außerdem meinte der Minister freilich, er wolle den Gegner (die Polen) nicht vernichten, sondern nur „in Schranken halten"; seine Formel sei: Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, „vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen". Er will auch nicht, „daß Kampfmittel angewendet werden, die nur verletzen, die nicht mehr das Deutschtum fördern, sondern die wegen ihrer aufreizenden und verhetzenden Wirkungen letzten Endes Wasser auf die Mühlen der polnischen Agitatoren liefern".

Man weiß, ein ganz vollkommener Widerspruch ist gleich geheimnisvoll für Weise

Digitized by Google

wie für Toren. Noch mehr als das. Einen Tag später sagt der Minister des Inneren in demselben Herrenhause:

„Die Regierung verfolgt aber kein anderes Ziel, als daß sie sich der Hoffnung hingibt, unter dem gewaltigen Eindruck des Weltkrieges wird sich die Zahl der Polen vermehren, die sich auf den Boden des preußischen Staates stellen wollen. Zur Herbeiführung dieses Zieles haben wir noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten. Man hat demgegenüber verwiesen auf gewisse Äußerungen polnischer Abgeordneter im Reichstag und im Abgeordnetenhaus. Ich gestehe ganz offen: wenn die überwiegende Mehrheit des polnischen Volkes in Preußen dauernd so denken würde wie jene Abgeordnete gesprochen haben, dann wäre aller Liebe Müh' umsonst. (Sehr richtig!) Aber es gibt unter den Polen Kreise, wenn es auch nur eine Minderheit ist, die auf einem anderen Standpunkt stehen. Deren Stimme haben wir in diesem Hause gehört. Aus den drei Reden der Polen hier klang der ernste Wille zum preußischen Staat heraus. Mit Leuten, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben, kann man sich verständigen, ihnen kann man offen und ehrlich die Hand zur Versöhnu ng bieten. Gewiß ist die Zahl dieser Polen noch gering, aber ihr Bestehen wird durch die Behauptungen der Radikalen nicht aus der Welt geschafft. Unsere Politik muß nun dahin gehen, die Zahl dieser Polen, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben und ihre Pflichten als preußische Staatsbürger erfüllen wollen, zu stärken. Das können wir aber nur, wenn wir eine Politik treiben, die, unbeschadet aller preußischer Notwendigkeiten, auch durch die Tat dartut, daß sie polnischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenkommt. Tun wir das nicht, dann wird in der Ostmark ein Kampf bis aufs Messer entbrennen; die wenigen Polen, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben, werden dahinschmelzen und ganz verschwinden. Wir dürfen die Gelegenheit des Weltkrieges, der unser ganzes Volk aufs tiefste erschüttert und der so viele, die bisher dem Gedanken eines starken preußischen Staates ablehnend gegenüberstanden, ein anderes Denken gelehrt hat, nicht vorübergehen lassen, ohne den ehrlichen Versuch zu machen, zu besseren Verhältnissen zu kommen."

Der Minister fügte dem noch die unmißverständliche Wendung hinzu, die Regierung wisse, „daß die gegenwärtige Mehrheit für die Ostmarkenpolitik nicht mehr die Mehrheit der Zukunft im Abgeordnetenhause sein wird". Wie soll man sich diese beiden Kundgebungen aus dem Schoße ein und derselben Regierung zusammenreimen? Der Minister des Innern hat sich allerdings nicht darüber geäußert, ob auch er bei seinem Programm einer deutsch-polnischen Politik Teile des Königsreichs Polen unter dem Namen von Grenzsicherungen an Preußen-Deutschland angegliedert sehen will, und ob er ein solches Verfahren mit dem von ihm eingenommenen grundsätzlichen Standpunkt in der Polenfrage für vereinbar hält. Das wäre nicht möglich. Der Landwirtschaftsminister hat sich außer zur Annexion sogenannter Sicherungsgebiete auch zum Wortlaut und zu der „Tendenz" der Erklärung des Ausschusses bekannt. Diese Tendenz ist, wie jedermann sieht, antipolnisch in dem Sinn, den man kurz als hakatistisch zu bezeichnen pflegt. Wenn daran noch die Formel „vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen" geklebt ist, so kann man darüber als über eine logische und gefühlsmäßige Unbegreiflichkeit hinweggehen. Was der Minister sich dabei gedacht hat, ist nicht zu sagen; es ist auch gleichgültig gegenüber der von ihm

Digitized by Google

zugestandenen „Tendenz". Diese ist durchaus klar. Ebenso klar aber ist die gegenteilige Tendenz in den Worten des Ministers des Innern.

Ich habe schon früher einmal gesagt, daß ich die Fortnahme des Kohlenbeckens von Dombrowa nicht einmal als Frage erörtern möchte, denn es wäre keine ehrenhafte Handlung. An so etwas denkt man bei deutscher Politik am liebsten nicht als an eine faktische Möglichkeit. Täten wir das, so müßten wir uns vor den Polen schämen. So verfuhr England gegen die Burenrepubliken, als es dem alten Oranjefreistaat 1870 die Diamantfelder von Kimberley fortnahm, und als es die Goldminen von Transvaal haben wollte. Einem besiegten Volk, das den Krieg gesucht hat, kann man ein Stück seines Besitzes mit dem Recht des Siegers nehmen; die Polen aber sollen wir ja nicht besiegt, sondern befreit haben. Gilt das für die Kohlen, so ist von den „Grenzsicherungen" zu sagen, daß man keinem objektiv denkenden Politiker einreden wird, Deutschlands Sicherheit hinter dem Sieg im Weltkrieg werde noch von der Narewlinie oder dergleichen Nebendingen abhängen. Das ist eine militärisch-formalistische Denkweise, oder einfach Phrase. Deutschland wird „sicher" sein durch kluge Politik, oder überhaupt nicht. Das Prinzip des Ostfriedens für Polen jetzt schon fallen zu lassen, ist aber alles andere eher, als kluge Politik!

Die Ukraine und der Vierbund

Von Axel Schmidt

Die Nachrichten über den wirtschaftlichen und politischen Wirrwar in der Ukraine dürfen uns nicht irre machen. Wirtschaftlich und politisch fußt der neue Staat auf gesundem Fundament; mag auch zarische Mißwirtschaft, Krieg und bolschewistische Verwüstung noch so stark auf dem Lande lasten, mag auch der junge ukrainische Wein sich, wie im Projekt der Sozialisierung des Grund und Bodens, allzu stürmisch gebärden, — das will wenig besagen, wenn nur die Grundlage fest steht. Dank ihren Bodenreichtümern und ihrer Fruchtbarkeit wird die Ukraine unzweifelhaft bald eine aktive Handelsbilanz aufweisen, die ihr ausländischen Kredit verschaffen muß. Erzeugten doch die acht ukrainischen Gouvernements des früheren russischen Reiches im Jahre 1913 19,6 Millionen Tonnen Getreide, von denen nach Abzug der in Rußland üblichen Ernährungsquote 8,5 Millionen Tonnen zur Ausfuhr verblieben. Im Jahre 1912 sind aber insgesamt von Rußland 7,5 Millionen Tonnen und 1913 9,4 Millionen Tonnen exportiert worden. Das heißt: der bisherige russische Getreideexport stammte zum allergrößten Teil aus der Ukraine. Wird dieses Gebiet jetzt selbständig, so wird allein dieser Getreideüberschuß dem Lande eine starke Aktivität der Handelsbilanz sichern.

Mit dem Getreide allein ist es jedoch nicht abgetan. Die Ukraine erzeugte über 1 Million Tonnen Zucker (Großrußland 27000 Tonnen), ferner entfielen zwei Drittel

Digitized by Google

der gesamten Tabakernte auf dieses Gebiet, auch in Viehzucht, Obst- und Weinbau überragte es weitaus die großrussische Produktion. Dazu kommt dann noch die industrielle Entwicklung der Ukraine, die die großrussische weit überflügelt hat, weil nur hier Kohlen und Eisen zusammen gefunden werden. Im Jahre 1860 betrug noch die alte großrussische Eisenerzeugung am Ural 70 Proz. der Gesamtproduktion in Rußland, während sie jetzt nur 20 Proz. ausmacht. Die ukrainische dagegen, die erst 1880 mit 5 Proz. einsetzte, war im Jahre 1916 auf 76 Proz. gestiegen. Aber auch für andere Mineralschätze kam die Ukraine als bedeutendste Quelle des bisherigen Rußlands in Betracht. 90 Proz. des Silbers, 81 Proz. des Bleis, 100 Proz. des Queckſilbers, 31 Proz. des Kupfers, 54 Proz. des Salzes entstammen diesem Lande. Trotzdem ist es gut, immer wieder daran zu erinnern, daß nicht die Industrie, sondern Landwirtschaft und Viehzucht das Rückgrat der ukrainischen Volkswirtschaft bleiben wird. Professor Ballod-Berlin und Professor Rudnickyj-Wien stimmen darin überein, daß die ukrainische Industrie es niemals weiter bringen werde, als höchstens bis zur Selbstversorgung.

Wie stellt sich aber das politische Verhältnis der Ukraine zum Vierbund dar? Will der neue Staat einer gesicherten Zukunft entgegengehen, so muß er sich, zumal er des Cholmlandes und Ostgaliziens wegen stets in einem Gegensatz zu Polen stehen wird, für eine Anlehnung an Rußland oder den Vierbund entscheiden. Eine Anlehnung an Rußland würde eine Wiederholung des Schicksals der von Bohdan Chmelnizkyj gegründeten (1654) Ukrainischen Republik bedeuten: Die allmähliche Wiederauflösung der ukrainischen Selbständigkeit, wie sie sich von Peter dem Großen bis Katharina II. vollzog. Daher bleibt für die Ukraine nur der Anschluß an den Vierbund übrig. Ein solcher hätte aber keine Aussicht auf Bestand, wenn auch nicht die Mittelmächte ihrerseits Interesse an dem Fortbestehen des ukrainischen Staates besäßen. Soll die politische Zusammenarbeit des Vierbundes mit der Ukraine tragfähig bleiben, so darf der eine Teil nicht nur der gebende und der andere nicht nur der nehmende sein. Wirtschaftlich bietet das vor allem agrarische Land der Ukrainer eine gute Ergänzung zu den stark industrialisierten Mittelmächten. Es würde eine gute Rückversicherung sein gegen eine Wiederholung der jetzigen englischen Aushungerungspolitik. Aber auch politisch bedeutet die Ukraine für Mitteleuropa einen namhaften Gewinn.

Deutschlands östliche Grenze wäre vom schweren russischen Druck, der die letzten Jahrhunderte seine Bewegungsfreiheit einengte, entlastet. Denn ohne die Ukraine ist Großrußland verurteilt, ein wirtschaftlich schwacher Staat zu bleiben, der seine panslawistische Expansionspolitik nicht fortsetzen könnte; ganz abgesehen davon würde auch das Kräfteverhältnis des Vierbundes zu Rußland durch Abbuchung von 30 Millionen Ukrainern von russischer auf die mitteleuropäische Seite sich nicht wenig verbessern.

Noch günstiger liegen die Verhältnisse bei Österreich-Ungarn. Mit Entstehen

Digitized by Google

eines ukrainischen Staates hörte die Habsburger Monarchie auf, Großrußlands Nachbar zu sein. Damit ist letzterem Staat die Möglichkeit genommen, wirksam seine panslawistischen Umtriebe fortzusetzen. Tschechen und Südslawen von Rußland abgetrennt, können viel eher vom österreichischen Staate verkraftet werden. Die Möglichkeit einer ruthenischen (ukrainischen) Irredenta in Ostgalizien, Bukowina und Nordostungarn ist freilich zuzugeben. Sie zu bannen hat aber die Doppelmonarchie an der Donau durchaus in der Hand. Sie muß nur nicht, wie bisher, einseitige Polenpolitik treiben.

Auch Bulgarien, das durch den Anschluß an die Mittelmächte Rußlands Rache zu fürchten hätte, wird von dieser Drohung durch die ukrainische Barriere befreit. Das dürfte den Bulgaren um so genehmer sein, als sie sonst durch den Erwerb der Dobrudscha direkte Nachbarn von Rußland geworden wären. Ohne Ukraine würde für die Bulgaren die Gefahr nicht gering sein, bei dem russischen Streben nach Konstantinopel unter die russische Dampfwalze zu geraten. Was endlich die Türkei betrifft, so bezeugen die letzten 200 Jahre Kämpfe mit Rußland zur Genüge, daß eine Beseitigung der russischen Gefahr diesem Staate erst die Möglichkeit geben wird, sein Staatswesen modern aufzubauen. Wie ersichtlich haben alle Teilnehmer des Vierbundes allen Grund, die Ukraine als vollwertigen Bundesgenossen in Kriegs- und Friedenszeiten zu begrüßen. Ebenso wird die Ukraine ihre schwierige Aufgabe den Auf- und Ausbau ihres Staatswesens nur vollbringen können, wenn durch die Rückendeckung des Vierbundes großrussische Rückeroberungspläne eingedämmt werden.

Die Entstehung der Ukraine als ultima ratio gegen russische Ausdehnungsgelüste haben schon Bethmann Hollweg der Ältere und der preußische Gesandte in London von Bunsen während des Krim-Krieges empfohlen. Damals lehnte sie Bismarck wegen der noch bevorstehenden innerdeutschen Auseinandersetzung ab, zu der er die russische Freundschaft gebrauchte. Später aber, als in der achtziger Jahren von E. v. Hartmann der ukrainische Plan wieder ausgegraben wurde, kam kein kalter Wasserstrahl aus Friedrichsruh. Er lag augenscheinlich in den Gedankengängen des alten Bismarck, der immer mehr in Rußland die deutsche Bedrohung erkannte und dann Sicherungen gegen den Panslawismus aufzurichten bestrebt war. In der Errichtung des ukrainisches Staates ist jetzt das Mittel gefunden, den russischen Druck auf die Dauer zu beseitigen. Es ist daher zu hoffen, daß auch von unserer Diplomatie erkannt werden wird, wie falsch es war, immer wieder auf den russischen Sonderfrieden zu hoffen, statt unentwegte die Partei der Fremdvölker zu unterstützen. Auch jetzt darf es keinen Rückfall in dieser Politik geben. Denn von Finnland im Norden über die baltischen Provinzen, Litauen, Polen bis hinunter zur Ukraine handelt es sich immer wieder nur um dieselbe Frage: Deutschland muß als Freiheitsbringer die östlichen Probleme erfassen und lösen.

Digitized by Google

Türkenspiegel

Von Walther Reinhardt

Der Verfasser hat als Verbindungsoffizier bei einer osmanischen Division in Galizien gestanden.

Wer bei türkischen Sendtruppen in Galizien, Mazedonien oder Rumänien gestanden und seine Zeit recht genutzt hat, dem ist dort mehr Einblick in türkisches Militärwesen, türkische Organisation, türkisches Denken und Trachten — mit einem Wort: in die türkische Seele — geworden, als den vielen, die in Konstantinopel nach der Erkenntnis des Türkentums streben. Die Hauptstadt ist ein europäischer, durchaus internationaler Anner des osmanischen Reiches, ein Außenposten, fern von den Wurzeln der türkischen Kraft und ganz und gar von westeuropäischen Einflüssen beherrscht, die hoffentlich mehr und mehr von mitteleuropäischen verdrängt werden. In Galizien, Mazedonien, Rumänien waren die Türken unter sich, jedenfalls mehr als in der Hauptstadt des Reiches. Türkische Strategie konnte man freilich dort nicht studieren, dazu waren die zu den deutschen Armeen entsandten Verbände zu klein. Aber die Türken als Soldaten, als Menschen, als Waffenbrüder, als fromme Muselmanen, als Gastrecht übende und empfangende Freunde — die konnte man bei den Sendtruppen an den europäischen Fronten besser kennen lernen, als irgend anderswo. Hier präzisierte sich osmanische Eigenart, stellte sich bildhaft dar wie in einem Rahmen, hob sich plastisch ab, wie auf einen Sockel erhöht. In Galizien, Rumänien, Mazedonien lernte, wer sich aufs Lernen versteht, in eindruckvollster Deutlichkeit unsere türkischen Bundesgenossen kennen.

*

Es ist eine ausgemachte Tatsache, daß jeder Deutsche seine Orientfehler machen muß. Es geht damit offenbar wie mit gewissen Kinderkrankheiten, nur sind sie noch unausweichlicher, unausbleiblicher. Moltke, von der Goltz, Else Kamphövener haben Prophylaxen versucht, haben darüber Beherzigenswertes gesagt und geschrieben; aber der Erfolg ihres Mühens war gering. Es scheint fast ein ehernes Gesetz, daß der Deutsche sich erst seine westländischen Hörner in oft schmerzhafter Weise abstoßen muß. Hat er das getan, so ist er — — reif zur Abberufung, da er seine Untauglichkeit für den Osten dargetan? Weit gefehlt! Dann gerade ist er für den Orient und im besonderen für die Türken brauchbar und geschickt, ist er erst orientverwendungsfähig. Denn nun hat er gelernt, wie er es nicht anfangen darf, und dieser negative Weg ist, wie Erfahrung lehrt, der einzig mögliche, der einzig richtige.

*

Der Deutsche, der in amtlichem Auftrage nach dem Osten kommt, hält sich zunächst für eine Art Halbgott. „Ihr könnt mir ja doch nichts vormachen", ist seine ständige reservatio mentalis. Nun, der Halbgott findet zu seinem Staunen eine sehr kühle

Digitized by Google

Aufnahme, erlebt eine Enttäuschung nach der anderen, kehrt sich entrüstet von denen ab, in welchen er Freunde zu sehen gewillt war, erstrebt und erreicht binnen kurzem seine Heimversetzung.

Aber die Türken sind doch so kühl, und so unbegreiflich zurückhaltend, und oft so beleidigend mißtrauisch? Daran ist etwas Wahres, aber es ist unsere Schuld, wenn sie so geworden sind. Und sie sind es nur für einige Zeit: die Rinde von Mißtrauen, Kühle, Zurückhaltung, mit der sich der Türke teils aus Tradition, teils aus Vorsicht, die seiner Natur angeboren ist, umgibt, will durchbrochen sein. Was sich dann unter der Rinde findet, das sind gute, treue türkische Herzen, die durchaus westländischer Freundschaft und Zuneigung würdig sind. Ein letzter Rest von Fremdheit bleibt freilich wohl immer bestehen: ganz und gar werden wir die Orientalen nie begreifen lernen, dazu ist ihre Blutmischung von der unseren zu verschieden. Aber was schert uns dieser letzte kleine Rest von einem Gut, wenn wir uns im sicheren Besitz von dessen größtem und bestem Teile wissen?

*

Eines der festesten Bande zwischen uns und dem osmanischen Reiche und eine der sichersten Bürgschaften für türkische Treue erblicken wir in der Verehrung der Türken zu unserem Kaiser und seinem Hause. Diese Verehrung hat etwas kindlich Vertrauendes, etwas Gläubiges beinahe. Die Türken vergessen es dem Kaiser nie, daß er bei seiner Orientreise dem ganzen Islam Ehrerbietung und Freundschaft gezeigt hat. Zu Kaisers Geburtstag 1917 sagte mein türkischer Divisionskommandeur, ein tüchtiger 35jähriger Oberstleutnant, bei Tisch in seiner Festrede: „Wir lieben Ihren Kaiser mehr, als wir mit Worten sagen können. Wolle Deutschland doch an die Ehrlichkeit unserer Gefühle glauben. Ihres Kaisers Freude ist auch unsere Freude, sein Leid unser Leid. Möge Allah ihn schützen, ihm und uns Freude geben, ihn und uns vor Leid bewahren."

Wie die Türken sich gemütsmäßig ihrer eigenen Monarchie gegenüber eingestellt haben, ist für den Fremden schwer zu erkennen. Sie zeigen da große Zurückhaltung, nur in offiziellen Reden und Gebeten wird der Padischah genannt. Bei vielen ist jedenfalls der Glaube an die Gottgesandtheit des Fürsten fest und unverrückbar trotz der Erschütterungen, die solcher Glaube durch die Revolution erfahren mußte. Seltsamerweise genießt auch noch der alte entthronte Sultan ein beträchtliches Maß von Verehrung, sogar bei Offizieren und Politikern, die offen die Fahne der Rebellion gegen ihn getragen haben. Ein Major von der Feldartillerie, der als begeisterter Jungtürke bei den Anfängen der Bewegung stark hervorgetreten ist und beim ersten Aufstand, damals als Batteriechef, die Rohre seiner Kruppschen Kanonen auf den Sultanspalast gerichtet hat, sprach von ihm in Worten höchster Achtung, ist aber dabei zugleich der treueste Gefolgsmann Enver Paschas und der neuen osmanischen Majestät. Söhne des entthronten Sultans stehen im türkischen Heere, genießen prinz-

Digitized by Google

liche Ehren und kommen durchaus im prinzlichen Tempo vorwärts. Die revolutionäre Türkei hat sich offenbar wieder ganz mit dem monarchischen Prinzip ausgesöhnt.

*

Wer die Türken im Kampfe gesehen hat, weiß, daß sie tapfer sind. Sie sind mehr als tapfer: draufgängerisch bis zur Tollkühnheit. Ihr Ungestüm im Angriff ist prachtvoll, unwiderstehlich, und mit Handgranate und Messer sind sie vielleicht die besten Soldaten der Welt. Der Fatalismus hilft dabei: „Hat Allah mir bestimmt zu fallen, so falle ich, mag ich tapfer sein oder feige; also doch lieber Tapferkeit zeigen, mir selber und den Brüdern zum Ruhm." Nur dem Artilleriefeuer scheinen ihre Nerven, trotz alles Fatalismus, nicht ganz gewachsen zu sein. Darin allein, daß diese schlichten Söhne der Natur nicht verstehen, was da unsichtbar, mit sinnlos vernichtender Gewalt auf sie einstürmt, daran allein kann es wohl nicht liegen. Denn selbst der einfachste türkische Soldat ist militärisch nicht ganz unbewandert, hat durch soldatische Schulung eine gewisse Kenntnis von der Artillerie und ihren Wirkungen (und der türkische Soldat gibt, nebenbei bemerkt, einen recht guten Artilleristen ab). Das technische Interesse ist bei dem türkischen Soldaten, Offizier und Mann, sogar besonders ausgeprägt: ich habe oft bewundert, wie sie z. B. über die Zusammensetzung der Geschütze bis in die kleinste Einzelheit aufs genaueste unterrichtet waren und zwar auch, was besonders bemerkenswert ist, Offiziere bis zu den höchsten Stellen hinauf, die sich eigentlich für Geschütztechnik nicht mehr zu interessieren brauchen. Es scheint mehr Nervensache zu sein: je komplizierter die einzelnen Vorgänge des Krieges sind, um so kompliziertere Nervensysteme gehören dazu, sich ihnen seelisch gewachsen zu zeigen.

Wenn die Türken vielleicht dennoch nicht immer im Kampfe die Ergebnisse erzielt haben oder erzielen, die man bei ihrer Tapferkeit erwarten sollte, so hat das seinen Grund u. a. darin, daß das türkische Kämpfervolk in den Kriegen des letzten Jahrzehnts entsetzliche Opfer hat bringen müssen. Der eigentliche Soldat der Türkei, der Krieger par excellence, ist der kleinasiatische Anatolier. Von dem Blutzoll, den dieser Stamm in den letzten Jahren bezahlt hat, können wir uns schwer eine Vorstellung machen: ihr ungestümes, selbstmörderisches Draufgängertum hat die wehrfähigen Anatolier fast zur Hälfte aufgerieben. Solche Aufopferung der Kriegerkaste lähmt und schwächt ein Volk. Ein türkischer Divisionskommandeur, in dessen Stab ich kurze Zeit stand, bekam von seinem deutschen Nachbardivisionär, einer alten, im königlichen Dienst ergrauten Exellenz, bei dessen Versetzung einen Abschiedsbrief, in dem es u. a. hieß: „Ich habe, lieber Herr Oberstleutnant, die Tapferkeit Ihrer Leute wahrhaft bewundern gelernt. Wenn Ihre braven Soldaten noch lernen, sich zu decken, wo es nottut, sich ihr Leben so lange als möglich zu erhalten, um es dann rücksichtslos einsetzen zu können, wenn es der Augenblick erfordert — wenn sie erst einmal dies gelernt haben werden, dann werden sie den besten Soldaten der Welt ebenbürtig oder gar überlegen sein." Das waren kluge Worte, die ihre Wirkung nicht verfehlten.

Digitized by Google

Viel Anerkennung und leise Mahnung, das ist der Weg, auf dem etwas erreicht werden kann ohne Verletzung türkischen Stolzes und türkischer Empfindlichkeit.

Der Türke ist noch zu sehr Naturkämpfer, Krieger. Aber die junge Türkei arbeitet daran, aus ihren Kriegern Soldaten zu machen.

Bei den Offizieren verbindet sich Tapferkeit mit einer bewundernswerten Tatenfrische und Freude an der Initiative. Mit unserem Korpskommandeur in Galizien suchte ich im Januar 1917 die neu zu bauende zweite Stellung aus, die in den Sommermonaten des vergangenen Jahres zu Ehren gekommen ist. Dabei war es wahrhaft vorbildlich, wie er seine Gesichtspunkte für die Anlage der neuen Grabenlinie geltend machte und begründete, wie er stets das Wesentliche zu erkennen und in den Vordergrund zu rücken wußte, wie er selbst jeden Augenblick auf der feuchten Erde und im Schnee lag, um das Schußfeld, wie es sich vom Graben aus den Infantristen darstellen würde, vor Augen zu haben. Ein Mann, mit dem sich glänzend arbeiten ließ. Sein Untergebener, mein Divisionskommandeur, ließ es sich nicht nehmen, alle paar Monate selbst im Schützengraben ein paar Tage und Nächte auf Posten zu ziehen, möglichst in kalten oder regnerischen Nächten und an den meist gefährdeten Stellen der Front. Man kann natürlich darüber streiten, ob derartiges zu den Aufgaben eines Divisionärs gehört, und es liegt mir fern, das Verfahren zur Nachahmung empfehlen zu wollen — jedenfalls macht es aber dem Eifer und der persönlichen Dienstauffassung eines Mannes, der sich in hoher Stellung freiwillig solcher Mühsal unterzieht, alle Ehre. Auch der praktische Wert solcher für unseren Geschmack vielleicht allzusehr als kriegerische Geste wirkenden Unternehmungen darf nicht ganz gering veranschlagt werden. Wer möchte bezweifeln, daß ein hoher Offizier, der selbst „Wachen klopft", den Grabendienst in seiner Schwere und Eintönigkeit ganz anders kennen lernt, als der gutgekleidete, allen Gefahren so ziemlich entrückte Herr im Divisionsstabsquartier? Und welcher Gewinn an Kenntnis der Mannschaft und ihrer Denkweise, welche Ausbeute an kleinen soldatischen Erfahrungen kann ein Lernbegieriger (zumal ein lernbegieriger Türke!) bei solchen Exkursionen ins gemeine Soldatentum einheimsen! Der Offizier, von dem ich spreche, pflegte in sehr fesselnder Weise von seinen bei solcher Gelegenheit gemachten neuen Erfahrungen zu erzählen. Ein kleines Beispiel, das ein helles Schlaglicht auf türkisches Selbstbewußtsein wirft, sei hier angeführt. Er war mit einem gemeinen Soldaten an bedrohter Stelle zwei Dutzend Meter vor dem russischen Graben auf Posten gezogen und hatte den Mann mit einiger Mühe überzeugt, daß er wirklich der firka-kommandant, der Divisionskommandeur, und nicht etwa ein Subalternoffizier sei. „Ich fragte den Soldaten: ‚Sag mir nun, wenn jetzt die Russen kommen und uns angreifen, wer von uns wird tapferer sein, ich, der Divisionär, oder du, der Soldat Ibrahim?' Der Mann besann sich einen Augenblick und sagte ruhig: ‚Ich.' Ich wunderte mich über diese Antwort: ‚Wieso weißt du das, mein Sohn? Du siehst, auch ich habe ein Gewehr und Handgranaten und werde

Digitized by Google

mich wehren so gut wie du, wenn sie kommen, und du weißt nicht, wie tapfer ich sein und wie gut ich schießen werde.' Der Soldat überlegte wieder und sagte dann langsam, fast feierlich: ‚Niemand auf der Welt ist tapferer als ich!' Sehen Sie, mein lieber deutscher Freund, diese Antwort hat mich stumm, aber (kann man so sagen?) fröhlich stumm gemacht."

Das ist so recht der türkische Soldat: ohne alles Maß im Glauben an sich selbst, aber auch fast unüberwindlich in diesem Glauben und durch ihn. Der Mann, der so sprach, war ein einfacher anatolischer Bergbauer, jedenfalls, aber auch Offiziere sind, was die Denkweise und das Selbstbewußtsein betrifft, davon nicht so sehr verschieden. Auch dafür ein kleines Beispiel: Der erste Generalstabsoffizier (die Türken sagen Generalstabschef) unserer Division, ein kleiner, 28jähriger Major, sehr intelligent und energisch, aber auch unglaublich eingebildet, wurde auf seinen Wunsch nach Mazedonien versetzt, um dort die Führung einer kleinen selbständigen Truppenabteilung zu übernehmen. Von dort schrieb er im ersten Brief: „Ich habe hier ein gemischtes Detachement aller Waffen, 3 Bataillone, 1 Schwadron, 2 Batterien, ein ganz kleines Detachement also nur, aber vorzüglich an Ausbildung und Tapferkeit, ein richtiges Nasim-Detachement." Er hieß nämlich Nasim und diese Bezeichnung mit seinem eigenen Namen war in seinen Augen das höchste Lob, das er seiner Truppe erteilen konnte. Man mußte, um es glauben zu können, selbst gesehen haben, wie der kleine unscheinbare Mann allein mit den Augen seine Untergebenen in Schach und Botmäßigkeit hielt: die Offiziere zitterten geradezu vor ihm. Dabei hätte er, in Zivilkleidung nach Berlin oder München versetzt, einem kleinen Friseurlehrling oder Portokassenverwalter nicht unähnlich gesehen.

*

Von den Anatoliern, dem türkischen Kriegerstamm par excellence, war schon oben die Rede. Das ihrer Tüchtigkeit gespendete Lob schließt ein Rühmen auch der anderen Stämme nicht aus, die unter türkischen Fahnen fechten. Es sind nach Art, Rasse und Sprache sehr verschiedenartige Völkerschaften, wie schon die bloße Aufzählung der wichtigsten zeigt: Albanier, Mazedonier, Kankasier, Kurden, Tataren, Levantiner, Araber, wobei der letztgenannte Stamm wohl der zahlenmäßig stärkste ist. Die Türken fühlen sich ihnen gegenüber als das Herrenvolk: Albanier und Mazedonier sind ihnen gerade dazu recht, ihre gelichteten Reihen zu füllen; von den Kaukasiern holen sich die Türken — besonders Offiziere und Beamte — mit Vorliebe ihre Frauen und erzielen aus der Blutmischung einen besonders schönen, hochgewachsenen Menschenschlag; Kurden, Tataren, Levantiner sind ihnen ein Gegenstand der Verachtung, die Araber fürchtet er ein wenig. Es scheint, daß die Größe des arabischen Stammes für die türkische Vorherrschaft etwas Bedrohliches hat. Das Selbstbewußtsein der Araber ist dem der Türken fast noch überlegen. „Die Türken sind ein großes Volk, die Deutschen sind größer, das größte aber sind die Araber," — sagte mir ein hoher Offizier,

Digitized by Google

den jeder Kundige sofort an den schönen, ein wenig wilden schwarzen Augen als Araber erkennen konnte. Sonst ist der Stamm unter den höheren Offizieren nur selten vertreten. Die Beziehungen zwischen Türken und Arabern entbehren nicht der Schwierigkeiten und wollen mit großer Vorsicht angefaßt sein. Europäische Hände können und dürfen da nicht eingreifen...

Überhaupt scheint dies die kritische Seite bei dem deutsch-türkischen Freundschaftsverhältnis: das deutsche Bestreben, die Osmanen anzuleiten in der Absicht, ihnen zu helfen, geht oft zu weit. Mit etwas weniger Eifer wäre da mehr zu erreichen. Wir sollten von der türkischen Ruhe und Zurückhaltung lernen und uns gerade den Türken gegenüber bei aller Liebenswürdigkeit, die keinesfalls zu entbehren ist, größerer Reserve befleißigen. In Galizien stand bei dem dortigen türkischen Korps als Verbindungsoffizier ein deutscher Generalstabsmajor, Graf W., der es in geradezu vorbildlicher Weise verstand, durch rechte Paarung von Liebenswürdigkeit und Zurückhaltung Zuneigung und restloses Vertrauen der Türken zu gewinnen. Leider kommen auf einen solchen Herrn, der seine Sache versteht, viele andere weniger glücklich Begabte, die es als ihre Aufgabe zu betrachten scheinen, die deutsch-türkischen Beziehungen zu erschweren. Und die ihre Stellung dazu benutzen, nach Kräften dahin zu wirken, daß türkisches Mißtrauen gegenüber der deutschen Freundschaft wachgehalten wird.

Ein Wunsch richtet sich unter diesen Umständen auch an die Adresse der Osmanen: möchten sie bei allen Fehlern, die noch immer gemacht werden, unseren guten Willen nicht verkennen!

Ersatz unserer Menschenverluste

Von W. Classen, Hamburg

Der Krieg traf in den Städten auf eine Jugend hochgezüchter Rasse — z. T. altes Bürgertum, vor allem aber das erste Geschlecht von landgeborenen Eltern, sowohl im Mittelstande, wie in der oberen Arbeiterschaft, und in dieser Jugend war in den letzten Jahren von dem Kriege eine Fülle von Schwung und reinem Willen.

Die Verluste dieser Jugend sind in den Turn- und Jugendvereinen zu erkennen. $^1/_5$ — $^1/_4$ aller Ausgezogener sind tot; darunter stets die Begabtesten und die Edelsten, Die Führernaturen sind dahin.

Kann die Stadt diese Verluste ersetzen? Nein. Warum nicht?

Jene Jugend von Schwung und Idealismus ist, soweit sie von sehr feiner Blutmischung ist, auch sehr fein organisiert und nicht sehr dauerhaft; und sie entstammt meistens kinderarmen Familien. Jüngere Geschwister sind sehr oft nicht mehr da.

In den höheren Schulen heißt es: Die Jugend soll geschont werden; wenn sie

Digitized by Google

Goldgeld sammelt, zur Jugendwehrparade auftritt, — so wird sie besonders belobt Versetzungen werden so viel wie möglich erleichtert. Also Verweichlichung des Nachwuchses und Rückgang der wissenschaftlichen Tüchtigkeit!

Jetzt wird das zweite stadtgeborene Geschlecht groß. In einigen gutgestellten Familien ist auch diese Jugend nach Verstand und Charakter glänzend veranlagt. Aber in Mittelstand und Arbeiterschaft wird dieses zweite Geschlecht phantasiearm, nervös, oberflächlich, — bestenfalls geschäftsklug. In London bin ich 1900 erschrocken über die Massenunbegabtheit der Arbeiterbevölkerung. Die Entwicklung dahin habe ich bei uns seitdem miterlebt. Je dichter die Bevölkerung, um so weniger und um so geringwertigere Kinder.

Vor dem Kriege war neben dem Schwung in gewissen Kreisen der Jugend in anderen ein bewußtes Zerreißen aller Sitte und anarchistisches Abstreiten jeder sittlichen Weltordnung und dazu eine geschlechtliche Verwilderung eingerissen, — um die Städte an den Sonntagen sah es grauenhaft aus. Sie haben die Geilheit des „Tanzbodens in den Wald verlegt" sagte mir ein junger empörter Gewerkschaftler. Wird der Krieg das ausgerottet haben? Aber jedenfalls Sitte, Tradition, die völlig fort waren, werden auch noch nicht wieder da sein.

Gegen all dies nützen Säuglingsfürsorge, Jugendpflege nicht. Und viele gut gedachte Maßnahmen der Behörden zur Volkspflege werden wirkungslos bleiben ohne Aktivität des Volkes selbst.

Etwas helfen kann noch Gesundes zu erhalten folgendes: etwa einen Teil der städtischen Arbeiterschaft in Hä rschen mit Gemüseland ansiedeln und viel Schrebergärten. Darin organisiert das Volk sich schon selbst genossenschaftlich. Aber gewonnenes Gelände darf nicht alle 5 Jahre der Bauspekulation wieder zufallen. Dann hat es gar keinen Wert!

Woher kommt aber Gesundes?

Aus dem freien Dorf.

Es ist ein großer Unterschied in der städtischen Bevölkerung. Das Rittergut liefert wohl gesunde Menschen; aber das Gut ist heute notwendig geschäftliches Unternehmen, darum meist keine Heimat für die Arbeiterfamilie, weil der Übergang aus dem patriarchalischen vorkapitalistischen Zustand zu einem neuen meist noch nicht gefunden ist. Gutsarbeiter wechseln ihre Brotstelle z. T. häufiger als manche Arbeiter in gut organisierten Industriebetrieben. Endlich landet die Gutsarbeiter-Familie ohne Sitte und Tradition in der Stadt, wirft die sehr niedrige religiöse Bildung schnell ab. Dazu kommt ein anderes: die Güter ziehen östliche Bevölkerung an sich, diese wandert weiter in die Stadt. Das sind Menschenarten, die niemals unsere deutsche Kultur tragen können, z. T. ein sehr unbegabter Typ, schon äußerlich deutlich erkennbar — z. T. begabt, dann aber leidenschaftlich, so daß dieser Typ unsere genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensformen zerreißt.

Digitized by Google

Aus diesem Zugang entsteht eine Masse, an der jede Organisations- und Erziehungsarbeit verzweifeln möchte.

Vielleicht würden diese Menschen etwas vorkultiviert und überhaupt wurzelfester und heimatlicher werden, wenn auch das Katendorf des Rittergutes seine kleine Selbstverwaltung und gewisses eigenes Leben hätte.

Vorläufig kommt fast alle Kraft der Stadt aus den Bauerndörfern. Die Bevölkerung der Dörfer sendet der Stadt Männer und Frauen mit geistiger und sittlicher Kraft. Hier ist der Boden, wo das deutsche Volk wächst. Fast alle führenden Köpfe und Charaktere der Stadt sind Urenkel des freien deutschen Dorfes.

Die Stadt hat ja doch mehr sittliche Kräfte bester Art als es nach diesem Bericht scheinen möchte, — einiges, aber der Zahl nach wenig, ist altes Handwerker- und Bürgertum, das meiste sind die Dorfgeborenen.

Aber die Stadt braucht Menschen auf —, in allen Jahrhunderten, — die moderne Stadt frißt reißend die Menschenkraft.

Sollen nun jetzt die furchtbaren Verluste ersetzt werden, so kann das die Stadt nicht leisten. Also brauchen wir mehr Dörfer. — Dörfer mit einem Kern von Bauernstellen, durch Erbrecht vor Zerstückelung und Zusammenkauf gesichert, darum die kleine Bevölkerung von Handwerkern und Arbeitern mit eigenem Haus und Garten; für diese bedarf es auch eines gewissen Teils beweglichen Landes. —

Und dies Dorf durch reife Männer aller Stände sich selbstverwaltend, damit es in seinen Angelegenheiten weltlicher und kirchlicher Art allen eine Heimat sei.

Daraus wandert gut erzogen und mutig eine überzählige Jugend aus, die Kraft eines gesunden Volkes, Nachwuchs für die Kulturarbeit, in welcher die feinere Menschenkraft immer aufs neue verzehrt wird.

Die Entwicklung der Psycho-Technik in Deutschland während des Krieges

Von Dr. Curt Piorkowski, Berlin

Wie kaum eine andere Wissenschaft ist die angewandte Psychologie während dieses Krieges aufgeblüht. Das ist nicht Zufalls-Erscheinung: Hat doch der Krieg mit seinem Menschenverbrauch und seinen differenzierten Anforderungen erst die Wichtigkeit dargetan, mit Menschenkräften nicht verschwenderisch und planlos umzugehen, sondern sie möglichst zweckmäßig auszunutzen. Bisher befaßte sich nur die Pädagogik praktisch mit der exakten Psychologie; jetzt kommen drei neue Fragen hinzu: für welchen Beruf eignet sich ein Mensch am besten? (Berufs-Eignungsproblem); wie ist für die viele vernichtete Intelligenz Ersatz zu finden? (Begabtenauswahl); welche Heilungsmöglichkeit gibt es für Kopfverletzte und sonstige Nervenbeschädigte? (Psychische Übungs-Therapie).

Digitized by Google

Die erste Fragestellung geht von dem voriges Jahr allzufrüh verstorbenen Prof. Hugo Münsterberg aus, der 1911 in seinem Buche „Psychologie und Wirtschaftsleben" erstmalig den Zusammenhang zwischen diesen beiden großen Gebieten herausarbeitete und 1915 in seiner „Psychotechnik" das gesamte Gebiet der angewandten Psychologie systematisch darzustellen suchte. Münsterberg, ein Deutscher, der an der amerikanischen Harvard-Universität wirkte, hatte schon als Austausch-Professor in Berlin durch seine Vorlesungen über angewandte Psychologie rege Beachtung gefunden. Gleichzeitig griffen in Deutschland Weber und Moede (Zur Psycho-Physik der Arbeit) und Piorkowski in seinen „Beiträgen zur psychologischen Methodologie der wirtschaftlichen Berufseignung" (Leipzig, Ambrosius Barth, 1915) das Problem auf. Praktisch verwertet wurden indes diese Versuche und Vorarbeiten erst durch die deutsche Heeresverwaltung, bei der besonders die technischen Truppen, und unter diesen zuerst die Inspektion des Kraftfahrwesens, erkannte, wie notwendig eine vorherige Auswahl des auszubildenden Menschenmaterials war.

Die Kernfrage des Berufseignungsproblems läßt sich durch die Gleichung ausdrücken: „Für jede spezielle Tätigkeit den hierfür besonders geeigneten Mann." Man wird also nicht mehr wahllos unter dem Ersatze herumexperimentieren, sondern von vornherein die geeigneten Kräfte zu erfassen suchen. Dafür ist zuerst eine möglichst genaue Feststellung der Eigenschaften, die ein Beruf erfordert, notwendig. Hat man diese genau erfaßt und festgelegt, so gilt es dann, die experimentellen psychologischen Methoden zu finden, mit denen man ein Vorhandensein oder Fehlen der geforderten Eigenschaften eindeutig feststellen kann. Ein Werturteil, d. h. ein „Bessersein oder Schlechtersein" ist, wie schon Münsterberg hervorhob, mit dieser Feststellung nicht verbunden, sondern nur ein „Anders-sein". Ein tiefer Denker wird z. B. selten ein guter Flugzeugführer sein, da es bei dem Fliegen auf etwas ganz anderes, auf Geistesgegenwart, Entschlußschnelligkeit, Ruhe und Ausdauer ankommt. Dennoch wird kein Mensch behaupten, daß ein zum Fliegen ungeeigneter Forscher an und für sich von minderer Qualität sei. Nur die gerade für diese spezielle Tätigkeit nötigen Eigenschaften besitzt er nicht.

Es ist aus militärischen Gründen z. Zt. leider noch nicht möglich, die von Moede und dem Verfasser für die Erkennung der Eignung zum Kraftfahrerdienste ausgebildeten Methoden öffentlich bekannt zu geben. Dagegen sei darauf hingewiesen, wie verschieden auch die Anforderungen sind, die in den einzelnen industriellen Tätigkeiten von dem Arbeiter verlangt werden. Die eine Tätigkeit bedarf einer dauernd gleichmäßigen Einstellung der Aufmerksamkeit ohne irgendwelches Abschweifen der Beobachtung (Webstühle usw.). Die andere verlangt blitzschnelle Reaktion in einem gewissen haarscharf abzugrenzendem Momente, während die Aufmerksamkeit in der Zwischenzeit verhältnismäßig wenig angespannt ist (Stahlguß, Glasbläserei, gewisse chemische Prozesse usw.). Ohne weiteres ist klar, daß hier zwei ganz verschiedene

Digitized by Google

Typen von Menschen in Frage kommen, die man in der angewandten Psychologie gut durch Reaktionsmessungen bei gleichzeitiger verschiedenartiger mehrdimensionaler Beanspruchung der Aufmerksamkeit der Prüflinge feststellen kann. So kommt für das gesamte Verkehrsgewerbe wie für eine größere Anzahl industrieller Prozesse vor allem die Feststellung der verschiedenen Aufmerksamkeits- und Reaktionstypen in Frage. Aber auch Widerstandsfähigkeit gegen Ermüdung und geringe Schreckhaftigkeit sowie gute Übungsfähigkeit bilden ein wesentliches Merkmal vieler derartiger Dispositionen. Daneben kommen für verschiedene gewerbliche Prozesse noch ganz besondere psychophysische Funktionen, wie Feinheit der Gelenkempfindung, genaues Abschätzen von Helligkeiten oder Raumstrecken, sowie ähnliche derartige Elemente in Frage.

Daß ein Färber beispielsweise besondere Feinheiten in der Unterscheidung von Farbtönen, die man mittels eines variierbaren Farbkreisels genau feststellen kann, besitzen muß, mag als ein besonders drastisches, weil selbstverständliches Beispiel nebenbei erwähnt werden.

Für jede spezielle Tätigkeit muß nun gesondert festgestellt werden, welche Eigenschaften sie erfordert. So lassen sich selbst in psychologisch einander so nahestehenden Tätigkeiten, wie sie das Verkehrsleben („Lenkerberufe") in sich birgt, nicht einfach die Methoden von einem Zweig auf den andern übertragen. Beispielsweise hat die Sächs. Staatseisenbahnverwaltung, deren Präsident Dr. Ulbricht kürzlich die Prüfung sämtlicher Lokomotivführeranwärter nach psychologischen Methoden eingeführt hat, nicht einfach die Methoden der Kraftfahrereignungsprüfung übernehmen können, sondern hat mit Hilfe des sächsischen Baurates Dr. Schreiber die mannigfach abweichenden Verhältnisse des an die Schienen gebundenen Eisenbahnwesens berücksichtigen müssen die auch psychologisch teilweise eine andere Einstellung bedingen. Auch die von Prof. Stern, Hamburg, angewandten Methoden zur Prüfung von Straßenbahnführerinnen bieten wieder ein anderes Bild.

Was für große Ersparnisse durch Verhütung von Unglücksfällen im Verkehrsleben oder durch einen erhöhten Arbeitseffekt im industriellen Leben durch eine richtige Menschenauswahl hervorgerufen werden, liegt auf der Hand. Diese Berufseignungsfragen berühren sich zwar mit dem allbekannten Taylorsystem, sind aber keineswegs mit demselben identisch. Das Taylorsystem sucht durch höchstmögliche Rationalisierung der Arbeit und der Arbeitsgegenstände eine möglichst große Leistung aus den zufällig vorhandenen Arbeitskräften herauszuziehen, während die Berufseignungsbewegung es sich zur Aufgabe gestellt hat, von vornherein den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen, zum Wohle des Betreffenden selbst, wie der von ihm geleisteten Berufstätigkeit, die letzthin ja die Gesamtleistung der Nation bewirkt. —

Eng verknüpft mit der Berufseignung ist die Begabtenauslese; denn für fast alle höheren Berufe hängt die Frage der Berufsergreifung von einer entsprechenden Vor-

Digitized by Google

bildung ab. Somit ist für die Mehrzahl der höheren Berufe die Berufseignung letzten Endes eine Schulfrage.

Der Staat selber hat nun das dringendste Interesse, die großen durch den Krieg gerissenen Lücken in den Schichten der Intelligenz zu schließen; aber auch die soziale Gerechtigkeit erfordert den besonders Befähigten auch aus den mittleren und niederen Volkskreisen die Möglichkeit zum Aufstieg zu eröffnen. Dieser Aufstieg hat bisher nur, wenn auch im spärlichen Maße, in den freien Berufen, wie dem des Kaufmanns oder dem des Künstlers, stattgefunden, während der Staat, zu dessen Verwaltung die besten Köpfe unstreitig gerade gut genug sind, lediglich auf die Rekrutierung aus den Söhnen derjenigen Schichten angewiesen war, die die höheren Schulen sowie die Universitätsstudien und die großen Unterhaltungskosten während dieser Zeit bezahlen konnten.

Um diesen Zustand abzuändern, regen sich bei uns verschiedene Bestrebungen. Bahnbrechend war hier die Stadt Berlin, deren Stadtschulrat Dr. Reimann trotz aller Widerstände im vorigen Jahre folgende Organisation geschaffen hat:

Es sind in Berlin drei Schulen errichtet worden, die vorwiegend der Förderung besonders begabter Volksschüler dienen sollen. Zwei davon für Knaben und eine für Mädchen. Die Aufnahme in diese Schulen erfolgt nach Beendigung des vorletzten Volksschuljahres, so daß bei Knaben ein durchschnittliches Alter von 13 Jahren und bei Mädchen ein solches von 12 Jahren in Betracht kommt. Die Kinder erhalten außer freiem Schulgeld und freien Unterrichtsmitteln vom zweiten Jahre ab eine Erziehungsbeihilfe von 300 Mk. jährlich, die später durch Stipendien noch gesteigert werden dürfte. Einzige Bedingung der Aufnahme ist nebst der Zustimmung der Eltern hervorragende Begabung. Die Schüler werden dann auf dem Köllnischen Gymnasium in 6 statt in 9 Jahren zu den Zielen der Reifeprüfung geführt, wobei ihnen nach 2 Schuljahren noch die Möglichkeit der Wahl zwischen einem gymnasialen und einem realgymnasialen Oberbau gegeben ist. Auch die Schüler der Kaempf-Handelsrealschule erreichen in zeitlich abgekürztem Lehrverfahren die Ziele der Mittelschule mit besonderer Betonung der kaufmännischen Ausbildung und haben nach diesen 3 Jahren ebenfalls noch die Möglichkeit, die Ziele der Reifeprüfung zu erreichen, da auf die ersten 3 Jahre noch ein 3jähriger Oberbau mit Oberrealschulcharakter aufgesetzt ist.

In ähnlicher Weise findet auch in der Mädchenmittelschule am Grünen Weg ein zeitlich abgekürztes Lehrverfahren statt, wobei die Möglichkeit zum Übergang zu höheren Lehranstalten sogar bis zu einem etwaigen Studium hin gegeben bleibt.

So vereinigt die Berliner Reform auf diese Weise alle denkbaren Möglichkeiten. Sollte nun aber die ganze Einrichtung nicht ein Schlag ins Wasser sein, so müßte man eine Möglichkeit finden, wirklich die fähigsten Kinder diesen Anstalten zuzuführen. Welcher Maßstab konnte hier nun gelten? Sollte man jeder Schule einen Platz auf den neuen Begabtenschule zugestehen? Damit wäre man zu mechanisch von der

Digitized by Google

absolut willkürlichen Voraussetzung ausgegangen, daß die Begabungen immer und überall gleichmäßig verteilt sind. Es gab deshalb logischerweise nur den Weg einer vergleichenden objektiven Auswahl. Die Heranziehung der exakten wissenschaftlichen Psychologie war also nicht Geschmackssache, sondern war zwingend geboten.

Dr. Moede und der Verfasser wurden von der Stadt Berlin mit dieser Auslese betraut. Gemeldet waren ca. 320 Kinder, denen 35 Plätze auf dem Köllnischen Gymnasium, 35 Plätze auf der Kaempf-Realschule und zweimal 30 Plätze auf der Mädchen-Mittelschule gegenüberstanden. Ein erheblicher Teil der Kandidaten mußte deshalb ausscheiden.

Wir standen nun vor der Wahl, entweder mit kurzen Stichproben, wie es seinerzeit die französischen Forscher Simon und Binet bei der Ausscheidung von Schwachbefähigten getan hatten, die Auswahl durchzuführen, oder eine systematische und exakte Gesamtanalyse vorzunehmen.

Bei der großen Bedeutung, die diese Prüfungen für den ganzen weiteren Lebenslauf der Kinder haben, und bei der unvermeidlichen Einseitigkeit, die noch so gut erdachte Einzeltexte notgedrungen aufweisen, glaubten wir uns verpflichtet, den letzteren Weg zu wählen. Wir prüften also in drei Sitzungen von je ca. 4 Stunden Dauer nacheinander:

1. die Aufmerksamkeit und die Konzentrationsfähigkeit,
2. das Gedächtnis, und zwar sowohl für sinnlose wie für sinnvolle Stoffe, wie auch das unmittelbare, mittelbare und dauernde Behalten (letztes nach acht Tagen),
3. die Kombinationsfähigkeit, und zwar einmal die gebundene Kombination, dann die freie und die anschauliche,
4. Genauigkeit, Feinheit und Schärfe der Urteilsfähigkeit, und zwar an sachlichem wie an psychologischem Material,
5. Klarheit, Reichhaltigkeit und Weite des Begriffbereiches, und zwar sowohl des vorhandenen Bestandes wie der Bildung neuer Begriffe,
6. Anschauungs- und Beobachtungsfähigkeit an anschaulichem Material wie an technischen Modellen und in der Beobachtung von vorgeführten Prozessen.

Einige Beispiele mögen dies näher erläutern:

Bei der Prüfung des Gedächtnisses gaben wir beispielsweise einmal sinnloses Material dergestalt, daß wir den Schülern 12 zweigliedrige Reihen optisch darboten, bei denen jede Reihe nach dem Schema hor-wid, vdl-mob usw. zusammengesetzt war, so daß also Erinnerungen an andere Worte oder dergleichen, die das Behalten hätten erleichtern können, möglichst ausgeschlossen waren. Die Kinder mußten nun, wie auch beim Vokabellernen einer Fremdsprache, das zweite Wort immer derartig lernen, daß sie nachher beim Abnehmen imstande waren, bei der Nennnng des ersten Wortes das dazugehörige zweite Wort richtig hinzuschreiben.

Während diese Leistung lediglich das mechanische Gedächtnis beanspruchte, konnte bei der Erlernung und dem Behalten von sinnvollem Material auch die Intelligenz zu Hilfe genommen werden, da die Beispiele so gewählt waren, daß sie kausale

Digitized by Google

Folgen darstellten. Sie waren nach dem Schema gebildet: „Sonne-, Wärme-Bad." Es wurde analog den Versuchen zur Feststellung des mechanischen Gedächtnisses beim Abnehmen dann von den Kindern verlangt, daß sie bei Nennung des ersten Begriffes die beiden dazugehörigen niederschreiben konnten. Durch ihre kausale Zusammengehörigkeit bildete diese Stichprobe naturgemäß schon keinen reinen Gedächtnisversuch mehr, sondern stellte den Übergang zu den Intelligenzuntersuchungen dar.

Bei diesen Intelligenzuntersuchungen prüften wir besonders ausführlich die Kombinationsfähigkeit. Wir gaben hier den Kindern einmal Texte, in denen zahlreiche Lücken waren, und stellten ihnen die Aufgabe, diese Texte sinngemäß zu ergänzen. Dies war natürlich nur dann möglich, wenn man sich in den Sinn der Geschichte hineingelebt hatte. Rein mechanisches Ergänzen führte keineswegs zum Ziele.

Neben dieser gebundenen Kombination prüften wir auch die freie, die sowohl der Schärfe und Klarheit des Denkens wie auch der Phantasie völlig freien Spielraum ließ. Wir forderten von den Kindern, zwischen drei gegebenen Begriffen bezw. Vorstellungen drei oder mehr prinzipiell verschiedene sinnvolle Zusammenhänge herzustellen, wobei wir natürlich den Prüflingen vorher an Vorbeispielen den Begriff „des prinzipiell Verschiedenen" hinlänglich klar machten.

Wenn man z. B. die Begriffe: „Spiegel-, Mörder-Rettung" gibt, so lassen sich zwischen dem Spiegel und der Rettung eine ganze Reihe verschiedenartiger Zusammenhänge herstellen, zu deren Auffinden keinerlei spezielle Kenntnisse, sondern nur scharfes Kombinieren gehört. Die nächstliegende Verbindung ist selbstverständlich die, daß der Bedrohte im Spiegel den heranschleichenden Mörder erblickt. Doch sind auch noch ganz andere Motive möglich: Ein heranschleichender Mörder kann beispielsweise an einen Spiegel stoßen und dieser durch sein Klirren den bedrohten Schläfer wecken, so daß jener sich retten kann. Oder der zielende Mörder wird durch einen reflektierenden Spiegel geblendet. Aber auch gefühlsmäßige Motive können verwandt werden. So kann beispielsweise der Mörder vor seinem eigenen, im Halbdunkel im Spiegel nur undeutlich sichtbaren Bilde derart erschrecken, daß er von der Ausübung der Tat absteht, sei es, daß ihn Schauder oder Gewissensbisse bei seinem eigenen Anblicke im Spiegel packen, sei es, daß er im Dämmerlichte sein eigenes Spiegelbild für das eines anderen hält Auch an die Entdeckung des heranschleichenden Mörders im klaren Wasserspiegel des ruhig daliegenden Waldsees durch den Bedrohten kann man denken usw.

Alle diese und noch andere Lösungen haben unsere wirklich befähigten Prüflinge auch gefunden. Die Schwachbefähigten hingegen fanden gewöhnlich nur die zuerst angeführte, weil nächstliegende Lösung und waren dann höchstens imstande, rein äußerliche Variationen dieses Motivs herbeizubringen, indem sie einmal den Bedrohten den heranschleichenden Mörder im Rasierspiegel erblicken, das andere Mal ihn im Spiegel eines Ladentisches sich widerspiegeln ließen usw. Hörten sie nach der Prüfung die verschiedenartigen Motive, die besser Befähigte gefunden hatten, so sahen sie die höhere Qualität jener Lösungen vollständig ein, aber selbst solche neuartigen Verbindungen aufzufinden, waren sie nicht imstande gewesen.

Um aber nicht einseitig die sprachliche Gewandtheit als Ausdrucksmittel der Kom-

Digitized by Google

bination zu erfassen, boten wir den Prüflingen auch solche Aufgaben, in denen sie anschaulich aus mehreren Elementen die richtige Kombination herauszufinden hatten.

Wir hatten zu diesem Zwecke ein großes papiernes Rechteck in eine Anzahl verschiedenartiger Teilfiguren zerschnitten und diese an einer Tafel angeheftet. Die Kinder hatten nun die Aufgabe, jene Teile im Geiste solange gegeneinander zu verschieben, bis wieder die ursprüngliche Form des Rechtecks hergestellt war. Richtig zusammengesetzt, paßten die Stücke natürlich genau so aneinander, daß wieder die ursprüngliche Form des Rechtecks herauskam. Auf diese Weise suchten wir, wie auch bei den anderen Versuchsgruppen, auch die im anschaulichen Denken besonders starken Köpfe zu ihrem Recht gelangen zu lassen. —

Besonders ausführlich prüften wir auch die Urteilsfähigkeit, und zwar einmal dadurch, daß wir den Kindern Fälle und Situationen zur Beurteilung vorlegten, in denen es galt, herauszufinden, was man am zweckmäßigsten in einer bestimmten Situation tun müsse oder welches die wahrscheinlichste Lösung zwischen mehreren zur Auswahl gebotenen darstelle, das andere Mal, indem wir Fälle gaben, in denen nur auf Grund guter psychologischer Einführung die richtige Lösung zu finden war. Letzteres prüften wir z. B. dadurch, daß wir den Prüflingen eine in ganz bestimmter Weise psychologisch gefärbte Erzählung vorlegten, die wir kurz vor ihrer Beendigung abbrachen und den Kindern nun die Aufgabe stellten, sie einfühlend zu Ende zu führen.

Es würde zu weit führen, wenn wir die zahlreichen Versuche, mittels deren wir die Konzentrationsfähigkeit, die Klarheit und Weite des Begriffsbereiches, sowie die Schärfe, Genauigkeit und kategoriale Einstellung der Anschauung und Beobachtungsfähigkeit genau mittels der Methoden der exakten Psychologie prüften. Näher beschrieben findet der Leser diese Versuche nebst ihren Resultaten und der gesamten Organisation der Berliner Begabtenschulen in unserem Buche: „Die Berliner Begabtenschulen, ihre Organisation und die experimentellen Methoden der Schülerauswahl" (Beyer & Söhne, Langensalza 1918).

Nur noch ein Wort über die Ergebnisse: Die Unterschiede in den Leistungen, die unsere Besten und unsere Schwächsten aufwiesen, waren erstaunlich groß. Es muß dies um so mehr überraschen, als sämtliche Prüflinge von ihren Schulen als hochbefähigt genannt worden waren und samt und sonders sehr gute Zensuren aufwiesen. Auch dies dürfte ein Beweis dafür sein, wie notwendig bei solchen Auswahlen hochbefähigter Schüler die Heranziehung experimentell psychologischer Verfahren ist. Für die Allerbesten trat freilich auch bei uns die Tatsache zutage, daß sie fast in allen Leistungen die führenden Plätze einnahmen, während die mittleren Schichten in fast allen Leistungsgebieten sehr schwankten.

Da nicht nur Berlin, sondern auch Hamburg, Frankfurt a. M. usf. ähnliche Einrichtungen wie Berlin treffen, dürfte diese Seite der angewandten Psychologie von ständig steigender Bedeutung werden. Dies gilt aber auch für das dritterwähnte Gebiet: der Diagnose und Therapie der Kopfschußverletzten und Gehirnbeschädigten. Es handelt sich dabei um die Feststellung der Art der psychologischen Schä-

Digitized by Google

den und ihre Therapie. Der Psychologe arbeitet hier mit dem Mediziner. Mannigfache Störungen, wie die des Gedächtnisses, der Sprache, der Fähigkeit sich zu konzentrieren und der allgemeinen Arbeitsfähigkeit gilt es dabei eindeutig festzulegen, sowie nach Möglichkeit zu heilen. Durch systematische psychologische Übung kann und wird in einer sehr großen Anzahl von Fällen voller oder wenigstens ziemlich vollständiger Gebrauch der geistigen Kräfte zurückerlangt werden. Ein langjähriges Studium vor allem der Erscheinungsformen und krankhaften Veränderungen des Gedächtnisses kommen dabei dem behandelnden Psychologen zu statten, so daß durch eine derartige Therapie des Arztes wesentlich unterstützt wird[1].

Es ist jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, welche Gefahr der ganzen jungen Wissenschaft erwachsen kann, wenn Einseitigkeit zu einer falschen Wertung führt, zumal in der Frage der Berufseignung. In der Zeit der Demobilisation wird es gelten, große Massen ungelernter Arbeiter, Jugendlicher und Frauen, die bisher notgedrungen direkt von der Schulbank in die Kriegsbetriebe gegangen sind, sowie eine große Anzahl Kriegsbeschädigter neuen und für sie und die Allgemeinheit fruchtbaren Berufen zuzuführen. Hier richtig zu verfahren, ist unendlich wichtig. Jedoch darf man nun nicht in das Extrem verfallen, die Eignung allein ausschlaggebend zu machen, ohne an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft zu denken. Nichts schadet einer an und für sich gesunden Bewegung mehr als Einseitigkeit, die alles zum Zerrbild gestaltet. Darum ist zu fordern, daß die gegenwärtig lebhaft erwogene Ausbildung der Berufsberater zum mindesten eine zwiefache sei: die betreffenden Personen müssen einerseits genau mit den Verhältnissen des Arbeitsmarktes und der Interpretation der Statistiken des Arbeitsmarktes vertraut sein, anderseits müssen sie auch eine umfassende Berufskunde und Einblick in die Anforderungen, die die einzelnen Berufe psycho-physisch stellen, sowie in die jeweilig notwendige Vorbildung und in die Fortkommensmöglichkeiten der fraglichen Berufe haben. Erst auf Grund dieser Voraussetzungen kann der Psychologe bezw. Physiologe mit gutem Gewissen einen positiven Rat erteilen. Vereint sich in letzterem gleichzeitig noch der praktische Volkswirt und der Berufstechniker in einer Person, so wird das dem Idealbild eines vollkommenen Berufsberaters entsprechen. Bis heute jedoch dürfte man dieses Zusammentreffen der gekennzeichneten verschiedenen Funktionen in einer Person nur in verschwindend wenig Fällen finden, so daß man notwendigerweise die Anforderungen, die man an die Berufsberater im allgemeinen zu stellen hat, auf die beiden erstgenannten Forderungen wird beschränken müssen. Wenn die Genannten dann in entsprechender Weise mit dem „Psychotechniker" zusammen, so wird das unter den heutigen Verhältnissen Erreichbare auch mit aller Wahrscheinlichkeit erreicht werden. Daß dabei der Eignung für die höheren Berufe ganz besondere Beachtung und ein eingehendes Studium zu

[1] Vgl. Molde, Untersuchung und Übung der Gehirnbeschädigten nach experimentellen Methoden. Langensalza 1917.

Digitized by Google

widmen ist, versteht sich bei der Länge der Vorbildung für die höheren Berufe und und ihre Bedeutung für das Gemeinschaftsleben ganz von selbst. Die neueren Arbeiten auf diesem Gebiete sind deshalb von ganz besonderem Interesse[1].

Randbemerkungen zum Reichsbank-Ausweis

Von Linter

Vor wenigen Tagen hat die Reichsbank ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1917 veröffentlicht. Wenn je, so verdient jetzt im Kriege dieses merkwürdige Institut, dieses Zwischending von staatlichem und privatem Unternehmen, die größte Beachtung, denn es ist nicht nur der eigentliche Mittelpunkt der Kriegsfinanzierung, sondern weit darüber hinaus sind ihre Maßnahmen von der größten Bedeutung für unser Ansehen nach außen, für unsere Valuta, und auch für die Preisbildung im Innern. Und trotzdem glauben wir den Lesern nicht Unrecht zu tun, wenn wir bei weitaus dem größten Teil eine weitgehende Unkenntnis der Verhältnisse der Reichsbank voraussetzen. Zu dieser wenig schmeichelhaften Bemerkung sehen wir uns dadurch veranlaßt, daß wir selbst in den Kreisen von Kaufleuten usw. oft den irrigsten Annahmen begegnen. Schon im Frieden hat ein junger Fachmann sich den Dank weiter Kreise verdient, als er eine kleine Broschüre schrieb „Wie liest man den Reichsbank-Ausweis?" Eine Broschüre über die Frage „Wie liest man den Reichsbank-Ausweis im Kriege?" wäre noch dankenswerter und notwendiger. Aus diesem Grunde hat der Schreiber dieser Zeilen vor etwa einem Jahr im „März" die Frage zu beantworten gesucht. Unter Anlehnung und Ergänzung an die damalige Ausführung sei die Frage nochmals kurz beantwortet. Zugrunde gelegt sei der Ausweis vom 31. März 1918, dem wir die entsprechenden Zahlen für die vier Jahr 1914/17 gegenüberstellen. Auf den ersten Blick schon fällt die geradezu unheimliche Steigerung der Zahlen auf.

Der Reichsbank-Ausweis am 31. März (alles in Millionen Mark)

Aktiva	1914	1915	1916	1917	1918
Metallbestand	1579	2378	2504	2547	2527
Darunter Gold	1260	2338	2460	2530	2409
Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine	59	563	945	381	1547
Noten anderer Banken	10	19	9	2	8
Wechselbestand, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen	1362	6859	8113	3597	16034
Lombarddarlehen	84	17	12	9	6
Effektenbestand	292	17	32	105	90
Sonstige Aktiva	220	226	324	1112	1958

[1] Vgl. hierzu die neuerdings von Stern & Lipman herausgegebenen „Abhandlungen zur Wirtschaftspsychologie". Leipzig 1918.

Digitized by Google

Passiva	1914	1915	1916	1917	1918
Grundkapital	180	180	180	180	180
Reservefonds	74	81	85	90	95
Notenumlauf	2428	5624	6988	8616	11978
Depositen	890	4037	4358	8405	9030
Sonstige Passiva	35	158	327	461	881

Wenn wir mit den „Aktiven" beginnen, so können wir da zunächst erfreulicherweise eine erhebliche Stärkung Metallgeldes feststellen, der von 1611 auf 2527 Millionen sich erhöhte, und zwar besteht im Gegensatz zum letzten Friedensjahr dieser Metallbestand fast ausschließlich aus Gold, wovon wir gegen damals annähernd eine Verdoppelung zu verzeichnen haben. Hier ist die Wirkung der eifrigen Goldsammlung zu beachten; ausschließlich hierauf gründet sich die Steigerung, denn aus dem Ausland ist uns per Saldo kein Gold zugeflossen, im Gegenteil, wir haben wohl gut und gern eine halbe bis dreiviertel Milliarde dorthin mehr abgeben müssen, als wir erhalten haben. Im letzten Jahre konnte die Goldsammlung nicht mehr ein genügendes Gegengewicht gegen diesen Goldabfluß bieten, und infolgedessen ist der Bestand heute niedriger, als vor einem Jahre. Hieraus möge man erkennen, wie wichtig auch weiterhin die Sammlungen sind, denn nach dem alten Bankgesetz, das zurzeit allerdings teilweise aufgehoben ist, sollen die Banknoten zu einem Drittel von Gold gedeckt sein. Daß neben Gold nur wenige 118 Millionen sonstige Metallvorräte bei der Reichsbank vorhanden sind, gegenüber 319 Millionen vor dem Kriege, weist auf den außerordentlichen Bedarf unserer Wirtschaft an Geldzeichen aller Art, aber auch auf das Silber-Hamstern hin.

Wir kommen zum zweiten Posten „Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine". Bis Kriegsausbruch hieß dieser Posten nur „Reichskassenscheine". Diese Reichskassenscheine waren bis zum 1. August 1914 das einzige Papiergeld, das Deutschland besaß. Unter Papiergeld versteht man im Gegensatz zur Banknote ein Geldzeichen, dessen Wert ausschließlich auf dem Kredit des Staates beruht, für das also nicht etwa wie bei der Banknote ein besonderes Pfand in Form von Metall oder Wechsel vorhanden ist. Bis zur Wehrvorlage gab es nur 120 Millionen dieser Reichskassenscheine, dann aber hat man im Zusammenhang mit der Stärkung des Goldvorrates im Juliusturm die Reichskassenscheine zunächst auf 240 Millionen und im Kriege sogar auf 360 Millionen erhöht. Von den in unserem Ausweis nachgewiesenen 1547 Millionen entfallen wohl nur wenige Millionen auf die Reichskassenscheine, der ganze übrige Rest ist im Verkehr. Somit dürften die 1547 Millionen fast restlos auf Darlehnskassenscheine entfallen. Diese sind eine reine Kriegserscheinung. Sie werden ausgegeben für Darlehen, die das Reich auf erstklassige Papiere aller Art, darunter auch auf Kriegsanleihe, für die Dauer des Weltkrieges und

Digitized by Google

die folgende Übergangszeit gewährt. Technisch ist der Vorgang so, daß die Reichsbank zunächst alle Darlehnskassenscheine erhält und die für nötig erachtete Zahl in den Verkehr lenkt. Augenblicklich, d. h. am 31. März 1918, waren insgesamt 8 Milliarden davon Darlehen gewährt. Von den dafür üblichen Scheinen sind rund 6½ Milliarden im Verkehr. Wenn man bedenkt, daß vor einem Jahr erst 3 Milliarden im Umlauf waren, so zeigt sich hier schon, welche ungeheure Überschwemmung des Landes mit Geldzeichen aller Art stattgefunden hat. Immerhin darf mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß von den 8 Milliarden nur 1½ auf Kriegsanleihe entfallen.

Der folgende Posten „Noten anderer Banken" hat keine besondere Wichtigkeit, denn es handelt sich dabei um Papiere der vier noch bestehenden deutschen privaten Notenbanken, die gegenüber der Reichsbank nur eine sehr bescheidene Rolle spielen.

Um so wichtiger ist der Posten „Wechselbestand, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen". Hier sehen wir nun wieder ein ganz unheimliches Anschwellen; gegenüber 1362 Millionen vor dem Kriege sind es jetzt 16034 Millionen, also dreizehnmal so viel. Dabei hat sich die Zusammensetzung dieses Postens von Grund auf geändert. Während im Frieden fast ausschließlich Handelswechsel hier zu suchen waren, also Papiere, die den Bedürfnissen des Warenverkehrs dienen und die gewöhnlich einen vollgültigen Gegenwert in vorhandenen Warenlagern fanden, spielen diese Art von Wechseln heute überhaupt keine Rolle mehr, denn gegenwärtig ist die Barzahlung im Handelsverkehr die Regel. Akzepte schwinden immer mehr aus der Kriegswirtschaft. Wie erklärt sich nun diese Steigerung? Die Antwort darauf ist sehr wichtig. In diesen 16 Milliarden ist ein erheblicher Teil unserer provisorischen Kriegsfinanzierung enthalten. Man vergesse nämlich nicht: Obwohl Deutschland mehr als andere europäische Länder, namentlich auch erheblich mehr als das stolze England, einen ungewöhnlich hohen Anteil seiner Kriegsschulden mit festen Anleihen bedeckt hat, so ist das allmählich nicht mehr vollauf möglich gewesen. Ein Teil der nötig gewordenen Schulden wird einstweilen nur schwebend gedeckt, und für diese Deckung hat die Reichsbank zu sorgen, indem sie Schatzanweisungen des Reiches diskontiert. Indessen darf man wohl annehmen, daß diese 16 Milliarden nicht ganz auf diese Reichsschatzanweisungen entfallen, sondern daß darunter auch mehrere Milliarden Wechsel von deutschen Städten und Kommunen enthalten sind, die im Laufe des Krieges keine festen Anleihen begeben können, nun aber andererseits so erhebliche und kostspielige kriegswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Gegenüber diesen so wichtigen Posten fallen die beiden folgenden „Lombard-Darlehen und Effektenbestand" jetzt im Kriege kaum ins Gewicht. Sehr bedeutend aber ist allmählich der folgende „Sonstige Aktiva" geworden; hier dürfte allerlei zu suchen sein. Schon im Frieden war ja der Posten, wie unsere Tabelle zeigt, nicht ganz gering, weil der große Grundstücksbesitz der Bank und die Vorschüsse für Hereinschaffung von Gold hier berechnet wurden. Heute handelt es sich aber auch um die

Digitized by Google

ansehnlichen Auslandskredite und Guthaben der Reichsbank, die im Zusammenhang mit unserer Valutapolitik stehen. Außerdem werden hier wohl auch die laufenden, sehr großen Gewinne der Reichsbank gebucht sein. Wie gewaltig diese sind, ergibt sich aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Jahres 1917. Das Institut hat nämlich im letzten Jahr 364½ Millionen Reineinnahmen erzielt, von denen nur etwa 10 Proz. für Verwaltungskosten abgehen. Es bleiben also etwa 328 Millionen Mark reiner Gewinn. Das wären auf das Aktienkapital von 180 Millionen nicht weniger als 175 Proz. Davon erhält nun das Reich den weitaus größten Teil, nämlich 207 Millionen; 95 Millionen werden für mögliche Kriegsverluste in Reserve gestellt und die Anteilseigner, also die privaten Geldgeber der Reichsbank, erhalten relativ wenig, nämlich 15½ Millionen = 8,72 Proz. auf das Kapital.

Wenden wir uns jetzt den „Passiven" zu. Über das Grundkapital ist nichts, über die Reserven nur wenig zu sagen. Diese sind im Kriege verstärkt worden, was im Hinblick auf die bedeutend gewachsenen Aufgaben der Reichsbank durchaus richtig ist.

Wir kommen jetzt zum wichtigsten aller Posten, zum „Notenumlauf", der in unserem Ausweis mit fast 12 Milliarden Mark erscheint. Das sind 3⅓ Milliarden mehr als vor einem Jahr und ungefähr fünfmal soviel als im letzten berücksichtigten Friedensausweis. Berücksichtigt man, daß außerdem 8 Milliarden Darlehnskassenscheine, über 300 Millionen Reichskassenscheine, sämtliche vorhandenen Scheidemünzen, dazu das so mannigfache Notstandsgeld dem Verkehr übergeben worden sind, so müssen wir hier einen unleugbar erschreckend hohen Geldumlauf feststellen. Zu unserer Entschuldigung dient, daß in anderen Ländern die Dinge teilweise noch schlimmer liegen, daß beispielsweise in dem unvergleichlich kleineren Frankreich neben Notstandsgeld aller Art die Bank von Frankreich bereits 26 Milliarden Franken Noten ausgegeben hat, daß wir rund 2 Milliarden Noten dazu gebraucht haben, um das eingelieferte Gold zu bezahlen, daß unser Heer einen ebenfalls in die Milliarden gehenden Bedarf hat, daß zurzeit die deutschen Banknoten Zahlungsbedürfnissen von Palästina bis nach Finnland und von Minsk bis Ostende zu dienen haben, daß der Wechselverkehr heute fehlt und statt dessen alles in bar reguliert wird, und schließlich auch, daß die Kosten der Waren heute um ein Mehrfaches ihres Friedenspreises gestiegen sind und dementsprechend hohe Aufwendungen erfordern. Allein schon diese letzte Entschuldigung ist alles, nur kein Trost, denn es drängt sich die Gegenfrage auf, ob in den Preissteigerungen Gründe für den hohen Notenumlauf zu suchen seien, und kein Nationalökonom wird diese Frage glattweg abstreiten. Diese Wechselwirkung von übermäßigem Notenumlauf und allgemeiner Teuerung nennt man Inflation. Während die Engländer und Amerikaner sich mit diesem Problem aufs eifrigste beschäftigen, schweigt sich bei uns die Presse ziemlich über die Frage aus. Das ist sehr zu bedauern, denn nur so ist zu verstehen, daß heute eine große Zahl von Finanz-

Digitized by Google

dilettanten die Sanierung der Kriegsschäden sich kurzerhand durch eine weitere Vermehrung des Papiergeldes um einige 40 oder 50 Milliarden lösbar denkt.

Zum Schluß noch ein Wort über die „Depositen". Sie sind mit augenblicklich 9 Milliarden ebenfalls auf reichlich das Zehnfache ihres Friedensstandes gestiegen. Das erklärt sich teilweise durch die sehr erheblich unverzinslichen Guthaben, welche die Banken bei der Reichsbank unterhalten. Aber auch andere Institute, wie etwa die Reichspost, sind heute große Darlehensgeber an das Zentral-Noteninstitut, und vor allem aber dürfte das Reich selbst, so sehr es auf der einen Seite in großem Maße als Schuldner auftritt, auf der anderen Seite auch Gläubiger der Reichsbank sein.

Hat nun die Leitung der Reichsbank die ihr gestellten Aufgaben im Kriege restlos erfüllt? Diese Frage ist nicht zu bejahen. Damit braucht an und für sich kein ungünstiges Urteil über das Institut gefällt zu sein, denn es ist schlechterdings unmöglich gewesen, von vorneherein die Länge des Krieges und die überaus großen Schwierigkeiten vorausahnen zu können. In einem wichtigen Punkt ist sogar durch eine weitsichtige Maßnahme der Reichsbank gerade für eine lange Kriegsdauer glänzend vorgesorgt worden. Das ist die Einrichtung der Darlehenskassen, mit der Havenstein, der Präsident der Reichsbank, am 1. August 1914 hervorgetreten ist. Die Möglichkeit, sich bei der Reichsbank auf diese Weise sicheren und billigen Kredit bereits in den aufgeregten ersten Kriegszeiten zu verschaffen, war ebenso wertvoll, wie der Kunstgriff, diese Darlehnskassenscheine als Deckung für die Banknoten heranzuziehen. Vom Standpunkt der Reinheit unserer Währung mag diese Maßnahme nicht unbedenklich sein; praktisch hat es uns zweifellos sehr viel genützt, und heute können wir sogar mit Genugtuung verzeichnen, wie die schärfsten Kritiker dieser Einrichtung, die Engländer, die Schaffung der Darlehenskassen als ein Meisterwerk bezeichnen und sich in aller Form darüber ärgern, daß sie nicht etwas Ähnliches zu Anfang des Krieges unternommen haben. Weniger günstig wird das Urteil über die Reichsbank in anderen Dingen lauten. Wir denken da hauptsächlich an die Regelung des bargeldlosen Verkehrs und an das Valutaproblem. Die Reichsbank, die in Anbetracht der oben festgestellten Gefahren eines übermäßig hohen Notenumlaufs alles hätte tun müssen, um die Bewegung zur Veredelung unseres Zahlungsverkehrs zu fördern, hat bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit nicht das nötige Verständnis an den Tag gelegt und die von sachverständigen Praktikern geäußerten Vorschläge nur widerwillig, teilweise überhaupt nicht befolgt. Fast noch verhängnisvoller war das Versagen in der Frage der Valuta. Hier wird einstmals der Geschichtschreiber feststellen müssen, daß die Reichsbank mit einer frappierenden Konsequenz alle ihre Maßnahmen zu spät ergriffen hat: die Einsetzung einer Devisen-Zentrale, die durchgreifenden Einfuhrverbote, Erfassung des ausländischen Besitzes an Wertpapieren und vieles andere wurde erst angeordnet, als der Schaden schon da war. In Fachkreisen ist man sich darüber vollständig einig, daß hier die Reichsbank, vielleicht aus einer falschen Scham

Digitized by Google

heraus, ihre eigene Unkenntnis auf diesem Gebiete einzugestehen, lediglich vom grünen Tisch aus dekreditiert hat. Es hat sich gerade hier gezeigt, daß häufig Beamte, die ihre gewohnten einfachen Aufgaben ausgezeichnet erfüllt haben, in dem Augenblick versagen, in dem neue Probleme auftauchen. Das aber dürfte die weitere Frage aufwerfen, ob die Zusammensetzung des Reichsbank-Direktoriums richtig ist, ob es genügt, daß der Präsident eines solchen Instituts ein bedeutender Mensch ist und ob nicht daneben auch sehr hervorragende und über das Maß der Mittelmäßigkeit hinausgehende Direktionsmitglieder vorhanden sein müßten, wie denn überhaupt die Personalfrage bei der Reichsbank nicht ideal gelöst ist. Das dortige Beamtensystem hat neben den Vorteilen auch reichlich die Nachteile des Bürokratismus. Schon der junge Angestellte der Reichsbank zeichnet sich durch ein ungewöhnliches Selbstbewußtsein aus, das vorwiegend an den Schaltern vom Publikum häufig unangenehm bemerkt wird. Andererseits herrscht gegenüber den Vorgesetzten manchmal ein an militärische Vorbilder erinnernder Gehorsam und Disziplin. Eigene Initiative wird selbst bei den Reichsbank-Hauptstellen nur sehr selten beachtet und vielleicht auch nicht gewünscht. Hier ist die Frage, ob nicht frischeres Blut zugeführt werden sollte.

Notizen

Englands Angst vor Mitteleuropa und Mittelafrika. Von der Angst, welche in den politischen Kreisen Englands vor dem Zustandekommen Mitteleuropas und Deutsch-Mittelafrikas herrscht, gibt ein im „Observer" vom 3. Februar veröffentlichter Aufsatz „Die tieferen Gefahren eines deutschen Friedens", der aus der Feder des Marinemitarbeiters dieses Blattes, Gerard Fiennes, stammt, ein anschauliches Bild. Der Verfasser schreibt:

„Konstantinopel und die Dardanellen sind in allen Perioden der Geschichte der beherrschende Seestützpunkt im östlichen Mittelmeer gewesen. Seit der Eröffnung des Suezkanals würden sie fast der beherrschende Flottenstützpunkt der ganzen Welt gewesen sein, wenn sie in den Händen einer starken Seemacht gewesen wären.

Jetzt zeigt sich diese Drohung von neuem in einer akuteren Form als je zuvor. Mit Schiffkanälen, welche Elbe, Rhein und Donau verbinden; mit Rumänien und den Balkanstaaten in der Kontrolle der Zentralmächte; mit dem noch immer von Österreich beherrschten Adriatischen Meer würde der Schlüssel nach Indien unsern Händen entgleiten. Alle leichteren Klassen von Schiffen könnten direkt mitten durch Europa von Kiel und Wilhelmshaven nach Konstantinopel kommen. Große Schlachtschiffe, die dort und auf Triest und Pola basiert sind, würden die Mündung des Suezkanals zwischen den Backen einer Beißzange halten. Gleichzeitig würden Ägypten und Indien direkt durch eine Eisenbahnverbindung über Aleppo nach Damaskus einerseits und nach dem Persischen Golf andererseits bedroht werden. Es kann keine Frage darüber geben: daß das Zustandekommen des deutschen „Mitteleuropa-Planes" unsere Stellung im nahen und mittleren Osten vollständig unterminiert und unsere Seeherrschaft mit einem Schlage zerstört haben würde. Was würden uns Aden, Colombo und Singapore nutzen, wenn der Suezkanal durch die Deutschen und ihre Verbündeten beherrscht würde?

Es sei denn, daß wir einen wirklichen und keinen Pyrrhussieg gewinnen, so haben wir nicht nur mit einem Mitteleuropa in deutschen Händen zu rechnen, sondern auch mit einem Mittelafrika. Das bedeutet: deutsche Flottenstützpunkte sowohl östlich als auch westlich des schwarzen Kontingents, und deutsche Unterseeboote, welche auf beiden Routen nach Osten um das Kap

Digitized by Google

der Guten Hoffnung führen. Es würde bedeuten, daß alle Seestraßen, auf denen wir unsere unumgänglich notwendigen Zufuhren erhalten, bedroht sein würden und daß, in einem zukünftigen Kampfe, wir eine weitere Entwicklung der Piratenpolitik zu erwarten haben würden, die uns in diesem Kriege in einer so erbitterten Form getroffen hat. Manche Leute mögen indes denken, daß die Rückgabe der afrikanischen Kolonien an Deutschland eine geringe Sache wäre — ein Opfer, das um des Friedens willen wohl gebracht werden könnte. Wenn es aber dazu kommen sollte, würde Deutschland in Zukunft keine Fehler machen. Seine afrikanischen Häfen würden mit allem ausgerüstet werden, was zu einem langen Handelskriege erforderlich wäre, und seine afrikanische Armee würde die Zerstörung ihrer befestigten Stützpunkte zu einer Frage von großer Schwierigkeit machen, da sie nicht nur Seestreitkräfte, sondern auch starke Landerpeditionen notwendig machen würde.

Im Namen der „Freiheit der Meere" hat Graf Hertling angeregt, daß wir Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, die Falklands-Inseln usw. aufgeben sollten. Gleichzeitig verlangen die deutschen Friedensbedingungen, daß das türkische Reich unverletzt bleiben soll, daß die Oberherrschaft über Ägypten ihm zurückgegeben werden soll und daß seine eroberten Kolonien an Deutschland zurückgegeben werden. Für uns, als Beherrscher des Ozeans, bedeutet dies vollständigen Bankerott. Noch mehr als das: für eine Nation, die von Zufuhren aus Übersee abhängig ist, bedeutet es Sklaverei. Wenn die deutsche „Mitteleuropa-" und „Mittelafrika-Idee" zur Tatsache würde, würde die ganze Lage zwischen uns und Deutschland vollkommen umgekehrt. Die Vorteile der Geographie würden auf seiner Seite sein und nicht auf der unsern und mit unserer Stellung unter den Weltmächten würde die Unabhängigkeit aller kleinen Seestaaten zugrunde gehen. Keine anscheinend ehrliche Regelung der westlichen Fragen würde einen Ausgleich bieten für ein Fehlschlagen des Versuches, den östlichen Ehrgeiz der deutschen Kriegsherren zu hemmen. Es ist ein Punkt, welcher möglicherweise fehlschlagen könnte, und keine Anstrengungen sollten gespart werden, um dies allen Engländern verständlich zu machen. Ein Frieden, welcher Deutschlands militärischer Prestige unvermindert läßt, würde für uns Ruin bedeuten."

Haußmann über die Reichstagsresolution. In einer Stuttgarter Versammlung hat Konrad Haußmann über die Juli-Entschließung des Reichstags die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Resolution ist von vielen Gegnern wissentlich falsch verstanden worden. Sie ist nie eine staatsrechtliche Bindung gewesen, aus der der Feind Ansprüche ableiten darf. Sie war und ist das realpolitische Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen, sie bekennt den Willen zur Vernunft und die Idee, daß der Friede die Zukunft und die Annäherung ins Auge zu fassen hat und darum nicht nach Zwang und Haß orjentiert sein soll. Die Resolution erklärt es als das Problem der Staatskunst, nicht weiteren Stoff zu neuen Revancheweltkriegen aufzuschichten. Diese politischen Überzeugungen tragen ihre innere Wahrheit und Rechtfertigung in sich selbst, sie sind nicht ‚ideal', sondern psychologisch. Das Gegenargument, es hätten sich die Feinde nicht an dem Tisch mit uns niedergelassen, dürfen jedenfalls diejenigen Deutschen nicht im Mund führen, die — um mit Bennigsen zu reden — ‚in die Suppe gespien' haben, um diese den andern unschmackhaft zu machen. Die Politik der Resolution müsse nicht alle Quartale neu proklamiert werden, schon nicht, um der Entstellung Vorschub zu leisten, als ob sie eine Offerte sei, das ist sie am wenigsten in einer Zeit, in der Wilson, Clemenceau und Lloyd George einzig an die Gewalt appellieren. Diese werden sich die Hörner einstoßen an der ehernen Mauer, die uns schützt."

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.90. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

DIE NEUE ZEITSCHRIFT:

DER ZIEGELBRENNER

Kritik an Zuständen und an widerwärtigen Zeitgenossen. Erscheint zwanglos wie manche Zustände und viele peinliche Zeitgenossen auch.
Man bestelle unter Einzahlung auf unser Postscheck-Konto: 8350 München ein Probeheft für 60 Pfg. Bei Dauerbezug wird dieser Betrag auf den Bezugspreis voll angerechnet.

VERLAG „DER ZIEGELBRENNER" MÜNCHEN 23

Die beste Auskunft über die Kriegsschauplätze bietet das

E. von Seydlitzsche

Handbuch der Geographie

26. Bearbeitung des „Großen Seydlitz"

Unter Mitwirkung von Studienrat Professor Dr. O. Clauß, Univ.-Professor Dr. E. Friedrich u. Professor Dr. R. Reinhard herausgegeben von Professor Dr. E. Oehlmann

Mit 535 Bildern, Textkarten u. Figuren, 27 Buntbildern u. 3 farbigen Karten. 966 Seiten. 1914.
Gebunden 8,75 M.

Die politische und physische Erdkunde sowie die Handelsgeographie sind erschöpfend behandelt. Das Wirtschaftsleben der Völker wird bis zum Beginn des Weltkrieges ausführlich dargestellt. Auf Jahre hinaus werden zuverlässige Anhalte über Statistik, Handel und Verkehr nicht vorliegen, und so wird sich nach Friedensschluß lediglich eine Berichtigung der politischen Geographie nötig erweisen. Dafür ist ein Ergänzungsheft vorgesehen, das die Besitzer der 26. Bearbeitung des verhältnismäßig sehr billigen Handbuchs — dem ein Gutschein beigefügt wird — kostenlos nachgeliefert erhalten.

Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau VI, Königsplatz 1
Königliche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung

In Kürze erscheint ein neuer Prospekt

Liebhaber-Bibliothek

in dem nun 53 Bände verzeichnet sind.
Auf Wunsch versenden wir ihn an Interessenten gratis.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage
Wirks. Heilverf. i. chron. Krankh.
Diätetische Kuren
Zweiganst. tägl. 6 M.
Prosp. u. Brosch. fr.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER
„DANIEL"
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinz Belz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Digitized by Google

Soeben erschien das 25. bis 27. Tausend

A. Damaschke:
Volkstümliche Redekunst

Erfahrungen und Ratschläge

96 Seiten Preis Mk. 1.00 Porto 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

1. Von der Bedeutung der Redekunst
2. Von der Anwendung der Redekunst

A. Fleiß und Begabung. B. Der Stoff. C. Die Gliederung. D. Der Ausdruck. E. Das Aneignen. F. Der Vortrag.

3. Von der Vollendung der Redekunst

Professor Dr. Waldemar Zimmermann in der „Sozialen Praxis": Es ist Damaschke nicht genug zu danken, daß er uns auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen. - Legationsrat Dr. v. Schwerin in der „Deutschen Zeitung": In glänzender, zum Teil humorvollen Weise wird hier alles das erzählt, was dem Redner gefährlich werden kann, was alle Redner beachten müssen. - Dr. Potthoff in den „Volkswirtschaftlichen Blättern": Ein treffliches Büchlein, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, sowohl des Inhalts wie der Form wegen; denn es bietet das beste Beispiel für das, was es lehren will: den Willen zur Tat wecken. - Generalsekretär Tews in der „Volksbildung": Das Büchlein enthält mehr, als sein Titel verspricht. - Dr. K. Schmidt in den „Münchener Neuesten Nachrichten": Wenn dieser gewandte und kenntnisreiche Redner Ratschläge über volkstümliche Redekunst erteilt, bedarf dieses Werk keines Wortes der Empfehlung.

◆

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21 068)

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 513
Guttmann, Abschied des Grafen Czernin 515
Beer, Neugestaltung der Britischen Arbeiterpartei 519
Ljunglund, Schweden, Finnland und Deutschland 524
Eulenburg, Die neuen Steuervorschläge 528
Schmidt-Gründler, Über berufsständische Vertretung . . . 534
Sienger, Der Glaube an die Nation 536
Notizen 540

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 26. April 1918 Heft 17

Gustav Kiepenheuer Verlag · Weimar · Berlin

Digitized by Google

Ernst Didring

Pioniere

Roman aus dem hohen Norden

Aus dem Schwedischen übertragen von Else von Hollander

Über dieses Buch eines in Deutschland noch wenig bekannten Schweden, das als 3. Band der Romanserie: „Erzähler des Auslandes" erschienen ist, schreibt die „Kölnische Zeitung":

„Ein wirklich wertvolles Buch bietet der Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, in dem Roman eines Schweden, Ernst Didring: Pioniere. Das Buch erzählt von einem Eisenbahnbau im höchsten Norden an der schwedisch-norwegischen Grenze und dem entbehrungsvollen, weltentrückten Leben der Ingenieure und Arbeiter, das mit mehrfachen tragischen Ausblicken den heldenhaften Kampf mehrseitiger Betriebsamkeit mit den Hemmnissen der Natur darstellt. Ohne Sensationen oder im übeln Sinne romanhafte Begebenheiten, in strenger künstlerischer Zucht gibt das Werk in der Umrahmung fesselnd anschaulicher Naturbilder der arktischen Welt schlicht ergreifendes Menschentum. Dem Verfasser gelingt es meisterhaft, uns diese eigentümlichen Daseinsbedingungen in warmer Teilnahme miterleben zu lassen. Hier leuchtet wirklich bedeutsames Modernes heraus, das willensstark, pflichttreu mit Selbstüberwindung einem großen Ziele zustrebende Wirken, Schaffen des modernen Tatenmenschen."

Gut broschiert 4 M., elegant gebd. 5 M., in Halbleder 8 M.

Durch jede gute Buchhandlung oder, falls keine am Platze, direkt durch den Verlag zu beziehen

---

Gustav Kiepenheuer Verlag in Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 26. April 1918 • Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Den Iren wird mit der rechten Hand Homerule, mit der Linken die Wehrpflicht gereicht. Sie sträuben sich gegen die Verbindung, und Lloyd George hat mit Zugeständnissen beginnen müssen: Homerule soll vorher erklärt werden. Er sagt dem Unterhaus, daß Amerika vor allem diesem Punkt seine größte Aufmerksamkeit widme und die Freiheit Irlands mit dem eigenen Willen zu verstärkter Kriegsleistung verbinde. Peinlich für das Ohr des Engländers: mit innerstaatlicher Reform erkauft ihr die Hilfe des Bundesgenossen. Auch Lloyd George bleibt im Augenblick nichts anderes übrig als das, was er lange vermied: Amerikas Druck als Rettung auszuspielen. Nun, über ein Jahr haben die Iren von der amerikanischen Freundschaft nichts gemerkt. Jetzt wird der deutsche Sieg auch für sie zur nationalen Entfesselung. Die Angst vor den Deutschen zwingt die Briten zum Entgegenkommen und Hindenburg ist wieder „Befreier". Werden aber die „Befreiten" sich dann militarisieren, um die Gewalt des Mutterlandes neu zu festigen?

*

Die Änderung im englischen Kriegskabinett bedeutet Stärkung der unionistischen Kriegsentschlossenheit. Derby in Paris, Milner als Kriegsminister leiten die restlose Verbindung mit der politischen Gesinnung ein, die in dem Wort Clemenceau sich ausdrückt. Es ist das Kabinett zur Rettung der flandrischen Küste.

*

Warum sind unsere Feinde nicht auf Kaiser Karls Friedensangebot, das sie für echt gehalten haben und halten mußten, eingegangen? Das ist in dem noch nicht völlig enthüllten politischen Spiel die entscheidende, unsere wie unserer Feinde Völker auch heute noch angehende Frage. Nur eine Antwort gibt es. Es bot den „Befreiern Belgiens, Elsaß-Lothringens und der unerlösten Gebiete" zu wenig. Trotz oder vielmehr gerade wegen der russischen Revolution hofften sie auf mehr, auf die volle Erreichung ihrer Kriegsziele. Die friedensverdächtige russische Hofpartei war beseitigt. Die Österreicher, innerlich zermürbt, militärisch an zwei Fronten gefesselt, schienen

Digitized by Google

eine leichte Beute der Italiener und Russen. Mesopotamien, Arabien und Kleinasien lagen offen zu ihren Füßen; die Armee Sarrails, verstärkt durch die Griechen, sollte Rache an Bulgarien nehmen. Im Westen fühlten sich Briten und Franzosen im Bund mit Amerika uns strategisch und taktisch überlegen. So sahen sie in dem Brief des Kaisers Karl das lang ersehnte Zeichen der Verzweifelung, die Erkenntnis völliger Hoffnungslosigkeit. Deshalb erschien ihnen ein Frieden, der ihnen beim ersten Angebot bereits die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, die „gerechte Regelung" Elsaß-Lothringens, d. h. die Abtretung in diplomatisch verhüllter Form, die Wiederaufrichtung Serbiens an Hand gab, als ein „Verzichtfrieden", und deshalb überließen sie die Antwort der Kanonen.

*

Beßarabiens Angliederung an Rumänien hat in der Ukraine Unbehagen erweckt. Erstlich wohnen dort im Norden und Süden nicht wenig Ukrainer. Bedeutsamer ist aber, daß die Grenze so nahe an Odessa herangerückt würde, daß dieser bedeutendste Hafen der Ukraine unter dem Feuer der feindlichen Kanonen zu liegen käme. Hier werden die nationalen Gründe durch wirtschaftliche noch verstärkt. Nebenbei bemerkt, hat die deutsche Regierung den im Süden Beßarabiens siedelnden deutschen Kolonisten einen Schutz ausbedungen?

*

Nach Holland ist jetzt Schwedens Tonnage in englische Dienste gezwungen. Noch vor wenigen Wochen haben sich Schwedens Reeder in ihrer Gesamtheit gegen diese Zumutung zur Wehr gesetzt. Was trotzdem die schwedische Regierung veranlaßt hat, der Forderung Lloyd Georges nachzugeben, ist noch nicht ersichtlich. Der Sieg der Weißen Garde und der deutschen Truppen über die rote Gefahr in Finnland hat zwar dieser schwedischen Nachgiebigkeit die akute Gefahr genommen. Aber Schweden wird sich nicht beklagen können, wenn Deutschland aus diesem Verhalten die Folgerung zieht, daß Schweden immer mehr ins Ententefahrwasser gerät. Eins muß sich jedenfalls die Regierung Edèn und ihr Drahtzieher Branting sagen: Mit einem ehrlich neutralen Schweden hätte sich über die Alandsfrage reden lassen, einem Schweden, das zu Ententekrücken greift, hat Deutschland keine Ursache, entgegenzukommen, zumal die Inseln in Finnlands Besitz kein Hindernis für eine etwaige Neutralisierung der Ostsee darstellen würden, wohl aber in schwedisch-englischer Hand.

*

Die Nationalliberalen haben einen Preußentag einberufen, der die Frage des Wahlrechts auf breiter Grundlage erörtern soll. Das ist ein vernünftiger Entschluß, der Hoffnung entsprechend, daß ein deutliches Votum der preußischen Partei auf die Fraktion doch noch Eindruck mache. An der Meinungsbildung ist nach dem kräftigen Eintreten des Parteiausschusses für das gleiche Wahlrecht nicht mehr zu zweifeln. Der zentrale Charakter der preußischen Frage für unsere gesamte Innenpolitik hat sich seitdem noch stärker ausgeprägt.

Digitized by Google

Der Abschied des Grafen Czernin

Von Dr. B. Guttmann, Frankfurt am Main

In einer Zeit, wo das Leben des einzelnen so ungemein bedeutungslos geworden ist, kann am Dasein oder Nichtdasein eines Politikers, und wenn er selbst Minister ist, die Welt nicht lange haften. Welcher Staatsmann ist so groß, daß man bei seinem Rücktritt ins Privatleben in Verzweiflung verfallen sollte, da doch monatlich hunderttausend andere Männer unwiderruflich von dieser Bühne abtreten? Trotzdem verursacht das Scheiden des Grafen Czernin in aller Welt ungemessene Erregung, bei unseren Volksgenossen in Österreich sogar Nationaltrauer. In Salzburg sind schwarze Fahnen herausgehängt worden — eine Kundgebung inneren Leids, die weder der Abgang von Asquith noch der von Bethmann Hollweg hervorgerufen hat. Die schwere Trauer der deutschen Österreicher gilt aber eigentlich mehr dem, was dem Rücktritt vorherging und ihn zur Folge hatte, sie gilt dem vor aller Welt enthüllten Gebrechen ihres Staates. Wir in Deutschland würden unklug sein, wenn wir über den Personen die Sachen nicht erkennen wollten. Was vor sich geht, ist nur scheinbar das Werk von Zufällen oder Individuen; es kann sich in anderer Form wiederholen, denn es ist nur Symptom innerer Zustände.

Wenn Graf Czernin heute von den Deutschen Österreichs wie ein Vorkämpfer ihrer Sache gefeiert wird, so ist sein Ruhm in diesem Lager jedenfalls nicht alt. Hätte er länger regiert, so würde er die deutsch-radikalen Politiker vermutlich eines Tages enttäuscht haben, ebenso wie kürzlich die Polen und schon vorher die Tschechen. Seine Geburt bestimmte ihn nicht zum Kämpen für die deutsche, gar die alldeutsche Sache. Aus der böhmischen Aristokratie stammend, gehört Graf Ottokar von Czernin und Chudenitz zu jenem Kreise des österreichischen Hochadels, der seit vierhundert Jahren, in den letzten Dezennien freilich auf vielen Posten vor der Bourgeoisie zurückweichend den Habsburgerstaat regiert hat. Diese Familien, in deren Adern sich deutsches, slawisches, romanisches, auch wohl englisch-irisches Blut mischt, sind nicht in einem exklusiven Sinne „national", sie sind österreichisch, wie die Dynastie es ist und nichts anderes sein kann. Nun hat sich von diesem hohen Adel, der in Böhmen seine weitesten Latifundien und seine stärkste Machtstellung besitzt, ein Teil im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in einer bedingten Weise dem Tschechentum zugewendet. Das taten diese Fürsten und Grafen, weil ihnen die zentralisierende und liberalisierende Politik der Wiener Bureaukratie mißfiel, die damals in der Maienblüte ihrer Illusionen das bunte Gemenge der habsburgischen Länder noch in ein wirkliches Einheits-Österreich zu verwandeln hoffte; darum wurde das von tschechischen Schriftstellern erfundene „böhmische Staatsrecht" plötzlich den Magnaten teuer, deren Ahnen das böhmische Volk im Dreißigjährigen Kriege zu Heloten gemacht haben. Zu dieser Gruppe „konservativer Großgrundbesitzer" gehörte der Vater des Ministers; vielleicht

Digitized by Google

lag in dem Namen, den er seinem Sohne gab, eine Art Programm, denn Ottokar hieß der große Przemyslide, der den großböhmischen Staat slawischer Nationalität dem Deutschtum in die Weiche pflanzen wollte und dem Gründer des Hauses Habsburg erlag. Wenn also Graf Czernin nationale Neigungen geerbt hätte, so würden es eher tschechische als deutsche gewesen sein. Er selber jedoch entsagte in jungen Jahren dem Anspruch, als nationaler Führer Politik zu treiben; nach dem Tode seines Vaters Inhaber des Familienbesitzes geworden, ging er von der „konservativen" zur „verfassungstreuen" Großgrundbesitzerpartei des böhmischen Landtags über. Dies war ein Bekenntnis zum österreichischen Gedanken, der die Nationen nicht als eigene politische Individualitäten anerkennen kann.

Die Idee einer Neugeburt Österreichs aus sich selber knüpfte sich in den zwanzig Jahren vor dem Kriege an die tragische Figur des ermordeten Thronfolgers. Worauf der Erzherzog Franz Ferdinand im Grunde hinauswollte, ob er sich ein Staatsprogramm überhaupt gebildet hatte, ist zweifelhaft. Von grundstürzenden Absichten des Kreises, den der Schloßherr von Konopischt um sich scharte, wurde viel gesprochen; worin aber soll das „Konopischter Programm" eigentlich bestanden haben? Die Koterie, die beim hohen Greisenalter Franz Josefs allmählich an Einfluß gewann, war mit vielem nicht einverstanden, das im Reiche geschah, und ihr Mißvergnügen wurde bekannt. Sie opponierte den Zugeständnissen an die nationalistischen Forderungen; sie war gemäß der klerikalen Grundstimmung des Parteihauptes antiliberal, nicht ohne antisemitische Spitze; sie suchte alles zu stärken, was der Großmachtstellung und Einheit des Gesamtreiches zu dienen schien, namentlich die kriegerische Leistungsfähigkeit. Der alte Kaiser fühlte keine Sympathie mit Konopischt, ihn scheint schon das düstere Wesen fremdartig berührt zu haben, das den Erzherzog umgab. So gewiß Franz Josef selber in kirchlichen und militärischen Traditionen lebte, so hielt er doch beides getrennt, war niemals capucin botté. Dagegen hat die Gedankenwelt Franz Ferdinands Einfluß auf seinen Neffen, den jungen Monarchen; der Zugehörigkeit zu jenem Kreise verdankte wohl Graf Czernin Gunst und Beförderung. Daß Kaiser Karl bestimmte Vorstellungen davon hat, wie das Reich neu zu gestalten sei, ist zu bezweifeln, obwohl anfängliche rasche Eingriffe auf sehr bewußte Absichten zu deuten schienen. Die klerikale Neigung ist, abgesehen von den Einwirkungen von Haus und Familie, auch politisch erklärlich genug, denn der Katholizismus ist das einzige ideelle Band, das dieses nach Sprache, Volksart und politischem Willen so uneinige Reich zusammenhält, und in Österreich gehören 91, in Ungarn wenigstens 62 Prozent der Einwohner zur herrschenden Kirche. Im übrigen läßt sich sagen, daß die Politik Franz Ferdinands mit seinem eigenen Ende gescheitert ist. Dieser Gedanke, mit der nationalen Idee fertig zu werden, indem man sie einfach verneint, konnte hochgeborenen Dilettanten kommen. Was macht es unter Prinzen und Feudalherren über viele Meilen denn aus, ob man ein wenig mehr deutsch oder slawisch oder un-

Digitized by Google

garisch fühlt? Soziale Stellung und persönlicher Einfluß sind ja viel wichtiger. Schließlich haben alle Nationen dem Thronfolger mißtraut. Die Deutschen hielten ihn für einen Gönner des Tschechentums, die Magyaren versahen sich von ihm allerhand finsterer Absichten auf ihre Unabhängigkeit, die Südslawen haben ihn ermordet. Das Österreich, das in der Negation des Völkergedankens das Heil erblickte, ist in Sarajewo gefallen.

Bald nach seiner Thronbesteigung hat Kaiser Karl den Grafen Czernin, der zuletzt in Bukarest Gesandter gewesen war, zum Minister des Äußern gemacht. Das entschiedene, etwas brüske Naturell des Staatsmanns wich von der in Wien herkömmlichen Leisegängerei ab, es schien ein ganz anderes System der zielklaren, scharfen Handlung anzukündigen. Das neue Regime versprach sich viel von abrupten Maßregeln, die wie Entschlossenheit aussahen. Man glaubte, die große Staatsfrage mit einer Herrschergeste beseitigen zu können: Sic volo, man rede nicht mehr davon! Czernin hat das große Verdienst, als weltläufiger Diplomat grobe Fehler verhindert zu haben, vor allem den unweisen Plan, mit Verletzung der Verfassung ein neues Staatsrecht zu diktieren. Gegen anderes konnte er nur nachträglich protestieren, weil er nicht vorher gefragt wurde, so gegen die Entlassung des zum Tode verurteilten Tschechenführers Kramarsch aus dem Gefängnis. Die Erbitterung, die dieser Schritt bei den Deutschen hervorrief, zeigte dem Kaiser, daß Czernin recht hatte, sie wird dessen Stellung gestärkt haben. Einig waren beide von vornherein darin, daß ein baldiger Friede für Österreich-Ungarn höchst wünschenswert sei. Der Höhepunkt von Czernins wirklichem Einfluß auf seinen Monarchen wird etwa im vorigen Oktober liegen, als er in Budapest in großer Rede sich zum Verständigungsfrieden und zu einem neuen, auf internationaler Rechtsbasis begründeten Europa bekannte. Mittlerweile ließ der Friede aber auf sich warten, und Graf Czernin ist, als Diplomat der geänderten militärischen Lage nachgehend, um eine Linie von seinen früheren Meinungen abgerückt, weil er die ganz enge Fühlung mit der deutschen Politik nicht verlieren wollte, die er für seine austropolnischen Pläne brauchte. Sein inneres Verhältnis zum Kaiser hat sich dadurch verschoben.

Um die jüngsten Vorgänge zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß sich die Welt von der Wiener Hofburg anders ansieht als in Berlin. Man predigt bei uns den „deutschen Krieg", es soll der „deutsche Gedanke" siegen. Dem Regenten eines Reiches, in dem unter 51 Millionen nur 12 deutsch sind, mögen dabei eigentümliche Gedanken aufsteigen; und es ist noch zu bedenken, daß die 2 Millionen Deutscher in Ungarn größtenteils nur der Sprache nach deutsch sind, der Nation nach aber Magyaren. Ein Fürst, von dessen Untertanen nur ein Fünftel dem Deutschtum zuzuzählen ist, während weit mehr im unbedingten deutschen Siege eine Gefahr für ihre eigene Art sehen, kann nicht wohl Alldeutscher werden. Die Deutschen Österreichs glauben einen großen Trumpf auszuspielen, wenn sie den Tschechen und Südslawen

Digitized by Google

zurufen, sie seien „Staatsfeinde"; der Vorwurf wird jauchzend als richtig anerkannt! Nun werden die hitzigen Anti-Österreicher unter den Slawen nach dem Kriege, wenn ihnen ihre Freunde in der Entente nichts geholfen haben, reichlich Wasser in ihren Wein gießen; aber eine Neubildung Österreichs, die den Deutschen die staatsrechtliche Vormacht einräumte, ist nicht mehr möglich. Die Krone will den baldigen äußeren Frieden, weil sie, wenn das Reich bestehen soll, sehr bald den inneren herstellen muß. Die Tendenzen in diesem Staate sind in Deutschland wenig bekannt; im Kriege ist vollends alles getan worden, um die Wirklichkeit durch Phrasennebel zu verschleiern. Wir wissen jetzt, daß der junge Kaiser vor einem Jahre an die französischen Machthaber einen Brief gelangen ließ, der seinem Minister nicht bekannt wurde; noch weniger natürlich dem Verbündeten in Berlin. Nach den wiederholten Versicherungen, die von Wien ergangen sind, ist der von Herrn Clemenceau veröffentlichte Wortlaut unrichtig. Nicht bestritten wird der Versuch, durch persönliche Einwirkung Frankreich zum Einlenken zu bewegen, um den allgemeinen Frieden anzubahnen. Wir dürfen über der Verwunderung, die ein solcher Schritt hervorruft, nicht die Beweggründe übersehen, freilich auch nicht das Signal, das gegeben wurde.

Als ein Mann von starkem Selbstgefühl hat Graf Czernin den Abschied genommen, nachdem er den Beweis hatte, daß ohne ihn hohe Politik getrieben worden war. An sich würde die Demission vielleicht noch nicht notwendig gewesen sein. Der Spott der Feinde wäre zu ertragen gewesen, in Österreich-Ungarn und Deutschland aber hätte man verstanden. Allein Czernins Stellung war schon vor der Enthüllung unsicher geworden, und sein Tun widersprach sich selbst. Während er die erklärte Absicht hatte, seinem Herrn die polnische Krone zu verschaffen, stieß er im Frieden von Brest-Litowsk mit der Begünstigung der Ukrainer die Polen hart vor den Kopf. Später versuchte man, den Riß zu heilen, aber weder ist es Czernin gelungen, die Polen zu versöhnen, noch in Deutschland die Überzeugung zu schaffen, daß ein gedeihliches Verhältnis zum selbständigen Polenstaat möglich sein werde. Warum nun der Minister mit dieser Gegnerschaft es auch noch für nötig hielt, in seiner letzten Rede einen scharfen Angriff auf die Tschechen zu unternehmen, ist um so weniger klar, als der dafür zuständige Ministerpräsident von Österreich die heftigen Erklärungen des Leiters der auswärtigen Politik unumwunden zurückgenommen hat, um den Tschechen Genugtuung zu geben. Verwirrung und Uneinigkeit unten und oben! Je mehr nun aber Czernin sich dazu gedrängt und berechtigt glaubte, den Polen und Tschechen wehzutun, desto lieber wurde er den Deutschen; früher hatte er bei ihnen wohl „der tschechische Graf" geheißen. Am Hofe hingegen wird die hitzige Art, in der mit der Empfindlichkeit der Slawen umgesprungen wurde, die schon erwachten Bedenken gegen den Minister verstärkt haben. In Wirklichkeit ist Czernin auch zuletzt immer nur auf seinem österreichischen Standpunkte geblieben. Dem Diplomaten fendaler Herkunft sind die wilden und trüben Gärungen in den Massen der Völker im Grunde unverständlich,

Digitized by Google

deshalb dachte er mit Schelten auf die Slawen etwas auszurichten, weil sie Österreich nicht größer und stärker werden lassen wollen. Als ob den Tschechen und Polen soviel an Österreich läge!

Somit ist der unerwartet rasche Abstieg dieser eindrucksvollen Persönlichkeit nur eine Szene in dem Drama eines Staates. Hierum, und nicht um die Personen handelt es sich eigentlich. Baron Burian, der Czernins Vorgänger am Ballplatz war, ist sein Nachfolger geworden. Der jetzige Minister des Äußern, ein ungarischer Politiker aus der Gefolgschaft des Grafen Tisza, ist ein alter Beamter und ziemlich schwungloser Geschäftsmonn. Er war zuletzt „gemeinsamer" Finanzminister und behält die Leitung dieses Amtes neben seinem neuen. Die Deutschen Österreichs, die keinen Grund sehen, in ihm einen besonders warmen Freund zu vermuten, finden es ein wenig viel, daß von den drei gemeinsamen Ministerien der Monarchie nun zwei in ein und derselben ungarischen Hand liegen. Von allen Seiten meldet sich Unzufriedenheit, und wenn auch die der Deutschen mit den bewährten Mitteln amtlicher und höfischer Beeinflussung zum Schweigen zu bringen sein mag, die Reichs- und Staatsverdrossenheit bleibt. Und doch ist die Friede noch nicht nahe und die innere Spannkraft wird noch hartem Drucke widerstehen müssen.

Neugestaltung der Britischen Arbeiterpartei

Von M. Beer

Die Britische Arbeiterpartei, gegründet im Februar 1900 als ein Bund der Gewerkschaften (Trade Unions) und Sozialisten, machte in den letzten sechs Monaten den Versuch, ihre Organisationsform zu ändern und eine sozialistische Partei zu werden. Die Ursachen des Neugestaltungsversuchs sind zu finden teils im Fortschritt der sozialistischen und syndikalistischen Lehren, teils in den während des Kriegs gesammelten Erfahrungen und in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die Partei bestand bis jetzt aus den großen Gewerkschaftsverbänden und zwei bis drei sozialistischen Vereinigungen; jene lieferten über 98 vom Hundert der Mitglieder und der Geldmittel; die Sozialisten, etwa 30000 bis 40000, bildeten die Seele der etwa 2,6 Millionen Mitglieder zählenden Körperschaft. Wenig Seele und viel Körper. Intellektuelle konnten in die Partei nur durch das schmale Gitter der sozialistischen Vereinigungen eindringen; und wenn sie schon eingedrungen waren, konnten sie sich auf Parteitagen nicht durchsetzen, da das gewerkschaftliche Element in überwältigender Stärke vertreten war und den Parteitag in einen Gewerkschaftskongreß verwandelte; die Gewerkschaftsdelegierten bildeten einen festen Block und stimmten geschlossen. Auch der Anschluß an die Partei geschah nicht individuell, wie bei den festländischen Parteien, sondern korporativ: es traten ihr nicht einzelne Arbeiter und Sozialisten bei, sondern ganze Arbeiterverbände und Organisationen auf Grund eines Mehrheits-

Digitized by Google

beſchluſſes, dem ſich die Minderheit fügen mußte, auch wenn ſie mit dem Zweck der Partei nicht einverſtanden war. Die Beitragsleiſtungen der Mitglieder geſchahen ebenfalls durch die gewerkſchaftliche Maſchinerie: die vom Parteitag feſtgeſetzten Beiträge wurden zuſammen mit den Gewerkſchaftsbeiträgen erhoben und durch die Gewerkſchaftsbeamten an die Parteikaſſe abgeliefert. Satzungsgemäß war der Zweck der Partei, eine von Liberalen und Konſervativen unabhängige parlamentariſche Vertretung zur Wahrnehmung der Arbeiterintereſſen zu ſchaffen. Alle Verſuche, ihr ein ſozialiſtiſches Programm aufzudrängen, ſcheiterten an dem Entſchluß der Partei, nicht über demokratiſch-ſozialpolitiſche Tageszwecke hinauszugehen. Nichtsdeſtoweniger ſtieß die Partei auf die Oppoſition der nichtſozialiſtiſchen Arbeiter. Es gibt nämlich viele Gewerkſchaftsmitglieder, die teils der liberalen, teils der konſervativeu Partei angehören, und die es als eine Vergewaltigung ihres politiſchen Gewiſſens betrachteten, eine Partei finanziell unterſtützen zu müſſen, die gegen jene Parteien gerichtet war. Sie wandten ſich deshalb im Jahre 1909 an die Gerichtshöfe um Schutz, der ihnen auch gewährt wurde. Die hieraus entſtandenen Konflikte zwangen ſchließlich das Parlament im Jahre 1912, die Lage geſetzlich zu regeln: die liberalen und konſervativen Gewerkſchaftsmitglieder wurden von der Entrichtung der politiſchen Beiträge entbunden. Nach einer ſtatiſtiſchen Aufnahme im Jahre 1913 waren von etwa 2 Millionen Arbeitern, deren Gewerkſchaften ſich der Partei angeſchloſſen hatten, nur etwa 750000 bereit, ſich als Arbeiterparteimitglieder zu betrachten. In der erſten Hälfte 1914 wurde deshalb die Frage lebhaft beſprochen, ob es nicht beſſer wäre, die gewerkſchaftliche Grundlage der Partei zu beſeitigen, alſo die widerſtrebenden Mitglieder abzuſchütteln und die 750000 beitragswilligen Arbeiter als Einzelmitglieder in eine ſozialiſtiſche Partei zu organiſieren.

Dann kam der Krieg und ſtellte die Partei und die Gewerkſchaften vor ganz andere Probleme: Soldatenwerbung, Fürſorge für Kriegerfamilien, Schaffung einer Kriegsinduſtrie, Beteiligung an der Regierung. Der ungeheure Bedarf an Kriegsmaterial ließ ſich jedoch nicht befriedigen, ſolange die Arbeiter an ihre in jahrhundertelangen Kämpfen errungenen gewerkſchaftlichen Rechte und Freiheiten feſthielten: Streikrecht, Beſchränkung der Lehrlings-, Frauen- und Nichtgelernten-Arbeit — Beſchränkungen die der Intenſifikation der Arbeit entgegenwirkten. Unter dem Drucke der Ereigniſſe und der Mandvrierkunſt Lloyd Georges opferten jedoch die Arbeiter ihre beruflichen Rechte und Freiheiten, ſahen aber nach einiger Zeit ein, daß ſie ſich hierdurch den Unternehmern und Behörden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert haben. Es brachen deshalb Streiks aus, und die Befürchtung wurde in Arbeiterkreiſen allgemein, daß die Unternehmer und die Regierung — unter dem Vorwande eines gegen Deutſchland zu führenden Wirtſchaftskriegs — nicht mehr geneigt ſein würden, zum gewerkſchaftlichen status quo ante zurückzutreten. Das Gewerkſchaftsweſen iſt aber die einzige Angelegenheit, die der britiſche Arbeiter als ſolcher wirklich verſteht und für

Digitized by Google

sie zu leiden bereit ist. Das Wachstum und die Erfolge der Arbeiterpartei seit 1900 waren in der Hauptsache dem Umstande zu verdanken, daß von 1900 bis 1906 das Gewerkschaftsrecht durch richterliche Urteile bedroht war. Nachdem das Parlament auf Drängen der Arbeiterfraktion das Gewerkschaftsrecht im Jahre 1907 vollständig außer Gefahr gestellt hatte, trat tatsächlich jene organisatorische Erschütterung der Arbeiterpartei ein, von der oben gesprochen wurde. Nun haben die Vorgänge während des Kriegs abermals zu einer Gefährdung des Gewerkschaftsrechts geführt und die Aufmerksamkeit der Masse auf die Notwendigkeit einer Festigung der Arbeiterpartei gelenkt.

In gleicher Richtung wirkte die Erfahrung Artur Hendersons. Dieser war ursprünglich Sekretär der Hüttenarbeiter und liberaler Wahlagent. Nach Entstehung der Arbeiterpartei wurde er zu einem ihrer ersten Parlamentsmitglieder (1903), dann Parteisekretär, Fraktionsführer, Unterrichtsminister (1915), endlich Kabinettsminister: Mitglied des Kriegskabinetts (1917). Nach Ausbruch der russischen Revolution wurde er als Kriegsmissionar nach Petersburg gesandt, um Kerensky und die Sozialisten für die Sache der Entente, für den Krieg bis an Ende zu erhalten. Petersburg wurde sein Damaskus und er kehrte nach London als Anhänger der Stockholmer Idee, als internationaler Sozialdemokrat, zurück, worauf er von seinen Kabinettskollegen Lloyd George, Curzon und Milner buchstäblich an die Luft gesetzt wurde. Henderson entfaltet seitdem eine streng unabhängige Arbeiteragitation, für eine Festigung der Arbeiterpartei im Zusammenhang mit den Gewerkschaften, um die politische Macht durch die wirtschaftliche zu stützen. Sein Nachfolger im Kabinett, der frühere Sekretär, der Mechaniker Georg N. Barnes, genießt in Arbeiterkreisen bei weitem nicht das Ansehen Hendersons.

Andererseits hat der Krieg die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mit Intellektuellen, mit den Kopfarbeitern, gelehrt, die aber auf Grund der Satzungen kaum Anschluß an die organisierte Arbeiterklasse finden konnten. Wie überall, hat der Krieg auch in Großbritannien bei der Masse ein starkes Interesse für wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen geweckt. Die wachsende Teuerung, die Mängel der Lebensmittelverteilung, die enormen Unternehmergewinne, die beispiellose Zunahme der Frauenarbeit usw. bilden einen ökonomischen Anschauungsunterricht, der auch die härtesten Schädel durchdringt. Die Londoner „Nation" vom 26. Januar 1918 (S. 530) gibt die Ansicht eines Gewerkschaftsführers über den Einfluß des Kriegs auf die Arbeiterbewegung mit folgenden Worten wieder: „Wovon sprechen jetzt die Arbeiter in den Fabriken? Man hört von ihnen nichts mehr über Fußball- und Cricketmatches. Sie sprechen vom Verhältnis zwischen Lohn und Preis, von der Teuerung, von der Teilnahme an der Verwaltung der Betriebe, von der Zukunft des Wirtschaftslebens, — von den Grundfragen der Politik." Nie zuvor hat der Vorstand der Arbeiterpartei so innig mit den Intellektuellen der Fabian

Digitized by Google

Society zusammengearbeitet wie jetzt. Und einzig in der britischen Gewerkschaftsgeschichte steht das Beispiel des Mechanikerverbandes, der 1917 einen Oxforder M. A., den revolutionären Syndikalisten G. D. H. Cole, als wissenschaftlichen Berater anstellte. Die britischen Arbeiter beginnen wieder nach Wissenschaft zu suchen und müssen deshalb Anschluß an die Kopfarbeiter haben.

Schließlich hat der Krieg viele friedensfreundliche Schriftsteller, gebildete Quäker, humanitär gesinnte liberale Politiker ihrer Partei entfremdet und sie veranlaßt, sich der Arbeiterpartei zu nähern. Zu den bekanntesten dieser Männer gehören Massingham (Schriftleiter der „Nation"), Brailsford (weltpolitischer Schriftsteller), J. A. Hobson (Volkswirtschaftler), die Parlamentsmitglieder Trevelyan, Ponsonby, Masson, Outhwaite. Da diese Elemente weder den gewerkschaftlichen noch den sozialistischen Organisationen angehören (ausgenommen Brailsford, der kürzlich der Independent Labour Party [Unabhängiger Arbeiterpartei] beigetreten ist), so ist ihr Anschluß an die Arbeiterpartei vorläufig organisatorisch unmöglich. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verschärft dieses Problem, denn unter den neuen Wählern, insbesondere unter den weiblichen, dürften sich viele befinden, die der Arbeiterpartei beitreten möchten.

Die Partei hatte sich demgemäß mit zwei organisatorischen Fragen zu befassen: Fertigung und schärfere Fassung der Ziele der Partei gegenüber den übrigen Parteien; Erleichterung des Beitritts nichtproletarischer Wähler. Im Herbst 1917 wurde der Entwurf neuer Satzungen unter starker Beteiligung des Ehepaares Webb, den Darstellern der englischen Gewerkschaftsbewegung, ausgearbeitet. Der Entwurf, in der „Times" vom 19. Oktober 1917 veröffentlicht, wurde dem in Nottingham im Januar 1918 abgehaltenen Parteitage vorgelegt, jedoch zur endgültigen Beschlußfassung einer außerordentlichen Programm-Konferenz zugewiesen. Diese Konferenz tagte Ende Februar 1918 in London und nahm den Entwurf, wie der „Manchester Guardian" vom 27. Februar berichtet, ohne wesentliche Änderungen an.

Die neuen Satzungen bedeuten vor allem die Verwandlung der gewerkschaftlich-sozialistischen Partei in eine *sozialistische Partei*. Dann schaffen sie neben den Gewerkschaften, die bislang die organisatorischen Einheiten der Partei waren, *Wahlvereine* für alle Bürger, die sich mit dem Parteiprogramm einverstanden erklären. Die Neugestaltung der Partei erinnert lebhaft an die sonstigen Reformwerke des englischen Volkes. Man zerstört nicht den alten Bau, sondern man baut ihm einen modernen Flügel an: Die alte gewerkschaftliche Grundlage bleibt unversehrt, nur sollen nunmehr auch Wahlvereine gegründet werden, denen sich Gesinnungsgenossen aus allen Klassen der Bevölkerung als Einzelmitglieder anschließen können. Der Parteivorstand, der bislang aus 12 Gewerkschaftsvertretern und 3 Sozialisten bestand und von den betreffenden Organisationen dem Parteitage zur Wahl vorgeschlagen zu werden pflegten, wird jetzt aus 20 Mitgliedern bestehen: 11 von den Ge-

Digitized by Google

werkschaften und anderen Organisationen, 5 von den Wahlvereinen und 4 von den Frauen. Es ist die Pflicht des Parteivorstandes, vor allgemeinen Parlamentswahlen die wichtigsten Fragen darzulegen, um die es jeweilig zu kämpfen gilt und die als Aktionsprogramm anzusehen sind; jeder Parteikandidat soll diese Fragen in seinem Wahlaufruf besonders hervorheben, erst dann darf er andere, ihm am Herzen liegende Fragen hinzufügen, insoweit sie jenen nicht widersprechen. Als Zweck und Ziel der Partei wird angegeben:

1. eine britische Arbeiterpartei zu organisieren und aufrechtzuerhalten, ebenso in allen Wahlkreisen Wahlvereine zu gründen; 2. mit dem Parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses, sowie mit allen ähnlichen Organisationen zusammenzuwirken, um eine einheitliche politische Aktion zu ermöglichen, soweit dies mit den Satzungen und Beschlüssen der Partei in Einklang gebracht werden kann; 3. die von den Parteikonferenzen angenommenen Entschließungen und Grundsätze soweit als möglich zur Durchführung zu bringen; 4. den Kopf- und Handarbeitern die Früchte ihres Schaffens vollständig zu sichern und für deren gerechte Verteilung zu sorgen, auf Grundlage des Gemeinbesitzes der Produktionsmittel und des bestmöglichen Systems der Volksverwaltung und der Beherrschung der Industrien und der öffentlichen Dienste; 5. die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Befreiung des Volkes zu fördern, insbesondere aber derjenigen Personen, deren Lebensunterhalt unmittelbar von ihrem körperlichen und geistigen Schaffen abhängt; 6. mit den Arbeiter-Vereinigungen der Kolonien zusammenzuwirken zwecks Förderung der Ziele der Partei und der Ergreifung gemeinsamer Maßregeln zur Erreichung eines höheren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Niveaus für die arbeitenden Klassen der betreffenden Länder; 7. mit den Arbeiter-Vereinigungen anderer Länder zusammenzuwirken, um die Gründung eines Völkerbundes für Freiheit und Frieden zu fördern und für die Errichtung eines zweckentsprechenden Apparats für die Regelung internationaler Streitigkeiten durch Vermittlung und Schiedsgerichte, sowie für internationale Gesetzgebung, soweit diese durchführbar ist.

Es wäre verfrüht, jetzt über die Haltung und die Aussichten der Partei nach dem Krieg Voraussagen zu machen. Sicher ist nur, daß die Taktik der Partei vor allem von der Frage der Wiederherstellnng des Gewerkschaftsrechts und im allgemeinen von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit bestimmt sein wird.

Solange jedoch der Krieg andauert, ist an eine ernsthafte Opposition der Arbeiterpartei gegen die Regierung nicht zu denken. Die Partei hat gegenwärtig fünf Mitglieder im Ministerium; sie billigt also im allgemeinen die Politik Lloyd Georges. Das hat sich soeben bei der irischen Frage gezeigt. Obwohl die Arbeiterpartei das Selbstbestimmungsrecht der Völker als unbedingtes Kriegsziel betrachtet und es der deutschen Sozialdemokratie aufzuzwingen sucht, stimmte sie für die irische Militärpflicht, der sich das irische Volk widersetzt und nur von einem eigenen Parlamente (Home Rule) anzunehmen gewillt ist. Die Arbeiterpartei handelte in diesem Falle offenbar gegen das Selbstbestimmungsrecht des Völker, indem sie die Iren im Stich ließ.

Digitized by Google

Schweden, Finnland und Deutschland

Von Leonard Ljunglund, Stockholm

Zur Einführung. Die Ostsee ist wieder zum Schauplatz eines Teilstücks der Weltgeschichte geworden, in dem auch wir eine handelnde Rolle spielen müssen. Sie war aus dem Gesichtskreis unserer wirtschaftlichen und politischen Aufgaben gerückt. Der Zusammenbruch Rußlands, die Unabhängigkeitserklärung Finnlands, das Selbständigwerden der baltischen Völker werfen große, verantwortungsschwere Fragen für uns wie für die skandinavischen Völker auf. Wir müssen sie gemeinsam lösen; eine Voraussetzung hierfür ist, daß wir sie gemeinsam klar durchdenken, sie offen in gegenseitiger Achtung erörtern. Heute geben wir einem Schweden das Wort; ihm werden, so hoffen wir, sich Stimmen aus Finnland und Deutschland gesellen. Der Verfasser des Aufsatzes, Leonard Ljunglund, ist Chefredakteur der Stockholmer Tageszeitung „Nya Dagligt Allehanda", einer der schneidigsten Kämpfer der konservativen Partei und einer der fähigsten Tagesschriftsteller der schwedischen Presse zugleich. So stark seine Bewunderung und Achtung vor Deutschland, so lebhaft sein Gefühl für die Zusammengehörigkeit der skandinavischen Völker, insonderheit Schwedens und Finnlands, ausgeprägt ist, so ist er in allem und vor allem Schwede, der mit heißem Herzen eine starke Politik für sein Vaterland ersehnt. Aus dieser Stimmung, die dadurch verschärft wird, daß seine Partei jetzt in der Opposition steht, ist sein Aufsatz geschrieben und zu beurteilen. Philipp Stein

Dürfte man gewissen, einer leicht erklärlichen Mißstimmung entsprungenen Aussagen finnischer Politiker, die in einigen deutschen Zeitungen kommentiert wurden, Glauben schenken, so wäre durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland ein scharfer Gegensatz zwischen diesen Staaten und Schweden entstanden. Die alldeutsche Presse, die während des Krieges oft ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der skandinavischen Völker Ausdruck gegeben hat, dringt offen darauf, daß sich Deutschland durch eine starke strategische Stellung Garantien in der Ostsee schaffen soll. Besonders sei der Besitz der Alandsinseln eine wertvolle Garantie „nicht nur gegen die direkte militärische Anwendung der Inselgruppe, sondern auch gegen die im Laufe des Krieges von den Westmächten mit Schwedens Beihilfe getriebene mißbräuchliche Verwendung der Inseln als Handelsbrücke von Skandinavien über Finnland nach Rußland" („Deutsche Tageszeitung" vom 8. März 1918).

Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß Schweden während des Krieges keine Durchfuhr von Waffen und Kriegsmaterial durch schwedisches Gebiet nach Rußland zugelassen hat und auch die Durchfuhr von anderen Waren nur gegen Kompensation und — wegen der Knappheit der Transportmittel — nur in begrenztem Maße gestattet hat. Auch hat England oft und auf vielerlei Weise seinen Unwillen gerade über das Durchfuhrverbot von für den Krieg notwendigen Artikeln geäußert. Wenn Schweden für seine Prinzipienfestigkeit deutscherseits schon keine Anerkennung findet, so müßte es doch von so ungerechten Angriffen, wie sie die „Deutsche Tageszeitung" unternimmt, verschont bleiben. Auf alle Fälle wäre es zu beklagen, wenn eine starke Partei in Deutschland einen Gegensatz zwischen den skandinavischen Germanen und ihren deutschen Blutsverwandten wünschte. Das wäre nämlich ein Unglück sowohl

Digitized by Google

für Europas kulturelle Zukunft, als auch besonders für die neuen Verhältnisse an der Ostsee. Infolge der Art, mit welcher Schwedens Politik in den letzten Monaten geleitet wurde, sind zwar bedauerlicherweise wichtige Gelegenheiten, die glückliche Entwicklung des Nordens zu fördern, versäumt worden, doch wäre es sicher nicht im Interesse einer klugen und weitsichtigen Staatskunst gelegen, aus unliebsamen Zufälligkeiten dauernde Mißverständnisse und vielleicht bald unerträgliche Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Im Gegenteil: Uns scheint, die Beseitigung von Hindernissen für ein gutes Einverständnis müsse im gemeinsamen Interesse aller derjenigen Deutschen, Finnen und Schweden gelegen sein, die auf ein glückliches Zusammenleben zwischen den Ostseevölkern hoffen. In diesem Sinne sind die folgenden Zeilen geschrieben.

Der Kampf zwischen nationalen und internationalen Idealen hat sich, mehr oder weniger offen, während des Krieges in allen Kulturländern entwickelt. Für denjenigen, der sich etwas eingehender mit diesen Dingen beschäftigt hat, ist es selbstverständlich, daß der Weg zum Übernationalen über das Nationale führen muß und daß gerade in der größten Weltkrise für jedes Volk, das ungeschwächt weiter leben will, nationaler Zusammenhalt und klar gefaßte nationale Ziele eine Notwendigkeit sind. Die großen Massen aber, welche in der Überzeugung leben, daß an dem großen Weltelend ein übertriebener Nationalismus schuld sei, lassen sich in einer kritischen Zeit von den Aposteln des Internationalismus locken, ohne den Wert der Theorien oder die Motive ihrer Verkünder zu prüfen. Auf diese Weise konnte Herr Hjalmar Branting, gestützt auf die Sozialdemokraten, die er fast völlig in seiner Hand hat und verbunden mit den Brüdern Wallenberg, diesen mächtigen Finanzmännern, Herr der Situation werden. Daß aber die liberal-sozialistische schwedische Regierung für ihre passive Finnlandspolitik genügend Anhänger im Lande gefunden ha', kann derjenige, welcher über die Entwicklung der Verhältnisse zwischen Schweden und Finnland im Laufe der Zeit nicht Bescheid weiß, nur schwer verstehen.

Finnland war, wie bekannt, mehr als 600 Jahre ein Teil Schwedens, nahm unter blutigen Opfern an seinen Kämpfen und Erfolgen teil und mußte mehr als jeder andere Landesteil Unsägliches leiden, als die Zeit der Mißgeschicke und der Niederlagen kam. Aber das finnische Volk hat eine zähe Widerstandskraft und vermehrt sich schnell. Noch beinahe hundert Jahre, nachdem die Sonne Karls XII. blutig niedergegangen war, hieß Finnland nach Tegnèrs Wort „der blutige Schild zum Schutz von Schwedens Herz". Zu Napoleons Zeiten benutzte Alexander I. von Rußland Schwedens Notlage, um sich wortbrüchig im Bunde mit dem Korsen Finnland und zugleich — dies gegen den Willen Napoleons — die rein schwedischen und zur Verteidigung Stockholms und des nördlichen Schwedens unentbehrlichen Alandsinseln anzueignen.

Die Entwicklung in Finnland nahm im 19. Jahrhundert eine unerwartete Wendung. Nachdem Elias Lönnrot und andere Forscher die durch mündliche Überlieferung erhaltene finnische Volksdichtung aufgezeichnet und hieraus das Nationalepos Kale-

Digitized by Google

vala zusammengestellt hatten, entstand eine starke finnisch-nationale Volksbewegung, die sich mit leidenschaftlichem Haß gegen die „schwedische Adelsherrschaft" richtete, der man jahrhundertelange Unterdrückung der finnischen Volksseele vorwarf. In Wirklichkeit hatte Schweden Finnland wie jede andere schwedische Provinz behandelt. Seine Bauern und Bürger waren frei, es hatte dieselben Gesetze, dieselbe Sitte und Kultur wie Schweden, nur war die finnische Sprache noch nicht Literatursprache geworden, obgleich bereits 1540 der finnische, von Schweden abstammende Reformationsapostel Mikael Agricola eine finnische Schriftsprache geschaffen hatte.

Die ungerechten Beschuldigungen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts von der sich ausbreitenden finnisch-demokratischen Bewegung gegen Schweden und das Schwedentum gerichtet wurden, riefen in Schweden schmerzliche Überraschung und Befürchtungen hervor, die sich nur zu schnell als wahr erwiesen. Ende des vorigen Jahrhunderts hielt Rußland die Zeit für gekommen, zur Russifizierung von Finnland zu schreiten, und die russische Gefahr näherte sich den schwedischen Grenzen.

Nun zeigte es sich, daß die schwedische Kultur doch Finnlands geistiges Rückgrat war. Die 300 000—400 000 finnischen Schweden — das Land hat über 3 Millionen Einwohner — organisierten den Widerstand gegen die Russifizierung und trieben in Europa wirksame Propaganda für die finnische Sache. Die Gesetze und staatlichen Einrichtungen Schwedens konnten von den Russen nicht beseitigt werden.

Die besten Elemente Schwedens und Finnlands fanden sich wieder in warmer Sympathie. Die Dichter und Künstler aus dem Stamme der hochbegabten finnischen Schweden hatte übrigens Schweden, besonders seine gebildete Jugend, stets sehr geliebt. Leider erstreckte sich aber die Wiedergeburt des kulturellen Einvernehmens zwischen Finnland und Schweden nicht auf die breiteren Massen.

*

Dadurch, daß Finnland sich entschlossen von Rußland freimachte, hat es seinen edlen Freiheitswillen und sein Recht zu leben dokumentiert, durch die Organisation eines kraftvollen Widerstandes gegen die rote Überschwemmung durch die Bolschewiki hat es seinen Willen, Gesetz, Ordnung und Kultur aufrechtzuerhalten, an den Tag gelegt — diesen Willen zu unterstützen kam Schweden zu, denn aus Schweden hatte Finnland jahrhundertelang seine Widerstandskraft gegen das Moskowitertum geschöpft.

Zweifellos hat auch das Ministerium Edèn sich nicht völlig von dem Gefühl freimachen können, daß Schweden durch historische Tradition und nordische Interessen dem finnischen Brudervolk zu helfen verpflichtet ist. Im Geheimen wurden Waffen nach Finnland befördert, im Geheimen bekamen schwedische Torpedobootszerstörer den Befehl, die Transportschiffe des finnischen Jägerbataillons durch die Ostsee zu geleiten, im Geheimen erhielten eine Anzahl schwedischer Offiziere die Erlaubnis, ihre Dienste der gesetzlichen finnischen Regierung anzubieten. Öffentlich aber verweigerte die Regierung den Finnen die erbetene Hilfe. Warum? Zweifellos benutzte Hialmar

Digitized by Google

Branting in diesem Falle seinen Einfluß gegen Finnland. Der Grund hierzu ist ganz sicher in dem Ententefanatismus des Führers der schwedischen Sozialdemokratie und in seiner rätselhaften Feindschaft gegen Deutschland zu suchen.

Gegen den Bolschewismus hat er sich im Reichstag und in der Presse in den stärksten Ausdrücken gewandt. Aber dann verkündigte er, daß Schwedens Arbeiterklasse sich jeder Intervention widersetzen müsse, in deren Verlauf gegebenenfalls die schwedischen Waffen gegen Genossen gerichtet würden, unter denen sich auch Schweden befänden (die letztere Behauptung ist nach zuverlässigen Angaben unwahr).

Aufrichtiger war Herr Branting, als er am 14. März einen Korrespondenten von „Le Temps" folgendes als Hauptmotiv angab: Wenn Schweden sich am Kampf gegen den Bolschewismus beteiligte, so laufe es Gefahr, „in ein militärisches Zusammenwirken mit Deutschland hineingezogen" und so auf Deutschlands Seite in den großen Krieg verwickelt zu werden. Diese Argumentierung wird das strenge Urteil, das Herrn Brantings Handlungsweise verdient, nicht abändern können.

Die passive Politik, welche die Regierung — gegen den Wunsch der Gebildeten — in der finnischen Frage betrieb, war der Alandsbevölkerung gegenüber nicht möglich. Treu sind die Aländer Schweden ergeben. Ihre Deputierten, welche die Botschaft von dem einstimmigen Wunsch der Bevölkerung, mit Schweden wieder vereinigt zu werden, nach Stockholm brachten, wurden in allen Gesellschaftsklassen mit Enthusiasmus empfangen. Die öffentliche Meinung, die auch die Rechte mit Nachdruck vertrat, erzwang die schwedische Hilfsexpedition zugunsten der Bevölkerung auf Aland. Dadurch, daß das Ministerium Edèn es versäumte, die Regierung Finnlands und Deutschlands von der Expedition vorher zu unterrichten, entstand in Deutschland der Verdacht, daß England dahinter stehe, und in Finnland, daß Schweden annexionistische Pläne habe. Der Argwohn Finnlands und Deutschlands war völlig unberechtigt, hat aber trotzdem viel Unheil angerichtet. Keine Partei in Schweden will die Alandsfrage ohne das Einverständnis Finnlands und Deutschlands entscheiden.

Sollte es sich nun erweisen, daß die hitzigen deutschen und finnischen Stimmen recht behalten, die sich einer Lösung widersetzen, wie sie die Bevölkerung Alands und ganz Schwedens diesmal einstimmig wünschen, dann ist ein Ausweg aus dem Gegensatz im Norden zwischen einerseits finnischen, auf Unterstützung durch Deutschland rechnenden Interessen und den skandinavischen Interessen auf der anderen Seite schwer zu finden. Zweifellos hoffen einige finnische Chauvinisten, daß der finnischen Arbeitermasse, wenn der Bolschewismus niedergekämpft sei, mit deutscher Hilfe militärische Disziplin beigebracht werden könnte und daß sie dann durch ein rein finnisches Nationalgefühl zusammengehalten würde. Eine solche Gesinnung hätte aber ganz zweifellos aggressiven Charakter: Sie würde zunächst Finnland schleunigst fennomanisieren (anti-schwedisch machen) und der schwedische Charakter der Alandsinseln wäre dem Untergange geweiht.

Digitized by Google

Im Gegensatz zu Skandinavien würde ein solches Finnland, so stark auch der deutsche Einfluß wäre, früher oder später bestimmt wieder von Osten her infiziert werden. Finnland braucht für seine Zukunft als zivilisierter Staat eine skandinavische Orientierung. Dort sind immer noch die Quellen seiner Kultur. Durch eine Annäherung Finnlands an Skandinavien aber würde der Schwerpunkt des Skandinavismus nach Osten zu verlegt werden. Damit würde Herrn Branting und den übrigen Kräften, welche nebenbei mehr in Norwegen als in Schweden erfolgreich sind, um diesen Schwerpunkt nach Westen zu verlegen, ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Eine spontane finnische und deutsche Anerkennung des Ergebnisses der Volksabstimmung, welches die Bevölkerung Alands in einem Telegramm dem deutschen Kaiser, dem König von Schweden und dem finnischen Senat unterbreitet hat, würde sicher eine Brücke zwischen Schweden, Deutschland und Finnland schlagen, die ein Wunsch aller derjenigen ist, welchen an einem Einvernehmen der Ostseevölker gelegen ist.

Die neuen Steuervorschläge

Von Professor Dr. Franz Eulenburg

Die neuen Steuervorschläge sind gewiß als Kinder der Not zu bezeichnen. Durch die Mehransprüche des Zinsendienstes war ein zu starkes Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben entstanden, dem unter allen Umständen abgeholfen werden mußte. Man hat darum zugegriffen, wo man zunächst erhöhte Einnahmen zu erwarten hoffte, d. h. man hat im allgemeinen an bestehende Einkünfte angeknüpft und die Sätze um ein Mehrfaches erhöht, hat daneben freilich in einigen entscheidenden Punkten Neues geschaffen, indem man beim Branntwein zum Handelsmonopol überging. Nachdem England im Kriege mit weitestem Eingreifen auf dem Gebiete der Steuerpolitik vorgegangen ist, hat man endlich auch bei uns vielfach höchst kräftig zugegriffen. Aber man wird nicht sagen können, daß der Griff allenthalben ein glücklicher gewesen sei. Gewiß darf man die Schwierigkeiten von Reichssteuern nicht verkennen. Der bundesstaatliche Charakter verhindert einstweilen von Reichs wegen den Ausbau der direkten Steuern. Sie sollen den Bundesstaaten vorbehalten bleiben. Offenbar hat der preußische Finanzminister es verstanden, dem Drängen des Schatzsekretärs nach direkten Reichssteuern vorderhand einen Damm entgegenzusetzen. Befremdend muß es trotzdem erscheinen, daß man von der Erbschaftssteuer noch gänzlich Abstand genommen hat. Sie wird eines Tages doch kommen, da sie durchaus gerecht ist und sehr ertragreich gestaltet werden kann. Dafür hätte neben der Fülle von Aufwand- und Verkehrssteuern, die man in Vorschlag gebracht hat, neben der einmaligen Gesellschaftssteuer doch wenigstens eine dauernde direkte Steuer jetzt schon geschaffen werden sollen. Es ist zu wünschen, daß der Reichstag diese Unterlassung nachholt und dafür bei anderen Vorschlägen bremst, bezüglich

Digitized by Google

eine wirksame Nachprüfung eintreten läßt. Denn wir müssen nun einmal damit rechnen, daß der größte Teil der jetzt geschaffenen Steuern dauernd bleiben wird, so groß auch der Wunsch sein mag, sie zum Teil nur vorübergehend zu gestalten. Um so mehr wird man den vorgeschlagenen Steuern dauernden Charakter zuerkennen, als zweifellos ihr Ertrag hinter dem Voranschlag wesentlich zurückbleiben wird.

Die Steuern umfassen vier Gruppen: Getränke (Bier, Branntwein, Wein, Schaumwein, alkoholfreie Getränke, Kaffee, Tee, Kakao 1220 Millionen Mark), Verkehr (Börse, Banken und Post 325 Millionen Mark), Erzeugung (Warenumsatz und Luxus 1200 Millionen Mark) und Gesellschaften (500 Millionen Mark). Im ganzen denkt man auf diese Weise an 3 Milliarden herauszuwirtschaften.

Das Hauptgewicht entfällt also auf die Getränkesteuern. Es scheint durchaus gerechtfertigt, daß man hier einsetzt und die alkoholischen Getränke stärker heranzieht. Bisher war die Belastung in Deutschland verhältnismäßig gering. In England brachten die Steuern auf Tabak und Alkohol vor dem Kriege 1 Milliarde Mark, in Deutschland trotz seiner größeren Bevölkerung nur 630 Millionen Mark; auf den Kopf der Bevölkerung dort 26 Mark, bei uns nur 9 Mark. Wir müssen bedenken, daß bei uns jährlich 4 Milliarden Mark für Alkohol und 1 Milliarde für Tabak ausgegeben werden. Nach dem Voranschlag würde allein der Alkohol, der bisher 440 Millionen einbrachte, künftig 1500 Millionen Mark tragen — vorausgesetzt, daß die Berechnung stimmt. Das scheint aber mit nichten der Fall zu sein. Im Kriege hat der Mangel an Rohstoffen den Verbrauch an Alkohol wesentlich herabgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß wir auch späterhin nicht zu der alten Höhe zurückkehren werden: es fehlen dafür die notwendigen Stoffe. Für die Zeit des Krieges vollends dürfen wir auf keinen Fall jene 1100 Millionen Mark Mehrertrag erwarten. Wenn man damit rechnet, so wird man sich jedenfalls erheblich täuschen. Dann aber muß man die Frage aufwerfen, ob es zweckmäßig sei, im Kriege Steuern vorzuschlagen, von denen es ziemlich sicher ist, daß sie den erwarteten Ertrag nicht bringen werden. Es scheint mir durchaus zu verneinen.

Dabei wird man an sich mit manchen der vorgeschlagenen Formen einverstanden sein. So halte ich das Branntweinmonopol in der vorgeschlagenen Fassung für eine im ganzen glückliche Lösung. Es ist ein Branntweinhandelsmonopol, d. h. aller im Inland hergestellte Branntwein ist zu einem bestimmten Übernahmepreis dem Reich abzuliefern, das die Verarbeitung zu Trinkbranntwein und dessen Verschleiß übernimmt. Der Branntwein-Grundpreis wird von einem Monopolamt im Einvernehmen mit dem Beirate festgesetzt. Dabei soll von jedem Hektoliter Trinkbranntwein 800 Mark an die Reichskasse abgeliefert werden, indem ein Preis von 8000 Mark für den Hektoliter zugrunde gelegt wird: die Abgabe macht also 10 vom Hundert aus. Beim Weine werden 20 vom Hundert des Wertes als Steuer vom Verkäufer bezw. vom Verbraucher erhoben, indem die Steuerfreiheit der stillen Weine

Digitized by Google

aufgehoben wird. Die Biersteuer schlägt insofern einen neuen Weg ein, als sie nicht wie bisher die zur Bierbereitung verwendeten Mengen von Malz und Zucker, sondern das Endprodukt selbst zur Steuer heranzieht — also eine Fertigfabrikat- anstatt Materialsteuer darstellt. Auch diese Form bedeutet an sich einen Fortschritt gegenüber der rohen Besteuerung der Materialien, da sie die Qualitäten schärfer fassen können.

Trotzdem wird man es billig bezweifeln, ob der Ertrag auch nur annähernd in absehbarer Zeit den gewünschten Ertrag ergibt. Man ist bei der Berechnung immer vom letzten Friedensjahr ausgegangen, ohne sich hinreichend klar zu machen, daß Produktionsumfang und Verbrauchsmenge eine wesentliche Änderung erfahren werden, daß auch eine ganz erhebliche Einkommensverschiebung Platz ergriffen hat. Sodann hat man abermals den Zusammenhang mit dem Preise wieder übersehen. Wenn das Preisniveau nach dem Kriege ein soviel höheres als vordem bleiben wird und anderseits die Einnahmen der großen Masse kaum eine entsprechende Erhöhung erfahren werden: dann scheint es ausgeschlossen, daß der Genuß von alkoholischen Getränken auch nur annähernd im früheren Umfange stattfindet. Um so weniger wird das zutreffen, als die Preise allgemein durch die Verkehrsbelastung wesentlich erhöht werden und zugleich eine so hohe Steuer die Getränke selbst noch belastet. Das Swiftsche Steuer-Einmaleins ist wieder einmal vergessen. Man scheint auch übersehen zu haben, daß vor dem Kriege der Alkoholgenuß ganz wesentlich zurückgegangen war. Es läßt sich in keiner Weise annehmen, daß der alte Konsum, von dem die Berechnung ausgeht, so bald wiederum erreicht wird. Man wird das vom allgemeinen volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Standpunkt gewiß nicht bedauern. Aber dann ist eben auch das Einnahme-Soll nicht zu erwarten.

Daß man neben dem Alkohol auch die alkoholfreien Getränke, sowie die Reizmittel, Tee, Kaffee, Kakao heranzieht, ist an sich nur zu billigen. Aber auch hier muß der Betrag mit 50 bezgl. 75 Millionen als durchaus willkürlich erscheinen. Zu der Ersparnis, die der einzelne Haushalt vornehmen muß, wird nicht zur der Verzicht auf Alkohol, sondern auch die stärkere Verwendung von Kaffee-Ersatzmitteln gehören. Wir hatten erst in den letzten Jahren vor dem Kriege jenen starken Kaffee- und Kakaogenuß, auf den wir künftig nicht rechnen können. Sodann aber ist durch den Abgang der Männer überhaupt eine wesentliche Verringerung der Konsumenten von Alkohol eingetreten. Im ganzen werden wir die Heranziehung der Getränke als Massenluxus grundsätzlich billigen, wenn es auch widerspruchsvoll erscheint, daß man gerade jetzt mit diesen Steuern den Anfang macht, wo man sofortige Einnahmen braucht.

Grundsätzlich anders zu beurteilen sind die Verkehrssteuern. Sie belasten die Produktion selbst und verteuern dadurch die Gestehungskosten der Güter, wie die Lebenshaltung im allgemeinen. Nun wird es aber nach dem Kriege vor allem darauf ankommen, die Gestehungskosten möglichst niedrig zu halten. Nur dadurch werden wir imstande sein, die Überschüsse der Volkswirtschaft zu erhöhen, daß wir die Kosten

Digitized by Google

herabsetzen und den Wirtschaftsprozeß so billig, wie es irgend angeht, gestalten. Dem wirken an sich alle Belastungen des Verkehrs wie der Gütererzeugung entgegen, wenn nicht besondere Vorsicht dabei obwaltet. Es kommt ja nicht nur darauf an, fiskalische Einnahmen herauszuschlagen, sondern vielmehr darauf: die Produktivkräfte der Volkswirtschaft so zu stärken, daß sie Überschüsse ergeben. Allerdings wird man bei den Verkehrsakten der Post wie der Eisenbahn den veränderten Geldwert berücksichtigen müssen. Es ist undenkbar, daß alle Güter im Preise steigen, die Selbstkosten sich erhöhen und die Leistungen des Verkehrs davon nicht getroffen werden. Das Verkehrswesen kann von einer allgemeinen Geldwertänderung nicht ausgenommen werden, ohne daß dadurch das Gleichgewicht empfindlich gestört wird. Aus dem Grunde wird die Erhöhung des Paketportes, wie der Drucksachen zu rechtfertigen sein. Ihre Verteuerung entspricht der allgemeinen Geldentwertung. Dabei kann überlegt werden, ob die einzelnen Sätze gerade in dem Ausmaße der Vorlage gestaffelt werden sollen, bei der die Ortstarife, Drucksachen, Pakete, sowie Telegraph- und Fernsprechverkehr empfindlich getroffen werden. Aber grundsätzlich wird man sich dieser Verteuerung des Verkehrs fügen müssen.

Nicht das Gleiche gilt von den Börsen- und Banksteuern. Das neue Gesetz sieht zunächst eine wesentliche Erhöhung der Börsen-Umsatzsteuer vor: Sie bezieht sich vor allem auf die Akiten, aber auch die anderen Papiere, ja sogar die Kriegsanleihe werden mit $^2/_{10}$ bezgl. $^1/_{10}$ von Tausend herangezogen. Eine Neuerung bedeutet die Besteuerung der Geldumsätze, indem bei den Banken die Passivzinsen je nach der Höhe mit $^1/_2$ bis 4% zu Steuer herangezogen werden. Man rechnet aus diesen Steuern insgesamt ein Ergebnis von 200 Millionen Mark, von dem der Löwenanteil auf die Effekten-Umsatzsteuer fällt. Auch hier wird man unter allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten grundsätzlich die Erhöhung und scharfe Heranziehung des Geld- und Kapitalverkehrs gutheißen können, da die starke Geldentwertung in Rechnung gezogen werden muß. Empfindlich wird sie vor allem bei den Aktien, wo sie 3 vom Tausend beträgt. Es ist zu erwägen, daß nach dem Kriege ein Kapitalmangel besteht und wir gerade für die Intensivierung der Volkswirtschaft neue Kapitalien brauchen. Durch die neuen Sätze tritt eine wesentliche Verteuerung des Kapitals ein. Sie hält sich bis jetzt im ganzen noch in den Grenzen, die erträglich erscheinen. Man wird es jedenfalls vermeiden müssen, den Weg der österreichischen Aktienbesteuerung zu betreten, die so unheilvoll und industriehemmend gewirkt hat. Wir brauchen eine Förderung, nicht eine Hemmung der kapitalistischen Entwicklung.

Zweifelhafter ist schon die Bankabgabe. Man hat den Scheckstempel glücklich abgeschafft, um den Bankverkehr zu fördern und führt nun statt dessen den Geldumsatzstempel wieder ein, der auf dasselbe hinausläuft, wenn er auch zweckmäßiger erhoben wird. Da wir eine zunehmende Banktätigkeit für Ersparnis an Barmitteln brauchen,

Digitized by Google

weiter auch für die Hebung der Kreditfähigkeit Bankverbindungen unerläßlich sind, erscheint diese Neuerung nicht unbedenklich. Ob überhaupt diese Börsen- und Banksteuern den erhofften Betrag einbringen werden, muß nach den Erfahrungen, die man vor dem Kriege gerade auf diesem Gebiete gemacht hat, sehr fragwürdig erscheinen.

Am bedenklichsten erscheint die Warenumsatzsteuer. Sie ist im vorigen Jahre neu eingeführt und wird jetzt von 1 vom Tausend auf 5 vom Tausend erhöht. Es sollen auch die Leistungen aus beruflicher Tätigkeit des Arztes, Anwaltes, Schriftstellers herangezogen werden. Es handelt sich also um eine erweiterte Produktionsabgabe auf alle Lieferungen und Leistungen. An einem Beispiel wird in der Anlage berechnet, daß ein bestimmter Bekleidungsgegenstand, der sechs Hände durchläuft durch die Erhebung in den einzelnen Stadien nur um $2^1/_2$ vom Hundert verteuer wird. Es scheint so, als wenn diese Belastung als unerheblich angesehen werden könne. Auch erfreut sich die Umsatzsteuer in weiten Kreisen der Kaufmannswelt großer Beliebtheit, weil sie scheinbar leicht getragen wird und bei den früheren niedrigen Sätzen wenig belangreich erschien. Aber einmal ist die Verfünffachung der Sätze doch recht erheblich. Sodann wird die Verteuerung sich weit stärker bemerkbar machen, als angenommen wird. Es ist nämlich übersehen, daß von den Rohstoffen und Halbmaterialien und ein Teil in die Fertigprodukte eingeht, daß aber auf den Vorstadien bereits die volle Steuer entrichtet werden muß. Es ist nicht zu vergessen, daß auch der Verkauf der Altmaterialien rückwärts durch die Besteuerung verteuert wird, und daß der Preis aller Hilfsstoffe sich ebenfalls erhöht. Das hat jenes Beispiel leider vergessen. Endlich aber pflegen solche Überwälzungen auf dem Wege bis zum Endprodukt sich meistens zu vermehren. Deutschlands industrielle Stärke beruhte zum nicht geringen Teil auf seiner weitgehenden Arbeitsteilung und der daraus sich ergebenden Spezialisation der Betriebe. Den Weg, den ein Wäschestück oder ein Bekleidungsgegenstand vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zurücklegt, ist weit größer, als in jenem Beispiel angenommen wird, zumal eben alle Hilfsmaterialien ebenfalls von der Steuer erfaßt werden.

Die Warenumsatzsteuer läuft auf eine wesentliche Verteuerung aller Gebrauchsgegenstände hinaus. Sie erfaßt die einzelnen Objekte ganz verschieden, in ihrer Gesamtheit muß sie aber den ganzen Verbrauch aus empfindlichste treffen. Das ist vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt durchaus schädlich. Wir werden ohnehin mit hohen Warenpreisen und vermindertem Einkommen weiter Schichten zu rechnen haben. Die Lebenshaltung wird ganz wesentlich erschwert sein. So muß das Bestreben sich darauf richten, die Preise zu verbilligen und die Gestehungskosten der Produkte niedrig zu halten. Nur auf diese Weise läßt sich der innere Markt heben, die Lebensführung erleichtern, die Produktivkraft der Volkswirtschaft stärken. Dem wirkt die Warenumsatzsteuer entgegen. Besonders verhängnisvoll muß diese Steuer aber unsere Ausfuhr beein-

Digitized by Google

flussen. Auf sie sind wir nach dem Kriege noch mehr angewiesen, wie vordem. Wir vermögen die fremden Märkte nur dann zu beherrschen, wenn wir relativ wohlfeil verkaufen. Verteuern wir von vornherein die Produktionskosten durch eine Warenumsatzsteuer, so wirken wir dem entgegen und schädigen dadurch unser ganzes Wirtschaftsleben. Oder die Industriellen müßten durch die Einführung von hohen Schutzzöllen die Preise auf dem Innenmarkt so steigern, daß sie auf dem Weltmarkte unterbieten können. Selbst wenn der Betrag von einer Milliarde dabei herauskommen sollte, so würde doch diese wirtschaftliche Schädigung um so stärker wirken. Die Steuer sollte in dieser Form unter keinen Umständen Gesetz werden.

Anschließend hat man nach englischem Vorgang eine Reihe von Produkten, wie Edelsteine, Antiquitäten, Musikwerke, Vergnügungsfahrzeuge, Pelzwaren durch eine besondere Luxussteuer noch besonders herangezogen. Die Sätze werden 10—20 Prozent betragen. Es mag im einzelnen schwer sein, jedesmal zu bestimmen, was als „Luxus" betrachtet werden kann. Aber man wird im ganzen den Gedanken der Luxusbesteuerung grundsätzlich anerkennen, ohne etwa alle Einzelheiten schon für richtig zu halten brauchen. Ebenso erscheint die einmalige Erhebung der Kriegssteuer gerechtfertigt; sie wird eher noch auszubauen sein. Der Vorschlag bezieht sich einstweilen nur auf die Gesellschaften, die bis zu 60 Prozent des Mehrgewinnes herangezogen werden sollen, während die Einzelpersonen noch leer ausgehen. Freilich erscheint die Berechnung des Ertrages von 500 Millionen Mark wenig begründet, und es müssen genauere Unterlagen geschaffen werden, als die Vorlage es tut.

Man hat sonach das Schwergewicht der neuen Steuern durchaus auf Verbrauch und Verkehr gelegt. Wie aber eingangs gezeigt worden ist, muß es ausgeschlossen erscheinen, daß sie im Kriege bereits die errechneten Beträge einbringen. Zudem trägt ein Teil der Steuern, soweit sie den Verkehr betreffen, durchaus einen hippokratischen Zug und dürfte im Frieden der Übergangswirtschaft mehr schaden, als die Einnahmen betragen; dazu gehört vor allem die Warenumsatzsteuer. Sie dürfte den erhofften Betrag kaum ergeben, sondern weit dahinter zurückbleiben. Dafür hat man die direkten Steuern sich gänzlich vorbehalten. Vor allem sind die Erbschaften ganz unberührt geblieben, obwohl sie künftig für das Reich unter allen Umständen herangezogen werden müssen. So wird das Urteil über die neuen Steuern nicht allenthalben günstig ausfallen, und es bleibt dem Reichstag vorbehalten, hier seinerseits erhebliche Verbesserungen vorzunehmen.

Digitized by Google

Über berufsständische Vertretung

Von Dr. Schmidt-Gründler

Die Umgestaltung des preußischen Herrenhauses hat den Gedanken einer berufsständischen Vertretung neu aufleben lassen. Der Regierungsentwurf hat ihn selber aufgenommen, indem er für Grundbesitz, Handel, Industrie und Handwerk nicht weniger als 156 Sitze vorsieht. In der Tat: das Volk besteht aus Berufsständen — was scheint also näher zu liegen, als daß seine politische Vertretung sich auf ihnen aufbaut? Trotzdem gibt es kaum einen ungeeigneteren Weg als diesen!

Zunächst schon deshalb, weil er in Wirklichkeit kaum gangbar ist. Ist es doch heute — man schämt sich, die Binsenwahrheit auszusprechen — einfach unmöglich, eine gerechte Vertretung des Volkes nach Berufsständen aufzustellen. Und an einer ungerechten kann uns doch nichts liegen! Treitschke, der gelegentlich auch an eine derartige Vertretung als ein Heilmittel gegen die Gebrechen des jetzigen Parlamentsbetriebes gedacht hat, bekennt in seiner „Politik" (Bd. II, S. 178) wehmütig:

„Die Berufsstände gehen heutzutage so kraus und bunt durcheinander, daß eine feste Grenzlinie als Norm für Wahlgesetze zu finden unmöglich ist ... Heute ließe sich ohne Künstelei kein System einer rein ständischen Vertretung mehr durchführen."

Und Oberbürgermeister Schleusener (Brandenburg) — um einen lebenden Zeugen anzuführen — sagt hierüber (im „Tag", Nr. 28 d. J.):

„Eine Berücksichtigung aller Stände und Berufe ist bei der ungeheuren Vielseitigkeit unseres Volks- und Wirtschaftslebens unmöglich. In dem lebhaften Strom dieses Lebens verschwinden alte Berufe oder werden in ihrer Bedeutung von anderen überholt. Die Festsetzung des Vertretungsverhältnisses in der Kammer würde daher in keinem Zeitpunkt der Wirklichkeit entsprechen!"

Die erste Wirkung des jetzigen Entwurfes war denn auch naturgemäß, daß sich eine Anzahl von Berufsständen in höchster Entrüstung meldete, die sich übergangen glaubten: die Ärzte, die Hausbesitzer, die Gemeindebeamten, die Handarbeiter, die Presse usw. Allen Berufen kann man nicht eine Vertretung gewähren. Denn sonst würde kein Parlament dabei herauskommen, sondern ein Ungeheuer mit mehreren tausend Köpfen! Man müßte sich also auf die wichtigsten Berufe beschränken. Welche Berufe sind aber die wichtigsten? Niemand vermag das gerecht zu entscheiden! Noch unmöglicher, die Zahl der Vertreter an die einzelnen Berufsstände gerecht zu verteilen. Eine derartige berufsständische Vertretung war eben nur im Mittelalter mit seinen festgeregelten, dauerhaften Ständen gut möglich. Sie war zur Not auch noch möglich im 17. und 18. und etwa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie war, wenigstens in gerechter Form, jedoch im Zeitalter des Dampfes nicht mehr möglich, und ist es erst recht nicht mehr im Zeitalter der Elektrizität!

Aber auch wenn diese Quadratur des Kreises gelänge, die Lösung wäre kein Gewinn. Denn das Parlament soll keine Interessentenversammlung sein; es soll vielmehr aus

Digitized by Google

Männern bestehn, die das Vertrauen genießen, daß „sie in jedem Fall, unbeirrt durch Sonderinteressen, die für das Staatswohl beste Lösung finden".

Diesen Satz verteidigen heißt, um einen Ausdruck Dahlmanns zu gebrauchen, das politische Einmaleins verteidigen. Entweder vertreten die aus berufsständischen Wahlen Hervorgegangenen in erster Linie die Belange ihrer Berufsstände, dann taugt das nichts für das Staatswohl. Oder sie tun das nicht, dann hat das Wahlverfahren seinen Zweck verfehlt, denn es soll ja ausgesprochenermaßen vor allem die Belange der einzelnen Berufsstände zur Geltung bringen. Also so oder so: die Zusammensetzung einer Kammer nach berufsständischen Wahlen bleibt immer verkehrt[1].

Die Geschichte hat dies sattsam bewiesen. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sich die ständischen Versammlungen zu allen Zeiten als die Vertreter einer eigennützigen, kurzsichtigen, engherzigen, kümmerlichen, filzigen Sonderpolitik erwiesen. Ob man das alte Deutsche Reich, ob man das Königliche Frankreich, ob man Polen, Kur-Brandenburg, Sachsen, Holland, Dänemark usw. nimmt — es ist immer dasselbe Bild: die Stände scherten sich im allgemeinen den Teufel um das Staatswohl, sondern dachten vor allem an ihre kleinlichen Sonderbelange.

Darüber hilft auch die allgemeine Entwicklung des Staatsgefühls nicht hinweg. Berufsgruppen verfolgen fast ausschließlich berufliche Belange und haben sehr wenig Sinn für selbstlose Zwecke. Wer das nicht glaubt, der gehe hin und versuche es einmal, z. B. eine Versammlung von Brauern vom Segen der Enthaltsamkeit zu überzeugen oder auch nur eine Versammlung von Hutmachern vom Nutzen des Barhäuptiggehens! Er wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Menschen, im Grunde genommen, noch heute dieselben sind wie vor Jahrhunderten. Wo immer Leute desselben Standes oder Berufes zusammen tagen, da sehen auch noch heute, trotz aller fortgeschrittenen „Bildung", 90 vom Hundert die ganze Welt mehr oder weniger durch ihre Standes- oder Berufsbrille an — das zeigt ja fast jeder Beschluß einer beliebigen Versammlung von beliebigen Standes- oder Berufsgenossen! Und ist eigentlich fast selbstverständlich.

Das mag schon sein, werden die Verteidiger der berufsständischen Wahlen erwidern. Aber dies Wahlverfahren entspricht nun einmal der natürlichen Gliederung des Volkes in Stände und Berufe. Es wäre doch widersinnig, wenn diese Gliederung nicht auch in der Volksvertretung zum Ausdruck käme! Gewiß wäre es das. Man braucht aber gar nicht bange zu sein, daß die Belange der einzelnen Stände und Berufe nicht gewahrt bleiben, wenn die Wahlen zur Volksvertretung nicht auf berufsständischer

[1] Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß für den Fall einer mäßigen Beimischung von berufsständisch Gewählten bei den Verhandlungen einer Ersten Kammer nichts als Unsinn herauskommen müßte. Sondern nur, daß diese Wahlart sehr mangelhaft ist und daß es daher keinen Sinn hat, bei einer Neugestaltung der Ersten Kammer einen großen Teil ausgerechnet nach diesem mangelhaften Verfahren wählen lassen zu wollen — das Beste sollte doch auch für die preußische Erste Kammer gerade gut genug sein!

Digitized by Google

Grundlage, sondern auf irgendeiner anderen, sogar wenn sie einfach nach der Kopfzahl (wie beim gleichen Wahlrecht) erfolgen. Auch für diese Fälle — wir brauchen ja nur an den Reichstag zu denken — beweist bekanntlich die Erfahrung, daß die Belange der einzelnen großen Berufsstände: der Landwirte, der Kaufleute, der Gewerbetreibenden, der Handarbeiter, recht kräftig zur Geltung gelangen. Ja, nach der Ansicht vieler Einsichtiger sogar zu kräftig! Man denke doch z. B. nur an die Verhandlungen des Reichstages über die Korn- und sonstigen Zölle unter Caprivi und Bülow. Die Leidenschaftlichkeit, mit der sie geführt wurden, sollte doch eigentlich auch dem hartnäckigsten Verfechter des berufsständischen Wahlverfahrens die Augen darüber geöffnet haben, was wir erst zu erwarten hätten, wenn dies Verfahren für alle unsere Volksvertretungen oder auch nur für die Ersten Kammern eingeführt würde.

Wir wollen hier keine eigenen Neuerungsvorschläge vortragen. Es mag nur angedeutet sein, daß sich unsrer Ansicht nach für Erste Kammern am meisten die Wahl auf der Grundlage der Selbstverwaltungskörper empfiehlt. Denn diese würde nicht trennend wirken, sondern einigend. Denn in demselben Maße, wie die verschiedenen Berufsstände das Volk in verschiedene Gruppen mit verschiedenen Belangen trennen, so führt die Selbstverwaltung alle Berufe, Stände und Klassen des Volkes zu gemeinsamer Tätigkeit am Ganzen: an Gemeinde, Kreis, Provinz und zuletzt am Staat zusammen.

Der Glaube an die Nation

Von Alwin Saenger, München

„Man muß den Mut haben, an die Zukunft seiner Nation glauben zu wollen." Friedrich List

Am 31. Dezember des Jahres 1848 schrieb Friedrich Hebbel in sein Tagebuch: „Alle Erbfehler unserer Nation stehen wieder in voller Blüte; hie Welf, hie Ghibelline. Mich wundert nur, daß in dem Körper eines Deutschen Einigkeit herrscht, daß sich nicht das Herz gegen den Kopf, der Arm gegen das Bein empört. Zu einem imponirenden, wohl gegründeten Staatsbau werden wir es wohl nicht bringen, das ist unmöglich, wo jeder Stein Schlußstein werden will." Rückschauend auf die Ereignisse in den Wochen und Monaten der jüngsten deutschen Vergangenheit erinnern wir uns dieser Worte, wenn es dem Deutschen unserer Epoche beifällt, die Kraft seines Denkens und seiner Liebe einer Erörterung der weltpolitischen Zukunft des Vaterlandes zu leihen.

Hie Welf, hie Ghibelline! Vermutung und Verdächtigung. Behauptung und Dementi. Notwendigkeit des Redens und verworrene Schweigsamkeit. Krise und Harmonie. Zivil und Militär. Persönliches und allzu Persönliches. Nein, es waren, es sind nicht mehr die notwendigen und darum gesunden Triebkräfte eines Kampfes, ohne den Entwicklung nicht leben kann; es war polititischer Wirrwarr; es war alte,

Digitized by Google

deutſche Politik. Wer möchte den ſelten erbitterten Kampfruf, der durch die politiſche deutſche Welt ertönte und heute noch — zu ſtärkerer Wiederholung bereit — nachklingt, in einer Polemik wider Einzelperſonen fortpflanzen, da die Grundbedingung eines notwendigen Aufſtiegs unſerer Parteipolitik in der, durch ſtrengſte Selbſtdisziplin noch zu erwerbenden Sachlichkeit enthalten iſt. Es mag in den Zeiten begreiflicher Erregung und raubbauartiger Abnutzung der Nervenkraft ſchwer ſein, mit dem Führer einer „Annexionslokomotive“ über die Notwendigkeit eines Nikolsburger Friedens zu debattieren. Aber es muß gehen, wenn Politik mehr als Gewandheit perſönlicher Dialektik, mehr als Parteipolemik, wenn ſie wirklich Staatskunſt ſein ſoll. Von der perſönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn von Reventlow und meines früheren Parteifreundes Haaſe bin ich gleichermaßen überzeugt. Sie ſind des Glaubens, der unbeweisbaren Wahrheit am nächſten zu ſtehen; und darum achte ich ſie. So möge denn auch die Betrachtung über die Urſache jenes deutſchen Wirrwarrs und ſeiner Bewertung im Angeſichte unſerer weltpolitiſchen Zukunft nicht bei einer parteipolemiſchen Erörterung ſtehen bleiben, ſondern unter Hinnahme der deutſchen Kampfesart, wie ſie heute lebendig iſt, zu der Frage nach dem Glauben an die Nation vorwärts ſchreiten.

Einer das Weſen der Sache überſehenden Behauptung entgegenzutreten, erſcheint uns die nächſte Pflicht. Auch in den anderen kriegführenden Staaten — ſo wird der Einwand lauten — ſtoßen die politiſchen Kräfte des Landes in heftigſtem Streit aufeinander, ja erſchüttern die Fundamente des Staatsbaues bis auf den Grund. Die Richtigkeit dieſes Satzes zugegeben, obwohl das Staatsweſen unſeres engliſchen Hauptgegners heute noch ſicher weit geſchloſſener, dank den kapitaliſtiſchen Inſtinkten der engliſchen, arbeitenden Klaſſen daſteht, als das unſere: der Unterſchied, der einen Vergleich hier ausſchließt, beruht in der Gegenſätzlichkeit der militäriſchen Lage. Der Entente iſt reichlich Kriſen- und Konfliktsſtoff in ihrer ſchweren Niederlage und der völligen Ausſichtsloſigkeit des Weltkrieges für ihre Ziele gegeben, in Deutſchland ſteigt der innere Kampf bis zur Siedehitze verzweiflungsvoller, mißmutigſter Heftigkeit in der Stunde ſeiner weltgeſchichtlichen Geburt. In dem Verteidigungskampfe dieſes Weltkrieges treten wir zum erſtenmal in der Menſchheitsgeſchichte als politiſch geſchloſſene Großmacht auf. Die Probe völkiſcher Sittlichkeit und Kraft haben wir beſtanden, wie es keinem Volke je gelang. Und jetzt, da Staatskunſt den Sieg unſeres Volkes vollenden ſollte, ſind wir zueinander wieder die deutſchen Brüder in hartnäckigſter Fehde. Deutſche Schwäche in den Augenblicken, wo unſere Sehnſucht den Beginn eines deutſchen Zeitalters in der Geſchichte begrüßt. Unklarheit des Willens, da ein neuer Abſchnitt der Weltkunde beginnt: das iſt's, was den Patrioten ergreift und ihm unfaßbar erſcheinen will. Wir haben der Welt Unendliches gegeben; ohne die Taten unſerer Vorfahren und des lebenden Geſchlechts wären die Völker arm.

Digitized by Google

Wir sind der Kultur das Volk der Denker und Dichter, die „wie des Himmels Glanz immer und ewiglich leuchten werden". Aber unsere politische Geschichte ist tatenarm und nicht einmal gedankenvoll. Von Armins Ende bis zur Paulskirche war deutsche politische Kraft zentrifugal. Soll deutsche Weltmacht sich nur im Kaisertraum der Hohenstaufen, in der dynastischen Allmacht des spanisch-habsburgischen, kaiserlichen Karl erschöpfen? Soll der Tiefe unseres geschichtlichen Lebens nur ein geistiges und sittliches Element für die allgemeine Kultur entquellen? Sollen wir ewig ein unpolitisches Volk bleiben? Wird der Sonne deutschen Pflichtgefühls höchster persönlicher Verantwortung und deutscher Individualität stets der Schatten auflösenden Zwiespalts folgen? Wo ist die Wirkung, wo die Ursache? Ist's ein Übel, das seit der Lichtung des Chaos dem deutschen Wesen eingeboren wurde als ursprünglichster nationaler Fehler und ward dieser die Ursache unseres mangelnden politischen Sinns; oder konnte der Mangel nur fühlbar werden durch die nationale Zerrissenheit eines Jahrtausend, war diese — durch andere Umstände bedingt — die Ursache von jenem? Hindert die Bürde eines wirklichen, für immer auferlegten Erbfehlers uns daran, Führer an der Wende eines Zeitalters zu sein, oder ist es nur die Untugend unserer weltpolitischen Jugend? Werden wir uns die weltgeschichtliche Zukunft, die wir im Besitz halten, auch erwerben, um sie zu besitzen?

Wir dürfen die Frage bejahen; wir leiden an den Jugendfehlern unserer nationalen Kindheit. Wäre es anders, wir müßten verzweifeln und der Glaube an Deutschland erstürbe für immer. Das deutsche Wunder des großen Krieges, die Selbstbehauptung des Reiches gegen Meer und Kontinent, geschah, weil wir zu Größerem bestimmt sind. Erhebt euch nur einmal über den engen Raum der kämpfenden Parteidoktrinen und schauet Ziel und Zweck dieser Jahre unter der größeren und freieren Perspektive des kommenden Jahrhunderts. Daß wir als junger Staat weltgeschichtliches Denken und Fühlen bald lernen möchten!

Braucht der Sozialist, dem alle Geschehnisse der Kriegsjahre die Richtigkeit seiner wirtschaftlichen und politischen Auffassungen beweisen, zu versichern, daß ihm, in Übereinstimmnng mit den Worten der August-Thronrede: Uns treibt nicht Eroberungssucht, eine „öde Weltherrschaft" nicht Gegenstand seiner Hoffnung ist? Muß er nicht aber auch mit freiem, unabhängigem Blick für Entwicklungen und Tatsachen erkennen, daß die Versöhnung und spätere Verbrüderung der Menschensöhne nur über den Weg des nationalen Staates einst erreicht wird? Wir treten in eine Zeit des verstärkten Nationalismus — nicht Chauvinismus — ein, es würde denn die Ansicht für richtig befunden, daß in den unerhörten Gewalttaten des heutigen Groß-Rußland der Freiheit und des allgemeinen Glückes Offenbarung für den morgigen Tag liegen. Vielleicht jedoch findet gerade die heutige russische Macht durch den Nationalismus ihrer eigenen Völker das Ende. Wenn dem so ist, und zum Ende des Krieges

Digitized by Google

der Gedanke an eine Erstarkung und Durchsetzung nationaler Selbständigkeit und Eigenart an Bedeutung gewinnt, dann müssen wir uns fragen, welche geschichtliche Aufgabe unserer Nation obliegt. Sie, die durch ihren heutigen nationalen Freiheitskampf für ein selbständiges Dasein und dessen Entwicklung siegreich ihrer Weltmacht das Leben schuf, kann ein weltgeschichtliches Zeitalter deutschen Geistes nur schaffen, wenn sie den Gründen ihres eigenen Handelns treu bleibt. Der Glaube an die Nation lebt zu stark in einer deutschen Seele, als daß wir nicht allem inneren Kampf zum Trotz die Überzeugung einer großen, deutschen Zukunft und ihrer Voraussetzungen besäßen.

Niemals hatte ein Volk in der Geschichte die unendliche Fülle von Möglichkeiten, sich die Welt durch den Frieden zu erobern, wie heute das deutsche; in offenen Händen wird ihm die Führerschaft des Kontinents entgegengetragen. Englands nach brutalen Raubmethoden erworbenes Imperium hat im Weltkriege den entscheidenden Riß bekommen, Frankreich seine Großmachtstellung endgültig verloren, auch wenn wieder die bourbonischen Linien der phrygischen Mütze eingestickt würden, und Rußland wird für absehbare Zeit die ganze Kraft der staatlichen Reorganisation zu widmen haben. Der deutsche Sieg hat es zu Wege gebracht. Durch ihn besitzen wir unsere weltgeschichtliche Zukunft. Die Friedenshoffnung bleibt so lange nur eine Hoffnung, weil eben auch der Verständigungsfriede der Völker ein Ausdruck dieses deutschen Sieges ist; denn die deutschen Kriegsziele, mit denen wir in den Kampf getreten, können in den Verständigungsfrieden als Grundlage der Freiheit eines jeden Volkes übernommen werden, für die Staaten der Entente aber ist der Verständigungsfriede ein Verzichtfriede für alle, aber auch alle ihre Ziele! Unentrinnbar vollzieht sich durch unsere militärische Tatkraft dieses Schicksal der feindlichen Koalition. Schuf je die Waffe einem Reich die gleiche Gelegenheit, einer neuen Zeitepoche seinen Namen zu geben? Aber die es nicht glauben wollen, daß dieser Krieg eine ungeheuere Revolution in der menschlichen Entwicklung ist, daß neue Ideen und Prinzipien sich durchzusetzen mit Entschlossenheit beginnen, werden ihre Belehrung durch Tatsachen finden. Den englischen Methoden der Welteroberung wird in diesem Krieg das Urteil gesprochen, wie den französischen Raubgelüsten; die russische Expansion der Gewalt liegt am Boden. Nie wird die eigene Tüchtigkeit der Nation wieder eine solche Stunde schenken, die Welt moralisch zu gewinnen, die lebensnotwendige Grundlage unserer Zukunft. Gebrauchen wir unsere Macht nur dazu, um den Ideen einer heraufsteigenden Zeit zu dienen, so wird die Geschichte uns einst nicht nur das größte, sondern auch das klügste Volk nennen, denn wir verstanden, uns die dauerhafteste Grenzsicherung zu schaffen. Das deutsche Zeitalter hebt an, wenn wir als Sieger die Weltpolitik des Reiches auf dem Kantschen Pflichtbegriff stabilieren. Zu welcher Höhe steigt der deutsche Gedanke in der

Digitized by Google

Welt! Welche Aufgabe für einen Staatsmann, der mit unbeirrbarem, eisernem Willen seine Aufgabe erfaßt und verkündet, die gefeierten, sittlichen Anschauungen der klassischen Großen eines Volkes mit der Weltmacht zu einer unlösbaren Einheit zu fügen; welche Aufgabe, durch eine solche Weltpolitik die arbeitenden Klassen dem nationalen Vaterlande endgültig zu gewinnen!

Der Glaube an die Nation zieht seine heiligende Kraft aus ihren Taten dieser Jahre. Die deutsche Nation wird durch Wirrwarr und Tagesnot den Weg zum Zeitalter des Deutschen finden, eingedenk, „daß die deutsche Würde immer unangefochten bleiben werde, denn sie ist eine sittliche Größe, wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist".

Notizen

Hammanns „Erinnerungen". Der frühere Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Otto Hammann, hat in der Muße, die ihm jetzt gegeben ist, ein Stück seiner politischen Erinnerungen niedergeschrieben, die unter dem Titel „Der neue Kurs" bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen sind. „Der neue Kurs" — das heißt, die Regierungsjahre Wilhelms II. nach Bismarcks Entlassung; der Begriff ist geschichtlich nicht so geschlossen wie etwa jener andere, die „neue Ära", die Wilhelms I. Anfänge bis Bismarcks Ministerpräsidentschaft bezeichnet. Wann hört er auf? Mit Caprivis Ausgang, mit Marschalls Abschied, mit Hohenlohes Ende, mit Bülows Aufstieg? Es ist fraglich, ob dies Wort geschichtlich sich durchsetzen wird. Bei Hammann umfaßt es etwa die Zeit der Caprivischen Kanzlerzeit; nicht aber von ihm, der sich mehr als Vollstrecker, denn als politischer Schöpfer fühlt, sondern vom jugendlichen Kaiser der sozialpolitischen Erlässe und der neuen Einstellung zur Weltpolitik hat der Begriff Inhalt und Richtung erhalten.

Hamman ist durch Caprivi aus der Arbeit eines klug beobachtenden Tagesschriftstellers, des Berliner Korrespondenten einiger wichtiger Provinzzeitungen, herausgeholt worden, um die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes auszubauen. Der wenig entwickelte Zustand, in dem bis zum Kriegsbeginn die Leitung der deutschen Presse in Fragen der auswärtigen Politik sich befand, die ungenügende Ausnützung ihrer auf Freiwilligkeit und Vertrauen beruhenden nationalen Wirksamkeit verrät nicht eben eine stark organisatorische, aktive Kraft — jener Übergang von der internationalen Politik der Ämter und Diplomaten zu der von Presse, Parlament, Volksstimmung, der die Zeit des Jahrhundertwechsels kennzeichnet, ist nicht eben in großer Weise gespürt worden. Aber von diesen intimen Fragen, die Hammanns eigene Leistung berühren, ist in dem Buch wenig oder nicht die Rede. Er zeigt sich als Beobachter, als Zuschauer aus der Nähe; wenig erfährt man von den Aufgaben und Leistungen, die mit dem eigenen Amt zusammenfielen.

Das zeigt die Bedeutung und die Grenzen des Buches. Sein eigentlicher Sinn ist eine politische und menschliche Ehrenrettung Caprivis, und das gibt der Arbeit nicht nur ihren gewissen

Digitized by Google

Reiz, sondern auch ihre Art von aktueller Bedeutung. Denn die Geschichtschreibung über die Kriegsursachen, die über die letzten paar Jahre der Einkreisungspolitik hinausgreift, pflegt jetzt bei Caprivi zu beginnen, und auf seine Person senkt sich, wegen Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags, alle Schuld. Hammann wird hier zum Verteidiger, einmal indem er ausführlich feststellt, daß der neue Kanzler die auswärtige Politik zunächst seinen Räten überließ, und unter diesen Holstein seine fast ungehemmte Wirksamkeit ausübte; dann aber auch, indem er andeutet, daß der Vertrag über den Balkan Abmachungen enthielt, die heute noch nicht bekannt, für Österreich-Ungarn schwer erträglich sein mußten. Bekanntlich wird man darüber ja immer streiten, ob das Doppelverhältnis Berlin-Wien und Berlin-Petersburg eben nur einem diplomatischen Spieler wie Bismarck möglich war und deshalb für eine normale, mittelbürgerliche Politik zu gefährlich, d. h. auf die Dauer „falsch" konstruiert war, wird sich nicht einigen können, ob das französisch-russische Bündnis, das ja seit der Mitte der siebziger Jahre im Anzug war, automatisch doch gekommen wäre, von Bismarck nur verzögert wurde, aber auch von ihm nicht völlig hätte gebannt werden können. — Hammanns Gesamthaltung geht darauf aus, die Ablösung von Rußland, die ja aber dann doch nicht konsequent durchgehalten wurde, zu rechtfertigen. Bloß wirkt auch seine Beweisführung, da sie im Entscheidenden, in dem Zusammenhang mit der Balkanpolitik mehr Andeutung als Material enthält, nicht völlig schlüssig. Um so überzeugender sind jene Stellen, da Hammann Caprivis Verdienste um die Militärfragen beschreibt und das Helgoland-Abkommen ins richtige Licht rückt.

Das Buch ist locker geschrieben, aber nicht eben sehr klar disponiert in dem Neben- und Durcheinander von Anekdote, Sachbeitrag und Reflexion. Dadurch wirkt es nicht einheitlich. Aber doch ist der Gesamteindruck charakteristisch genug — eine peinlich böse Atmosphäre jene Zeit, da Bismarcks Kampf gegen seinen Nachfolger die Nation in der Tiefe aufwühlt und in den Ämtern Mißtrauen und Intrige schleicht. Jene wüsten Prozesse, Tausch, Lützow, Schumann, deren Gedächtnis die Zeit längst verwischt, werden wieder lebendig — die Nähe, wo große Geschichte gemacht wurde, ist nicht erhebend. Unfreiwillig werden Hammanns milde, etwas lässige Betrachtungen zu einer sehr herben Kritik. Th. H.

Ein englisches Gibraltar in der Ostsee. Wie stark England auf die estländische Küste spekuliert, geht aus folgendem Zitat der estnischen Zeitung „Eesti Teataja" vom 13. Februar 1918 hervor: „In letzter Zeit ist noch ein Liebhaber des Baltenlandes erschienen. Dieser ist England, welches stets von einem Gibraltar an der baltischen Küste geträumt hat, solange Großbritannien Kolonialpolitik betrieben hat. Ihm fehlte ein Anlaß, um bei der Umwälzung im Zarenreiche mit einzugreifen. In England glaubte man immer, Rußland wolle den Gedanken Peters des Großen, Indien zu besitzen, verwirklichen. Wenn auch England einem direkten Kriege aus dem Wege ging, hat es doch im Bunde mit Japan viel zur Entstehung des russisch-japanischen Krieges beigetragen. Durch den japanischen Krieg sollte Rußlands Einfluß im fernen Osten beseitigt werden, damit auf diese Weise Indien außer Gefahr sei.

Digitized by Google

Teilweise gingen Englands Wünsche in Erfüllung. Rußland wurde geschwächt, blieb aber immerhin als Drohung bestehen.

Dann beschritten die englischen Imperialisten einen anderen Weg. Eine große Gefahr drohte von seiten Deutschlands und man versuchte sich mit Rußland zu befreunden. Jetzt aber, wo das neue Rußland von keinen Eroberungen etwas wissen möchte, ist die baltische Frage in England wieder akut geworden. Es will durch einen Stützpunkt an der baltischen Küste Deutschlands Einfluß brechen und gleichzeitig Schweden, Finnland und Rußland von zwei Seiten bedrohen. Diese Drohung wäre gleichbedeutend mit einer Sklaverei für die Bewohner Rußlands, besonders der baltischen Provinzen. Wenn es England möglich gewesen wäre, hätte es schon längst seine Flotte in das baltische Heer geschickt, aber Deutschland läßt das nicht zu."

Es liegen aber noch weitere Zeugnisse aus der estnischen Presse vor, die Englands emsige Arbeit unter den Esten belegen. In Nr. 6 der „Paewaleht" z. B. wird angeregt, bei Kirchen Meetings zu veranstalten, um „das Volk von der immer weiter um sich greifenden Sympathie für deutsche Ordnung zu warnen". Ferner traten englische Emissäre durch estnische Vordermänner gedeckt, mit dem Wunsche hervor, Grundbesitz in Estland zu erwerben (wie es heißt, sollten dafür 90 Millionen Rubel ausgeworfen worden sein). Als ihnen das, infolge der Absage des deutschen Groß- und des estnischen Kleingrundbesitzes nicht gelang, brachten sie wenigstens eine ansehnliche Menge Obligationen und Schuldverschreibungen der Güter durch Ankauf in ihre Hände.

Wenige Tage vor Einmarsch der deutschen Truppen in Estland war auf Betreiben der englischen Botschaft von englisch orientierten städtischen Kreisen Revals eine der selbständigen Republik Estland gegründet worden, über die ein Spezialtelegramm des „Paewaleth" vom 15. Februar meldet: „Wie uns aus Petersburg telegraphiert wird, haben die Botschafter Englands und Frankreichs von ihren Regierungen eine amtliche Mitteilung erhalten, die Selbständigkeit Estlands, wenn diese Selbständigkeit durch die gesetzlichen Organe ausgerufen werden wird, als gültig anzuerkennen." An die Spitze der estnischen Republik, die drei Tage vor Einmarsch der Deutschen gegründet wurde, traten unter anderem Päts, Wilms und Konik, drei Revaler Esten, die zum Kreise der Anglophilen in Reval unter Tönnisson und Poska gehörten. Letztere hatten schon Anfang Februar mit Sir Lindley, als Vertreter der englischen Botschaft in Petersburg, Verhandlungen geführt. Daß die englische Orientierung unter den Esten so um sich greifen konnte, lag daran, daß der bolschewistische Terror bei allen Esten die Notwendigkeit einer völligen Trennung von Rußland aufgezeigt hatte. Daß der Abschluß des Waffenstillstandes das Schicksal Estlands mit Stillschweigen überging, warf die deutschfreundliche Stimmung unter den Esten stark zurück. Der anfänglich kleine Kreis von Esten, der seit der russischen Revolution von einem freien Estland träumte, gewann damals nicht nur in städtischen Kreisen Anhänger. Die bäuerlichen Massen hofften zwar nach wie vor auf deutsche Hilfe, aber auch sie begannen mit England zu rechnen. Das

Digitized by Google

ging deutlich aus der Deputation des estnischen Kleingrundbesitzes hervor, die sich Mitte Februar durch die russischen Linien hindurchgeschlichen hatte, um im Auftrage ziemlich des gesamten estnischen Bauernstandes Deutschland um Hilfe anzuflehen. Aber auch sie sah sich genötigt, hinzuzufügen, daß sich das estnische Volk, falls die deutsche Hilfe ausbleiben sollte, in Englands Arme werfen würde. Wie schon oft in dieser Zeitschrift betont ist, handelt es sich bei der baltischen Frage nicht um ein deutsches „Entweder" und ein russisches „Oder", sondern um die Freiheit der Ostsee unter dem Schutze der Anrainer oder um ein englisches Gibraltar in der Ostsee. A. S.

Die Erklärung der finnländischen Landtagsfraktion gegen die Rote Garde. „Dagbladet" schreibt am 28. März aus Helsingfors u. a. folgendes: Der Aufruf, den sozialistische Mitglieder des Landtages zur Veröffentlichung im „Fria Ord" gegeben haben, hat folgenden Wortlaut: „Der Parteirat der sozialistischen Partei (das höchste administrative Organ der Partei) trat am 20. Januar der Aufforderung des Partei-Ausschusses zufolge zusammen, um Mitglieder der Roten Garde für die Parteikomitees zu wählen. Der Parteirat nahm die Wahlen der Mitglieder vor in der Hoffnung, daß die Roten Garden den Parteikomitees besser gehorchen würden. Gleichzeitig beschloß der Parteirat, daß eine Vertretung sämtlicher Kommunen während des Februar-Monats in Helsingfors zu Besprechungen zusammentreten solle, bei denen auch die Ansichten der Minoritäten in Betracht gezogen worden sollten. Eine Parteiversammlung sollte dann im Mai anberaumt werden, um Neuwahlen vorzunehmen. Aber das durch Vertreter der Roten Garde verstärkte Parteikomitee beschloß an Stelle der Einberufung der vorgenannten Versammlungen den für das ganze Land und hauptsächlich für die sozialdemokratische Partei so unglücklichen Staatsstreich, der dann am 27. Januar ausgeführt wurde. Keine sozialdemokratische Parteiversammlung hatte einen ähnlichen Staatsstreich oder eine Rote Diktatur beschlossen. Allerdings wurde etwas Ähnliches von einigen Vertretern in einer außerordentlichen Parteiversammlung im November vorgeschlagen, aber es fand nur äußerst geringe Unterstützung. Im Gegenteil kam man in dieser Parteiversammlung darin überein, daß, wenn die sozialdemokratische Landtagsgruppe oder der Parteirat es für nötig hielte, Mitglieder der Partei in den Koalitionssenat (d. h. Regierung) eintreten sollten. Als der Staatsstreich durchgeführt wurde, wurde die sozialdemokratische Landtagsgruppe überhaupt nicht gefragt und der Parteirat erst eine Woche nach dem Staatsstreich zusammengerufen, um über die Angelegenheit zu beraten. Jeder, der bei dieser Sitzung gewagt hätte, sich in irgendeiner Weise zu widersetzen, wäre das Opfer eines Bajonetts geworden. Dieser Staatsstreich ist nicht nur gegen den Willen der vom Volke durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Vertretung, dem Landtag, in Szene gesetzt worden, sondern er ist auch ein Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Partei selbst gewesen. Da die Redefreiheit vollständig beschränkt worden ist, liegt hierin die Ursache, daß die Angelegenheit nicht an die Öffentlichkeit gekommen ist, obgleich zur Partei Personen aller Gesellschaftsklassen und Richtungen gehören. Diese haben an dem Gang der Ereignisse nicht teilgenommen, sondern erklärt, daß der Staatsstreich mißglücken würde,

Digitized by Google

und versucht, sich selbst und die vertretenden Mitglieder von dem Unternehmen fern zu halten."

Die beiden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Blomquist und Piisinin haben in der Zeitung „Ilkka" einen scharfen Protest gegen die Irreführung der sozialdemokratischen Volksmassen durch die einseitige Berichterstattung im offiziellen Parteiorgan „Työmies" erhoben. Sie beklagen sich darin zunächst über die starke Machtstellung, die die Zeitung „Työmies" in der sozialdemokratischen Partei hat. Die genannte Zeitung, sagen sie, hat die Hauptschuld an der Irreführung der Arbeitermassen. Sie betonen, daß die Sozialdemokraten mit ihrer großen Stimmenzahl im Landtage Gelegenheit gehabt hätten, demokratische Reformen durchzusetzen, aber dieses paßte den Helsingfors-Sozialisten nicht. Diese wurden durch das im Lande befindliche russische Militär und die niedrigsten Elemente der menschlichen Gesellschaft auf die Gewaltsbahn gebracht. Der Verbrüderung dieser Elemente erstickte den letzten Rest des Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem eigenen Volke, das der finnländische Arbeiter in diesen düsteren Zeiten noch übrig hatte. Den Arbeitern wurde erzählt, daß man sich ebenso in Finnland, wie es in Rußland bereits geschehen war, die Macht mit Gewalt aneignen müsse. Man berücksichtigte nicht, daß die Verhältnisse in unserem Lande ganz andere sind wie in Rußland. Die Stimmen, die sich bei uns für die Förderung der Sache der Arbeiter auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung erhoben, wurden als Unterstützung der Herrschaft der Bürger gestempelt. Trotz der drohenden Hungersnot sollte unser Land zu einem Versuchsobjekt für utopistische Träume gemacht werden. Die Arbeiter wurden mit russischen Waffen ausgerüstet. Die Folgen hiervon ließen nicht auf sich warten. Bewaffnete Raubzüge, zahlreiche Morde und Straferpeditionen und endlich der Bürgerkrieg waren die Ergebnisse.

Sobald der Terror der Roten Gardisten durch die Weiße Garde und die Landung der deutschen Truppen beseitigt war, haben die besonnenen Elemente in der Sozialdemokratie unter Tanner, Valpas und Wuolijoki die Oberhand gewonnen. Damit wird die von uns in Nr. 14. der „Deutschen Politik" gegenüber Dr. David aufgestellte Behauptung, es handle sich in Finnland nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern um eine durch den Maximalismus in Rußland ausgelöste anarchistische Bewegung, bestätigt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Die beste Auskunft über die Kriegsschauplätze
bietet das

E. von Seydlitzsche

Handbuch der Geographie

26. Bearbeitung des „Großen Seydlitz"

Unter Mitwirkung von Studienrat Professor Dr. O. Clauß, Univ.-Professor Dr. E. Friedrich u. Professor Dr. R. Reinhard herausgegeben von Professor Dr. E. Oehlmann

Mit 525 Bildern, Textkarten u. Figuren, 27 Kunstbildern u. 3 farbigen Karten. 966 Seiten. 1914.
Gebunden 8,75 M.

Die politische und physische Erdkunde sowie die Handelsgeographie sind erschöpfend behandelt. Das Wirtschaftsleben der Völker wird bis zum Beginn des Weltkrieges ausführlich dargestellt. Auf Jahre hinaus werden zuverlässige Anhalte über Statistik, Handel und Verkehr nicht vorliegen, und so wird sich nach Friedensschluß lediglich eine Berichtigung der politischen Geographie nötig erweisen. Dafür ist ein Ergänzungsheft vorgesehen, das die Besitzer der 26. Bearbeitung des verhältnismäßig sehr billigen Handbuchs — dem ein Gutschein beigefügt wird — kostenlos nachgeliefert erhalten.

Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau VI, Königsplatz 1
Königliche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902
Organ für die Interessen der Börse, des Handels,
der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409). Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Technische Glasartikel

AUTO-LICHT-ENTWICKLER
„DANIEL"

Wer im Kriege gelitten

hat, ob körperlich, geistig oder finanziell, braucht deswegen nicht verzagen. Der Krieg hat so gründliche Veränderungen hervorgerufen, daß jeder, der den festen Willen hat, etwas zu leisten, sich auch eine entsprechende Stellung in der Welt sichern kann. Gar mancher, der durch körperliche Schäden genötigt war, seinen Beruf zu ändern, ist durch diese Notwendigkeit erst darauf aufmerksam geworden, daß er auf einem anderen Gebiete viel Besseres leisten, viel mehr verdienen und mehr innere Befriedigung fühlen kann. Die wenigsten Menschen gelangen ja auf Grund sorgfältiger Prüfung ihrer Fähigkeiten zu ihrem Beruf. Will man das, so muß man alle diese Fähigkeiten erst entwickeln, um sehen zu können, welche am meisten leisten kann. Diese Entwicklung und Prüfung können Sie heute noch vornehmen und Ihr künftiges Leben darnach einrichten, denn heute stehen viele Bahnen offen, die vor dem Kriege mit sieben Riegeln verrammelt waren.

Bei sehr, sehr vielen ist der Geist durch die Länge des Krieges mit seinen Strapazen abgestumpft worden, und sie betrachten nicht nur die Kriegsjahre als verlorene Jahre ihres Lebens, sondern sehen mit Schaudern der Zukunft entgegen, weil sie sich dem Wettbewerb nicht mehr gewachsen fühlen. Diesen allen kann geholfen werden. Eine Klinge kann im Gebrauch stumpf und schartig werden, aber durch den Schleifstein kann sie nicht nur ihre frühere Schärfe, sondern noch eine viel bessere bekommen, wenn die frühere den Höchstgrad nicht erreicht hatte. Der Schleifstein allein tut es aber nicht, es bedarf der kundigen Hand eines erfahrenen Fachmannes, die nicht alle Klingen nach derselben Schablone schleift, sondern jede für sich nach ihrem Härtegrad, ihrer Bestimmung usw. behandelt.

Alle diese Bedingungen für die bestmögliche Entwicklung Ihrer geistigen Fähigkeiten, Ihres Willens und Charakters finden Sie in einem Unterrichtskurs (auch brieflich) in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Sie erhalten dabei nicht nur die gedruckten Lehrhefte, sonden auch einen lebendigen Unterricht, indem Ihnen die Erfahrung eines Vierteljahrhunderts an die Hand geht und Sie sicher von Stufe zu Stufe führt, wobei Ihr besonderer Fall jede Berücksichtigung finden kann, was bei einem toten Buche unmöglich ist. Verlangen Sie heute noch den Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen) von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

lesen Sie ihn sorgfältig durch und Sie werden zur Überzeugung gelangen, daß Sie das gefunden haben, wonach Sie lange gesucht haben.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 545
Rohrbach, Deutschland und die Ukraine 547
Hashagen, Zur Datierung der Conventions Anglo-belges 551
*** Agrarreform in Preußen! 554
Kolbe, Voraussetzung und Wert des deutschen Kolonialreichs 558
Thimme, Rathenau als Publizist 565
Linter, Die Berliner Banken 570
Notizen/Neuerscheinungen 573

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang | 3. Mai 1918 | Heft 18

Gustav Kiepenheuer/Verlag/Weimar/Berlin

Soeben erschien das 25. bis 27. Tausend

A. Damaschke:
Volkstümliche Redekunst

Erfahrungen und Ratschläge

96 Seiten Preis Mk. 1.40 Porto 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

1. Von der Bedeutung der Redekunst
2. Von der Anwendung der Redekunst

A. Fleiß und Begabung. B. Der Stoff. C. Die Gliederung. D. Der Ausdruck. E. Das Aneignen. F. Der Vortrag.

3. Von der Vollendung der Redekunst

Professor Dr. Waldemar Zimmermann in der „Sozialen Praxis": Es ist Damaschke nicht genug zu danken, daß er uns auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen. – Legationsrat Dr. v. Schwerin in der „Deutschen Zeitung": In glänzender, zum Teil humorvollen Weise wird hier alles das erzählt, was dem Redner gefährlich werden kann, was alle Redner beachten müssen. – Dr. Potthoff in den „Volkswirtschaftlichen Blättern": Ein treffliches Büchlein, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, sowohl des Inhalts wie der Form wegen; denn es bietet das beste Beispiel für das, was es lehren will: den Willen zur Tat wecken. – Generalsekretär Tews in der „Volksbildung": Das Büchlein enthält mehr, als sein Titel verspricht. – Dr. K. Schmidt in den „Münchener Neuesten Nachrichten": Wenn dieser gewandte und kenntnisreiche Redner Ratschläge über volkstümliche Redekunst erteilt, bedarf dieses Werk keines Wortes der Empfehlung.

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21 068)

Digitized by Google

3. Jahrgang • 3. Mai 1918 • Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die politischen Familienbriefe des Kaisers Karl und das etwas beklommene Gefühl, daß aus der Umgebung der Familie Parma-Bourbon mit ihren internationalen Beziehungen und Ehrgeizen noch manche Überraschung kommen könne, haben auf die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns einen eigentümlichen Druck ausgeübt. Die deutschen Parteien sind tief verstimmt, und das so loyale Herrenhaus will in einer offenen Kundgebung den Monarchen in die Sphäre eines strengen Konstitutionalismus zwingen. Ihre Aktionen enden einstweilen mit allgemeinen Redensarten des Ministerpräsidenten von Seidler und mit der Schadenfreude der slavischen Opposition. Das ist wenig erfreulich. Aber es hat doch die Nebenwirkung, daß gegenüber der etwas läßlichen Auffassung politischer Verantwortlichkeiten ein strafferer Geist nach innen und außen sich meldet. Die Wirrnis der vergangenen Wochen schafft in einer breiteren Schicht ein klareres Bewußtsein über die mitteleuropäischen Verpflichtungen der Donaumonarchie.

*

Selbst Bismarck, als er sich 1865 in Bad Ischl mit der Sängerin Pauline Lucca photographieren ließ, kam in ein Trommelfeuer (sagen wir heute) von hämischer sittlicher Entrüstung, und er mußte sich in schwerem Ärger gegen die schmutzige Phantasie der Leute wehren, die aus der Umgebung des „Reichsboten" über ihn zu Gericht saßen. Gottlob ist unsere Geschichte sonst ziemlich unbelastet von den Bemühungen, Privatstank zu erfinden und aufzuwühlen, um politische Gegner zu werfen. Der Beginn der 90er Jahre, später die Krupp-Affäre und die Peters-Geschichten sind üble Erinnerungen. Wir überlassen es dem Prozeßverfahren, festzustellen, was zu den alldeutschen Angriffen auf Herrn von Kühlmann zu sagen ist. Auszusprechen ist nur, daß es die schlimmste Verwilderung politischer Polemik ist, einen Staatsmann in kritischer Stunde vom Vertrauen der Heimat vollends absprengen zu wollen und der Welt den Anreiz zu tollstem Gelächter zu geben. Die Bukarester aber müssen sich ordentlich seltsam vorkommen, daß sie den Hintergrund einer Sittlichkeitsentrüstung zu bilden haben.

*

Digitized by Google

Es gibt auch Heimstrategen im Heere — dieser Gedanke muß einem kommen nach den Proben aus dem Soldatenkatechismus, die der Abgeordnete Noske im Reichstage verlesen hat. Gerade an uns, die wir stets für unser Volk in Waffen gegenüber den Verunglimpfungen von feindlicher und Mißverstehen von neutraler Seite eingetreten sind, ist es, mit aller Entschiedenheit dagegen zu protestieren, daß alldeutsche Kraftausdrücke und innerpolitische Verhetzung in die geschlossene Front unserer kämpfenden Truppen hineingetragen werden. Hier muß die „Schwatzbude" zeigen, daß sie auch Fraktur reden kann, nicht nur um ihrer selbst, sondern auch unserer Soldaten wegen, die in diesen Tagen schwersten Ringens solche Belästigungen doppelt anwidern müssen.

*

Nachdem im Osten für Deutschlands europäische Sicherstellung vor russischem Drucke gesiegt worden, wird jetzt im Westen für Deutschlands Weltgeltung gekämpft. Professor Ehrenberg hat dafür folgende glänzende Formulierung gefunden:

„Mitteleuropa allein wäre nur ein vergrößertes Österreich — das um Belgien vergrößerte Deutschland nur ein vergrößertes, zugleich schwer belastetes kleineres Deutschland. Beides wäre unser Unglück. Nur die afrikanischen Ziele, nicht um ihres wirtschaftlichen Wertes, denn die finden sich bis zu einem gewissen Grade auch bei den anderen, sondern um ihrer machtpolitischen Bedeutung, können uns retten."

Englands Vorherrschaft zur See kann aber nicht durch den Besitz der flandrischen Küste, sondern durch das Ausbrechen Ägyptens aus der englischen Weltmacht beseitigt werden. Mit diesem Gedanken begegnet sich Ehrenberg mit Rohrbachs Auffassung, der seit Beginn des Krieges auf die Bedeutsamkeit des ägyptischen Problems hingewiesen hat.

*

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung", die seit einiger Zeit nicht nur pazifistische, sondern auch bolschewistische Töne anzuschlagen liebt, hat kürzlich die Frage aufgeworfen, ob die Antwort Hertlings an die baltische Deputation noch mit dem Brest-Litowsker Frieden vereinbar sei. Auf diese Frage gibt ein englisches Blatt „Common Sense" eine klare Antwort, wobei es die Beweggründe der deutschen Regierung für ihr Eingreifen im Baltenlande als durchaus verständlich hinstellt:

„Vom nationalistischen Standpunkt aus ist das Schicksal der baltischen Provinzen schwer zu entscheiden. Wir wissen, daß Trotzki vor zwei Monaten in Brest-Litowsk die Desannexion zurückgewiesen hat als einen Versuch, die brutalen annexionistischen Ansprüche mit dem Feigenblatt der Demokratie zu bekleiden; aber wir wissen auch, daß seine Abneigung gegen den deutschen Plan sich nicht so sehr auf seine Achtung vor dem Nationalitätenprinzip gründete, als auf seine Hoffnung, daß das Proletariat in den baltischen Provinzen sich gegen die Gutsbesitzer und besitzenden Klassen erheben möchte, wie es die Bolschewiki in Großrußland getan haben. Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips aus ist es schwer, das Schicksal dieser Provinzen zu bestimmen. Die herrschenden Klassen jedoch und die herrschende Kultur in Estland, Livland und Kurland sind seit Jahrhunderten in erster Linie deutsch. Die besitzenden und Handelsklassen riefen die Deutschen zu Hilfe, um sie vor dem Bolschewismus zu retten. Als in Indien Tausende von britischen Untertanen durch die steigende Flut der Anarchie eingeschlossen waren, da sandten wir Kräfte, um ihnen zu helfen und hätten das getan, selbst wenn Indien nicht unter britischer Herrschaft und Souveränität gestanden hätte. Sollten wir uns daher entrüsten, weil die deutsche Regierung, die den Bolschewismus mit denselben Augen ansieht wie unsere eigene Regierung, zur Unterstützung der deutschen Besitzer an Rußlands Grenzen Hilfe sendet?"

Digitized by Google

Deutschland und die Ukraine

Von Dr. Paul Rohrbach

Im Reichstage bei uns ist neulich die Äußerung gemacht worden, die Verhältnisse in der Ukraine seien so, daß auch der Reichstag anfangen müsse, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nach dem Zusammenhang sollte das bedeuten, die Verhältnisse seien nicht erfreulich. In der Tat liegen Schwierigkeiten vor, aber sie sind nicht von anderer Natur, als gleich anfangs zu erwarten war.

Als wir den Friedensvertrag mit der Ukraine schlossen, da wußte man, daß die maßgebenden ukrainischen Parteien sich zum Sozialismus bekannten. Die Ukraine wollte los von Rußland, aber weder die führenden Schichten des ukrainischen Volkes, noch die Bauern waren unberührt geblieben von der radikalen sozialpolitischen Entwicklung des russischen Lebens in der Zeit vor der Revolution. Die stärkste ukrainische Partei nannte sich die sozial-revolutionäre, worin zum Ausdruck kam, daß vor allen Dingen die Besitzverhältnisse am Grund und Boden zugunsten der Masse umgestaltet werden sollten. Auch der ukrainische Bauer forderte Land, und dies Verlangen wurde ihm von den politischen Führern um so bereitwilliger zugestanden, als die Großgrundbesitzer Volksfremde waren, Polen in der westlichen, Russen in der östlichen Ukraine. Das Programm der „Sozialisierung des Grund und Bodens" bedeutete also zugleich die Beseitigung zweier dem ukrainischen Staat und dem ukrainischen Volkstum feindlicher Elemente, und begreiflicherweise hat das viel dazu beigetragen, dem „sozialrevolutionären" Grundsatz freie Bahn zu schaffen.

Dazu kam auf dem flachen Lande noch ein Weiteres. Die bäuerliche Masse in der Ukraine ist sehr ungebildet. Das Schulwesen stand hier besonders niedrig, weil die russische Regierung mit Absicht nirgends so wenig dafür sorgte, wie in der Ukraine. Der ukrainische Bauer hat einen guten Kern, einen besseren, tüchtigeren als der großrussische, aber in seiner Unwissenheit ist er natürlich auch roh und leicht zu verführen. Als nun die Welle des Bolschewismus von Rußland her heranrollte und überall bolschewistische Agitatoren erschienen, auch ukrainische Soldaten von der Front und aus Petersburg in ihre Dörfer zurückkehrten und die Grundsätze des Bolschewismus dort in ihrer wildesten Form bekannt machten, da fanden sie natürlich damit bei einem Teil der Masse, namentlich bei den Besitzlosen, lebhaften Anklang. Der Bolschewismus auf dieser Stufe ist nicht etwa ein politisches Prinzip, ein Gedanke über irgendeine Art von Neuordnung der menschlichen Gesellschaft, sondern er ist einfach Plünderungsfreiheit. Wenn jemand sieht, daß ein anderer mehr besitzt, besser angezogen ist, besser wohnt und dergleichen, so ist ihm nach dieser Art von bolschewistischer Auffassung schon ein Freibrief gegeben, jenen zu „enteignen".

Es leuchtet ein, daß auf diese Weise hier und da anarchische Züge in den allgemeinen Zustand des Lebens auch in der Ukraine kamen, und ebenso klar ist es, daß die ukrai-

Digitized by Google

nische Regierung sich hüten mußte, gleich anfangs allzu scharf gegen die Massen vorzugehen. Sie war auch materiell gar nicht dazu fähig, weil ihr vorläufig noch alle Mittel fehlten; aber auch wenn sie es einigermaßen gekonnt hätte, so hätte sie doch vorsichtig sein müssen, um nicht die Besitzlosen, die für staatliche Fragen ohnehin nicht viel Verständnis hatten, von der ukrainischen Sache abfallen zu machen und den bolschewistischen Machthabern in Rußland Anhänger in der Ukraine zu liefern. Die Bolschewisten waren und sind gegenüber den Besitzlosen und Begehrlichen immer noch imstande, die ukrainischen Behörden zu überbieten, und das ist einer der Hauptgründe dafür, daß die Ukraine eine klug und taktvoll gewährte bewaffnete Hilfe von unserer Seite braucht. Es stecken überall im Lande, namentlich in den großen Städten mit ihrer Industriebevölkerung und ihrem Proletariat nicht ukrainischer, sondern großrussischer Herkunft, starke bolschewistische Nester. Man braucht nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, wie leicht es unter diesen Umständen für die Bolschewisten ist, das Volk, namentlich die Bauern, gegen die deutschen Truppen aufzuhetzen und den Bauern einzureden, die Deutschen kämen nur dazu ins Land, um dem Volk sein Recht auf das Land der Großgrundbesitzer, das die Bauern meistens schon unter sich verteilt haben, zu nehmen. Hierzu kommen nun noch einige Schwierigkeiten besonderer Art, von denen drei die bedeutendsten sind.

1. Auf dem Lande in der Ukraine ist nach übereinstimmenden Nachrichten noch eine Menge Getreide vorhanden, aber die Bauern wollen es nicht verkaufen, wenn sie nicht die Möglichkeit erhalten, für das Geld ihre Bedürfnisse nach Gebrauchsartikeln aller Art zu befriedigen. Russisches Papiergeld verschiedener Ausgaben besitzt der ukrainische Bauer soviel wie nie vorher. Es stammt größtenteils von den Lieferungen her, die er der Regierung und der Heeresverwaltung gemacht hat. Er kann aber mit diesem Gelde nichts anfangen, weil er beim Krämer in seinem Dorf und beim Kaufmann in der Stadt nichts dafür zu kaufen bekommt. Er will Stiefel, Hemden, Hosen, Tabak Schnaps, Pflüge, Sensen, Kopftücher, Kochkessel, Nägel usw. kaufen, aber das alles gibt es nicht mehr oder nur in verschwindend geringen Mengen zu unerhörten Preisen. Wenn man in jedes Dorf einen Hausierer mit einem Wagen voll Bedarfsartikel für die Bauern und Bäuerinnen schicken könnte, so wäre es leicht, eine Menge Getreide zu bekommen, sei es direkt im Tausch gegen die Waren, sei es für Geld, das man den Leuten gibt, und das sie dann gleich ausgeben können. Es liegt aber auf der Hand, wie schwer es für uns ist, die Ukraine mit Waren zu versorgen. An Kleidung, Stoffen und Leder sind wir selbst arm. Eisenwaren und sonstige Gebrauchsgegenstände können wir an sie liefern, auch sollte es möglich sein, verschiedenes aus dem neutralen Auslande an Tauschwerten herzuschaffen. Wie es heißt, ist Österreich in manchem von der Ukraine begehrten Artikel auch noch etwas besser versorgt als wir, und mit Rücksicht auf die vielen Hilfen, die wir den Österreichern geleistet haben, sollten diese es auch möglich finden, mit uns zusammenzugehen. Es bleiben aber immer noch viele

Digitized by Google

Schwierigkeiten. Wahrscheinlich ist etwas Zeit darüber vergangen, bis man sich bei uns darüber klar wurde, wo das Haupthindernis für den Bezug des Getreides lag, und bis die Verkehrsmittel, vor allem die Eisenbahnen, halbwegs in Ordnung gebracht wurden. Auch heute noch kann nicht davon die Rede sein, daß der Verkehr in der Ukraine schon richtig arbeitet. Außerdem ist wohl zu begreifen, wenn namentlich die untergeordneten Stellen es nicht verstehen wollen, weshalb der ukrainische Bauer für Geld (auf die Währungsfrage, die sehr schwierig liegt, wollen wir hier noch gar nicht eingehen) kein Korn hergeben will. Der Bauer seinerseits sagt sich, daß das Korn der einzig wirkliche Wert ist, den er besitzt, während alles andere unsicher erscheint.

2. Die Persönlichkeiten und Parteien, aus denen die ukrainische Regierung besteht, sind vielfach noch selbst in der Entwicklung begriffen und erscheinen daher unsicher. Ein Teil der leitenden Männer ist ohne jede Vorbereitung auf verantwortliche staatliche Tätigkeit in hellem sozialpolitischen Idealismus und Radikalismus voll Begeisterung ans Werk gegangen, im Glauben, wenn nur erst die großen Grundsätze der politischen Freiheit der Ukraine und der allgemeinen Reform im „sozialrevolutionären" Sinne verkündet seien, so würde die Durchführung keine großen Schwierigkeiten machen und schon irgendwie glücken. Revolutionen pflegen nicht von Graubärten, sondern von jungen Leuten gemacht zu werden, und junge Leute haben selten praktische staatspolitische Erfahrung und wissen selten mit Verwaltungstechnik und was dazu gehört Bescheid. Der ganze Apparat der Staatsverwaltung, so schlecht und innerlich minderwertig er zur russischen Zeit auch war, hat früher doch gearbeitet. Durch die Revolution aber, die ja die Ukraine zunächst noch gemeinsam mit dem übrigen Rußland erlebte, ist er zerschlagen. Nun stellt sich heraus, daß keine rechten Organe vorhanden sind, um von den Zentralstellen auf die Kreise und auf die Gemeinden zu wirken. Man kann Verordnungen machen, aber es fehlt noch größtenteils die Exekutive, um für ihre Durchführung zu sorgen. Außerdem entstehen, je weiter sich die Dinge entwickeln, desto mehr Bedenken bei den leitenden Politikern, ob man auf dem richtigen Wege ist. So hört man z. B. von maßgebenden Ukrainern jetzt ausgesprochene Zweifel, ob es nicht erforderlich sein würde, das Privateigentum, das halb und halb abgeschafft ist, wieder herzustellen. Viele haben den sozialrevolutionären Gedanken von Anfang an mehr als ein praktisches Mittel zur Beseitigung des fremdnationalen Großgrundbesitzes verstanden. In dieser Beziehung muß man den Ukrainern durchaus Recht geben. Wenn die Ukraine mit einem polnischen und russischen Großgrundbesitz behaftet bleiben soll, dem stellenweise 40 bis 50 Proz. des Landes gehören, so ist sie als Staat nicht lebensfähig. Hier muß reiner Tisch gemacht werden, und es handelt sich überhaupt nur darum, ob und welche Entschädigung die Großgrundbesitzer erhalten sollen. Das zu entscheiden, ist aber ganz und gar Sache der Ukraine; wir dürfen uns auf keine Weise, auch nicht mit indirekten Andeutungen, darin mischen.

Digitized by Google

3. Aus der Tatsache der deutschen militärischen Mithilfe zur Befreiung der Ukraine vom russischen Bolschewismus ergeben sich naturgemäß Schwierigkeiten und Reibungen. Wir sind in einem Lande, dessen Sprache von unseren Soldaten und Offizieren fast niemand versteht. Wir sind ein Volk mit alten fertigen Ordnungen und einem besonders scharf entwickelten Sinn für Disziplin und Organisation. In der Ukraine sind von beidem erst die Anfänge vorhanden. Alles ist neu, alle Zustände sind aufgelöst, alles ringt erst nach der endgültigen Form. Nichts ist natürlicher, als daß es unsern Leuten dabei sozusagen in den Fingern zuckt, mit einzugreifen. Dazu kommt, daß wir gerne aus der Ukraine Brotgetreide hätten, daß es uns zugesagt ist und das wir es gerne möglichst bald und möglichst reichlich bekämen. Die Schwierigkeiten, mit denen das verbunden ist, wurden bereits auseinandergesetzt. Wir müssen da geduldig vorgehen und vor allen Dingen alles mögliche tun, um Waren ins Land zu schaffen. Wir müssen uns aber auch auf das peinlichste davor hüten, Anlaß zu der Meinung zu geben, als wollten wir etwas anderes sein, als ehrliche Helfer der ukrainischen Regierung bei der militärisch-politischen Aufgabe, die sie ohne uns nicht lösen kann, weil sie noch kein ausreichendes Heer hat. Das, worauf es ankommt, ist der Aufbau der ukrainischen Staatlichkeit, ist die Unabhängigkeit und die Trennung der Ukraine gegenüber Rußland, und das dauernde politische Einvernehmen zwischen Deutschland und der Ukraine. Unter den gegenwärtigen Umständen darauf klar und zielbewußt hinzuarbeiten, dazu gehört viel politische Einsicht und noch mehr politischer Takt. Es darf nicht heißen, wie die Engländer von uns sagen, die deutsche Politik wäre die beste Politik der Welt, wenn alle Menschen Preußen wären. Wir müssen gemäß der Einsicht handeln, daß wir in einer außergewöhnlich schwierigen Aufgabe stecken, mit der nur Kräfte ersten Ranges betraut werden dürfen. Die Verantwortung, die auf den deutschen Stellen in der Ukraine lastet, ist groß. Wir arbeiten dort an einer weltpolitischen Sache mit, die unermeßliche Bedeutung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Deutschlands und ganz Europas Zukunft hat. Alles kommt darauf an, daß jeder Schein einer Politik der Eingriffe in die ukrainische Entwicklung vermieden wird. Alles in der Ukraine ist noch im Werden und Wachsen. Achtung vor diesem Werden und Wachsen, Zurückhaltung, Loyalität und Geschick bei dem Bemühen, gleichzeitig damit auch die deutschen Interessen zu vertreten, müssen auf jeden Fall von unseren Vertretern bewährt werden.

Diese drei Punkte: Der Warenhunger und die Geldschwierigkeiten in der Ukraine, die Unsicherheiten, die das gegenwärtige Entwicklungsstadium in den Personen wie in den Sachen hervorbringt, und der eigentümliche Charakter unserer Aufgabe in der Ukraine, Helfer einer Staatenordnung zu sein, die vielfach selber noch nicht recht weiß, wo sie hinaus will, müssen zusammen ins Auge gefaßt werden, wenn ein richtiges Urteil über die Ukraine zustande kommen soll. Vor allem aber muß gewaltsames Hineinfahren in die Dinge vermieden werden.

Digitized by Google

Zur Datierung der Conventions Anglo-belges

Von Prof. Dr. J. Hashagen, Bonn

Unsere Kenntnis der sogenannten Conventions Anglo-belges, d. h. der neutralitätswidrigen Abmachungen zwischen den leitenden militärischen Stellen Englands und Belgiens vor dem Kriege, beruht noch auf dem dürftigen Zufallsmateriale, das in den „Brüsseler Funden" vorliegt. Man verdankt sie dem bayrischen Archivar Pius Dirr, und sie sind seit dem 13. Oktober 1914 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und dann noch im gleichen Jahre auch als Sonderdruck unter dem Titel „Die belgische Neutralität" veröffentlicht worden und später in die zweite, im Frühling 1915 erschienene Ausgabe des deutschen Weißbuchs übergegangen, wobei jedoch der französische Text nur im Faksimile, nicht in gewöhnlichem Druck wiedergegeben ist. Daß die hier vorliegenden, jetzt weltbekannten Dokumente über die Durchlöcherung der belgischen Neutralität durch England schon alles Entscheidende enthalten, wird man nicht annehmen wollen. Die anglo-belgische Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit dürften schwerlich so weit gegangen sein, daß sie die für die beiderseitigen neutralitätswidrigen Beziehungen in vollem Umfange belastenden Aktenstücke in der Brüsseler Gefahrzone beließen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die wichtigsten Zeugnisse für diese Verhandlungen nach London oder nach Le Havre in Sicherheit gebracht worden sind. Es ist reiner Zufall, daß einige Entwürfe dabei vergessen wurden.

Um so mehr hat man Veranlassung, sich um die Ergänzung jenes dürftigen Zufallsmaterials zu bemühen. Leider ist das Ergebnis solcher Bemühungen bisher gering. Sachlich wenigstens läßt sich kaum etwas Neues daraus ermitteln. Wohl aber ist es möglich, andern Quellen einen neuen wichtigen Anhaltspunkt für die Datierung der Conventions Anglo-belges zu entnehmen. Eine neue Datierung bedeutet aber hier zugleich eine neue weltpolitische Würdigung.

Ein in diesem Sinne wichtiger und noch nicht genügend beachteter Zeuge ist der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, dessen Berichte den wertvollsten Bestandteil der vom Auswärtigen Amte im Sommer 1915 herausgegebenen sogenannten Belgischen Aktenstücke ausmachen. Im Verlaufe einer vernichtenden Kritik der englischen Kriegshetze spielt Greindl in Nr. 17 zum ersten Male auf die Conventions an, indem er in die Worte ausbricht: „Konnten noch irgendwelche Zweifel bestehen, so würden sie durch die sonderbare Demarche des Obersten Barnardiston[1] bei General Ducarne[2] zerstreut worden sein." Außerdem berührt der Gesandte nur noch an zwei Stellen der Belgischen Aktenstücke, in Nr. 34 und 102, die anglo-belgischen Verhandlungen, leider mit derselben Kürze. Bemerkenswert ist höchstens, daß in allen drei Fällen zur Kennzeichnung der englischen Vorschläge das Wort singulier (sonderbar)

[1] Englischer Militärbevollmächtigter in Brüssel.

[2] Belgischer Generalstabschef.

Digitized by Google

gebraucht wird, welches im Munde eines so außerordentlich englandfeindlichen Diplomaten, wie Greindl es ist, besonderes Gewicht erhält.

Außerdem liegt aber noch ein vierter Bericht Greindls vor, der sich mit den Conventions Anglo-belges beschäftigt. Er datiert vom 23. Dezember 1911 und ist unter den „Brüsseler Funden" mitgeteilt, jetzt S. 59/60 der zweiten Ausgabe des deutschen Weißbuches. Unter den „Belgischen Aktenstücken" fehlt er. Diese spätere Äußerung des Gesandten ist zwar wiederum nur sehr kurz. Aber sie gibt einen bisher nicht beachteten, bedeutungsvollen Hinweis auf den Zeitpunkt des Beginns der anglo-belgischen Verhandlungen. Man hat auf Grund der übrigen „Brüsseler Funde" bisher gemeint, diese Verhandlungen hätten zum ersten Male 1906 stattgefunden. Nach diesem späteren Zeugnisse Greindls ist das aber vielmehr schon 1904 geschehen. Denn Greindl sagt: „Die ebenso perfiden wie naiven Eröffnungen des Obersten Barnardiston zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale haben uns deutlich gezeigt, worum es sich handelt." „Zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale": das bedeutet: im April 1904, oder, wenn man den Ausdruck „Abschluß" nicht pressen will, zur Zeit der mindestens ein Jahr zurückreichenden Vorverhandlungen zur Entente Cordiale. Eine Sicherheit könnte hier der bisher nicht veröffentlichte französische Text bieten.

Gegen die Beweiskraft dieses bisher unbeachtet gebliebenen Zeugnisses ließe sich einwenden, daß es der belgische Diplomat in seinem Berichte von 1911 so lange nach den Ereignissen mit dem zeitlichen Ansatze nicht mehr so genau genommen habe. Oder man könnte gar behaupten, Greindl habe mit der ganz allgemeinen Zeitbestimmung „zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale" schließlich doch nichts anderes gemeint als das aus den „Brüsseler Funden" ohnehin bekannte Jahr 1906 als das Entstehungsjahr der Conventions Anglo-belges. Beide Einwände vermögen jedoch nicht zu überzeugen, da sie die Geisteskraft und Gewissenhaftigkeit dieses hervorragenden Diplomaten weit unterschätzen. Man hat vielmehr keinen ersichtlichen Grund an der klaren und bündigen Zeitbestimmung des Belgiers zu zweifeln und man wird als das neue Datum des Neutralitätsbruches über die sonstigen Angaben der „Brüsseler Funde" hinaus das Jahr 1904 festhalten dürfen.

Was bedeutet diese neue Datierung? Wie beeinflußt sie die weltpolitische Würdigung der anglo-belgischen Verhandlungen? Besteht denn zwischen 1906 und 1904 ein so großer Unterschied?

Als entscheidende Jahre in der Entwicklungsgeschichte der militärisch zugespitzten englischen Einkreisungspolitik hat man bisher die Jahre 1905 und 1906 angesehen, das Jahr 1905 wegen der bekannten Delcasséschen Enthüllungen über den englischen Kriegsplan und das Jahr 1906 eben wegen der Conventions Anglo-belges. Beides ist gewiß richtig. Aber die Anfänge der neutralitätswidrigen Verbrüderung Belgiens mit den Westmächten reichen wenigstens bis ins Jahr 1904 zurück. Die Entente Cordiale hat, das wissen wir jetzt, bereits in ihrer ersten Fassung einen belgi-

Digitized by Google

chen Einschlag gehabt. Wenn die ersten Verhandlungen über die Durchlöcherung der belgischen Neutralität nicht erst 1906, sondern schon 1904 stattgefunden haben, so ergibt sich daraus die bemerkenswerte Tatsache, daß Belgien schon gleich als England und Frankreich die Entente Cordiale abschlossen oder abschließen wollten, hineingezogen worden ist. Die Skrupellosigkeit dieser Ententenpolitik enthüllt sich somit in bedrohlichem Umfange. Indem sich Engländer und Franzosen die Hand reichen, geschieht es nicht hinter dem Rücken der Belgier, sondern in dem Bestreben, die Belgier an dem neuen Einverständnisse zu beteiligen und diesem die belgische Neutralität, das höchste politische Palladium des Landes, rücksichtslos zu opfern. Für Deutschland aber wird erst jetzt die Größe der Gefahr erkennbar, die schon im Jahre 1904 an seiner Westgrenze drohte. Nicht nur England und Frankreich gegen das Reich einverstanden, sondern auch bereits Belgien als der Dritte im Bunde, von den Westmächten erfolgreich bearbeitet, um als Brückenkopf und zugleich als Sturmbock zu dienen. Nun versteht man erst eine weitere in Deutschland nicht beachtete Enthüllung in einem Berichte Greindls vom 23. September 1905 (Nr. 8), dahin lautend, „daß der Kaiser einen Angriff des mit England verbündeten Frankreich für nahe bevorstehend hielt, als man im Anfang vorigen Jahres [1904!] erfuhr, zwischen Paris und London werde eifrig verhandelt, ohne daß aber der Gegenstand der Verhandlungen näher bekannt war." Nicht minder fällt von dem neuen Datum der Conventions Anglo-belges ein Licht auf jene während des Doggerbankstreites im Herbste desselben Jahres 1904 gegen Deutschland ausgesprochene Kriegsdrohung des englischen Kabinetts, von der man erst durch die russischen Enthüllungen des Sommers 1917 erfahren hat. England war damals eben nicht nur Frankreichs, sondern auch schon Belgiens sicher.

Erst nach dieser Vorbereitung sind die Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1906, in der Epoche von Algeciras, nicht, wie man bisher annahm, neu begonnen, sondern vielmehr nur fortgesetzt worden. Nach Ausweis der „Brüsseler Funde" geschieht damals die erste neutralitätswidrige Eröffnung von englischer Seite Mitte Januar 1906. Am 16. aber war die Marokkokonferenz in Algeciras zusammengetreten. Der über die mit England geführten Verhandlungen vorerst abschließende belgische Bericht wird am 10. April vom Generalstabschef an den Kriegsminister erstattet, d. h. drei Tage nach dem Schlusse der Konferenz und nach der Unterzeichnung der Algecirasakte. Schon diese äußeren Daten lassen erkennen, daß diese anglo-belgischen Verhandlungen auf ihrer zweiten Entwicklungsstufe mit der Marokkokonferenz und der durch sie abermals heraufbeschworenen Weltkriegsgefahr nicht nur in zeitlichem, sondern auch in ursächlichem Zusammenhange stehen. Nicht umsonst ist in der erwähnten ersten englischen Eröffnung von Mitte Januar 1906 von der „Möglichkeit eines alsbaldigen Kriegsausbruches" die Rede. Als aber die Konferenz geschlossen und die Akte unterzeichnet ist, wird damit die Kriegsgefahr doch nur vorläufig beseitigt. Das

Digitized by Google

wird für Ducarne der Anlaß gewesen sein, am 10. April den erwähnten Rückblick über die Verhandlungen mit England zu geben. Auch ist es gewiß kein Zufall, daß jener Bericht Greindls, in dem sich zum ersten Male eine Hindeutung auf das Paar Barnardiston-Ducarne findet, in dieselbe aufgeregte Zeit gehört. Er wird am 5. April 1906 erstattet, zwei Tage vor Schluß der Konferenz.

Immer wenn im letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege der Weltfrieden durch die englische Einkreisungspolitik gefährdet wurde, mußte das neutrale Belgien beteiligt werden. Für die Marokkokrisen von 1906 und 1911 ist das schon durch die „Brüsseler Funde" zur Genüge bezeugt. Es gilt aber, wie sich uns ergeben hat, auch schon für das kritische Jahr 1904. Schon seit dieser Zeit wurde in Brüssel das Barometer aufgehängt, an dem man — in den Kreisen der Wissenden — den Stand der Beziehungen der Westmächte zum Deutschen Reiche ablesen konnte.

Nach dieser Erfahrung wäre es voreilig, zu behaupten, im Jahre 1904 wäre nun wirklich die erste anglo-belgische Verschwörung angezettelt worden. Man wird vielmehr vorsichtigerweise ein „spätestens" hinzufügen und zum Schlusse mit dem Eingeständnisse nicht zurückhalten, daß das schlechterdings älteste Datum des Beginns der anglo-belgischen Verhandlungen heute noch unbekannt ist und es vermutlich noch lange bleiben wird.

Agrarreform in Preußen!

Von *.*

Von ausschlaggebender Bedeutung für eine gesunde völkische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Staatswesens ist die Art der in ihm herrschenden Grundbesitzverteilung. An zahlreichen Beispielen lehrt die alte und neuere Geschichte der verschiedensten Völker, daß eine unsoziale und ungerechte Verteilung des Grund und Bodens zu den schwersten inneren Konflikten und Unruhen geführt hat. In der Tat ist kaum ein anderer Umstand von so einschneidendem Einfluß auf die gesamte Struktur des Landes und des Staates in der mannigfachsten Weise, als die ländliche Besitzverteilung; in der Politik, in der gesamten Wirtschaft, in der Gestaltung des Volkslebens kommt stets deutlich zum Ausdruck, ob Großgrundbesitz oder Bauernschaft vorherrscht. Besonders augenfällig treten diese Unterschiede innerhalb des Deutschen Reiches in die Erscheinung. Auf der einen Seite die dichtbevölkerten Klein- und Mittelbauerngebiete Badens, Hessens, Württembergs, Frankens, Nassaus und weiter Teile der Rheinprovinz, dazwischen die blühenden Landstriche mit mehr großbäuerlichem Charakter Altbayerns, sowie Sachsens, Westfalens, Hannovers, Oldenburgs und Schleswig-Holsteins — auf der anderen Seite die weiten und verhältnismäßig dünn bevölkerten, mit slawischen Tagelöhnern stark durchsetzten Gebiete des überwiegenden Großbesitzes der Provinzen Pommern, Westpreußen, Posen und vieler Teile Ostpreußens, der Mark Brandenburg und Schlesiens.

Digitized by Google

Schon vor dem Kriege hatte sich die Erkenntnis von der außerordentlichen Wichtigkeit einer gesunden, ausgleichenden Grundbesitzverteilung dank der Forschungen Serings und seiner Schüler in weiten Kreisen durchgesetzt und ihren Ausdruck vor allem in der Begründung der Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation unter dem Vorsitz Friedrich von Schwerins gefunden. Auf der ersten großen Tagung der Gesellschaft am 24. April 1914 in Berlin traten alle Bestrebungen und Forderungen in der Richtung einer gesunden Reform der preußischen Agrarverfassung zutage[1]. Durch die Erfahrungen der Kriegszeit haben diese Bestrebungen einen gewaltigen Impuls erhalten. Vor allem in völkischer Hinsicht: 1. Die schweren Verluste an Menschenleben und bester Volkskraft bei gleichzeitigem starken Rückgang der Geburten erfordern aufs dringlichste alle Maßnahmen zur weitgehenden Stärkung des ländlichen Mittelstandes, der sich bisher immer noch als „Jungbrunnen" der Volkskraft erwiesen hat. 2. Der Verlust zahlreicher Guts- und Landarbeiter wird die Beschaffung von Arbeitskräften für den Großbesitz noch weit schwieriger gestalten als bisher. Die Gefahr weiteren Hereinströmens östlicher Wanderarbeiter wächst um so mehr, als wahrscheinlich die relative Höhe der Löhne in Deutschland magnetisch wirken wird. In diesem Zusammenhange verdient eine Äußerung eines führenden Mannes des Großgrundbesitzes, des Grafen v. Schwerin-Putzar, auf der Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft am 19. September 1917 in seinem sehr beachtenswerten Referat über die „Deckung des Menschenbedarfs in der Landwirtschaft" hervorgehoben zu werden:

„Ich nehme also zunächst an, daß das Angebot (von einheimischen Landarbeitern) nicht ausreichen wird. In diesem Falle entsteht die Frage, wie nun der übrige Bedarf gedeckt werden soll. Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß weiter nichts übrig bleibt, als die übrigen offenen Stellen für Landarbeiter mit slawischen Arbeitern zu besetzen, indem wir entweder polnische Schnitter oder russische Kriegsgefangene oder auch Serben und wie sonst die Slawen alle heißen, heiraten lassen und als Landarbeiter bei uns anstellen. Es ist natürlich vom nationalen Standpunkt aus bedauerlich, wenn das nötig wird, aber Not kennt kein Gebot, und die deutsche Scholle soll und muß bearbeitet werden, selbst dann, wenn es schließlich nicht ohne Slawen geht."

In diesen wenigen Worten rollt sich das ganze Problem in aller Kraßheit vor unseren Augen auf, das Sering schon im Jahre 1910 in seiner trefflichen Rede „Die Verteilung des Großgrundbesitzes und die Abwanderung vom Lande" (Parey 1910) mit reichem Zahlenmaterial illustriert, eingehend behandelt hat. Diese Rede, die als Referat im Preußischen Landes-Ökonomie-Kollegium gehalten wurde, veranlaßte das Kollegium zu folgendem Beschluß:

„In Anerkennung der hohen Bedeutung, welche die Grundbesitzverteilung für die Schaffung und Erhaltung einer dichten Bevölkerung auf dem Lande besitzt, hält es das Landes-Ökonomie-Kollegium für geboten, daß namentlich dort, wo sich die Bevölkerungsziffer auf dem Lande im Stillstande oder in Abnahme befindet, eine energische Initiative zur Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes ergriffen wird, und bittet die Königliche Staatsregierung, das Notwendige zu veranlassen."

[1] Vergl. Archiv für Innere Kolonisation, Band VI, Heft 8, 1914.

Digitized by Google

Es ist ohne weiteres klar, daß dort, wo an Stelle eines deutschen Großgrundbesitzers mit seiner Familie und einigen wenigen deutschen Beamten und Arbeitern mit ihren Angehörigen eine größere Anzahl deutscher selbstarbeitender Bauern sitzt, die Gefahr der Slawisierung vermieden wird; gleichzeitig findet auch dort eine Verdichtung der Bevölkerung statt, wo bisher kaum 10 bis 20 Einwohner auf den Quadratkilometer kamen, werden nun 30 bis 40 oder mehr imstande sein zu leben und sich auf der eigenen Scholle zu ernähren. Diese günstige Folge der Neuschaffung von Bauernstellen widerlegt auch am besten den Einwand, daß der Großgrundbesitz einen größeren Marktüberschuß pro Flächeneinheit als der kleinere Betrieb erziele und deshalb vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus rationeller sei. Setzt man eine gleichintensive Bewirtschaftung voraus, so wird zwar der auf den Markt gelangende Überschuß geringer, je kleiner der Betrieb ist, aber die Zahl der im Betriebe selbst ernährten Personen steigt dementsprechend. Auf Grund der gründlichen und vielseitigen Forschungen von Dr. Keup und Mührer[1] und Professor Aereboe[2] ist man eher in vollem Umfange zu der Annahme berechtigt, daß der Mittel- und Kleinbetrieb infolge des Eigeninteresses des selbstarbeitenden Betriebsinhabers im Gegensatz zu dem auf häufig wechselnde und fremde Arbeitskräfte angewiesenen Großbetriebe intensiver wirtschaftet und einen im Verhältnis sogar günstigeren Marktertrag abwirft.

Aus dem Gesagten geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie außerordentlich wichtig und notwendig die Reform unserer Agrarverfassung in den östlichen Provinzen ist, vor allem in den Regierungsbezirken Königsberg i. Pr., Gumbinnen, Marienwerder, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen und Breslau, in denen durchweg mindestens $^2/_5$ bis $^1/_2$, in Stralsund sogar $^3/_4$ der reinen Anbaufläche der Großbetriebsweise angehört. — Seit dem Inkrafttreten der Rentengutsgesetze in den Jahren 1890/91, die erst eine gute gesetzliche und finanzielle Grundlage für die Siedlungsarbeit in Preußen schufen, sind in der gesamten Monarchie bis 1915 rund 22000 Rentenstellen neu ins Leben gerufen worden, wovon etwa 6700 als eigentliche Bauernstellen zu betrachten sind. Ein verhältnismäßig günstigeres Resultat hat die Königliche Ansiedlungskommission mit ihren 21737 Rentenstellen, von denen die überwiegende Mehrzahl auf Bauerngüter entfällt, erreicht[3]. In dem letzten Jahrfünft vor dem Kriege hat die Anlage eines Netzes von Organisationen zur Belebung der Siedlungstätigkeit große Fortschritte gemacht. In fast allen Provinzen bestehen heute gemeinnützige, mit staatlicher Hilfe arbeitende Siedlungsgesellschaften, die infolge ihres kaufmännischen (aber doch gemeinnützigen) Charakters — so ist z. B. der Gewinn durch Satzung in der Regel auf 4 bis 5 % beschränkt — und mit Hilfe der ihnen zustehenden staatlichen Kredite

[1] Die volkswirtschaftliche Bedeutung im Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, Parey 1913.
[2] Über die wirtschaftliche Bedeutung der Inneren Kolonisation, Panther, Heft 10, 1916.
[3] Über die gesamte auf dem Gebiet der Inneren Kolonisation geleistete Arbeit unterrichtet am besten das „Archiv für Innere Kolonisation", Band I—IX (Landbuchhandlung, Berlin).

Digitized by Google

— zuletzt wurden durch das Gesetz zur Förderung der Ansiedlung vom 8. Mai 1916 100 Millionen Mark bewilligt — wohl imstande sind, Agrarreform im großen zu betreiben, vorausgesetzt, daß man ihnen nicht nur die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, sondern ihnen auch sonst die Wege ebnet. Hierbei ist sowohl an die Verleihung des Vorkaufsrechts, als auch ganz besonders an die Befugnis zur Enteignung zugunsten gemeinnütziger Siedlungszwecke zu denken. Das Königreich Bayern hat auf diesem Gebiete bereits kürzlich einen Anfang gemacht, indem es für Zwecke der Kriegsbeschädigtenansiedlung ein beschränktes Enteignungsrecht durch das Gesetz über die Abänderung des Zwangsabtretungsgesetzes, das am 11. Januar d. J. von der Kammer der Abgeordneten fast einstimmig angenommen wurde, geschaffen hat. Nur mit Hilfe besonderer Befugnisse wird es dem Staate oder den von ihm beauftragten gemeinnützigen Gesellschaften möglich sein, die große Aufgabe der Agrarreform in den östlichen Provinzen zu lösen. — Eine selten günstige Gelegenheit, weite Kreise des Volkes wiederum dem Lande zuzuführen, wird sich ergeben, wenn die vielen Millionen unserer Krieger heimkehren werden. Bei zahlreichen aus dem Felde Zurückgekehrten wird die Sehnsucht erwacht sein (besonders bei denjenigen, die vom Lande stammen und in die Städte abgewandert waren), sich wieder als kleine, selbständige Besitzer anzusiedeln, bei vielen, die vorher Landarbeiter waren, wird der Wille bestehen, zum Kleinbauern aufzurücken. Für die große Schar der Kriegsbeschädigten und der Kriegerwitwen wird das Kapitalabfindungsgesetz mit seinen Vergünstigungen einen Anreiz zur Ansiedlung bilden. —

In letzter Zeit machen sich nun Bestrebungen geltend, in Kurland eine großzügige Ansiedlung deutscher Krieger ins Leben zu rufen und im alten Deutschland in dieser Richtung eine lebhafte Propaganda zu entfalten. Eine Siedlungsgesellschaft „Kurland" soll demnächst ins Leben treten. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß der baltische Großgrundbesitz ein Drittel seines Landes zu einem Preise abgeben wolle, der dem Preise vor dem Kriege zuzüglich eines Aufschlages von 25 % gleichkomme. Als Siedler für Kurland dürften nun in allererster Linie die deutsch-russischen Kolonisten in Betracht zu ziehen sein; vom nationalen Standpunkt aus wäre es warm zu begrüßen, wenn es gelänge, einen erheblichen Teil dieser kernigen deutschen Bauernschaft aus ihrer Diaspora zu erlösen und sie dem Mutterlande zu nähern und ihnen eine in jeder Hinsicht gesicherte nationale Existenz zu schaffen[1]. — Nicht unbedenklich

[1] Für die bäuerlichen Ansiedlungen sollen in der Tat in erster Linie in den baltischen Provinzen die deutschen Kolonisten in Rußland in Betracht kommen. Und zwar nicht nur aus völkischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil ihre Verpflanzung in die deutsche intensive Landwirtschaft sich kaum als gangbar erweisen dürfte. Auf den Zuzug deutschen Handwerks nach den baltischen Provinzen freilich wäre es nicht ratsam zu verzichten, weil es im nationalen Interesse durchaus notwendig wäre, möglichst schnell die zu dünne deutsche Mittelschicht zu stärken. Aber ganz abgesehen vom nationalen Standpunkt, ist eine stärkere Einwanderung in das gewonnene neudeutsche Grenzland aus wirtschaftlichen Gründen von größter Wichtigkeit. Mit 25 Menschen auf den Quadratkilometer, wie sie jetzt im Baltenland leben, ist eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht denkbar. Die Schriftleitung

Digitized by Google

aber wäre die Verpflanzung wertvollen Menschenmaterials aus Alt-Deutschland. Wie oben betont, wird der Menschenbedarf des altdeutschen bezw. altpreußischen Landes nach dem Kriege sehr groß sein, weite Flächen in den altpreußischen Provinzen werden in nicht ferner Zeit der Slawisierung anheimfallen, wenn es nicht gelingt, sie durch eine großzügige Agrarreform zum erheblichen Teile mit deutschen Bauern zu besetzen. Hierbei ist nicht nur die zunehmende Gefahr durch den weiteren Zustrom slawischer Landarbeiter bei Erhaltung der jetzigen Agrarverfassung — vergleiche die oben erwähnten Worte des Grafen v. Schwerin-Putzar und die daran geknüpften Ausführungen! — ins Auge zu fassen, sondern noch eine andere Bedrohung des deutsch-völkischen Bestandes. Diese beruht in der stetig wachsenden Geburtenziffer der im eigenen Lande wohnenden polnischen und in der zurückgehenden der deutschen Bevölkerung. Stellt man diese mit der Zeit sich verschärfende Tendenz in Rechnung, so muß man zu dem zwingenden Schlusse gelangen, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, die alten preußischen Landesteile in völkischer Hinsicht durch eine Verdichtung der deutschen Landbevölkerung zu sichern. Eine Absplitterung altdeutscher, zur Ansiedlung geeigneter Volksgenossen in größerem Maßstabe nach dem fernen Nordosten könnte deshalb für das altdeutsche bezw. altpreußische Gebiet verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen, indem sie ein weiteres Vordringen slawischer Elemente im altpreußischen Lande bewirken, zum mindesten wesentlich erleichtern und beschleunigen würde.

Keine Frage erscheint so bedeutungsvoll und einschneidend für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft der Nation wie gerade die mit der Grundbesitzverteilung aufs engste verknüpfte völkische!

Heute dürfte es noch nicht zu spät sein, um den Hebel zur tatkräftigen Durchführung der Agrarreform in den preußischen Ostprovinzen anzusetzen. Möchten die leitenden Instanzen mit Unterstützung weitester Volkskreise das große Werk bald in Angriff nehmen!

Voraussetzung und Wert des deutschen Kolonialreichs

Von Franz Kolbe

II. Der Wert des deutschen Kolonialreiches

Der zweite Teil der Mosichschen[1] Flugschrift beschäftigt sich mit dem Werte des deutschen Kolonialbesitzes. Mosich erinnert daran, daß Professor Dr. Conrad-Halle in seinem „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie“ unter dem Gesichtspunkt der Wertung folgende Kategorien unterschieden hat: erstens Strafkolonien, zweitens Schiffsstationen und Depots, drittens Handelskolonien, viertens Plantagenkolonien, fünftens Ackerbaukolonien. Diese Einteilung ist heutzutage nicht

[1] Durch ein Versehen ist im ersten Teil dieses Artikels im Heft 10 der „Deutschen Politik“ „Mosisch“ statt „Mosich“ gedruckt worden. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Digitized by Google

mehr maßgebend. Strafkolonien für Europäer besitzt nur noch Frankreich in Neucaledonien. Bloße Schiffsstationen und Depots besitzt das Deutsche Reich nicht, über ihren Wert und ihre Notwendigkeit für uns ist bereits gesprochen worden. Auch reine Handelskolonien kennt die Kolonialpolitik der Neuzeit nicht mehr, sie geht vielmehr darauf aus, alle Hilfsquellen jeder Kolonie zu entwickeln, also Mineralschätze durch Bergbau zu heben, landwirtschaftliche Möglichkeiten durch Ackerbau, Viehzucht bezw. Pflanzungswirtschaft auszunutzen. Eher könnte man von tropischen Kolonien sprechen, welche gleichzeitig Ackerbau- bezw. Viehzucht- und Pflanzungskolonien, in zweiter Linie Handelskolonien sind, die aber in der Hauptsache eine Eingeborenenbevölkerung haben, und von Siedlungskolonien, in welchen die weiße Bevölkerung überwiegt. In den tropischen Kolonien wird man unterscheiden müssen zwischen solchen, in welchen lediglich der Landwirtschaft der Eingeborenen die Entwicklung der Kolonien überlassen wird und solchen, in welchen ausschließlich oder neben Eingeborenenkulturen Pflanzungskultur getrieben wird.

Die deutschen Kolonien sind, mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika, welches Siedlungskolonie ist und in erster Linie durch Viehzucht, erst in zweiter Linie durch Ackerbau zu erschließen ist, tropische Kolonien. Im letzten Winter vor dem Kriege herrschte ein lebhafter Streit zwischen den Anhängern der Eingeborenenkulturen und den Freunden des europäischen Pflanzungswesens. Die ersteren warfen den letzteren vor, daß die zur Beschaffung der für die Pflanzungen notwendigen Arbeiter notwendige Anwerbung sich unzulässiger Mittel bediene, daß durch die Sachsengängerei der farbigen Arbeiter die im Innern des Landes gelegenen Bezirke entvölkert würden und daß die Eingeborenen auf den Pflanzungen infolge schlechter Behandlung und unzureichender Ernährung zu Tausenden zugrunde gingen. Es wurde deshalb eine Einschränkung der Pflanzungen, vor allem aber der Arbeiteranwerbung in den dichter bevölkerten Bezirken des Landes verlangt.

Im ersten Augenblicke schien es, als ob die Freunde der Negerkulturen, die sich zu einer Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen zusammentaten, einen vollen Sieg erringen und die Tage der europäischen Pflanzungskultur gezählt sein würden. Die Verteidigung der Pflanzungskultur im Reichstage war im Verhältnis zu dem scharfen Ansturm der Pflanzungsgegner nur eine laue, da es leider an Reichstagsabgeordneten fehlte, die aus eigener Kenntnis der Dinge die gegen die Pflanzungen vorgebrachten Beschuldigungen zurückweisen konnten. Desto lauter dagegen war das Echo in den Kolonien: unschwer wurde dort der Nachweis geführt, daß die Fürsorge für die schwarzen Arbeiter und auch der Gesundheitszustand daselbst ausgezeichnet war, daß, soweit bei der Anwerbung und dem Transport zur Pflanzung Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, welche schadhafte Folgen für die Eingeborenen zur Folge hatten, dies nicht Schuld der Pflanzungen war, und durch behördliche Maßnahmen gebessert werden konnte, daß schließlich von einer Verminderung der Bevölkerung nicht die Rede sein konnte, daß vielmehr eine Verschiebung stattgefunden hatte. Allerdings war diese Verschiebung insofern ungünstig für die Zukunft der Bevölkerung, als hauptsächlich Männer die Innenbezirke verlassen hatten, Frauen und Kinder aber dort zurückgeblieben waren. Infolgedessen wurde beschlossen, an Stelle Anwerbung einzelner Arbeiter die Anwerbung von Familien zu fordern und diesen auf Pflanzungsgelände Wohnung und Ackerland anzuweisen. Die Behauptung der Pflanzungsfreunde, daß die wirtschaftliche Leistung eines Pflanzungsarbeiters ein vielfaches der des freien Negerbauern darstelle, konnte nicht bestritten werden. Die

Digitized by Google

Zukunft der deutschen Kolonien dürfte daher zwar in der Hauptsache in einer Förderung der Eingeborenenwirtschaft liegen, überall aber, wo die Verhältnisse eine europäische Pflanzungskultur besonders begünstigen, wie in Usambara, in bestimmten Bezirken Kameruns und auch Togos, in der Südsee, besonders auf Neuguinea und in Samoa, dürfte die Pflanzungskultur eine bedeutende Rolle spielen.

Um zu zeigen, daß unser bisheriger Kolonialbesitz nicht geeignet war, als Siedlungsgebiet zu gelten, führt Mosich die Bevölkerungsstatistik des Reichskolonialamts an, wonach am 1. Januar 1910 in sämtlichen deutschen Kolonien die Gesamtzahl der weißen Bevölkerung 20074 (davon 15180 männlich und 4894 weiblich), am 1. Januar 1914 dagegen 24389 gegen 1371953 Eingeborene am 1. Januar 1910 bezw. 1204603 Eingeborene am 1. Januar 1914 betrug. (Die anscheinende Verminderung der farbigen Bevölkerung ist nur scheinbar und auf genauere Zählungen zurückzuführen.)

Auch diese Statistik ist irreführend. Die Bedeutung der deutschen Kolonien als Siedlungsgebiet ist lange dadurch aufgehalten worden, daß die Kolonialverwaltung sich nicht dazu entschließen konnte, die Ansiedlung weißer Ansiedler zu fördern, sie vielmehr — besonders unter Gouverneur Freiherr von Rechenberg in Deutsch-Ostafrika — planmäßig zu verhindern suchte. Erst nach Rücktritt des Gouverneurs Freiherr von Rechenberg hat sich auch bei der Kolonialverwaltung, die schon lange vorher von dem größten Teil der Kolonialpolitiker gehegte Überzeugung durchgesetzt, daß gesundliche Rücksichten der Ansiedlung von Europäern in den hochgelegenen Teilen Afrikas nicht hinderlich sind, daß vielmehr große Teile Deutsch-Ostafrikas sich sehr wohl zur Besiedlung durch Europäer eignen. Das besondere Verdienst, diesen Nachweis geführt zu haben, gebührt der von dem Staatssekretär von Lindequist geführten Expedition zur Erforschung der Hochländer Deutsch-Ostafrikas. Daß auch die Kolonialverwaltung sich jetzt dieser Ansicht anschließt, haben die im „Deutschen Kolonialblatt" veröffentlichten Berichte des Gouverneurs Dr. Schnee gezeigt. Professor Dr. K. Dove, von dem sicher niemand behaupten kann, daß er ein Siedlungsenthusiast und Optimist sei, schreibt in seinem im Vorjahr erschienenen Buche „Wirtschaftliche Geographie von Afrika", daß die Besiedlungsfähigkeit der über 1000 m gelegenen Hochgebiete Mittelafrikas mit den Bewohnern kühlerer Erdgegenden nicht bestritten werden könne, vielmehr einen außerordentlich hohen Wert habe. Mehr oder weniger für Europäer geeignete größere Gebiete in den Tropen seien neben den Hochländern im Südwesten und Osten des Viktoriasees und dem Hochland von Abessinien im weiteren Sinne, die für die Besiedlung als günstig zu bezeichnen sind, die Hochländer im Südwesten und Norden des Nyassasees, die Hochlandschaften zwischen dem Merugebiet, die höheren Teile von Südangola. Die letzteren Gebiete sind als „noch geeignet" zu betrachten, stehen immerhin aber den ersteren nach.

Wer sich die Mühe nimmt, die vorgenannten Gebiete auf der Karte aufzusuchen, wird finden, daß es sich mit Deutsch-Südwestafrika um ein Gesamtgebiet von der $2^1/_2$- bis 3fachen Größe Deutschlands handelt. Wenn also Dr. Karl Peters in dem soeben von der Zeitschrift „Das neue Deutschland" herausgegebenen Sonderheft „Die Zukunft der deutschen Kolonien" von der Möglichkeit spricht, daß Deutsch-Mittelafrika dereinst eine weiße Bevölkerung von 4 bis 5 Millionen aufnehmen wird, so ist dies natürlich nur als Endziel zu verstehen und erscheint reichlich optimistisch, zeigt aber jedenfalls, daß selbst Kenner der Verhältnisse die Besiedlungsfähigkeit durchaus günstig beurteilen.

Digitized by Google

Ebenso günstig wie Dr. Karl Peters urteilt Emil Zimmermann in seinen verschiedenen Veröffentlichungen, besonders in seiner Flugschrift „Das neue Kaiserreich Mittelafrika". Scharf wird dagegen solchen Auffassungen in einem „von kolonialpolitisch geschätzter Seite" in der „Vossischen Zeitung" vom 17. Juli 1917 veröffentlichten Artikel entgegengetreten:

„Wer längere Zeit in Afrika gelebt hat, der weiß, daß es kein Boden ist, der die Eigenart des Europäers, geschweige denn die seiner Nachkommenschaft, erhält ... Wir sollten uns hüten, unser Volkstum durch Auswandererkolonien in Afrika zu verschlechtern, da Rückheiraten nach der Heimat nicht ohne Rückwirkungen auf diese bleiben würden."

Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß diese wenig günstige Auffassung von der Besiedlungsfähigkeit des tropischen Afrikas von einem Manne herrührt, der vielleicht eine längere Zeit in Afrika gelebt hat, aber den größten Teil seines Aufenthaltes, wenn nicht die ganze Zeit, nur an der Küste tätig gewesen ist. Solche Beobachter pflegen auch die Hochländer des Innern nach den Erfahrungen zu beurteilen, die sie an der Küste gemacht haben und die — soweit die Verhältnisse des afrikanischen Tieflandes in Frage kommen —, von niemand bestritten werden. Was aber die Hochländer anbetrifft, so hat noch niemand, der sie wirklich gründlich kennen gelernt hat, ein ähnliches Urteil abgegeben.

Durchaus zukunftsvoll sieht auch Dr. Paul Rohrbach, dem wohl niemand eine gewisse Kenntnis der afrikanischen Verhältnisse abstreiten wird, in einem von der „Kölnischen Zeitung" am 17. Dezember 1916 veröffentlichten Artikel:

„Vergleicht man die Fortschritte, die im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der Bekämpfung der großen klimatischen Gesundheitsgefahren gemacht worden sind, mit dem früheren Stande der Dinge, so hat eine solche Voraussage nichts Übertriebenes. In den Kongosümpfen, am Tschadsee und im Nigerdelta wird voraussichtlich niemals eine weiße Ansiedlerbevölkerung leben können; auf den unermeßlichen Savannen des inneren afrikanischen Hochlandes wird es aber in Zukunft auch dort, wo die Höhengrenze erheblich unter die heutige klimatische Gesundheitslinie herabgeht, wahrscheinlich wohl der Fall sein. Was das in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bedeuten kann, möge man z. B. daraus entnehmen, daß die heutige, mehr als 300 000 Seelen starke deutsche Bevölkerung Südbrasiliens von nicht mehr als 30 000 oder 40 000 deutschen Einwanderern abstammt, die in der Hauptsache zwischen 1820 und 1850 nach Brasilien gingen. Für die Tierzucht gibt es noch frappantere Zahlen: die 4 Millionen Rinder, 1 Million Pferde und 80 Millionen Schafe Australiens haben zu Vorfahren wenige Dutzend Vater- und Muttertiere, die vor über hundert Jahren bei der ersten Besiedelung der Verbrecherkolonie beim heutigen Sydney mit ins Land gebracht wurden. Malaria, Schlafkrankheit und Tsetsefliege, die im tropischen Afrika jetzt noch ähnliches verhindern, können und werden nach einigen Jahrzehnten zu den überwundenen Geißeln der Menschheit und der Tierwelt gehören."

Über die Möglichkeit, aus deutschem Kolonialbesitz unseren Rohstoffbedarf zu decken und die Entwicklungsfähigkeit dieses Kolonialbesitzes seien folgende Stimmen angeführt.

Im Märzheft des „Panther" veröffentlichte Dr. J. Neumann-Frohnau nachstehende Statistik:

Digitized by Google

Koloniale Ausfuhr im Jahre 1911 in Millionen Mark

	Kautschuk und Gummi	Ölfrüchte	Fette und Öle	Häute und Felle	Elfenbein	Wachs und Harz	Kakao
Französisch-West- und Mittelafrika .	42,6	46,4	22,4	13,5	4,6	2,2	0,1
Portugiesisch-Afrika	16,4	5,0	2,5	—	0,1	2,0	43,1
Belgisch-Kongo	20,0	2,0	1,2	—	5,0	1,3	0,9
Deutsch-Ostafrika	4,8	2,7	—	3,0	0,5	0,9	—
Kamerun	11,1	4,2	1,4	—	0,6	—	3,3
Togo	0,8	3,7	1,7	—	—	—	0,2
Deutsch-Südwestafrika	—	—	—	0,3	—	—	—
Afrika	95,7	64,0	29,2	16,8	10,8	6,4	47,6
Deutsch-Neuguinea usw.	0,1	3,4	—	—	—	—	—
Karolinen usw.	—	1,2	—	—	—	—	—
Samoa	—	3,6	—	—	—	—	0,8
Zusammen:	96,8	72,2	29,2	16,8	10,8	6,4	48,4
Deutschlands Bedarf:	157,7	424	58,2	331	5,6	42,5	55,5

Dr. Neumann schreibt hierzu:

„Die Geschwindigkeit, mit der sich die Entwicklung in den nächsten Jahren vollziehen wird, hängt zweifellos zum großen Teil von dem mehr oder minder erfolgreichen Ausgang des Krieges ab. Die kriegerischen Ereignisse haben nicht nur einen Stillstand, sondern vielfach eine völlige Vernichtung der vorhandenen Anlagen gebracht. Viele Pflanzungen sind inzwischen verrottet und verkommen. Hunderte von Millionen an Kapital sind verloren gegangen. Da wir nach dem Kriege in Deutschland ganz gewiß nicht an Kapitalüberfluß leiden werden, wird es nicht ganz einfach sein, zur Anlage in den Kolonien Geld zu bekommen. Denn das Kapital wird sich in erster Linie sichere Anlagen aussuchen. Daß Kolonialwerte dazu nicht gehören, solange wir im Kriegsfalle nicht die Möglichkeit haben, die Verbindung mit unseren Kolonien aufrecht zu erhalten und ihnen gegen feindliche Angriffe Unterstützung zu gewähren, liegt klar auf der Hand. Wird England nicht besiegt, so muß damit gerechnet werden, daß nach 10 oder 20 Jahren wieder einmal die Kriegsfurie über Afrika dahinbraust, und eine solche Aussicht wird nicht gerade geeignet sein, Kapital anzulocken, das jetzt bei uns im eigenen Lande oder bei den Verbündeten zu einem gegenüber früher hohen Zinsfuß Anlage finden kann. Auch das Reich wird Milliarden zu Neuanlagen im eigenen Gebiet und in den anzugliedernden Gebieten brauchen, im übrigen aber größte Sparsamkeit walten lassen müssen, so daß an einen schnellen Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Kolonien kaum zu denken sein wird.

Aus alledem ergibt sich, daß ein deutsches Kolonialreich in Afrika, selbst wenn es durch alle französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien in Mittel- und Westafrika erweitert wird, keinesfalls in den nächsten Jahrzehnten eine ausschlaggebende Rolle in unseren Außenhandelsbeziehungen erringen kann, daß es somit in wirtschaftlicher Hinsicht für uns nur einen begrenzten Wert besitzt, daß aber die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft um so größer sind, je entschiedener England besiegt wird und je größer die Aussicht ist, zwischen den Kolonien und dem Mutterlande stets eine ungestörte Verbindung aufrecht zu erhalten.

Damit ist gleichzeitig auch gesagt, daß im Rahmen der Kriegsziele der Kolonialbesitz nicht ein unbedingtes Ziel darstellen kann, sondern daß er nur unter gewissen Voraussetzungen seinen

Digitized by Google

vollen Wert erlangt, nämlich wenn es gelingt, unsere Stärke zur See England gegenüber nicht nur zu erhalten, sondern auch zu kräftigen."

Zweifellos hat Dr. Neumann recht, wenn er darauf hinweist, daß die Pflanzungsgebiete in den deutschen Kolonien durch den Krieg in einem gewissen Umfange geschädigt worden sind. Wir wollen aber nicht vergessen, daß die Engländer es gerade auf diese Pflanzungen abgesehen hatten, daß ein Teil davon in Deutsch-Osteuropa sich schon vor dem Kriege in englischem Besitz befand. Die Wiederherstellung dieser Pflanzungen und ihrer Rentabilität dürfte allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen. Durch den Krieg ist aber, besonders in Deutsch-Ostafrika, wo die Kolonie sich während des Krieges drei Jahre lang vollkommen selbst unterhielt und unter anderem die gewaltigen Reismengen, die die Kolonie vor dem Kriege jährlich mit über 3 Millionen Mark an Indien bezahlte, im Lande selbst erzeugt wurden, die Entwicklungsfähigkeit und der landwirtschaftliche Wert der deutschen Kolonien in einer Weise festgestellt worden, daß wir wohl bestimmt darauf rechnen können, auch die gesamten Schäden zu überwinden. Im übrigen kann auch darauf hingewiesen werden, daß die nicht vom Kriege betroffenen Kolonien unserer Feinde sich während der Kriegszeit außerordentlich günstig entwickelt haben, der belgische Kongo z. B., dessen Ausfuhr 1913 einen Wert von 55 Millionen Frank hatte, führte 1916 Waren im Werte von 192 Millionen Frank aus — trotz der Kautschukkrise! Die Steigerung wurde veranlaßt hauptsächlich durch verstärkte Ausfuhr von Kaffee, Kakao, Reis, Palmkern, Palmöl, Kopra, Guttapercha, Katangakupfer, Gold und Diamanten. Wenn der belgische Kongo seine Ausfuhr in drei Jahren mehr als verdreifachen konnte, so können wir auch von unseren Kolonien erwarten, daß sie in nicht so ferner Zeit den größten Teil unseres Rohstoffbetriebes liefern können — vorausgesetzt natürlich, daß unser neues Kolonialreich groß genug ist.

Ungünstig beurteilt die Zukunft Mittelafrikas auch der Verfasser des schon erwähnten Artikels der „Vossischen Zeitung" vom 17. Juli 1917:

„Was wir aber von Deutsch-Afrika verlangen müssen, sind diejenigen Erzeugnisse, die der heimatliche Boden nicht hervorbringen kann, also die eigentlichen tropischen Produkte, zu denen wir außer Pflanzenfett und Futterkuchen, Kautschuk, Kakao, Kaffee und Tee auch die Baumwolle zählen müssen.

Kann uns da Mittelafrika in absehbarer Zeit zufrieden stellen? Wer nur halbwegs die Verhältnisse kennt, wird die Frage — vielleicht mit Ausnahme von Kakao — mit einem Nein beantworten müssen ...

Warum richten wir unsern Blick nicht auf das eigentliche Westafrika, etwa von Kamerun bis Dakar? Das ist das beste, was das tropische Afrika aufzuweisen hat. Die Karte zeigt uns, wieviel leichter dank der breiten Lagerung der Küste entlang in Verbindung mit den großen Strömen und den vorhandenen Eisenbahnen die Transportfrage in jenem Gebiet gelöst werden kann, ja zum größten Teil bereits gelöst ist. Auch ist es rascher von der Heimat aus zu erreichen als Mittelafrika. Vor allem aber sprechen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu seinen Gunsten. Unsern Bedarf an Pflanzenfetten, Kraftfutter und Kakao könnten wir dort zum größten Teil decken, unsern Bedarf an Kautschuk, Kaffee und Tee bei den reichlich vorhandenen Arbeitskräften in absehbarer Zeit heranziehen. Auch die Baumwollfrage läßt sich an Hand englischer Vorarbeiten und unsrer Erfahrungen in Togo lösen. Die Mineralschätze an Zinn und Kohle sowie Gold seien nur nebenbei erwähnt. Ein Ansiedlungsgebiet ist dieses Westafrika freilich nicht, und das ist gut so, aber ein Gebiet, wo unter deutscher Leitung und zum Nutzen des Heimatlandes wie der Eingeborenen deren Produktionskraft ganz außerordentlich gehoben werden kann, und zwar

Digitized by Google

ohne allzu große Zuschüsse des deutschen Steuerzahlers und ohne eine Konkurrenz für den deutschen Landwirt zu bilden."

Im Gegensatz hierzu ist Emil Zimmermann in seinem Buch „Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik" der Ansicht, Zentralafrika sei das Rohstoffland der Zukunft. Diese Ansicht scheint übrigens auch von unseren Gegnern geteilt zu werden. Der bekannte Burengeneral Smuts hat kürzlich in einer Rede vor der Königlich Geographischen Gesellschaft in London die deutschen Kolonien, besonders Deutsch-Ostafrika, als Länder bezeichnet, die als Rohstofflieferanten einen außerordentlich hohen Wert hätten und von den deutschen Rohstofflieferanten in vorausschauender Weise entwickelt worden seien, der deutsche Kolonialbesitz habe hohen wirtschaftlichen Wert.

Über die wirtschaftliche Entwicklung der Südseekolonien schreibt der Geheime Legationsrat Dr. von Buchka im „Tag" am 17. April 1917:

„Unsere bisherigen Südseebesitzungen haben einen größeren Wert für uns als den eines eventuell gut zu verwendenden Kompensationsobjektes. Zunächst muß ihre wirtschaftliche Bedeutung hoch eingeschätzt werden. Auf den deutschen Südseeinseln hatte sich ein in stetigem Aufblühen begriffener Plantagenbau entwickelt, in dem deutsche Kapitalien von hohem Werte angelegt waren und die dort gewonnenen Bodenerzeugnisse, außer Kakao, Vanille, Kautschuk, vor allem die Kopra, das Produkt der Kokosnuß, stellten Ausfuhrartikel dar, deren Bedeutung für die Volkswirtschaft des Mutterlandes ständig gestiegen war und deren Anbau noch lange nicht die Höchstgrenze erreicht hatte. Sodann hatte in neuerer Zeit die Erforschung der deutschen Inseln nach dem Vorkommen von Mineralschätzen begonnen, und auf verschiedenen Stellen waren hochwertige Mineralphosphate festgestellt, deren Abbau und Ausführung gleichfalls in der letzten Zeit vor dem Kriege einen erfreulichen Aufschwung genommen hatte. Die Verwertung der Erzeugnisse unserer Südseeinseln durch den deutschen Handel datiert schon recht weit zurück."

Der große Wert der Südseekolonien findet seine Bestätigung auch in den vom „Neuen Deutschland" herausgegebenen Ergänzungsheft „Die Zukunft der deutschen Kolonien" enthaltenen Aufsätze von Dr. Thurnwaldt und Otto Riedel, ebenso in der Denkschrift der Südseefirmen an den Reichstag. In dieser Denkschrift wird unter anderem nachgewiesen, daß das in den Pflanzungen der Südsee angelegte deutsche Kapital einen Wert von 117 Millionen Mark darstellte, daß indes durch das allmähliche Eintreten der Ertragsfähigkeit der Pflanzungen dieser Wert schon jetzt auf über 400 Millionen Mark gestiegen ist! Der Wert der deutschen Südseekolonien als Rohstofflieferanten, besonders als solche von Ölfrüchten, Phosphat, Kakao, Kautschuk usw., der Wert der noch wenig erforschten Minerallager an Gold und Petroleum ist ein so hoher, daß wir unbedingt auch ihre Rückgabe verlangen müssen.

Weit günstiger als Neumann beurteilt Prof. Dr. Felix Hänsch in seinem Berichte, „An der Schwelle des größeren Reiches" (J. F. Lehmanns Verlag 1917) den Wert des deutschen Kolonialbesitzes. Er untersucht auf das eingehendste an der Hand der Statistik die Möglichkeit der Deckung des deutschen Rohstoffbedarfes aus Mittelafrika, Mesopotamien, den russischen Fremdgebieten und dem Erzgebiet von Briey, wobei er allerdings auch Ägypten als Baumwolland mit hinzu rechnet, und kommt zu dem Schluß, daß wir von unserem Bedarf von 5612 Millionen Mark 3200 Millionen Mark in den vorerwähnten Ländern decken können. Der Rest unseres Rohstoffbedarfes müßte sich — wenigstens in Friedenszeiten — unschwer aus Südamerika erhalten lassen. Ebenso würde die Ausfuhr nach diesen Ländern — nach dem jetzigen Stande der Statistik 4726,1 Millionen Mark oder bereits 64,87 Proz. unserer gesamten Ausfuhr darstellen.

Digitized by Google

Schließlich sei noch aus dem neuen Werke „Die Zukunft der deutschen Kolonien" der Schluß des Artikels „Koloniale Wirtschaftspolitik" von Dr. Karstedt wiedergegeben:

„Man braucht gewiß nicht so utopistisch zu sein, um erwarten zu können, daß das zu erstrebende Kolonialreich uns absolut unabhängig von dem Auslande macht; hinsichtlich einzelner Stoffe wird das praktisch wohl nie zu erreichen sein. Was aber erreicht werden kann, das ist, daß das deutsche Kolonialreich als Lieferant größerer Mengen an Rohstoffen in bezug auf die Preisgestaltung einen solchen Einfluß gewinnt, daß in der Weltwirtschaft mit ihm als mitbestimmenden Faktor gerechnet werden muß. Daß diese Auffassung vom deutschen Kolonialreich keine Utopie ist, kann bewiesen werden. Kürzlich hat das Reichs-Kolonialamt in den Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten eine Definition des viel gebrauchten Begriffes „Mittelafrika" gegeben, die weit über das hinreicht, was man gemeinhin sich bisher darunter vorstellte. Darnach fällt unter Mittelafrika in großen Zügen gerechnet das Gebiet, was im Norden von einer Linie begrenzt wird, die man sich von dem Scheitel des Nigerbogens bis zum Somaliland gezogen denken muß, und im Süden von einer solchen, die unter Einschluß Deutsch-Westafrikas nach Osten etwa zur Sambesimündung läuft. Mit andern Worten: Das tropische Afrika! Dieses tropische Afrika würde zum Beispiel völlig ausreichen, um uns hinsichtlich der Lieferung von Kautschuk und Ölfrüchten unabhängig vom Auslande zu machen. Es soll hier kein Programm entworfen werden, in welcher Richtung etwa sich noch weitere Kolonialbestrebungen zu richten hätten. Betont soll nur werden, daß bei der Lage, in der wir uns dank der Erfolge auf dem europäischen Kriegsschauplatz und des uneingeschränkten U-Bootkrieges befinden, die Erstrebung der unbedingt zu erringenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit durch Aneignung fremden Kolonialgebietes eine durchaus im Bereich des Möglichen liegende Tatsache ist."

Rathenau als Publizist

Von Pastor Lic. W. Thimme

Walther Rathenau ist ohne Frage eine fesselnde Schriftstellerpersönlichkeit. Er verbindet erstaunliche Beobachtungsgabe und rechnende Überlegung mit Phantasie, Glaube und Sehnsucht. Er fordert eine Erneuerung Deutschlands in dreifachem Sinne, 1. Erneuerung des wirtschaftlichen Lebens, 2. Erneuerung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, 3. Erneuerung des seelischen Innenlebens.

Das Programm einer neuen Wirtschaftsordnung ergibt sich aus der Not des Weltkrieges. Rathenau entwirft es andeutungsweise in seinem Vortrag „Probleme der Friedenswirtschaft" (Dezember 1916), in festen Strichen in seiner kürzlich erschienenen Schrift „Die neue Wirtschaft". Gleich weit entfernt von törichtem Optimismus wie von schädlichem Pessimismus — „Optimismus des Urteils hat uns niemals genützt, Pessimismus der Stimmung wäre das Verderblichste, das uns begegnen könnte" — faßt er die Lage ins Auge. Unersetzlich ist unser Verlust an Menschenkraft. Überaus empfindlich der Verlust an Nationalvermögen. Schwerer als der reine Verlust aber fällt die Vermögensumschichtung ins Gewicht. Der Glaube, daß nach dem Friedensschluß sogleich von selbst ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen werde, ist trügerisch. Auf nicht weniger als 170 Milliarden wird Deutschlands gesamte Kriegsbelastung

Digitized by Google

zu veranschlagen sein. Zu den 10 Milliarden, die sich an Jahresaufwand für Zinsen und Tilgung ergeben, kommen als Belastung unsrer Wirtschaft weitere 6 Milliarden für Aufbesserung der Arbeitslöhne und Gehälter.

Wird unsere nationale Wirtschaft imstande sein, diese Last zu tragen? Allerdings, sagt Rathenau. „Unsere Hoffnung ruht auf den sittlichen und geistigen Werten einer dichten Einwohnerschaft." Die deutsche Wirtschaft darf sich jedoch nicht damit begnügen, den Stand der früheren Friedensleistung zu erreichen, sie muß erhöhte, verdoppelte Gütererzeugung anstreben. An die unwillkürliche und darum technisch und sittlich noch unvollkommene Regelung im Konkurrenzkampf trete planvolle Organisation. Die grundlegende Forderung lautet: Die Wirtschaft darf von nun an nicht mehr Sache des einzelnen sein, sie ist Sache der Gemeinschaft. Das bahnte sich bereits in Friedenszeiten an, zumal beim Großunternehmen. Diese Entwicklungstendenz wird durch den Krieg mächtig gefördert werden. Die Zeit der ungezügelten Privatwirtschaft ist vorbei. Auf den Gebieten der Materialwirtschaft, der Arbeitswirtschaft, der Kapitalwirtschaft erheben sich drei Postulate: „Nichts vergeuden, alle Quellen erschließen, unabhängig werden vom Ausland", „jeder Mann wird gebraucht, kein Werkzeug darf feiern", „alle Mittel zusammenhalten und sie gerecht verteilen". Die „neue Wirtschaft" gibt den Entwurf. Mit den Materialien muß hausgehalten werden. Weg mit den unnützen Transportkosten! Industrie ist Bodenprodukt, jede Fabrik stehe am rechten Platze. Beseitigt werde die unheilvolle Mißleitung des Produktionsvorgangs. Alle Vorteile wissenschaftlicher Technik sollen ausgenützt werden. In weit höherem Grade als bisher kann Arbeitsteilung eingeführt werden, und zwar nicht nur innerhalb des einzelnen Werkes, sondern auch von Werk zu Werk, von Gruppe zu Gruppe. Gründung von Spezialfabriken. Beschränkung der maßlosen Fülle von Warentypen. Man beseitige die unnötige verteuernde Zerreißung des heutigen Wirtschaftsprozesses, in dem Zwischenprodukte freies Handelsgut werden, man unterdrücke die törichten Handelsumschweife mit den Endprodukten. Man fasse alle gleichartigen Betriebe zu Berufs- und Gewerbeverbänden zusammen, ausgestattet mit ausgedehnten Befugnissen, aber unter Staatsaufsicht. Die heutigen Syndikate bezeichnen die ersten Schritte auf diesem Wege und bedürfen des Ausbaues. Die von diesen Riesenverbänden erhobenen Gewinnabgaben werden die Grundlage der künftigen Staatseinnahmen bilden.

Aber wird so nicht die Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, die freie Initiative des seinen Privatvorteil berechnenden Einzelunternehmens, lahmgelegt? Rathenau bestreitet es entschieden. Er stellt die Gegenfrage: Ist etwa beim Übergang vom reinen Privatbetrieb zur Aktiengesellschaft ein Nachlassen der Tüchtigkeit und Erfindungsgabe zu verspüren gewesen? Nicht im geringsten. Es kam gerade umgekehrt, das bislang Höchste an Organisation und Erfindung wurde jetzt geleistet. „Pflichtbewußtsein, Verantwortung und Liebe zum Geschaffenen haben ebenso hier

Digitized by Google

das Beste freiwillig getan, wie wir es vom Beamten und Soldaten, vom Forscher und Künstler gewohnt sind." „Der erste kleine Schritt zur Versittlichung der Wirtschaft geschah."

Der Eindruck Rathenaus ist deshalb so stark, weil er nicht von der Theorie kommt sondern an der Spitze eines der größten und erfolgreichsten industriellen Unternehmens Deutschlands steht. Er war es auch, der bei Kriegsbeginn die Organisation der Rohstoffversorgung mit Kühnheit und Kraft in die Wege geleitet hat.

Rathenaus „neue Wirtschaft" blickt aber nicht nur auf die Steigerung der Güterproduktion, sondern auch auf den wirtschaftenden Menschen selber. Das ganze staatliche und gesellschaftliche Leben bedarf einer tiefgreifenden Erneuerung. Das Buch „Von kommenden Dingen" dient diesem Gedanken. Rathenau verwirft den dogmatischen Sozialismus wegen seines Irrglaubens an das Vermögen der Wissenschaft, praktische Ziele zu setzen, vor allem aber aus dem Grunde, weil er einen sittlichen Mangel aufweist. „Sein Weg führt von der Erde zur Erde, sein tiefster Glaube ist Empörung, seine stärkste Kraft ist gemeinsamer Haß, und seine letzte Hoffnung ist irdisches Wohlbefinden." Man mag ohne Scheu eine Wegstrecke neben der Bahn des Sozialismus wandern, seine Ziele sind jedoch abzulehnen.

Nicht in materieller Not besteht der Krebsschaden unsers öffentlichen Lebens. Deren Beseitigung ist eine selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht. „Die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die noch heute den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoße duldet." Das Hauptübel ist vielmehr die Tatsache, daß der größte Teil unseres Volkes dem Frondienst, der Unfreiheit und der Hoffnungslosigkeit ausgeliefert ist. Daß die Knechtschaft nicht persönlich, sondern anonym ist, daß der einzelne Proletarier ein formales Selbstbestimmungsrecht besitzt, ändert an dem unwürdigen Zustande nichts. Über der Schicht der Enterbten aber lagert die Schicht der Herrschenden und Genießenden, ausgestattet mit einem Übermaß an Rechten, unbelastet mit Pflichten, die, wenn es ihnen so beliebt, ein unnützes Drohnen- oder schädliches Schmarotzerdasein führen können. In der gesamten zivilisierten Welt herrscht die Plutokratie. Sie verdankt ihren Reichtum im wesentlichen der Ausnutzung von Monopolen, deren es eine größere Anzahl gibt als man gemeiniglich beachtet, sie behauptet ihre Vorzugsstellung gestützt durch das allgemein gültige Erbrecht.

Wie ist dem abzuhelfen? Durch Einführung des Kommunismus, durch Verstaatlichung des gesamten Kapitals? Wir wissen bereits, daß dies nicht Rathenaus Meinung ist. Eine solche Eisenbartkur würde das wirtschaftliche Leben ruinieren. Sie würde aber auch ihren Zweck niemals erreichen, denn die Kapitalrente, dieses Hauptärgernis des radikalen Sozialisten, läßt sich auf keine Weise dauernd beseitigen. Was Rathenau statt dessen vorschlägt, sind einige wenige, aber um so tiefer einschneidende Reformen: Einschränkung des Monopolwesens und der Spekulation durch wirksame

Digitized by Google

gesetzgeberische Maßnahmen, schärfste Besteuerung des Vermögens und Einkommens, prohibitive Luxussteuern, vor allem aber energische Beschneidung des freien Erbrechts. Zumal dem letzteren geht Rathenau mit Macht zu Leibe. Er zeigt, wie ungerecht, wie sinnlos es ist. Um den Willen eines Toten, der vielfach töricht ist und die Interessen der Lebenden aufs schwerste beeinträchtigt, zur Durchführung zu bringen, setzt der Staat alle Machtmittel ein! Das muß aufhören. Durch solche Maßregeln wird ein relativer Vermögensausgleich erzielt, und zwar in der Art, daß der Privatbesitz sich nicht allzuweit von einem gewissen Durchschnitt entfernt, während der bisherige Bettler Staat unermeßlichen Reichtum gewinnt, der ihn zur restlosen Erfüllung seiner Kulturaufgaben befähigt. Desgleichen wird die zwischen den Wirtschafts- und Gesellschaftsklassen aufgerichtete Scheidewand niedergerissen. An die Stelle der starren Gliederung der Stände tritt eine lebendige Bewegung organischen Auf- und Niedersteigens. Die Talente ringen sich in die Höhe, niemand kann sich dem Zwang zur schaffenden Arbeit entziehen. Nicht Gleichheit, sondern Freiheit heißt das Losungswort.

Der Freiheitsgedanke, angewandt auf das staatliche Leben, führt zur Forderung des Volksstaats. Rathenau weiß uns zum Bewußtsein zu bringen, wie tief wir in Deutschland noch im Feudalismus stecken. Das alte Herrenbewußtsein der immer dünner werdenden Adelsschicht ist noch nicht abgestorben, weit verhängnisvoller aber wirkt die noch immer grassierende feudale Anpassung und Imitation ehrgeizig emporstrebender bürgerlicher Kreise — hinzukommt das zumal in Preußen noch längst nicht überwundene halbslawische Untertanengefühl der niederen Volksschichten. Diese Atmosphäre muß durchbrochen werden. Wie kann das geschehen? Durch eine Tat endgültigen Vertrauens seitens des Monarchen — Rathenau ist Monarchist — durch reifende Staatsgesinnung innerhalb des Volkes selbst. „Sind wir vor 100 Jahren zur Nation, vor 50 Jahren zur Staatsnation geworden, so müssen wir von jetzt an durch innere Neugeburt zur politischen Nation und zum Volksstaat werden." Der Volkswille schafft sich seinen Ausdruck in den führenden Persönlichkeiten und den Parteien. Nicht Demokratie und Parlamentarismus sollen auf den Thron erhoben werden. Das sind ja bloße Schimären. Das Parlament hat gewiß seine Bedeutung als Resonanzboden des richtunggebenden Volkswillens, als Börse der Parteien, vor allen Dingen auch, und zwar in Zukunft hoffentlich weit mehr als bisher bei uns, als Bildungsstätte verantwortlicher Staatsmänner, aber die Regierungsgewalt wird stets in den Händen einiger weniger liegen. Wenn es nur die Rechten sind! Im freien Volksstaat echte Aristokratie, das ist das Ziel.

Wichtiger als selbst die Erneuerung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ist Rathenau die Erneuerung seelischen Innenlebens. Worin besteht eigentlich die große seelische Not unseres Zeitalters? Mit dieser Frage gelangen wir zu dem Rathenau beherrschenden Grundgedanken. Das kennzeichnende Merkmal der Moderne ist nach ihm die Mechanisierung des Lebens in seinem ganzen Umfange. Ihre Entstehungsgeschichte schildert er in dem interessanten Werke „Zur Kritik der Zeit".

Digitized by Google

Sie wurde mit unerbittlicher Notwendigkeit heraufgeführt durch die unerhörte Bevölkerungsverdichtung in Europa und Nordamerika. Ihr Träger war — an dieser Stelle schiebt sich in Rathenaus sonst wirtschaftlich orientierte Gedankenreihe ein Stück eigenartiger Rassenphilosophie — die empordrängende nichtgermanische Unterschicht. Mechanisiert wurde die Produktion. Ihr Ideal ist erreicht, „wenn von den jeweils günstigsten Gewinnungsstätten die Produkte auf kürzestem Wege und mit größter Eile zu der bestgelegenen Verarbeitungsstätte gelangen, um in einem einzigen Prozeß umgestaltet, sofort einem Vertriebssystem übergeben zu werden, das sie in die Vorratsräume, Küchen und Werkstätten der Verbraucher leitet". Der mechanisierte, unbegrenzt teilbare und bewegliche Besitz heißt Kapital. Der mechanisierte Staat wird annäherungsweise zur „bewaffneten Produktionsvereinigung auf nationaler Grundlage". Mechanisiert wurden Kunst und Wissenschaft, ja selbst die Religion. Ihre Mechanisierungsform ist die Kirche (vgl. „Eine Streitschrift vom Glauben"). Auf diesem ganzen Gebiete herrscht der dem echten Germanentum so wesensfremde zweckhafte Intellekt. An die Stelle des sachlichen Wertes tritt das persönliche Interesse, an die Stelle der Intuition Berechnung, an die Stelle der heiteren, vornehmen Ruhe Hetzen und Hasten, die Arbeit wird aus einem Schaffen ein Erledigen. Die psychologische Triebkraft ist Machtgier, die ihrerseits aus der Furcht erwächst. Der Materialismus triumphiert. In seinem Schatten gedeihen Genußsucht und Eitelkeit. Schonungslos ist Rathenaus Kultur- und Gesellschaftskritik. Er zeigt den Anteil auf, den die Frauenwelt an der modernen Kulturverflachung und Entartung hat. Es gibt Partien in seinem Hauptwerk, die den Eindruck hervorrufen können, als sei für die Menschheit nichts mehr zu hoffen. Aber das ist keineswegs seine Meinung. „Ist diese Zeit schwer, so ist es unsere schwerere Pflicht, sie zu lieben, sie mit unserer Liebe zu durchbohren, bis die schweren Gebirge der Materie weichen und das jenseitige Licht erscheint." Pessimistische Anwandlungen überwindet der Glaube.

All den zum Teil so unerfreulichen Erscheinungen der modernen Kultur liegt, wie gesagt, zugrunde der Mechanisierungsprozeß. Läßt sich dieser Prozeß rückgängig machen? Nein, das Gegenteil ist nicht nur zu erwarten, sondern auch zu erstreben. Rathenaus wirtschaftspolitisches Programm bedeutet nichts anderes als die vollendete Rationalisierung (= Mechanisierung) des äußeren Lebens. Woher die seelenverwüstende Wirkung? „Das Übel der Mechanisierung beginnt, wo die ungebrochene, undurchgeistete Kraft sich des inneren Lebens bemächtigt, wo die gewaltig entfesselte Bewegung verantwortungslos aus der dienenden Bindung sich befreit, um den Menschen und sein Geschlecht, den Herrn des Betriebes, zum Knecht seines eigenen Werkes zu erniedrigen. Hier quillt Unfreiheit, sinnloses Mühen, Feindschaft, Not und geistiges Sterben." Es mußte wohl so kommen. Aber es muß nicht so bleiben. „Die Blume vor dem Fenster eines Bauernhauses, das Lied auf der Landstraße, der Sonntagsausflug der Stadtbewohner, das Buch in den Händen des Arbeiters bezeugen, daß das Volk entschlossen ist, nicht in mechanischer Zweckhaftigkeit aufzugehen." Noch hat die Mecha

Digitized by Google

nisierung ihren Höhepunkt nicht erreicht, aber sie nährt bereits in sich die Gegenkräfte zu ihrer inneren Überwindung. Stimmen der Sehnsucht werden laut. Sie werden sich mehren. Moralpredigten haben keinen Zweck. Aber Männer und Frauen müssen aufstehen, deren Wort, vertrauend auf die überführende Macht von selbst einleuchtender Wahrheit, die Hohlheit der heutigen Zivilisation aufdeckt, deren Auge das transzendente Ziel, das Reich der Liebe, der Seele, erblickt. Sie stehen schon auf. Wenn die Seele erwacht und wächst, hellsichtig, gläubig, gütig, emporstrebend zu Gott, so wird sie ihrerseits in das Getriebe der äußeren Einrichtungen greifen, Gestaltungs- und Schöpferkraft beweisen. „Nur der seelische Lebensinhalt ist des Daseins würdig; er schafft sich selbst Form und Kleid in Dingen und Einrichtungen." „Echter Glaube stammt aus der Schöpferkraft des Herzens, aus der Phantasie der Liebe; er schafft Gesinnung, und ihm folgt willenlos das Geschehen."

Es muß genug sein. Wir haben die drei Losungsworte Rathenaus vernommen, Organisation, Freiheit, Seele. Wenn wir uns in seine Schriften vertiefen, werden wir ihn selber kennen lernen als blendenden Stilisten, als scharfsichtigen, kühn wollenden Wirtschaftstheoretiker und Praktiker, als einen Mann, der in Politik und Ethik in gleicher Weise lebt und webt, der mit der fast verletzenden Schärfe seiner Gesellschaftskritik eine warme, hin und wieder beinahe träumerisch anmutende Mystik verbindet. Wir werden uns nicht nur vielfältig angeregt, sondern bereichert fühlen. Und vielleicht wird mehr als ein Leser erleben, wie sich in seiner Seele neuer Glaube regt und vor seinem Auge neue Wege sich öffnen in die deutsche Zukunft.

Die Berliner Banken

Unter den Berliner Banken versteht man herkömmlicherweise jene Kreditinstitute, die auch in der deutschen Reichshauptstadt eine Niederlassung besitzen. Es handelt sich um acht Institute. Diese acht Verkörpern mit jedem Jahr mehr das ganze deutsche Privatbankwesen; denn mit einer fast unheimlich anmutenden Schnelligkeit dehnen sie sich über das ganze Reich aus, saugen bisher selbständige Provinzinstitute auf und verstehen es, namentlich einen immer größer werdenden Teil des mobilen Kapitals an sich zu ziehen. Dafür nur einige wenige Beispiele: Vor etwa 10 Jahren hatten gerade die beiden größten, die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft zusammen etwa ein Dutzend Niederlassungen; heute hat jedes von den beiden Instituten deren etwa 100. Und die den acht Banken anvertrauten fremden Gelder betrugen Ende 1917 rund 16 Milliarden Mark gegen 5 Milliarden Mark vor 3 Jahren. Gerade das letzte Jahr, für das soeben die Geschäftsberichte erschienen sind, ist in dieser Richtung kennzeichnend. Hatte die erste Kriegszeit eine Stockung in dem Aufsaugungsprozeß kleinerer und größerer Provinzbanken gebracht, so ist 1917 um so stärker diese Fusionstätigkeit zum Durchbruch gekommen: Die Dresdner Bank gliederte sich eine der größten noch selbständigen Banken, die Rheinisch-westfälische Dis-

Digitized by Google

conto-Gesellschaft an und erhöhte ihr Grundkapital um 60 auf 260 Millionen Mark. Die Deutsche Bank saugte den bedeutenden Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt auf, die Disconto-Gesellschaft gliederte sich die Königsberger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und eine Anzahl mittlerer Institute an. Hand in Hand damit ging die Gründung neuer Filialen im Osten, wie denn überhaupt der Weg nach dem Osten bezeichnend für das letzte Bankjahr ist, wobei man sich nicht an die alten Landesgrenzen hält, sondern auch in Libau, Riga und anderen Plätzen Fuß zu fassen begann. Das ist zu beachten. Die gutunterrichteten und feinfühligen Banken sehen große Entwicklungsmöglichkeiten im alten und im neuen Osten. Aber auch an anderen Stellen überschritten sie die Landesgrenzen. Nach Sofia ging die Deutsche Bank, nach Bukarest die Deutsche und die Dresdner Bank, während die Nationalbank in Brüssel Fuß faßte. Balkanpolitik war also auch in den Bankgebäuden zum Schlagwort. Einen etwas anderen Weg als die andern schlug die Darmstädter Bank ein. Sie sah schon wegen des großen Personalmangels davon ab, neue Filialen zu errichten, vermied es auch, bestehende Aktienbanken zu übernehmen, sondern sie ging planmäßig darauf aus, alte Privatbankgeschäfte für sich zu übernehmen. Das mag von ihrem Standpunkt aus klug sein. Im Interesse der Volkswirtschaft ist es zu bedauern, daß auf diese Weise der selbständige Bankierstand immer mehr zusammenschrumpft, womit er das Schicksal der mittleren Aktienbanken teilt, von denen heute kaum mehr ½ Dutzend unabhängig von Berlin besteht. Daß durch diese Entwicklungsrichtung die Beraubung der Provinz von selbständig handelnden Köpfen immer weiter fortschreitet und gleichzeitig die Bedeutung des Übergewichts Berlin ins Unerträgliche steigt, sollte nicht übersehen werden.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wollen wir einen kurzen Blick auf die Ergebnisse der 8 Banken werfen. Zu diesem Zwecke seien die wichtigsten Ziffern übersichtlich zusammengestellt:

(Alles in Millionen M.)	Eigene Mittel (Grundkapital und Reserve)	Fremde Mittel		Reingewinn (ohne Vortrag)		Dividende	
		1917	gegen 1916	1917	gegen 1916	1917	gegen 1916
Deutsche Bank	505	5669	+ 21.66	49	+ 9	14%	+ 1½%
Disconto-Gesellschaft . . .	444	3631	+ 14.17	41	+ 4	11%	+ 1 %
Dresdner Bank	340	2948	+ 11.88	36	+ 5	8½%	—
Darmstädter Bank	192	1436	+ 4.66	13	+ 3	7%	+ 1 %
Berliner Handelsgesellsch. .	144	439	+ 90	12	+ 1	8%	+ 1 %
Kommerz- u. Discontobank	102	946	+ 3.29	8	+ 2	7%	+ 1 %
Nationalbank	100	451	+ 1.71	6½	+ 1	6%	+ 1½%
Mitteldeutsche Kreditbank.	69	450	+ 1.80	5	+ ½	7%	+ ½ %

Hier fällt wegen der schon erwähnten starken Erhöhung der den Banken anvertrauten fremden Gelder die Bewegung der Dividenden auf. Mit einer Ausnahme geben alle Institute ihren Aktionären mehr als im Jahre vorher. Die Deutsche

Digitized by Google

Bank verteilt sogar eine höhere Dividende als jemals in ihrer Geschichte. Hieraus ist klar zu erkennen, daß das letzte Jahr für die Banken eine Zeit der Hochkonjunktur war, und das darf nicht überraschen. Zunächst einmal geht es den Banken wie der Industrie. Auch sie sind in der glücklichen Lage, in der Hauptsache mit dem Reich als Abnehmer zu tun zu haben, denn letzten Endes gehen alle den Banken anvertrauten Mittel zur Kriegsfinanzierung, ob es sich nun um den Ankauf von Schatzanweisungen handelt oder um Kredite an Kriegsgesellschaften, Städte und Kommunalverbände. Der Staat aber ist ein guter Zahler und auch die Kriegsgesellschaften gewähren den Banken große, fast zu große Gewinnmöglichkeiten. Auch die Vermittlung der Kriegsanleihen ist für die Großbanken mit ihrer starken Werbekraft eine glänzende Gelegenheit zu verdienen gewesen. Zu allem Überfluß machen die Banken aber auch als Vermittler am Börsengeschäft überaus große Gewinne. Es sei daran erinnert, daß wir im Jahre 1917 bis zum 1. Dezember keinen offiziellen Börsenverkehr hatten. Gerade aber im Zeitalter des freien Verkehrs war die Spekulationslust doppelt groß und die Möglichkeit, reiche Vermittlergebühren einzustecken, ebenfalls. Seit 1. Dezember ist die Börse wieder eröffnet, und der Bankier muß sich an die gesetzlichen Bestimmungen inbezug auf Vermittlergebühren halten; das hat aber die Banken insofern nicht besonders getroffen, als sie die Gelegenheit benutzten und die alten offiziellen Sätze kräftig erhöhten. Unter diesen Umständen verzichteten die Banken darauf, die ebenfalls sehr großen Gewinne aus dem Verkauf ihrer eigenen Effektenbestände in den Bilanzen nachzuweisen. Viele Millionen sind hier verdient worden, denn der Heißhunger des Publikums nach Anlagewerten hat es den Banken ermöglicht, allerhand Werte, auf denen sie seit Jahren fest saßen, mit überraschend hohem Nutzen loszuwerden. Diese Millionen wurden zu inneren Abschreibungen verwandt.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf unsere Zusammenstellung, so fällt uns auf, welch gewaltiger Unterschied zwischen den einzelnen Banken auch hinsichtlich ihrer Größe besteht. Nehmen wir die fremden Gelder als besten Maßstab für die Bedeutung einer Bank, so sehen wir, daß allein die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft 1. fast zwei Drittel verwalten. Der Dresdner Bank ist ein weiteres Fünftel dieser fremden Gelder anvertraut. Diese drei Allergrößten haben also ein deutlich hervortretendes Übergewicht, wobei noch zu bemerken ist, daß zwischen der Deutschen und der Dresdner Bank anscheinend ein recht freundschaftliches Verhältnis besteht, da im zunehmenden Maße namentlich deutsche große Geschäfte von beiden gemeinsam übernommen werden. Hingegen besteht zwischen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft eine schlecht verhehlte Rivalität. So scheint die überraschend starke Dividendenerhöhung der Deutschen Bank nicht zuletzt sich damit zu erklären, daß die Disconto-Gesellschaft mit 1 Proz. in die Höhe ging. Namentlich im Auslande begegnen sich beide als Konkurrentinnen. Wir erinnern hier an die Rivalität auf dem rumänischen Petroleummarkte, von dem in einem späteren Artikel noch die Rede sein wird, oder aber an den Kampf um die Vorherrschaft in Sofia.

Digitized by Google

Versuchen wir zum Schluß einen Blick auf die Zukunft zu werfen, so scheint es, als wenn jenes rasche Wachstum der Großbanken künftig anhalten werde. Der Entschluß, statt 4 oder 5 Filialen deren 100 zu errichten, ist viel schwerer gewesen, als der Entschluß, statt 100 1000 Filialen einzurichten. Die französischen und englischen Banken sind auf diesem Wege schon vorangegangen. Für die deutschen ist gerade jetzt ein um so größerer Anreiz vorhanden, als die neue Steuervorlage Banken mit dichten Filialnetzen bei der Berechnung der Börsenumsatzsteuer ansehnliche Ersparnisse bringt. Ob diese Entwicklung ein Glück ist? Das hängt von der Art der Ausführung ab. Wenn es den Banken gelänge, ihre Zweigniederlassungen mit selbständig denkenden, mit ihrer Umgebung verknüpften Persönlichkeiten zu besetzen, so könnte man der Entwicklung einigermaßen ruhig entgegensehen. Das aber scheint etwas zweifelhaft, denn woher sollen diese Persönlichkeiten kommen? Also auch hier, auf rein geschäftlichem Boden finden wir das, was wir auch auf politischem so unbedingt benötigten. Freie, selbständige Charaktere! Linter

Notizen

Schwedens Eisenhandel nach dem Kriege. „Stockholms Dagblad" vom 16. April schreibt: In einem Vortrag im „Technischen Verein" zu Gefle hat der Professor für das Hüttenwesen an der Technischen Hochschule in Stockholm, Obering Arvid Johannson, interessante Mitteilungen über die Lage des schwedischen Eisenhandels nach dem Kriege gemacht. Der Redner war der Ansicht, daß man Ursache zum Nachdenken habe und bezeichnete seinerseits die Zukunftsaussichten als dunkel: „Durch unsere eigene Politik haben wir im Osten eine hohe Mauer errichtet und außerdem steht die Regierung im Begriff, unsere Ozeanhandelsflotte auszuliefern.

In den kriegführenden Ländern sind während der letzten Jahre eine große Anzahl von Hochöfen für die Herstellung von Qualitätsstahl gebaut worden. Wir müssen befürchten, daß wir bei dem Versuch, unseren alten Markt wiederzugewinnen, eine gefährliche Konkurrenz im Elektro-Strahl finden werden.

Die beiden Hauptbedingungen für die Aufrechterhaltung unseres Exportes sind die billigere Herstellung unserer Produkte und die Stärkung und Erweiterung unserer überseeischen Verbindungen. Wir haben, wenn eine kluge Wasserfall-Politik getrieben wird, billige Kräfte in unseren Wasserfällen, wir haben gute Verbindungen und reichlichen Zugang an billiger Rohware durch unser Erz. Aber es gibt einen großen Stein des Anstoßes, und das ist das Heizungsmaterial. Die Steinkohle kostet neunmal soviel als vor dem Kriege. Da billiges Heizmaterial eine Lebensbedingung für die Industrie ist, müssen wir demnach den Verbrauch desselben nach Möglichkeit einschränken, und der einzige Ausweg für die Erhaltung unseres Eisenhandels ist daher ein allgemeiner Übergang zum elektrischen Schmelzverfahren.

Unsere hauptsächlichsten Abnehmer für Qualitätsstahl sind bisher England, Deutschland, Rußland, Frankreich und Amerika gewesen. In den beiden erstgenannten Ländern sind wichtige Maßnahmen für eine ausgedehntere Herstellung von Qualitätsstahl getroffen worden, und was Rußland betrifft, so scheint dieses Land in die Interessensphäre Deutschlands zu fallen. Wir müssen daher unsere Blicke auf die jungen Staaten auf den anderen Seiten des großen Meeres richten. Um unsere Stellung auf dem Weltmarkt zu sichern, haben wir bei der Abschließung von Verträgen eine gute Stütze in unserem Erz und unserem Holz."

Digitized by Google

Die Frage, ob eine Verlegung unserer Eisenindustrie nach Nordland notwendig sei, beantwortete der Redner bejahend, weil daselbst billigere Kraft und leichterer Zugang an Holzkohlen als in Mittelschweden vorhanden sei.

Wilson als Diktator und — Vorkämpfer für die Demokratie. Während Wilson in seinen Reden und Botschaften in hochtönenden Worten den Krieg zur „Sicherstellung der Demokratie" proklamiert, ist er in seiner praktischen persönlichen Politik, unbekümmert um den Widerspruch in seinen Worten und Taten, weiter darauf aus, seine bereits wiederholt vergrößerten Machtbefugnisse bis zu völliger absolutistischer Gewalt zu steigern. Zu der letzten, von seiner Regierung eingebrachten Gesetzesvorlage dieser Art bemerkt „Financial Chronicle" (New York): „Diese neue Vorlage hätte man kurz in drei Zeilen abfassen können, indem man den Präsidenten für die Dauer des Krieges und für ein Jahr nach dem Kriege zum absoluten Diktator machte. Es wird Zeit, daß wir, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, offen reden. Selbst ein Kriegszustand berechtigt nicht dazu, die Form einer Regierung, durch die das Land groß geworden ist, abzuschaffen oder beiseite zu schieben. Was uns nötig ist, sind nicht neue Gesetze und mehr Macht für Herrn Wilson, sondern eine wirksamere Anwendung der schon jetzt bestehenden Gesetze und vor allem brauchen wir großzügige, fähige Männer an der Spitze. Nach und nach sind dem Präsidenten auf seinen Wunsch solche Machtbefugnisse eingeräumt worden, wie keiner seiner Vorgänger auch nur im Traume gehabt hat, und wie kein vernünftiger Mensch sie früher für möglich gehalten hätte.

Langsam aber sicher steuern wir auf den Absolutismus zu und denken nicht mehr daran, daß wir eine Verfassung haben. Dabei kämpfen wir für ‚Sicherstellung der Demokratie in der Welt!' Die anfangs erwähnte Gesetzesvorlage wurde mit Recht im Kongreß für eine Aufforderung, als gesetzgebender Körper abzudanken, angesehen. Doch wenn die Vorlage nur die Wirkung hätte, den Kongreß aufzuwecken und ihn daran zu erinnern, da er ein Teil der Regierung mit Pflichten und Verantwortung ist, dann hat sie unabsichtlich etwas Gutes geschaffen."

Erfreuliche Realpolitik. Georg Bernhard, der bisher zu den energischsten Gegnern der Ausdehnung Deutschlands nach Osten gehörte, hat in einem „Weltenwende" genannten Artikel die Konsequenzen aus dem Brest-Litowsker Frieden und der Offensive im Westen gezogen. Er kommt dabei zu Ansichten, die sich bis auf die „polnische Abrundung" mit den von uns seit jeher vertretenen Auffassungen vielfach berühren:

„Jedoch man kann über die Möglichkeiten französischer Abmachungen aus Gründen der französischen Seelenverfassung anderer Ansicht sein, und man mag auch daran zweifeln können, daß die Dinge in Rußland, nachdem es nun einmal so weit gekommen ist, sich wieder auf eine andere Formel bringen lassen. Nur sollte jeder Realpolitiker sich dann auch ganz klar darüber sein, daß damit ein für allemal vollkommen veränderte Grundlagen für den zukünftigen Friedensschluß gefunden werden müssen. Dann bleibt als erste Voraussetzung für den Politiker die Tatsache bestehen, daß Frankreich und Teile von Rußland nach wie vor die gegebenen Verbündeten Englands sein werden. Dann kann die Bildung neuer oder das Bestehen der alten Koalitionen gegen Deutschland niemals verhindert werden. Und dann ergibt sich als Folge, daß es Deutschlands erste politische Aufgabe ist, die zukünftigen englischen Verbündeten dauernd schwach zu erhalten und als politische Faktoren für die europäische Geschichte dauernd auszuschalten. Zunächst genügt dann im Osten durchaus nicht das, was geschehen ist. Dann können unmöglich die westlichen Randstaaten Rußlands bloß durch Verträge verknüpft — womöglich mit selbständigen Fürsten — lose neben Deutschland stehen bleiben. Dann müssen dort vielmehr unlösliche Verbindungen mit dem Reich geschaffen werden. Dann ist es nötig, die baltischen Staaten als Kolonialstaaten dem Reiche anzugliedern, Litauen ebenfalls in koloniale Verwaltung zu nehmen, die Reichsgrenzen nach Polen vernünftig abzurunden und

Digitized by Google

das verbleibende Polen selbst und die Ukraine in Zollverbindung mit dem Reich zu bringen. Gleichzeitig ist es dann aber auch nötig, daß sich Deutschland, Österreich und Ungarn bei aller Wahrung ihrer staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Sonderheiten über ein Programm des engsten Zusammenschlusses verständigen. Es muß dann eben das Gesamtgebiet der Mittelmächte in sich gefestigt und gestärkt und vollkommen zur Selbstbewirtschaftung bereit gemacht werden."

Neuerscheinungen

„Die Geburt der Vernunft"

Professoren, Politiker, Philosophen stehen im Kampf um die kulturellen, politischen, sozialen Fragen, in den der Krieg die Welt gestürzt hat — mehr als Betrachter, Begleiter, Ausdeuter des körperlichen Ringens um sie herum denn als Führer im Streit. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, die politischen und wirtschaftlichen Ziele des Krieges mit der geistigen Anlage, dem geistigen Beruf unseres Volks in Einklang zu setzen, aus der wissenschaftlichen Durchdringung der Vergangenheit des deutschen Volkes, aus politischen oder wirtschaftlichen Grundanschauungen, aus der philosophischen Erkenntnis vom Wesen des deutschen Geistes und der intuitiven Einsicht in seine Bestimmung heraus.

Der erste Weg: aus der Vergangenheit die Gegenwart zu beleuchten und die Zukunft zu durchdringen, ist der unpersönlichste, sachlichste. Akademische Lehrer gehen ihn mit Vorliebe. Sie enthalten sich der Nutzanwendung. In wissenschaftlicher Zurückhaltung überlassen sie es dem Leser, aus dem Bilde, das sie von der Vergangenheit entwerfen, Rückschlüsse auf die Gegenwart zu ziehen und aus dem Grade seiner Überzeugtheit in den ihre Bilder der Vergangenheit bestimmenden Anschauungen von Leben und Politik allgemein gültige Sätze zu sehen. Albert Hauck, Professor in Leipzig, versetzt sich in die Zeit der Reformation. Aus ihrer Wirkung auf das Leben sucht er — obwohl die Reformation keine politische Bewegung war — die Grundsätze für unsere — wie für jede kommende — Zeit: Gewissensfreiheit und inneren Frieden, Geltung des Kopfrechtes statt der Gewalt, als „sicherster Schutzwehr des Staates", die Forderung zur Arbeit am eigenen Ich, die Verpflichtung zur Ausbildung der natürlichen Begabung, die Anerkennung der Freiheit der Wissenschaft und Kunst. („Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben", B. G. Teubner, Leipzig.)

Direkter geht der Politiker auf seine eigene Zeit zu, zumal wenn er einer Parteianschauung zugehört. Johannes Plenge, bekannt durch die Gegenüberstellung von „1789 und 1914", einen Vergleich zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung, sucht die „Ideen von 1914" „aus dem tatsächlichen Erleben der Nation in ihrer geschichtlichen Bedeutung und Weiterwirkung festzuhalten" und als die geschichtlich bedingten Trägerinnen von Menschheitsgedanken zu erweisen. („Die Geburt der Vernunft" bei Julius Springer, Berlin.) Die Gegenüberstellung von „1789 und 1914" — des organisatorischen Sozialismus, den nach seiner Darstellung Deutschland vertrat und der individualisierenden Reaktion — deren Vertreter für ihn England war — hat in dem neuen Buch Grundlage und Richtung verschoben. Zum Hauptfeind des organisatorischen Sozialismus ist (an Stelle Englands) Amerika geworden. Das Buch „1789 und 1914" war die Kampfansage des — durch Deutschland vertretenen — gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts an das reaktionäre England gewesen. Die „Geburt der Vernunft" ist der Kampfruf gegen Wilson und die Vereinigten Staaten. Denn „die Kriegswirtschaft hat in England den organisatorischen Sozialismus eingeführt, und England besitzt vielleicht den Vorsprung dessen, der mit entschlossenem Kampfwillen ein gegebenes Beispiel nachmacht und durch kluge Ausnutzung aller Erfahrungen steigert. Die Bedingungen nach dem Kriege werden England weitertreißen, und wenn Lloyd George weiter um die politische Macht kämpft, wird er nach dem Kriege das Programm seiner „besseren Zeiten" fortsetzen und unter dem Zeichen des organisatorischen Sozialismus mit der rücksichtslos ausgreifenden Großzügigkeit und dem alles wagenden Geschick, das wir an ihm zu bewundern gelernt haben, England dazu antreiben, daß es mit bewußter Strenge für das Wohl aller Volksglieder seine Kräfte zur nationalen Wiedergeburt zusammenfaßt. So wird es in Europa einen Wettkampf des sozialistischen Aufstiegs geben, bei dem gleiche Ziele die Völker beleben. Aber es gibt auch einen einzigen großen, auf gierigste Ausbeutung bedachten Gegner des sozialistisch gewordenen Europa: die Vormacht des triumphierenden Geldinteresses: Amerika. Amerika muß in diesem Krieg geschlagen werden, weil es die Reaktion vertritt und die gesunde Entwicklung der Welt gefährdet." Der Wandel, der Plenge zu dieser scharfen Formulierung geführt hat, ist durch das Buch von Paul Lensch „Drei Jahre Weltrevolution" hervorgerufen, das zeigt „was die Revolution des Weltkrieges aus uns und unseren Hauptgegnern, England, Frankreich und Rußland gemacht hat" (erschienen bei S. Fischer, Berlin).

Digitized by Google

Plenge und Lensch sind zwei einander ergänzende Begabungen. Plenge fehlt der Blick für die Realitäten in der Politik. Darum denkt er in begrifflich zusammengefaßten Antithesen. 1914: Deutschland und England. 1918: Deutschland (samt England) und Vereinigte Staaten. Er hat selbst das Gefühl, daß seine „Aufsätze philosophisch anmuten". Lensch hat kein Organ für die Imponderabilien in der Politik. Er sei von „nackter Sachlichkeit", meint Plenge, der, als im Grunde anders Gearteter, die Lücken in der politischen Betrachtungsweise Lenschs deutlich herausfühlt. Darum überzeugt letzten Endes weder Plenge noch Lensch. Ein Philosoph läuft nur dann nicht Gefahr, sich nicht in der Reflexion zu verlieren, wenn ein Mathematiker in ihm steckt. Ein Mathematiker löst Probleme nur aus philosophischer Anlage und mit philosophischem Können. Lenschs Buch ist eine verspätete Reminiszenz an den blinden Eifer der antienglischen Leidenschaft im August 1914. Trotz schönsten Tatsachenmaterials ist es in einem Ergebnis — der Kampfstellung gegen England — von dem Plenges überholt. Plenge tut den zweiten Schritt, ohne sich mit ruhiger, kritischer Sachlichkeit um die Erforschung der Stellung zur amerikanischen Frage — den ersten Schritt — zu kümmern. Plenge verliert über dem Blick für das „Fernste" den Blick für das „Nächste". Lensch entzieht sich das „Fernste", weil er im „Nächsten" stecken bleibt. Lensch glaubt philosophisch zu denken und kommt über seine nüchterne praktische Einstellung nicht hinaus (die ihn verhindert, wirklich praktisch zu sein). Plenge will praktisch sein und verliert sich in der Reflexion.

Bleibt die Rettung durch die dritte Gruppe, die aus der philosophischen Erkenntnis vom Wesen des deutschen Geistes und der intuitiven Einsicht in seine Bestimmung aus die Gegenwart zu durchdringen und in die Zukunft blicken zu können glaubt, bewußte oder unbewußte Nachfolger Hegels, der es als Endzweck der Geschichte ansah, „daß der Geist zum Wissen dessen gelange, was er wahrhaft ist". Sie versucht die Weltrevolution von Deutschland als „dem Herzen Europas" auszulösen. Sie ist mit der Gruppe der Politiker einig in der Voraussetzung — daß Deutschland, „die Vormacht des organisatorischen Sozialismus" wiederum „der große Kettensprenger und Befreier" sein werde. Aber sie stützt diese Vormacht und Übermacht Deutschlands „auf den höchsten moralischen und geistigen Wert", den sie als „tiefste deutsche Eigenart" anspricht. Sie sieht sich im Bunde mit Troeltsch und Natorp, in kühnerem Nebeneinander mit Herder und Humboldt, Fichte und Schelling, den Vorkämpfern des deutschen Geistes. Aus dem „Geiste Fichtes", „dem völkischen Gefühl, aus der dem deutschen Leben zugewandten vaterländischen Gesinnung" begründet Dr. Walter Schmied-Kowarzik „die Gesamtwissenschaft vom Deutschtum und ihre Organisation" (als Erfüllung „eines Sehnsuchtsrufs dreier Jahrhunderte". Deutschnationale Verlagsanstalt A.-G. Hamburg). Die „Gesinnung der Rembrandt-Deutschen" weckt Reinhard Buchwald in Impressionen aus dem Felde auf („Die Wissenschaft vom deutschen Nationalcharakter", E. Diederichs, Jena), um die („Richard Wagner und Lagarde nicht gelungene") „höhere Einheit zwischen dem Kulturwillen des deutschen Idealismus und der Politik Bismarcks zu finden."

Die geistige Umwertung ist da. Erst jetzt stellt es Franz Karl Endres in einem neuen Buche „Zionismus und Weltpolitik" (bei Duncker & Humblot, München) wieder fest: „Die Ehrlichkeit hat in allen Schichten der Bevölkerung in rapidem Maße abgenommen, eine Flut von Unordentlichkeit, Gewinnsucht, Eigennutz hat die christliche Welt in derselben Weise heimgesucht wie die Juden. Wer den Dingen auf den Grund geht, erkennt als gemeinsames Motiv die Bestie im Menschen schlechthin. Der Krieg wirkt nicht veredelnd, sondern in jeder Hinsicht verelendend. Das wollen viele nicht einsehen." (S. 107 f.)

Die Welt, die geistig sehr aus den Fugen ist, wieder einzurenken, sind die zitierten Bücher (und Verfasser) nicht geschaffen.

Wie wohltuend wirkt neben so viel gewollter und ungewollter Subjektivität die Nüchternheit einer Auslese aus der Geschichte des Staatsgedankens, mit der Paul Rühlmann (bei Teubner) Rüstzeug zur Klarheit über uns aus vergangener Zeit vorlegt — auch er nicht ohne eine Konzession an die Pathetik, die keiner Schriftstellerei so schlecht ansteht als der politischen. K. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend - Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Die Abrechnung eines Neutralen mit der britischen Weltdespotie

Soeben erscheint:

Das Schicksal des Nordens

von

Harris Aall

Mit einer Einleitung versehen von Dr. Alb. Dresdner

Mark 6.50 broschiert, Mark 8.— gebunden

Der ausgezeichnete norwegische Jurist und Philosoph Dr. Herman Harris Aall hat darin die so brennend gewordene nordische Frage in größtem Stile als eine europäische Frage aufgefaßt. Rudolf Kjellén begrüßt dieses Buch als eines der bedeutungsvollsten Dokumente der Zeitkrisis auf das wärmste. Wohl nie zuvor ist von einem Ausländer die Entstehungsgeschichte des Krieges so klar, so zwingend, so reich dokumentiert dargestellt worden. Ein Norweger tritt hier überzeugend für den deutschen Standpunkt in der belgischen und in der U-Bootfrage ein. Reich an neuen Tatsachen und vielfältigen Anregungen, fesselnd durch die sittliche Würde und ideale Gesinnung des Verfassers wird die Schrift im ganzen Norden, so auch bei uns den lebhaftesten Anklang erwecken.

Das Werk ist durch jede gute Buchhandlung oder, falls keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen

GUSTAV KIEPENHEUER VERLAG / WEIMAR

Digitized by Google

Glänzende Aussichten

eröffnen sich für jeden Deutschen mit Eintritt des Friedens. Viele auch sehr gute Posten sind durch den Krieg frei geworden, viele wurden oder werden neu geschaffen durch die Erweiterung von Werken und Fabriken, sowie durch das Entstehen ganz neuer Industrien. Der deutsche Schiffbau allein schon, der so Hervorragendes geleistet hat, wird einen ganz ungeheuren Aufschwung nehmen. Dadurch finden wieder Dutzende von Industrien und Gewerben lohnende Beschäftigung. Und das ist nur ein einziger Zweig des großen deutschen Wirtschaftslebens. Der Krieg hat freie Bahn für alle Tüchtigen gebracht; Schablone und Vorurteile werden weggefegt. Das Deutsche Reich braucht heute jede Kraft, und wäre sie noch so schwach. Doppelt willkommen, gesucht und geschätzt ist aber die tüchtige Kraft. Nun liegt es in der Hand eines jeden einzelnen, eine solche tüchtige Kraft zu werden, gleichgültig, was seine Vorbildung bis jetzt gewesen ist. Selbst ist der Mann! Wie viele große Männer haben sich aus den dürftigsten Verhältnissen zu Größe und Reichtum emporgearbeitet! Hindernisse im Wissen, Charakter, Fähigkeiten und Ausdauer lassen sich mit gutem Willen überwinden. Nehmen Sie persönlichen Unterricht in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Sie zeigt Ihnen den besten Weg, wie Sie Ihr Wissen erweitern, Ihren Charakter bilden, Gedächtnis, Willen und Ausdauer stärken können, so daß Sie jeder Anforderung gewachsen sind. Der Lehrkurs stützt sich auf mehr als 20jährige praktische Erfahrung. Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Nach Ihrer Methode zu arbeiten macht mich geradezu glücklich. Da wird das Schwere leicht, das Unmögliche möglich gemacht. E. R." — „Nicht besser, als mit der Konzentration stand es mit der Willenskraft, Selbstbeherrschung und Ausdauer. Und nun, obwohl ich erst am Anfang des neuen Lebens stehe, beneiden mich schon manche ob meiner Willenskraft. W. N." — „Ihre Anleitungen sind mir sowohl in meinem Beruf wie in meinem bürgerlichen Leben ungemein förderlich gewesen. W. B." Verlangen Sie heute noch Prospekt von

E. Poehlmann, Amalienstr. 3, München P 45

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 577
Thimme, Das Wort des Königs 579
Rohrbach, Englands kriegspolitische Ziele 585
Zuk, An wen soll sich die Ukraine anschließen? 590
Jastrow, „Rußland" oder „Osteuropa"? 594
Hennig, „Hamburg-Herat" — eine neue Aufgabe deutscher Verkehrspolitik! 597
Fischer, Sozialpolitische Neuordnung 603
Notizen/Neuerscheinungen 608

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang | 10. Mai 1918 | Heft 19

Gustav Kiepenheuer/Verlag/Weimar-Berlin

Digitized by Google

Soeben erschien das 25. bis 27. Tausend

A. Damaschke:
Volkstümliche Redekunst

Erfahrungen und Ratschläge

96 Seiten Preis Mk. 1.40 Porto 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

1. Von der Bedeutung der Redekunst
2. Von der Anwendung der Redekunst

A. Fleiß und Begabung. B. Der Stoff. C. Die Gliederung. D. Der Ausdruck. E. Das Aneignen. F. Der Vortrag.

3. Von der Vollendung der Redekunst

Professor Dr. Waldemar Zimmermann in der „Sozialen Praxis": Es ist Damaschke nicht genug zu danken, daß er uns auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen. – Legationsrat Dr. v. Schwerin in der „Deutschen Zeitung": In glänzender, zum Teil humorvollen Weise wird hier alles das erzählt, was dem Redner gefährlich werden kann, was alle Redner beachten müssen. – Dr. Potthoff in den „Volkswirtschaftlichen Blättern": Ein treffliches Büchlein, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, sowohl des Inhalts wie der Form wegen; denn es bietet das beste Beispiel für das, was es lehren will: den Willen zur Tat wecken. – Generalsekretär Tews in der „Volksbildung": Das Büchlein enthält mehr, als sein Titel verspricht. – Dr. K. Schmidt in den „Münchener Neuesten Nachrichten": Wenn dieser gewandte und kenntnisreiche Redner Ratschläge über volkstümliche Redekunst erteilt, bedarf dieses Werk keines Wortes der Empfehlung.

◆

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21 068)

Digitized by Google

3. Jahrgang • 10. Mai 1918 • Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Regierung will den Landtag jetzt nicht auflösen. Sie hofft noch auf eine Gesinnungsänderung bei einigen Abgeordneten vor der dritten Lesung — kann sie noch daran glauben, nachdem die namentliche Abstimmung die einzelnen Abgeordneten gebunden hat? Sie blickt mit einem fernen Wunsch auf eine größere staatsmännische Einsicht der Konservativen des Herrenhauses — aber ist das viel mehr als Verlegenheit? Hat Minister Drews nicht seine Erfahrungen schon gesammelt, welche Stimmung dort seine Reformabsichten erwartet? Es wird nun eben nicht anders gehen als mit der Entscheidung, die den Kampf auch außerhalb des parlamentarischen Feldes sucht. Das muß man während des Krieges bedauern. Aber man braucht die Wirkung auch nicht zu übertreiben. Der Wahlkampf würde eine sehr einfache Fragestellung haben und die Parteiordnung wäre gegeben. Rückwirkung auf die militärische Lage — die Welt müßte es als ein Zeichen der überlegenen Kraft Deutschlands begreifen, daß wir eine so wichtige Verfassungsentscheidung im Innern nicht zu scheuen brauchen. Rückwirkung auf die Stimmung des Heeres — dessen übergroße Masse denkt gar nicht daran, übel zu nehmen, daß man seine künftigen politischen Bürgerrechte vor der monströsen Vergewaltigung durch Kriegsgewinnler sichern will.

*

Daß militärische Wünsche eine sofortige Auflösung das Abgeordnetenhaus widerrieten, war im Landtag bekannt. Die Regierung stand in ihrer Entschlußfähigkeit nicht frei da. Die Furcht, von heute zum morgen der Macht entkleidet zu sein, war bei den Konservativen geschwunden. Sie fühlten sich im Augenblick durch die militärischen Autoritäten gesichert. Die zivile Regierung, der unter allen Umständen eine Lösung ohne starke Leidenschaft erwünscht war, fühlt sich zur Taktik des weiteren Lavierens genötigt. Aber hat sie sich auch überlegt, daß über zuviel Taktik ihre eigene Autorität schwersten Schaden erleidet?

Digitized by Google

In der Ukraine hat es eine Umwälzung gegeben, bei der noch vieles unklar ist. An ihrem Anfang stand der Eichhornsche Erlaß über die Aussaat und an ihrem Ende ein föderalistisches Kabinett; von diesem melden deutsche Korrespondenten, daß es die Freude der Russisch-Gesinnten bilde. Erfreulich bei all diesen Unerfreulichkeiten ist nur die Mitteilung des Unterstaatssekretärs von dem Busche, daß unser diplomatischer Vertreter in Kiew den Standpunkt einnehme, daß „eine Politik der Unterstützung des Großgrundbesitzes in der Ukraine verhängnisvoll wäre". Wer den ukrainischen Staat will, muß eben auch für die Aufteilung des polnischen und großrussischen Grundbesitzes an die ukrainischen Bauern eintreten.

*

Im Jahre 1700 erklärte der türkische Minister Maurocordato dem Unterhändler Peters des Großen: „Das Reich der Osmanen betrachte das Schwarze Meer als eine reine und unbefleckte Jungfrau und werde niemand jemals gestatten, dieses Meer zu befahren. Eher würde der Sultan jemand in seine inneren Gemächer lassen, als von diesem Grundsatze abgehen." Mit der Erbeutung der russischen Flotte in Sewastopol ist de facto der Zustand von 1700 wiederhergestellt und zwar nach einem Weltkrieg, der letzten Endes von Rußland unternommen wurde, um aus dem Schwarzen Meere nebst den Dardanellen ein mare clausum für das russische Weltreich zu machen.

*

Das britische Kabinett und die ihr dienstwillige Presse macht großen Lärm darüber, daß bald eine deutsche Friedensoffensive kommen werde, die aber nur ein innerpolitisches Manöver darstelle, um die Bevölkerung über die Schwierigkeiten hinwegzubringen — die Deutschen wollen in Wahrheit den Osten unterjochen, dem Westen gegenüber aber durch eine maßvolle Form einen anspruchslosen Eindruck machen. Warum wird diese Legende jetzt zum ABC der Londoner Jingo-Presse? Die Nerven der englischen Bevölkerung sind noch keineswegs beruhigt, und wenn auch die kritische Spannung im Augenblick entlastet scheint, so bleibt die Geneigtheit zur Unzufriedenheit mit Lloyd George. Northcliffe soll also mit einer Stimmungsoffensive das unternehmen, was Haig militärisch immer mißlingt, und zugleich das britische Volk der Gasse gegen Friedensströmung immunisieren. Diese, wenn sie wieder anwächst, muß als deutsche Mache gebrandmarkt werden. Dies ganze Verfahren zeichnet sich nicht durch Neuheit aus. Es charakterisiert die Notwendigkeit, die Engländer von der üblen strategischen Lage an der flandrischen Front abzulenken.

Digitized by Google

Das Wort des Königs

Von Friedrich Thimme den 1. Mai 1918

Der Kampf um die preußische Wahlreform ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Seit Wochen wird über keinen Gegenstand, sei er außenpolitisch, sei er innenpolitisch, so viel Tinte und Galle verspritzt wie über diesen. Am 28. April hat in Berlin der nationalliberale Preußentag getagt, der sich mit 419 gegen 129 Stimmen entschieden für das gleiche Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit aussprach und für die Fraktion die Parole ausgab, dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zuzustimmen, freilich ohne daß die widerstrebenden Elemente unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Lohmann der Parole nachkommen zu wollen scheinen. Seit dem 30. April tobt nun die heiße Redeschlacht in dem Hause an der Prinz Albrechtstraße. Wie die Entscheidung in der zweiten Lesung fallen wird, ist nicht mehr zweifelhaft: das gleiche Wahlrecht wird mit einer Majorität, die sich aus den Konservativen, fast allen Freikonservativen, annähernd der Hälfte der Nationalliberalen rund einer Mandel von Überläufern aus dem Zentrum zusammensetzt, abgelehnt werden[1]. Vielleicht würde das schwankende Zünglein der Wage noch anders gelenkt werden können, wenn die Regierung in der Lage wäre, klipp und klar die Auflösung des Abgeordnetenhauses für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts anzukündigen. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß gewisse sehr einflußreiche Kreise, die schon wiederholt gleich dem Gallier Brennus ihr Schwert in die Wagschale geworfen haben, Neuwahlen mindestens während der Dauer der Offensive im Westen nicht wünschen. So bleibt der Regierung kaum etwas anderes übrig, als zu lavieren und den Versuch zu machen, zwischen der zweiten und der dritten Lesung noch mit allen Mitteln der Verhandlungskunst und Überredung die ihr fehlenden Stimmen — es können ja höchstens an die fünfzig sein — zu sich herüberzuziehen, und falls dies nicht gelingen sollte, es darauf ankommen zu lassen, ob nicht das Herrenhaus, das von je ein feineres Gefühl für die Staatsnotwendigkeiten hatte als das Abgeordnetenhaus, die Regierungsvorlage wiederherstellt. Mittlerweile wird ja auch der Zeitpunkt herankommen, wo die einer Auflösung unseres Erachtens mit Unrecht entgegengestellten Bedenken hinwegfallen. Daran jedenfalls kann gar kein Zweifel obwalten: mit oder ohne Auflösung des Landtags, das gleiche Wahlrecht in Preußen ist eine schlechthin unentrinnbare Notwendigkeit, dank dem Kriege, der überall, in den Ländern der Entente, wie in denen der Mittelmächte, eine demokratische Entwicklung von unwiderstehlicher Kraft hat einsetzen lassen. Wie Graf Hertling am 30. April sagte: „Das allgemeine Wahlrecht kommt, es wird kommen, heute oder in absehbarer Zeit, heute ohne Erschütterungen oder später nach schweren inneren Kämpfen!" Es würde kommen, auch wenn der preußische König nicht in der Julibotschaft sein Wort für das gleiche Wahlrecht verpfändet hätte. Nun aber der König nach Hohenzollern-

[1] Die Entscheidung ist inzwischen am 2. Mai, genau wie hier vorausgesagt, gefallen.

Digitized by Google

art in der entscheidenden Frage der Neugestaltung des Landtags die Führung selbst übernommen hat, ist der Sieg des gleichen Wahlrechts trotz aller sich entgegenstemmenden Gewalten eine tote Gewißheit.

Natürlich wissen die Gegner des gleichen Wahlrechts ganz genau, wie sehr die Front desselben durch das Königswort gestärkt wird. Mit allen Kräften sind sie deshalb darauf aus, das Wort des Königs fortzudisputieren. Sie klammern sich daran, daß der Erlaß vom 11. Juli nichts weiter besage, als daß dem Landtage eine Vorlage auf Grund des gleichen Wahlrechts zugehen solle; nachdem dies geschehen sei, sei das Wort des Königs, wenn von einem solchen überhaupt die Rede sein könne, restlos eingelöst. Formell betrachtet mag dies richtig sein. Aber entscheidend ist doch allein die Frage, wie die Krone selbst das gegebene Versprechen auffaßt. Und in dieser Beziehung lassen die übereinstimmenden Aussagen der Minister, in denen doch nach guter alter konservativer Auffassung die geborenen Interpreten der königlichen Willensmeinung zu sehen sind, gar keinen Zweifel übrig: der König sieht in der Zusage vom 11. Juli ein vor allem Volk gegebenes feierliches Versprechen, das ihn und seine Regierung bindet und verpflichtet, alle verfassungsmäßigen Mittel einschließlich selbst der Auflösung des Landtags zu seiner Durchführung anzuwenden. Wenn nur einer der Minister sich auf das königliche Wort beriefe, so könnte das vielleicht mit einem Schein des Rechts als eine Entgleisung betrachtet werden, da aber alle, Graf Hertling, Friedberg, von Payer und Drews wieder und wieder darauf zurückkommen, so wird es vollkommen klar, daß das mit Wissen und Willen des Königs geschieht. Die wütenden Angriffe, die deswegen von den Wahlrechtsgegnern gegen die Minister, überhaupt gegen alle gerichtet werden, die sich auf das Versprechen des Königs berufen, ihre immer wiederholten Behauptungen, daß es der politische Takt verbiete, die Person des Königs in die Debatte zu ziehen, sind durchaus deplaziert. Konservative Tradition ist es ganz gewiß nicht, den König, der nach ihr doch der „Schwerpunkt der Verfassung, die positiv gestaltende Macht im Staate, der Führer der Entwicklung" bleiben sollte, gleich dem Dalai Lama totzuschweigen. Friedrich Julius Stahl, der größte konservative Klassiker, nennt in seiner Schrift über das monarchische Prinzip das „auch in deutsche Kammergeschäftsordnungen hineingedrungene Verbot", den Fürsten zu nennen, eine der stärksten Verletzungen des monarchischen Prinzips, die nur scheinbar diene, seine Erhabenheit zu sichern, in der Tat es zu beseitigen! An anderer Stelle sagt Stahl, nach monarchischem Prinzip müsse es geradezu verpönt sein, die Regierungsakte so zu bezeichnen, als wenn sie von den Ministern statt vom Könige ausgingen! Derselben Auffassung war Bismarck, der in seiner berühmten Rede vom 24. Januar 1882 dem preußischen Königtum das Recht und die Pflicht vindiziert hat, bei bedeutenden Anlässen aus seiner sonst gebotenen Reserve herauszutreten und sich selbst an das Volk zu wenden. „Wir sollten", so sagte er, „die königliche Aktion, die lebendige Wechselwirkung zwischen dem Könige und dem

Digitized by Google

Volke, wie sie in Preußen immer gewesen ist und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren ... Unsere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft, und je mehr sie heraustreten und mit dem Volke in engere Beziehung treten." Bismarck nahm denn auch König Wilhelm I. auf das nachdrücklichste in Schutz, als die königliche Initiative bei der Botschaft von 1881 ähnliche Beanstandungen fand wie heute Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß. Er stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte, sagte er am 20. November 1881 im Reichstage, als ob der Kaiser im Deutschen Reich nicht zu seinem Volk und zu der Nation sprechen dürfe:

„Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht, den Kaiser Wilhelm nach zwanzig Jahren mundtot zu machen. Das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Überzeugung zu haben, und wenn er sie hat, sie auszusprechen; wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern?"

Was Bismarck damals von der kaiserlichen Botschaft von 1881 sagte, das gilt ganz gewiß auch von dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli 1917. Es wird immer der Ruhm Wilhelms II. bleiben, daß er, wie er 1890 in der Frage der Sozialpolitik, wie er später in der Frage der Flottenpolitik seinem Volke die Wege gewiesen hat, so 1917 aus den gewaltigen Erfahrungen und Erlebnissen des Krieges heraus den Mut gefunden hat, die Gleichheit des preußischen Wahlrechts als sein Programm zu proklamieren. Und es wird auch für Herrn von Bethmann Hollweg, dessen sind wir sicher, einmal als Ruhm anerkannt werden, daß er, wenn das überhaupt nötig war, seinem königlichen Herrn geraten hat, die Initiative in dieser Frage zu übernehmen. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts können jedenfalls Herrn von Bethmann Hollweg nicht dankbar genug dafür sein; denn es liegt klar zutage, daß der Weg des gleichen Wahlrechts ohne die königliche Initiative und ihren Zwang noch viel dorniger sein würde, als er ohnehin schon ist. Gegenüber all den gehäuften und bitteren Vorwürfen, die sich Herr von Bethmann Hollweg wegen der Rolle, die er bei dem Wahlrechtserlaß gespielt hat, hat gefallen lassen müssen, berührt es förmlich wohltuend, in der „Kölnischen Zeitung" vom 29. April (Nr. 396) zu lesen:

„Herr von Bethmann Hollweg mag übrigens, das soll angesichts der stets wiederholten Angriffe auf einen Wehrlosen einmal ausgesprochen werden, dem Urteil der Geschichte mit aller Gewissensruhe entgegensehen. Er kann sich auf einen guten Kronzeugen berufen, auf Bismarck, der ebenfalls mitten im Kriege, noch mehr, der unmittelbar vor einem Kriege, in dem um das Sein und Nichtsein Preußens gewürfelt werden sollte, das gleiche Wahlrecht hinwarf, und zwar das durch keine Hemmungen gemäßigte Reichstagswahlrecht."

Das sollte sich vor allem der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann gesagt sein lassen, der noch immer den Reigen der Angreifer gegen Herrn von Bethmann Hollweg anzuführen bestrebt ist. Man erinnert sich, wie viel Mühe und Fleiß Dr. Lohmann in seiner bekannten Rede vom 6. Dezember 1917 auf den Nach-

Digitized by Google

weis verwandt hat, daß Herr von Bethmann Hollweg der Krone das gleiche Wahlrecht nur vorgeschlagen habe, um sich in seinem Amt zu behaupten. Dieser Beweis, der bis auf den heutigen Tag von den Gegnern des gleichen Wahlrechts immer wieder mit Behagen aufgewärmt wird, ist ja kläglich zusammengebrochen. Ich selbst habe die völlige Unhaltbarkeit des Vorwurfs in einem größeren Aufsatz der „Annalen für soziale Politik" und einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 27. Januar, „Nationalliberale Verantwortung", dargetan, ohne daß eine Widerlegung von irgendeiner Seite auch nur versucht worden wäre. Es ergab sich bei der eingehenden Erörterung der Genesis des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli zwingend, daß er nur die logische, durch den Gang der Ereignisse vollauf begründete Folgerung aus der Osterbotschaft war, und daß für den Fortschritt von der Osterbotschaft zum Wahlrechtserlaß nichts so sehr ins Gewicht gefallen ist, als das Drängen der — nationalliberalen Mitglieder des Verfassungsausschusses. Ich glaube positiv behaupten zu können, daß nächst der militärisch-politischen Gesamtlage für den Erlaß der Wahlrechtsbotschaft die nationalliberale Haltung maßgebend gewesen ist. Heute hat sich auch Dr. Lohmann davon überzeugt; in seiner Rede auf dem Preußentage hat er selbst ein dreifaches Wehe über diejenigen seiner Parteifreunde herabgerufen, die „gegen den Willen der Landtagsfraktion heimlich dem Kanzler zugeredet haben, er möge das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen". Gleichwohl kann es Dr. Lohmann nicht lassen, von neuem einen schweren Vorwurf gegen Herrn von Bethmann Hollweg zu erheben, der zugleich bezeichnend dafür ist, wie krampfhaft das Bestreben der Wahlrechtsgegner bleibt, die bindende Zusage der Krone wegzueskamotieren. In zwei Artikeln der „Täglichen Rundschau" vom 26. und 27. April, in denen Dr. Lohmann seine Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht noch einmal zusammenfaßt, schreibt er u. a.:

„Die behauptete weitergehende Bindung dieses feierlichen Königswortes hat doch eine ganz bestimmte Voraussetzung: die, daß dem Könige vor Erlaß der Botschaft die gesamte politische Lage, insbesondere auch die Stellung der großen Parteien des Abgeordnetenhauses zur Frage der Wahlreform — völlig bekanntgegeben worden ist. Die Regierung wird Auskunft geben müssen, ob dem Könige am 11. Juli 1917 bekannt war, daß die vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, die mehr als fünf Sechstel seiner Mitglieder umfassen, durch ihre Vertrauensmänner sich über die Reform des Wahlrechts in einer Form geeinigt hatten, daß deren Annahme ohne erheblichen Kampf zu erwarten stand. Wäre die Botschaft ohne Kenntnis dieses entscheidend wichtigen Umstandes erwirkt worden, so entfiele damit die sonst zuzugestehende besondere Bindung des Königs."

Nun, die Regierung hat ja die von Dr. Lohmann begehrte Auskunft inzwischen gegeben; sowohl Dr. Friedberg wie Dr. Drews haben in der Landtagsdebatte ausdrücklich bestätigt: ja, selbstverständlich sei der Träger der Krone vor Erlaß der Botschaft in eingehendster Weise auch über das Wahlrechtskompromiß der Mehrheitsparteien unterrichtet worden! Das hätte Dr. Lohmann sich auch ohne die Auskunft der beiden Minister sagen können, denn selbst die „Deutsche Tageszeitung" behandelt die Vorgänge in dem entscheidenden fünfstündigen Kronrat vom 9. Juli, der allein der

Digitized by Google

Frage des Wahlrechts gegolten hat, als „offenes Geheimnis". In diesem Kronrat sind die Anhänger wie die Gegner des gleichen Wahlrechts, unter letzteren auch der damalige Minister des Inneren, Herr von Loebell, der doch um die Verhandlungen der vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses über das Pluralwahlrecht ganz genau gewußt hat, ja, an diesen Verhandlungen durch einen seiner Beamten selbst beteiligt gewesen ist, sehr ausführlich zu Wort gekommen. Ist es denkbar, daß der Minister des Innern in dem Kronrat sich über eine so wichtige Tatsache wie die Einigung der großen Fraktionen über die Frage des Wahlrechts ausgeschwiegen haben sollte? Das ist doch vollkommen ausgeschlossen, und jeder Schatten eines Vorwurfs gegen Herrn von Bethmann Hollweg, als ob er seinen königlichen Herrn nicht genügend informiert habe, fällt haltlos in sich zusammen. Es ist nicht anders: die Krone war nach allen Richtungen über die gesamte politische Lage unterrichtet, sie hat ihre Entschlüsse mit aller Sorgfalt und allem Bedacht gefaßt, mit solcher Sorgfalt sogar, daß am 10. Juli auch der Kronprinz gerufen wurde, der gleichfalls seine Einwilligung zum gleichen Wahlrecht nach vorheriger Informierung gegeben hat. Die Krone wußte genau, was sie tat, als sie den Wahlrechtserlaß vom 11. Juli unterzeichnete!

Dr. Lohmann wird also nunmehr nach seinen eigenen Worten nicht mehr leugnen können und wollen, daß eine „besondere Bindung des Königs" vorliegt. Es mag das um so mehr hervorgehoben werden, weil die Gegner der Wahlrechtsvorlage ihn immer noch als klassischen Zeugen ausspielen. Brachte es doch die „Deutsche Tageszeitung" vom 8. April fertig, zu behaupten: Seitdem der Abgeordnete Lohmann die Gründe, aus denen Herr von Bethmann Hollweg dem König die Anweisung vom 11. Juli abgerungen (!) habe, in klassischer Weise vor dem Lande und dem Parlament festgestellt habe, könne die Behauptung, die Krone sei durch den Juli-Erlaß im Sinne eines königlichen Versprechens gebunden, nur als eine direkte Verhöhnung (!) der Krone aufgefaßt werden! Nun ist Dr. Lohmann selbst ein Zeuge für die besondere Bindung des Königs geworden, und der „Deutschen Tageszeitung" bleibt nur noch ein einziges Argument für ihre Auffassung, ein Argument freilich, das ihrer würdig ist. Nach ihr wäre in der unmittelbar auf den „letzten Versuch" des Herrn von Bethmann Hollweg erfolgten Entlassung dieses Ratgebers eine Willens- und Meinungsäußerung der Krone erfolgt, die „alle sophistischen Berufungen auf ein Königswort zuschanden machen muß"! Man traut seinen Augen wirklich nicht, wenn man so etwas liest. Es braucht hier kein Wort über die auch als „öffentliches Geheimnis" — ach, es gibt deren viele heutzutage! — wohlbekannte Tatsache verloren werden, daß bei der Entlassung Herrn von Bethmann Hollwegs und ebenso bei der Entlassung Herrn von Valentinis, die die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" vom 8. April als einen Beweis für einen Gesinnungswechsel der Krone in Sachen des Wahlrechts deutet, der Wille der Krone infolge des Eingreifens ganz bestimmter, schon einmal erwähnter Faktoren nichts weniger wie rein zum Ausdruck gekommen

Digitized by Google

ist. Aber wenn die Krone wirklich mit der Entlassung Herrn von Bethmann Hollwegs von dem gleichen Wahlrecht hätte abrücken wollen, welchen Sinn hat es dann, daß mit dem Reichskanzler auch sämtliche preußischen Staatsminister entlassen wurden, die ihr Votum gegen das gleiche Wahlrecht in die Wagschale geworfen hatten? Welchen Sinn hatte es, sämtliche seither neu ernannten Minister und Kanzler sozusagen auf das gleiche Wahlrecht zu vereiden und ihnen den Auftrag als unumstößliche Richtschnur zu geben, „bei der Volksvertretung darauf hinzuwirken, daß unter allen Umständen die Wahlrechtsvorlage, wenn auch mit Veränderungen, die sich im Rahmen der Vorlage ertragen lassen, zum Gesetz werde"? Diesen Auftrag hat, das hat der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg am 6. Dezember ausdrücklich konstatiert, der König selbst gegeben! Davon abgesehen, beweist allein schon die Tatsache, daß die Wahlrechtsvorlage erst nach der Entlassung des Herrn von Bethmann Hollweg ausgearbeitet worden, vom König unterschrieben ist, und daß die Minister bis auf den heutigen Tag, getreu dem königlichen Auftrag, entschlossen sind die Wahlrechtsvorlage mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen, mit voller Gewißheit, daß der Wille der Krone heute wie am 11. Juli auf die Einlösung der feierlichen königlichen Zusage gerichtet ist. Zum Überfluß hat Reichskanzler Graf Hertling dies erst vor wenigen Tagen noch den Vertretern der Arbeiterschaft gegenüber ganz ausdrücklich bestätigt!

Nach alledem ist es gar keine Frage: das Königswort vom 11. Juli ist in voller Kraft; es bindet den Träger der Krone, es bindet die Minister, und es bindet auch alle diejenigen, die nach alter konservativer Auffassung in dem Königtum die „positiv gestaltende Macht im Staate, den Führer der Entwicklung" erblicken; es ist der feste Pol in der Erscheinungen Flucht. Die breiten Massen aber des Volkes, die in dem gleichen Wahlrecht eine Forderung der Gerechtigkeit und der sittlichen Notwendigkeit sehen, mögen das königliche Wort als eine sichere Verheißung nehmen, daß es allem Widerstande zum Trotz kommen wird, und das bald. Was auch die Gegner des gleichen Wahlrechts noch angeben mögen, „das Wort sie sollen lassen stahn", um mit Luther zu reden! Uns ist das gleiche Wahlrecht das feste Fundament des Volkskönigtums der Hohenzollern, das Wahrzeichen für das gegenseitige gläubige Vertrauen des Königs auf sein Volk und des Volks auf seinen König, das Unterpfand für eine Wandlung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Monarchie und die Voraussetzung für ein großes, freies Preußen, das fähig ist, in ganz Deutschland moralische Eroberungen zu machen. Bringt es Gefahren mit sich, so trägt es auch Garantien gegen solche Gefahren in sich selbst, die sichersten Garantien, die überhaupt nur denkbar sind. Und wenn die Vertreter des alten Preußen klagen und jammern, daß dieses alte Preußen zugrunde gehen müsse; was schadet es, wenn es dem Phönix gleich, verjüngt und neugekräftigt, ein wahrer Volksstaat mit einem wahren Volkskönigtum aus der Asche steigt. Im neuen, großen und kraftvollen Deutschland ein neues, kraftvolles und verjüngtes Preußen, das sei das Panier unserer Zukunft!

Digitized by Google

Englands kriegspolitische Ziele

Von Dr. Paul Rohrbach

Eine Prüfung der englischen Stimmen seit dem großen Erfolg unserer Offensive im Westen ergibt je länger, desto deutlicher entschiedenen Ernst der Auffassungen drüben, so sehr, daß offen mit der Möglichkeit gerechnet wird, man werde Flandern und Frankreich überhaupt räumen müssen. Diese Stimmen sind auch allgemein durch die deutsche Presse bekannt geworden, und vielleicht hat man sie sogar etwas zu geflissentlich verbreitet. Ganz neuerdings bemerkt man übrigens bei den Engländern wieder eine etwas größere Zuversicht. Sie drücken sich zwar immer noch pessimistisch aus, aber es ist doch zu spüren, daß viele hoffen, militärisch auf dem Festlande bleiben zu können. Es gibt aber Leute genug in England, die anscheinend gar nicht besonders unglücklich wären, wenn der Feldzug auf dem Kontinent für die englischen Waffen so oder so zu Ende ginge. Sie sagen, England würde sicher den längeren Atem behalten als Deutschland, aber dann dürfe es nicht Deutschland dauernd auf das Gebiet der Kriegführung folgen, das nun einmal das Element der Deutschen sei, der Landkrieg. Sobald der Krieg wieder ein reiner See- und Blockadekrieg sei, könne der Endsieg für England nicht ausbleiben.

Als Grundlage dieser englischen Rechnung lassen sich folgende Gedanken erkennen.

1. Es muß zugegeben werden, daß die Deutschen, sobald das englische Heer nicht mehr auf dem Festlande steht, Frankreich zunächst überwältigen werden, und daß auch Italien zum Frieden gezwungen werden wird. Dadurch hört der europäische Krieg für Deutschland und seine Bundesgenossen tatsächlich auf. Die Armeen müssen entlassen werden, denn es wird kein Gegner mehr im Felde stehen, und es wird weder möglich noch zweckmäßig sein, alle die Millionen Soldaten ohne Grund und Ziel unter den Waffen zu behalten. Selbst wenn man es wollte, würde es sich gegen die allgemeine Stimmung nicht durchführen lassen.

2. Es wird also demobilisiert und die Leute gehen nach Hause. Arbeit und Verdienst finden sie aber nicht, oder nur zum kleinen Teil, denn der Seekrieg und die englische Blockade dauern fort; es kommen keine Rohstoffe nach Deutschland hinein, und die Fabriken können nicht arbeiten. Einzig die Eisenindustrie könnte Beschäftigung finden, aber auch da wird es an vielem fehlen. Das ganze Textilgewerbe und die meisten übrigen Industriezweige werden nach wie vor feiern müssen. Die deutsche Regierung wird also einen großen Teil den Volks, auch nachdem die Armee demobilisiert ist, aus öffentlichen Mitteln verpflegen müssen. Eine gewisse Erleichterung der Ernährungsverhältnisse wird eintreten, da mit der Zeit steigende Zufuhr aus den östlichen Ländern zu erwarten ist, aber desto schwieriger wird die Lage im Innern sein, wo man die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr unter Kriegsrecht in der Uniform stecken, sondern unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und überwiegend arbeitslos zu Hause sitzen hat.

Digitized by Google

3. Wenn es keine englische Armee in Frankreich mehr zu verpflegen und mit Kriegsmaterial zu versorgen gibt, und wenn die Hilfen an Frachtraum fortfallen, die England den Franzosen und Italienern zu liefern hat, so werden mit einemmal mehrere Millionen Tonnen zur Versorgung Englands mit Lebensmitteln und Rohstoffen frei. Gleichzeitig wird im Einvernehmen mit Amerika die gewaltsame Aneignung des neutralen Schiffraums fortgesetzt. Die amerikanischen Werften kommen, wenn auch spät, so allmählich doch einigermaßen in Gang. Ebenso vervollkommnen sich die Abwehrmittel gegen die U-Boote, und die deutschen Verluste im U-Bootkriege steigen weiter. Entscheidend ist das Freiwerden der Tonnage, die bisher zu Kriegsfrachten nach Frankreich gebraucht wurde. Hieraus folgt der Zusammenbruch des deutschen U-Bootkrieges. Die Versenkungen und die Schiffsverluste mögen fortdauern, aber die Gefahr besteht nicht mehr, daß England dadurch niedergezwungen wird. Ein großer Teil der Verluste entfällt überdies auf die Neutralen. Das hat die erwünschte Wirkung, daß auch der neutrale Schiffsraum am Ende des Krieges gründlich geschwächt ist. (Die Verringerung der konkurrierenden neutralen Tonnage für den Friedenszustand ist, wie neulich in Heft 13 angedeutet wurde, überhaupt eine Hauptaufgabe, die England gegenwärtig den deutschen U-Booten zur Erledigung in seinem Interesse zugewiesen hat.)

4. England und Amerika führen also den Seekrieg unentwegt weiter, die deutsche U-Bootwaffe wird ihrer Endwirkung nach matt gesetzt, die Verhältnisse in Deutschland und Österreich-Ungarn werden unerträglich, die Kosten und Verluste für die Mittelmächte wachsen ins Ungeheure, während die Kriegslast für England sich verbilligt; am Ende muß Deutschland, zur Verzweiflung gebracht, doch nachgeben, muß auf die Erfolge, die es Frankreich gegenüber vielleicht erreicht hat, verzichten, auch die italienischen Forderungen treten von neuem in Geltung, und erst recht die englischen Bedürfnisse im Orient, in Afrika und sonst in der Welt; der Krieg für die Entente ist gewonnen.

Dieses ist, wie gesagt, die mehr oder weniger ausgesprochene Gedankenreihe, die sich bei der englischen Kriegspartei, namentlich bei all denjenigen, die mit dem Rückzug vom Festlande als mit einer Wahrscheinlichkeit rechnen, ja die Loslösung beinahe schon herbeiwünschen, andeutungsweise findet. Es könnte auch wirklich den Unkundigen ängstigen, aber nur den Unkundigen. Die englische Rechnung ist im Augenblick eindrucksvoll, aber sie hat ein großes Loch. Dies Loch liegt im Orient. Den Engländern ist es nur deshalb möglich gewesen, vom Persischen Golf und von Ägypten her erfolgreich gegen Bagdad und Jerusalem vorzugehen, weil es ihnen mehrere Jahre nach Kriegsbeginn schließlich geglückt war, ihre Verbindungslinien für den notwendigen Nachschub leistungsfähiger zu gestalten als die türkischen. Bagdad und das untere Stromland am Euphrat und Tigris konnten von den Türken solange erfolgreich verteidigt werden (man denke an die Kapitulation Townshends in Kut el-

Digitized by Google

Amara), wie sie dort eine dem englischen Angriffsheer gewachsene Armee zu verpflegen und mit Kriegsmaterial zu versehen imstande waren. Das war zur Zeit von Kut el-Amara noch der Fall. Seitdem aber hat die Leistungsfähigkeit der langen türkischen Nachschublinien, vom Bosporus durch Kleinasien nach Syrien und Mesopotamien, nicht viel zugenommen; die Engländer dagegen haben mit größtem Aufwand Bahnen von der Mündung des Euphrat und Tigris gegen Bagdad gebaut und konnten schließlich mit ihrer Hilfe eine starke Übermacht gewinnen. Die Türken hätten an sich auch mehr Soldaten nach Bagdad schicken können, aber was sie über die Leistungskraft ihrer Nachschublinie hinaus dorthin gebracht haben würde, hätte wegen Mangel an Kriegsmaterial nicht kämpfen können und wäre verhungert. Damit war das Schicksal Bagdads entschieden, und auch die beste Truppe der Welt hätte es unter den gegebenen Verhältnissen nicht abwenden können. Ähnlich liegen die Dinge an der Palästinafront. Trotz großer Verluste durch den U-Bootkrieg im Mittelmeer haben die Engländer zuletzt doch soviel Mannschaften, soviel Material und soviel Verpflegung nach Ägypten bringen können, daß sie mit starker Überlegenheit imstande waren, den Angriff von der Kanalfront aus gegen Südpalästina und danach gegen Jerusalem und gegen die Jordanlinie durchzuführen. Ihre Eisenbahn geht jetzt vom Kanal aus nach Palästina durch. Sie steigen abends in Kairo in den Zug und sind am Morgen in Jerusalem. Diese Dinge sind alle in den Kriegsberichten wiedergegeben, von türkischer und deutscher wie von englischer Seite. Man kann dazu nur sagen, daß es die höchste Bewunderung verdient, wie unter so schwierigen Verhältnissen immer noch die Türken imstande sind, einen kräftigen Widerstand zu leisten.

Die Engländer, die uns mit ihrer Rechnung im Fall des Rückzugs der englischen Truppen aus Frankreich schrecken wollen, tun so, als ob die Verhältnisse im Orient so bleiben würden, wie sie heute sind, falls der Festlandkrieg für uns aufhört. Sie werden aber nicht so bleiben, sondern alles im Orient wird sich schnell und durchgreifend zu unseren Gunsten und zu Ungunsten Englands wandeln, wenn auch nur ein Teil der riesenhaften technischen Mittel, die jetzt auf dem europäischen Kriegsschauplatz gebraucht werden, nach dem Orient geworfen werden kann. Näher hiervon zu sprechen, verbietet sich aus den bekannten Rücksichten; es ist aber auch nicht nötig, denn die Dinge liegen so klar, daß jeder sich selbst sagen kann: es gibt einen Totalumschwung am Euphrat und in Palästina, sobald stärkere Kräfteverdichtung von unserer Seite dorthin erfolgt. Die Engländer mögen auf Ägypten häufen und dorthin werfen, was sie wollen; sie sind verloren, sobald wir nach dem Aufhören des Krieges in Europa mit allen Kräften den Türken zu Hilfe kommen.

Den Niederbruch in Ägypten kann England aber auf keinen Fall ernstlich riskieren. Ich habe schon öfter ausgeführt, daß rund um den Indischen Ozean fast das ganze englische Weltreich aufgebaut ist, und daß es für England unmöglich ist, seine Herrschaft in den Ländern um dies Weltmeer weiter zu erhalten, wenn es als einzige Ver-

Digitized by Google

bindung dorthin den weiten Umweg um das Kap der Guten Hoffnung besitzt — wir aber im Herzpunkt der ganzen englischen Weltmacht, am Suezkanal, sitzen. Von Gibraltar über den Suezkanal nach Indien führt Englands Lebenslinie. Wird sie mit Erfolg angegriffen, so ist England verloren. Hier haben wir auf jeden Fall, und erst recht dann, wenn der Krieg in Europa für uns aufhört, die Möglichkeit, unsere westliche Zielsetzung für den Frieden zu verwirklichen. Sie lautet, wie wir wissen: Sprengung des geographischen Gefängnisses, in dem England uns durch seine Sperrlage vor der Nordsee hält.

Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu sehen, daß diese ganze Sachlage den Engländern gerade so klar vor Augen steht, wie uns. Das tut sie auch; man braucht sich nur an all die englischen Stimmen zu erinnern, die während der ersten Hälfte des Krieges, als Ägypten gefährdet erschien, bekannten: Englands Stellung hängt vor allem von der Fähigkeit ab, den Suezkanal zu behaupten. „Wir müssen ihn behaupten, oder wir sind verloren. Die Unfähigkeit, ihn zu halten oder ihn uneinnehmbar zu machen, würde sofort Unruhen in Indien, Bestürzung in Australien und den sofortigen Zusammenbruch unseres Ansehens im fernen Osten hervorrufen." („Daily Mail", Dezember 1915.) Wenn also der gegenwärtige große Kampf in Flandern und Nordfrankreich dazu führt, daß die Engländer ihr Heer vom Festlande zurücknehmen müssen, so werden sie in unmittelbarem Zusammenhang damit unseren mit höchster Kraft geführten Angriff im Orient als Selbstverständlichkeit erwarten — und danach handeln. Muß Frankreich geräumt werden, so fällt Lloyd George (wenn er nicht schon früher fällt), und dann wird vermutlich eine neue englische Regierung die Initiative zur Herbeiführung des Friedens ergreifen. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Regierung von Lord Lansdowne geführt werden und den Versuch unternehmen würde, nach der bewährten Regel der englischen Politik aus der Anbahnung des Friedens eine große „moralische" Aktion zu machen. England ist durch die blutige Kriegswut Lloyd Georges aus der Rolle des moralischen Weltenhüters mehr und mehr hinausgedrängt worden. Das empfinden nicht wenige Leute in England mit Schmerz; die einen, weil sie politisch klug genug sind, um den Verlust politisch nach seinem rechten Wert einzuschätzen, die andern, weil sie außerdem auch noch ein wirkliches Gewissen haben. Zu diesen gehört sicher Lord Lansdowne.

Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß mit dem Augenblick, wo England den Festlandkrieg aufgibt, eine groß und geschickt angelegte Wendung gemacht wird, um in die Rolle des Weltfriedenbringers hinüberzuwechseln und zugleich den tödlichen Angriff in der Richtung auf Ägypten zu verhindern. Daran, daß ein solches politisches Unternehmen, wenn es kommt, auch mit großem Geschick ins Werk gesetzt werden wird, ist nicht zu zweifeln. Auch an Deutschland müßte und würde ein in den Augen der Welt annehmbares Angebot zur Erhaltung unserer Stellung unter

Digitized by Google

den Weltvölkern gemacht werden; gleichzeitig aber würde man versuchen, den Orient, das heißt die Gebiete zwischen der syrischen Mittelmeerküste und den Grenzen Indiens, der Vorherrschaft Englands zu sichern, und Deutschland von vornherein mit der ganzen Last der moralischen Verantwortung zu beladen, wenn es nicht materiell auf die englische Initiative eingeht. Voraussichtlich würde England dabei nicht nur in die Zurückgabe der deutschen Kolonien und die Ausdehnung Deutschlands in Mittelafrika willigen, sondern auch die Neuordnung der osteuropäischen Verhältnisse und Deutschlands Stellung im nördlichen Ostseebecken anerkennen. Es würde aber abgesehen von Belgien — mit dessen Zweiteilung in einen flandrischen und einen wallonischen Staat eine Regierung Lansdowne sich zur Not, das heißt wenn wir sonst nichts von Belgien verlangen, auch einverstanden erklären könnte — auf jeden Fall die Preisgabe der Türkei und damit auch Persiens fordern.

Rußland war, solange es als Gesamtstaat aufrecht dastand, zwar auf der einen Seite Englands Nebenbuhler in Asien, aber nach der anderen Seite gewissermaßen auch ein Schutz für England, nämlich dadurch, daß das russische Kaukasusgebiet gleich einem breiten und massigen Elefantenfuß von Norden her sowohl auf der asiatischen Türkei als auch auf Westpersien lastete. Rußland gestattete keinen Durchgang zwischen Mitteleuropa, den Balkanländern und Persien. Den Transit vom Schwarzen zum Kaspischen Meer hielt es selbst in der Hand, und die Türken verhinderte es, Eisenbahnen in Ostanatolien und Armenien zu bauen. Über Persien waren sich Rußland und England einig, wenn auch nicht wieviel davon jedem gehören solle, so doch daß Dritte fernzuhalten seien, und Persien selbst sich weder in bezug auf Eisenbahnen noch sonstwie entwickeln dürfe. Diese Politik beruhte, wie leicht zu sehen ist, auf der beherrschenden, gleichzeitig nach Südwesten, Süden und Südosten gerichteten russischen Druckstellung in den Kaukasusländern. Jetzt hat sich der Kaukasus von Rußland getrennt; Nordkaukasien wird wahrscheinlich seinen Anschluß an das Kosakengebiet am Don und an die Ukraine finden; Süd- oder Transkaukasien ist bestrebt, ein unabhängiges Bundesgebiet aus verschiedenen nationalen Gemeinwesen zu bilden, möglicherweise auch zu einer politischen Verständigung mit der Türkei zu gelangen.

Es ist also klar, daß in Zukunft England damit rechnen muß, ein vom Bosporus ausgehendes Eisenbahnsystem sich gegen Persien und durch Persien hindurch bis Afghanistan vorschieben zu sehen. Daß es so kommt, ist natürlich, und daß es nicht ohne finanzwirtschaftliche und technische Beteiligung von deutscher Seite geschehen wird, ebenfalls. Der Sturz der russischen Macht hat unermeßliche politische Folgen, nach welcher Seite man auch sehen möge. Er belastet England mit der Aufgabe, jetzt den direkten Landweg von Europa nach Indien und dem Indischen Ozean, der durch Persien hindurchführt, zu sichern. Das könnte wirksam nur dann geschehen, wenn Persien zugleich mit Arabien, Syrien und Mesopotamien englisches Machtgebiet wird.

Digitized by Google

Die moralische Führerstellung in der Weltpolitik und die Erweiterung der englischen Herrschaft in Asien durch Hinzufügung fast ganz Vorderasiens zu Indien — das ist es also, was wir vermutlich demnächst als Offenbarung des englischen Kriegsziels erleben werden. Es liegt auf der Hand, was dagegen zu tun ist.

Wir müssen zunächst bedenken, wie töricht es wäre, geschehen zu lassen, daß England im Augenblick, wo es sich zum Verzicht auf den Krieg entschließt, gleichzeitig die moralische Führung in der Friedensfrage ergreift. Pax Britannica! Britischer Friede! Ein Friede, der, wenn er der Welt geschenkt ist, den Stempel trägt: geschmiedet in der „moralischen" Rüstkammer Englands! Warten wir diese Art von englischer Offensive ab, ohne ihr rechtzeitig zu begegnen, so stehen wir eines Tages vor der Wahl, wohl oder übel die englische (oder gesamtangelsächsische) Führerrolle am Friedenswerk anzuerkennen und dem Feinde den Gefallen zu tun, widerstrebend und in schlechter Figur hinter dem moralischen Triumphwagen Englands herzuziehen — das wäre es, was die anderen freute — oder zu erklären: wir setzen den Krieg fort, weil der Friede, der uns geboten wird, unseren Machtansprüchen nicht genügt. Die inneren und äußeren Gefahren einer solchen Stellungnahme brauchen hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Wir müssen daher klar und zuverlässig unsere äußerlich so gewaltige, innerlich wahre und nur durch trostlose Ungeschicklichkeit verderbbare Stellung als Befreier der östlichen Welt festhalten und im übrigen nach der Einsicht handeln, daß unsere Zukunft gefährdet ist, und unser Gefängnis in der Nordsee geschlossen bleibt, wenn England die Vorherrschaft im Orient besitzt.

An wen soll sich die Ukraine anschließen?

Von Andreas Zuk, Mitglied des Vorstandes des Bundes zur Befreiung der Ukraine

Die Ukraine, mit ihrem Territorium von 850000 Quadratkilometer und 40 Millionen Bevölkerung, erscheint für sich als eine Staatseinheit, die groß genug wäre, um für sich selbst zu existieren und keinen näheren Anschluß an die Staatswesen, die auf den Trümmern des ehemaligen Rußlands entstanden oder entstehen können, sowie auch an andere Nachbarstaaten zu suchen. Die Ukraine wird wohl imstande sein, nach erfolgter innerer Festigung und Organisierung ihre Grenzen zu verteidigen, und besitzt auch sonst alle Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung. Trotzdem hat die Frage des Verhältnisses der Ukraine zu ihren Nachbarn auch nach der Proklamierung der freien und selbständigen Ukraine nicht aufgehört, aktuell zu sein, und sie erheischt eine nähere Erörterung.

Es handelt sich in erster Linie um die Völker des ehemaligen Rußlands. Es läßt sich nicht voraussagen, wie sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht endgültig gestalten werden. Eins kann mit Sicherheit behauptet werden, daß außer der Ukraine und Finnland auch andere Fremdvölker, die westlich der Westgrenze des ethnographischen

Digitized by Google

Großrußlands siedeln, sich von Rußland loslösen werden. Dagegen läßt es sich augenblicklich nicht voraussehen, was mit Sibirien und Mittelasien geschehen wird. Da aber diese Gebiete keine unmittelbare Grenze mit der Ukraine haben, darf man die Frage bezüglich des Verhältnisses zu den zwei letztgenannten Gebieten unerörtert lassen. Als feststehend darf angenommen werden, daß die Ukraine an Polen, Großrußland, an das weißruthenische Gebiet und an das Gebiet der Don- und Kubankosaken, sowie auch an das Bergland des Kaukasus grenzen wird.

Abgesehen davon, in welchen staatsrechtlichen Formen das Königreich Polen, Litauen und andere Länder an dem nordwestlichen Rand der Ukraine bestehen werden, ob diese Staatsgebilde unabhängig sein oder in irgendeinem Verhältnis der Abhängigkeit zu Deutschland und Österreich-Ungarn stehen werden, — auf jeden Fall wird die Ukraine kein Interesse daran haben, irgendeinen dauernden Anschluß an diese Länder zu suchen. Alle diese Gebiete gravitieren in wirtschaftlicher Hinsicht nach der Ostsee und jede Art Verbindung mit ihnen würde die Ukraine unnötigerweise in den Kreis wirtschaftlicher und politischer Interessen hineinziehen, die an der Ostsee zusammenlaufen. Die Ukraine wäre in diesem Fall gezwungen, anderen politischen Mächtegruppen, die an der Ostsee interessiert sind, in den Weg zu treten. Die Ukraine muß sich die unfruchtbare Kraftverschwendung ersparen, eine Einflußsphäre in dieser Richtung zu erstreben. Wirtschaftlich ist sie darauf nicht angewiesen. Die Ostseeländer kommen augenblicklich als ein Einfuhrmarkt für ukrainische Erzeugnisse nicht in Betracht, die Ukraine hat aus diesen Ländern nichts zu beziehen, und die Produkte, an welchen die Ukraine Überschuß hat, können nach den Ausfuhrgebieten durch Bahnen oder über Schwarzmeer-Häfen geleitet werden. Politisch wäre ein solcher Anschluß gefährlich, da die Ukraine unvermeidlichen politischen Konflikten mit Deutschland, Finnland, Großrußland und anderen Staaten zur Wahrung polnischer, litauischer und weißruthenischer Interessen sich aussetzen würde.

Wenn die Ukraine in irgendwelche dauernden staatsrechtlichen Beziehungen zu Großrußland treten wollte, so würde das bedeuten, den alten Fehler zu wiederholen, den seinerzeit Bohdan Chmelnytzkyj gemacht hatte. Das staatliche Zusammenleben der Ukraine mit Moskau hatte den Verlust der eigenen Staatlichkeit zur Folge und führte zu einem völligen Verfall der Nationalkultur und zur Hemmung der wirtschaftlichen Entfaltung. Die Ukraine war für Rußland eigentlich nichts anderes wie eine Kolonie. Rußland hat unter Ausnützung materieller Schätze und des Menschenmaterials der Ukraine seine Machtstellung aufgebaut und als Entgelt dafür alle Rechte und Freiheiten des ukrainischen Volkes, die im Vertrag von Perejaslaw 1654 gewährleistet waren, aufgehoben. Die Sache ging soweit, daß Rußland sich herausnahm, alle Zeichen des ukrainischen Volkswesens auszutilgen und den Gebrauch der ukrainischen Sprache zu verbieten.

Mit Rücksicht auf die ziemlich weit fortgeschrittene Russifizierung der ukrainischen

Digitized by Google

Städte und den ansehnlichen Prozentsatz von zugewanderten Großrussen kann eine normale Entfaltung des ukrainischen Volkes auf nationaler Grundlage nur durch eine gänzliche und unwiderrufliche staatliche Abgrenzung der Ukraine von Großrußland gewährleistet werden. Nur auf die Weise würde die Ukraine eine völlige Bewegungsfreiheit in ihrer inneren Politik erhalten und in den Stand gesetzt werden, in kurzer Zeitspanne dem kulturellen und politischen Russophilismus, der nicht abzuleugnen ist, und eine Gefahr bildet, die wir immer im Auge behalten müssen, den Boden zu entziehen.

Das zweite schwerwiegende Moment, das gegen jede Art staatsrechtlicher Verbindung der Ukraine mit Großrußland spricht, ist die Rücksicht auf die künftige internationale Politik des letzteren Staates. Rußland wird zweifellos bestrebt sein, seine im Weltkrieg verloren gegangene Großmachtstellung wiederzugewinnen und sich die Verkehrswege, die über die Ostsee und Sibirien führen, zu sichern, falls nicht zwischen dem letzteren Land und dem Russischen Reich eine Scheidemauer errichtet wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Großrußland zu den erprobten Mitteln greifen und Zwietracht unter kleineren Völkern säen, den Deckmantel der Förderung und Befreiung der Schwächeren vorschützend. Ein großes Betätigungsfeld eröffnet sich für Rußland in dieser Richtung vor allem in Polen und unter den Völkern der Ostseeküste, indem Rußland darauf ausgehen wird, die den Deutschen feindlichen Strömungen zu unterstützen und die Ukraine in einen Gegensatz zu dem deutschen Volk hineinzuziehen, mit welchem die Ukrainer in gutem Einvernehmen bleiben sollten.

Hinsichtlich Rußlands, besser gesagt Großrußlands, müßte die Ukraine augenblicklich nur ein Ziel verfolgen, und das ist eine möglichst baldige Festsetzung der politischen Grenzen, die das Land gegen eine Wiederholung der moskowitischen Invasion schützen würde. Als Grundlage muß dabei der ethnographische Gesichtspunkt dienen.

Indem wir den Gedanken einer dauernden politischen Verbindung der Ukraine mit Großrußland verwerfen, müssen wir unser Augenmerk nach dem Osten richten, wo sich das Problem einer Föderation aufwirft. Darin liegt eine Frage, die weittragende Folgen für die Gegenwart und die Zukunft des ukrainischen Staates in sich birgt. Die Frage der politischen Grenzen der Ukraine im Norden kann leicht gelöst werden, da die Ukraine in Großrußland nichts zu suchen hat und nur unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines festen Schutzwalles handeln muß. Anders liegt die Sache im Osten. Das ethnographische Territorium der Ukraine greift hier in das Gebiet der Donkosaken ein. Drei Bezirke des Dongebietes — Taganrog, Rostow und Nowotscherkask — sind überwiegend oder zum großen Teil von den Ukrainern besiedelt. Ein schmaler Streifen ukrainischer Siedlungen an der Donmündung vermittelt den Übergang des ukrainischen Nationalterritoriums nach dem Vorder-Kaukasus, wo die Ukrainer das Gebiet der Kubankosaken, das Schwarzmeergebiet und das Gouvernement Stawropol, ja zum Teil das Terekgebiet beherrschen.

Digitized by Google

Er wird große Schwierigkeiten bereiten, die Grenzen der Ukraine im Osten nach ethnographischen Gesichtspunkten festzusetzen, da hier die Interessen der Donkosaken, in der Mehrzahl Großrussen, und der Kubankosaken, die ukrainischen Stammes sind, hineinspielen. Abgesehen von den Bestrebungen der Kosaken, die einen Anschluß an die Ukraine suchen, liegt es im Interesse der Ukraine selbst, sich den Weg nach dem Kaspischen Meer und nach Mittelasien nicht versperren zu lassen, die als Siedlungsgebiet für die Ukraine eine Rolle spielen. Man darf nicht außer acht lassen, daß die ukrainische Kolonisation über das Dongebiet und die Gouvernements Astrachan und Orenburg hinaus nach Sibirien und Mittelasien hinübergreift und sich über die ganze Kirgisensteppe erstreckt, nämlich auf die Gebiete von Ural, Turgaj, Akmolinsk, Semipalatinsk und die Südteile der Gouvernements Tomsk und Jenissej. Es gibt ukrainische Siedlungen auch in dem Transkaspischen Gebiet und in Turkestan. Die Kolonisation hat in diesen Gebieten erst vor etwa 30 Jahren eingesetzt und erreichte im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg einen kolossalen Umfang, nachdem die ukrainischen Semstwos die Sache planmäßig betrieben hatten. Es wurden einige Millionen Ukrainer angesiedelt, die in diesen Gebieten zum Teil die Mehrheit bilden, zum Teil das großrussische Element bei weitem überwiegen. Die Ukraine darf nicht auf dieses Siedlungsgebiet in Asien verzichten und muß sich einen Zugang nach dem Osten sichern.

Wie kann das erreicht werden? — Wie bekannt, haben die Don- und Kubankosaken selbständige Staatswesen errichtet, und unter Anschluß der angrenzenden Gebiete von Terek, Astrachan, Orenburg, Ural und Stawropol wurde dann ein Südöstlicher Staatenbund ins Leben gerufen. Der Ausbau dieses Staatsgebildes gelangte vorübergehend auf den toten Punkt, als die Bolschewiki-Invasion kam, doch ist es mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Sache wieder aufgenommen wird, sobald die Invasion vorbei ist. Der Ukraine liegt es ungemein daran, daß der Südöstliche Staatenbund zur Wirklichkeit wird, und die ukrainischen Kreise werden sicher die Bestrebungen der Kosaken in dieser Richtung tatkräftig fördern.

Die Ukrainer werden in den Gebieten, die dem Südöstlichen Staatenbund angehören sollen, eine ausschlaggebende Rolle spielen, und ein Zusammenschluß der Ukraine mit dem Staatenbund würde die Ausbreitung der ukrainischen kulturellen und politischen Einflüsse auf das gesamte Gebiet des Staatenbundes sichern, das neben den Ukrainern und Großrussen von unkultivierten asiatischen Stämmen bevölkert ist. Durch den Verzicht der Ukraine auf die ethnographisch-ukrainischen Teile des Don- und Kubangebietes und des Gouvernements Stawropol zugunsten des Südöstlichen Staatenbundes würde der staatsrechtlichen Verbindung desselben mit der Ukraine eine sichere und dauerhafte Grundlage verliehen. Auf die Weise bewahrt sich die Ukraine den Weg nach Mittelasien und wird imstande sein, ihre historische Mission in Asien zu erfüllen.

Digitized by Google

Durch die Schaffung des Südöstlichen Staatenbundes wird Großrußland vom Kaukasus abgeschnitten, während für die Ukraine der Seeweg nach den kaukasischen Häfen offen bleibt. Sowohl die Kaukasusvölker wie auch die Ukraine müssen einen Anschluß aneinander suchen, und daraus ergibt sich wieder ein Problem der Föderation als politische Aufgabe des Augenblicks.

Was die überwiegend von Tataren besiedelte Krim betrifft, so darf es aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen nicht anders sein, als daß das Land ein Bestandteil des ukrainischen Staates wird, unter Gewährleistung einer Autonomie für die Tataren auf kulturellem Gebiet und in der Selbstverwaltung. Von einer Selbständigkeit kann in bezug auf die Krim keine Rede sein, und die Frage eines föderativen Verhältnisses der Halbinsel zu der Ukraine wird dadurch hinfällig.

Von Beßarabien beansprucht die Ukraine für sich nur die drei an der Küste des Schwarzen Meeres liegenden Bezirke, sowie auch den Streifen im Norden, die überwiegend von Ukrainern bewohnt sind. Der übrige von Rumänen bewohnte Teil Beßarabiens würde sich an Rumänien anschließen. Beßarabien kommt somit für den Ausbau der Föderation ebensowenig in Betracht wie die Krim.

Es wäre im übrigen verfrüht, über die Notwendigkeit oder Möglichkeit des Ausbaues nachbarlicher oder engerer freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Ukraine und den übrigen Anrainern des Schwarzen Meeres, wie die Türkei, Bulgarien und Rumänien, zu sprechen. Es scheint aber, daß diese Frage in der nächsten Zukunft an die Tagesordnung kommt und für beide Parteien aktuell wird, und allem Anschein nach wird das Problem unter dem Gesichtspunkt des engsten wirtschaftlichen Zusammenschlusses aller Staaten, die sich um das Schwarze Meer gruppieren, mit den Mittelmächten und unter deren Beteiligung erörtert werden.

So fasse ich für meine Person die Frage der Föderation der Ukraine mit ihren Nachbarn auf. Es ist von meinem Standpunkt selbstverständlich, daß die Ukraine und Deutschland den engsten wirtschaftlichen und politischen Anschluß suchen müssen mit Rücksicht auf gemeinsame Feinde in Europa und die sich in derselben Linie bewegenden Interessen in Asien.

„Rußland" oder „Osteuropa"?

Von Dr. J. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin

Noch immer gibt es bei uns Politiker, die meinen, Deutschland könne nichts Weiseres tun, als an dem Wiederaufbau des osteuropäischen Kolosses nach Kräften mitzuwirken. Weil sie es als politische Klugheit haben rühmen hören, daß der Staatsmann, zwischen zwei mächtige Feinde gestellt, sich auf den einen gegen den andern zu stützen suchen müsse, wollen sie sich den osteuropäischen Feind, von dem uns das Schicksal befreit hat, wieder beschaffen, bloß um sich auf ihn gegen England stützen

Digitized by Google

zu können. Es ist dies, wie wenn ein Militär, der von den Vorteilen der inneren Linie gehört hat, sich zu einem Feinde einen zweiten hinzuwünschen wollte, um auf der inneren Linie operieren zu können. Woher stammt der anscheinend unausrottbare Glaube, daß die Völker zwischen Deutschland und China nicht, wie die andern Völker des Erdballs, Staaten bilden dürfen, sondern daß sie dazu bestimmt seien, sich einer großen mächtigen Staatenverhinderungs-Maschine, genannt Russisches Reich, zu unterwerfen?

Der alte Philosoph, der einmal sagte, daß nicht die Dinge die Erkenntnis schwer machen, sondern die Meinungen der Menschen über die Dinge, gibt den richtigen Fingerzeig für die Erklärung und zugleich für die Beseitigung vorhandener Verwirrungen. Die wirkungsvollste Art, in der eine verworrene Meinung sich siegreich an die Stelle eines klaren Sachverhalts setzt, ist die Namengebung. Wer in der Namengebung die Oberhand behält, der zwingt der Mit- und Nachwelt die darin ausgedrückte Meinung auf. Nichts hat die Politik Moskaus so gefördert, als daß es ihr gelang, für Moskowiter, Ukrainer, Finnen, Balten, Polen, Baschkiren, Tataren usw. im europäischen Sprachgebrauch einen einheitlichen Namen, nämlich „Russen", durchzuzwingen. Davon soll hier ganz abgesehen werden, daß die Moskowiter noch nicht einmal das Recht hatten, sich selbst Russen zu nennen, daß auch Peter der Große bei Einführung dieses Sprachgebrauchs in Europa auf Widerspruch stieß. Daß überhaupt ein einheitlicher Volksname (sei es dieser oder ein anderer) durchgetrotzt wurde, war das Entscheidende dafür, daß in Westeuropa die Ahnung von dem Vorhandensein jener Völker zwischen Deutschland und China unter die Bewußtseins-Schwelle sank. Soll für die natürliche Anschauung, daß Osteuropa jetzt denselben Entwickelungsgang durchmacht, den vor ein oder anderthalb Jahrtausenden Westeuropa begann, nämlich an Stelle eines Imperiums für die einzelnen Völker Staaten auszubilden[1]: so muß zunächst auch der nämliche Sprachgebrauch sich bilden und sich von dem irreführenden Namen „Rußland" befreien.

Das Bedauerliche des bisher herrschend gewesenen Sprachgebrauchs hat Rohrbach in einem Aufsatz der „Hilfe" (14. März) betont. Da er aber daran verzweifelt, für den Staat, der nach Selbständigmachung aller anderen Völker noch übrig bleibt, den ursprünglichen Namen Moskowien wieder durchsetzen zu können, so meint er, es werde schließlich doch nichts anderes übrig bleiben, als „Rußland" zu sagen. Ich halte den Sprachgebrauch für eine viel zu wichtige Sache, als daß ich es begreifen könnte, wie ein so mutiger Mann wie Rohrbach so schnell die Flinte ins Korn wirft. Aber noch schlimmer als der völlige Verzicht scheint mir der Versuch Rohrbachs, die ursprüngliche Forderung eines Sondernamens doch in gewissem Sinne aufrecht zu erhalten, indem er gelegentlich den Staat Lenins und Trotzkis nicht „russisch", sondern

[1] Vgl. hierzu die Aufsätze des Verfassers in der „Deutschen Politik" vom 8. Februar und 29. März („Die osteuropäische Frage"; „Die Ukraine und die osteuropäische Frage").

Digitized by Google

genauer „großrussisch" nennt. Das geht zwar aus der Rohrbach geläufigen Unterscheidung zwischen Großrussen, Kleinrussen, Weißrussen, Rotrussen usw. hervor und will sagen, daß Lenin und Trotzki heute kein Recht mehr haben, sich als Beherrscher der Russen, sondern nur noch als Beherrscher der Großrussen zu bezeichnen. Bei uns aber erweckt diese Bezeichnung eine andere Vorstellung. Die Großdeutschen der 40er, 50er und 60er Jahre waren bei uns nicht ein Volk, das einem kleindeutschen Volke entgegengesetzt war, sondern es bezeichnete die politische Richtung, die Österreich mit einschließen sollte („das ganze Deutschland soll es sein!"), und ebenso spricht man von einem Großserbien, von einem Greater Britain usw. Kein wertvollerer Dienst könnte einer Regierung in Moskau erwiesen werden, als wenn man in Westeuropa für ihren Staat die Bezeichnung „großrussisch" einführte und so ihren Anspruch „das ganze Rußland soll es sein", unwillkürlich in die westeuropäischen Gehirne wieder hineinbrächte.

Auch Delbrück hat in seiner neusten Rundschau im Aprilheft der „Preußischen Jahrbücher" auf das Bedenkliche eines solchen Sprachgebrauchs aufmerksam gemacht.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß es im Augenblick äußerst schwierig ist, das irreführende Wort „Rußland" durch ein anderes zu ersetzen, das in allen Fällen den Sachverhalt richtig widerspiegelt. Deswegen sollte man zunächst negativ vorgehen und den Ausdruck nach Möglichkeit vermeiden. Wo wir rein geographisch sprechen, sollten wir uns gewöhnen, statt „Rußland" Osteuropa zu sagen (wobei die koloniale Angliederung Sibiriens, wie in ähnlichen Fällen, je nach dem Zusammenhang mit verstanden wird, oder nicht). Wenn von denselben Gegenden politisch die Rede ist, sollten wir nicht sagen „das ehemalige Rußland", sondern allenfalls das „ehemalige Russische Reich", besser noch das „Herrschaftsgebiet der ehemaligen Zaren", das „ehemalige östliche Imperium" o. ä. Sobald der neue Staat Lenins und Trotzkis seine Residenz in Moskau gefunden hat, wird man in politischen Dingen sehr oft sagen können: „das Kabinett von Moskau hat die und die Stellung eingenommen", oder „Moskau hat sich damit einverstanden erklärt"; ebenso wie wir ja auch sagen „London, Rom, Washington usw. sind einverstanden". Führt sich dieser Sprachgebrauch erst ein, so wird man auch ab und zu wieder sagen können „die Moskowiter", ohne sich des etwas gehässigen Beigeschmacks, der diesem Ausdruck noch anhaftet, schuldig zu machen. Vielleicht kann auch, wenn für das Land der Name Moskau sich eingeführt hat, zur Unterscheidung des Ländernamens von dem Stadtnamen im Laufe der Zeit der alte Ausdruck Moskowien wiederkehren; die Geographen von Fach werden ihn ohnedies für die Innenteile des ehemaligen Herrschaftsgebiets der Zaren anwenden müssen, weil die rein geographische Namengebung unaufschiebbar geworden ist. Der amtliche Name, den die Moskauer Regierung ihrem Staate beigelegt hat, „Russische Föderative Sowjet-Republik", ist zu lang geraten, als daß er sich einbürgern könnte, und legt es nahe, diesen Staat kurzweg als die „Sowjet-

Digitized by Google

Republik" zu bezeichnen. Wir haben also ausreichend Ausdrücke zur Verfügung, um den irreführenden Namen Rußland, oder gar Großrußland, verschwinden lassen zu können. Die Hauptsache aber bleibt, daß wir, wenn wir Osteuropa meinen, auch Osteuropa sagen.

Die suggestive Kraft, die ein Name ausübt, ist desto stärker, je bestimmter und fester die Verkehrsbeziehungen gestaltet sind, in denen er gebraucht wird. Ein Diplomat meint schon sehr aufgeklärt zu sein, wenn er in Dingen der auswärtigen Politik jemandem ein Urteil zutraut, *obgleich* er nicht von der Zunft ist. Auf den Gedanken aber kommt er sobald nicht, daß er selbst in seinem Urteil fehlgeht, gerade *weil* er von der Zunft ist. Wer nur den Verkehr von Exzellenz zu Exzellenz kennt, wird am allerschwersten einem Zweifel darüber zugänglich sein, ob das, was da drüben besteht, ebenso ein Staat sei, wie seine Heimat einen Staat vorstellt. Wäre der Prophet Daniel akkreditierter Gesandter am königlich babylonischen Hofe gewesen, er hätte niemals die Vision gehabt, der wir die anschauliche Lehre von dem Koloß auf tönernen Füßen verdanken.

„Hamburg-Herat" — eine neue Aufgabe deutscher Verkehrspolitik!

Von Dr. Richard Hennig, Berlin-Friedenau

So wenig gut wir auch zurzeit in Deutschland auf die Engländer zu sprechen sind, das eine muß ihnen der Neid lassen, daß ihnen eine jahrhundertlange Schulung in weltpolitischen Fragen einen ganz anderen Weitblick für weltpolitische und weltwirtschaftliche Zusammenhänge anerzogen hat, als er uns Deutschen gegenwärtig noch zu eigen ist. In besonders einleuchtender Weise zeigte sich dies wieder einmal in der instinktiven Sicherheit und dem Scharfsinn, womit die Engländer nach unseren beiden Friedensschlüssen von Brest-Litowsk erkannten, welche Rückwirkung die Neugestaltung der Dinge auf Deutschlands Stellung im nahen und mittleren Orient haben müsse. Während das Vorstoßen deutscher Truppen an die einst russische Schwarzmeer-Küste, die Loslösung der Ukraine aus dem russischen Reichskörper, der Rückfall der Bezirke von Batum, Kars und Ardahan in Deutschland von der Tagespresse eigentlich nur unter dem Gesichtspunkt der dadurch erleichterten und sichergestellten Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Petroleum usw. betrachtet wurden, erschollen in den englischen Blättern Klage- und Angstrufe vor einem neuen „Berlin-Batum"-Programm oder gar einem „Berlin-Buchara"-Plan, die als Ersatz für das durch den Krieg vorläufig zum Teil vereitelte Berlin-Bagdad-Projekt Englands Stellung in Vorderasien gefährden sollten. In Deutschland vernahmen nur Wenige die feindlichen Stimmen, und auch diese Wenigen zunächst mit Staunen, bald aber mit rasch wachsendem Verständnis.

Digitized by Google

In der Tat, wenn die Ukraine uns ein zuverlässiger Freund, ein wertvolles Teilglied des mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes zu werden gewillt ist oder wenn es uns gelingt, das zukunftsreiche Land, den wertvollsten Teil des alten Rußland, wirtschaftlich an uns zu fesseln, so ergeben sich neue wirtschaftliche Zukunftsaussichten von schwindelnder Großartigkeit, und die von den Engländern geprägten Schlagworte „Berlin-Batum" und „Berlin-Buchara" sind nicht zu anspruchsvoll dafür. Noch treffender und umfassender würde freilich vielleicht der Begriff „Hamburg-Herat" die neu erwachsenen Zukunftsprobleme und Wirtschaftsmöglichkeiten bezeichnen, denn dem im Kriege so herrlich bewährten Vierbund würde sich alsdann eine neue Kette von freundschaftlich miteinander verbundenen Staatsgebilden angliedern, die sich von Deutschland über Litauen, die Ukraine, Kaukasien und Persien bis nach Afghanistan erstrecken würde. Beachtet man, daß zu diesem wirtschaftlichen Staaten-Freundschaftsbunde sicher auch Finnland und voraussichtlich auch Rumänien gehören werden, möglichenfalls sogar Polen, sowie die Staaten des bisherigen Russisch-Zentralasien, so hebt sich aus dem Schoße der Zukunft ein von der Murmanküste bis zum Pamir reichender Wirtschaftsblock heraus, der durch die Kriegsereignisse und durch die allseitige Bedrohung seitens der flankierenden Großmächte England und Rußland zusammengeschweißt worden ist und hoffentlich sich einer langen Lebensdauer erfreuen wird. Daß Deutschland in diesem Staatenbunde die führende Rolle spielen wird, ist eine Selbstverständlichkeit, und so mag denn neben dem alten Schlagwort „Berlin-Bagdad", das hoffentlich zu neuem Glanze erstehen wird, auch das neue „Hamburg-Herat" ein Leitstern künftiger Weltwirtschaftspolitik sein.

Beim Berlin-Bagdad-Unternehmen mußte die Bahnlinie, die das tragende Rückgrat des Grundgedankens und sein äußeres Symbol sein sollte, erst gebaut werden, ohne daß es bis zur Stunde möglich war, den Bau zu vollenden. Für die Hamburg-Herat-Pläne sind die verkehrspolitischen Grundlagen in viel umfassenderer Weise als dort von vornherein gesichert, denn der wesentlichste Teil der Eisenbahnlinien, die dem neuen Staatenbund ein Rückgrat des Wirtschaftslebens sein würden, ist gegenwärtig bereits vorhanden. — Betrachten wir kurz, welche Verkehrsgrundlagen es sind, die für solche neuen Wirtschaftspläne Deutschlands in der alten Welt in Betracht kommen und die den Kritikern der englischen Zeitungen bereits ein so merkliches Alpdrücken verursachen!

Nach der Ukraine, deren Anschluß an „Mitteleuropa" schon allein deshalb, weil er im Interesse beider Parteien liegt, als sehr wahrscheinlich gelten muß, stehen uns drei Wege zur Verfügung, durch Österreich und Galizien, durch Polen und durch Litauen. Das ist schon ein großer Vorzug gegenüber unseren Verbindungen nach der Türkei, die ganz unter österreichisch-ungarischer, bulgarischer und rumänischer Kontrolle stehen. Die Verbindung mit der Ukraine können wir uns also ganz nach Gefallen bald auf diesem, bald auf jenem Wege suchen, und von den drei Randstaaten,

Digitized by Google

die uns von der Ukraine trennen, wird derjenige von uns als Durchfuhrland am meisten begünstigt werden, der sich am freundlichsten zu uns stellt und die günstigsten Bedingungen gewährt. Über die Ukraine hinaus nach dem Kaukasusgebiet lassen zwar die Bahnverbindungen, obwohl sie vorhanden sind, noch viel zu wünschen übrig, denn ihre Anlage ist bisher naturgemäß nach russischen, nicht nach mitteleuropäischen Interessen erfolgt. Der wichtige Knotenpunkt Rostow am Don z. B. ist nur nach Norden hin durch eine Hauptlinie mit Woronesh und Moskau verbunden, ebenso nach Süden zum Kaukasus nach Wladikawkas, aber westwärts führt nur eine Nebenlinie nach Taganrog. So würde die Ukraine mit Unterstützung Deutschlands noch mancherlei zu tun haben, um einen wirklich erstklassigen Durchgangsverkehr von Mitteleuropa ins Kaukasusgebiet die Wege zu ebnen; die Verschiedenheit der russischen Breitspur von der mitteleuropäischen Normalspur ist gleichfalls ein unbequemes Hemmnis, besonders für die Güterbeförderung. Immerhin ist doch deutlich der Weg vorgezeichnet, auf dem künftig der Verkehr von Deutschland zum Kaukasus und, nach Fertigstellung des geplanten Kaukasus-Riesentunnels zwischen Wladikawkas uns Tiflis, auch darüber hinaus nach Persien hinein sich abspielen wird. Von Tiflis läuft ja bereits die Fortsetzung der von Rostow nach Wladikawkas führenden Bahn in gleicher Richtung weiter zur persischen Grenzstation Djulfa und weiter bis nach Täbris, bis wohin die Russen während des Krieges eine Bahn in das sonst noch so gut wie eisenbahnlose Land Persien vorgetrieben haben. Es wird daher nur noch verhältnismäßig kleinerer Arbeiten bedürfen, um die von den Russen in der Hauptsache bereits gezogene Linie Petersburg-Täbris in ein Berlin-Täbris zu verwandeln. Voraussetzung hierfür ist lediglich eine Unterstützung einer solchen deutschen Verkehrspolitik durch die neuen Staaten Ukraine und das noch embryonale und gestaltlose Georgien. Da aber eine vollwertige Eisenbahnverbindung mit den Mittelmächten grade auch im ureigensten Interesse der Ukraine und der Kaukasusländer liegt, ist nicht einzusehen, woran eine so großzügige Eisenbahnpolitik scheitern sollte. Der englische und russische Widerstand, der das Werden der Bagdadbahn um mindestens ein Jahrdutzend zu verhindern wußte, wird für die kommende Magistrale von Deutschland bis zum Kaukasus eine quantité nègligeable sein, sobald nur die Anlieger der Bahn ehrlich zusammenstehen und ernstlich ihr Ziel anstreben. Erst hinter Täbris, wo die Weiterführung der Linie nach Teheran, ja sogar an den Persischen Golf in Aussicht genommen werden könnte, sind ernste Schwierigkeiten für eine weitere Durchführung seitens der englischen Politik zu erwarten. Aber auch wenn Täbris noch auf Jahrzehnte der Endpunkt bleiben sollte, würde die Bahn Berlin—Täbris, bezw. Berlin—Wladikawkas allein schon durch die in der Ukraine und in Georgien zu lösenden Wirtschaftsaufgaben eine hochbedeutende Rolle zu spielen berufen sein.

Noch ungleich gewichtiger würde freilich die das Schwarze Meer im Norden umgehende Bahnlinie sein, wenn ein Ausbau der von den Russen schon vor Jahren ge-

Digitized by Google

planten und in Angriff genommenen „Schwarzmeer-Küstenbahn" gelänge, die eine kürzeste Entfernung von Cherson mit Batum und Tiflis—Täbris auf dem Wege durch die nordöstliche Krim und längs der Nordostküste des Schwarzen Meeres schaffen sollte. Der Plan zur Küstenbahn, etwa von Noworossijsk und Tuapse bis Poti, wurde schon in den 70er Jahren erörtet verschwand dann aber bis 1894 wieder im Hintergrunde. Eine nochmalige Erörterung des Projekts führte zunächst wieder nicht zum Ziele, und es währte noch bis 1912, ehe der Bau ernstlich begonnen wurde. Am 17./30. März 1912 wurde vom Zaren die Inangriffnahme der Küstenstrecke befohlen, deren Herstellung auf 50 Millionen Rubel veranschlagt wurde. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die Schwarzmeer-Küstenbahn einen kürzesten Weg von Mitteleuropa zum Kaukasus, nach Transkaspien, Persien und vielleicht sogar nach Indien darstellen könne. Zunächst freilich sollte nur eine 321 Werst lange Teilstrecke von Tuapse bis Kwaloni (25 Werst östlich Poti) gebaut werden, denn über die nördliche Verlängerung über Tuapse hinaus bis Uman (am Ostufer der Meerenge von Kertsch) waren die Meinungen in Rußland selbst stark geteilt. Die Gegner wiesen schon damals, vor sechs Jahren, darauf hin, daß eine solche Bahn nur Deutschland und Österreich auf Kosten Rußlands den Weg zu den mittel- und vorderasiatischen Märkten eröffne, während der Vorteil für Rußland fraglicher Natur sei. Diese Bedenken scheinen auch schließlich die Oberhand gewonnen zu haben, denn trotz der Entscheidung des Zaren, daß die ganze Bahn von Uman bis Kwaloni gebaut werden solle, wurde nur die Strecke von Tuapse bis Kwaloni in Angriff geommen. Der Bau sollte bis 1916 fertiggestellt sein, doch hat der Krieg naturgemäß die Arbeiten unterbrochen, so daß die Linie zurzeit noch nicht im Betrieb ist.

In Mitteleuropas und der Ukraine Interesse liegt nun übereinstimmend die Vollendung der ganzen Schwarzmeer-Bahn von Uman bis Kwaloni. Eine Brücke über die Meerenge von Kertsch (oder deren Untertunnelung) zwischen Uman und Kertsch war ebenfalls bereits von den Russen vorbereitet worden. Durch die nordöstliche Krim läuft bereits eine Bahn von Kertsch nach Dshankoi (Station der Linie Alexandrowsk—Sewastopol). Es bedarf alsdann nur noch des Baues der kurzen Strecke Dshankoi—Cherson—Nikolajew über die Landenge von Perekop hinweg, um eine ziemlich gradlinige Verbindung Hamburg—Warschau—Kiew—Cherson—Kertsch—Kwaloni—Tiflis—Täbris zu erhalten, der die kurze Zweigstrecke Samtredi—Batum auch den Anschluß an den wichtigsten Hafen des östlichen Schwarzen Meeres, die Wirtschaftslunge der berühmten Petroleumgebiete von Baku und Grosny, darbieten würde. Batum ist im Brest-Litowsker Frieden vom 3. März 1918 von Rußland bekanntlich an die Türkei zurückgegeben und um Mitte April von den Türken besetzt worden. Vor dem Kriege verkehrten hier weitaus am häufigsten englische Schiffe, die zahlreicher als sogar die russischen erschienen. In wie hohem Maß das Petroleum, das durch riesige Röhrenleitungen unmittelbar nach Batum strömt, den Ausschlag gibt im Wirt-

Digitized by Google

schaftsleben dieses Hafens, das zeigt folgende Zusammenstellung der wichtigsten Hauptausfuhrartikel Batums:

	Tonnen	Wert in Pfd. Sterling
Petroleum und Petroleumerzeugnisse	624 022	2 817 300
Manganerz	429 000	399 800
Wolle	4 492	222 800
Korn und Mehl	28 047	201 900
Kokons und Rohseide	1 238	207 700
Süßholz	24 291	145 700

Da das englische Kapital an den Unternehmungen im Petroleumgebiet ebenso stark interessiert ist wie englische Reeder am Hafenverkehr von Batum, so versteht man daß man in England die Abtretung Batums seitens Rußlands an die Türkei als einen sehr fühlbaren Schlag verspürt. Schrieb doch der „Economist" 6 Tage nach dem Brester Frieden: „Ein dauernder Wechsel in Batum würde für englische Interessen unheilvoll sein." Daß ein ununterbrochener Schienenweg von Deutschland nach dem türkischen Batum, dem Zentrum der Petroleumausfuhr des kaukasischen Gebiets von ungewöhnlicher Bedeutung sein würde, liegt auf der Hand.

Aber auch nach Baku selbst und damit zum Kaspischen Meer sowie über dieses hinaus ins transkaspische Gebiet und nach Zentralasien hinein würde die Fertigstellung der von den Russen in Angriff genommenen Schwarzmeer-Eisenbahn den mitteleuropäischen Staaten eine vortreffliche Verbindung liefern. Die schon oben erwähnte Hauptbahn Rostow—Wladikawkas, die ostwärts den besten Anschluß an Baku und ans Kaspische Meer liefert, ist nämlich in der Station Armavir mit Tuapse und demgemäß mit der künftigen Schwarzmeer-Bahn verbunden. Der östliche Teil dieser verbindenden Bahn Armavir—Maikop wurde am 30. August 1910, der westliche Maikop—Tuapse im Oktober 1913 dem Betrieb übergeben. Der bloße Bau der Strecken Nikolajew—Cherson—Dshankoi und Uman—Tuapse würde also genügen, um uns in der Tat ein vollwertiges „Berlin-Baku" zu bescheren, das neben dem „Berlin-Batum" in den englischen Blättern während der letzten Monate mehrfach als Schreckgespenst auftauchte.

Mit der Eröffnung eines guten Weges nach Baku aber würden wir uns in der Tat auch schon den nächsten Zugang nach Mittelasien gesichert haben. Von Baku aus führt nämlich eine Dampffähre die Züge übers Kaspische Meer nach Krassnowodsk am Ostufer, das seit dem 27. Oktober 1896 durch eine nach Molla Kary laufende, kurze Anschlußstrecke an die berühmte „Transkaspische Militärbahn" der Russen angeschlossen ist. Skobelew war es, der diese Militärbahn zur Vorbereitung seines schwierigen Feldzugs gegen die Tekke-Turkmenen für unerläßlich erklärte und auf dessen Drängen ihr Bau 1880 in Angriff genommen wurde. Gleich nach der Unterwerfung der Tekke (9. April 1881) wurde aber die ursprünglich nur bis Achal Tekke vorgetriebene Strecke unter sehr großen Schwierigkeiten nach Kisil Arwat und, nach

Digitized by Google

Unterwerfung der Merw-Turkmenen, nach Merw verlängert, bis wohin der Betrieb im Juli 1886 aufgenommen wurde. Auch in Merw wurde aber noch nicht halt gemacht: am 13. Dezember 1886 erreichte die Bahn Tschardschui, am 27. Mai 1888 Samarkand. Bis hierher ist die Linie vom Ausgangspunkt Krassnowodsk 1509 km lang. 1895 befahl der Zar die Weiterführung der Bahn über Samarkand nach Taschkent und Andischan (1969 km vom Anfang), die inzwischen gleichfalls gebaut worden ist.

Wichtiger aber noch als diese Verlängerung bis ins Herz von Asien ist für die Zwecke der „Hamburg-Herat"-Politik die von Merw nach Süden abzweigende „Murghabbahn", die nach Kuschk an der afghanischen Grenze führt und fast im Angesicht von Herat halt macht. Ein Edikt des Zaren befahl am 7. September 1896 den Bau dieser Bahn, im Dezember 1898 wurde sie eröffnet. Diese 312½ km lange Grenzstrecke ist nur für militärische Zwecke bestimmt gewesen und stand der öffentlichen Benutzung nicht frei. Wiederholt wollten die Russen sie nach Herat selbst vorschieben, aber die Engländer standen sprungbereit an der Südgrenze Afghanistans und hätten eine Überschreitung der afghanischen Grenze durch die russische Bahn sofort mit einem Einmarsch in Afghanistan und der Besetzung von Kandahar beantwortet, für die schon alles vorbereitet war. Diese Besorgnis ließ die russische Bahnpolitik in Kuschk halt machen.

Herat ist aber von Kuschk nur durch ein niedriges Gebirge getrennt, und ein deutscher Wirtschaftseinfluß, der ungehemmt von russischer Eifersucht, über Baku hinaus ins transkaspische Gebiet hineingreift, würde sich sozusagen ganz automatisch bis an die Tore Afghanistans und somit bis ins Glacis Indiens ausdehnen. „Hamburg-Herat", dieser erst so phantastisch anmutende Plan, ist in der Hauptsache bereits vorhanden: lediglich der Ausbau der verbindenden Strecken Nikolajew—Dshankoi und Uman—Tuapse genügt, um die verkehrspolitische Grundlage des großartigen Gedankens in vollem Umfang ins Leben zu rufen, d. h. aber es bedarf zur Verwirklichung der Hamburg-Herat-Idee eines kürzeren Bahn-Neubaues, als er zur Vollendung der Berlin-Bagdad-Problems nötig ist! Die einzige allerdings unentbehrliche Voraussetzung für die Durchführung neuer, gewaltiger verkehrs- und wirtschaftspolitischer Zukunftsaufgaben Deutschlands, die erst der Zerfall Rußlands hat ganz unerwartet ins Gesichtsfeld treten lassen, ist der gute Wille der Ukraine, mit Deutschland an diesen Aufgaben Hand in Hand zu arbeiten. Warum sollte aber dieser gute Wille nicht vorhanden sein? Würde doch eine Verwirklichung des Hamburg-Herat-Planes der Ukraine nicht weniger wirtschaftlichen Nutzen bringen als Deutschland, das im übrigen seinen älteren Berlin-Bagdad-Plan keineswegs aufzugeben oder zu ändern braucht, um sich der Arbeit an einer neuen kontinentalen verkehrspolitischen Aufgabe von noch nicht absehbarer Größe widmen zu können!

Digitized by Google

Sozialpolitische Neuordnung

Von Johannes Fischer, Heilbronn, Mitglied des württ. Landtags

Unter dem Datum des 19. April 1918 sind dem Deutschen Reichstag zwei Entwürfe für gesetzliche Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiete zugegangen, die bei den Arbeitern und Angestellten, wie bei allen Sozialreformern ehrliche Genugtuung hervorrufen können. Es handelt sich um die Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung und um die Errichtung von Arbeitskammern.

Was den ersten Gegenstand anlangt, so ist derselbe seit dem ersten Tag seiner Entstehung umstritten, der schon in das Jahr 1869 zurückweist, da für die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes als § 169 folgende — mit dem § 153 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich gleichlautende — Fassung beschlossen wurde:

„Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (zur gemeinsamen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Verf.) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt."

Der Grundgedanke dieser Bestimmung, ein Schutz der persönlichen Freiheit und Ehre des Arbeiters auch gegenüber dem stark entwickelten Organisationsleben, ist richtig und unbestritten, aber er kann mit den Hilfsmitteln der allgemeinen Strafgesetze verwirklicht werden, soweit überhaupt mit Gesetz und Strafe hier etwas auszurichten ist. Das wichtigste muß durch Herausbildung einer anständigen Sitte und durch entsprechende Erziehung der Arbeiter von den einzelnen Organisationen selbst geleistet werden. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß der stärkste Zwang, sich zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen, in der ganzen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse selbst liegt. Gegenüber den gewaltigen Mächten Kapital und Technik kommt der einzelne Arbeiter in keiner Weise so zur Geltung, wie er das selbst verlangen, und wie es auch von allgemeinen Interessen aus erwünscht erscheinen muß. Diesen zwingenden Notwendigkeiten und den daraus sich ergebenden Folgerungen sich entziehen aus irgendwelchen persönlichen Gründen heißt, objektiv betrachtet, die Gesamtheit seines Berufes schädigen. Dabei ist zu beachten, daß es häufig gerade die minderwertigen Charaktere waren, die andere für sich die Vorteile erstreiten ließen, deren sie dann selbst mit teilhaftig wurden. Darin lag auch der Grund, warum früher oft zu so groben Mitteln der Umstimmung gegriffen wurde.

Eine weitere Schwierigkeit war die, daß die Arbeiterverbände in Deutschland vielfach nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgten, sondern zugleich auch parteipolitisch oder in Weltanschauungsfragen festgelegt sind — freie Gewerkschaften und Sozialdemo-

Digitized by Google

kratie, christliche Gewerkschaften und ihre religiöse Einseitigkeit —. Die Zugehörigkeit zu ihnen und die Kampfgemeinschaft mit ihnen bedeutete für feiner empfindende Arbeiter mit anderer politischer oder religiöser Anschauung eine innere Vergewaltigung in diesen Dingen, gegen die viele sich entschieden wehrten.

Nun sind aber drei große Hauptrichtungen da, es steht in der Mitte die große Gruppe der politisch und religiös neutralen deutschen Gewerkvereine, und die Arbeitsmethoden der drei Richtungen sind sich besonders während des Krieges so gleichartig geworden, daß jeder Arbeiter ohne Schwierigkeit den Platz finden kann, wo er seine soziale und Anstandspflicht gegen sich und seine Berufsgenossen erfüllen kann, ohne sich etwas zu vergeben. Damit sind alle Vorbedingungen gegeben, diese Ausnahmebestimmung endlich zu beseitigen. Sie hat verbitternd gewirkt, weil sie in der Praxis nur gegen Arbeiter Anwendung finden konnte, obgleich Unternehmerverbände viel rigorosere Mittel des Zwanges anwandten, um Außenseiter gefügig zu machen; aber sie verstanden, die Sache so zu verklausulieren, daß sie nicht faßbar waren. Dann aber auch, weil oft wegen ganz geringfügigen Geschichten gleich die harte Gefängnisstrafe verhängt werden mußte, wenn der Staatsanwalt die Sache in die Hände bekam, häufig ohne daß der betreffende Arbeiter, den man schützen wollte, Strafantrag gestellt hatte. Das früher viel zitierte Beispiel, wo einer zu seinem Arbeitskollegen vor einem Streik sagt: „wenn du nicht mitmachst, tanzt meine Auguste nicht mehr mit dir", und das als Tatbestand für die Anwendung des § 153 genügte, zeigt, wie hier einer ganz üblen Verräterei und Verfolgung Tür und Tor geöffnet war.

Entscheidend ist, daß die Arbeiter selbst, mit Ausnahme der „Gelben", diesen Schutz vor einander nicht mehr wollen. Die Verbände sind es sich und der Öffentlichkeit schuldig, nun ihre Mitglieder noch mehr zur Achtung vor anderen Richtungen und Anschauungen zu erziehen, aber sie werden das Vertrauen rechtfertigen, das in der Aufhebung dieser Bestimmung zum Ausdruck kommt.

Von weit größerer Bedeutung ist die zweite Vorlage, die sich mit der Einrichtung von Arbeitskammern befaßt. Auch die Bestrebungen auf Errichtung von Arbeits- oder Arbeiterkammern sind nicht neu. Schon in den sozialen Erlassen der beiden Kaiser Wilhelm I. und II. ist von Einrichtungen die Rede, die dem sozialen Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern dienen sollen. Sehr lange und sehr leidenschaftlich wurde vor allem auch über die grundsätzliche Frage debattiert, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern wünschenswerter oder zweckmäßiger seien. Dabei haben die Standpunkte da und dort im Laufe der Jahre gewechselt, und es hat sich allmählich eine starke Bevorzugung der Arbeitskammern herausgebildet. Im Februar 1910 wurde auch ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt und in zwei Lesungen durchberaten. Die Sache scheiterte aber damals an dem Widerstande der Regierung gegen die Wählbarkeit der Verbandssekretäre, die vom Reichstag beschlossen wurde.

Nun hat der Krieg in dieser Beziehung das seine getan. Man hat von der Regierung

Digitized by Google

aus Gelegenheit gehabt, den aufbauenden Wert der Arbeiterorganisationen für das wirtschaftliche und staatliche Leben aus enger Zusammenarbeit kennen zu lernen und auch den Arbeitersekretär mit anderen Augen anzusehen, als vor dem Kriege. Es ist unstreitig eine der bis jetzt besten Früchte des neuen Geistes, die in der neuen Vorlage mit Wählbarkeit der Sekretäre und mit einer grundsätzlichen Einbeziehung der Staatsarbeiter, sich darstellt. Das geht noch deutlicher aus der Begründung hervor, die dem Entwurf in Nr. 1490 der Reichstagsdrucksachen beigegeben wurde.

Natürlich sind im einzelnen noch wesentliche Änderungen und Verbesserungen notwendig und möglich. Aber grundsätzlich bedeutet es einen wesentlichen und wichtigen Schritt nach vorwärts, daß der Arbeiterstand jetzt nicht mehr einfach als ein notwendiges Anhängsel der Volkswirtschaft gewertet wird, sondern daß ihm eine selbständige konstruktive Bedeutung zuerkannt wird, die in entsprechenden öffentlichrechtlichen Einrichtungen ihren Ausdruck und ihre Arbeitsmöglichkeit finden soll. Es ist ein wesentlicher Vorteil, wenn jetzt die Wirtschaft unseres Volkes, in staatlichem Auftrag gewissermaßen, mit den Augen des Arbeiters erforscht werden soll, um so beide Erfahrungen und innere Empfindungen — die des Arbeiters ebenso wie die des Unternehmers — dort zur Mitgestaltung zur Verfügung zu haben, wo Gesetzgebung und Verwaltung sich mit wirtschaftlichen und sozialen Dingen zu befassen haben. Das gibt dem Arbeiterstand in der gesellschaftlichen Gliederung des deutschen Volkes eine ganz andere Stellung als bisher und fügt ihn auch anders, organischer noch ein in den Wirtschafts- und Staatsaufbau Deutschlands.

Ein weiterer grundsätzlicher Fortschritt ist darin zu erblicken, daß durch die Tätigkeit der Arbeitskammern zweifellos viel leichter die sozialpolitischen Forderungen herausgestellt werden können, die um ihrer gesundheitlichen und kulturellen Wirkung willen von allgemeiner Bedeutung sind, also objektiv Fragen der Volkswohlfahrt, Volksgesundheit und Volkskultur darstellen. Damit kann viel agitatorische Schärfe aus der Behandlung dieser Dinge herausfallen, die nur hemmend gewirkt hat und auch auf das ganze Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmer und zur ganzen Wirtschaft ungünstig einwirkte. In dieser Beziehung ist wertvoll, daß die Arbeitskammern befugt sein sollen, selbständig und aus eigener Initiative Erhebungen und Umfragen über Arbeitsverhältnisse und soziale Einrichtungen zu veranstalten und so die zuverlässigen Unterlagen für soziale Reformpläne zu beschaffen.

Die wichtigste Aufgabe der Arbeitskammern soll nach dem vorgelegten Entwurf aber darin bestehen, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern, bei entstandenen Streitigkeiten zu vermitteln und schließlich Einigungsämter für den Wirkungskreis der Kammern zu errichten. Man wird dem aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus nur durchaus zustimmen können, denn zweifellos liegt in dieser Richtung noch sehr vieles im Argen, und wirtschaftliche und sonstige

Digitized by Google

Werte sind vergeudet worden in einem Maße, das nach diesem Kriege unerträglich ist. Es ist auch zu erhoffen, daß in der Beziehung günstige Ergebnisse erzielt werden, denn auch für diese Bemühungen hat der Krieg in mancher Hinsicht die Wege geebnet. Die Betrachtungsweise der Arbeiter gegenüber der Industrie ist doch weithin über den reinen Lohnstandpunkt hinausgekommen. Man betrachtet sie unter nationalen und und staatlichen Gesichtspunkten und findet so weithin gemeinsame Interessen des Absatzes, der Rohstoffbeschaffung, der Qualitätssteigerung, die beide Teile gleichermaßen angehen, und für einen gewissen Teil von Unternehmern sind auch sozialpolitische Dinge durchaus Fragen einer gedeihlichen Entwicklung der Produktion. Das findet durch eine solche gemeinsame Überarbeitung strittiger Wirtschaftsfragen sicher weitere Festigung, Ausdehnung und Vertiefung und wird auf das ganze Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sowohl stimmungsmäßig wie praktisch günstig einwirken.

Freilich wird sich bald zeigen, daß hier unter den einzelnen Arbeitskammern ein wesentlicher Unterschied ist, je nach Art und Geist der beteiligten Personen. Wo man in freiwilligem Zusammenwirken bisher schon sich als gleichberechtigt und durch viel Gemeinsamkeit zusammengespannt betrachtete, wie im Buchdruckgewerbe, in der Verarbeitungsindustrie usw., werden sie günstiger wirken, als im Gebiet der Schwerindustrie und des Bergbaues. Dort wird der Kampf der Arbeiter um ihre Anerkennung noch entschlossen weitergeführt werden müssen, bis die gesinnungsmäßigen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind, auf denen die Arbeitskammern als Instrumente sozialer Verständigung wirklich erfolgreich sein können.

Einzelvorschläge für Abänderungen des Entwurfs hinsichtlich der praktischen Ausgestaltung sollen hier nicht gemacht werden, das ist Sache der Gewerkschaften. Nur das eine, daß dem preußischen Eisenbahnminister zu viel Einfluß gegeben wurde, wo es sich um die Staatsarbeiter handelt. Gerade für sie sind Arbeitskammern im vollen Sinne besonders notwendig und geeignet, aber sie müssen auch so gestaltet sein, daß wirklich Parität nicht nur in der Form, sondern auch im Wesen herrscht und zur Geltung kommen kann.

Alles in allem aber ist es ein guter hoffnungsfroher Schritt vorwärts, der den Lohn des Vertrauens reichlich finden wird.

Notizen

Was Groß-Rußland durch den Brester Vertrag verlor. Einem Vortrage A. B. Sabanins über die Verluste, die Groß-Rußland durch den Brester Vertrag erlitt, entnimmt „Petrogradski Golos“ vom 11. April folgende Ziffern: Der Gebietsverlust beträgt 770000 Q.-Werst (rund 930000 qkm), mit einer Einwohnerzahl von 56 Millionen Seelen, gleich 32 v. H. der Gesamteinwohnerzahl. Von 97 Millionen Deßjatinen Saatfläche verliert Rußland 28 Millionen, von 700000 Deßjatinen Rübenland 600000 Deßjatinen, gleich 85 v. H. Wälder tritt

Digitized by Google

Rußland im Umfange von 14000 Deßjatinen ab. An Eisenbahnen gehen 20530 Werst verloren, fast ein Achtel des gesamten Netzes. Die Eisengewinnung sinkt um 73,8 v. H. Der Verlust an Kohle beträgt 1688 Millionen Pud, oder 89 v. H. der Gesamtförderung.

Rußland verliert 268 Rübenzuckerfabriken (86 v. H.), 918 Webereien und Spinnereien (86 v. H.), 574 Bierbrauereien (57 v. H.), 133 Tabakfabriken (57 v. H.), 1642 Spritfabriken (56,2 v. H.), 43 Schnapsfabriken (53,1 v. H.), 244 chemische Fabriken (44,4 v. H.), 615 Papierfabriken (42,8 v. H.), 1073 Metallbearbeitungs-, Maschinen-, Apparate- und Handwerkszeugfabriken (46,5 v. H.) usw.

Die verlorenen Gebiete erbrachten 845238000 Rubel Staatseinnahmen, oder 38 v. H. der Gesamteinnahmen. 1800 Sparkassen befinden sich in den abgetretenen Gebieten.

Das Weizenproblem in den Vereinigten Staaten. „Berlingske Tidende" vom 7. April berichtet: Die Weizenfrage wird für Nordamerika immer ernster. Der sichtbare Vorrat nimmt von Woche zu Woche ab und beträgt jetzt nur 5,4 Millionen Bushels. Selbst wenn man hierzu den sichtbaren Vorrat in Kanada von 8,85 Millionen Bushels rechnet, ergibt dies zusammen nur etwa 14,2 Millionen gegen 88,9 Millionen im Vorjahre und 99,2 Millionen Bushels im Jahre 1916. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich außer diesen Vorräten noch größere Partien in den Händen der Landwirte befinden, da der Landmann infolge der Höchstpreise weiß, daß er bei der Hinausschiebung des Verkaufs nur Verlust durch Schwund und Zinsen hat. Man darf aber nicht vergessen, daß in den vorerwähnten 5,4 Millionen Bushels des Weizen- und Mehlbestände der Müller nicht mitgerechnet sind; man hofft, daß man mit diesen Vorräten durch die verbleibenden $3^1/_2$—4 Monate, bis der neue Winterweizen auf den Markt kommt, durchhalten wird; aber ohne noch größere Einschränkungen im Weizenverbrauch wird es nicht gehen. Europas Weizenversorgung muß daher in der Hauptsache durch Argentinien erfolgen, dessen Ernte der Menge wie der Güte nach eine ausgezeichnete ist. Die gewaltigen, in den beiden letzten Jahren in Australien und Ostindien angesammelten Vorräte können des Schiffsraummangels wegen nicht nach Europa kommen, und große Partien verderben infolge mangelhafter Lagerung und Behandlung.

Neuerscheinungen

Schweiz

Mit den Verhältnissen für Grundbesitz und Hypotheken in der Schweiz beschäftigt sich Dr. W. Brühlmann, „Grundbesitz und Hypothekarverhältnisse" (Schneider, St. Gallen). Er schildert die Notlage des schweizerischen Liegenschafts- und Baugewerbes und verlangt, um ihm aufzuhelfen, „Sistierung oder Reduktion der Häusersteuer, der Perimeterbeiträge, der Handänderungssteuern". Einen Überblick über „Die politische Lyrik der deutschen Schweiz" von 1830—1850 gibt eine Schrift von Dr. Henry E. Tièche (Verlag A. Francke, Bern). Fröhlich, Reithard und Gottfried Keller stehen im Mittelpunkt dieses Kreises. Von deutscher Seite ist hauptsächlich Wilhelm Wackernagel, der Professor für deutsche Literatur an der Baseler Universität, beteiligt. „Er verspottete mit Vorliebe die leere Freiheitsschwärmerei, die sich allenthalben breit machte. Im allgemeinen hat die politische Lyrik zur Erreichung der Bundesverfassung von 1848 ein redlich Teil beigetragen. Sie hat damit das Verdienst der Eidgenossenschaft den Weg geebnet zu haben." Geringer ist der literarische Wert. Die Gedichte sekundieren eigentlich nur die Leitartikel der Zeitungen. Der Ibero amerikanische Nachrichtendienst, Hamburg, eröffnet eine Zeitschrift „Deutschland-Spanien", ein Ausdrucksorgan der Arbeitsgemeinschaft deutsch-spanischer Gesellschaften" mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, literarischen Beiträgen und Vereinsmitteilungen.

Ein schweizerischer Landpfarrer Theodor Bäschlin stellt in einem zweibändigen Werke „Gerechtigkeit und Friede" von den Forderungen nach Gerechtigkeit und Frieden aus Betrachtungen über den Weltkrieg an (Verlag Bäschlin, Bern). Mit ethischen und religiösen Gründen ficht der Verfasser für Völkergemeinschaft und Völkerfrieden, wobei er die deutsche Friedenspolitik vor dem Krieg mit deut-

Digitized by Google

lichen Zeugnissen belegt und in Vergleich zu den britischen Wirtschaftsplänen setzt. Trotz des deutsch-englischen Gegensatzes hält er ein Zusammengehen in der Zukunft für möglich und seinen Glauben an den Sieg der Eintracht und des Friedens für gerechtfertigt. Eine eindringliche Kundgebung für den Frieden ist die Sammlung der Noten Benedikts XV. zum Weltfrieden (Urtext und deutsche Übersetzung von Arnold Strucker, Herder, Freiburg), der Ersatz für das angekündigte, aber noch nicht erschienene „Gelbbuch" des Heiligen Stuhls.

Diesen weiteren Aufgaben der Neutralität gegenüber treten die besonderen der objektiven Wahrung der Neutralität allmählich in den Hintergrund. Neuartig ist die Begründung der Notwendigkeit der Neutralität der Schweiz von der geographischen Seite durch Hermann Walser („Zur gegenwärtigen politisch-geographischen Stellung der Schweiz", A. Francke, Bern). „Große Teile unserer peripheren Lande haben das Recht, zu Staaten der Entente ebenso natürliche Beziehungen kulturlicher Art zu unterhalten, wie der größere Rest zu denen der Zentralmächte. Wir sind eine internationale kulturliche Grenzmark geworden. Nicht durch Anschluß an Macht und Streit für eine Gruppe unserer Großnachbarn, noch durch hin und her pendelnde Verteilung unseres kleinen Zugewichts an der Wage der Großmächte, sondern durch Betätigung der Kulturwerte des Friedens, selbst mitten im Kriege, in Verbindung mit allen unseren Nachbarn, sollen wir die Lehren unserer geographischen Lage beherzigen."

Reformationsliteratur

Schließlich sieht man auch in die nachträgliche Literatur zum Reformations-Gedenktag die Zeitstimmung einströmen: Arnold Reimann, Stadtschulrat in Berlin, der die „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation (1500—1648)" (Georg Reimer, Berlin) zum Gegenstand eines Geschichtswerkes macht, begreift die Reformation als eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte. „Sie hat in Wechselwirkung mit dem fortschreitenden Prozeß geistiger Befreiung auch über die deutschen Kreise hinaus den entscheidenden Stoß gegeben in dem langen Ringen zur Nationalität, zum Durchbruch des modernen, auf sich allein ruhenden Staates; sie hat Roms Weltherrschaft gebrochen, das politische Denken befruchtet und die Zusammenfassung der nationalen und schöpferischen Kräfte aller Völker, auch der katholischen, ermöglicht und im Laufe der Zeit mehr und mehr gefördert: ohne sie ist das moderne politische Leben undenkbar." Mit dem Sieg des Protestantismus verknüpft sich der Aufschwung der anderen germanischen Stämme, Englands, Hollands, Dänemarks, Schwedens, Amerikas. Während auf der anderen Seite die romanisch-katholischen Nationen Spanien, Italien, Frankreich allmählich politisch und kulturell zurückgingen. „So bleibt die Reformation der Eingang zum Tempel der neuen Zeit, der dem protestantischen germanischen Genius geweiht ist." Hermann Jordan gibt mit einem Buch über „Luthers Staatsauffassung" einen Beitrag zur Frage der Verhältnisse von Religion und Politik (Müller & Fröhlich, München, M. 3.50). Die Staatsanschauung Luthers, so ist das Ergebnis, hat ihren Einheitspunkt darin, daß sie auf einer einheitlichen, religiösen Anschauung von der Welt, der Arbeit in der Welt, dem Berufe und dem Staate ruht. „Luther wollte den Staat ebenso wie alles Leben in der Welt in eine gesamte Anschauung des evangelischen Christen einordnen, ihm ermöglichen, eine klare Stellung zur Welt und zum Staate einzunehmen." Julius Kaerst betrachtet „Die Reformation als deutsches Kulturprinzip" (C. H. Beck, München). Auch in dieser Schrift klingen geschichtliche Betrachtung und persönliches Bekenntnis zusammen: „Das germanische Element", so weist K. nach, „ist in seiner Verbindung mit dem Christentum, in der auf das Altertum folgenden Periode der Hauptträger der weltgeschichtlichen Bewegung geworden. Der deutsche Geist reift in der inneren Auseinandersetzung mit dem des Christentums und dem Geist der Antike zu einer Selbständigkeit heran. Diese Selbständigkeit zu mehren und immer tiefer auszugestalten, ist unsere geschichtliche Aufgabe."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 609
Jäckh, Die Ordnung des Balkans 611
Sieger, Die Bewegung in Deutschösterreich 615
Wetterhoff, Unsere Aufgaben im Norden 620
*** Die Neugestaltung des auswärtigen Dienstes 625
Laquer, Getränkesteuern und Branntweinkarten 631
Linter, Das Petroleumabkommen mit Rumänien 634
Brief an die „Deutsche Pol.tik" 637
Notizen 639

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 17. Mai 1918 Heft 20

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Die Abrechnung eines Neutralen mit der britischen Weltdespotie

Soeben erscheint:

Das Schicksal des Nordens

Eine europäische Zukunftsfrage

von

Herman Harris Aall

Mit einer Einleitung versehen von Dr. Alb. Dresdner
Mark 6.50 broschiert, Mark 8.— gebunden

Der ausgezeichnete norwegische Jurist und Philosoph Dr. Herman Harris Aall hat darin die so brennend gewordene nordische Frage in größtem Stile als eine europäische Frage aufgefaßt. Rudolf Kjellén begrüßt dieses Buch als eines der bedeutungsvollsten Dokumente der Zeitkrisis auf das wärmste. Wohl nie zuvor ist von einem Ausländer die Entstehungsgeschichte des Krieges so klar, so zwingend, so reich dokumentiert dargestellt worden. Ein Norweger tritt hier überzeugend für den deutschen Standpunkt in der belgischen und in der U-Bootfrage ein. Reich an neuen Tatsachen und vielfältigen Anregungen, fesselnd durch die sittliche Würde und ideale Gesinnung des Verfassers wird die Schrift im ganzen Norden, so auch bei uns den lebhaftesten Anklang erwecken.

Das Werk ist durch jede gute Buchhandlung oder, falls keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen

GUSTAV KIEPENHEUER VERLAG / WEIMAR

3. Jahrgang • 17. Mai 1918 • Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

In der preußischen wie in der ungarischen Wahlrechtsfrage scheint die Krone jetzt entschlossen zu sein, grundsätzlich vor einer Auflösung des Parlaments auch während des Krieges nicht zurückzuschrecken. Dadurch, daß man dies amtlich oder halbamtlich kund gibt, hofft man stärker als mit verschleierter Drohung den Weg zu ebnen, der zur Verständigung führt; an sich bleibt die Vermeidung eines Wahlkampfes natürlich wünschenswertes Ziel. Die preußische Regierung will aber erst die Fassung des Abgeordnetenhauses vor das Herrenhaus gelangen lassen — teils um mit dem Zeitgewinne den militärischen Bedenken Rechnung zu tragen, teils weil sie hofft, im Herrenhaus eine geneigtere Stimmung für ihren Entwurf zu finden. Eine kühne Hoffnung, solange die Regierung an das heutige Herrenhaus denkt, eine Leichtigkeit, wenn sie von dem Recht des Pairschubs Gebrauch macht. Will sie das, dann läßt sich ihre Taktik rechtfertigen; denn die Möglichkeit des Pairschubs wird den Entwurf vor einer Verschleppung bewahren. Das Herrenhaus wird unter ihrem Druck sich an eine rasche Arbeit halten. Denn dies muß die Regierung im Augenblick auf alle Fälle vermeiden, daß eine gleichgültige Behandlung ihre Autorität, die nicht eben gehoben aus den letzten Wochen hervorging, ruinieren kann. Der Wille des Königs ist unverwandelt stark; das muß den Ministern die Sicherheit zu entschlossenen Maßnahmen geben.

*

Das gleiche Wahlrecht ist nicht ein Schlagwort, dem man nachgibt, damit irgendein unerwünschter Lärm zur Ruhe kommt. Es hat einen politischen, staatsaufbauenden, volkserzieherischen Sinn. Fügt man es in eine Verfassung ein, indem man gleichzeitig wesentliche Bestandteile des öffentlichen Lebens (wie etwa die Frage des Gemeindewahlrechts mit dem zum Widersinn gewordenen Hausbesitzerprivileg) aus der praktischen Wirkung der normalen Parlamentsarbeit ausscheidet, dann begeht man einfach eine Täuschung, betreibt Politik um der Fassade willen. Das ist der Kern des Gedankens der „Sicherungen", der jetzt die preußische Verfassungsreform verunklart.

*

Digitized by Google

Herr v. d. Osten hat neulich im Landtag behauptet, daß der Kronprinz von dem Plan des gleichen Wahlrechts nichts gewußt habe. Er wisse das aus guter Quelle. Die bisherige Auffassung war und mußte sein, daß der König die wichtige Entscheidung mit dem Thronfolger durchgesprochen hatte, ehe er den Juli-Erlaß hinausgab. Die Konservativen legen es nun aber ganz öffentlich darauf an, den Kronprinzen für ihre Stellungnahme zu beanspruchen. Das war auch der Ton der Geburtstagsartikel von Zeitungen, die den 27. Januar mit Schweigen begehen. Die Regierung muß irgendwann das Bedürfnis haben, über diese Dinge Klarheit zu schaffen; sie wird sonst erleben, daß sich die Fronde mit einer Kronprinzenlegende bewehrt. Und das erscheint heute untunlich genug.

*

Staatssekretär Dr. Solf, der vor einigen Wochen auf einer Dienstreise in der Schweiz plötzlich und schwer erkrankte, ist jetzt erfreulicherweise gänzlich außer Gefahr; wenn ihm auch ärztlich noch für Wochen strengste Schonung anbefohlen wurde, so geht er doch seiner völligen Wiederherstellung entgegen. Die Freunde seiner politischen wie kolonialen Ziele freuen sich, auch um des Vaterlandes willen, mit der ungebrochenen Kraft des Staatsmannes weiter rechnen zu dürfen.

*

Die englischen Militärs empören sich gegen Lloyd Georges Kriegspolitik. Das ist der Sinn der Angriffe von General Maurice. Hinter der englischen Niederlage vom Märzende bildete dies den Streitpunkt: waren auf französischem Boden genügend Truppen oder hat Lloyd George die Reserven durch die Orientunternehmen zersplittert? Der Premier sagt: da waren sie! Und man hört sein Schweigen: aber sie wurden falsch verwandt. Daß er so preisgegeben wurde, läßt den englischen Generalstab vor Wut aufschäumen und einer seiner populärsten Leute wird die Waffe gegen George. Der paukt sich in einer großen Rede noch einmal frei, aber er sieht zum erstenmal die liberale Führerschaft der früheren Minister in geschlossener Opposition. Asquith droht, aber er hat nicht den Mut zur Erbschaft.

*

Die Tatsache, daß die finnische Weiße Garde an der Grenze Großrußlands steht und dort sich zur militärischen Auseinandersetzung mit Petersburger Truppen bereit halten muß, zeigt deutlich genug, daß es in dem finnischen Feldzug sich nicht um einen Bürgerkrieg handelte, sondern um die Notwendigkeit, dem imperialistischen Bolschewismus Gelände abzuzwingen. Wie die militärischen Verhältnisse sich gestalten werden, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden. Die deutschen Hilfstruppen werden, wenn Finnland selber befriedet ist, Gewehr bei Fuß stehen müssen. Ob die finnischen Militärhandlungen selber als abgeschlossen gelten können, hängt wesentlich von der Gestaltung der Lage in Karelien ab; im Besitze von Kola und der Murmanbahn kann England, kann eine militärisch sich reorganisierende großrussische Macht, gleichviel welcher Prägung, eine gefährliche Flankenstellung einnehmen.

Digitized by Google

Die Ordnung des Balkans

Von Dr. Ernst Jäckh

„Nicht der Dreizack Neptuns, sondern das Schwert vom Norden wird das Schicksal des Balkans regeln und die Frage des Ostens lösen." In diesem Bild hat einst Moltke die heutige Gegenwart und die morgige Zukunft vorausgeschaut und zusammengefaßt.

Das Gleiche hat König Karol von Rumänien erwartet und gewollt. Die Königin Carmen Sylva erzählte von ihm, daß er, einmal gefragt, warum er, der Hohenzoller, nach Bukarest gegangen sei, ein Lineal genommen und damit auf der Weltkarte Berlin—Bombay verbunden und geantwortet habe: „Weil Rumänien auf der Linie dieses Lineals liegt!"

Der Friede von Bukarest rückt das durch eine unnatürliche Versuchung und in einem unverständigen Versuch abgeirrte Rumänien nunmehr wieder zurecht und politisch dahin, wohin es geographisch immer gehört hat und immer gehören wird: in die Reihenfolge, die der Bukarester Friedensvertrag also aufzählt: „Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei — und Rumänien." Genau wie es schon vor zwei Jahren der englische Politiker Garvin als Notwendigkeit formuliert hat: wenn der mitteleuropäisch-vorderasiatische Zusammenhang für Deutschland bestehen bleibe, so müßte schließlich auch Rumänien sich dort anschließen; ja sogar Serbien und Griechenland, soweit sie noch übrig bleiben, müßten sich so entscheiden! Wir werden auch diese geographisch-politische Gesetzmäßigkeit sich erfüllen sehen...

Rumänien ist von keinem „Dreizack" einer Seemacht her mehr erreichbar, sondern nur noch vom „Schwert" Deutschlands und der deutschen Bundesgenossen. Kein englisches und kein französisches Kriegsschiff konnte bisher Rumänien drohen noch helfen; auch kein russisches Kriegsschiff kann es mehr — weder im Schwarzen Meer noch auf der Donau. Nur noch Deutschland verbündete oder befreundete Staaten sind Anlieger Rumäniens, rings um das Land und rings um das Meer. Auch der russische „Dreizack" ist verschwunden; das „Schwert vom Norden" hat entschieden und bleibt entscheidend — und hat es leicht gegenüber dem jetzigen und künftigen Rumänien. Denn der Friedensvertrag von Bukarest hat bestätigt, was die „Deutsche Politik" vor zwei Monaten (im Heft 11) so angedeutet und umschrieben hat:

So kann Rumänien jetzt Rußland gegenüber den Zustand vor 1878 wieder herstellen (genau wie die Türkei): durch die Wiederergreifung von Beßarabien, das Rußland ihm damals abgenommen hat zum Ausgleich der Dobrudscha. Das ist die eine Festlegung des neuen Rumänien: gegen Rußland. Die andere ist: für Mitteleuropa. Und zwar durch die Erfahrung harter und bleibender Tatsachen von zweierlei Art: solcher, die Rumänien für uns gefahrlos machen, und solcher, die Rumänien vorteilhaft werden. Das erste ist eine Grenzsicherung und Grenzstärkung für unsere Verbündeten Ungarn und Bulgarien, die beiden Nachbarn Rumäniens: also nördlich in den Karpathenpässen sowie nordwestlich an der Donau, und südlich der Donau entlang sowie südöstlich durch die Dobrudscha. So geht Rumänien aus den Kar-

Digitized by Google

pathenpässen heraus und auch über die Donau zurück; weder Ungarn noch Bulgarien haben Rumänien mehr zu fürchten. Rumänien seinerseits hat aber kein Rußland und keine „Entente" mehr zu fürchten: denn die Donau bleibt nicht mehr „international" d. h. russisch-englisch-französisch kontrolliert und beherrscht (infolge der englisch-französischen Mitwirkung in Krimkrieg 1856), sondern sie wird „mitteleuropäisch", d. h. vierbundmäßig-rumänisch. Ähnliches gilt für den Eisenbahnverkehr: durch Rumänien hindurch; und auch für Rumänien auf der (durch Bulgarien führenden) Bahnlinie Cernawoda—Konstanza, die wie auch der Hafen Konstanza eine gemeinsame „mitteleuropäische" Angelegenheit wird: genauer gesagt, eine deutsch-bulgarische Gemeinschaft (mit besonderer Sicherung der deutschen Stellung, also auch der deutschen Verbindung nach Batum und weiterhin).

Dazu kommen die wirtschaftlichen Bindungen und Sicherungen, in Öl und Brot: die rumänische Petroleumversorgung macht uns unabhängig von Amerika und die rumänische Getreidelieferung (auch noch für zehn Jahre nach dem Krieg) macht uns stark gegenüber feindlichen Anschlägen ... So rückt Rumänien an den „Konzern" des Vierbundes heran (geographisch-politisch) und sogar in ihn bereits hinein (finanziell-wirtschaftlich).

Die Friedensverträge sind in den nationalen Sprachen des Vierbundes und Rumäniens abgefaßt: Frankreich ist ausgeschieden, wie es samt England und Rußland aus der Donau und aus dem Schwarzen Meer ausgeschieden ist. „Die Donaumündungskommission wird fortan nur aus Vertretern von Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegen sind." Und: Nur „Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und Rumänien haben das Recht, auf der Donau Kriegsschiffe zu halten". Diese beiden Sätze lesen sich so einfach und so natürlich, daß man meinen könnte, es hätte immer so sein müssen. Und doch bringen sie für den Balkan und für Europa eine solche Umwälzung und Neuordnung — etwa wie wenn das spanische Gibraltar wirklich wieder spanisch würde. England, Frankreich und Rußland werden durch jene Sätze aus der Stellung ausgetrieben, die sie seit 1856 durch mehr als ein halbes Jahrhundert ausgenützt haben: an der Donaumündung und im Schwarzen Meer, also auch vom Balkan herunter. Die Ordnung des Balkans geschieht zum erstenmal durch die Balkanstaaten selbst — — und ohne die westeuropäische Einmischung von London und Paris und frei von der russischen Vorherrschaft. Der kontinentale Zusammenhang und die kontinentale Nachbarschaft entscheiden dort endlich und zum erstenmal gegenüber der maritimen Ferne und der machtpolitischen Anmaßung. Das Gesetz und das Vorrecht der Geographie wird so zum Gesetz, zum Recht und zur Kraft der Politik. Die Nähe des „Schwertes" bestimmt, nicht die Ferne des „Dreizacks".

Das kann auch für das Schwarze Meer eine völlige Neuordnung, überhaupt erst eine Ordnung bringen. Rußland grenzt nicht mehr an das Schwarze Meer; eine russische Flotte besteht auch nicht mehr: sie ist in deutsch-türkischem Besitz. Nur eine türkische Flotte fährt jetzt auf dem Schwarzen Meer. Eine bulgarische Flotte gibt es nicht, eine rumänische auch nicht, eine ukrainische auch nicht, eine kaukasische

Digitized by Google

auch nicht. Alle Anlieger bekennen sich zur gleichen Politik, zur Politik des Vierbundes, als Verbündete (wie Türkei und Bulgarien) oder als Befreundete durch die Lehren des Krieges (wie Rumänien, Ukraine und Kaukasien); keiner kann eigene Kriegsschiffe bauen. Wie nun, wenn die Türkei ihre Flotte dem Mittelmeer zuwenden würde, eine gesammelte Kraft gegen England? — wenn Bulgarien, das immer breitere Mittelmeermacht wird, gleichfalls dort sich stark machen würde? und wenn alle Anlieger des Schwarzen Meers sich verpflichten würden, das Schwarze Meer zu entwaffnen und es dem friedlichen Verkehr zu überlassen? Eine solche Neuordnung würde das Schwarze Meer, den bisherigen Ausgangspunkt der russischen Expansion zum Balkan hin, zum Bosporus hinaus, zum Orient hinein, umwandeln in eine künftige Mittlerschaft zwischen Europa und Vorderasien bis nach Mittelasien. Die Worte Konstanza und Batum können Zusammenhänge andeuten, die dem gleichen Willen gemeinsamer Interessen aller Zwischenglieder dienen — „von Hamburg bis Herat" (samt dem dazu gehörigen Flankenschutz „Berlin—Bagdad"), frei vom „englischen Dreizack", befreit durch das „Schwert vom Norden"...

Der Friede von Bukarest setzt neben dem bekehrten Rumänien ein anerkanntes Groß-Bulgarien fest. Zwar ändert sich im Augenblick die bulgarische Grenze gegenüber Rumänien nur ein wenig über den bulgarisch-rumänischen Zustand zurück und hinaus, wie er vor Rumäniens Balkankriegsraub war; aber die wirkliche Besitzergreifung auch der nördlichen Dobrudscha bis zur Donau ist nur eine Frage einer kurzen Zeit bis zur bulgarisch-türkischen Grenzklärung, und die schließliche Linienführung gegenüber dem verkleinerten Serbien und auch gegenüber einem geschmälerten Griechenland läßt sich heute schon fühlen. Groß-Bulgarien steht da: alle Bulgaren in einer starken Einheit zusammenfassend und alle Balkanstaaten als stärkste Vormacht überragend; befreit vom russischen Druck und sicher als Vierbundsgenosse. Die bulgarische Klugheit hat die richtige Karte erkannt: es schien, als ob es zwei Möglichkeiten geben sollte; in Wirklichkeit ist aber immer nur eine einzige Wahl möglich gewesen, eben die mit den Mittelmächten und mit der Türkei. Gesetzt den Fall, Bulgarien hätte sich anders entschieden (für die Entente): was hätte es gewonnen? Gewiß: Bulgarien hätte dann gegen Konstantinopel marschieren können, dessen Truppen damals in den Dardanellen die englisch-französische Übermacht abwehrten; vielleicht sogar nach Vorderasien hinüber. Aber was dann? Rußland hätte nie und nimmer Bulgarien im Besitz von Konstantinopel gelassen; und Bulgarien hätte sich mit dem türkischen Vorgelände (etwa bis Enos-Midia) begnügen müssen, hätte sich also mit fremdem und feindlichem Volk belastet, ohne seine eigene Volkseinigung zu erreichen, die nach wie vor in Serbien, Rumänien und Griechenland zersplittert geblieben wäre. Ein solches ententistisches Bulgarien wäre einer von vier ententistischen Balkanstaaten geblieben, gleichbedeutend neben dem gleichfalls siegreichen Serbien, Rumänien und Griechenland, oder — besser gesagt — gleich unbedeutend, weil gleichmäßig abhängig von der Willkür der Entente. Das wirkliche Interesse Bulga-

Digitized by Google

riens wies den Weg zum Vierbund und mit ihm zum Ziel eines national einigen Groß-Bulgarien. So hat Bulgarien sich selbst den gleichen Dienst erwiesen wie zugleich den Vierbundsteilhabern.

Genau das Gleiche gilt von der Türkei: auch sie hat, wenn sie das türkische Interesse richtig sah und recht verstand, nur eine einzige Entscheidung treffen können: für die Mittelmächte, und damit für sich selbst. (Das ist in der „Deutschen Politik" wiederholt so eingehend dargelegt worden, daß heute weitere Worte überflüssig sind.) In den Dardanellen hat die Türkei ihren eigenen Bestand wie die Weltkriegsentscheidung für den Vierbund gegen Osten erkämpft. Gesetzt den Fall, die Türkei wäre neutral geblieben oder die Dardanellen wären gefallen, so hätte die sichere Verbindung der englischen und der französischen Flotte mit dem Schwarzen Meer und die reichliche Versorgung Rußlands mit Munition, zugleich aber auch der englisch-französische Druck auf Rumänien und Bulgarien und auch ihre Munitionsversorgung gegen uns — so hätte das alles den gesamten Osten und Südosten gegen Österreich-Ungarn und uns bis zur Unüberwindlichkeit gestärkt und gesteigert.

So hängt im Vierbund ein Glied im andern Glied: erst (zeitlich) die türkische Dardanellenentscheidung: sie sicherte die Türkei und zugleich Bulgarien. Dann (als Folgemöglichkeit) die bulgarische Eingliederung: sie sicherte Bulgarien und zugleich auch die Türkei. Beide — Türkei und Bulgarien — brauchten sich gegenseitig und brauchen sich gegenseitig. Diese Grundtatsache wird auch die jetzt schwebende Grenzfrage entscheiden müssen: nicht um eine Quadratkilometerverrechnung mit dem Maßstab einer mißtrauischen Vergangenheit darf es sich handeln, sondern um eine Grenzfestsetzung als Zeichen einer vertrauensvollen Zukunft, deren Ziel ein bulgarisch-türkisches Bündnis sein muß. Das ist möglich und nötig. Dann wird die Ordnung des Balkans eine endgültige sein.

Der Vierbund hat ein gemeinsames und gleichmäßiges Interesse an einer solchen Ordnung. Die Mittelmächte sind von Rußland her bedroht und angegriffen worden, weil ihre Arbeit in den Orient hineingewachsen ist. Der Krieg hat gegen Rußland-Estland und für den mitteleuropäisch-vorderasiatischen Zusammenhang entschieden: in diesem Zusammenhalt ist der bulgarische wie der türkische Brückenbogen notwendig und wichtig, der eine bis zum Schwarzen Meer, der andre bis nach Mittelasien. Diese Gleichmäßigkeit der Interessen aller Beteiligten verbürgt die Grundfestigkeit des Gesamtwerkes, deren Werden jenes Wort des preußischen Generals Moltke kennzeichnet, deren Wollen das gleichzeitige Wort des schwäbischen Philosophen Carl Christian Planck andeutet:

„Dieselbe Zeit, in der für die stolze Staatsweisheit Altenglands die Stunde ihres Schiffbruches kommen wird, dieselbe Zeit wird mitten in dem allgemeinen Wanken und Erbeben der Staaten durch die Kraft und Tiefe des deutschen Geistes eine neue schaffende Ordnung der Dinge erstehen sehen, und höher als die Flagge Britanniens wird einst das Banner jener einen bleibenden Rechtsmacht wehen, zu deren festem und sicherem Thron die deutsche Hand den Grundstein zu legen bestimmt ist."

Digitized by Google

Die Bewegung in Deutschösterreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Die richtige Auffassung der jüngsten Entwicklung in Deutschösterreich wird durch die mangelhaften und einseitigen Darstellungen in der Wiener großen Presse vielfach erschwert. Vor allem übersieht man leicht, daß es eine aus breiten Schichten der Bevölkerung hervorgegangene Bewegung ist, die sich an die Abgeordneten und, soweit sie diese nicht mitzureißen vermag, gegen sie wendete — daß sie also nach dem Maßstab solcher elementaren Bewegungen beurteilt werden muß, nicht wie taktisch wohlerwogene, theoretisch durchdachte oder in Doktrinen und Parteiprogrammen verankerte „parlamentarische Aktionen", die erst allmählich aus ihr hervorgehen können. Sie ist die unmittelbare Antwort auf die maßlose Haltung der Slawen und das Entgegenkommen der Regierung gegen diese[1].

Die Enttäuschung der Deutschen über die Rückstellung ihrer Neuordnungspläne und über die Absicht, eine Verfassungsreform durch das bedingungslos einberufene Abgeordnetenhaus mit seiner slawischen Mehrheit beraten und beschließen zu lassen, wäre insbesondere von den deutschen Abgeordneten nicht allzuschwer überwunden worden, wenn die Regierung das vom Grafen Clam übernommene Staatsprogramm mit Entschiedenheit festgehalten hätte, und wenn die Slawen, wie es zeitweise den Anschein hatte, von ihren tönend verkündeten Meistforderungen zugunsten gemäßigterer Ansprüche, wie sie sich in dem Schlagwort „nationale Autonomie" spiegeln, abgegangen wären. Es konnte längere Zeit erwartet werden, daß die so scharf ausgesprochenen Gegensätze sich praktisch zu dem Widerstreit zwischen der Forderung „nationale Autonomie im Gesamtstaat" und „nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Kronländer" herabmindern würden, und man hoffte insbesondere von der Haltung der Polen, daß sich aus den darüber geführten Verhandlungen schließlich eine allgemeine Regelung im Sinne der nationalen Kreisteilung innerhalb der Länder mit gewissen gegenseitigen örtlichen Zugeständnissen ergeben würde. Die Machtpolitik der Polen, welche wieder das Zünglein an der Wage spielen und die Sonderstellung Galiziens, ja die austropolnische Lösung nicht einmal mit Zugeständnissen an die Ruthenen bezahlen wollten, war ein Hindernis für eine solche Entwicklung. Schwerer wog die Haltung der Tschechen und der Südslawen, insbesondere nachdem sie gesehen hatten, daß die Regierung für die in der Kriegszeit gefällten militärischen Urteile und Verfügungen nicht eintreten konnte oder wollte. Statt die Auflösung des Abgeordnetenhauses in Erwägung zu ziehen, deren Androhung vielleicht noch genügt hätte, um die beabsichtigte Aufhebung jener Entscheidungen hintanzuhalten, griff die Regierung nach dem von unverantwortlichen Kreisen (man nennt allgemein die Namen Polzer und Lammasch) der Krone nahegelegten Auskunftsmittel der Amnestie.

[1] Vgl. „Deutsche Politik" vom 3. August 1917 und 11. Januar 1918.

Digitized by Google

Seither fühlten sich die Slawen als Herren, ihre Meistforderungen vom Mai 1917 wurden als unumgängliches Mindestmaß bezeichnet und die Prager Beschlüsse vom 6. Januar 1918 sowie die Agramer vom Ende Februar griffen noch über sie hinaus. Noch ehe es so weit gekommen war, waren sich weitere deutschbürgerliche Kreise, zunächst in den Alpenländern, über die bedenklichen Folgen jeder Art von allgemeiner nationaler Autonomie klar geworden. Daß diese Erkenntnis weiter griff und auch die Abgeordneten immer mehr erfaßte, ist großenteils der politischen Kritik des Abgeordneten Jesser und der endlich einsetzenden klaren Darlegung der Folgewirkungen auf Verwaltung und politische Gestaltungen zuzuschreiben, die ein erfaherner Verwaltungsbeamter, Graf Pace, in nicht veröffentlichten aber vielverbreiteten Denkschriften gab. Während die Slawen das von Graf Clam übernommene Regierungsprogramm ablehnten und es schon dadurch undurchführbar wurde, konnten sich auch die meisten deutschbürgerlichen Abgeordneten nicht mehr dafür erwärmen. Noch aber suchte man mit heißem Bemühen eine allgemeine Formel für die Verfassungsreform.

Die breiten Schichten der Bevölkerung empfanden immer lebhafter, daß ein Schema für die mannigfachen, von Gebiet zu Gebiet verschiedenen Lebensbedingungen des deutschen Volks nicht genügen könne. Sie verlangten mit steigendem Nachdruck, was ihnen nach ihrer Erfahrung in ihrer Heimat als notwendig erschien, und kamen so in der Hauptsache zu dem vielverlästerten, als bloße Zusammenfassung örtlicher Forderungen ohne höhere Gesichtspunkte und innere Logik verspotteten Osterprogramm zurück. Zunächst griffen die Deutschböhmen, durch das Verlangen nach einem tschechoslowakischen Staat und nach ihrer Eingliederung in diesen bei ungenügendem Schutz ihrer Minderheitsrechte in steigendem Maße gereizt, auf ihre alte Forderung nach Zweiteilung in der Verwaltung Böhmens zurück, und da diese nicht genügende Sicherheit bot, über sie hinaus zu dem Verlangen nach einem eigenen Kronland Deutschböhmen. Daß sie dieses als Provinz bezeichnen, betont den Gegensatz zu den Slawen, welche dem Gesamtstaat so gut wie keine Macht übriglassen wollen, nur um so schärfer. Die Erklärung, sich mit allen Mitteln der Einverleibung in einen tschechisch regierten Teilstaat zu widersetzen, wurde von allen Parteien Deutschböhmens gefordert und sie schlossen sich ihr an — die Sozialdemokratie allein hielt an der allgemeinen nationalen Kreisteilung in Österreich fest, mit der sich allerdings die deutschböhmische Forderung vereinbaren ließ. Von den aus dieser erwachsenden Schwierigkeiten und Teilfragen, wie über die Stellung der Sprachinseldeutschen, über die man schließlich innerhalb des böhmischen Deutschtums zu grundsätzlicher Einigung kam, kann hier nicht geredet werden. Die Südslawen erhoben nun neben ihrer Forderung des südslawischen Staats die besondere — als ein Schritt zu dessen Vorbereitung aufzufassende — nach der nationalen Autonomie für die „slowenischen Gebiete". Praktisch stellt man sich diese als „administrative" Abtrennung des keineswegs rein slowenischen, sondern von lebenskräftigen und wachsenden deutschen

Digitized by Google

Sprachinseln durchsetzten Untersteiermark und Südkärnten vor. Daneben aber betrieb man in allen südslawischen Gebieten Österreichs und auch in den genannten, ja in dem eroberten Friaul eine leidenschaftliche Werbetätigkeit für den Anschluß an den Südslawenstaat. Die alpenländischen Deutschen und die deutschfreundlichen Slowenengruppen der zur Abtrennung verlangten Gebiete erfaßte nun eine ähnliche Erregung, wie kurz vorher die Deutschböhmen. Auf zahlreichen Volkstagen wurde sowohl gegen den jugoslawischen Nationalstaat, wie gegen die Teilung Steiermarks und Kärntens Stellung genommen. Die südösterreichischen deutschen Volksräte, welche an die Spitze der Bewegung traten, beschlossen aber in Klagenfurt am 10. Februar nicht nur, daß der Weg nach Triest Österreich und dem Deutschtum erhalten, die slowenischen Gebiete also zisleithanisch bleiben müssen, sondern auch, daß sie gegen eine Regelung der südslawischen Frage, die im Einvernehmen mit Ungarn und Kroaten und unter den Deutschen und dem Staate Österreich vorteilhaften Bedingungen erfolgt, keine grundsätzliche Einwendung haben. Unter diesen Voraussetzungen würden sie eine Erweiterung des kroatischen „Subdualismus", d. h. des unter Ungarns Oberherrschaft stehenden „autonomen" Kroatien, auf Dalmatien und das Gemeinsame Verwaltungsgebiet zugeben und verlangen die Einleitung von Verhandlungen darüber. Es wird also nur die Angliederung der Slowenen an das Serbokroatentum abgelehnt, für die auch viele Kroaten und der Großteil der slowenischen Bauern keineswegs begeistert sind.

Von wesentlicher Bedeutung ist nun, daß die beiden großen Teile des deutschösterreichischen Volks die sich so oft in doktrinärem Gegensatz befanden, weil jeder das, was ihm in seinem Gebiete frommt, zur Richtschnur für ganz Österreich zu machen strebt, sich nun gegenseitig verstehen und bescheiden. Jeder tritt für die Forderungen des andern ein, obwohl (und weil) sie verschieden sind von denen, die er auf seinem Gebiet für sein Gedeihen erhebt. Das ist der Inhalt der gemeinsamen Beschlüsse aller deutschen Volksräte zu Wien am 24. März; auch eine feste Organisation des Deutschtums durch den Zusammenschluß der Volksräte und die Neugründung solcher dort, wo sie noch fehlen, wurde damals beschlossen und ist in Ausführung. Die Abgeordneten, die man nicht zu Rate zog, weil man die wohlwollende Haltung ihres Großteils gegen die Regierung Seidler mißbilligt, waren darüber zum Teil nicht erfreut. Die Männer des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien ergriffen die nächste Gelegenheit, die sich bot, um die Führer der neuen Bewegung anzugreifen. In den verschiedenen Versammlungsreden und Beschlüssen spielt das Verlangen nach „Neuorientierung" gegenüber der Regierung und dem Staat eine immer größere Rolle. Die bedingungslose Bewilligung des Staatsvoranschlags (nicht der Kriegskredite) wird den Abgeordneten zum Vorwurf gemacht; es wurde da und dort gesagt, der nationale Gesichtspunkt solle für die Deutschen allein bestimmend sein, die Sorge und Verantwortung für den Staat müsse man der Re-

Digitized by Google

gierung überlassen usw., manchmal in kräftigeren Worten, als die Zensur durchließ. Das gefiel zunächst den Christlichsozialen nicht, die auf einen internationalen friedensfreundlichen Flügel von Einfluß Rücksicht zu nehmen haben, aber auch der deutschnationale Leitungsausschuß erklärte, daß solche vereinzelte Äußerungen nicht der allgemeinen Stimmung der Deutschen entsprechen, diese wollen den Staat nicht „preisgeben", ihn nicht „den nationalen Gegnern überlassen" usw. War es an sich verfehlt, angesichts der unscharfen Grenzen, die zwischen Staatspolitik und Regierungspolitik in Zeiten fortgesetzter Erörterungen über Verfassungsänderung bestehen, von Volkskundgebungen eine staatsrechtlich genaue und ängstlich korrekte Form zu fordern, so war der Schritt taktisch ein Mißgriff. Die Regierung, gegen die sich die deutsche Bewegung richtete, wurde von den Abgeordneten sozusagen beruhigt und den deutschen Forderungen damit ihr Nachdruck genommen. Den Slawen, die mit „Staatstreue auf Kündigung" sehr geschickt arbeiten und ebenso geschickt ihren Patriotismus hervorkehren, gab man die Anwürfe gegen die Deutschen durch ein förmliches Zugeständnis geradezu in die Hand. Im Volk aber, das sich von den Abgeordneten nicht schulmeistern lassen will, *verstärkte* man die bekämpften Strömungen und diente damit denjenigen, die sie für Parteizwecke ausnutzen wollen. Und dabei ist die gegebene Stellung der Deutschösterreicher außer Zweifel: *für* den Einheitsstaat, wie er war und auszugestalten ist, *gegen* jederlei Zukunftsstaat, der den Deutschen eine Zwangsherrschaft auferlegt und Österreich teilt und schwächt.

Die Gefahr, sich in akademischen Fragen gründlich zu zerzanken, wurde aber beseitigt. Einzelne Abgeordnete und Gruppen, ja Parteien lehnten den Beschluß des Leitungsausschusses ab, schließlich die große Mehrheit der Abgeordneten. Das Einvernehmen ist im Werden. Aber diese Vorgänge beleuchten zweierlei: die Gefährlichkeit des Mangels an allseits anerkannten Führern, der immer wieder Programmstreitigkeiten ermöglicht, und die Tatsache, daß die Abgeordneten nicht einmal formell mehr führen, sondern sich vom Volkswillen oft widerstrebend führen lassen müssen.

Neben den Volksräten, von denen wir die Neugestaltung der nationalen Organisation erhoffen, ist auch das *Herrenhaus* stärker hervorgetreten. Das hängt mit den Ereignissen zusammen, welche die Volksbewegungen verstärkten. Die Ernährungsfragen in Deutschböhmen, die voriges Jahr besonders von Herrenhausmitgliedern zur Sprache gebracht wurden, haben kürzlich zum Verlangen des Anschlusses an die reichsdeutsche Versorgungsorganisation geführt; aber auch in Tirol ist eine ähnliche Forderung mit einer für die Regierung wenig schmeichelhaften Begründung erhoben und Bevollmächtigte nach München und Budapest geschickt worden. In letzter Zeit aber waren es die Enthüllungen der *Czerninschen* Rede vom 2. April und jene, die ihr folgten, was im deutschösterreichischen Bürgertum die größte Unruhe hervorrief. Man sah das *Bündnis* mit Deutschland durch unverantwortliche Einflüsse gefährdet und mutmaßte in diesen auch die Urheber der schwachen Innenpolitik. Die beiden

Digitized by Google

Mehrheitsparteien des Herrenhauses haben neben einzelnen Abgeordneten vor allem das Verdienst, der Verwahrung dagegen einen würdigen und wirksamen Ausdruck gegeben zu haben. Im deutschen Volk aber treten die böhmische und südslawische Frage für den Augenblick in den Hintergrund gegen die Sorge um den Grundpfeiler der österreichischen Staats- und Weltstellung und der nationalen Kraft, um das mitteleuropäische Bündnis. Deshalb rief die Entlassung Czernins, der keineswegs allzugroße Verdienste um das österreichische Deutschtum hat, und gewisse Begleiterscheinungen, deren Besprechung eine plötzlich verschärfte Zensur unmöglich machte, so lebhafte Äußerungen des Unwillens hervor.

Bezeichnend ist nun die Haltung der slawischen Deklaranten. Sofort nach der Kundgebung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses erklärten die Vertreter der Mai- und Januardeklarationen mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen dem Ministerpräsidenten gegenüber, daß die Deutschen (und dabei wies man auf das Herrenhaus hin) der Krone und dem Staate die Treue gekündigt hätten. Und um die eigene „Loyalität" ganz zweifellos erscheinen zu lassen, wandte man sich halb und halb von den älteren Kundgebungen ab. Bezeichnend ist die Haltung der slowenischen Schusterschitz-Gruppe, deren Führer vielleicht der gewandteste politische Taschenspieler Österreichs ist. Unter steter Betonung ihres dynastischen Patriotismus zur Macht gelangt, schloß sich diese Gruppe später der südslawischen Maideklaration an und erklärte es erst kürzlich als Verleumdung, daß sie nicht ganz auf deren Boden stehe. Und nun Ende April erhebt der Adjutant des „Herren von Krain", der Domherr Dr. Lampe gegen seinen Bischof (Fürstbischof Jeglitsch in Laibach) beim Wiener päpstlichen Nuntius die Beschwerde, er habe sich der „hochverräterischen" Deklarationsbewegung angeschlossen und dadurch wie durch andere Schritte die Belange des Glaubens und der Kirche gefährdet. Geht das in erster Linie gegen die vom Bischof geförderte, augenblicklich stärkere andere Gruppe der Slowenischklerikalen, die des Abg. Koroschetz, so beleuchtet es doch das Streben der Tschechen und Südslawen, sich der Dynastie als die wohlmeinendsten, zuverlässigsten Anhänger darzustellen. Was aus diesen Wirren hervorgehen wird, liegt vielleicht schon klarer, wenn diese Zeilen erscheinen. Christlichsoziale Blätter verzeichnen vereinzelte, aber sich mehrende tschechische Stimmen gegen die Deklarationen und hoffen, daß bei den nichtdeutschen Völkern nach den Mißerfolgen ihrer Wortführer gemäßigte Anschauungen wieder geltend werden und daß eine Arbeitsmehrheit mit ihrer Hilfe gebildet werden könne. Andere teilen diese Hoffnung nicht, sondern sehen in der augenblicklichen ruhigen Haltung und dem Schweigen gewisser Slawenführer nur einen Kunstgriff, um Regierung und Krone für sich und gegen die mit Recht erregten Deutschen einzunehmen. Diese müssen allen gegnerischen Verdächtigungsversuchen mit Klugheit begegnen, vor allem überflüssige starke Worte vermeiden, aber sich nicht einschüchtern lassen und in der Sache unbeugsam bleiben. Das Volk will Vertreter, die sich nicht an die Regierung herandrängen und

Digitized by Google

Verpflichtungen übernehmen, sondern in jeder Richtung freie Hand behalten. Seine Empfindungen spricht der 2. Grazer Volkstag am 28. April von Tausenden geleistete Schwur aus: „Wir schwören bei dem Andenken an unsere gefallenen Söhne und Brüder, bei allem was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens, keinen Teil deutschen Rechtes in der Ostmark mehr preiszugeben, treu und unverbrüchlich festzuhalten an dem Bündnisse mit den Brüdern im Reiche, komme was da wolle, denn hoch und heilig über allen anderen Pflichten steht uns die Pflicht der Treue gegen unser eigenes Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe!" Das ist eine reine Abwehrstellung; diejenigen, welche Deutschösterreich in sie gedrängt haben, werden sich überzeugen, daß sie an eine eherne Mauer anrennen, selbst wenn die Volksvertreter versagen sollten.

Unsere Aufgaben im Norden

Von Friedrich Wetterhoff

Der Verfasser wurde bei Ausbruch des Krieges deutscher Staatsangehöriger, um unter deutschem Schutze für die Organisation der finnländischen Freiheitsbewegung wirken zu können. Er hatte in dieser Stellung das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des finnländischen Jägerbataillons im deutschen Heere, welche Truppe ihrem Vaterlande in dem jetzigen Freiheitskriege von größtem Nutzen gewesen ist. Durch seine deutsche Gesinnung ist er besonders berufen, sich über die finnländischen Verhältnisse und die deutschen Aufgaben im Norden zu äußern. Die Red.

An allen Ecken und Enden Europas sind deutsche Truppen an der Arbeit: eben erreicht uns die Nachricht, daß die Hauptstadt Finnlands, Helsingfors, in deutschen Händen ist. Damit ist das strategische Hauptziel der deutschen Aktion im hohen Norden erreicht. Es gibt allerdings noch eine wahrscheinlich recht zeitraubende Kleinarbeit in der Säuberung Südfinnlands von den Agenten der Bolschewisten und von den Banden, die sich überall herumtreiben, sich aber kaum mehr zu einer geordneten Schlacht stellen werden. Diese Arbeit wird aber auch in einigen Wochen erledigt und damit die Ordnung in Finnland hergestellt sein.

Wir stehen dann vor der Frage: Was soll nun geschehen? Die bürgerliche Regierung Finnlands hat die deutsche Hilfe herbeigerufen, und Deutschland ist dem Rufe gefolgt in der Absicht, in einem Lande, das sowohl politisch als nördlicher Endpunkt der mitteleuropäischen Staatengruppe, wie wirtschaftlich als Absatzgebiet für deutsche Industrie und als Bezugsquelle für deutschen Holz-, Papier- und Butterbedarf nicht ohne Wert ist, eine deutschen Interessen entsprechende, aber auch den Finnländern selbst annehmbare und gerechte Ordnung herbeizuführen.

Wie soll Deutschland nun diese Frage richtig lösen? Es muß ihm lediglich darauf

Digitized by Google

ankommen, einen solchen Zustand in Finnland schaffen zu helfen, daß genügende Gewähr seiner Dauerhaftigkeit und allseitiger Zweckmäßigkeit geleistet wird. Die Erfahrungen, die Deutschland mit den „Wohltaten" in anderen Ländern des ehemaligen Zarenreiches hat machen müssen, sind nicht immer erfreulich gewesen und mahnen, diese neue Aufgabe mit um so größerer Sorgfalt und nach genauester Prüfung von Tatbestand, Zielen und Methoden anzufassen.

Seit deutsche Schiffe das Meer befahren, gibt es wohl kein Land, mit dem Deutschlands Beziehungen reger waren als mit den Ländern um die Ostsee.

Aus dem westfälischen Kloster Corvey wurde das Christentum nach dem Norden gebracht. Die Errungenschaften der deutschen Gelehrsamkeit wurden Gemeingut mit den Hochschulen Skandinaviens und Finnlands. Die Reformation Luthers schlug eine neue Brücke über die Ostsee. Ebenso Handel und Gewerbe. Wer macht sich noch heute einen Begriff von der Gemeinsamkeit des Wirtschaftlebens in den Städten der gesamten Ostseeküste? Um den einheimischen Bürgern auch einen Platz in den Ratsstuben der schwedischen und finnischen Städte zu bereiten, wurde einmal im 16. Jahrhundert eine Verordnung erlassen, daß die Magistrate nur zur Hälfte aus Deutschen bestehen dürften. Mit dem Rückgang der Hansa und dem nationalen Erwachen in Skandinavien wurden die deutsch-nordischen Handelsbeziehungen geschwächt. Die politische Verbindung blieb aber weiter bestehen. Erst mit der Abtretung Wismars von Schweden (1901) und der Loslösung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark hat sich die politische Trennung zwischen Deutschland und den nordischen Staaten restlos vollzogen. Aber die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen blieben nicht nur bestehen, sondern erlebten nach der Reichseinigung ein neues Aufblühen.

Die deutsche Schiffahrtsstatistik weist für das Ostseegebiet einen Seeverkehr auf, der beinahe ein Drittel des gesamten deutschen Seeverkehrs beträgt. Der deutsche Handel mit den nordischen Ländern zeigt ein lebhaftes Steigen. Er hatte im Jahre 1913 einen Wert von 1316 Millionen Mark, ohne Beteiligung der baltischen Provinzen, erreicht. Allein mit Finnland betrug der Warenaustausch rund 150 Millionen Mark, etwa 50 Millionen Einfuhr, 100 Millionen Ausfuhr. Mehr zu beachten als diese absoluten Zahlen ist die Rapidität des Aufschwungs, der ohne künstliche Mittel, ohne erhebliche deutsche Finanzierung oder Unterstützung beinahe dieselbe Höhe erreicht hat wie der Handel mit der Türkei, wo doch das Erreichte zum großen Teil einer planmäßigen Förderung zu verdanken ist. Nur in den letzten fünf Friedensjahren ist der deutsche Handel mit Finnland im Wert um über 65 v. H., der mit der Türkei nur um 26,5 v. H. gestiegen. Dies geschah in einer Zeit von politischem Druck und daraus folgender begrenzter wirtschaftlicher Unternehmungsfähigkeit. Nachdem die Ostseeprovinzen voraussichtlich, zum mindesten wirtschaftlich, mit dem Deutschen Reiche zusammengehen werden, werden diese Beziehungen noch um ein Wesentliches steigen.

Digitized by Google

Nicht nur, daß der bisherige Handel zwischen Finnland und den Ostseeprovinzen der deutschen Handelsbilanz nunmehr zugute kommt, sondern Finnland ist den Deutschen durch die Verschiebung ihrer Grenzen bis an den Finnischen Meerbusen auch geographisch näher gerückt, zum Nachbar geworden. Um so mehr muß es den Deutschen daran liegen, daß die Mission, die sie in diesem Lande auszuführen haben, richtig aufgefaßt und ausgeführt wird.

Die Ereignisse in Rußland und Finnland kamen für die schwedische Regierung etwas überraschend. Sie hatte ihre Politik auf eine Verständigung mit den freisinnigen Elementen Rußlands eingestellt. Den bürgerlichen Parteien und den gemäßigten Sozialisten in Rußland wurde aber der Boden unter den Füßen entzogen. Die Revolution brachte gewaltsame Alleszerstörer an die Macht. Finnland setzte seine Trennung vom Russischen Reiche durch. Auf diese Entwicklung der Dinge waren die schwedischen Linksparteien nicht vorbereitet und konnten sich nicht entschließen, zur Wiederherstellung der Ordnung in Finnland mitzuwirken. Es entstand dadurch eine gewisse Verstimmung zwischen den bürgerlichen Parteien in Finnland und der schwedischen Regierung. Dazu trug noch der Umstand bei, daß durch diese unerwartete Wendung der von der Entente erwartete Freundschaftslohn, die Alandsinseln, den Schweden verloren ging. Diese Verstimmung wird aber reichlich aufgewogen durch die lebhafte Sympathie der weitesten Kreise des schwedischen Volkes und durch die den Finnländern gewährte private Unterstützung durch Beteiligung schwedischer Offiziere und Mannschaften an den Befreiungskämpfen: ein deutlicher Beweis der von allen parteipolitischen Rücksichten unbeeinflußten festen Bande zwischen den beiden nordischen Völkern. So ist auch anzunehmen, daß die gegenwärtige Spannung bald nachlassen wird und die natürlichen freundnachbarlichen Beziehungen wieder belebt werden. Erst dadurch wird Finnland seine richtige Stellung in der nordischen Politik einnehmen, durch die der Lage an der Ostsee die nötige feste Einheitlichkeit und Dauerhaftigkeit verliehen wird. Es bestehen keine außerpolitischen oder wirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen den Ostseeländern. Im Gegenteil: betrachtet man die Verhältnisse objektiv, ohne parteipolitische Voreingenommenheit, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: den tieferen, von gelegentlichen Einflüssen der Tagesströmungen und der inneren Parteikämpfe unabhängigen Gesetzen der Geschichte folgend, muß die Entwicklung im Norden zu einem Zusammenschluß führen.

Fraglos liegt eine Schwierigkeit der nordischen Einigung in den innerpolitischen Parteigegensätzen. Diese haben eine solche Zuspitzung erreicht, daß sie zur entgegengesetzten außerpolitischen Stellungnahme der Parteien führten. In Finnland wird das politische Leben jedoch nicht durch denselben weitgehenden Individualismus gekennzeichnet, vor dem das Gesamtheitsinteresse des Staates in den übrigen nordischen Ländern in so hohem Grade zurücktreten muß. In der Verteidigung seines nationalen Daseins war das finnische Volk gewungen, das Einigende zu suchen und

Digitized by Google

das Trennende zu vermeiden. Daher ist auch das politische Programm der bürgerlichen Kreise verhältnismäßig einheitlich. Bei der Beurteilung der politischen Verhältnisse des Landes ist aber der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Sozialdemokraten die stärkste Partei des Landes bilden. In der vorletzten Wahlperiode hatten sie 101 Sitze von 200 im Landtage besetzt, in der letzten 98. Die Mitgliederzahl der Arbeitervereine zeigte gleichfalls in den letzten Jahren eine Neigung zum Rückgang. Es ist auch damit zu rechnen, daß das blutige Gewaltregiment der Roten Garde und ihr Zusammengehen mit dem der Masse des Volkes tief verhaßten Rußland dazu beitragen werden, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei noch weiter zu verringern. Immerhin bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß die Partei ein mächtiger Faktor im politischen Leben Finnlands bildet, ein Faktor, mit dem man nolens volens rechnen muß.

Die Aufmerksamkeit der Finnländer war in den letzten Jahrzehnten auf den Selbständigkeitskampf gerichtet, und die Regierung des Landes, vom Zaren eingesetzt zur Wahrung der russischen Interessen gegen die finnländischen Bestrebungen, war weit davon entfernt, für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu sorgen oder das Wirtschaftsleben zu leiten. So ist es zu erklären, daß eine maßvolle, staatserhaltende Initiative zur Hebung der sozialen Harmonie nicht rechtzeitig einsetzen konnte. Als der Weltkrieg ausbrach, richteten sich die Blicke aller nach Deutschland. Von dort sollte die Hilfe kommen. Man bereitete sich für den Kampf vor und wartete auf den richtigen Augenblick, um zu den Waffen zu greifen. Die Erbitterung zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten war allerdings so groß, daß die sozialdemokratische Parteileitung als solche sich von offiziellem Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Freiheitsorganisation fernhielt. Aber grundsätzlich war sie mit den Vorbereitungen einverstanden. Einzelne Sozialisten schlossen sich auch anstandslos der Bewegung an, und die finnländische Freiheitstruppe wurde ohne Unterschied aus bürgerlichen wie aus sozialdemokratischen Kreisen rekrutiert.

Im Sommer 1915 hatte ich eine Besprechung mit dem Auslandssekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Er war eigens zu diesem Zwecke nach Berlin gekommen und zeigte großes Verständnis für die Selbständigkeitspläne und die deutsche Orientierung der finnländischen Freiheitsbewegung. Das Ergebnis unserer Besprechung war, daß er sich bereit erklärte, für den Anschluß der Partei an die von den finnländischen Kreisen in Berlin ausgehende Bewegung zu wirken, obwohl er es in dem damaligen Stadium noch nicht für möglich hielt, mit den bürgerlichen Organen der Freiheitsbewegung in Finnland an den Vorbereitungsarbeiten teilzunehmen. Er war aber auch mit dem ihm unterbreiteten Programm grundsätzlich einverstanden: Er sah die Notwendigkeit ein, in Finnland, zur Bewältigung der inneren Disharmonie, einen modernen und festen Ausbau des Staatsprinzips unter monarchischem System einzuführen und stellte die Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei an der Aus-

Digitized by Google

gestaltung des neuen Staates in Aussicht. Es sollte dabei auch für die Rechte der Arbeiterklasse und für die Regelung des Wirtschaftslebens durch eine soziale Reformgesetzgebung nach deutschem Muster gesorgt werden. Wir trennten uns, glaube ich, beide in der Hoffnung auf die Möglichkeit einer nationalen Einigung des finnischen Volkes. Es kam aber anders. Die Arbeit auf einen Ausgleich zwischen den Parteien wurde durch dazwischentretende Kräfte gehindert, und jener Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist mit den übrigen in das rote Lager getrieben worden. Das Mißtrauen und die Erbitterung wuchsen zum blutigen Kampfe aus, entfesselt und geleitet von raubluſtigen, zügellosen Banden.

Meine Überzeugung ist aber, daß der Bürgerkrieg in Finnland nicht als ein Kampf der Sozialdemokratie gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufzufassen ist. Hinter dem tief bedauerlichen Schauspiel steckt lediglich die russische Macht- und Ländergier, die sich bei den Bolschewisten ebensowenig leugnen kann wie sonst bei einem Moskowiter. Und England ist der Kapellmeister, der das Ganze dirigiert. Es ist kaum anzunehmen, daß die verantwortlichen Führer der sozialdemokratischen Partei in Finnland damit einverstanden sind, was geschehen ist. Vielmehr sind sie anscheinend teils mit Gewalt gezwungen, von einer mäßigeren Politik abzusehen; teils sind sie vielleicht auch mit den gewalttätigen „Roten" gegangen, um die Leitung nicht aus den Händen geben zu müssen — wie es so oft in demokratischen Organisationen zu geschehen pflegt. Sobald diese Voraussetzungen wegfallen, wird die parlamentarische Parteiorganisation wahrscheinlich wünschen, einen Standpunkt einnehmen zu können, der am nächsten dem mit dem Auslandssekretär der Partei seinerzeit in Berlin vereinbarten Programm entspricht. Dies würde, soweit ich die Verhältnisse beurteilen kann, auch mit ihrer wahren Überzeugung übereinstimmen. Aber ein solches Verhalten wird auch von der Klugheit im Parteiinteresse diktiert sein. Die sozialdemokratische Partei in Finnland besteht zu sehr großem Teil aus Agrarsozialisten, rekrutiert unter der nicht grundbesitzenden Landbevölkerung. Ihre Wünsche und Bedürfnisse haben aber wenig Gemeinsames mit denen der Industriesozialisten. Eine Agrarreform, die auf jeden Fall kommen wird, wird zweifelsohne einen erheblichen Teil der Landbevölkerung, die im Grunde loyal und konservativ ist, wie überall, dem radikalen Sozialismus abwenden. Das wird besonders in Nordfinnland eintreffen: da ist der Großgrundbesitz unbekannt und die Bevölkerung stark von nationalem Geiste durchdrungen. Auch im ganzen übrigen Finnland wird den „roten" Blutsmonaten eine allgemeine Reaktion folgen. Zu erhoffen wäre, daß diese Wendung der Dinge den Weg zu einer Versöhnung und Verständigung der Parteien führen würde. Die gegenseitige Erbitterung und das Mißtrauen sind aber groß, vielleicht stärker als der Wunsch nach Versöhnung. Das ist verständlich, wenn einmal Blut geflossen ist. Die Bürgerlichen haben deutsche Hilfe herbeigezogen, die Roten werden von Bolschewisten und Engländern geschürt und unterstützt. Soll nun dieser Zustand sozusagen

Digitized by Google

Gewehr-bei-Fuß fortbestehen bleiben? Durch weiteres Hadern würde die ruhige Entwicklung Finnlands, sogar seine Selbständigkeit gefährdet sein. Dadurch würden aber auch die Vorteile, die für Deutschland durch einen selbständigen finnländischen Staat entstehen, vereitelt.

Wenn nun die nach dem Bürgerkriege noch erregten Parteien es nicht vermögen, in Aufrichtigkeit eine Annäherung zu suchen, muß eine solche von einem Dritten, einem Vermittler, herbeigeführt werden, der außerhalb und oberhalb des Streites steht. Deutsche Truppen befinden sich noch im Lande. Binnen kurzem werden sie die äußere Ordnung aufgerichtet haben. Die Organisation der finnländischen Freiheitsbewegung hat von seinem ersten Stadium her deutschen Rat und deutsche Unterstützung für ihre Sache gesucht und gefunden. Die Voraussehenden unter den finnländischen Politikern haben auf ein enges Zusammengehen mit Deutschland gebaut und haben sich von diesem Standpunkt weder durch finnländische Parteieinflüsse abbringen lassen, noch durch Enttäuschungen und Schwierigkeiten, die ihren Bestrebungen durch Mangel an Verständnis und durch das immer wieder auftauchende Gespenst der ängstlichen Rücksicht gegen Rußland von deutscher Seite bereitet wurden. Sie erwarten auch jetzt, daß der deutsche Einfluß in Finnland, der in diesem Augenblick unbegrenzt ist, dazu dienen soll, nicht nur die äußere Ordnung herzustellen, sondern auch auf dem Wege der Überzeugung einen maßvollen, gerechten Ausgleich zwischen den im sozialen Kampfe erbitterten Parteien anzubahnen. Nur durch einen solchen Ausgleich kann das Leben in Finnland erträglich werden, nur durch ein schlichtendes, versöhnendes Auftreten kann das deutsche Interesse und die deutsche Autorität in Finnland gewahrt werden. So wird auch dem Antagonismns der Linksparteien in Schweden die Spitze abgebrochen. Vorurteilslos und offen, aufrichtig wohlwollend, aber fest werden die Deutschen hier das Ziel erreichen.

Die Neugestaltung des auswärtigen Dienstes

Von * * *

Im Mittelpunkte aller Bestrebungen nach einer Reform der Verwaltung steht — oder sollte stehen — die Reform der Reichsverwaltung. Die Reichsverwaltung ist seit den Tagen Bismarcks einer wesentlichen Umgestaltung nicht unterzogen worden. Sie ist trotz der Abtrennung einzelner Abteilungen verschiedener Ressorts und ihrer Ausgestaltung zu selbständigen Amtern im inneren Wesen geblieben, wie sie von Bismarck geschaffen und auf seine gewaltige Persönlichkeit und die Zeitverhältnisse der Bismarckschen Kanzlerschaft zugeschnitten war. Gerade weil der Reichsgedanke sich immer mehr durchgesetzt und dazu geführt hat, daß die Bearbeitung der wirklich großen Aufgaben in erster Linie der Reichsverwaltung zufallen, haben die Nachfolger Bismarcks in dem Übermaß inner- und außerpolitischer, vor allem aber auch wirt-

Digitized by Google

schaftlicher Probleme keine Zeit gefunden, an eine systematische Reform der Verwaltung entschlossen heranzutreten. Auch während des Krieges ist hierin kein Wandel eingetreten. Nur die Neugestaltung des Auswärtigen Amts hat sich allmählich infolge des Unwillens über unsere Diplomaten — der übrigens trotz aller entschuldbaren und unentschuldbaren Mißgriffe in dieser Verallgemeinerung unberechtigt ist und sich mehr gegen das System als gegen die Personen richten sollte — zu einer nationalen Forderung ausgewachsen.

I.

Der Zweck der auswärtigen Vertretung und ihrer zentralen Organisation im Auswärtigen Amt ist die Vertretung der deutschen Interessen gegenüber dem Ausland in allen ihren verschiedenen Formen und Anwendungen und auf allen Gebieten. Diese Vertretung bedeutet im Verhältnis zum Ausland in letzter Linie die Durchsetzung eines einheitlichen Machtwillens, der die aus den Beziehungen des Reichs und seiner Angehörigen zu den fremden Staaten sich ergebenden Bedürfnisse und Forderungen in einer geschlossenen Linie zusammenfaßt. Die vielfach übliche Trennung der Aufgaben des Auswärtigen Amts in rein politische, wirtschafts- und rechtspolitische Fragen, eine Trennung, die in der Scheidung zwischen dem diplomatischen und dem konsularischen Berufe zum Ausdruck kommt und sich auch in der Organisation des Auswärtigen Amts und in der Behandlung der Sachen widerspiegelt, mag eine dogmatisch wertvolle Unterscheidung sein. In der praktischen Politik sind die drei Gruppen miteinander so eng verwachsen, daß eine solche Unterscheidung als Ausgangspunkt für Reformvorschläge nur zu Irrtümern führen kann. Die Vertretung der deutschen Interessen einem bestimmten Lande gegenüber ist nur auf Grund eines einheitlichen Programms möglich, welches politische, handelspolitische und rechtspolitische Fragen miteinander in untrennbaren Zusammenhang setzt, die einen nicht ohne die anderen löst, sie gegenseitig zu stärkender Unterstützung des Gesamtinteresses verwendet und etwa notwendig werdende Konzessionen auf dem einen Gebiete nur unter Berücksichtigung der Rückwirkung auf das andere zuläßt.

Mit diesem Grundprinzip steht die gegenwärtige Einteilung des Auswärtigen Amts in Widerspruch. Sie sieht, wenn man von der Personal- und der Nachrichtenabteilung absieht, drei Hauptabteilungen vor: eine politische, eine wirtschaftliche und eine Rechtsabteilung. Die Folge ist nicht eine Vereinigung durch Arbeitsteilung, sondern eine Loslösung durch Arbeitstrennung. Jede der drei Abteilungen, und damit naturgemäß auch die leitenden Beamten des Auswärtigen Amts, bekommen nur einen Teilausschnitt aus dem Gesamtbilde unserer Interessen gegenüber ein und demselben fremden Lande zu sehen. Vielfach weiß sogar die eine Abteilung nichts von dem, was in der anderen vorgeht, so daß sie sich oft wie fremde Ressorts gegenüberstehen. Selbst in gemeinschaftlichen Sitzungen mit anderen Reichsämtern, an denen zurzeit vielfach auch Außenstehende teilnehmen, sind die Abteilungen des Auswärtigen Amts ge-

Digitized by Google

legentlich verschieden orientiert und betreiben eine verschiedene Politik. Während die politische Abteilung für ein Entgegenkommen eintritt, ist die wirtschaftliche vielleicht geneigt, rücksichtslos vorzugehen, und umgekehrt. Die Meinungsverschiedenheit muß dann nachträglich ausgetragen werden. Ob dabei die Sache immer zu ihrem Rechte kommt und nicht vielmehr bei der Unvollkommenheit der menschlichen Natur mehr der persönliche Einfluß und die persönliche Zähigkeit einzelner Abteilungsleiter, kann dahingestellt bleiben.

Eine weitere Folge der Einteilung ist der Übelstand, daß es im Auswärtigen Amt fast keinem Lande gegenüber einen Mann gibt, der das Land wirklich genau kennt, der mit dem Verständnis für die außer- und innerpolitischen Fragen die Kenntnis der wirtschaftlichen und, was sich während des Krieges als noch wichtiger erwiesen hat, die der kulturellen und gefühlsmäßigen Werte verbindet. Hieraus erklärt sich unter anderem das völlige Versagen unserer Propaganda, die mit Erfolg nur betrieben werden kann, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhange mit der leitenden Machtidee aus der gründlichsten Beherrschung der gesamten Probleme und Kenntnis der Psyche des betreffenden Landes hervorgeht. Eine Nachrichtenabteilung, die selbständig neben den anderen Abteilungen steht, erstarrt in propagandistischer Technik. Eine Handelsabteilung, der infolge des mangelnden Zusammenhangs mit den politischen Fragen das Machtbewußtsein fehlt, ist zur Verknöcherung in vertragstechnischen Formulierungen verurteilt. Eine Rechtsabteilung, welche die Probleme vom rein juristischen Standpunkte aus ansieht, verfällt einem starren Doktrinarismus und dem Streben, die nach Ländern und Interessen verschiedenen Bedürfnisse und Forderungen in allgemein gültige Formen zu bringen. Auch kann bei diesem System die natürliche Verschiedenheit in der Befähigung und dem Machtwillen der Abteilungsleiter zu dem einseitigen Überwiegen einer bestimmten Weltauffassung, etwa der juristisch-formalen, führen, die den Situationen gegenüber den verschiedenen Ländern nicht gerecht wird und um so gefährlicher wird, je tüchtiger und befähigter die betreffende Persönlichkeit ist.

Der wichtigste Nachteil liegt auf psychologischem Gebiete. Dadurch, daß jede Abteilung nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtverhältnis zu dem fremden Lande zu sehen bekommt, fehlt es an einer einheitlichen, vorwärts treibenden Initiative. Da der Einfluß auf die Gestaltung unseres Verhältnisses zu dem betreffenden Lande innerhalb der einzelnen Abteilung und bei dem einzelnen Referenten gering ist, ist auch die Arbeitsfreude und die Mitwirkung an einem auf den Erfolg gestellten Mitarbeiten gering. Die Folge ist eine ängstliche Abschließung sowohl innerhalb des eigenen wie gegenüber den inneren Ressorts, um nicht das bißchen Einfluß, welches die Organisation gestattet, noch mit einem anderen teilen zu müssen (eine Abschließung, die geradezu grotesk wirkt, bei der die Dinge unter Vorenthaltung des Materials wie eine Geheimwissenschaft bearbeitet werden,) die Scheu vor Verantwortung, der

Digitized by Google

Mangel an Initiative, das Überwiegen von Bedenken gegen ein tatkräftiges Eingreifen, kurz, wie es ein geistreicher englischer Satiriker in der Kritik einer englischen Zentralbehörde formulierte, der Geist des „how not to do it". Dies alles, obwohl der Beamtenstab des Auswärtigen Amts und sein Ersatz zweifellos weder in der Spitzenleistung noch im Durchschnitt der Begabung hinter dem der anderen Zentralbehörden zurückbleibt, ja ihn vielleicht durch die breitere Basis, welche ein weitgehendes Heranziehen von Beamten sämtlicher Bundesstaaten gewährt, noch übertrifft.

Von diesem Ausgangspunkte aus ergeben sich die Vorschläge für eine Neugestaltung des Auswärtigen Amts von selbst. Das Amt muß in Abteilungen nach Ländern, oder vielmehr nach Ländergruppen, zerlegt werden, in denen sich die sämtlichen Aufgaben für die Vertretung deutscher Interessen gegenüber einem fremden Lande unter den für die verschiedenen Länder oder Ländergruppen bestellten Abteilungsleitern konzentrieren. An die Spitze dieser Abteilungen gehören Persönlichkeiten, nicht Nur-Fachmänner. Dadurch, daß alles durch den Leiter der Abteilung geht, ergibt sich im Verhältnis zu dem fremden Lande die Einheitlichkeit der Bearbeitung aller Fragen auf rein politischem, wirtschaftspolitischem und rechtspolitischem Gebiete, auf dem der Propaganda usw. mit Naturnotwendigkeit. Die Einheitlichkeit der Bearbeitung unter einer fähigen Persönlichkeit wird die wesentliche Voraussetzung für eine einheitliche Politik überhaupt schaffen und damit auf Klarheit der Ziele in unserer Politik — deren Mangel die eigentliche Urzelle des Versagens unseres Auswärtigen Amts bildet — automatisch hinwirken. Die fachmännische Schulung, die für die Bearbeitung der einzelnen Probleme notwendig und in den Referenten verkörpert ist, wird durch diese Einteilung in den Dienst des Gesamtinteresses gestellt. Dabei wird auch den einzelnen Referenten durch Korreferate, gegenseitige Vertretung und möglichst freie Verwendung in verschiedenen Referaten die Möglichkeit eines Überblicks oder zum mindesten Einblicks in die Gesamtbeziehungen zu dem betreffenden fremden Lande gegeben werden können. Das Bedürfnis zu einheitlicher Inangriffnahme einzelner Grundfragen läßt sich durch die Einrichtung von Generalreferaten für wirtschaftliche, Propaganda- usw. Fragen decken. Die Übertragung des Prinzips auf die Ausbildung der für den auswärtigen Dienst bestimmten Beamten — unter Vereinheitlichung der Karriere der Diplomaten und Konsularbeamten und stärkerer Betonung der an Bedeutung überwiegenden Schulung in wirtschaftlichen Dingen — wird die Mängel in der Ausbildung unserer Diplomaten ebenso wie das Überwiegen der rein formaljuristischen Schulung unserer Konsularbeamten allmählich beseitigen und eine stärkere Initiative, den Geist „how do to it", herbeiführen. Die Freude des einzelnen an der Möglichkeit zu positiven Gestalten und dann auch an den damit verbundenen Erfolgen wird sich dann bis zum jüngsten Anwärter fortpflanzen.

Die straffe Zentralisierung der die einzelnen oder Ländergruppen betreffenden Probleme sowie die Vereinheitlichung der Fortbildung und Karriere führt von

Digitized by Google

selbst zu der Forderung einer schärferen Zentralisierung der im Ausland befindlichen Vertretungen. Zurzeit stehen die diplomatischen (Botschafter, Gesandter) und konsularischen Vertreter selbständig neben einander. Der deutsche Botschafter ist im Gegensatz zu der Regelung in andern Ländern nicht Vorgesetzter der Konsulate. Infolgedessen wächst sich, zumal bei der Verschiedenheit der sozialen Stellung, dem Mangel innerer Berührungspunkte, das Verhältnis zwischen beiden Organen vielfach zu offenem Gegensatz aus. Daher rühren dann die berühmten Privatbriefe von beiden Seiten, bei denen die persönliche Beziehung den Ausschlag gibt. Am gefährlichsten können dabei die der Konsuln werden, wenn sie sich mit der sogenannten hohen Politik befassen. Denn Machtfragen sehen sich recht verschieden an, je nachdem man ihnen als unbeteiligter Kritiker, also ohne Verantwortung, gegenübersteht, oder ob man sie unter dem Druck zum Teil überaus schwieriger Verhältnisse in verantwortlicher Stellung selbst gestalten muß. Umgekehrt schließen sich die leitenden diplomatischen Beamten im Ausland, sehr oft weniger aus Hochmut oder bösem Willen, als aus Mangel an Verständnis für die Zusammenhänge mit den wirtschaftlichen und rechtspolitischen Fragen, von den Konsularbehörden so ab, daß letzteren die Möglichkeit gedeihlichen Mitarbeitens genommen und ihre Sachkunde ausgeschaltet wird. Die während des Krieges erfolgte Anweisung an die Konsulate, sich den Anordnungen der Botschafter zu fügen, hat, da die organischen Voraussetzungen eines gedeihlichen Zusammenarbeitens fehlten, die schweren Nachteile gerade während einer Zeit, wo wir auf unsere Auslandvertretungen am meisten angewiesen waren, nicht mehr zu beseitigen vermocht. Der mit dem vorgeschlagenen Systemwechsel von selbst eintretende Wandel hierin muß unterstützt werden durch eine grundsätzliche, auch in Friedenszeiten gültige Zusammenfassung der gesamten deutschen Vertretung in den einzelnen Ländern des Auslands zu einem geschlossenen Beamtenorganismus unter einer einheitlichen Spitze. Dabei kann es notwendig werden, der Botschaft einen wirtschaftlich geschulten Fachmann einzugliedern. Denn nach diesem Kriege werden die wirtschaftlichen Fragen auf lange Zeit hinaus alles andere überragen. Der Wiederaufbau unseres Auslandhandels und unserer Außenwirtschaft wird Anforderungen an die deutschen Vertretungen stellen, infolge deren neben die früheren rein handelspolitischen Verhandlungen eine verstärkte, unmittelbare Förderung und Unterstützung der wirtschaftlichen Interessen unserer Landsleute im Ausland, eine zielbewußte wirtschaftliche Propaganda und eine systematische Berichterstattung nach einheitlichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Gesichtspunkten und Informationen treten wird. Für diese Aufgaben reichen Handelssachverständige bei den Konsulaten nicht aus. Ihre Sachkunde bedarf der Zusammenfassung und Verwertung und gleichzeitig der Anregung. Auch handelt es sich oft um Aufgaben, die ein der Botschaft zugehöriger Beamter schon wegen seiner sozialen Stellung besser erfüllen kann. Vor allem aber ist auch hier wieder der innere Zusammenhang mit

Digitized by Google

den anderen Interessengebieten entscheidend. Der Botschafter oder Gesandte wird diesen Anforderungen schon rein physisch nicht gewachsen sein, wenn nicht die Fühlungnahme mit den maßgebenden Regierungskreisen leiden soll. Von dieser Stelle der Botschaft muß in Zukunft auch die Propaganda ausgehen. Der Schwerpunkt der letzteren liegt im Wirtschaftlichen und von hier aus ist sie auch dem fremden Lande gegenüber am einwandfreiesten.

II.

Die Reform des Auswärtigen Amts wäre nicht vollständig, wenn mit ihr nicht eine Abgrenzung der Zuständigkeit des Auswärtigen Amts gegenüber den inneren Ressorts Hand in Hand ginge. Nur auf der Grundlage einer klaren Zuständigkeit kann etwas wirklich Gedeihliches geleistet werden. Der Mangel einer solchen Klarheit mindert das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen Ressortvertreters, steigert die Zuständigkeitskämpfe zu einem unverhältnismäßig hohem Kraftverbrauch in Kompetenzstreitigkeiten und lähmt ebenso wie eine unklare Einteilung innerhalb des Auswärtigen Amts selbst die Initiative der Ressorts sowohl wie ihrer Beamten. Die Zuständigkeitsfrage ist ein Problem, an dessen völlig ungenügender Lösung die gesamte Reichsverwaltung krankt. Das Auswärtige Amt hat zwar vor den anderen Ressorts voraus, daß es seine Zuständigkeit nicht auch noch mit den bundesstaatlichen Zentralbehörden zu teilen braucht. Aber auch durch sein Verhältnis zu den anderen Reichsressorts zieht sich wie ein roter Faden der Mangel einer klaren und sachlich richtig geordneten Abgrenzung, der sich um so fühlbarer macht, je tüchtiger die einzelnen Beamten der verschiedenen Ressorts und je mehr sie darauf bedacht sind, den von ihnen vertretenen Standpunkt durchzusetzen. Der gegenwärtige Zustand hat sich infolgedessen zu einem System der kollektiven Unfähigkeit bei individueller Tüchtigkeit ausgewachsen.

Auch die Lösung dieser Frage wird wesentlich erleichtert mit der allmählichen Aufteilung des Auswärtigen Amts in nach Ländergruppen geschlossene Abteilungen. Eine solche Aufteilung betont begrifflich und praktisch die Abgrenzung der beiderseitigen Aufgaben: die Aufgabe der inneren Ressorts, die aus den sachlichen Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft sich gegenüber dem Auslande ergebenden Forderungen festzustellen und dabei die fachliche Bearbeitung der Frage nach allen Richtungen hin und im Benehmen mit den beteiligten Kreisen zu erschöpfen, die Aufgabe des Auswärtigen Amts, die aus dem sachlichen Interesse hervorgewachsene Forderung der inneren Ressorts im Auslande durchzusetzen oder nach Maßgabe des Erreichbaren umzugestalten. Eine etwa notwendig werdende Vergrößerung des Beamtenapparats würde bei den inneren Ressorts einzusetzen haben. Das Auswärtige Amt ließe sich wesentlich verkleinern und würde gleichzeitig an Einfluß unendlich gewinnen. Die Beseitigung der wirtschaftlichen Abteilung im Auswärtigen Amt z. B. würde die Reibungsfläche mit den inneren Ressorts vermindern, die Möglichkeit beseitigen, daß die Interessenten ein Amt gegen das andere ausspielen, damit unsere

Digitized by Google

wirtschaftliche Schlagfertigkeit außerordentlich erhöhen und alle die bereits oben erwähnten günstigen psychologischen Nebenwirkungen sowohl im äußeren wie im inneren Dienste erzielen.

Eine logische Konsequenz wäre es freilich, daß dann auch die inneren Ressorts auf eine selbständige Vertretung im Ausland verzichten, letztere vielmehr ausschließlich dem Auswärtigen Amt überlassen und sich auf die Bereitstellung der erforderlichen Fachleute, aber unter völliger Unterordnung unter das Auswärtige Amt, beschränken. Es darf nicht dem Ausland das Schauspiel geboten werden, daß ein Marine- oder Militär-Attaché oder Wirtschaftskommissar eines inneren Ressorts eine andere Politik betreibt als der Botschafter. Vielmehr werden diese Organe, ebenso wie die Generalkonsulate, bei denen wir vor dem Kriege dasselbe Schauspiel erlebt haben, dem Botschafter unterstellt werden müssen. Dadurch wird vor allem auch der Übelstand vermieden, daß auch hier wieder die ausländischen Interessenten und die ausländischen Regierungskreise einen Faktor gegen den anderen auszuspielen versuchen. Diese Frage hängt aber aufs engste mit der Reform der Reichsverwaltung überhaupt zusammen und wird erst dann ihre Lösung finden, wenn das gegenwärtige Stadium der Anarchie der Reichsbehörden durch eine zielbewußte Neugestaltung beseitigt wird und sich ein entschlossener und einheitlicher Reichswille, den man zurzeit vergebens sucht, in dem komplizierten Organismus der derzeitigen unzähligen zivilen und militärischen Reichsämter und Reichsdienststellen wieder durchsetzt.

Getränkesteuern und Branntweinkarten

Von Dr. B. Laquer, Wiesbaden

Der Eulenburgsche Aufsatz: Die neuen Steuervorschläge, in Nr. 17 bedarf in der Besprechung der Alkoholsteuern einer Ergänzung:

Die Behauptung, „daß wir auch späterhin im Frieden nicht zur alten Höhe unseres Alkohol-Verbrauchs zurückkehren werden; es fehlen dafür die notwendigen Stoffe", möchte ich unter Beweis zu stellen vorschlagen.

Bier wird aus Hopfen, Malz und Zucker hergestellt. Hopfen erzeugten wir in Deutschland in solchem Maße, daß wir 1912/13 fast zweimal mehr ausführten als einführten; letzteres aus Österreich-Ungarn; Malzgerste und Malz führten wir im wesentlichen auch aus Österreich-Ungarn ein; $^1/_5$ der Gerstenmengen aus Rußland und Dänemark; Rübenzucker werden wir zur Genüge erzeugen.

Nun der Branntwein und die Kartoffeln. Daß letztere, welche besonders die oberen Schichten im Kriege zu verzehren und zu schätzen lernten, auch im Frieden ihre Rolle als billigstes Volksernährungsmittel beibehalten werden und sollen, steht fest; umsomehr sollten wir es mit Freude begrüßen, daß es gelungen ist, mittels chemisch-technischer Methoden aus Kalzium-Karbid soviel Alkohol herzustellen als die bisher

Digitized by Google

aus Kartoffeln hergestellten Branntweinmengen darstellen, nämlich 2½ Millionen Hektoliter pro Jahr.

Nach Angabe von Skalweit in den Beiträgen zur Kriegswirtschaft sind in den letzten fünf Friedensjahren von einer Durchschnittsverbrauchsmenge von 23,30 Millionen Tonnen Kartoffeln 10½ Hundertteile gebrannt worden. Im Kartoffelverteilungsplan 1917/18 waren der Zivilbevölkerung, ausschließlich der Selbstversorger, 8,7 Millionen Tonnen zugemessen, den Brennereien 2,5 Millionen Tonnen. Unsere Ernährungsverhältnisse hätten also während des Krieges erheblich besser sein können. Kartoffelknappe und kartoffellose Wochen und Monate hätten uns erspart bleiben können, wenn die chemisch-technische Alkoholerzeugung in Deutschland nicht durch unsere Branntweinsteuergesetzgebung in ihrer Entwickelung so stark behindert gewesen wäre. Als Lehre aus diesen Kriegsnöten muß bestehen bleiben, daß keine künstlichen Schranken gegen die chemisch-technische Spiritusgewinnung aufgerichtet werden dürfen; denn auf lange Jahre nach dem Krieg werden wir auf die eigene Erzeugung an Nahrungsmitteln angewiesen sein, und was wir bei der Einfuhr an Futtermitteln aus dem Ausland ersparen, wird am Nationalvermögen erspart und bessert unsere Valuta.

In der Begründung des neuen Branntweinmonopolentwurfs findet sich folgender Leitsatz:

„Die uneingeschränkte Zulassung der Verarbeitung dieser Rohstoffe (Ablaugen von Zellstofffabrikaten, Holz und Kalzium-Karbid) zu Branntwein würde den für die Ertragsfähigkeit umfangreichen Ackerbodens so wichtigen landwirtschaftlichen Brennereigewerben in empfindlichster Weise Abbruch tun." Das berühmte Schlagwort von der Schlempe, das bei jeder Branntweinsteuergesetzgebung eine Rolle spielt, stellt sich auch jetzt sofort ein.

Gewiß ist die Schlempe ein wichtiges Futtermittel. Aber niemand wird bestreiten können, daß die unverbrannte Kartoffel einen höheren Futterwert hat. An Stelle der Brennerei muß die Kartoffeltrocknerei treten, um den Überschuß der Kartoffeln vor Verderben zu hüten und ihn für die Ernährung von Menschen und Tieren sicher zu stellen.

Daß das Branntweinmonopol als eine den Branntweinverbrauch stark einschränkende Maßnahme wirken wird, ist ein Segen für das deutsche Volk und seine hygienische Wiederaufrichtung; das lobt auch Eulenburg an dem Entwurf. Der alte Gladstone sagte einmal im Unterhaus: „Wenn unsere Alkoholsteuern den Verbrauch so verminderten, daß ihre Erträge gleich Null werden sollten, so werde ich dies als ihre stärkste Wirkung preisen und mir die Steuern anderswoher hereinholen." Friedrich Wilhelm IV. hob kurzerhand 1841 die Brennereien sämtlicher preußischer Domänen auf.

Die mittelbare Belastung unseres Staatshaushalts durch Branntweinwirkung schätzte ich gelegentlich auf 100 Millionen Mark jährlich. Jens hat in der Beantwor-

Digitized by Google

tung der „Umschau"-Preisfrage: Was kosten die schlechten Rassenelemente den Staa und die Gesellschaft? die Belastung des Hamburgischen Staates auf 15½ Millionen Mark jährlich angesetzt. H. Popert berechnet für 1901 die durch Alkoholmißbrauch verursachten Ausgaben Hamburgs auf eine Million Mark jährlich. In Alkohol stecken noch viele Möglichkeiten, den Haushalt von Reich, Staat und Stadt durch Minderung von Ausgaben, aber ebenso durch Vermehrung von Einnahmen zu entlasten.

Eulenburg fordert als Losung für den Frieden: „Arbeiten und sparen."

Unsere Städte vermögen der durch den Krieg drohenden Überschuldung nur durch weitere Verstadtlichung von Betrieben entgegenzuwirken. Ein Gebiet, im Ausland viel betreten, wurde in Deutschland bislang von der Steuer- und Sozialpolitik unserer Gemeinden fast völlig vernachlässigt; es ist dies die Übernahme des gesamten Branntweinverschleißes in städtische Verwaltung.

Franz Adickes wies bereits 1903 auf dem ersten deutschen Städtetag in Dresden auf die Bedeutung dieser Frage hin. Heute liegen die Bedingungen, sie zu lösen, aus verschiedenen Gründen günstig. Unsere Gemeinden haben im Kriege die Verteilung und den Verkauf von Lebensmitteln so rasch gelernt und so gründlich geübt, daß das Verfahren der Brauntweinverteilung in städtischen Wirtschaften an die Verbraucher wirklich nur einen tatkräftigen Entschluß seitens Reich und Gemeinden erfordert. Es kommt hinzu, daß dieser Weg, welchen man nach schwedischem Vorbild auch als „Gotenburger System" bezeichnet (G. S.), den Städten vgl. o. e. mittelbar große Armen-, Waisen-, Krankenhaus- und Unfall-Ausgaben, dem Reich die Lasten der Gerichtsbarkeit, der Gefängnisse, der Irrenhäuser, der Unfall- und Invaliditätsversicherung usw. mindert; in den vierzig Jahren von 1874/1914 ging in Gotenburg der Branntweinverbrauch von 22,21 Liter (50%) per Kopf und Jahr auf 4,32 Liter (50%) zurück. Die Zahl der Branntwein-Verkaufsstellen fiel derartig, daß 1875 je eine auf 2400 Personen, 1914 je eine auf 11 860 Personen kam.

Das G. S. saniert die Branntweinplage; es schließt die privatwirtschaftlichen Nutzungen am Branntweinverkauf völlig aus, es nimmt von unseren Stadtverwaltungen vor allem das vielbescholtene und übel beleumundete Kreuz der Schankkonzessions- und der sogenannten Bedürfnisfrage, wenigstens für die Branntwein-Schankerlaubnis. In den letzten Jahren vor dem Kriege — 1913/1914 — wurde das G. S. sozialtechnisch durch Einführung von Branntweinkarten weiter ausgebildet. Einem Stockholmer Arzt, Dr. Ivo Brat, gebührt das Verdienst. Das Neue und Interessante an seiner Reform ist die Einführung von Branntweinkarten für die Verbraucher, die Rationiernng des Schnapses auf alle Einwohner Stockholms und die Einziehung der Karten bei jenen, welche durch Erkrankung an Delirium oder durch Bestrafung wegen Trunksuchtvergehen oder Verbrechen der Zuerteilung der Karte in öffentlichem Interesse sich unwürdig erwiesen haben. Die Zahl der Branntweindeliranten in den städtischen Krankenhäusern Stockholms sank von 623 (i. J. 1913) auf 459 i. J. 1914,

Digitized by Google

362 i. J. 1915, 418 i. J. 1916. Auf 1000 Erkrankungsfälle kommen in Stockholm Alkoholismusfälle

1913: 24
1914: 14
1915: 8
1916: 7.

Die Zahl der wegen Trunkheitsvergehen Verhafteten sank von

1913 bis 17 696
1914 „ 11 878
1915 „ 11 323
1916 „ 9877

Der Verbrauch des Branntweins fiel nach Einführung der o. e. „Karten" pro Kopf und Jahr um 22 Liter. Die Zahl der Verhaftungen wegen Trunkenheit sank von 15 500 auf 11 800. Die gemeinnützigen Gesellschaften führten an Staat, Städte und Landgemeinden im Jahre 1912 20 Mill. Mark ab; im Verhältnis zu der Einwohnerzahl Schwedens 5½ Mill., würde dieses Branntweinverschleißmonopol für das Deutsche Reich und seine Gemeinden 240 Mill. Mark per Jahr abwerfen. Fürst Bismarck hat schon in seinem Branntweinmonopolgesetz (1886) 70000 staatlich angestellte Branntweinverschleißer vorgeschlagen — leider vergeblich.

Der Staat hat mit Fug und Recht Tausende von Betrieben mit Millionen von Leitern, Angestellten, Arbeitern im öffentlichen Interesse stillgelegt. Sollten unsere großen Gemeindeverwaltungen nicht den gleichen Mut haben, ihre Geldverhältnisse zu gesunden und Millionen von Menschen vor Verarmung und Erkrankung zu bewahren? Hier gilt es einmal die nur verderbenbringende Privatwirtschaft durch nur segenstiftende Gemeinwirtschaft zu ersetzen.

Das Petroleumabkommen mit Rumänien

Während Österreich-Ungarn und Bulgarien durch territoriale Abtretungen im Friedensvertrag von Bukarest sich schadlos halten, kamen für Deutschland von vornherein nur wirtschaftliche Abmachungen in Betracht. In erster Linie handelt es sich dabei um das Petroleum, woran Rumänien einen gewaltigen Überschuß, Deutschland aber einen empfindlichen Mangel hat. Zahlenmäßig liegen die Dinge so, daß Deutschland im letzten Friedensjahr einen Inlandverbrauch an Leuchtöl, Gasöl, Schmieröl und Benzin von insgesamt 1,40 Millionen Tonnen hatte, wovon nur etwa 7 Prozent aus der inländischen Produktion gedeckt wurden, während umgekehrt Rumänien eine Rohölerzeugung von 1,90 Millionen Tonnen aufwies, wovon rund 1 Million für die Ausfuhr zur Verfügung standen. Für den flüchtigen Beobachter wäre also die Rechnung ganz einfach die, daß Rumänien künftig seinen gesamten

Digitized by Google

Ausfuhrüberschuß nach Deutschland liefern sollte, womit dann Deutschland annähernd seinen Bedarf würde decken können, besonders weil während des Krieges der deutsche Bedarf an Leuchtöl ganz scharf und zwar für immer gefallen ist, und gleichzeitig in Deutschland selbst die Förderung in ständiger Zunahme ist. Namentlich scheint die Gewinnung von schweren Ölen aus Steinkohle (Tieftemperaturteer) zu großen Hoffnungen zu berechtigen. Indessen liegt die Sache doch nicht ganz so einfach. Tatsache ist, daß Rumänien bis 1914 uns nur sehr geringe Mengen geliefert hat; nur 8 Prozent unseres Bedarf deckten wir von dorther, während über die Hälfte aus den Vereinigten Staaten kam. Das hängt mit den in Deutschland benötigten Sorten zusammen, aber auch mit der glänzenden Organisation der Amerikaner.

Das soll jetzt anders werden. Der Friede von Bukarest gibt den Deutschen ganz ungewöhnlich einschneidende Rechte in bezug auf die Gewinnung und den Handel mit rumänischem Petroleum. So lange der Krieg im Westen noch weitergeht, hat Deutschland sich von vornherein das Recht bedungen und selbstverständlich bedingen müssen, seinen Bedarf genau so zu decken wie während des Kriegszustandes. Gleichzeitig aber soll künftig die Erzeugung Rumäniens in noch viel größerem Maß durch deutsches Kapital gefördert werden. Schon vor dem Kriege hatten ja deutsche Gesellschaften das Hauptverdienst um die Aufschließung der Erdölquellen Rumäniens gehabt. Es waren vor allem zwei Gruppen, die der Deutschen Bank (Steaua Romana) und die der Diskontogesellschaft (Deutsche Erdölgesellschaft oder kurz Deag). Der wichtigste Punkt nun des Vertrages geht dahin, daß die sehr bedeutenden, bisher noch unvergebenen staatlichen Ölfelder in Rumänien an eine neue Gesellschaft verpachtet werden und zwar an eine Gesellschaft deutschen Rechtes, die Ölländereien-Pacht-G. m. b. H. Die Kapitalisierung dieser Gesellschaft ist recht eigenartig. Sie wird nämlich 10 Prozent Vorzugsaktien und 90 Prozent Stammaktien haben. Die 10 Prozent Vorzugsaktien erhält die deutsche Regierung und diese Vorzugsaktien werden mit 50fachem Stimmrecht ausgestattet. Die verbleibenden 90 Prozent des Kapitals bestehen aus Stammaktien und erhalten nur je eine Stimme, und zwar soll die Hälfte dieser Stammaktien deutschen Interessen vorbehalten bleiben, während je 25 Prozent an Österreich-Ungarn und an Rumänien entfallen. Die Beteiligung Rumäniens ist vorgesehen, um das Interesse des Landrs an der Gesellschaft einigermaßen wachzuhalten. Österreich-Ungarn hat seinen Anteil an der Gesellschaft unter der Begründung verlangt, daß es mitbeteiligt gewesen sei an der Niederwerfung Rumäniens. Ob dieser Grund stichhaltig ist, ob es notwendig war, Österreich-Ungarn in dieser Weise zu beteiligen, ist zweifelhaft. Die deutschen Unterhändler weisen darauf hin, daß sie besonders erfolgreich gearbeitet hätten, weil Österreich-Ungarn zunächst die Hälfte aller Petroleuminteressen verlangt habe. Die Frage, ob unser Bundesgenosse zu jenem Vorgehen berechtigt gewesen ist, ist darum naheliegend, weil er ja bisher in keiner Weise Petroleum eingeführt, sondern im Gegenteil solches aus Galizien ausgeführt hat.

Digitized by Google

Andererseits ist zuzugeben, daß wir einen Teil der rumänischen Ausfuhr auf der Donau durch österreichisch-ungarisches Gebiet leiten müssen, und ferner, daß die dortigen Raffinerien teilweise sich aus den rumänischen Rohölquellen speisen lassen wollen. Erwähnt sei noch, daß für die Übernahme der gewöhnlichen Anteile durch Deutschland u. a. eine sogenannte Hamburger Gruppe in Betracht kommt, hinter der die Herren Ballin und Stinnes stehen, die auf diese Weise sich ihren Heizölbedarf für die Schiffahrt sichern wollen. Wenn nun auf der einen Seite durch diese neue Gesellschaft die Erzeugung Rumäniens aller Voraussicht nach sehr erheblich in die Höhe geht und wir auf diese Weise mit einer stark erhöhten Zufuhr werden rechnen können, so sind auf der andern Seite die Interessen Rumäniens selbst eben mit dieser Gesellschaft in erheblichem Maße verknüpft; denn der Staat erhält, abgesehen von einem Viertel der Stammaktien, eine Beteiligung am Gewinn, die mit der Höhe der Dividende steigt und unter besonders günstigen Umständen 50 Prozent des Reinertrages beträgt. Daneben erhält der Staat eine Barabgabe für das geförderte Rohöl und zwar zunächst 8 Prozent des Marktwertes, und schließlich muß die Gesellschaft für die ersten 15 Jahre eine Bohrverpflichtung übernehmen, um auf diese Weise den Rumänen Sicherheit zu bieten, daß es den Deutschen mit der Förderung ernst ist.

Soweit die Vorkehrungen für eine Erhöhung der rumänischen Produktion. Wie aber soll der Verkauf des Öls erfolgen? Hierfür ist eine Art Handelsmonopolgesellschaft vorgesehen, die im Gegensatz zu der deutschen Produktionsgesellschaft rumänischen Rechtes sein soll, an der übrigen auch Österreich-Ungarn und Rumänien beteiligt werden. Diese Handelsgesellschaft erhält das alleinige Recht auf den Vertrieb und die Ausfuhr des gewonnenen Petroleums. Sie hat das Recht, die Preise festzusetzen, ihr ist ferner zugebilligt, mit Hilfe des rumänischen Staates sämtliche Beförderungsmittel und sogar die Raffinerien für ihre Zwecke nutzbar zu machen, kurzum Machtbefugnisse, die außerordentlich einschneidender Natur sind. Es ist nicht abzustreiten, daß diese Machtmittel derartig stark sind, daß sie unter Umständen zu einer bedenklichen Mißstimmung in Rumänien führen können. Das ist auch der Grund, warum man die Gesellschaft in rumänische Rechtsform gekleidet hat. Darüber hinaus aber ist es noch keineswegs sicher, ob diese Handelsgesellschaft tatsächlich in der jetzt vorgesehenen Form in Funktion treten wird. Der Friedensvertrag sieht nämlich vor, daß zwischen den vertragschließenden Staaten nachträglich Änderungen für das Handelsmonopol eintreten können, wie dieses einstweilen schon wegen der Fortdauer des Krieges im Westen gar nicht in Kraft treten kann. Diese Bestimmung legt die Vermutung nahe, daß das rumänische Petroleumabkommen noch keineswegs endgültig in allen Punkten festgelegt ist. Für diese Annahme sprechen auch andere Gründe. Bei der Abfassung des Vertrages sind nämlich die deutschen Interessenten, das sind also wie erwähnt vor allem die Gruppe Deutsche Bank (Steaua Romana) und die Gruppe Diskontogesellschaft (Deag), wenig gehört worden. Diese Gruppen

Digitized by Google

werden nun mit aller Gewalt versuchen, ihre Sonderinteressen geltend zu machen und in manchen Punkten auch gewichtige Argumente gegen die getroffenen Abmachungen ins Feld führen können. Vor allem werden sie sich darüber beschweren, daß sie bei den bisherigen Verhandlungen völlig ausgeschlossen wurden. Das mag u. a. geschehen sein, weil gerade auf dem Petroleumgebiet die Interessenten es von jeher verstanden haben, ihre eigenen Vorteile für die der Gesamtheit auszugeben. Alles das macht es unmöglich, jetzt schon mit eindeutiger Klarheit sagen zu können, ob die wichtigen Petroleumabmachungen mit Rumänien für uns glücklich sind oder nicht.

Severus Linter

Brief an die „Deutsche Politik“

Die Not der Zivilgefangenen in Rußland

Die stark verminderte Kaufkraft des Rubels im Rußland hat nicht nur eine Teuerung hervorgerufen, mit welcher die bewilligten Unterstützungsgelder für die deutschen Zivilgefangenen nicht mehr Schritt halten können, sie hat auch vielerorts dazu geführt, daß der Produzent überhaupt keine Ware mehr gegen Geld verkaufen will. — Die Möglichkeit, Gelder an die Internierten gelangen zu lassen, ist derzeit äußerst gering: Seit Dezember 1917 übermittelt die russische Post keine Geldüberweisungen mehr; seit Januar 1918 ist die Tätigkeit der russischen Banken eingestellt; laut Mitteilung der Deutschen Bank vom Februar d. J. ist sie gegenwärtig nicht in der Lage, Geldbeträge nach Rußland zu überweisen.

Unter diesen Verhältnissen liegt die Gefahr vor, daß unsere Landsleute in Rußland ohne Geld und ohne Brot großer Not ausgesetzt sind.

Auf eine Hilfe von seiten der Bevölkerung ist auf Grund von Erfahrungen während meiner 3½ jährigen Gefangenschaft in Rußland nicht zu rechnen. Möglicherweise werden von den russischen Behörden die Kriegsgefangenen im Sinne der internationalen Abmachungen verpflegt; für die Zivilgefangenen, die zum Teil mit Frauen und Kindern meistens in kleinen Dörfern untergebracht sind, ist von russischer Seite nie gesorgt worden, und ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß dies inzwischen anders geworden ist.

Schnelle Hilfe dürfte auch in manchen der russischen Gouvernements die persönliche Sicherheit unserer Landsleute erheischen. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist ein Teil der Presse Rußlands neuerdings mit deutschfeindlichen Hetzartikeln hervorgetreten, die wie gewöhnlich ihren Einfluß auf die urteilslose große Masse des Volkes ausüben. Die Tatsache, daß wir offiziell mit Rußland den Frieden abgeschlossen haben, wird in einer Zeit, wie sie das revolutionär aufgewühlte Nachbarland durchlebt, bei dem Mangel an jeglicher durchgreifenden Autorität Exzesse nicht verhindern können, welche sich gegen Eigentum und Leben der Gefangenen richten würden. —

Daß unsre seit Jahren durch Sorgen und Entbehrungen aller Art physisch und psychisch zermürbten Landsleute in Rußland mit Sehnsucht der Erlösung aus der Gefangenschaft harren, daß sie jede Verzögerung ihrer endlichen Befreiung schwer empfinden, ist klar. Handelt es sich doch, mit wenigen Ausnahmen, um wackere, nach Art und Gesinnung gute Deutsche, deren Vaterlandsgefühl durch die ihres Volkstums wegen erduldeten Leiden nur inniger geworden ist. Manch einer von diesen hat sich, sofern er genügende Geldmittel dazu besaß, durch die Flucht aus der Gefangenschaft befreit; viele andere haben das Gleiche getan, meistens unter ernsten Gefahren für Leben und Gesundheit.

Digitized by Google

Man bedenke aber anderseits, wie schwer es gerade diejenigen empfinden, welche nicht von ihren Internierungsorten fortkönnen, wie streng bewachte Kriegsgefangene, oder Familienväter, die Frau und Kinder nicht den Gefahren einer Flucht aussetzen können, oder aber alle solche, denen die Geldmittel fehlen! Solange noch Krieg mit Rußland war, hat ein jeder, aus den Siegen unsrer Heere stets aufs neue Mut und Kraft schöpfend, tapfer ausgeharrt, allen Quälereien zum Trotz. Jetzt aber, nach Friedensschluß, in wachsender Not und Sorge, fern der Heimat und getrennt von den jahrelang entbehrten Lieben, in Gefangenschaft bleiben zu müssen, — das ist unerträglich hart.

Dabei handelt es sich bei der Erhaltung unsrer Landsleute und ihrer Rückbeförderung in die Heimat ebensowohl um eine Maßregel von staatlicher Wichtigkeit. Den Berufen und Kenntnissen nach stellt der weitaus größte Teil der in Rußland internierten Zivilgefangenen ein wertvolles Menschenmaterial dar, dessen Arbeit nach dem Kriege für das deutsche Erwerbsleben und besonders bei Wiedererrichtung von Handelsbeziehungen mit Rußland geradezu unentbehrlich sein wird.

Die Zivilgefangenen sollten jetzt schnellstens in ihre Heimat zurückgeschafft werden. Die nächsten Monate sind hierzu wegen der Möglichkeit des Abtransportes auf den nur kurze Zeit schiffbaren Flüssen Rußlands besonders günstig. —

Über den Empfang in der Heimat wird von vielen zurückkehrenden Deutschen geklagt. Beanstandet wird das rein Geschäftsmäßige beim Empfang, die mangelhafte Einrichtung gewisser Quarantäne-Stationen und die zum Schutze gegen Spionage getroffenen Anordnungen. Die letzteren werden, wenn man die Berechtigung auch anerkennt, von den Gutgesinnten um so schwerer empfunden, je herzlicher sie sich nach den vergangenen Leidensjahren auf die Heimat gefreut haben. Ich habe das Gefühl, daß alles leichter ertragen würde, wenn den Landsleuten gleich nach Überschreitung der Grenzen durch einen recht freundlichen Empfang im Sinne der Kabinetts-Order des Kaisers die Lage erleichtert und ihnen die Sorge für die nächste Zukunft wenigstens teilweise abgenommen würde. Zu letzterem Zwecke möchte ich anempfehlen: Verteilung an den Quarantäneplätzen von Kleidern, Wäsche, Geld, sowie Einrichtung daselbst des anscheinend noch in den Hauptstädten konzentrierten Wohnungs- und Stellennachweises. —

Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß die für aus dem Auslande heimkehrenden Deutschen gebräuchlichen Bezeichnungen „Rückwanderer", „Flüchtlinge", „Auslanddeutsche" vielfach als eine Art Degradation aufgefaßt werden, wenn das auch von den Behörden nicht beabsichtigt ist. Auf beruhigende Erklärungen ist von solchen „Auslanddeutschen" erwidert worden, daß beispielsweise bei Bewerbung um Stellungen eine Abweisung mit den Worten erfolgt sei: „Nein, Auslanddeutsche engagieren wir nicht." — Jedenfalls legt diese Klassifizierung der Deutschen, die im Auslande deutscher Kultur und Arbeit zu ehrenvoller Anerkennung mitverholfen haben, den Wunsch baldigster Abschaffung einer bei andern Völkern meines Wissens nicht vorkommenden Sonderstellung nahe, welche zum mindesten keine Vorzüge besitzt. —

Die aus dem Auslande heimkehrenden Deutschen befinden sich fast alle in schwerer Notlage. Ihnen ist, zufolge des zielbewußt auf vollständigen Ruin deutschen Handels und Gewerbes gerichteten Vorgehens unserer Feinde, alles zerstört und verloren, was sie durch jahrzehntelange fleißige Arbeit als ihr Lebenswerk geschaffen haben. Jeder von ihnen setzt seine Hoffnung auf die Hilfe des Vaterlands, das denn auch, in Würdigung der Lage, die Angelegenheit der Entschädigung in die bisher abgeschlossenen Friedensverträge aufgenommen hat. Über Art, Zeitpunkt und Umfang der Entschädigungen scheint indessen bei unseren Behörden Klarheit noch nicht zu bestehen; in gewissen Kreisen wird noch heute die Möglichkeit einer Befriedigung, ja sogar Berechtigung derartiger Entschädigungsansprüche aberkannt. Anderseits wird

Digitized by Google

bezweifelt, daß unsre bisherigen Feinde den vertraglich zuerkannten Schadenersatz bezahlen wollen oder können.

Das alles ist geeignet, unsern von solchen Verlusten betroffenen Landsleuten Unruhe zu bereiten. Wenn auch das Reichskommissariat alle Entschädigungsklagen entgegennimmt, so ist es doch bis jetzt nicht in die Lage versetzt, zu den zahlreichen Anfragen, ob und wann auf den Ersatz der Schäden zu rechnen ist, sich zu äußern. Dadurch bleibt ein jeder mit der ganzen Sorge für die Existenz und Zukunft seiner Person und seiner Familie belastet und zugleich in den weitaus meisten Fällen auf Unterstützungen oder Darlehen angewiesen. Das ist immerhin bitter, stellt die Betreffenden bei der heutigen Teuerung oft unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber und — — belastet unnötigerweise den Staat oder die Gemeinden.

Von Rußland dürfte unser Vaterland zurzeit an Pfändern wohl genügend in der Hand haben, um die grundsätzlich ausbedungene Bezahlung der den deutschen Zivil-Internierten verursachten Schäden durchsetzen zu können. Ich gebe zu bedenken, ob es nicht ebensowohl im Interesse von Staat und Gemeinden wie in dem der Geschädigten liegt, den letzteren sofort wenigstens einen Teil des angemeldeten Schadens zu vergüten. Dadurch würden viele solche Deutsche zunächst in die Lage versetzt, ohne Unterstützung und Darlehen ihren und ihrer Angehörigen Lebensunterhalt zu bestreiten, ferner — und das würde wiederum von tatsächlichem Wert auch für die Allgemeinheit sein — sich in ihren Berufen nutzbringend zu betätigen. —

In dem 3 Milliarden-Steuerprojekt ist vorgesehen, die im Auslande lebenden Deutschen für die nächsten fünf Jahre zu einer Steuerzahlung an das Reich heranzuziehen, eine Maßregel, welcher, selbst wenn sie für eine viel längere Dauer getroffen würde, kaum widersprochen werden dürfte, wenn sie mit einer Gegenleistung des Reiches verbunden würde, bestehend in dem absoluten Schutze deutschen Besitzes im Auslande und einer genügenden Rechtsvertretung durch die Konsulate. Dafür wird ein jeder gern Steuern bezahlen; mehr als das: im Bewußtsein, nicht wie früher auf Sand zu bauen, sondern gegen jeglichen Verlust durch Übergriffe fremder Nationen durch das Deutsche Reich geschützt zu sein, wird er mit besserem Mute und mit dem Gefühle der Sicherheit Kraft und Kapital im Auslande einsetzen zur Förderung vaterländischer Interessen.

E. Koch

Notizen

Die Lage in der Ukraine ist nach wie vor ziemlich undurchsichtig, und sie ist durch die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags keineswegs zu sehr viel größerer Klarheit gediehen; verwirrt erscheint sie vor allem durch die im offiziösen Feuilletonstil gehaltenen Artikel von allerhand Berichterstattern, die vorgestern noch Lyriker waren und heute halbamtliche Publizistik betreiben. Auf jeden Fall läßt sich die Lage, in der sich unsere Truppen im Augenblick dort befinden, staats- und völkerrechtlich auf keinen Begriff bringen. Die ist ein Vakuum. Sie wurden von einer Regierung gerufen, die wir zuerst anerkannt und dann verhaftet haben, mit der wir den Frieden zwar beschlossen, aber nicht abgeschlossen haben. Der Friede mit der Ukraine ist heute noch nicht ratifiziert, weil die im Zusatzvertrag vorgesehenen Warenlieferungen von beiden Teilen nicht eingehalten wurden. Die kleine Rada hat mehr versprochen, als sie leisten konnte, ähnliches gilt aber auch für unsere Unterhändler, denn die landwirtschaftlichen Geräte usf., die wir im Austausch geben sollen, sind auch nicht zur Stelle. Beide Teile erwarten vom Kontrahenten Verständnis für seine besonderen Schwierigkeiten; auf beiden Seiten erfahren durch Mißgriffe die tatsächlichen Schwierigkeiten noch ihre besondere Verschärfung. Wir müssen nun mit dem Hetmann und seiner Regierung den Frieden fertig machen, den wir mit dessen Antipoden eingeleitet haben; das wird gelingen, denn inzwischen

Digitized by Google

stehen unsere Truppen am Don, aber es ist noch völlig ungewiß, was für Meinungen die aus der großrussischen Verwaltung zum Teil hervorgegangenen neuen Männer über die künftige ukraininische Staatlichkeit haben. Das muß sich zeigen, wenn zwischen Moskau und Kiew die Friedensverhandlungen beginnen. Da alle Nachrichten aus Moskau fehlen, ist fraglich, wie weit die dortige Sowjetregierung gegenwärtig ein dauerhaftes Element der großrussischen Staatlichkeit darstellt. Ist der aktive Bolschewismus noch ungebrochen, dann wird die neue Regierung von Kiew durch die Umstände zu einer Betonung der ukrainischen Staatlichkeit zwangsläufig genötigt sein. Insofern kann der großrussische Bolschewismus uns im Augenblick unfreiwillige Sekundantendienste leisten, wobei freilich das unsichere Gefühl uns beschwert, daß im Auswärtigen Amt selber keine einhellige Klarheit über die gesamte Zukunftspolitik gegenüber Osteuropa vorhanden ist. Man kann nicht gleichzeitig das System der Abgliederung der großen westlichen und südlichen Randstaaten von Moskowien als ein Programm von langer Dauer betreiben und auf seine Tragfähigkeit bauen, indem man die Politik der weiten Sicht durch Verwaltungsmaßnahmen, die aus der vorübergehenden, wenn auch noch so drängenden Notlage sich empfehlen, durchkreuzt und psychologisch wenn nicht aufhebt, so doch gefährdet.

Die Kriegsschulden Europas. Einem von Alfred Neymarck vor der Pariser Statistischen Gesellschaft gehaltenen Vortrage entnimmt der „Economist" vom 30. März folgende Zahlenangaben: 1886 betrug die Gesamtsumme der Staatsschulden Europas 66 Milliarden Fr.; die militärischen Ausgaben Europas stiegen damals auf 4628 Millionen Fr. jährlich, hatten dann 1912 den Jahresbetrag von 10 Milliarden erreicht, während sie heute monatlich über 20 Milliarden übersteigen. 1885—87 hatte der Nominalbetrag der europäischen Staatsschulden die Zahl von 117 112 Millionen Fr. erreicht, und Zinsen und Tilgungsbeträge beliefen sich auf 5343 Millionen jährlich. Vor dem Kriege betrugen die Schulden 150 bis 160 Milliarden, und der jährliche Schuldendienst verschlang nur 6,7 Milliarden. Heute, nach vier Kriegsjahren, beträgt die Schuldsumme etwa tausend Milliarden, und der Zinsendienst allein verschlingt deren 60 jährlich.

1912 hatten die Goldreserven der Emissionsbanken Europas die Höhe von 12 860 Millionen erreicht, während die Silberreserven sich auf 2535 Millionen stellten. Der Papiergeldumlauf, der damals 25 173 Millionen betrug, überstieg die Metallreserven nur um 9437 Millionen. Dieser Umlauf, abgesehen von den Darlehnskassenscheinen Deutschlands (diese müssen mit den pawn brokers bills gemeint sein), hat sich fast verdreifacht, und grenzt jetzt an 80 bis 90 Milliarden, während die Goldreserven in allen Ländern, außer den Vereinigten Staaten und einigen neutralen Ländern, etwa gleich geblieben sind oder abgenommen haben.

Ende 1908 wurde der Gesamtbetrag an Wertpapieren auf der Welt auf 525 Milliarden geschätzt. Ende 1912 war der Wert auf 800 Milliarden gestiegen, aber seit Kriegsausbruch ist der Wert um etwa 266 Milliarden gesunken, und der Dienst der Staatsschulden an Zinsen und Tilgungssumme hat jetzt den Gesamtbetrag der Staatsschulden vor dem Kriege erreicht, wenn er ihn nicht übersteigt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Flugschriften der „Deutschen Politik“

Soeben erschien:

Deutschlands moralische Aufgabe im Weltkrieg

Zwei Kundgebungen des Prinzen Max von Baden

Prinz Max von Baden war die treibende Kraft für die Anerkennung des Humanitätsprinzips in der Gefangenenfürsorge und stellt die Forderung, Deutschland müsse zuverlässig sein in den Fragen der Menschlichkeit. Die Kundgebungen, die nicht ohne erfrischende Selbstkritik an Deutschland sind, bedeuten eine moralische Offensive gegen den Feind.

Preis 40 Pfg.

Durch jede gute Buchhandlung

Gustav Kiepenheuer Verlag · Weimar

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage Winks. Heilverf. Diätetische Zweiganst. tägl. 6 M. Prosp. u. Brosch. fr.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik“ beziehen.

Digitized by Google

Der Wille zur Tat

Es gibt viele Menschen, die von Natur gut veranlagt sind, um sich umfangreiche Kenntnisse anzueignen und so eine glänzende Karriere zu machen, die es aber nicht über sich bringen können, sich hinzusetzen und tüchtig zu arbeiten. Andere wieder besitzen ausgedehnte Kenntnisse und große Fähigkeiten, haben gute Ideen, aber sie verschieben die energische Anwendung und Ausnutzung derselben von einem Tag zum andern. Diesen allen fehlt jener ausgeprägte Wille zur Tat, durch den die großen Staatsmänner, Feldherren, Handelsherren, Künstler usw. eben große geworden sind. Der Wille zur Tat ist nicht ein platonischer Wunsch, daß man dies und jenes tun möchte, sondern der feste, unbeugsame Wille, das, was man als richtig und vorteilhaft erkannt hat, sofort energisch in Angriff zu nehmen und trotz auftauchender Hindernisse nicht mehr davon abzulassen, bis das Ziel erreicht ist. Wer so unbeirrt einem Ziele zustrebt, wird es auch erreichen. Er muß sich aber vorher vergewissern, daß das gesteckte Ziel auch wirklich vorteilhaft ist. Um ein sicheres Urteil hierfür zu gewinnen, muß er alle seine geistigen Fähigkeiten ausbilden, besonders auch die Beobachtung, die ihn auf günstige Gelegenheiten aufmerksam macht. Die beste Anleitung zur Ausbildung Ihrer geistigen Fähigkeiten finden Sie in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Durch die darin gegebenen Anleitungen und Übungen entwickeln Sie auch den Willen zur Tat. E. H. schreibt: „Neben den praktischen, überall mit sichtlichem Erfolg anwendbaren Regeln und Vorteilen Ihrer Lehrmethode geht einher ihr großer moralischer Wert des gestählten Willens; daß ich heute um die Fähigkeit des Entfaltens eines unbeugsamen eisernen Willens reicher bin, ist Ihr Werk.“ Verlangen Sie heute noch (ohne es zu verschieben) Prospekt, den Sie ohne Kosten oder Verpflichtung erhalten von

L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 641
Heuß, Auf dem Wege zu „Mitteleuropa" 643
Buetz, Pro Palästina 647
Lederbogen, Unsere Kolonien und England 649
von Schulze-Gaevernitz, Parlamentarismus und Krone . . 658
Troeltsch, Anklagen auf Defaitismus 661
Notizen 670

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 24. Mai 1918 Heft 21

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Ein vornehm ausgestattetes Geschenkwerk von bleibendem künstlerischen Wert

LUDWIG VON HOFMANN HANDZEICHNUNGEN

Herausgegeben und eingeleitet von Museumsdirektor Dr. Edwin Redslob

Auszüge aus einigen Kritiken:

Dr. Hanns Schulze in der *„Nationalzeitung"*: „... die Kunst Ludwig von Hofmanns geht nicht von der äußeren Erscheinung aus, sondern ist durchaus das Produkt der Phantasie des Künstlers, die Mensch und Natur zusammenklingen lassen will und den Menschen in seiner Beziehung zur Natur und Umwelt in idealer Form zu gestalten sucht. Ein antiker, heiterer Geist spricht sich aus in jenen Bildern, wo er einen Hain, bergichte Lüfte oder die Meeresküste mit seinen schlanken Knaben und Mädchen bevölkert, die in einer reineren, edleren Zeit zu leben scheinen. ... In sehr geschickter Weise teilt Redslob die Zeichnungen Ludwig von Hofmanns in die Zeichnung als Studie, als Entwurf oder als selbständiges Werk ein und legt die Beziehungen der Kunst Ludwig von Hofmanns zu der Kunst der neuen Generation dar..."

Viktor Ottmann in der *„Werkstatt der Kunst"*: „...Die Freunde Ludwig von Hofmanns haben es schon immer bedauert, daß es kein Buch gibt, das diesen eigenwilligen, abseitige Wege wandelnden Künstler in geschlossener Darstellung behandelt und sein Werk in Bild und Wort vor Augen führt. Um so freudiger ist deshalb Edwin Redslobs Unternehmen zu begrüßen; es besticht schon auf den ersten Blick und läßt bei näherer Prüfung den günstigen Eindruck nur stärker werden.... Ludwig von Hofmanns Kunst haftet nicht an den Dingen des Tages, nicht an der schnellen Vergänglichkeit. Hofmann geht den Realitäten der Welt, unserer Gegenwartswelt, geflissentlich aus dem Wege; er träumt und dichtet mit dem Zeichenstift, er schafft sich sein Schönheitsideal im Lande Nirgendwo. Diese visionäre Kunst, in der sich die Seele eines Griechen mit germanischer Metaphysik, eine arkadisch zeitlose Heiterkeit mit nordischer Grübelei und Mystik vereint, kann unmöglich mit dem nüchternen Verstand allein begriffen werden. Diese nackten schlanken Jünglinge, diese hingelagerten Nymphen, diese Landschaftsidyllen, alles so absichtslos, voll zweckloser Schönheit, sich selbst genügend, haben kein anderes Kunstziel als das, gelegentlich auf verwandte Stimmungen zu stoßen, verwandte Seelen zu finden, in denen ihre Harfenklänge mitschwingen. — Edwin Redslobs einleitender und erläutender Text, würdig im Ton, sicher im Urteil und frei von billiger Lobhudelei, verdient alle Anerkennung, ebenso die vorzügliche Ausstattung des Werkes..."

In elegantem Pappband . . . . . M. 25.—
In Halbpergament . . . . . M. 35.—
Einbandvignette von Ludwig von Hofmann

Wir bitten, kostenlos Prospekte zu verlangen. Das Werk ist durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 24. Mai 1918 • Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Das Schlußschicksal der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus gleicht einem Satyrspiel: an der entscheidenden Stelle gähnt ein Vakuum! Die Regierung gibt an das Herrenhaus eine Vorlage weiter, aus der der politische Kern herausgebrochen ist. Kein Antrag über den Charakter des Wahlrechts selber hat eine Mehrheit gefunden und das Herrenhaus muß erst selber wieder eine Meinung herstellen. Mit halbgeknickter Autorität kommen die Minister vor die Erste Kammer, hoffend, bittend, schwach drohend. Wenn die Auflösungsmöglichkeit ein ernstes Gesicht erhalten soll, dann muß Minister Drews morgen die Anlegung der neuen Wählerlisten anordnen. Die Konservativen wissen, daß bei den Einkommensverschiebungen und dem Beamtenmangel diese Umständlichkeit nicht aus dem Handgelenk erledigt werden kann. Sie vertrauen nicht nur auf die militärischen Bedenken, sondern auf die technischen Schwierigkeiten. Daß man die heute schon entschlossen anfaßt, das allein kann vielleicht neben dem Pairsschub Eindruck machen.

*

Die beiden Tage, da in dem Hauptausschuß des Reichstags die einzelstaatlichen Finanzminister mit den Abgeordneten um die direkte Reichssteuer rangen, haben für Deutschland geschichtliche Bedeutung. Die bare Not des Geldbedarfs zwingt Parlament und Regierung, den föderativen Charakter des Bismarckschen Bundesstaates neu zu erörtern und das Werk von 1870 in den Fluß der staatsrechtlichen und geschichtlichen Entwicklung zu stellen. Das mußte kommen. Es handelt sich im Anlaß um ein „soziales" Prinzip, daß neben dem Bündel der Verbrauchsabgaben die Besitzsteuern nicht fehlen, in der Sachfrage aber um eine grundsätzliche Durchlöcherung der deutschen Finanzgebarung. Nicht die Verfassung, aber die Überlieferung hat dem Reich die direkte Steuer bisher vorenthalten. Nur in „Sonderfällen" hat der Reichstag, der hier seit langem führend geworden, diese Gewohnheit zerbrechen können. Jetzt will er neue Grundrisse für den Bau der künftigen Reichsfinanzen zeichnen. Daß sich hier die Mehrheit von Nationalliberalen bis Sozialdemokraten in einem

Digitized by Google

gemeinsamen Entwurf zusammenfand, ist ein gutes Zeichen für die positive Arbeitswilligkeit des Parlaments. Eine schwierige Fragestellung für den inneren Halt der Reichstagspolitik ist auf dem Weg, positiv beantwortet zu werden.

*

Daß die Herabsetzung der Brotration notwendig wurde, begreift jedermann; sie kann gewagt werden, da die gute Kartoffelernte einen Rückhalt gibt. Wir werden physisch über das schwierigste Vierteljahr wegkommen. Große Verantwortung liegt bei der verantwortlichen Staatsführung, daß dies auch moralisch und ohne Reibung möglich sei.

*

Man braucht über den angeblichen zweiten Brief des Kaisers Karl keine weiteren Betrachtungen zu führen und kann es dahingestellt sein lassen, wie viel an den Mitteilungen des „Manchester Guardian" Fälschung, Erfindung, Kombination ist. Wichtig erscheint nur die geistige Atmosphäre, die aus den Verhandlungen des Pariser Untersuchungsausschusses herausdringt. Sie verrät, wie ferne wir immer jeder Friedensmöglichkeit gewesen sind, wie stark Poincaré selber den Druck der Politik bestimmt hat. Lloyd Georges lautes Toben hat manchen übersehen lassen, daß in Paris der zähe Glaube an eine Niederwerfung der Deutschen die fanatische Anspannung der keckſten Kriegsziele wachhielt. Diese Tatsache müssen wir bei allen „Friedensgesprächen" mit London im Bewußtsein haben. Der französische Präsident überdauert Londoner und Pariser Kabinette; er ist, wenn auch schwunglos, der hartnäckigste Ausdruck des „Jusqu'au bout". Man darf seine Stellung innerhalb der Entente keinen Augenblick unterschätzen. Die Engländer selber fühlen es, daß er im Augenblick vollkommen Oberwasser hat, da Foch Generalissimus wurde und nicht der Engländer den französischen Boden verteidigt, sondern der Franzose die englischen Kanalstützpunkte.

*

Lord Lansdowne hält den Augenblick, da an den Fronten das gewaltige Ringen noch andauert (denn daß die Ruhe nur eine Pause ist, weiß jedermann), hält diesen Zeitpunkt nicht für geeignet, vom Frieden als einer greifbaren Möglichkeit zu sprechen. Aber er ist tapfer genug, im Oberhaus gegen die Besinnungslosigkeit der Kriegsdemagogen sich zu wenden:

„Wenn es vernünftigen Leuten nicht mehr gestattet sein soll, den Mund aufzutun, ohne daß sie Verräter gescholten worden, wenn, sobald Deutschland von Frieden spricht, hier gesagt wird, das sei bloßes Gewimmer, wenn, sobald wir vom Frieden sprechen, uns gesagt wird, wir handelten treulos am Vaterlande und seien bereit, seine Ehre zu opfern, um dem Kriege ein vorzeitiges Ende zu setzen, dann würde ich an diesem Lande verzweifeln. Es ist angebracht, daß das Volk gelegentlich rot sieht, aber ich hoffe, es wird niemals so rot sehen, daß es jede Erwägung der Menschlichkeit, des Mitleids und des gesunden Menschenverstandes beiseite wirft."

Inzwischen hat Lloyd George den General Maurice pensioniert, der nun zu den opponierenden Militärschriftstellern übergegangen ist.

Digitized by Google

Auf dem Wege zu „Mitteleuropa“

Von Dr. Theodor Heuß

Der mitteleuropäische Gedanke hat in den bald drei Jahren, seitdem er publizistisch ein Gegenstand der öffentlichen Erörterung und amtlich eine Angelegenheit umständlicher und vorsichtiger Verhandlungen geworden war, seine eigentümliche Geschichte erlebt. Die Meinung der Völker zeigte ziemlich wechselnde Temperatur: Dem Enthusiasmus folgten Gleichgültigkeit und Mißtrauen auf beiden Seiten. Die Schwierigkeiten verpflichtender Abrede litten darunter, daß in den Ämtern selber einhellige Auffassungen fehlten, Meinung mit Meinung stritt und in Berlin, Wien und Budapest das Gehen und Kommen neuer Staatsmänner fast immer einen neuen Anfang notwendig machte. Man wird dies später einmal klarer übersehen, wie Umstände, die mit der verhandelten Sache gar nichts zu tun hatten, innerstaatliche Krisen aus irgendwelchen Gründen, Aufschub und Vertagung brachten, in Augenblicken, da das Ziel greifbar nahe schien.

Es ist nicht zu verwundern, daß vor allem die wirtschaftlichen Probleme in den Mittelpunkt der Aussprache traten. Die militärischen waren zu heikel, um für das Hin und Her der öffentlichen Rede sehr geeignet zu sein, die staatlichen erschienen mit den allgemeinen und unübersichtlichen Entwickelungen der europäischen Lage schlechthin und den österreichisch-ungarischen Sonderndten zu innig verknüpft, als daß über Wunsch oder Abneigung hinaus eine größere Deutlichkeit sich abzeichnete. Solange vor allem über Polens Schicksal Ungewißheit und Wechsel der Zielsetzung vorhanden waren oder noch sind, konnte Abschließendes nicht formuliert werden. In der Wirtschaftsfrage aber sah man einen umgrenzten Bezirk. Hier konnten Vorteil und Nachteil berechnet werden, hier sahen die Interessenten, Fabrikanten, Kaufleute, Bauern, die Möglichkeit, das Für und Wider abzuwägen, und sie taten es fleißig. Wie liegen in diesem Gewerbe die Ausfuhraussichten? Wie unterscheiden sich in jenem die Bedingungen des Arbeitsmarkts? Wie wirkt etwa die Aufhebung der Zwischenzölle und die Festsetzung einer einheitlichen Außenzollgrenze auf das in den Staaten verschiedene System der indirekten Steuern? Bedeutet die mitteleuropäische Wirtschaftseinheit einen Verzicht auf die überseeische Expansion? Was für Wege gibt es, um die Differenz der Valuten in gesunden Maßen auszugleichen? U. s. f.

Nun soll das außerordentliche Gewicht all dieser Fragen keineswegs verkannt werden. Es mußte sich um so eindrucksvoller vor jeder Überlegung melden, als die Kampfansage des Wirtschaftskrieges von seiten der Entente in der Fesselung des Weltrohstoffmarktes immer offenbarer wurde. Zweierlei ergab sich daraus: die Verbreiterung des inneren Marktes, der stützende Ausgleich eines breiten Wirtschaftsgebietes, gibt für Ankauf und Verkauf erleichterte Bedingung. Dann aber: die Sprengung des feindlichen Wirtschaftsringes wird um so aussichtsreicher sein, je vollkommener die

Digitized by Google

innere Verständigung vorher gelungen ist. Treten die beiden Staaten, als Produzenten wie als Konsumenten, geschlossen der Weltkoalition gegenüber, so ist ihre Kraft um so mehr gewachsen, als auf der andern Seite die vielfach künstlich konstruierte Gemeinsamkeit des Wirtschaftswillens brüchig werden muß. Denn ihr Ziel muß sein die Klammern des Weltmarktes früher oder später wieder zu sprengen und zwar je früher, desto besser. Das ist heute nicht nur eine deutsche Angelegenheit. Österreich-Ungarn muß mit allem bewußten Willen in die Weltwirtschaft hinein steuern, um im Austausch einen Teil seiner Kriegslasten abzubürden. Es bedarf der finanziellen Erstarkung durch hochwertige Ausfuhr; wahrscheinlich haben sich die Bedingungen dafür insofern wenigstens gebessert, als der Krieg die alte enge Wirtschaftsweise auch drüben vielfach aufgerieben und dem Land einen stärkeren organisatorischen und technischen Rationalismus aufgezwungen hat. Wenn wir eine mitteleuropäische Wirtschaftseinheit der Zukunft überdenken, so darf uns nicht die Berechnung reichsdeutscher Profite dabei leiten, sondern die Einsicht, daß Österreich-Ungarn, um als Staat stark zu bleiben, der wirtschaftlichen Kräftigung und Verselbständigung selber in höchstem Grade bedürftig ist.

Es gibt hüben und drüben bestimmte Kreise, die grundsätzlich gegen die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche mißtrauisch oder ablehnend sind. Hamburger Exportkreise etwa befürchten, daß der mitteleuropäische Gedanke sich in Gegensatz zu kolonialen und transozeanischen Wirtschaftszielen stelle und auch handelspolitisch eine Erschwerung für die Neuverflechtung der Verträge mit den Überseestaaten bilde — sie übersehen, daß die Rohstofffrage und der Ausfuhrverkehr für jene Länder durch die anderen Produkte, die hier getauscht werden, auf die weder sie noch wir verzichten können oder wollen, davon nicht berührt ist, ob Mitteleuropa einheitlich oder zerspalten auftritt. Der nordöstliche Handel, der wesentlich auf Rußland eingestellt war, argwöhnte, daß sein russisches Geschäft durch einen engeren Anschluß an Südosten bedroht sei — heute, bei der auf lange Sicht chaotischen Lage des großrussischen Restlandes, mag sich der Sinn geändert haben. Die vergleichsweise günstigen Bahnverhältnisse, die vom östlichrn Preußen nach Polen führen (im Vergleich zum polnisch-galizischen Grenzübergang) weisen auf Ersatz, sofern Polen als Glied dieses Wirtschaftskörpers begriffen wird. Und dies muß heute als Selbstverständlichkeit und Voraussetzung gelten. Daß auch innerhalb von Österreich-Ungarn einzelne Industriezweige sich davor fürchten, ungeschützt in Wettbewerb mit den Deutschen treten zu sollen, ist bekannt; ihre Bedenken sind in dem Maße unerheblicher, als sie selber in der Rationalisierung ihrer Wirtschaft jetzt vorangekommen sind.

Gewiß ist die schwierigste Frage die, daß bei gleichem Außenzollsystem die inneren Verbrauchsabgaben verschiedene Waren treffen, verschieden gestaffelt sind. Es ist auch bei den besten Absichten unmöglich, finanz- und verwaltungstechnisch sozusagen die Gleichstellung dieses ganzen Gebiets der indirekten Besteuerung zu beschließen —

Digitized by Google

Staatsbedürfnis, Volksgewohnheit, Wirtschaftsverschiedenheit sperren sich dagegen. Hier kann es sich nur um einen langsamen Prozeß, um ein schrittweises Vorgehen handeln, der Logik einer Zoll-Union auch die inneren Verbrauchsabgaben anzupassen. Der Weg selber ist vorgezeichnet. Auch innerhalb des deutschen Reichszollgebietes gibt es ja in der Besteuerung von Bier die süddeutschen Reservate. Und das große geschichtliche Beispiel ist der deutsche Zollverein, der auch lange die verschiedensten staatlichen Steuersysteme in sich ertrug.

Bei dieser Betrachtung wird mehr oder weniger vorausgesetzt, daß es sich bei den kommenden Wirtschaftsverträgen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Tat um eine Zollunion handle. Das ist vielleicht heute noch eine etwas willkürliche Annahme, denn neben diesem Ziel behauptet sich die andere Lösung der Aufgabe, nur mit einem System von Vorzugszöllen die beiden Volkswirtschaften einander näher zu bringen. Man denkt dabei, eine größere „Schonung" für einzelne Gewerbe zu erreichen und den Kontrahenten eine größere Beweglichkeit in der Einrichtung ihrer sonstigen Handelsbeziehungen zu belassen. Der Schwierigkeiten selber wird man aber damit nicht Herr, sondern man vertagt und verteilt sie nur und man wird immer ein Moment der Spannung verfestigen, das je und je, hüben und drüben, wirtschaftspolitische Interessenkämpfe auslösen wird, ohne daß man dem Ausland gegenüber eine irgendwie klarere Position erhält. Im Gegenteil: es kann als sicher gelten, daß dieser Zustand der Halbheiten gerade für die Bestimmung von Handelsverträgen gegenüber Dritten, worauf die Ängstlichen so bedacht sind, mehr hemmend und verwirrend wirken müßte. Denn das ganze System der Meistbegünstigung läßt sich mit dem Präferenzgedanken nicht in Einklang bringen. Im übrigen haben während des Krieges die Produktionsverhältnisse und die Preisgestaltungen derartige Bewegungen durchgemacht, daß der einfache Vergleich mit der Vorkriegszeit größtenteils unzulässig geworden ist. Das gilt wesentlich auch für die landwirtschaftlichen Produkte.

Sind aber nun diese wirtschaftspolitischen Überlegungen entscheidend? Nein. Die gemeinsame Wirtschaftsstrategie ist zunächst ein Notgebot der Übergangswirtschaft schlechthin; die beiden Reiche sind auch finanziell jetzt so stark ineinander verflochten, daß jedem von ihnen es zur baren Staatsnotwendigkeit wurde, einen gemeinsamen Kurs zu steuern. Aber, blickt man aufs Ganze, so ist die staatspolitische und die militärische Verständigung von überragender Bedeutung.

Darin liegt der außerordentliche Wert der Beschlüsse, die am 12. Mai im Deutschen Hauptquartier gefaßt wurden, an deren Spitze die Vertiefung des Bündnisses und seine Ausdehnung auf rein militärische Abmachungen steht.

Der Vertrag zwischen Bismarck und Andrassy hatte rein defensiven Charakter, er war gegen Rußland geschlossen. Die Bedrohung durch Rußland ist nun wohl auf absehbare Zeit gebrochen. Hat sich dadurch der Sinn des erneuerten Bundes verschoben? Keineswegs. Auch in Zukunft wird der Charakter dieser Staatenverständi-

Digitized by Google

gung rein auf die Verteidigung zielen, denn ein offensiver Inhalt verträgt sich weder geographisch noch nationalpolitisch mit dem mitteleuropäischen Gebilde. Aber dadurch, daß das Bündnis nun nicht nur für einen politischen Einzelfall konstruiert wird, sondern schlechtweg eine Solidarhaftung für die auswärtige Politik feststellt, ist die Gesamtmacht des mitteleuropäischen Blocks außerordentlich gewachsen. Das ist wichtig nicht nur für den Zeitpunkt, da wir in Friedensverhandlungen eintreten (mancherlei Peinlichkeit der letzten Wochen hat dies genugsam bewiesen), sondern darüber hinaus. In dem Maße, als die Verfestigung der staatlichen Verträge, gemeinsam mit der innigeren Verbindung der Militärverträge, Ausbildung, Bewaffnung, Aushebungsquotient, kriegswirtschaftlicher Mobilmachungsplan, gesichert ist, wird Mitteleuropa ein schlechtweg unangreifbarer Block sein und durch seine Macht ein führender Faktor einer aktiven Weltfriedenspolitik. Dies um so mehr, wenn es gelungen sein wird, den jetzt geschlossenen „Waffenbund" durch seine Ausdehnung auf Militärkonventionen mit der Türkei und mit Bulgarien auf noch breitere Basis zu stellen.

Schon in den Besprechungen zwischen Bismarck und dem älteren Andrassy hat die Frage eine Rolle gespielt, ob der Bündnisvertrag „ewig" sein solle, d. h. in die einzelstaatlichen Gesetze übernommen werden. Dies erscheint jetzt als Programm und Weg. Mitteleuropa als Staatenkomplex bleibt nicht Zielsetzung einer zufällig so eingestellten Diplomatie, sondern soll unter die Entscheidung des Volkswillens, der Parlamente geführt werden. Nicht gerade als Verfassungsakt, denn die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit ist heute in Wien nicht zu erreichen, aber als geschlossener, parlamentarisch sanktionierter Vertragskomplex.

Von hier aus ist vor allem die österreichisch-ungarische Situation zu betrachten. Das unterliegt keinem Zweifel, daß gerade während der letzten Monate, nach Zeiten der Lauheit, innerhalb der Donaumonarchie der Gedanke des engeren Bündnisses teilweise leidenschaftlich gefordert wurde. Auf den Anlaß, den jeder kennt, braucht heute nicht mehr eingegangen zu werden. Das Volk will sich geschützt wissen gegenüber Schwankungen an unverantwortlichen Stellen. In Ungarn ist diese Stimmung ziemlich einheitlich, auch bei den Deutschösterreichern. Die Sozialdemokratie Wiens ist in der Frage gespalten. Die Tschechen und Südslawen, die den Glauben an Österreichs Zerfall nicht fahren lassen wollen, kündigen bitteren Widerstand an.

Die innerösterreichische Entscheidung hängt also wesentlich an den Stimmen der Polen. Das ist der merkwürdige Zustand, daß ihre Stellungnahme für den Charakter des mitteleuropäischen Bündnisses ausschlaggebend geworden ist. Daß Graf Burian aber diese Verträge vor das Parlament bringen wird, heißt, daß er der Polen ziemlich sicher sein muß, denn er braucht sie neben den Deutschen zu einer Mehrheit im Wiener Reichsrat. Ist im Hauptquartier über das Schicksal Polens selber gesprochen worden oder hat man sich einstweilen begnügt, die engere Gemeinsamkeit als solche herzustellen? Das ist heute noch nicht klar zu überblicken. Aber in der Konsequen-

Digitized by Google

dieses Weges liegt eine klare und offene Verständigung über die Zukunft Kongreßpolens, das nur im engsten, unzerstörten und unzerstörbaren Anschluß an die mitteleuropäische Gruppe gedeihen kann.

Nach Pfingsten werden die Delegationen zusammentreten. Auch der Reichstag wird dann die mitteleuropäische Politik zum Gegenstand seiner Beratung machen. Es ist außer Zweifel, daß er hier mit großer Geschlossenheit der Politik folgen wird, die am 12. Mai aus dem Zustand der Wünsche und Erwägungen, des Mißbehagens und des Kleinglaubens zu einer umgrenzten und nun gefesteten Willensrichtung herausgetreten ist.

Pro Palästina

Von G. Buetz, Dessau

Durch die Gründung der Gesellschaft Pro Palästina wird hoffentlich das Interesse der Allgemeinheit mehr auf die englischen Pläne in Syrien hingewiesen werden. Der syrische Feldzug Englands, die Stimmungsmache für die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina haben für England keinen anderen Beweggrund als den, sich mit der Waffe eine Erweiterung Ägyptens zu schaffen und durch einen unter den wirtschaftlichen wie politischen Einfluß Englands stehenden Staatenteil den gewünschten britischen Machtkreis in Syrien zu erweitern, der ein Gegenspiel gegen die Türkei zu halten hätte. England hat nie für fremde Zwecke und fremde Interessen gekämpft, stets hat England aber das Geschick besessen, nenne man es ruhig Klugheit, die Wünsche anderer seinen Zwecken dienlich zu machen. England liegt der Ehrgeiz fern, die heiligen Stätten aus der türkischen Hand zu befreien, es liegt ihm das genau so fern, wie die Absicht, die jüdische Frage durch die Staatenerrichtung in gewissen Teilen zu lösen. Was ist England Syrien? Syrien ist ein Gebiet, dessen Küste sich in mehrere hundert Meilen dem Mittelländischen Meere zu öffnet, dessen Häfen Jaffa, Haifa, Beirut, Tripolis und Alexandrette einen wesentlichen Einfluß auf den Handel des Mittelländischen Meeres mit erlangt haben. Der Außenhandel Jaffas belief sich schon 1907 auf 40 Millionen Mark, jener Haifas auf 20 Millionen Mark, jener Beiruts auf 100 Millionen Mark, der Tripolis' auf 21 Millionen Mark und jener von Alexandrette auf 30 Millionen Mark. Syrien ist das Vorland des Suezkanals und bildet die Brücke zwischen Arabien und Ägypten. Hierdurch wird Syrien zu einem entscheidenden Kampfgebiete zwischen Großbritannien und der Türkei in ihrem Kampfe um Arabien! Die einzige Verbindung der Türkei mit Arabien ist durch die Hedschasbahn hergestellt, welche Konstantinopel und Medina durch eine Eisenbahnlinie aneinander kettet. Diese Bahn aber läuft von Aleppo an lang durch Syrien und ist von Damaskus aus türkische Staatsbahn. In seinem Bestreben, sich eine Landverbindung von Ägypten nach Indien zu schaffen, kann Großbritannien nichts unerwünschter sein, als diese türkische Hedschas-

Digitized by Google

bahn, die als Schienenstrang des Himmels ihre religiöse Aufgabe erfüllt, im übrigen eine rein politische Bahn ist und — bleiben muß! Die Dazwischenlagerung eines britischen Gebietes würde England mit einem Schlage die Hindernisse der Hedschasbahn aus dem Wege räumen. England kann, soweit der türkische Einfluß sich in Arabien steigert, nur unter einem starken Risiko seine Bahnpolitik in die Sinaihalbinsel treiben. Ohne eine schienenmäßige Erschließung des Sinaigebietes kann England aber seine Absicht, eine Landverbindung mit Indien herzustellen, nicht ausführen. Die Linie, welche zu bauen man nötig hat, ist jene von Ismailia über Akaba nach Basra und weiter durch Südpersien nach Belutschistan. Wenn man bisher das Sinaigebiet völlig vernachlässigte, dann geschah dies in voller Absicht. England fühlte sich nicht stark genug, den ägyptischen Besitz durch die Öffnung von Bahnen nach Arabien hin zu gefährden. Wie gut man gerechnet, erwies der Weltkrieg. Hätten jene Bahnen bestanden, sie würden zum deutschen Aufmarschgebiet gegen Ägypten geworden sein. Solange die Bahnnetze Syriens ihren Anschluß an die Militärbahn Port Said—Ismailia finden, die weitere Sinaistrecke Berührungspunkte mit der Hedschasbahn bringt, ist der Schienenweg eine schwere Gefahr für England. Es sei denn, die Gefahr würde durch einen Besitz Südsyriens zur englischen Hand abgeriegelt.

Doch nicht nur die Erweiterung seiner Stellung am Mittelmeer durch den Besitz der südsyrischen Häfen und durch einen Einfluß den mittelsyrischen Häfen gegenüber, nicht nur die Sicherung der Suezstraße durch eine Erweiterung des Vorlandes des Suezkanales, nicht nur die Beseitigung der Gefahren der syrischen und arabischen Bahnen bei dem Plane der Überlandverbindung mit Indien macht Syrien so wertvoll für Großbritannien. Eine andere nicht weniger wichtige Frage spielt hier noch mit. Zwischen England und Indien liegt als Verbindungsglied Ägypten. Ägypten ist sozusagen Zwischenstation. In den Zeiten Kitcheners ist nun der Gedanke entstanden, Ägypten zu einer Truppenverpflegungsstation auszubauen. Der Weltkrieg mit seinen Erfahrungen wird diesen Plan verstärkt haben. Ägypten ist nun aber hinsichtlich seiner landwirtschaftlichen Erschließung von der Bewässerung abhängig und daher nur begrenzt erweiterungsfähig. Der Plan einer Verwendung Ägyptens als Lebensmitteldepot würde somit sich mit dem Baumwollanbau des Landes nicht vereinbaren lassen da man ihn zugunsten des Weizenanbaues, wie das bereits in der heutigen Kriegszeit der Fall war, beschränken müßte. Nun aber ist Syrien mit seinem Hinterlande, und vornehmlich Süd- und Mittelsyrien, ein ausgesprochenes Kornland. Außerdem hat man hier eine nicht unwesentliche und dazu leicht stark vermehrbare Viehzucht. Außerdem gestattet der Besitz dieser Landstriche einen ungehemmten Zugriff zu den bedeutenden westarabischen und nordarabischen Kornstrecken. Seit altersher ist Syrien, das Zwischenland zwischen Asien und Europa, ein Kornausfuhrgebiet gewesen. Die Bahnerschließung Syriens, die keine unwesentliche in den neueren Zeiten war —

Digitized by Google

auf 100 qkm entfallen in Syrien 10, auf je 10000 Einwohner 5,1 km Eisenbahnen — und die in den Kriegszeiten noch wesentliche Erweiterung erfahren hat, ermöglichte eine ständige Erweitetuag der Ausfuhr Syriens. Die Gesamtausfuhr Syriens belief sich für 1910 auf 34,07 Millionen kg an Getreide und Hülsenfrüchten. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs wurden in einem Umfange von 2,43 Millionen kg ausgeführt und lebende Tiere in einem Gewichte von 182,77 Tausend kg. Aus dem Hafen von Beirut gingen 1912: 3445 Tonnen Gerste, 158 Tonnen Mais und 187 Tonnen Weizen zum Versand. Tripolis gab 1913: 12000 Tonnen Gerste, 2500 Sack Weizen und 4500 Sack Dari zum Versand. Akka lieferte 1903 für 9655 Tonnen Weizen und für 550 Tonnen Gerste an das Ausland. Haifa lieferte 1907 für 8100 Tonnen Weizen und für 9350 Tonnen Gerste zur Ausfuhr.

Für die englischen Pläne günstig ist, daß Ägypten bereits seit alters eine Haupthandelsstätte für Syrien ist. Ägypten pflegte durch seinen Warenstapelplatz, Alexandrien, die Kleinhändler Syriens zu versorgen, und Syrien seinerseits bezahlte mit seinen Agrarprodukten. Die Übereinstimmung des Glaubens, die Gleichheit der Handelssitten wie der Volksgebräuche, würde Syrien eine Abhängigkeit von England nicht in dem wünschenswerten Maße als Last empfinden lassen. Das Werben Englands um die jüdische Bevölkerung Syriens würde seinen Einfluß beträchtlich vermehren.

Wenn nun auch die Entscheidung der Waffen die britischen Pläne ohnehin beeinträchtigen dürfte, so ist es doch im höchsten Maße angebracht, daß sich auch die breite Öffentlichkeit vollauf mit den englischen Plänen in Syrien in ihrer ganzen Tragweite bekannt macht. Es ist erfreulich, wenn sich, wie eben jetzt, eine aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammengesetzte Gruppe bildet, welche in der ihr zugänglichen Weise den Plänen Englands entgegenarbeitet und sich damit mit der Tätigkeit der deutschen und türkischen Waffen helfend verbindet. Gerade in diesem Stadium des Krieges können und wollen wir in dem Werke nicht müde werden, die mit List und Trug, unter allen Mienen der Freundschaft und Menschlichkeit, unter Anrufung aller edlen Zwecke und Ziele der Menschheit gesponnenen Pläne Englands zu enthüllen und im bildlichen Strich klar, schwarz auf weiß, zu malen. —

Unsere Kolonien und England

Von Dr. Friedrich Karl Lederbogen

So sehr unsere Gemüter auch durch gewaltige militärische und außenpolitische Ereignisse zurzeit beschäftigt sind, der Heldenkampf in Afrika hat wie nie vorher unsere Anteilnahme erregt und die Erörterung der Kriegsziele und der Friedensfragen auf das koloniale Gebiet gelenkt.

Die koloniale Frage ist wieder ins Bewußtsein der Massen getreten. Staatssekretär Dr. Solf hat die Gunst der Stunde geschickt genutzt und in mehreren Reden unsere kolonialen Kriegsziele vertreten. In einem Vortrag in der Berliner „Philharmonie" am 21. Dezember

Digitized by Google

1917 hat er über die gerechte Besitzverteilung der Kolonien aller Nationen in Afrika gesprochen. Ebenso hat er am 16. Februar 1918 in Karlsruhe vor der dortigen Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft unsere künftige Kolonialpolitik dargelegt. In seiner letzten Rede im Reichstag am 27. Februar ist er für Wiedererlangung unserer Kolonien eingetreten. Bei dieser Gelegenheit hat sich der Staatssekretär besonders mit der Rede des ehemaligen Buren, Generals Smuts, Mitglied des englischen Kriegskabinetts, auseinandergesetzt, der am 28. Januar in der Königlich Geographischen Gesellschaft in London über die Kolonialfrage in Afrika in für uns durchaus feindlichem Sinne gesprochen hatte, indem er diese Rede nicht als private Meinung des Generals Smuts auffaßte, sondern als die öffentliche Kundgebung eines englischen Regierungsvertreters. Wie berechtigt diese Auffassung ist, zeigt die vorsichtige Erklärung, die die englische Regierung durch den Mund von Bonar Law im Unterhaus dem Liberalen Lees Smith gab auf seine Anfrage, ob die von Smuts ausgedrückte Ansicht im Namen der Regierung ausgesprochen worden sei. Die „Times" melden darüber am 6. Februar:

„Bonar Law erwiderte: General Smuts hat keine neue Erklärung über die Zukunft der deutschen Kolonien abgegeben, sondern nur auf die diesbezüglichen Erklärungen hingewiesen, die der Ministerpräsident im Namen des Kriegskabinetts abgegeben hat. Ferner hat Smuts seine persönliche Ansicht über gewisse allgemeine Grundsätze mitgeteilt, die auf Zentralafrika angewendet werden sollen. Ein Gegensatz zwischen der Rede Lloyd Georges und Smuts' besteht nicht."

Dann wissen wir ja, was wir von ihr zu halten haben! Der Staatssekretär faßt die Charakteristik der Rede Smuts' dahin zusammen:

„Lloyd George will Deutschland als Kontinentalmacht vernichten, Carson will Deutschland als Industriemacht vernichten, Smuts als Kolonialmacht." Nachdem Dr. Solf auf die einzelnen Punkte der Smutsschen Rede eingegangen ist und sie widerlegt hat, immer von dem Gesichtspunkt aus, daß hinter dem Engländer und seinen Ausführungen die britische Regierung steht, sagt er aber noch, daß es auch in England aufrichtige Träger des Friedensgedankens gibt. „Die Zahl der englischen Stellen, die zu einer Kolonialverständigung nicht nur geneigt sind, sondern sie für eine notwendige Vorbereitung der künftigen Weltpolitik hält, mehrt sich."

Es dürfte demnach angebracht erscheinen, auch diese Stimmen einmal zu hören und sich ein allgemeines Bild zu schaffen, welche Meinungen drüben überhaupt über die Zukunft der deutschen Kolonien vertreten sind, wie und von wem sie begründet werden.

Bis zum Sommer 1917 galt es in kolonialen Kreisen unserer Feinde als selbstverständlich, daß nie und nimmer eine Rückgabe der eroberten Kolonien an Deutschland in Frage käme. Besonders beachtenswert in dieser Hinsicht ist der Aufsatz, den im „Manchester Guardian" vom 4. Juli v. J. der bekannte englische Kolonialpolitiker Sir H. H. Johnston veröffentlicht. Sir Johnston war früher Gouverneur von Britisch-Uganda. Er ist ein alter Afrikaner, der mit den dortigen Verhältnissen innig vertraut vor dem Kriege Deutschlands koloniale Leistungen anerkannte. Sein 1913 veröffentlichtes Buch „Die Kolonisation Afrikas" läßt dem deutschen Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren. Seine Ansichten sind in England hochbewertet und dürften auch für uns von Bedeutung sein.

Daß in England die Kriegsbegeisterung schon seit längerer Zeit abflaut unter dem Druck der kläglichen Erfolge an der Westfront, der U-Boote, die keine spitzfindige Rechnung verscheucht, der irischen Gefahr, die das Land im Rücken anzugreifen droht, wird seit dem Sommer 1917 immer offenbarer. Aus wachsender Friedenssehnsucht heraus ist das in dieser Zeit auftauchende Gerücht zu erklären, wonach Deutschland gegen Rückgabe seiner überseeischen Besitzungen zum Frieden bereit sei. Damit rückte das Schicksal unserer Kolonien in den Mittelpunkt des öffentlichen englischen Interesses, und Sir Johnston nahm zu dieser Frage Stellung als Gegner jeder Rückgabe.

Befaßt sich nun englische Politik mit den eroberten deutschen Kolonien, so ist zuerst festzu-

Digitized by Google

stellen, daß unsere früheren Besitzungen in Ostasien und in der Südsee für England aus der Erörterung ausscheiden. Diese Gebiete sind, wie Johnston eingesteht, englischer Macht und englischem Einfluß entzogen. Es wäre für England wie auch für Amerika ganz unmöglich, Japan, China, Australien und Neuseeland oder Südafrika zu zwingen, auf ihre Eroberungen Verzicht zu leisten. Wir finden auch in der englischen Presse wenig Stimmen, die sich mit den Verhältnissen unserer Südseekolonien befassen. Wohl auch deshalb, weil die Besitzverhältnisse zwischen Japan und Australien noch gar nicht endgültig geregelt sind. Man plant sogar eine Abgrenzung in eine südliche und eine nördliche Hälfte des Stillen Ozeans, Japan solle die nördliche zufallen. Australien kann sich aber hierauf keiner Antwort Japans rühmen, das über die Zukunft schweigt, sich an die Ausbeutung der ihm zugefallenen Teile macht und durch seinen Generalkonsul in Sydney erklärt hat, nicht an eine Rückgabe der deutschen Kolonien zu denken. Von australischen Äußerungen ist zu erwähnen, daß in der Jahresversammlung des parlamentarischen Arbeiterverbandes in Sydney, Anfang Juni 1917, ein Redner hervorgehoben hat, daß mit Beibehaltung der deutschen Südseeinseln sich Australien eine neue Last aufbürden würde, da es nicht einmal genug Menschen habe, um sein eigenes Land zu besiedeln. Bei Besprechung der noch zu erwähnenden Denkschrift der britischen Arbeiterpartei, die die Frage der Rückgabe der deutschen Kolonien behandelt, spricht sich der australische Bischof H. Frodsham im Oktoberheft des „Nineteenth Century" gegen Rückgabe der Südseeinseln aus ethischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen aus, die wir noch näher kennen lernen werden.

Englische Stimmen, so auch Johnston, beschränken sich nur auf unsere afrikanischen Besitzungen, sogar Südwest bleibt mit Rücksicht auf die südafrikanische Union aus der Erörterung.

Bezeichnend für die Staatsidee der noch dem Größeren Britannien angehörenden Dominions ist es, wenn Johnston zugeben muß, daß die Herausgabe Deutsch-Südwests an Deutschland den Abfall des transzambesischen Afrikas vom britischen Reich bedeuten würde, daß Australien und Neuseeland eher vorziehen würden, ihre Unabhängigkeit zu proklamieren als die eroberten Länder herauszugeben. Für großbritannische Machterwägungen bleiben deshalb nur die deutschen Besitzungen in Afrika übrig. Auf die dort beteiligten Verbündeten Frankreich, Belgien, Portugal ist eine Rücksichtnahme weniger nötig. Wir müssen uns diese Beschränkung Englands, unsere Kolonien betreffend, wohl vor Augen halten!

Eine Rückgabe dieser afrikanischen Gebiete an Deutschland darf nun nach Johnston auf keinen Fall stattfinden. Er fürchtet, das französisch-englische böse Beispiel in der Ausnutzung der Kolonien während des Krieges könnte die guten deutschen Sitten verdorben haben, die, wie sich aus der zu Beginn des Krieges in den Kolonien zutage tretenden Wehrlosigkeit ergibt, auf die Kongo-Akte vom 26. Februar 1885 bauten, nach der der afrikanische Kontinent frei von europäischen Kriegen bleiben sollte. Deutschland würde unbesiegbare Armeen und unermüdliche Arbeiter aus den eingeborenen Völkern drillen. Was sollte dann aus dem britischen Afrika werden, wo die Eroberung Kameruns und Deutsch-Südwests schon großer Anstrengungen bedurfte und die Deutsch-Ostafrikas noch nicht beendet ist! — Aus diesem Grund darf deshalb England nicht nachgeben und Deutschland erlauben, von all dem wieder Besitz zu ergreifen, wo es früher geherrscht hat. Drum müssen Amerika und Westeuropa noch so lange kämpfen, um andere Friedensbedingungen zu erlangen.

Daß diese militärische Begründung auch die Stellungnahme der britischen Regierung beeinflußt, ist zweifellos sicher. Es wird bewiesen durch die oben erwähnte Rede des Generals Smuts. Er hat darin ausgeführt, „daß die deutschen kolonialen Ziele tatsächlich nicht kolonisatorisch, sondern völlig beherrscht von umfassenden weltpolitischen Begriffen seien. Ihre wah-

Digitized by Google

ren Ziele seien nicht die Kolonien als solche, sondern militärische Macht und strategische Stellungen, um diese Weltmacht in Zukunft auszuüben. Solange nicht endgültig unwiderruflich in Deutschland mit dem Militarismus gebrochen wird, solange könnte keine Neuausdehnung des preußischen Militarismus auf andere Kontinente und Meere geduldet werden. Die unzeitige oder unkluge Zurückgabe von Deutsch-Ostafrika an seinen früheren Besitzer könnte daher Folgen haben, die weit über die Grenzen des afrikanischen Kontinents hinausreichen."

Unser Staatssekretär hat in seiner letzten Reichstagsrede so gründlich mit diesem Punkt abgerechnet, daß ich nur darauf verweisen kann. Aber die Smutssche Begründung ist echt englisch und in vielen Kreisen lebendig. Das zeigen die zustimmmenden Besprechungen dieser Rede in den „Times" vom 29. Januar, im „Manchester Guardian" vom 30. Januar, in der „Morning Post" vom 31. Januar, in denen weitschweifende militaristische und imperialistische Pläne Deutschlands aufgezählt werden, derentwegen eine Rückgabe der Kolonien unmöglich erscheine. Auch die südafrikanische Presse spricht sich in diesem Sinn aus. Man bedenke, was England tun würde, wenn es an Deutschlands Stelle wäre: Es würde nicht nur Vorkehrungen zum Selbstschutz treffen, es würde zwecks Verteidigung seines Eigentums zur Bedrohung des großen Kolonialreichs des Feindes übergehen! Deutsch-Ostafrika bildet eine Bedrohung und Gefährdung Indiens und Ägyptens, sagt Smuts. Es liegt auf dem Glacis Indiens, wie Graf Reventlow sich ausgedrückt hat. Würde Deutschland diese Kolonie befestigen, mit Flotten- und U-Bootstützpunkten versehen, so wäre die See- und Weltherrschaft Englands nicht mehr sicher. So zu hören bei Smuts und zu lesen in dem Aufruf der „Financial News" vom 11. Dezember 1917, der die öffentliche Meinung in allen Verbandsländern gegen Herausgabe der deutschen Kolonien bearbeiten will und zum Beitritt zu einem Ausschuß „Für Kolonialverlust Deutschlands" auffordert (German Lost Colonies Committee), den die Britisch Worker's League gründen will. Wie sehr der englische Geist in diesem Falle Deutschland nur nach dem beurteilt, was er selbst zu tun für richtig halten würde, zeigt die Tatsache, daß gerade die militaristische Begründung der Ablehnung einer Kolonienrückgabe, die Furcht, daß Deutschland die Kolonien befestigen, die Eingeborenen, wie es die Engländer und Franzosen beständig tun, militarisieren könne, in England allgemein vorherrschend und bestimmend ist. Selbst der bereits erwähnte australische Bischof Frodsham ist in seinem angeführten Aufsatz gegen Rückgabe der deutschen Südseebesitzungen neben anderen auch wegen militaristischer Gründe eingetreten. Er sagt:

„Läßt man den Deutschen in der Südsee freie Hand, so ist es mit der Sicherheit australischer Städte wie Townsville, Brisbane, Sydney, Melbourne vorbei; sie würden ebenso wie das „friedliche" Scarborough beschossen werden." (!) „Dieser Krieg hat ja das unheimliche Geschick Deutschlands erwiesen, die einheimischen Rassen für militärische Zwecke zu organisieren. Sein Eingeborenenheer in Ostafrika ist eins der militärischen Wunder des Krieges."

Auch die neueste englische Presseäußerung ist aus militaristischen Gründen gegen eine Rückgabe der Kolonien. „Daily Chronicle" schreibt im Leitartikel vom 21. Februar:

„Hätten die Deutschen 1914 gewußt, welche Möglichkeit die U-Boote bieten, wie sie es heute wissen, so hätten sie ihre afrikanischen Kolonien und die des Stillen Ozeans dazu benutzen können, den Indischen und Stillen Ozean für Handelsschiffe ebenso gefährlich zu machen, wie es jetzt mit dem Mittelmeer geschieht. Was die Frage der eingeborenen Truppen betrifft, so hat uns von Lettow-Vorbeck mit seinen 2000 weißen Soldaten gezwungen, zur Unterwerfung Ostafrikas und zur Abwehr seiner erfolgreichen Offensiven gegen die verschiedenen Kolonien der Verbandsmächte einige Hunderttausend Mann und einen ungeheuren Schiffsraum zu verwenden. Wenn Deutschland 1914 das gewußt hätte, so hätte es uns ohne große Schwierigkeit zu einer Vervier- oder Verfünffachung unserer Aufwendung an Soldaten und Schiffen zwingen und vielleicht den Krieg durch die fortgesetzte Schwächung unserer Hilfsquellen entscheiden können. Ist es vernünftigerweise anzunehmen, daß Deutschland solche Lehren ungenützt lassen würde? Und wie könn-

Digitized by Google

ten die jungen Demokratien von Südafrika, Australien oder an der Küste des Stillen Ozeans in Zukunft einer friedlichen Entwicklung froh werden, wenn eine solche Bedrohung besteht?"

Diese Anschauungen sind in dem imperialistischen Sinn der Engländer fest verwurzelt.

„Afrika ist die Halbwegsstation nach Indien und Ostasien, das britische Reich verlangt nur inneren Frieden und Sicherheit seiner Verbindungen nach außen. Es muß auf Erhaltung einer Lage bestehen, die durch das ganze Land für seine Gebiete die Verbindungen von einem Ende des Kontinents zum anderen garantiert. Das britische Reich ist zerstreut über die Erde und völlig abhängig von seinen Verbindungen für die Fortdauer seiner Existenz. In Zukunft sollen diese Verbindungslinien nicht nur zur See, sondern auch zu Lande weitergeführt werden." (Smuts.)

Deutsch-Ostafrika gefährdet also durch sein Dasein sowohl die Verbindung nach Indien und Ostasien, wie auch den Landweg Kap—Kairo. Der Engländer schiebt uns die eigenen Absichten unter, reizt die Volksstimmung gegen eine Rückgabe der Kolonien auf und hat seinen Zweck erreicht. Das zeigt lehrreich der Artikel „Tiefere Gefahren eines deutschen Friedens" des bekannten Marinesachverständigen G. Fiennes im „Observer" vom 3. Februar. Nachdem er die Gefahren für die britische Weltherrschaft durch ein „Mitteleuropa" erwiesen hat, legt er den Deutschen den englischen Plan eines „Mittelafrikas" unter.

„Wofern wir nicht einen wirklichen Sieg gewinnen, haben wir auch mit einem „Mittelafrika" zu rechnen. Dies bedeutet deutsche Seestützpunkte sowohl im Osten wie im Westen des dunklen Erdteils und deutsche Unterseeboote, die auf dem anderen Wege nach dem Osten um das Kap operieren. Einige Leute mögen vielleicht meinen, daß die Rückgabe der afrikanischen Kolonien an Deutschland eine kleine Sache sei, — ein Opfer, das im Interesse des Friedens gebracht werden könnte. Aber wenn so etwas wirklich zustande kommen sollte, so wird Deutschland sich für die Zukunft vorsehen. Seine afrikanischen Häfen werden mit allem versehen sein, was für einen langen Krieg gegen den Handel erforderlich ist, und sein afrikanisches Heer wird die Bezwingung seiner Seestützpunkte zu einer sehr schwierigen Sache machen, die nicht nur Seestreitkräfte, sondern auch ein starkes Expeditionsheer benötigen würde."

Auf imperialistische Grundlagen ist auch die Denkschrift der britischen Arbeiterschaft, die Ende Dezember 1917 auf der Konferenz der Labour Party angenommen wurde, zurückzuführen, desgleichen der am 15. Januar 1918 aus den gleichen Kreisen an die russische Arbeiterregierung gerichtete Aufruf. Die deutschen Kolonien sollen durch eine Liga der Nationen verwaltet, der deutschen Regierung aber nicht zurückgegeben werden. Daß dieser Entschluß auf die besagten Gründe fußt, zeigt ein anderer Punkt der Denkschrift, wonach auch die englischen Arbeiter die Herstellung einer Landbrücke nach Indien über jetzt noch türkische Gebiete hinweg als eins der vornehmsten Ziele dieses Krieges ansehen.

Soweit die militärischen Befürchtungen und Verweigerungsgründe, wie sie uns in den Auslassungen der englischen Politiker und durch das Mitglied des Kriegskabinetts Smuts auch als Ansicht der Regierung entgegentreten. Sie sind zweifellos die gewichtigsten, und der Staatssekretär hat sich deshalb am eingehendsten mit ihrer Entkräftung und Widerlegung befaßt. Sie sind ganz aus dem imperialistischen Sinn des Engländers entsprungen und aus seinem Streben noch alleiniger Weltherrschaft zu verstehen.

Die anderen Gründe, die der Engländer für die Verweigerung der Kolonienrückgabe angibt, werden oft gleichfalls ausführlich behandelt, sind aber mehr untergeordneter Natur, die „moralischen" Gründe gegen eine Rückgabe dienen nur als englischer Heuchlermantel, der den imperialistischen umgehängt wird. Lächerlich wirkt es, wenn Sir Thomas Smartt, Führer der südafrikanischen Opposition, laut „Financial News" vom 17. Januar erklärt:

„Undenkbar ist es, daß der Verband der Rückgabe der früheren deutschen Kolonien Südwest und Ostafrika an die Macht zustimmen sollte, die sich unfähig erwiesen hat, sie im Interesse ihrer eingeborenen Bevölkerung zu regieren." Auch der Bischof Frodsham beruft sich auf moralische und ethische Gründe. „Der deutsche Geist macht alles seinen materialistischen Zwecken dienstbar. Das ist die Tragödie Deutschlands. — Aus moralischen Gründen allein schon würde es ungerecht sein, die deutschen Kolonien an Deutschland zurückzugeben, sei es als Friedensbedingung, sei es aus irgendwelchen fer-

Digitized by Google

timentalen Erwägungen für sogenannte deutsche Rechte. Deutsches Recht bedeutet Unrecht gegen Eingeborene."

Die wirtschaftlichen Gründe gegen Rückgabe der Kolonien entspringen dem imperialistischen Streben Englands, sie enthüllen unverfälschten Neid und Eigennutz. Smuts gab ihnen offen Ausdruck, wenn er darauf hinwies, daß Ostafrika im wirtschaftlichen Werte hoch unter den tropischen Ländern Afrikas stünde. Eine so wertvolle Kolonie muß natürlich bei England bleiben, darf an Deutschland nicht zurückgegeben werden. Der Staatssekretär Dr. Solf hat diese Anschauung festgehalten, indem er Kiplings Wort anführt: „China ist ein Land von unendlichen Möglichkeiten, also annektieren wir China!" Diese egoistische Begründung ist dem Engländer Selbstverständlichkeit und beeinflußt tief Entschließungen der englischen Regierung.

Im Vorstehenden haben wir in großen Zügen gesehen, wie englische Politiker und Regierungsvertreter sich mit gewichtigen Gründen gegen eine Rückgabe der deutschen Kolonien aussprechen. Auf dieser Seite der Beurteilung der Kolonialfrage vom englischen Standpunkt liegt zweifelsohne das stärkste Gewicht, hier „stehen große Massen, große Interessen und große Leidenschaften. Damit müssen wir rechnen." Aber der Staatssekretär erwähnt auch, daß Stimmen, die zu einer Kolonialverständigung raten, sich mehren. Wenden wir uns ihnen zu.

Bis zum Sommer 1917 war noch nicht viel von einer gemäßigten Beurteilung der Frage zu merken. Erst als die oben bereits angeführten Gründe, die zu dem Friedensgerücht unter Bedingung der Rückgabe der Kolonien geführt hatten, stärker zu wirken begannen, ist ein Umschwung bemerkbar. Im September greift der bereits angeführte Johnston wieder zur Feder und schlägt in der „Contemporary Review" einen ganz anderen Ton an, der im Gegensatz zu der militaristischen Haltung auf Versöhnung gestimmt ist. Es erscheint Johnston nicht mehr undenkbar, daß der Krieg für England unentschieden enden könne, und daß England sich zu Bedingungen bequemen müsse, um die meerbeherrschende Insel vom Bankrott und der Hungersnot zu retten. Die Kriegslage erscheint ungünstig.

„Ja, wenn uns die Vorsehung noch einmal zu Hilfe käme und uns einen Nelson, einen Wellington, einen Pitt, einen St. Vincent, einen Canning gäbe, wenn es uns gelingen würde, die Deutschen zu zwingen, Frankreich und Belgien zu verlassen und um Frieden zu betteln, dann könnte England Deutschland ohne Landbesitz mit Ausnahme der Grenzen in Mitteleuropa lassen." Aber so weit wird es England wohl nicht bringen. Ohne Erfolge verschlingt der Krieg weitere Milliarden. Das Geschäft rentiert sich nicht. Und für diejenigen, denen die weiteren nutzlosen Kosten leid tun, sucht Johnston nach einem Ausweg. „Könnte da nicht", so meint er, „ein Kaufplan, der eine gewisse angemessene Summe vorsieht für die Loskaufung der deutschen Kolonien und — ein sehr bezeichnender Zusatz! — von Elsaß-Lothringen den teuren erfolglosen Krieg beenden? Würden nicht die Kosten für 6 Monate unserer und Frankreichs Kriegführung genügen, um Deutschland die Kolonien und Elsaß-Lothringen abzukaufen? Die Römer kauften die Barbaren auch aus, wenn sie sie nicht überwältigen konnten. Und wenn Deutschland gar als Kaufpreis für seine Kolonien freie Märkte überall in der Welt auch an den feindlichen Plätzen verlangen würde, so würde das für die Tarifreformer und Chamberlainisten eine sehr bittere Pille, aber immer noch einem deutschen Frieden und der Bankrotterklärung des britischen Reiches vorzuziehen sein."

Diese Anschauung ist bedeutsam, wenn wir die geschehene Wandlung zum Versöhnlichen festhalten und die inneren Gründe zu deuten suchen. Man beachte ferner den hohen Preis! Die Märkte, von denen der Krieg Deutschland vertrieben hat und von denen der spätere Wirtschaftskrieg uns fernzuhalten soll, erscheinen nicht zu hoch als Preis.

In ähnlichem gewandeltem Sinn schreibt der bekannte politische Schriftsteller Dillon in der „Fortnightly Review" vom September. Ihm sind die Kosten der Weiterführung des Krieges gleichfalls zu groß, die Aussichten auf Sieg zu gering. Man täte daher besser, das Geschäft abzubrechen und die Rückgabe der deutschen Kolonien zu einem Verhandlungs- oder Kaufgegenstand zu machen.

Bezeichnend ist, daß lediglich Geschäftsinteressen den Engländer für eine Rückgabe der Kolo-

Digitized by Google

nien reden lassen. Noch schärfer befürwortet Will. Harbutt Dawson im Septemberheft der „Contemporary Review" eine Rückgabe der deutschen Kolonien. Er führt moralische Gründe an und tritt in geradezu auffallender Weise für Deutschlands berechtigte koloniale Forderungen ein. Dawson hat unsere koloniale Entwicklung von Anfang an verfolgt, ist Zeuge der Gründerbegeisterung wie der späteren Niedergeschlagenheit gewesen, versteht die Notwendigkeit der Beschaffung von Kolonien für Deutschland, „das für seine tätigen und ehrgeizigen Bewohner zu klein geworden ist."

„Es liegt im Interesse Großbritanniens, daß Deutschland ermutigt, ja sogar unterstützt wird zu kolonisieren. Das britische Billigkeitsgefühl (!) habe Mitgefühl (!) für Deutschland, das bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen sei! Eine Vorenthaltung der Kolonien würde ein kleinlicher Akt der Wiedervergeltung sein!"

Ohne Bedingungen geht es natürlich nicht ab. Vorerst müsse Deutschland modernisiert, müsse die parlamentarische Regierungsform eingeführt sein. Man hört die Schlagworte des Septembermonats.

Der zum Anhang Lansdownes gehörende, sonst durchaus nicht deutschfreundliche Noel Burton, der durch seine frühere Tätigkeit als diplomatischer Agent Englands in den Balkanstaaten bekannt ist, hat sich in Manchester am 25. Januar für eine Kolonienrückgabe ausgesprochen. Er führte aus, „eine Zurückbehaltung der deutschen Kolonien sei mit dem Weltfrieden unvereinbar, England habe sich ferner bereits zu dem Grundsatz, keine Annexionen, bekannt. Überdies werde der Hauptfaktor beim Friedensschluß Amerika sein, das sich sicherlich Annexionen widersetzen und auf dem Grundsatz der offenen Tür bestehen werde." Daß in der Nichtanerkennung der deutschen kolonialen Ansprüche eine schwere Gefahr für den kommenden Frieden liegt, wird auch in der Wochenschrift „The New Europe" vom 7. Februar in einer Warnung gegen einen imperialistischen Frieden ausgeführt. Es heißt da:

„Einerlei, was mit Mesopotamien und Palästina oder mit den deutschen Kolonien geschieht, eine Lösung ist durch wohlüberlegten Selbstverzicht ausgeschlossen: sie dürfen nicht dem britischen Reich einverleibt werden. Es würde dies einen guten Eindruck auf die Verbands- und neutrale Presse machen, wo vielfach der Eindruck verbreitet ist, daß die englische Regierung den Krieg verlängert, weil sie wünscht, daraus einen Vorteil zu ziehen. Vor allem gewinnt dieser Eindruck bei unseren arbeitenden Klassen an Stärke."

Wir haben bisher stets nur von englischen Stimmen gesprochen, da England ja als größte Kolonialmacht für uns in dieser Frage das entscheidende Wort zu sprechen hat. Auch ist die koloniale Frage nach englischer Ansicht eine lediglich englische Frage, wenigstens soweit sie Afrika betrifft. In der letzten Zeit machen sich aber auch in England Stimmen geltend, die den Verbündeten auf Grund von Leistungen bei der Eroberung der Kolonien Berechtigung zuerkennen, über das Schicksal der deutschen Kolonien mitzureden. Bei Dawson z. B. geht es aus echt englischem Grunde nicht ohne Mitwirkung der Verbündeten ab. Er tritt ja für Rückgabe ein. Da die Rückgabe Deutsch-Südwests unmöglich sei, müssen Berichtigungen zu einem Verhandlungsgegenstand gemacht werden. Daß England Kompensationen bieten könnte, daran denkt natürlich niemand. Dazu lädt man die lieben Verbündeten ein, Frankreich, Belgien und Portugal, und das britische Geschick und politische Talent wird schon das Weitere besorgen!

Wir sahen bereits, wie unsere Südseeinseln, Kiautschou aus der Erörterung für England blieben. Diese Kolonien sind, wie offen zugegeben wird, dem englischen Einfluß entzogen. Dasselbe gilt für Südwest, auf das Südafrika Anspruch erhebt, Kamerun und Togo dürften zur Berücksichtigung Frankreichs führen. Auch über das Fell des noch nicht erlegten Bären von Ostafrika streitet man sich schon. Nach der „Täglichen Rundschau" vom 28. November 1917 sind in der Zeitschrift „Graphic" die Erfolge der Belgier beim ostafrikanischen Feldzug lobend hervorgehoben. Der belgische Wunsch, Ostafrika zu annektieren, könne aber nicht

Digitized by Google

gewährt werden. Die belgische Zeitschrift „Mstropole“ hat in gereiztem Ton sich gegen die Abweisung gewehrt und mindestens einen Gebietsteil Ostafrikas gefordert, ein weiterer sei Portugal zu geben, der Rest könne englisch werden. In den „Daily News“ vom 9. Januar tritt John H. Harris gleichfalls für Berücksichtigung der Verbündeten ein.

„Man täuscht sich in England, wenn man annimmt, daß die Frage, was mit den deutschen Kolonien geschehen soll, eine rein englische Angelegenheit sei. Belgien denkt an den Kongo. Frankreich werde Sicherheiten in Westafrika fordern. Die Generäle Botha und Smuts sowie Patrick Duncan würden niemals ihre Zustimmung zu einer Wiederherstellung der deutsch-ostafrikanischen Küste geben, weil damit die Möglichkeit der Errichtung von zahlreichen U-Bootstützpunkten gegeben sei. Die Freunde Englands bei den Antipoden und Wilson — letzterer mit Rücksicht auf den Panama-Kanal — würden wahrscheinlich nie in die Rückgabe der Inseln des Stillen Ozeans einwilligen, weil auch diese zur Errichtung von Hunderten von U-Bootstützpunkten ausgebaut werden könnten. Ferner dürfe man nicht die Opfer vergessen, die die Inder (!) bei der Eroberung von Deutsch-Ostafrika gebracht hätten, und denen ein Anteil an der Entwicklung des Landes gebühre. Das Problem des deutschen Kolonialbesitzes und seiner kolonialen Zukunft stellt daher die Regierungen der Verbandsmächte vor eine unendlich schwierige Aufgabe.“

Ich habe diese Abhandlung deswegen angeführt, weil sie als weithin vereinzelte englische Stimme die Berechtigung der übrigen Verbandsmächte betont, bei der Frage des Schicksals der deutschen Kolonien mitzusprechen.

Näher steht uns nun noch die Frage, was zurzeit aus den deutschen Kolonien geschieht, über die der Feind schaltet. Darüber erhalten wir nur wenig Antworten. Japan hat sich in unserem Besitz heimisch gemacht, die Verbandsmächte beuten die Länder gründlich aus. Wie die Kolonien verwaltet werden sollen, darüber gibt es verschiedene Stimmen, die zu gleicher Zeit vielfach einen versöhnlichen Ton erkennen lassen. So hat sich nach dem „Manchester Guardian“ vom 10. Oktober 1917 die „Anti-Sklaverei-Gesellschaft“ mit dem Schicksal der deutschen Kolonien befaßt und zwei Systeme vorgeschlagen. Nach dem einen soll nach dem Krieg in den fraglichen Gebieten eine internationale Verwaltung eingerichtet werden, nach dem anderen soll ein internationaler Kongreß die Grundsätze zur Verwaltung dieser Länder festsetzen.

Im „Daily Chronicle“ vom 1. November nimmt nun Sir H. H. Johnston zu diesen Vorschlägen Stellung. Er ist gegen Einrichtung eines internationalen Verwaltungsrates. Die Zeit, im reichen Afrika ein sogenanntes „Kongo-Regime“ zu errichten, eine ausbeutende Tyrannei, ist vorbei. Wenn auch englische, belgische, französische, italienische und portugiesische Verwaltung ihre Fehler gehabt habe, so läßt sich das Volkstum des tropischen Afrikas doch besser schützen unter der Macht eines der kraftvollen Staaten als durch einen internationalen Verwaltungsrat. Außerdem würde sich in einem internationalen Verwaltungsrat Deutschland bald hervordrängen. — Seine Zulassung ist also als selbstverständlich angenommen! — Johnston fürchtet, daß Deutschland sich durch unlautere Mittel den ganzen Verwaltungsrat in die Hände spielen würde. Wohl aber befürwortet er die Schaffung einer internationalen Konferenz nach dem Kriege, auf der das Verwaltungssystem mit allen den Handel und den Schutz der Eingeborenen betreffenden Fragen geregelt werden könnte. An diesem Kongreß müßten vor allem teilnehmen Amerika, „das in Zukunft über die Entwicklung Afrikas viel zu sagen habe. Auch Holland müßte teilnehmen, und es wäre taktvoll, Brasilien zur Vertreterentsendung aufzufordern.“

„Und Deutschland? Ob Deutschland zugezogen wird, hängt ganz vom deutschen Volke ab. Wenn es bald gerechte Friedensbedingungen vorschlägt, die eine gerechte Wiedergutmachung des in besetzten Gebieten begangenen Unrechtes einschließen.“

Der oben schon erwähnte Noel Buxton spricht sich gegen eine internationale Kontrolle aus in eigenartig versöhnlicher Begründung:

Digitized by Google

„Die Unterstellung des gesamten tropischen Afrikas unter internationale Kontrolle würde eine schwere Demütigung für das deutsche Souveränitätsgefühl bedeuten und überdies auch die Schwierigkeiten keineswegs beseitigen. Die nationale Eifersucht lasse sich nicht durch einen Federstrich aus der Welt schaffen. Die beste Lösung sei die Ausdehnung der Grundsätze der Kongoakte von 1885 auf das gesamte tropische Afrika unter Aufrechthaltung der bestehenden Souveränitäten, abgesehen von dem Kolonienaustausch auf Grund gegenseitiger Vereinbarung."

Seitens der englischen Regierung scheint übrigens für Ostafrika, während der Krieg noch dauert, eine gemeinschaftliche Verwaltung geplant zu sein. Nach „Birmingham Daily Post" vom 11. Dezember soll eine Konferenz von Vertretern der britischen, französischen, belgischen und portugiesischen Kolonialämter zusammenzutreten, um diese Frage zu beraten.

Die bereits erwähnte Denkschrift der britischen Arbeiterpartei aus dem Herbst 1917 will die Freiheit der Entwicklung der Kolonien sicherstellen durch die sofortige Errichtung einer Liga der Nationen. Den Interessen der Menschheit würde am besten gedient, wenn alle kriegführenden Mächte jeden Traum von einem afrikanischen Reiche (nördlich des Zambesi und südlich der Sahara) aufgäben, und statt dessen alle gegenwärtigen Kolonien des tropischen Afrika der Verwaltung der Liga der Nationen übertrügen, die sie nach den Grundsätzen der offenen Tür, des Schutzes der Eingeborenen gegen jede Ausbeutung, der Neutralisierung bei internationalen Reibereien, verwalten müsse. Diese Gedanken sind von dem Bischof Frodsham, wie schon erwähnt, von echt englischen Standpunkt als unausführbar erklärt worden, während der bereits mehrfach erwähnte Johnston sich äußert: „Er wolle lieber, im vollen Bewußtsein dessen, was eine Rückgabe der deutschen Kolonien zur Folge habe, sich damit einverstanden erklären, als mit dem ganz unvernünftigen Vorschlag der britischen Arbeiter."

„Daily Chronicle" korrigiert den Vorschlag der Internationalisierung des tropischen Afrikas dahin, daß man die Fortdauer der wirklichen Herrschaft von Frankreich, Belgien, Portugal und der anderen Nationalitäten über diejenigen Kolonien bestätigt, die ihnen zurzeit gehören! Demnach würden nur die deutschen Kolonien unter internationale Kontrolle fallen!

Andererseits haben diese Vorschläge auch versöhnliche Besprecher gefunden. So befaßt sich mit der Frage der Internationalisierung der deutschen Kolonien, wie sie der Beschluß der britischen Arbeiterpartei fordert, John H. Harris in den „Daily News" vom 11. Januar. Er führt in seinem Aufsatz die Forderung der Arbeiter auf Grundlinien, die dem Nutzen der Kolonien nach seiner Ansicht mehr entsprechen als doktrinäre Forderungen, die „den Schatten für das Ding selbst" halten.

„In dieser Angelegenheit sind alle Augen auf „Gebiet" eingestellt, wogegen ein richtiger Grundsatz und nicht die Gebietsfrage das wesentliche ist." Richtige Sachwalterschaft der Kolonien gibt diesen Erfolg und Aufschwung, wie die englischen es ihm beweisen. Hierauf allein ist zu achten. „Die Wünsche und Interessen der Eingeborenen müssen oberster Beweggrund bei der Betrachtung des Schicksals dieser Kolonien sein. Das oberste Interesse der Kultur in tropischen Gebieten sollte nicht sein, ob Britannien, Frankreich, Portugal oder Deutschland irgendein Gebiet zu eigen oder gemeinsam „besitzen", sondern wie jenes Gebiet am besten entwickelt werden kann zunächst im Interesse der Eingeborenen, sodann zum Gedeihen der Menschheit. „Besitz" verschließt die Tür anderen als den nationalen Pförtnern, richtige Sachwalterschaft stößt sie weit auf."

Harris schaltet die Besitzfrage der Kolonien als für deren Entwicklung unbeträchtlich aus.

„Die Kolonialmächte mögen überall den Grundsatz der Sachwalterschaft, internationaler Verbindlichkeit, klar aufgestellt für geistigen und körperlichen Fortschritt der Eingeborenen, die offene Tür für Handel, Wissenschaft, Erziehung und Industrie, unbekümmert um Nationalität oder Farbe annehmen; dann mag die Obhut ihrer Arbeit irgendeiner inte nationalen Behörde unter einer Liga der Nationen übergeben werden; aber — und das ist wesentlich — die ausübende Tätigkeit ist den nationalen Verwaltungsorganen zu überlassen."

Diese Vorschläge haben viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Programm.

Auch der bekannte Schriftsteller H. G. Wells hat sich mit diesem Vorschlag der Internationalisierung befaßt. Er versteht die Arbeiterforderung anders als Johnston.

Digitized by Google

„Ich betrachte diese Forderungen nicht, als ob bestehende Oberherrschaften abgeschafft werden sollten." Er weist nach, wie verderblich für den Eingeborenen seine Militarisierung, seine körperliche und geistige Demoralisierung ist, wie der Arbeiterzwang, die Ausbeutung der Kolonien nach Rohstoffen nicht im Interesse der Eingeborenen geschieht. Maßnahmen, diese Schäden abzustellen, können nur auf Grund internationaler Abmachungen Erfolg gewährleisten. Ihm schwebt dabei eine mittelafrikanische Staatenvereinigung vor. Gegen die Zulassung Deutschlands ist nichts zu sagen. „Ein neuer Geist in Deutschland vorausgesetzt, sehe ich nicht ein, weshalb die deutsche Flagge nicht in Deutsch-Ostafrika wiederhergestellt werden sollte."

Es ist einleuchtend, daß eine derartige Auffassung der Internationalisierung sich weit von den britischen imperialistischen Zielen entfernt und dem von Dr. Solf vertretenen Programm sich bedeutend nähert.

Daß der „Daily Chronicle" über den von der interalliierten Arbeiterkonferenz gefaßten Beschluß nicht erbaut ist, ist verständlich. Er ändert den bereits angeführten Beschluß der britischen Arbeiterschaft in verschiedenen Punkten zu unseren Gunsten um. So erklärt er, daß die Rückgabe der eroberten Kolonien kein Friedenshinderungsgrund sein dürfe, daß Deutschland nicht durch irgendwelche koloniale Gebietsveränderungen der Mittel beraubt werden dürfe, Rohstoffe zu beziehen und einen Markt für seine Waren zu haben. Er spricht sich für eine internationale Entente aus unter Beibehaltung der nationalen Oberherrschaften. Die von Wells entwickelte Idee von der Gesellschaft der Nationen, die die selbständigen Gebiete überwachen soll, finden wir hier wieder. — Hervorzuheben ist eben nur, daß alle diese Beschlüsse und Ansichten sich mit Mittelafrika allein befassen und Süd- und Nordafrika, das ganz englischem bezw. französischem Einfluß überlassen bleiben soll, außerhalb jeder Erörterung stehen.

Wir haben im Vorstehenden bemerkt, daß in England lediglich über unseren afrikanischen Kolonialbesitz, eigentlich nur über Ostafrika gesprochen wird, daß starke militaristische, imperialistische Gründe weite Kreise des Publikums und vor allem auch die Regierung beherrschen und sich gegen eine Rückgabe der Kolonien aussprechen. Wir haben aber auch ferner erkannt, daß seit dem Sommer 1917 die Stimmen, die einer Kolonialverständigung das Wort reden, sich mehren. Hoffen wir, daß unsere Waffen in Bälde die ganze Frage im deutschen Sinne lösen!

Parlamentarismus und Krone

Von Prof. Dr. von Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum des Auslandes: es handle sich heute in Deutschland um Einführung des westeuropäischen Parlamentarismus im Kampfe mit den Rechten der Krone. Hieraus hat Wilson gelegentlich die Paradoxie abgeleitet, mit keinem Hohenzollern Frieden schließen zu können. An diesem sinnlosen Mißverständnis unserer deutschen Verhältnisse ist am meisten die alldeutsche Presse schuld, welche täglich die Krone als bedroht erklärt.

Wie steht es in Wahrheit? Wir verstehen unter Parlamentarismus diejenige Staatsform, in welcher die Regierung geführt wird in dem Sinne der Parlamentsmehrheit, so daß eine Regierung, welche von diesem Sinne abweicht, unhaltbar wird. Diesen Parlamentarismus brauchen wir nicht einzuführen, denn wir besitzen ihn in ausgeprägtester Form in Preußen, wie denn auch im Westen der Parlamentarismus der geschichtliche Ausdruck einer Klassenherrschaft war. In Preußen besteht eine geschlossene, einheitliche Mehrheit des Landtages. Die leitenden Staatsmänner werden

Digitized by Google

ihren Kreisen entnommen, und ebenso wurzelt die örtliche Beamtenschaft in derselben gesellschaftlichen Schicht. Gegen sie hätte kein Monarch etwa liberal regieren können, auch wenn er gewollt hätte. In großen wirtschaftlichen Fragen scheiterte der Monarch selbst dort, wo er sich persönlich einsetzte. Sobald der Monarch andere Wege als die der Landtagsmehrheit einschlägt, ertönen Drohungen; man ruft nach dem „York", d. h. nach dem General gegen den Monarchen. Abirrende Minister werden gestürzt, und mit dem preußischen Ministerpräsidenten fällt der deutsche Reichskanzler. Am zähen Widerstande der örtlichen Beamtenschaft scheitert alles, was ihrem Klasseninteresse widerspricht. Wenn Herr von Heydebrand es als die Schattenseite des parlamentarischen Systems bezeichnet, daß „die Minderheit einfach zu schweigen hat", so bestand diese Schattenseite in Preußen während eines halben Jahrhunderts. Ein politisches Genie, und wäre es selbst das eines Bismarck gewesen, das nicht das Glück hatte, „ministrabel" geboren zu sein, konnte sich nicht anders als in Druckerschwärze und in Kammerreden ausleben — sehr im Gegensatz zur angelsächsischen Welt, deren leitende Staatsmänner heute zum Teil den unteren Volksschichten entstammen. Mächtiger als zur Zeit des alten Absolutismus, der als Unparteiischer einigermaßen über den streitenden Klassen stand, wurden die Standesprivilegien gerade durch die Verfassung und das Klassenwahlrecht.

Mit dem gleichen Wahlrecht wird zunächst auch in Preußen jener Gleichgewichtszustand eintreten, welcher die Krone erfahrungsgemäß mehr in den Vordergrund rückt. Ob und wann wir von dem preußischen Klassenparlamentarismus zum deutschen Reichsparlamentarismus gelangen werden? Jedenfalls nicht eher, als bis im Reichstag eine geschlossene und dauernde Mehrheitsbildung eintritt, welche die heutige Mehrheit von Erzberger zu Scheidemann sicher nicht bedeutet. Gegen eine feste und innerlich einheitliche Mehrheit dagegen könnte kein Reichskanzler regieren, insbesondere nicht zu einer Zeit unerhörter Steuerforderungen. Der Reichsparlamentarismus wäre da, ohne die Änderung auch nur *eines* Gesetzesparagraphen.

Aber die Stellung des Monarchen brauchte unter einer solchen Entwicklung nicht zu leiden, da ein persönliches Regiment unter den verwickelten Verhältnissen der Gegenwart doch unmöglich geworden ist. Was wäre unter solchen Zuständen die Aufgabe des Monarchen? Den Mann *ihres* Vertrauens ausfindig machen, welcher als Reichskanzler die ersprießliche Zusammenarbeit mit dem Reichstag gewährleistet, den deutschen Volksstaat nicht ängstlich zurückhalten, sondern großzügig entwickeln, dabei die Schärfe des deutschen Schwertes verwahren, die Sachkunde und Lauterkeit der Bureaukratie hüten, kurz, das gute Alte hinüberflechten in das gute Neue — das wäre wahrlich keine geringe Aufgabe der kaiserlichen Krone, welche nach außen die Einheit des Reichs und des Deutschtums vertritt, ebenso wie die einzelnen Dynastien nach innen die Verschiedenheit der deutschen Volksstämme versinnbildlichen. So verstanden, bleibt die Monarchie in den Tiefen unseres Wesens und unserer Geschichte

Digitized by Google

verankert, was mit Carlyle gerade ein Wilson als Gelehrter verstehen sollte. Die Monarchie gewährleistet uns den Zusammenhang und den geordneten Fortschritt unserer Geschichte. Die Monarchie war und ist uns Kulturträger; ihre Sitze wurden Mittelpunkte der Bildung und der Kunst, wie es die Provinzstädte eines Einheitsstaates niemals gewesen waren. Auf ihren Höhepunkten war die Monarchie die Erzieherin zu Vaterland und Freiheit. Nicht die Monarchie als staatsrechtlicher Begriff, sondern Monarchen als lebende Menschen haben ihren Wert unseren Herzen und unserem Kopfe eingeschrieben. Die Monarchie ist solange in Deutschland gesund, als die Monarchen von pflichtmäßiger Lebensauffassung erfüllt sein werden, welche das persönliche Glückstreben dem Dienste des Ganzen unterordnet. In diesem Sinne sprach Goethe zu seinem fürstlichen Freunde, der einer der größten Monarchen aller Zeiten war, bei kleinem Umfange seines Gebietes: „Wer andere wohl zu leiten strebt, muß fähig sein, viel zu entbehren."

Aber gerade die heutige politische Lage, in der wir den Reichsparlamentarismus noch nicht entwickelt haben, hat die Bedeutung und die Verantwortlichkeit der Monarchie auf das höchste gesteigert. Steht doch in Frage, ob es ihr gelingen wird, woran die Stuarts, die Bourbonen und die Romanows gescheitert sind: die alte Zeit ohne gewaltsame Umwälzung in die neue Zeit überzuleiten, die unaufhaltsam emporsteigt, und damit wertvolle Erbbestände geistiger und wirschaftlicher Art zu retten. Nachdem die Krone in der preußischen Wahlrechtsfrage die „Führung" übernommen hat, so dürfen wir vertrauen, daß diese Aufgabe gelöst werden wird.

Es handelt sich heute um nichts geringeres als darum, das Werk der drei Größten der preußisch-deutschen Geschichte zu vollenden — das Werk des unsterblichen Friedrich, der auf schmalem Staatsgebiete stehend, die Gleichberechtigung mit den größten Weltmächten seiner Zeit forderte — das Werk Steins, welcher den Staat rettete, indem er gleichgültige Untertanen zu mitverantwortlichen Staatsbürgern emporhob — das Werk Bismarcks, der durch diesen preußischen Staat das deutsche Vaterland schuf, freilich nicht, ohne eine Kluft zwischen beiden zurückzulassen. Um ihrer vaterländischen Aufgabe willen wurden diese drei Größten die Erzieher zur Freiheit: Der Alte Fritz bereitete in der Gewissensfreiheit den Weg zur Verfassung, die er in einer seiner schönsten Oden als „die Kette" besingt, welche schlechte Monarchen fessele, guten nichts in den Weg lege („libres s'ils font bien, enchaînés s'ils font mal; gedichtet zu Breslau 1761, Werk XII, S. 195/196). Stein verschrieb die Seele Preußens dem Freiheitsgedanken. So oft sein Geist siegreich aus allen Verdunkelungen hervorbricht, steigt Preußens Stern zum Heile Deutschlands und der Menschheit empor. Bismarck endlich, der konservative Junker, konnte unter dem Drucke der auswärtigen Lage nicht anders als eine Verstandesehe mit der Volksfreiheit einzugehen und legte dem jungen Deutschen Reich das allgemeine und gleiche Wahlrecht in die Wiege; manche Verstandesehe hat sich im Laufe der Zeit zur Herzensehe vertieft. Im

Digitized by Google

Zwang ihrer geschichtlichen Aufgabe kamen diese drei Größten zur Verletzung des formalen Rechts: der Alte Fritz, der größte Empörer seiner Zeit, sprengte im Kampf mit dem Kaiser die durch ein Jahrtausend geheiligte Reichsverfassung. Stein und seine Gehilfen wurden von dem Junkertum ihrer Tage als „die königlich preußischen Hofjakobiner" verschrien, welche gottgewollte Abhängigkeiten in den Strudel der Revolution hineinreißen wollten. Bismarck, der Legitimist von Haus aus, kam in Verfolgung seines Werkes dazu, drei altehrwürdige Dynastien zu entthronen — dreimal Revolution, aber geordnete Revolution von oben.

Wer das Werk dieser Größten vollendete, das Vaterland nicht ohne die Freiheit, die Freiheit nicht ohne das Vaterland, der stünde in der Geschichte da als „Keinem ein zweiter": Nulli secundus!

Anklagen auf Defaitismus[1]

Von Geheimrat Prof. Dr. Ernst Troeltsch, Berlin

Defaitisten, d. h. Leute, welche bewußt oder unbewußt die Niederlage ihres eigenen Landes und Volkes herbeiführen wollen, nennt man in Frankreich die Mitbürger, welche den Krieg durch Rückgang auf die vor dem Kriege bestehenden Verhältnisse beenden wollen oder irgend welche Neigung für die Wiederherstellung einer europäischen Völkergesellschaft bekunden. Sie schwächen angeblich den Kriegswillen und verhindern damit das einzige, worauf es ankommt, den absoluten Sieg, der gestatten würde, aus Gebiet und Besitz des Feindes sich für die Kriegslasten und -Schäden zu entschädigen. Die französische Regierung spürt diese Leute bis in die intimsten Privatgespräche hinein eifrig auf und bestraft sie grausam. Ähnlich geht die italienische in Italien vor. In England ist allem Anschein nach das Verfahren ungleichmäßig, bald wird stark zugegriffen, bald können die Leute sich sehr offen aussprechen. Bei uns denkt die Regierung nicht an ein solches Verfahren und hat es auch nicht nötig, da wir die nationale Existenz verteidigen und die Zertretung unseres Bodens durch die Armeen und Kolonial-Barbaren der ganzen Welt abwehren. Darin ist bei uns jedermann einig und entschlossen. Die Schwierigkeiten für uns beginnen erst, wenn es gilt, die politischen Auswertungen dieses siegreichen Verteidigungskampfes und überhaupt die Frage nach den Mitteln der Beendigung zu überlegen. Es ist der Vorteil der Entente bei ihrer numerischen und materiellen Überlegenheit, den Krieg namentlich zur See und als Blockade sehr lange hinziehen zu können, und es ist trotz unserer ungeheuren Leistung die Schwierigkeit für uns, das Ende zu erzwingen. Eine Niederlage ist für uns heute ausgeschlossen, aber das Ende ist schwer herbeizuführen. In solcher Lage ist dann das Auseinandergehen der Meinungen selbstverständlich, um so mehr, da sich mit diesen Fragen überhaupt die weiteren nach den Mitteln einer dauernden Einigung und Kräftigung unseres politischen Willens und nach der Gestaltung der Zukunft verbinden. Hier gehen im allgemeinen die Meinungen in zwei Hauptrichtungen auseinander: die einen bleiben bei dem Grundsatz des Ver-

[1] Siehe Hans Wolfelt, Demobilisierung der Geister? Eine Auseinandersetzung vornehmlich mit Ernst Troeltsch, München 1918. Auf der vom Verleger mitgegebenen Leibbinde steht: Grundsätzliches zur außenpolitischen Haltung der Reichstagsmajorität.

Digitized by Google

teidigungskrieges, denken an die Wiederherstellung einer europäischen Völkergemeinschaft, vor allem an eine Schlichtung der Gegensätze durch eine Art Weltverteilung zwischen Deutschland und England, und erstreben zugleich die inneren Reformen und neuen Erziehungsmittel, mit Hilfe deren allein eine große Weltstellung heute ausgeübt werden kann; die anderen betrachten als Folge wahrhafter Verteidigung die Gewinnung einer unangreifbaren Machtstellung und einer den Wiederaufbau ermöglichenden Kriegsentschädigung, rechnen auf den allein Respekt einflößenden Eindruck rücksichtsloser siegreicher Gewalt, die alle Sympathien und geistigen Gemeinschaften überflüssig macht, und preisen das deutsche konservative Autoritätsprinzip, das sich in unserem Siege bewährt habe und auch bei der weltpolitischen Betätigung mit den demokratischen Schwächlichkeiten der fremden Völker — auch unserer Bundesgenossen — schon fertig werden könne. Zwischen diesen Polen bewegen sich verschiedene Mischungen, in der Hauptsache aber charakterisieren sie doch den letzten Grund der Gegensätze, wobei von den radikalen Welteroberern und von den radikalen Pazifisten und Internationalisten abgesehen werden kann. In diesen Streit hat die Reichsregierung nie eingegriffen. Sie steht in ihrer bisherigen Leitung der ersten Richtung nahe und läßt die zweite gewähren. Wohl aber hat, nachdem der Sturz Bethmanns die zweite Richtung nicht zum Siege in der Regierung gebracht hat, eine private Vereinigung, die Vaterlandspartei, sich den Kampf für einen „Machtfrieden" zur Aufgabe gemacht und bekämpft mit den nunmehr sattsam bekannten Mitteln die Vertreter der Mäßigung oder Verständigung als unpolitische Träumer und unbewußte Defaitisten, bei denen der Übergang auch in den bewußten Defaitismus nur allzu leicht zu vermuten sei. Seit den Erfolgen der Frühjahrsoffensive ist, wie zu erwarten war, die Entlarvung und Bekämpfung der sentimentalen Träumer und der des Machtinstinktes entbehrenden Schwächlinge als Defaitisten im vollen Gange. Da in Wahrheit aber hinter der liberalen Reform und der Verständigungsidee sehr realpolitische Interessen stehen, der die grundsätzlichen Überzeugungen, soweit sie mit den realpolitischen Erwägungen verbunden sind, für die Möglichkeit eines Zusammenlebens mit den anderen Völkern — auch unsern Bundesgenossen — von der größten praktischen Bedeutung sind, so darf man zu diesem Treiben nicht schweigen, so sehr der jetzt eröffnete neue Kriegsabschnitt mit seiner aufs neue ins Unklare zurückgeworfenen Gesamtlage zum Schweigen und Abwarten an sich nötigen würde. Es muß stets aufs neue auf die hohe Gefährlichkeit dieses vielfach gut und patriotisch gemeinten Treibens für Innen- und Außenpolitik hingewiesen werden.

Den Anlaß hierzu gibt mir ein Schriftchen von Herrn Dr. Hans Volkelt in Jena, der vom Standpunkte der Vaterlandspartei aus mich, meine Rede bei der Begründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, den Volksbund selbst, die Reichstagsmajorität, die gesamte politische Linke und schließlich auch noch „die Pazifisten, so lange sie noch irgend Vaterlandsliebe und Staatsgesinnung haben", vornimmt, um diese Gruppen alle zusammen der Schwächung des Kriegswillens, des Unglaubens an den Sieg, des Verzichtes auf die schlechthin notwendigen Sicherungen und Entschädigungen, des Unverständnisses für Politik und Macht, der Schwächlichkeit, Weichheit, Unmännlichkeit und Überverfeinerung zu bezichtigen. Am häufigsten und stärksten kehrt unter diesen Anklagen die auf Schwächung der Willens zur unerbittlichen Härte des Krieges und zum absoluten Siege wieder, die vor allem auf das von mir am Schluß meiner Rede gebrauchte Wort von der „Demobilisierung der Geister" begründet wird. Daher der Titel seines Schriftchens, dem die Rezensionen in den

Digitized by Google

gutgesinnten Blättern vermutlich bald eine über seinen Wert und Gehalt weit hinausgehende Resonanz verschaffen werden.

Natürlich ist eine solche Polemik nur durch unerhörte Konsequenzenmachereien und Unterstellung von unausgesprochenen Voraussetzungen möglich. Literatenstreitigkeiten um die Auslegung ihrer Sätze sind stets widerwärtig und jetzt völlig unausstehlich. So verzichte ich auf die Berichtigungen, die ich ja fast Satz für Satz vornehmen müßte. Ich erwähne nur ein paar Beispiele. Meine Rede handelt ausdrücklich und fast ausschließlich von dem engen Zusammenhang freiheitlicher Innenpolitik und starker und erfolgreicher Außenpolitik und spricht erst ganz zuletzt im Ton persönlichen Bekenntnisses von der Notwendigkeit, daß in allen Ländern der absolute Kriegs- und Vernichtungswille gedämpft werden müsse, als dem einzigen Rettungswege und der sittlichen Pflicht, wenn nicht die europäische Kultur gänzlich zugrunde gehen soll. Herr Volkelt erklärt, die innerpolitischen Forderungen beiseite lassen zu wollen, da der Hauptzweck bei mir der Aufruf zur Demobilisierung der Geister sei, wobei ich „nebenbei" zwar diese Forderung auch an die andern zu stellen bereit, aber in der Hauptsache doch gerade bei uns den Kriegswillen zu brechen geneigt sei! Ich sage weiterhin, daß der Krieg mit rein militärischen Mitteln nicht zu beendigen sei und daher eine auf einheitliche Willenskundgebung der Nation gestützte und dadurch nachdrücklich gemachte politische Arbeit energisch mitwirken müsse. Herr Volkelt macht daraus, daß nach meiner Meinung die militärische Arbeit, die Siege und Blutopfer wirkungslos seien und erst eine demokratische Politik helfen könne; zwar sei das nicht meine persönliche Meinung, aber meine Worte müßten nach den Gesetzen der vergröbernden Massenpsychologie so wirken, und es sei anzunehmen, daß ich das gewußt, also auch gewollt hätte! Oder ein letztes Beispiel: ich bezeichne die Wiedergewinnung unseres Welthandels als das schließliche Hauptziel und sage, daß das der Natur der Sache nach, wenn überhaupt, nur durch Vertrag und Verständigung möglich sei; Herr Volkelt meint, daß das ein sehr materielles und banauses Ziel sei für einen Idealisten, der ich doch sein wolle, und erklärt sich diese Zielsetzung aus einer blinden, naturrechtlichen Vorliebe für demokratische Vertragstheorien, die einer „primitiv-rationalistischen und ethisierenden Denkweise" wie der der Westeuropäer geläufig sei und deren geistiger Einfluß auch auf mich übergegangen sei. Aus lauter Begeisterung für die Vertragslehre kommt also bei mir die Zielsetzung zustande, nicht umgekehrt aus dem Wesen der Zielsetzung die Forderung schließlicher vertraglicher Verständigung, wo doch der Anteil am Welthandel und an der kapitalistischen Weltausnutzung in der Tat durch reine kontinental-militärische Siege nicht erzwungen werden kann! Und dabei bin gerade ich es gewesen, der, wie der Verfasser wohl weiß, den Unterschied deutschen und westeuropäischen staatlichen und sozialen Denkens vor allem aufgedeckt habe, wenn ich auch freilich nie geleugnet habe, daß eine Verbindung von beiden uns not tut. Genug, die Methode solcher Polemik ist klar. Ich bestreite dabei dem Verfasser nicht die Gutgläubigkeit. Wie die heilige Einfalt des Mittelalters sich Ketzereien nur aus Einwirkungen des Teufels zu erklären wußte, so kann sich offenbar Herr Volkelt ein von den Gemeinplätzen des heutigen patriotischen deutschen Literaten abweichendes Denken nur aus den geistigen Verführungen der westlichen Demokratie und aus der Schwäche einer unpolitischen Intelligenz und Willenskraft erklären.

Das psychologische Erklären, d. h. das Unterschieben von Voraussetzungen und Motiven nebst der Entwicklung ungewollter, aber nach den Gesetzen der Psychologie sich

Digitized by Google

ergebender Folgewirkungen, spielt überhaupt eine große Rolle bei ihm. Er wendet dieses Verfahren nicht bloß auf mich persönlich, sondern vor allem auf die gesamte oben genannte Gruppe überhaupt an, und diese kulturpsychologisch-soziologische Studie ist das eigentliche Prachtstück des Buches. Die deutsche akademische Bildung soll, wie man das ja seit Jahrzehnten aus diesen Kreisen hörte und wie es vor 1870 in der Tat einmal der Fall war, charakterisiert sein durch Sentimentalität, Kosmopolitismus, Mangel an Kraft und Energie des politischen Willens, liberalen Doktrinarismus, staatslose Gesinnung. Eine erstaunliche Behauptung! Denn daß heute die große Mehrheit nicht des Volkes, aber der Gebildeten und Besitzenden, vor allem der akademischen Klassen Deutschlands auf dem Standpunkt des Verfassers steht, das zeigt doch Literatur und Presse der letzten Zeit und der Erfolg der Vaterlandspartei im gebildeten Bürgertum nur allzu deutlich. Doktrinär und schulmeisterlich ist, wie Herr Volkelt nicht müde wird zu versichern, die deutsche Bildung allerdings auch heute noch; aber die Doktrinen sind heute wahrlich nicht kosmopolitisch und humanitär, sondern bis zum Überdruß angeblich rein politisch empfunden, machtphilosophisch, eine Art Romantik des nationalen Egoismus und eine Poesie der unerbittlichen Härte des Machtsinnes. Aber Herr Volkelt arbeitet nun einmal mit dem alten Klischee von der sentimentalen und unrealistischen Verbohrtheit des deutschen Bildungsmenschen, während man im Ausland überall ganz umgekehrt jenen vielgerühmten Realismus und Egoismus betätige. So treibe unsere Politik der Linken ein schon sowieso übermäßig sentimentales, friedenseifriges Deutschland immer weiter in die Milde, Versöhnlichkeit und in das „Vertrauen zu den Feinden" (ein Unsinn, den ich nie gesagt habe, den aber der Verfasser mir zuschreibt; ich spreche natürlich nur von dem Vertrauen zum schließlichen Durchbruch der Vernunft bei uns und den andern) hinein, während im Auslande zu solcher Versöhnlichkeit wegen besserer realpolitischer Anlage eine solche Neigung nie bestanden habe und im Kriege, soweit sie etwa vorhanden ist, klug und zweckbewußt unterdrückt werde. So arbeite unsere ganze Gruppe und mit ihr das mich beherrschende unpolitische Vorurteil der Gebildeten dem Defaitismus und damit den Gegnern in die Hand. Nur schade, daß im ganzen Auslande, bei Feinden und Neutralen, hartnäckig das ganz entgegengesetzte Bild von der deutschen Bildungsschicht besteht und daß unsere einheimische Literatur alles tut, um dieses entgegengesetzte Bild leidenschaftlich zu bestätigen. Aber das ficht Herrn Volkelt nicht an. Er konstruiert statt dessen breit und umständlich, wie es zu jener von ihm so beklagten, in Wahrheit gar nicht mehr existierenden Überidealität der deutschen Bildungsschicht kommen konnte und mußte. Da kommt zuerst die Nachwirkung unserer klassisch-literarischen Epoche, die als eine Epoche des Niedergangs in die Welt des Geistes und der Humanität flüchtete und deren Wirkung es ist, wenn das deutsche Volk noch bis heute „das kosmopolitischste Großvolk der Erde" ist. Dann kommt der starke Einfluß der katholischen Internationale und des Papstes, der „übernational und pazifistisch" wirke und durch die Disziplin der Zentrumspresse nur verdeckt werde; weiterhin die Ideenwelt des Sozialismus, die für eine „pazifistische Durchdringung der Mittelmächte" noch wichtiger sei als die des Zentrums und die nach einem kurzen nationalen Aufschwung gegen unsere Feinde pazifistisch, gegen die eigenen Volksgenossen dagegen unerbittlich machtpolitisch verfahre; schließlich „die Massen der unabhängigen Sozialdemokratie und die eine Art eigener Partei darstellenden Lesermassen des ‚Berliner Tageblattes'", wozu es in den glücklicheren Ländern England, Frankreich, Amerika, ja selbst Italien schlechterdings keine Parallele gebe. Damit ver-

Digitized by Google

einigen sich schließlich die von Österreich-Ungarn herüberwirkenden Geistesströmungen, das schon durch seine innere Internationalität mehr Sinn und Geschmack für übernationale Ideen habe als ein homogener Einheitsstaat. Aber das alles ist gar nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist für Herrn Volkelt die schon bereits berührte politische Instinktlosigkeit und Sentimentalität des akademisch gebildeten Deutschen. „Der akademisch gebildete Deutsche ist das theoretischeste Geschöpf der Erde. So ist er für die Lösung praktischer realpolitischer Fragen ganz hervorragend ungeeignet." Daraus folgt, daß im heutigen geistigen Deutschland — man höre und staune — keine philosophische Theorie des berechtigten nationalen Egoismus existiert, während drüben bei den Feinden „die ursprüngliche, komplexe politische Leidenschaft — in England vorzüglich als Differenzierung des allgemeinen praktischen Instinkts, in Frankreich als eine Auswirkung des nationalen Schwunges — jedermann belebt." „Zurzeit besitzen wir — ich will den schönen Satz nicht unterdrücken — keine moderne philosophische Rechtfertigung der gesunden ungebrochenen Vaterlandsliebe, die sich zur vollen Ausnützung der jeweiligen geschichtlichen Lage mit tiefster sittlicher Sicherheit verpflichtet fühlt. Es steht zu hoffen, daß der Krieg uns diese Philosophie noch bringe." Auch Herr Volkelt scheint ein reichlich theoretisches Geschöpf zu sein, wenn auch in der entgegengesetzten Richtung von der, die er tadelt! Er fühlt sich mit dieser seiner allein den Tatsachen entsprechenden Theorie merkwürdigerweise in der Minorität und nennt uns wiederholt die „der Zahl nach" vorhandene Majorität, was ja nur mit Rücksicht auf die sog. unteren Klassen gelten kann. Bald sieht man aber, daß diese Minoritätsstimmung nur die Verstimmung darüber bedeutet, daß die Reichsregierung die „ungeheure nationale Energie", die von diesen realpolitisch und vaterländisch gesinnten Männern dargestellt werde, nicht zu ihrem Maßstab und Berater nimmt. So sei es gekommen, daß im feindlichen Ausland, über dessen innere Verhältnisse und Stimmungen wir ja so sehr wenig wissen und von wo uns nur die chauvinistischen Stimmen mitgeteilt werden, der Kriegswille blüht, bei uns aber ein Mann des Unheils, wie Czernin, die Führung erlangen konnte.

Von dieser psychologischen Grundlage aus werden wir alle und ich insbesondere erklärt, teils milde entschuldigt, teils um der schlimmen Folgen wegen hart bezichtigt. Man kennt das zur Genüge, und ich führe es nur an, um zu zeigen, auf welch harmlosen, von allen wirklich politischen Erwägungen der realen Umstände unabhängigen Voraussetzungen dieser ganze Angriff beruht. Mit dem Wort „harmlos" bezeichne ich dabei die rein theoretische Naivität, mit der diese „grundsätzliche" Betrachtung, wie es auf dem Waschzettel heißt, an unseren wirklichen Absichten und den schwierigen Punkten der wahren politischen Lage vorbeigeht, nicht etwa die psychologisierende Manier, mir Voraussetzungen und Konsequenzen unterzuschieben, die ich nicht habe. Über die wirklichen Absichten und die wirkliche Lage daher noch ein paar Worte.

Was der Volksbund und meine Rede in Wahrheit vor allem wollten, war eine energische Zusammenfassung von Innen- und Außenpolitik. Demokratisch-naturrechtliche Begründungen habe ich für meine Person dabei absichtlich nirgends angewendet, sondern lediglich auf den Zwang der Lage und die Folgerungen aus der sozialen Beschaffenheit des modernen Staates und seiner Kriegsleistungen hingewiesen. Die Demokratisierung, einerlei wie man sonst über sie denkt, ist nötig, um Einheitlichkeit und Freudigkeit unserer Massen zu stärken und die Schwungkraft des Ganzen für einen erfolgreichen Krieg zu mehren. Die mit ihr eng zusammenhängende „Parlamentarisierung" ist nötig, um der deutschen Reichspolitik, die überall in der Welt unter

Digitized by Google

dem Mißtrauen der Unaufrichtigkeit und des Opportunismus leidet, eine stärkere Stoßkraft zu geben und unserm Volk eine politische Erziehung zu verleihen, ohne die es stets nur ein gut verwaltetes Untertanenvolk, aber kein in der Welt vorwärtskommendes Herrenvolk werden kann. In dem psychologischen Zustand unseres von Beamtenregierungen verwalteten Volkes ist die Unfähigkeit zu der Erzeugung der Sicherheit und Kraft, Läßlichkeit und Schmiegsamkeit begründet, die Fremden und Bundesgenossen gegenüber allein uns zu irgendeiner Weltpolitik befähigt und die sich in der Aufzüchtung zahlreicher politischer Führer äußern muß. All das ist Voraussetzung jeder Weltpolitik und ist an die inneren Reformen ebenso gebunden wie das freudige Durchhalten der Massen. Ich brauche darüber nichts mehr zu sagen, nachdem Max Weber diese Gedanken in einer Schrift über „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", der ich großenteils — nicht überall — zustimme, eindrucksvoll von einem rein nationalen Standpunkt aus dargelegt hat. Ich füge nur hinzu, daß hier das rein nationale Interesse mit dem Bedürfnis der Massen nach Gerechtigkeit und Menschenwürde einmal wirklich zusammenstimmt und daß die Demokratisierung heute bei uns keine Aristokratie zertrümmert, die wegen weltmännischen Weitblickes und wegen ihrer Leistungen für Geist und Wissenschaft, Kunst und Sitte, Vornehmheit und Unabhängigkeit unbedingt erhalten bleiben müßte.

Das ist alles also reichlich realpolitisch gedacht, nur eben in anderer Richtung als in der des Herrn Volkelt. Ebenso steht es mit dem politischen Ziel der Kriegsbeendigung. Uns und mir steht im Vordergrund die Wiedergewinnung unseres Welthandels, weil auf ihm die Lebensmöglichkeiten unseres Siebzig-Millionen-Volkes beruht. Er ist nicht bloß durch die endlose Fortdauer eines etwaigen Seekrieges bedroht, sondern heute schon durch die ganz merkantilistische Politik unserer Gegner in Grundlage und Organisation nicht unerheblich zerstört. Dieses Ziel bleibt auch nach den größten Kontinentalsiegen, die wir etwa noch erhoffen dürfen, unerreicht und kann nur dadurch erreicht werden, daß wir England und Amerika zu neuen Verträgen und zur Anerkennung Deutschlands in der Welt als gleichberechtigt veranlassen. Würde das nicht erreicht, so wären wir genötigt, uns auf dem Kontinent und im Osten nach Möglichkeit schadlos zu halten, was unter allen Umständen nur ein äußerst ungenügender Ersatz wäre. Die bisherige Weltgrundlage wäre dann verloren und die neue nur mühsam, langsam und ungenügend zur nötigen Breite auszubauen. Will man aber die alte Grundlage wieder, so wird es, wie die Dinge heute liegen, nicht ohne den Einsatz der äußersten Kraft und gleichzeitig nicht ohne sehr besonnene und kluge Mäßigung möglich sein. Insbesondere müßte dann auch der politisch-moralische Haß gegen Deutschland, mit dem die feindlichen Regierungen ihre Massen beim Kriege halten, nicht immer weiter genährt werden können durch eine deutsche Publizistik, aus der den Gegnern die aufreizendsten und verständnislosesten Proben durch ihre Regierungen immer neu vorgesetzt werden. Hier gälte es bei einer heute noch ungeheuer schwierigen Aufgabe wirklich eine eherne Festigkeit des Willens mit großer Klugheit und Umsicht des Handelns und Auftretens zu vereinigen. Denn das Schwert unserer großen Heerführer reicht nicht in diese Gegenden, und auch die U-Boote allein können das nicht schaffen. Statt dessen erklärt Herr Volkelt die Wiedergewinnung des Welthandels für ein banauses und materielles Ziel und die Forderung einer klugen Vertragswilligkeit für eine naturrechtliche Marotte demokratischer Beschränktheit! Das wahre Ziel liegt ihm ganz abstrakt in der deutschen Größe, in der rücksichtslosen Ausnutzung der glänzenden militärischen Lage, in unangreifbaren Siche-

Digitized by Google

ungen für die stets neu einsetzenden Kriege der Zukunft und in den Kriegsentschädigungen. Was mit alledem geschehen soll und kann, davon redet er nicht. „Der Inbegriff und die Macht der deutschen Gesamtkultur sind der einzig wahre Kriegsziel," ein Satz von ebenso schlechtem Deutsch als von vollendeter politischer Inhaltslosigkeit. Er spottet aus tiefem realpolitischem Verständnis über mein Interesse an der Weltwirtschaft, die ihm offenbar nicht für die deutsche Größe wesentlich erscheint, und schwärmt stattdessen für die männliche und kraftvolle Theorie, „daß in der großen Weltgeschichte, sofern sie vernünftig sein soll, Macht und Recht sich wechselseitig hervorbringen, ja im tiefsten Grunde ein und denselben Quellpunkt haben müssen, daß insbesondere im Kriege die Macht zur Mitschöpferin des Völkerrechts wird!"

Ich brauche wohl nicht zu sagen, auf welcher Seite hier das realpolitische Denken liegt. Meine Auffassung mag unrichtig sein, d. h. irrige Voraussetzungen über Tatsachen und Umstände machen oder falsche Folgerungen aus richtigen Beobachtungen ziehen. Aber sie ist jedenfalls realpolitisch gedacht. Daß sie dabei sowohl mit den politisch-ethischen Wünschen unserer politisch wahrlich sehr gereiften und Unermeßliches leistenden Massen sowie mit den humanen Gefühlen der um die Fortexistenz der europäischen Kultur Besorgten auf weite Strecken zusammentrifft, halte ich nur für einen Vorteil, der realpolitisch und moralisch zugleich ist. Schließlich besteht das Moralische ja doch nicht bloß in der Erhaltung des entschlossensten Kriegswillens, sondern auch in sozialer Gerechtigkeit und internationaler Rücksicht. Und in den beiden letzteren Hinsichten spielt es eine ebenso große realpolitische Rolle im heutigen Geschehen wie die Erhaltung des Kriegswillens, an die Herr Volkelt allein zu denken für das Zeichen ausgereifter Männlichkeit hält.

Und wie steht es nun mit den defaitistischen Wirkungen dieser meiner und der vom Volksbund vertretenen Realpolitik? Entstellt man den Gedanken nicht total, so kann von solchen Wirkungen überhaupt nicht die Rede sein; man müßte denn die Versetzung des entschlossenen Kriegswillens mit nüchterner Besonnenheit und Rücksicht auf gewisse moralische Forderungen schon an sich für defaitistisch halten. Aber auch wenn man in dem ganzen Gedanken die moralischen Elemente stärker betont als ich es selber getan habe, so kann auch dann von defaitistischen Wirkungen nicht die Rede sein. Die akademisch gebildeten Standesgenossen des Herrn Volkelt sind ja dagegen in der ungeheuren Mehrheit von Hause aus immun trotz seiner Betrachtungen über die deutsche Bildung, und für trotzdem Schwankende zeigt die Schrift des Herrn Volkelt, mit wie leichten und einfachen Mitteln ich bei solchen Leuten zu erledigen bin. Es genügt der Hinweis auf Unmännlichkeit, Milde, Versöhnungsbedürfnis, politische Instinktlosigkeit, d. h. auf falsche den Kriegswillen schwächende Grundsätze. Eine andere Frage ist freilich die nach der Wirkung auf die Massen unterhalb der akademischen Bildung. Hier hat Herr Volkelt, soweit ich die Massen kenne, ein gänzlich falsches Bild in ihrem geistigen Zustande und den Mitteln, mit denen auf sie gewirkt werden kann, wenn er meint, ich hätte sie erlöst und beglückt, wenn ich sie durch den Vortrag solcher Gedanken, wie er sie vertritt, in ihrem an sich guten und tapferen Willen bestärkt hätte, statt sie durch einen primitiven Rationalismus und Moralismus in ihrem Kampfwillen irre zu machen. Herr Volkelt unterschätzt völlig das totale Mißtrauen der für den Volksbund in Betracht kommenden Massen gegen alle akademische Literatur und gegen alle offiziöse Kriegsdarstellung. Die Leute sind teilweise recht gut orientiert. Sie wissen, daß die offiziöse Lehre von der Verursachung des

Digitized by Google

Krieges durch die englische Regierung den Tatsachen nicht entspricht, und wissen, daß die Zurückeroberung des Welthandels durch bloß militärische Mittel nicht möglich ist. Sie wollen keine Aufstachelung der Kriegsinstinkte und Leidenschaften, da sie die Notwendigkeit des Kampfes von selbst einsehen, möchten aber einen Weg erblicken, auf dem ein Ende vorstellbar wird. Das Vertrauen auf die U-Boote ist bekanntlich gerade von den Kreisen, denen Herr Volkelt angehört, sehr mißbraucht worden, und die beständigen Argumentationen mit der Notwendigkeit einer Kriegsentschädigung für die wirtschaftliche Zukunft hat den Verdacht erweckt, als läge die Kriegszielsetzung im Interesse der Besitzenden, die dann den Hauptgewinn einstecken würden. Man darf ihnen wirklich nicht bloß mit Begeisterung und bloß mit Schreckbildern von den wirtschaftlichen Folgen eines verfrühten Verzichtfriedens kommen. Man muß zu ihrem Denken und Verstand reden und einen möglichen Weg sichtbar machen. Man muß überdies ihren innernpolitischen und außenpolitischen moralischen Forderungen gerecht werden, wenn man überhaupt von ihnen gehört werden will. Die Schriften des Herrn Volkelt sind gut für seine Standesgenossen, die freilich eine solche „Versteifung" überhaupt nicht mehr nötig haben, sie sind unwirksam für das Volk. Dessen Kriegswille muß mit andern Mitteln erhalten werden, durch die Einsicht in die Notwendigkeit weiteren Kampfes und die Vorstellung eines erreichbaren Endes. Das haben wir gewollt und getan in voller Ehrlichkeit, und glauben, uns dadurch einen Verdienst erworben, nicht eine Schuld am deutschen Kriegswillen begangen zu haben.

Noch eins ist dem hinzuzufügen. Meine Rede und die Politik des Volksbundes entsprach der Lage des Winters, wo die Diplomaten vor einer neuen Offensive naturgemäß eine diplomatische Beendigung versuchen mußten. Noch konnten ungeheure Opfer an Menschen und Gütern erspart werden und konnte die Erneuerungsmöglichkeit für alle Teilnehmer in einem hoffnungsvolleren Stadium festgehalten werden. Europa und mit ihm wir selbst konnten vor weiteren fürchterlichen Verlusten und Verwüstungen bewahrt werden. Diesem Zustande entsprach die damalige Politik auch des Volksbundes. Die Versuche und Hoffnungen des Winters sind gescheitert, der Krieg ist in einen neuen, vermutlich nicht kurzen Abschnitt eingetreten. Das ist allerdings meines Erachtens ein Unglück, aber es ist Tatsache, und nun gilt es natürlich die Tatsachen neu durchzudenken und die Folgen aus unserer immer weitere Dimensionen annehmenden Ostpolitik sowie aus einer möglicherweise dauernden Schmälerung unserer ozeanischen Position sich klar zu machen. Wir werden in dreivierteljahren vermutlich wieder vor ähnlichen Fragen, wie in diesem Winter, stehen. Inzwischen aber müssen die möglichen Folgen der Veränderung der Gesamtlage durch Ostpolitik und Westoffensive neu durchgedacht werden. Ganz wie im letzten Winter werden die Voraussetzungen bei der nächsten Besinnungspause unter allen Umständen nicht sein. Ich habe mich darüber in einem Aufsatz der „Münchener Neuesten Nachrichten" über „Verschiebungen der inneren Front" ausgesprochen, und begnüge mich damit, hier darauf zu verweisen. In diesen Dingen gibt es natürlich keine Dogmen. Der Satz der Prinzipienfestigkeit liegt an anderem Ort.

Darüber ist ein letztes Wort noch nötig. Das betrifft aber eine Sache, die mehr mir persönlich als dem Volksbunde zur Last fällt. Ich habe in meiner Rede ganz am Schlusse ausdrücklich gesagt, daß es außer den realpolitischen und zweckbestimmten Erwägungen noch einen absoluten und außerhalb jeder Frage stehenden Gesichtspunkt gebe: das Interesse der schließlich in letzter Wurzel christlichen europäischen Kultur und Gesittung, das eine Hemmung der Zerstörung und Selbstauflösung und die Möglichkeit

Digitized by Google

einer Wiederberührung der heute maßlos verhetzten Völker verlange, daher jetzt schon noch mitten im Kriege die Dämpfung der Haßstimmung und die Überlegung eines möglichen Wiederzusammenlebens bedenken müsse. Wenn jedes Volk rein für sich nur aufs äußerste den Kriegswillen und den absoluten Siegeswillen mit allen Mitteln aufstachle, so bleibe nur der Kampf bis zur Erschöpfung aller. Die Rücksicht darauf müsse mit in alle Friedensziele eingehen, wobei nur leider ein einzelnes Volk nicht allein vorangehen könne, aber schließlich die hüben und drüben vorhandenen besonnenen Volksteile sich gegenseitig verstärken können. Etwas Ähnliches hat neulich Naumann in einem Artikel der „Hilfe" über den „Tag der Vernunft" ausgeführt. Ohne realpolitischen Wert ist auch das nicht, aber ich gebe gerne zu, daß es mehr aus Gewissenspflicht als aus Realpolitik gesagt worden ist. Herr Volkelt erkennt darin mit Recht die Äußerung eines gewissen humanitär-kulturell gerichteten Geistes und einer mit dem Christentum zusammenhängende Höherstellung der geistigen Menschheitsgemeinschaft gegenüber dem Staat und der Nation, wenn er auch zu Unrecht das erstere mit dem westeuropäischen, individualistischen Rationalismus zusammenbringt und in dem letztern recht charakteristisch eine Verleugnung des Protestantismus findet. Er meint dazu zunächst ziemlich duldsam: „Es steht hier Willensart gegen Willensart, letztlich Weltanschauung gegen Weltanschauung. Wir richten hier nicht zwischen ihnen. Es wird nur festgestellt, daß die eine von ihnen minder kriegstauglich ist." Aber die mindere Kriegstauglichkeit meiner Willensart bringt ihn dann doch wieder in den Harnisch. Er sieht dann doch wieder darin „eine jenseitig orientierte Milde", eine Überversöhnlichkeit und naive Vertrauensseligkeit, gegen die er „harte Worte brauchen" muß. Die Deutschen seien schon so durch ihr Übermaß milder und unpolitischer Gesinnung gegenüber den viel kräftiger hassenden Gegnern im Nachteil, daß es meine Pflicht gewesen wäre, die absoluten Ideale zurückzustellen und umgekehrt „jede Regung der Pflicht oder der Leidenschaft zu fördern, die der Versteifung unserer politischen Haltung dienen kann". Darauf habe ich nur zu erwidern, daß der Haß unserer Gegner in deren breiten Volksschichten immer gerade wieder durch den Hinweis auf diese deutschen Theorien und auf die deutsche Verachtung der demokratischen Ideale genährt wird; daß der Krieg durch fortwährend gesteigerte Versteifungen aller beteiligten Völker nicht beendigt werden kann und daß dann psychologisch die höchste Wahrscheinlichkeit ist, daß die Völker gegen diese Versteifungspolitik sich einmal leidenschaftlich auflehnen werden, wenn man ihnen gar nichts anderes zu sagen hat. Insofern haben doch auch diese Dinge eine recht starke realpolitische Bedeutung, die nach innen und nach außen von den Versteifungspolitikern verhängnisvoll unterschätzt wird. Sofern aber Idee und Glaube als solche in Betracht kommt, werden sie mir durch keine Polemik jemals ausgeredet werden. Hier beuge ich mich niemals und wenn ich den Vorwurf des Mangels an ungebrochen männlichen Instinkten auch noch von viel ernster zu nehmenden Leuten erfahren muß. Es gehört zur Männlichkeit, sich hierin nicht zerbrechen zu lassen, womit eine recht feste und kühle Haltung gegenüber aller Heuchelei und aller Selbstsucht der feindlichen herrschenden und kriegstreiberischen Schichten, sowie eine recht herbe Abweisung der Volkeltschen Phrasen sehr wohl vereinbar ist.

Digitized by Google

Notizen

Die englische Wirtschaftspolitik. Wie die „Times" mitteilen, hat das Londoner Kabinett beschlossen, alle internationalen Handelsverträge zu kündigen. Frankreich ist damit schon vor geraumer Zeit vorangegangen. Für den Krieg haben diese Maßnahmen weder Zweck noch Sinn, denn er hat auf der einen Seite allen Handelsverkehr aufgehoben, auf der andern ein ganz bestimmtes System von Abmachungen geschaffen im rationierten und überwachten Warenverkehr mit Neutralen und Verbündeten, das durch die neue Maßnahme natürlich nicht getroffen wird. England will freie Hand haben nach dem Krieg, seine Wirtschaftspolitik neu und auf eigene Faust einzurichten. Noch ist ja innerhalb der englischen Publizistik die Streitfrage nicht geklärt, ob der Freihandel dem Schutzzoll weichen soll. Sehr starke Gründe sprechen, je stärker der Schiffsraum verringert wird, dafür, der Einfuhr keine Belastungen aufzuerlegen. Auf der andern Seite wachsen aber mit den Kriegsleistungen die Ansprüche der Kolonien und Dominions, im Mutterland ein bevorzugtes Gebiet ihres Absatzes zu erhalten. Wenn auch der positive Schritt zum umfassenden großen britischen Reichszollverein noch nicht getan ist — die Schranken sind weggeräumt. Man begreift, welchen Wert es vor solcher Sachlage besitzt, daß die mitteleuropäische Wirtschaftsverständigung in der Monarchenzusammenkunft vom 12. Mai zum unmittelbaren Programm erhoben wurde.

Irland und Englands Ernährung. Das Zurückweichen Lloyd Georges von seinem ursprünglichen Programm, die Dienstpflicht rasch auf Irland auszudehnen, wird nicht nur durch den Widerstand aller irischen Parteien erklärt, sondern durch die Schwierigkeiten, die ein irischer Lieferungsstreik auf dem Lebensmittelmarkt bringen würde. Derlei muß er aber in den nächsten Monaten dringend vermeiden. In England fehlt es natürlich nicht an den Stimmen, die heute schon die irische Leistungsunwilligkeit für die Knappheit verantwortlich machen wollen. Der „Statist" vom 16. März macht auf die Bedeutung der „grünen Insel" für die englische Ernährung mit eindrucksvollen Zahlen aufmerksam:

„Tatsache bleibt, daß England verhungert wäre ohne die Lebensmittellieferungen Irlands, das in Friedenszeiten und auch jetzt noch die Hauptbezugsquelle war und ist. Viele Geschichtschreiber sehen in der langen Reihe von Maßnahmen zur Unterdrückung des irischen Gewerbefleißes einen Versuch, aus der Insel eine Art landwirtschaftliches Anhängsel Großbritanniens zu machen zwecks Versorgung von dessen gewerbetreibender Bevölkerung. Ob das zutrifft, darauf kommt es jetzt nicht an; Tatsache aber ist, daß England aus Irland mehr Rindvieh und Rindfleisch, mehr Kartoffeln, mehr Geflügel und mehr Eier einführt als aus irgendeinem anderen Lande der Welt, daß Irland auf der Liste der Länder, die Schweinefleisch, Speck, Schinken und lebende Schweine, Butter und Hafer liefern, an dritter Stelle, und auf der Liste der Hammelfleisch liefernden Länder an vierter Stelle steht. (Zahlen von 1915.) In diesem Jahre betrug der Wert der irischen Ausfuhr nach England:

an Rindvieh und Rindfleisch	15 800 000	Pfd. Sterl.
an Schweinen und Speck	6 800 000	„ „
an Butter	5 700 000	„ „
an Schafen und Hammelfleisch	1 130 000	„ „
an Hafer	920 000	„ „

Der Gesamtwert landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Nahrungsmittel und Getränke, die nach Großbritannien ausgeführt wurden, belief sich auf fast 49 Millionen Pfund.

Über die Ausfuhr von lebendem Vieh liegen neuere Zahlen vor, die den Gedanken einer Zurückhaltung der Nahrungsmittel besonders widerlegen: 1917 wurden, einschließlich der Milch-

Digitized by Google

kühe und Kälber, 889 000 Haupt von Irland nach Großbritannien ausgeführt (gegen 890 000 im Jahre 1916), darunter 405 000 fette und 395 000 magere Rinder, an Schafen im gleichen Jahre 763 000 Haupt (gegen 637 000), und an Schweinen 200 000 (gegen 278 000, wegen des durch Futtermangel verursachten Rückganges der Bestände).

Insgesamt wurden an Schlacht-, Milch- und Zugvieh (außer Armeepferden) im Jahre 1917 1 865 000 Haupt (gegen 1 816 000 Haupt im Jahre 1916) nach der Schwesterinsel ausgeführt. Diese Leistung ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig Irland seine Anbaufläche um 637 000 acres vermehrte, was kein anderes kriegführendes Land in gleichem Maßstabe fertiggebracht hat.

Dabei ist noch besonders zu betonen, daß die Preisregelungs- und sonstige Verordnungen des Lebensmitteldiktators hinsichtlich Irlands keineswegs dazu angetan gewesen sind, den besonderen irischen Verhältnissen Rechnung zu tragen und diese Leistungen zu begünstigen.

Man kann sich im übrigen nur wundern, daß die Frage der Beschränkung der irischen Lebensmittelausfuhr nach England nicht allgemein aufgenommen worden ist. Die Iren haben die Zeit der Hungersnot noch lebhaft im Gedächtnis, und selbst jetzt noch herrscht im Westen unter einem Teil der Bevölkerung dauernde Armut und eingewurzeltes Elend. Man macht sich dort also die bedauerlichen Folgen einer Lebensmittelknappheit viel deutlicher klar. Dabei ist ferner die Kaufkraft der irischen Bevölkerung nicht ebenso stark gewachsen, wie die der englischen, und die Iren kaufen ihre Nahrung auf einem Markt, der anderen, wirtschaftlich entschieden im Vorteil Befindlichen, auch offen steht. Freilich führt England Nahrungsmittel nach Irland aus, aber meist solche fremden Ursprungs, die unter normalen Verhältnissen unmittelbar nach Irland gehen würden; wie die Dinge liegen, erhebt England davon einen Durchfuhrzoll, den es einstreicht.

Deshalb sind wir Irland Dank dafür schuldig, daß es seine Nahrungsmittel mit uns teilt, und wenn einige der Einschränkungen, die hier gelten, dort nicht Platz greifen, so liegt das an der Schwierigkeit der Rationierung der Selbstversorger, die sich in gleicher Weise in Frankreich, Deutschland, Österreich, sowie überall in Europa geltend gemacht hat. Auch in England selbst gelten ja die Haupteinschränkungen zurzeit nur für London und die ‚home counties'."

Die englische Baumwollindustrie. Ein Liverpooler Bericht im „Statist" vom 4. Mai malt von den Aussichten der englischen Baumwollindustrie — der Hauptindustrie Englands — trotz der in Amerika sinkenden Baumwollpreise folgendes sehr trübe Bild: Die folgenden Zahlen zeigen, daß zwar das sichtbare Angebot der Welt an amerikanischer Baumwolle ziemlich ebenso hoch ist wie letztes Jahr, dafür aber England und das europäische Festland an Baumwolle knapp sind, während Amerika über einen Überschuß verfügt, der unter normalen Verhältnissen gebraucht werden würde, um die europäischen Vorräte aufzufüllen (in Ballen):

	26. 4. 1918	27. 4. 1917
Vorräte und schwimmend:		
England	270 790	642 240
Vorräte und schwimmend:		
Festland	226 790	438 250
Vorräte: Amerika	2 552 000	1 972 000
Zusammen . .	3 048 790	3 097 490

Der Liverpooler Markt wird völlig von der Schiffsraumfrage beherrscht, und da Raum für Baumwolle nicht zu haben ist, so könnten Preise, selbst wenn man sie schrankenlos steigen ließe, ihre natürliche wirtschaftliche Wirkung, Baumwolle herzulocken, nicht ausüben. Diese Erwägung rechtfertigt die Preisregelung durch die Regierung und erfordert gebieterisch eine

Digitized by Google

noch strengere Rationierung der Fabriken, als sie augenblicklich Platz greift. Die Regierung muß sich, und zwar rasch, darüber schlüssig werden, ob sie eine weitere Verbrauchseinschränkung erzwingen will, so daß die Vorräte für einen längeren Zeitraum ausreichen, oder ob sie die Spinnereien im jetzigen Maßstabe weiter arbeiten lassen will, um dann im Sommer ein plötzliches Ende folgen zu lassen. Diese Aussichten sind nicht erfreulich, aber eine andere Wahl gibt es nicht, wenn nicht die Regierung viel reichlicheren Schiffsraum für Rohbaumwolle freigeben kann. Diese Möglichkeit hängt von der militärischen Lage ab, und wie alle Welt zugibt, muß die Versorgung der Heere in Frankreich und England und der Verbandsländer mit Nahrungsmitteln den Vorrang haben. Der Bedarf der Verbandsflotten und Heere an Baumwollerzeugnissen gestaltete die Lage noch schwieriger, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß binnen kurzem alle unsere Fabriken für Regierungsaufträge in Beschlag genommen werden, so daß für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung in der Heimat und den Ausfuhrhandel nichts mehr übrig bleibt.

England und Japan. Was für Mühen es der offiziellen englischen Publizistik macht, das wachsende Mißtrauen des Volkes gegen Japans Politik zu beschwichtigen, zeigt ein sehr charakteristischer Aufsatz des „Daily Telegraph" vom 3. Mai. Das Blatt schreibt: „Japans Stellung in diesem Kriege wird sehr verschieden beurteilt. Die einen begrüßen den von Japan geleisteten Beistand, die anderen sind sehr dagegen. Die letztere Richtung malt immer wieder die gelbe Gefahr an die Wand und unterstellt den leitenden Männern Japans ehrgeizige Pläne und Unzuverlässigkeit. Aus vielen Gründen, auf die man jetzt nicht näher eingehen kann, sind namentlich die Handelskreise im fernen Osten geneigt, an langer Hand vorbereitete Komplotte zu glauben, die ihren Nährboden in Tokio haben. Wenn wir von den lächerlichen Rassenvorurteilen absehen, haben wir eigentlich keinen Grund, Japan eine unaufrichtige und ränkesüchtige Politik zuzutrauen, die einst den jetzigen Bundesgenossen verraten könnte. Wir haben mit unserem, seit lange bestehenden Bündnis mit Japan nur gute Erfahrungen gemacht. Wir haben damit Deutschland in Schach gehalten und sind den Russen näher gekommen. Die Dienste, die Japan während des Krieges der Sache des Verbandes geleistet hat, liegen auf der Hand.

Daß die Japaner Realpolitik treiben, ist ihr gutes Recht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie in weitestem Maße den Ozean beherrschen, aber der Stille Ozean ist groß und bietet genug Raum für die anderen Nationen. Die Beziehungen Japans zu China sind durchaus praktischer Natur, und es ist nur natürlich, daß es alle wirtschaftlichen Vorteile genießen will, die ihm dank seiner Lage und seiner Macht zukommen. Gerade weil Japan an eine Politik der bewaffneten Macht glaubt, wird es nichts unternehmen, was diese Macht gefährden könnte. Im gegenwärtigen Augenblick führt Japan durchaus nichts gegen Rußland im Schilde. Es will im Gegenteil den Russen beim Wiederaufbau mithelfen, wobei es die feindliche Propaganda in Sibirien nicht aus dem Auge verliert. Aus diesem Grunde geht Großbritannien in Asien Schulter an Schulter mit Japan vor. Viele unserer Untertanen gehören dem buddhistischen Glauben an, und schon aus diesem Grunde sympathisieren wir mit dem großen buddhistischen Reiche." Der letzte Satz ist in seiner wehmütigen Komik kaum zu übertreffen!

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5 — Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Soeben erschien:

Militarismus

von

H. W. von Herwarth

Vossische Zeitung: „Oberstleutnant H. W. von Herwarth, der früher der deutschen Botschaft in Washington als Militär-Attaché angehörte, hat sich das Verdienst erworben, dem bösartigsten feindlichen Propaganda-Schlagwort mit wirksamem Beweismaterial entgegenzutreten. Die von ihm verfaßte Broschüre trägt den Titel „Militarismus" und zeigt in schlagkräftiger Sprache, was der englische Marinismus für die Welt bedeutet hat. Demgegenüber ist der deutsche Militarismus nichts anderes als die Kampfeignung eines Volkes, die auf allen Gebieten in jahrhundertelangem Ringen um eine freie Existenz, eine gedeihliche Entwicklung und eine Betätigung seiner völkischen Eigenart erworben wurde. Das englische wie das Entente-Kriegsziel „Vernichtung des deutschen Militarismus" bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Erdrosselung unseres ganzen Volkes bis zum letzten Mann."

Preis 50 Pfennig

Durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag der „Deutschen Politik" zu beziehen.

Verlag der „Deutschen Politik"
Gustav Kiepenheuer / Weimar

Digitized by Google

Soeben ist erschienen:

Vom kommenden Weltfrieden

Herausgegeben von **Karl Jünger**, eingeleitet von **Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech**

Mit Beiträgen von:

Dr. Bruno Ablaß, M. d. R.
W. Bacmeister, M. d. Pr. A.
Wilhelm Blos, M. d. R.
Dr. Eduard David, M. d. R.
Edmund Fischer, M. d. R.
Joh. Fischer, M. d. W. L.
Gustav Hoch, M. d. R.
Graf Wilhelm zu Hoensbroech, M. d. Pr. H.
Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R.
Liz. Reinh. Mumm, M. d. R.
Rudolf Oeser, M. d. Pr. A.
Osel, M. d. B. A.-R.
Dr. Maximilian Pfeiffer, M. d. R.
Dr. h. c. A. von Rieppel, M. d. B. R.
Fürst Otto zu Salm-Horstmar, M. d. Pr. H.
Schlee, M. d. R.
Graf A. von Spee, M. d. Pr. A.
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Graf von Zieten-Schwerin, M. d. Pr. H.

In der Stunde der Entscheidung erscheint dieses Buch

Es ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweifellos zu den meistgekauften Büchern der nächsten Zeit zählen wird. Jeder Deutsche sollte es gelesen haben. Vorrätig in jeder guten Buchhandlung.

Kleine Montanusbücher Band 8: Mk. 1.50

Der Montanusverlag zu Siegen 18

Soeben ist erschienen:

Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem

Von **Dr. Gustav Stolper**

Herausgeber des „Österreichischen Volkswirt"

Zweite und dritte Auflage

Preis geheftet M. 5.— = K 7.50, gebunden M. 6.50 = K 10.—

Friedrich Naumann über das Buch von Stolper: „Der Unterschied meines im Sommer 1915 geschriebenen Buches „Mitteleuropa" vom jetzt erschienenen Stolperschen Buche „Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem" ist der, daß Stolper die Kriegswirtschaft der Zwischenzeit scharf begriffen hat und von ihr aus Folgerungen zieht. Ich mußte noch sagen: Mitteleuropa wird kommen! Stolper aber ruft: Es ist bereits da, nur wird es von euch noch nicht gesehen!"

Handelsminister a. D. Dr. Franz Stibral über das Buch von Stolper in der „Neuen Freien Presse": „Das Werk Stolpers ist eine ganz ausgezeichnete, ernste und überzeugungstreue Arbeit, die weitaus zu den tiefsten gehört, die über das Problem sich haben vernehmen lassen..."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag von Franz Deuticke, Leipzig und Wien

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 673
Rohrbach, Ukrainische Eindrücke 675
Weber, Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen 680
Nagel, Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage 685
Lenz, Vom Militarismus und vom Kriege 691
Voß, Uneheliche Mütter und Kinder 698
Notizen 701

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang | 31. Mai 1918 | Heft 22

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Flugschriften der „Deutschen Politik“

Soeben erschien:

Deutschlands moralische Aufgabe im Weltkrieg

Zwei Kundgebungen des Prinzen Max von Baden

Prinz Max von Baden war die treibende Kraft für die Anerkennung des Humanitätsprinzips in der Gefangenenfürsorge und stellt die Forderung, Deutschland müsse zuverlässig sein in den Fragen der Menschlichkeit. Die Kundgebungen, die nicht ohne erfrischende Selbstkritik an Deutschland sind, bedeuten eine moralische Offensive gegen den Feind.

Preis 40 Pfg.

Durch jede gute Buchhandlung

Gustav Kiepenheuer Verlag · Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 31. Mai 1918 • Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die britische Arbeiterbewegung hat unter dem Eindruck der deutschen Westoffensive ihren unruhigen Charakter verloren, aber, als in den militärischen Operationen eine Pause eingetreten war, begann in politischen Kreisen die Friedensdebatte sich wieder zu melden, und zwar unter merkwürdigen Formen. In einer historischen Betrachtung. Man merkte, daß das Kabinett im Jahr 1917 Friedensmöglichkeiten nicht sorgsam und ehrlich erforscht, sondern sich dem französischen Kriegsterrorismus unterworfen hatte, und man wurde Zeuge, wie Cecil die gleiche Starrheit auch als künftiges Programm ankündigte, als er der gefürchteten deutschen Friedensoffensive zuvorkommen wollte. Seine Rede sollte das deutsche Militär provozieren, die deutsche Politik, sofern sie aktiv werden wollte, lähmen. Aber der Eindruck, den sein Manöver machen sollte, muß nicht genügt haben, wenn Wilson auch sekundierte. Denn Balfour entschloß sich, eine Rede zu halten, die wieder an pazifistische Denkgewohnheiten etwas Anschluß suchte. Es mag auch auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben sein, daß in der Maurice-Debatte die Opposition zum erstenmal sich klar darstellte und gliederte — das war deren symptomatische Bedeutung. Der politische Sachverhalt ist durch diese Reden weder geändert noch zu einer neuen Lage gefördert. Das Kabinett, indem es seine Vergangenheit zu reinigen versuchte, blieb auch in seiner vorbeugenden Taktik den Nachweis schuldig, daß es sich die Freiheit einer unbefangenen Entschlußfähigkeit bewahren konnte. Es hat sich an Clemenceau gebunden.

*

Die irische Frage bleibt unentwirrbar. Daran ändern auch die Massenverhaftungen nichts, gleichviel, ob den irischen Führern der Hochverratsprozeß gemacht wird, oder ob man sich begnügt, sie in einer Art von Schutzhaft zu halten. Ehe nicht volle Homerule gewährt ist, wagt man nicht mit der Dienstpflicht Ernst zu machen — also bleibt beides unerledigt. Die Taktik des Kabinetts heißt: aufschieben. Lloyd George muß darauf verzichten, seiner großen Rede die wirksame Tat folgen zu lassen. Daran krankt seine innerpolitische Autorität, während der Gegensatz zum Militär latent bleibt.

*

England hat bekanntlich die Lichnowsky-Broschüre in einer Massenauflage verbreitet, um damit die antideutsche Propaganda zu schüren. Gleichzeitig hat aber auch die

Digitized by Google

Tatsache, daß man in Deutschland die Denkschrift des früheren Botschafters in allen Zeitungen abdrucken konnte, drüben einigen Eindruck gemacht — denn man nährte sich dort vom Glauben, daß in Deutschland eine offene Erörterung der Schuldfrage verboten oder erstickt werde. Es ist ein charakteristischer Vorgang, daß wissenschaftliche Kreise, darunter Leute, die nach dem Kriegsbeginn in Aufsätzen und Broschüren den Kampf gegen Deutschland aufgenommen hatten, jetzt das Bedürfnis empfinden, die geistige Demobilisierung einzuleiten. Sie wollen aus der Verwirrung der publizistischen Hetze herauskommen und appellieren an das Gewissen der deutschen Gelehrten. Dies ist als Symptom wichtig genug, aber es kann aus der akademischen Betrachtung in Wirksamkeiten der Politik nur dann übergehen, wenn diese englischen Gelehrten ihren moralischen Einfluß mit demselben Pathos ihrer eigenen Regierung, den George und Cecil und Law, zuwenden.

*

Nach der Niederwerfung der russischen und finnländischen Roten Garde beginnt die Frage der Staatsform die Geister in Finnland zu erregen. So verständlich es ist, daß die bürgerlichen Elemente nach den roten Wochen möglichst schnell zu festen geordneten Zuständen kommen wollen, so gefährlich dürfte es sein, die Entscheidung „Monarchie oder Republik" übers Knie zu brechen. Bestätigt es sich, daß außer der Sozialdemokratie auch die Agrarier (d. h. die Bauern), die die Masse der Weißen Garde gestellt haben, gegen eine monarchische Spitze sind, so dürfte ein genügend tragfähiges Fundament für eine solche Staatsform fehlen. Unter solchen Umständen müßte Deutschland mehr als je alles vermeiden, was nach einer Einflußnahme in diese innere finnländische Sache aussähe.

*

Je unverhüllter das Kadettenministerium in der Ukraine moskophile Tendenzen in die Verwaltung hineinbringt, um so wichtiger ist es, daß deutscherseits dem ukrainischen Volke zum Bewußtsein gebracht wird, daß Deutschland ein starkes Interesse an der ukrainischen Selbständigkeit besitzt. Die Rede des deutschen Vertreters in Kiew, Botschafters Baron Mumm, in der auf die Notwendigkeit demokratischer Reformen in politischer, agrarpolitischer und kultureller Hinsicht hingewiesen wurde, ist daher ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß wenigstens an dieser Stelle die Bedeutsamkeit des ukrainischen Problems für Deutschland richtig eingeschätzt wird. Um so bedauerlicher ist es, daß die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus Kiew Korrespondenzen erhält, aus denen unverhüllter Moskowiter Geist hervorlugt. Glaubt man wirklich damit „moralische Eroberungen" machen zu können? Wird nicht vielmehr dem Mißtrauen der Ukrainer, daß Deutschland den kadettischen Kurs der Hetmann-Regierung stütze, neue Nahrung zugeführt? Nach solchen Leistungen wird der Stoßseufzer eines ukrainischen Patrioten verständlich, der kürzlich sich verwunderte, daß die deutsche Presse mit Vorliebe Vertreter nach Kiew schicke, die russischer seien selbst als das dort amtierende Kadettenministerium.

Digitized by Google

Ukrainische Eindrücke

Von Dr. Paul Rohrbach

Ich war zwei Wochen in der Ukraine, in Kiew und in verschiedenen Provinzorten, und möchte im Folgenden zusammenfassen, wie sich mir nach dieser persönlichen Erkundung die Lage darstellt. Zunächst zwei Proben dafür, wie augenblicklich in Deutschland über die ukrainische Frage geurteilt wird. 1. Adolf Grabowsky schreibt im „Neuen Deutschland" (15. Mai 1918):

Will man außerhalb der Diplomatie einzelnen Elementen die Schuld an der unerfreulichen Ukrainepolitik zuschieben, so muß man die Ukrainophilen, also Rohrbach und seine Freunde, haftbar machen. Sie haben dem deutschen Volke so lange von der riesenhaften ukrainischen Bewegung vorphantasiert, sie haben so oft versichert, daß man dieser Ukraine gegen Großrußland zu Hilfe kommen müsse, daß es schließlich fast alle unsere leitenden Staatsmänner geglaubt haben. In Deutschland braucht man ja nur ein politisches Steckenpferd, und sei es auch das lächerlichste, immer aufs neue zu reiten, um als großer Politiker zu gelten ... Unseren ukrainophilen Steckenpferdrittern saßen die russophilen Ritter gegenüber, die, ohne an die russische Bevölkerungsgefahr zu denken, uns stets beschworen, wir möchten um Gottes willen Rußland nicht im geringsten wehe tun. Während man aber die Herrschaften ignorierte, ja sogar soweit links liegen ließ, daß man dem Russischen Reiche lebenswichtige Teile abnahm, geriet man mit Kopf und Kragen in die Netze der Ukrainophilen.

2. Im „Vorwärts" vom 23. Mai 1918 heißt es in einem längeren Artikel „Die russische Gegenrevolution in der Ukraine" (der darin wiedergegebene Brief aus Kiew enthält einzelne Irrtümer, im übrigen aber gute Nachrichten) u. a.:

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Auseinandersetzung zwischen Großrussen und Ukrainern stets als die eigene Angelegenheit dieser beiden Stämme betrachtet, und sie sieht durchaus kein Unglück in der Möglichkeit, daß sich auf der Grundlage beiderseitiger Freiwilligkeit eine Wiedervereinigung anbahnen könnte. Die deutsche Regierungspolitik hingegen scheint bis vor kurzem die Zerschlagung Rußlands als ihren größten Triumph betrachtet zu haben, sie ist aber drauf und dran, aus wahrer Affenliebe zu den sog. „staatserhaltenden" Elementen diesen ihren vermeintlichen Triumph wieder zu nichte zu machen. Mit heiterem Erstaunen liest man in einem W. T. B.-Telegramm den Trinkspruch, den der Botschafter v. Mumm aus Anlaß des Besuches des Herrn von Waldow in Kiew gehalten hat: „Er hoffe bestimmt, daß sich nach siegreich beendetem Kriege aus unserer militärischen Hilfeleistung für das junge Staatswesen eine dauernde friedliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche auf kulturellem und politischem Gebiete entwickeln werde. Man würdige in Deutschland durchaus den Wunsch des ukrainischen Volkes, seine Existenz fortan auf demokratischer Grundlage zu gestalten und sei ferner davon überzeugt, daß neben der unter unserer Mitwirkung bereits erfolgreich angebahnten Finanzreform die Durchführung der dringlichen Agrarreform sowie eine klare Kulturpolitik auf nationaler Grundlage der beste Grundstein für das neue Staatsgebäude sein würde."

An die Wiedergabe des Inhalts der Botschafterrede knüpfte der „Vorwärts" den ironischen Satz, er wolle nunmehr mitteilen, „wie es in der Ukraine wirklich aussieht"! Beide Auslassungen, die im „Neuen Deutschland" und die im „Vorwärts", zeigen, wie schwer es ist, von draußen über die Dinge zu urteilen, selbst wenn man, wie der „Vorwärts", brauchbares Material bekommt.

Digitized by Google

Es ist ganz richtig, daß irgend jemand nach Kiew, Charkow, Odessa und Rostow fahren, sich dort wochenlang in der gebildeten Gesellschaft nach der „Ukraine" umhören und mit der Auskunft zurückkommen kann: es gibt gar keine Ukraine und keine Ukrainer! Dasselbe haben mir jetzt in Kiew ausgezeichnete und gebildete Leute deutscher und russischer, ja selbst ukrainischer Herkunft versichert, die im Lande geboren und aufgewachsen waren. Hörte man sie allein, so könnte man wirklich auf den Gedanken kommen, die Ukraine „bestehe nur aus einer Bibelübersetzung vom Jahre 1185, einer Märchensammlung vom Jahre 1374 und den Artikeln des Herrn Rohrbach". Trotzdem bin ich von meiner ukrainischen Reise zurückgekehrt mit einem festeren Glauben an die Stärke der ukrainischen Bewegung, als je vorher, und wie mir, so geht es jedem, der an der richtigen Stelle beobachtet und auf die richtige Fragestellung geführt wird. Woher kommt das? Die beiden sozialen Hauptschichten in der Ukraine, hier die städtische Intelligenz, die Leute von Besitz und Bildung, Akademiker, Beamte, Geschäftsleute, Industrielle, dort die Masse des Volkes mit den aus ihr sich emporhebenden geistig-politischen Kräften, leben nicht nur in zwei verschiedenen Welten, sondern sind selbst zwei solche Welten. Es erscheint kaum glaublich, aber es ist wahr, daß die gebildete russische Gesellschaft, die sich in der Ukraine ja fast ganz auf die größeren Städte beschränkt, von der mehr von unten kommenden national-ukrainischen Bewegung nichts gemerkt hat, und wenn sie etwas davon bemerkte, so hielt sie die politisch-ukrainischen Bestrebungen (die volkstümlichen standen vorübergehend sogar in Mode) für lächerlich und bedeutungslos.

Ganz anders verhielt sich von jeher die russische Regierung. Sie hat immer möglichst wenig vom Ukrainertum gesprochen; aber sie kannte und verfolgte es genau und hat nie aufgehört, es als den gefährlichsten Feind der russischen Gesamtstaatsidee zu betrachten und zu behandeln. Die Errichtung einer ukrainischen Universität Lemberg ist von russischer Seite noch kurz vor dem Kriege als „Kriegsfall" bezeichnet worden, weil von da der ukrainischen Bewegung im ganzen das gekommen wäre, was ihr bisher noch fehlte, eine breitere, zugleich wissenschaftlich-akademisch und national durchgebildete Führerschaft. Ich habe einen gebildeten, aber russisch geschulten und aus Überzeugung ganz russifizierten Ukrainer in Kiew, der mir zu beweisen suchte, daß die Ukraine sich bescheiden müsse, ein Stück Rußland zu sein, gefragt, was seiner Meinung nach die Bildung der einige sechzig Mitglieder starken ukrainischen Fraktion 1907 in der zweiten Duma bedeute? Er wußte überhaupt nichts Näheres über diesen Vorgang, geschweige denn über seine Bedeutung! Die erste und die zweite Duma wurden auf Grund eines stark demokratischen Wahlrechts gewählt, weil der Zar und die Regierung glaubten, sich auf die Bauernstimmen als unbedingt zarentreu verlassen zu können. Das war eine falsche Rechnung. Die Bauern wollten Land, und der schärfste Landhunger herrschte in der Ukraine; Landhunger und zugleich Stammesabneigung gegen den Moskowiter. „Vater," sagt der ukrainische Bauernjunge, „ein

Digitized by Google

Teufel kriecht in unser Haus!" „Macht nichts, er ist kein Moskal", entgegnete der Alte. So sagt die ukrainische Volksredensart. Fast alle von der bäuerlichen Masse in der Ukraine gewählten national-ukrainischen Abgeordneten, Bauern wie Nichtbauern, schlossen sich in der Duma zu einer Fraktion zusammen und verfaßten ein Programm für eine weitgehende ukrainische Autonomie. Damals standen die ukrainischen Abgeordneten noch auf dem Boden des russischen Gesamtstaates, verlangten aber bereits lokale Selbstverwaltung, ukrainische Sprache in Schule, Gericht und Kirche und Landreform zugunsten der Bauern. Wenn wir die Autonomie mit eigenem Landtag haben werden, sagte schon in der ersten Duma ein ukrainischer Abgeordneter, so werden wir uns auch in betreff des Bodens Rat schaffen können! Diese Vorgänge in der Duma durften nie veröffentlicht und in der Presse mit keinem Wort berührt werden. Die Regierung verbannte noch 1907 die ukrainische Bewegung, kaum daß sie versucht hatte, öffentlich aufzutauchen, wieder „unter die Erde", und die russisch Gebildeten in den Städten, wo nur eine geringe ukrainische Bevölkerung lebt, fuhren fort, nichts von ihr zu merken. 1911 aber erklärte der Minister Stolypin: „Rußland hat, vom 17. Jahrhundert angefangen, gegen die ukrainische Bewegung beständig gekämpft und wird sie auch weiterhin bekämpfen, da sie die Einheitlichkeit und Unteilbarkeit des Staates gefährdet."

In der Ukraine ist etwa ein Viertel der Bauern ohne oder so gut wie ohne Landbesitz, und von dem Rest hat mehr als die Hälfte weniger Land als eine Bauernfamilie braucht, um davon zu existieren. Alle diese Bauern wissen, daß sie von Moskau und vom Zaren kein Land bekommen werden, denn jede zarische, überhaupt jede großrussische Regierung wird soviel wie möglich auf Seiten der größeren Grundbesitzer stehen, deren Mehrzahl überdies großrussisch oder großrussisch orientiert ist. Die demokratische ukrainische Republik dagegen, überhaupt jeder wie auch immer geartete ukrainische Staat, wird ihnen Land geben, denn ein ukrainisches Staatswesen kann nur existieren, wenn es sich auf die breite bäuerliche Masse stützt, die, bewußt oder unbewußt, die Grundlage des Ukrainertums bildet. Vielleicht darf ich, wie schon neulich, eine Stelle aus meinem „Weltpolitischen Wanderbuch" anführen, aus dem Frühjahr 1897, als ich zum erstenmal durch die Ukraine fuhr:

Wenn heute jemand in die Ukraine käme und rollte unter den Bauern von Tschernigow und Katerinoslaw die Fahne Maseppas auf — los vom Moskowiter! — würden sie ihm folgen? Die Schulmeister im Dorf und in der Stadt, die kleinen Beamten, die nicht von irgendwoher aus der russischen Ferne herangeweht sind, die Studenten, ein paar Kaufleute und Grundbesitzer, jüngeres Volk, sie würden aufhorchen ... Der Bauer aber würde fragen: wird das Land mein, das dem polnischen und russischen Gutsherrn gehört? ... „Der Gutsherr ist fremd, er spricht nicht unsre Sprache, er wohnt nicht unter uns, er sitzt in der Stadt, sein deutscher Verwalter versteht nicht, mit uns zu leben, der Herr schraubt uns die Pracht hoch, weil er weiß, daß wir das Land brauchen! Aufs Land gehört kein Herr, sondern der Bauer, das Land ist unser Erbe, wer die Herren fortbringt und uns das Land zuweist, dem folgen wir!"

Digitized by Google

Seitdem sind über 20 Jahre verflossen, aber ich habe mich jetzt von neuem und noch stärker als je vorher davon überzeugt, daß die selbständige Ukraine, nachdem sie einmal da ist, nicht wieder ausgelöscht werden kann, weil sie auf dem Verlangen des ukrainischen Bauern nach Land beruht und auf der Einsicht des Bauern, das Land würde ihm zusammen mit der ukrainischen Staatlichkeit wieder genommen werden. Alle ukrainisch nationalen Parteien sind entweder unmittelbare Bauernparteien oder haben die Ausstattung des Bauern mit genügendem Landbesitz als Fundamentalsatz in ihrem Programm. Mit der Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine und ihrer Wiedervereinigung mit Moskau würde dies Fundament zertrümmert werden. Entweder wird Großrußland wieder zaristisch — und dann würde die zarische Regierung natürlich die Restauration des Großgrundbesitzes versuchen — oder es bleibt kommunistisch — und dann würden sowohl die Bolschewisten als auch die russischen Agrarsozialisten nach der Art Tschernows, von denen die einen so nationalistisch und ukrainerfeindlich sind wie die andern, versuchen, den Privatbesitz am Lande, der dem ukrainischen Bauern das Liebste ist, aufzuheben und von neuem die Uniformierung des russischen „Mir" vom Schwarzen bis zum Eismeer auszubreiten. In diesem wie in jenem Fall gäbe es einen Kampf um Leben und Tod mit dem ukrainischen Volk. Die Sozialrevolutionäre, von denen die unfähige Regierung der gestürzten Rada und ihre wechselnden Ministerien gestellt wurde, haben hauptsächlich darum so vollständig abgewirtschaftet, daß außerhalb ihrer Partei kein Ukrainer ihnen eine Träne nachweint, weil sie auf Grund ihrer Beeinflussung durch die Utopien der großrussischen sozialrevolutionären Partei (von dieser gingen sie ursprünglich aus) sich nicht rechtzeitig entschließen konnten, den privaten bäuerlichen Landbesitz anzuerkennen.

Der selbständige ukrainische Staat ist also darum nicht mehr aus der Welt zu bringen, weil er, und zwar er allein, den 25 Millionen ukrainischer Bauern imstande ist, das zu gewährleisten, was diese Bauern fordern, nämlich *Ausstattung mit genug Land*. Jeder Versuch, die Entwicklung zurückzudrehen, wird daran scheitern, daß die geschlossene Masse der Bauern je länger, desto entschiedener denjenigen folgen wird, die sie für Land und Freiheit, *und zwar für ukrainische Volksfreiheit*, aufrufen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der ukrainische Bauer vielfach noch gar kein entwickeltes Nationalgefühl besitzt. Er bekommt es sicher in dem Maßstab, wie er sich zu entwickeln beginnt, und sobald er sich überhaupt entwickelt, tut er es notwendig in ukrainisch-nationalem Sinn. All die Berufe und Stände, die aus dem Dorfe hervorgehen und im Dorfe wurzeln, empfinden zunehmend ukrainisch-national: die Landpriester und Landlehrer, die Landärzte, Tierärzte, Feldmesser, Schreiber, Gemeindevorsteher, Leiter der ländlichen Konsumgenossenschaften usw. Aus ihnen rekrutiert sich auch vorzugsweise die noch wenig zahlreiche, oft gärend unreife und radikal verstiegene und jugendliche, aber leidenschaftlich nationale ukrainische Intel-

Digitized by Google

ligenz. Wenn man diese Leute kennen gelernt hat, so weiß man auch, wieviel Kraft und Entwicklungsfähigkeit nach der Seite größere politische Reife in ihnen steckt. Die Bewegung ist im Fluß, und der Wille zum ukrainischen Nationalstaat wirkt in der Masse des ukrainischen Volkes heute bereits als ein Ferment von solcher Stärke, daß man nicht mehr daran denken kann, die einmal eingeleitete politische Entwicklung zum Stillstand zu bringen.

Nach alledem hat es also keinen verständigen Sinn, wenn unsere Publizisten von einer positiven deutsch-ukrainischen Politik, in dem Sinne, daß die Zerlegung der russischen Masse (abgesehen von den übrigen einstigen Randgebieten Rußlands) in einen großrussischen und einen ukrainischen Teil gefördert wird, als von bloßer Steckenpferdreiterei sprechen. Sie können das tun, aber sie beweisen damit weder ihre Sachkunde und persönliche Orientiertheit, noch verfahren sie taktisch richtig. Auch in Kiew haben mich Ukrainer wiederholt gefragt, warum die deutschen Zeitungen lauter Berichterstatter schicken, die russischer sein wollten als die Russen, die Ukraine in ihren Artikeln verhöhnten und die polnischen Gutsbesitzer und die polnische Kultur verherrlichten? Fast noch mehr als über solche Verkehrtheiten muß man sich aber darüber wundern, daß ein Blatt wie der „Vorwärts" in der ersten Hälfte eines Absatzes die Zerschlagung Rußlands als ein Ziel der deutschen Politik hinstellt und in der zweiten die Rede des Botschafters v. Mumm in Kiew als im Widerspruch damit stehend und den russisch-reaktionären Elementen in der Ukraine dienlich bezeichnet. Der Botschafter hat gesagt, man würdige in Deutschland den Wunsch der Ukrainer nach einem demokratischen Staatswesen und sympathisiere mit einer klaren ukrainischen Kulturpolitik auf ukrainisch-nationaler Grundlage (d. h. Ukrainisierung der Schule und Kirche). Als drittes versteht sich dazu von selbst und ist in den „demokratischen" Grundlagen mit enthalten die Landverteilung an die Bauern.

Weil der „Vorwärts" der irrigen Meinung ist, die deutschen militärischen und diplomatischen Stellen in Kiew ständen hinter dem „reaktionären" Regiment des Hetmanns, so übersieht er ganz den klaren Sinn und Zweck der Rede. Der Hetmann Skoropadski ist ein ehrgeiziger Mann, Grandseigneur von Gesinnung und Erziehung, Hofgeneral und Großgrundbesitzer. Er ist aus altem ukrainischen Geschlecht, hält es natürlich auch für leicht möglich, daß Großrußland noch auf lange eine Beute der Anarchie bleibt und hat sich, wie es scheint, zum Ziel gesetzt, als Regent einer selbständigen Ukraine hier die staatliche und bürgerliche Ordnung in seinem Sinn wieder herzustellen. Die Notwendigkeit, die Bauern besser mit Land auszustatten, erkennt er an, sagt den Großgrundbesitzern auch, daß sie Opfer bringen müssen, und den demokratischen Gedanken führt er lebhaft im Munde. Nach seiner ganzen Natur ist er aber nicht Demokrat, sondern Autokrat. Er ist als Regent auch keineswegs von deutscher Seite gemacht, obwohl durch das zufällige und rein äußerliche Zusammentreffen des bekannten militärischen Mißgriffs in der Rada und der am folgenden Tag statt-

Digitized by Google

findenden Grundbesitzerversammlung im Zirkus, wo der Hetmann sich aufstellte, der Anschein erweckt werden kann, als ob wir die Rada hätten beseitigen wollen, um den Hetmann zur Macht zu bringen. Das aber ist ein Irrtum. Der Zusammenhang der Ereignisse in jenen Tagen ist mir genau bekannt geworden. Er ist sehr verwickelt und kann hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden, aber für die Richtigkeit des eben Gesagten kann ich einstehen.

Zwischen dem Hetmann und den ukrainisch-nationalen Parteien fanden gleich anfangs Verhandlungen über den Eintritt ukrainischer Demokraten in das Hetmannskabinett statt. Sie scheiterten daran, daß der Hetmann die geforderte dreifache Garantie: Anerkennung der republikanischen Staatsform, Erklärung der Hetmannswürde als Präsidentschaft der ukrainischen Republik und Zusage schleuniger Wahlen zur Nationalversammlung nach demokratischem Wahlrecht, nicht geben wollte. Da die Ukrainer sich weigerten, ohne diese Garantien in die Regierung einzutreten, (sie hätten es doch getan, wenn sie die Mehrheit im Kabinett erhalten hätten, aber auch das wurde nicht zugestanden) so bildete der Hetmann sein Ministerium aus Leutengroßrussischer Herkunft und Gesinnung, die ein unpolitisches „Arbeitskabinett" darstellen sollen. Diese sogenannten Fachminister sind aber in Wirklichkeit höchst aktive großrussische Politiker, meist Kadetten, und bereits in vollem Zuge, dafür zu sorgen, daß die Ukraine wieder russifiziert, nach Moskau und zugleich nach rechts hin orientiert wird. Hiergegen hat sich die scharfe Opposition der ukrainischen Demokraten erhoben, und hiergegen richten sich offenbar die als Warnung an die russifikatorischen Kräfte und als Ermutigung an die Ukrainer aufzufassenden Sätze des Botschafters über die demokratischen Grundlagen und über die nationale Kulturpolitik des jungen ukrainischen Staats.

Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen

Von Professor Alfred Weber, Heidelberg

Die Verhandlungen über die Besteuerung der hohen Einkommen zwischen dem Reichstag und der Regierung, d. h., wie die Dinge in Deutschland heute liegen, der Reichstagsmehrheit und etwas Transparentem, durch das man die Köpfe der einzelstaatlichen Finanzminister hindurchscheinen sieht, sind im Gange. Jedermann, der die Leistungen kennt, die wir der Steuerautonomie der Einzelstaaten und Kommunen zum mindesten mit zu danken haben, wird ein gewisses Verständnis für den Eifer besitzen, mit dem die verschiedenen Finanzminister dabei auf der Mauer ihrer bisherigen Steuerrechte gekämpft haben. Sie hatten offenbar das Gefühl, die Enceinte zu decken, hinter der die wohlbestellten Äcker der bundesstaatlichen und kommunalen Kulturleistungen liegen; und es ist sicher und kann nicht genug unterstrichen werden: diese Äcker dürfen, so schwer der Krieg auch drücken mag, nach ihm nicht

Digitized by Google

schlechter bestellt werden als vor ihm. Niemand kann das finanzielle Vertrocknen des Reichsunterbaues wünschen. Dessen strotzende Kraft ist ein guter Teil unseres Wesens. Aber, so darf man wohl fragen: war und ist die Beschwörung des Reiches wie eines Gegners dieses seines Unterbaues richtig? Manchmal ist der Glaube, kämpfen zu müssen nur die Folge eines gewissen Mangels einer wirklich freien und großen Auffassung der Situation, des Nichtergreifens einer bedeutenden, notwendigen und ganz friedlichen Aufgabe, die an einen herantritt.

Sieht man zu, ob die einzelstaatliche Steuerkraft, ja auch nur die Steuerselbständigkeit der Einzelstaaten, durch das, was der Reichstag jetzt vorschlägt, durch die Kriegsbesteuerung der hohen Einkommen, wirklich bedroht wird, so ergibt sich: Der Reichstag will in Wahrheit ein innerlich ganz selbständiges, nur merkwürdigerweise bei uns, im Gegensatz zu England, bisher übersehenes Steuerobjekt endlich ergreifen, ein Objekt, das ganz außerhalb der Zugriffsmöglichkeit der Einzelstaaten liegt, wie ein vergessenes Gut bisher in der Ecke gelegen hat und doch das eigentlich überhaupt angemessenste Objekt der Kriegsbesteuerung darstellt. — Man hat der wirksamen Zinsendeckung der anschwellenden Kriegsschulden alle irgend faßbaren Objekte steuerlich dienstbar gemacht, seitdem man eingesehen hat, daß man einen langfristigen Kampf führt und sich auf den Krieg als einen „Zustand" und nicht als ein bloßes „Ereignis" einzurichten hat. Zu einer Vollverzinsung der Anleihen durch jetzt schon fließende Geldeinnahmen aber ist man nicht gelangt, und wird man auch durch die vorgeschlagenen 3 Milliarden Steuern nicht kommen, da diese überwiegend erst nach dem Kriege ertragreich sein werden. Ein Defizit von mehr als 1 Milliarde ist zu decken, will man nicht statt Finanzwirtschaft „Papierwirtschaft" treiben und auf Grund von Kriegssteuern rücklaufende Anleihereste als Zinsendeckung behandeln. — Da ist nun das Volkseinkommen als wirklichste und eigentlichste reale Steuerquelle vorhanden. Die Entdeckung, die der Reichstag gemacht hat, ist, daß man einen in sich abgeschlossenen Teil von ihm bisher übersehen hat, der ein gegebenes, die Steuerkraft und die Steuerautonomie der Einzelstaaten bei Heranziehung gar nicht berührendes Steuerobjekt für das Reich ist.

Das Volkseinkommen stellt von gewissen Beträgen an einen absoluten Kapitalisationsfond der Volkswirtschaft dar. Das sind die Teile, in denen es, wenn nicht Verschwendung vorliegt, auch bei gehobenster Lebenshaltung, nicht mehr dem Verbrauch dienen kann, sondern nur noch der Kapitalbildung. Diese Teile sind auf der Stufenleiter der Einkommen bei dem hohen Einkommen — sagen wir von über 30000, 40000 oder 50000 Mark hinaus — zu finden, dort, wo der Zufluß bei vernünftiger Wirtschaft schlechterdings nicht mehr verbraucht, sondern nur noch kapitalisiert werden kann oder volkswirtschaftlich doch sollte. — Die englische Gesetzgebung behandelt diesen „absoluten Kapitalisationsfonds" der Volkswirtschaft, das Superfluum der hohen Einkommen, schon lange als selbständiges Steuerobjekt. Sie zieht

Digitized by Google

ihn durch einen separat ausgebildeten Teil der Einkommensteuer, die Super-tax, die seit dem Krieg von 50000 Mark Einkommen anfängt und von 1 Proz. heute bis — bei dem höchsten Millioneneinkommen — auf 26 Proz. ansteigt, kräftig zur Bedarfsdeckung heran.

Es war bei uns bisher ein vollkommen vergessenes Steuerobjekt. Er steht in Wahrheit nur mit der Totalität der Volkswirtschaft, d. h. der Reichswirtschaft, in direkter Beziehung, in einer viel unmittelbareren und direkteren jedenfalls, als die anderen Teile des Volkseinkommens, die entweder ganz oder wahlweise dem sozialen Bedarfe dienen, die in tausendfältigen Beziehungen den örtlichen Bedingungen der Bedarfsgestaltung verknüpft sind und in Deutschland vernünftigerweise zu ihnen auch in Beziehung gesetzt sind, indem sie von den örtlichen oder regionalen Steuergewalten erfaßt werden, ihr gegebenes differenziell von ihnen herangezogenes Objekt sind. Den absoluten Kapitalisationsfonds der Volkswirtschaft „schonen" oder, richtiger gesagt, „umgehen" die Einzelstaaten aber. Sie tun das, indem die Progression ihrer Einkommensteuern schon bei 50000 Mark beinahe völlig, bei 100000 Mark gänzlich aufhört, und das ganze Superfluum nicht mehr nach den Grundsätzen des Leistungsfähigkeitszugriffs erfaßt wird. Sie müssen das tun, denn diese Zusatzbeträge, oder richtiger gesagt, ihre Bezieher stehen eben in keiner notwendigen Beziehung zu irgendeinem Einzelstaat oder einer Einzelkommune mit diesen hohen Einkommenbeträgen. Versucht man sie in einem Einzelstaat oder einer Kommune partikulär mit ihren hohen Zusatzbeträgen, entsprechend deren besonderer Qualität, zu ergreifen, so würden sie sich durch Wohnsitzverlegung an einen anderen Ort ohne weiteres bei der Universalität ihrer Existenz dem entziehen. Nur im großen Rahmen des Reiches, in dem diese hohen Einkommen nach ihrer Qualität in Wahrheit volkswirtschaftlich stehen, ist auch der in ihnen steckende absolute Kapitalisationsfonds als selbständiges Steuerobjekt zu ergreifen.

Haben nun die Einzelstaaten und Kommunen irgendein sachliches Interesse daran, das zu verhindern? Offenbar gar nicht. Denn das Steuerobjekt gehört gar nicht in ihren Acker. Sie können es dort gar nicht bestellen. — Andererseits greift eine Besteuerung dieses Objektes durch eine Super-tax, nach Art der englischen, auch organisch gar nicht in ihre Gesetzgebung ein und hat, wenigstens als vorläufige Kriegsmaßnahme gedacht, zunächst noch nicht einmal die übrigens künftig doch notwendige Vereinheitlichung ihrer Veranlagung und Einkommensbehandlung zur Voraussetzung oder Folge. Denn diese hohen Einkommen, richtig abgegrenzt, sind so große und evidente Steuerobjekte, daß die Verschiedenheiten der Veranlagung für sie nicht in Betracht kommen, und daß man sie auf Grund der letzten einzelstaatlichen Deklarationen jeden Augenblick von Reichs wegen heranziehen kann.

Nun sind die Dinge derart verlaufen, daß eine ungeheure Mehrheit im Reichstag jetzt ihre wenigstens einmalige Besteuerung unter gleichzeitiger qualifizierter

Digitized by Google

Heranziehung ihrer Kriegsmehrbeträge und ihrer fundierten Beträge verlangt hat. Die einzelstaatlichen Finanzminister aber haben sich hingestellt, mit ausgebreiteten Armen dieses Steuerobjekt vor der Ergreifung zu beschützen versucht, trotzdem sie doch wissen müssen, daß es separat faßbar ist und auch erfaßt werden muß, von ihnen aber nicht erfaßt werden kann. — Es ist zuzugeben: eine gewisse Ungeklärtheit der Vorstellungen über das Wesen der hohen Einkommen und ihre Besteuerung, die zurzeit in Deutschland noch herrscht, macht dieses Verhalten in schwachem Maße erklärlich oder vermag es doch nach außen zu decken. Die Öffentlichkeit und auch die Wissenschaft haben den absoluten Kapitalisationsfonds der Volkswirtschaft, der in diesen Einkommen steckt, als selbständiges Steuerobjekt bisher nicht gesehen. Die wissenschaftliche Analyse der Einkommenbesteuerung hat ihn nicht ausreichend gezeigt. Er hat bei unserem jungen Reichtum auch erst in neuester Zeit bei uns eine ähnlich große und selbständige Bedeutung wie in England bekommen. Jetzt stellen die hohen Einkommen über 30000 Mark mehr als ein Drittel der gesamten besteuerten Einkommensummen dar. Der Reichstag hat ihn gefühlsmäßig ungefähr richtig erfaßt; in der öffentlichen Diskussion aber wird die spezielle Steueraufgabe, die hier vorliegt, immer noch vermengt mit der allgemeinen Frage der generellen Beteiligung des Reiches an den Einkommensteuern und in dieser Form gesehen, d. h. mit der Konsequenz der Mitbesteuerung auch der mittleren Einkommen durch das Reich, die die Domäne der Einzelstaaten und Kommunen bleiben müssen, wenn diese finanziell leben sollen. Auf sie haben die Finanzminister den Angriff mit Recht abgewiesen.

Aber was war die wirkliche Aufgabe der Finanzminister in dieser Situation, wenn sie überhaupt etwas Positives arbeiten und mit ihren Regierungen ein mitbestimmender Faktor neben dem Reichstag in der großen Reichspolitik überhaupt bleiben wollen? Doch offenbar die, die Situation klären zu helfen durch positive Mitarbeit, die Probleme zu fördern und die notwendigen Ideen zu finden und nicht in kleinlicher Ängstlichkeit vor Konsequenzen, die nicht zu kommen brauchen und nicht kommen werden, wenn man die Sachlage rechtzeitig klärt, Querbalken vor unentrinnbare Dinge zu legen und dadurch zum mindesten den Anschein zu erwecken, daß sie dem Reich verweigern, was es jetzt in Kriegszeiten braucht. Sie aber haben in der Art kurzsichtiger Oppositionsparteien gehandelt und das scheint überhaupt einigermaßen die jetzt übliche Gewohnheit zu werden. Es kann aber nicht die Form sein, in der man Regierungs-Mitgeltung behält. Bismarck hat die Führung Preußens im Reich äußerlich dadurch begründet, daß er überall die großen und notwendigen Reichsinteressen gerade durch Preußen vertreten sein ließ. Er hat die Eisenbahnen zunächst dem Reiche geben wollen, erst als dies scheiterte, gab er sie Preußen. Nur in der Art kann ein Einzelstaat und können auch die Einzelstaaten in ihrer Gesamtheit überhaupt fruchtbare Reichspolitik treiben. Gewöhnen sie sich statt dessen die Haltung von Oppositionsparteien an oder, was in diesem Falle ziemlich das Gleiche ist, von obstruierenden

Digitized by Google

Unterressorts, so müssen sie schließlich auch einmal die Behandlung von solchen erfahren. Sie schalten sich dann von der Mitwirkung aus und der Reichstag wird, da er allein fruchtbare und notwendige Ideen vertritt, der schließlich auch allgemein ausschlaggebende Faktor.

Das Finanzproblem wird der Punkt sein, wo sich tatsächlich die weitere Regierungsfähigkeit des alten bundesrätlichen Stils bei uns erweisen wird. Bei dem Vorpostengefecht darüber, das jetzt stattgefunden hat, haben die Finanzminister keine gute Rolle gespielt, und man kann ihnen nur raten, aus der Opposition recht bald in die vormarschierenden Kolonnen überzugehen. Nur so werden sie ihre künftige praktische Mitwirkung an den Problemen noch retten.

Der Schritt der Reichsbesteuerung hoher Einkommen aber wird kommen, weil er notwendig und weil er innerlich sachbegründet ist. Man möchte nur wünschen, daß dabei sein Wesen recht klar und scharf herausgearbeitet würde. Man darf dann mit der unteren Grenze nicht zu weit herabsteigen, denn man will ja dem Gedanken nach das reine und absolute Kapitalisationseinkommen erfassen. In England ist man erst im Kriege für diesen Zweck bis zu 50000 Mark Einkommen heruntergegangen; — früher blieb man darüber. Ich persönlich würde die Grenze von 30000 Mark mit gleichzeitigem Kinderprivileg angesichts der im Kriege so ungeheuer gestiegenen Lebenskosten für angemessener halten, als die bisherige Reichstagsgrenze von 20000 Mark. — Wir müssen freien Raum lassen für die große Reform der Einkommen- und Vermögenbesteuerung, die nach dem Kriege kommen wird und bei der wird durch die bessere Erfassung und spezialisierter abgestufte Behandlung der Einkommen*quellen* analog den Engländern ja ganz andere Beträge aus dem Einkommen herauszuziehen müssen. Hier hinein also, in die eigene differenzielle Erfassung durch ein zu weites Herabgehen jetzt schon einschränkend einzugreifen, ist nicht von Nutzen. — Wenn ein Kompromiß zwischen dem Reichstagsvorschlag und dem Standpunkt der Finanzminister gesucht wird, sollte er sich in der Richtung der Heraufsetzung der Freigrenze bewegen. Unter keinen Umständen aber sollte man das Kernstück, die Besteuerung der eigentlich hohen Einkommen als solcher schmälern oder herausbrechen lassen. Keine Besteuerung bloß des Mehreinkommens oder der fundierten Beträge kann das ersetzen.

Es ist steuerpolitisch ein Skandal, daß man in dieser Zeit der Not in Deutschland als Multimillionär prozentual steuerlich kaum mehr für das Reich leistet als bei einem bürgerlichen Einkommen von 50000 Mark. Es ist höchste Zeit, daß demgegenüber mit der Heranziehung nach der Leistungsfähigkeit endlich Ernst gemacht wird. Von dieser nationalen Aufgabe sollte der Reichstag jetzt im Kriege nicht lassen. Er wird sich dann ein dauerndes Verdienst in der deutschen Finanzgeschichte erwerben.

Digitized by Google

Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage

Von Dr. Ferdinand Nagel

Unter den Problemen, die mit der Wahlrechtsfrage in mittelbarer Beziehung stehen, ist die vielleicht wichtigste die Regelung der Verhältnisse in der preußischen Ostmark. Sie bedarf einer ernsten Betrachtung; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Vertretung von Westpreußen und Oberschlesien in einem aus gleichen Wahlen hervorgehenden Landtag bedeutend zurückgedrängt werden wird, die von Posen vielleicht fast ganz verschwindet; auch wird es eine Mehrheit für die bisherige Ostmarkenpolitik nicht mehr geben.

Nun wäre es aber völlig verfehlt, deshalb das gleiche Wahlrecht für Preußen abzulehnen. Denn erstens läßt sich auch unter dem gleichen Wahlrecht durch die Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Landesteilen eine ausreichende deutsche Vertretung von Westpreußen, Posen und Oberschlesien sicher stellen, und zweitens ist die bisherige Beherrschung des Abgeordnetenhauses durch die Konservativen und Nationalliberalen allein sowieso für alle Zeiten dahin; haben doch sogar die Konservativen ein Mehrstimmenwahlrecht beantragt, das die bezeichnete Mehrheitsbildung ausschließt! Damit aber ist die bisherige Art unserer Ostmarkenpolitik, die sich ausschließlich auf Posen und Westpreußen beschränkte und den Charakter einer Ausnahmegesetzgebung gegen die einheimischen Polen hatte, fortan unmöglich gemacht — auch ohne das gleiche Wahlrecht!

Wie soll denn aber bei der anderen Mehrheit die notwendige Politik der Förderung des Deutschtums in den Ostmarken fürderhin aufrecht erhalten werden? Das einzige Mittel ist die Einleitung einer allgemeinen Innenkolonisation, die das gesamte Staatsgebiet umfaßt, mit dem Ziele, weite Flächen des Großgrundbesitzes, der erwiesenermaßen die deutschen Menschen auf der Scholle nicht festzuhalten vermag, und der durch die Heranziehung von Hunderttausenden slawischer Arbeitskräfte der eigentliche Träger der Polonisierung ist, in deutsches Bauernland zu verwandeln.

Einer solchen Inneren Kolonisation, die breiten Schichten des Volkes eigene Heimstätten auf dem Lande verschaffen will, und die doch gerade dadurch aufs stärkste germanisierend wirken muß (auch im Gebiet der heutigen Ansiedlungskommission!), wird sich keine Partei versagen können, wenn sie sich nicht in ihrer Wählerschaft den schwersten Abbruch tun will. Davon macht auch die Sozialdemokratie fortan keine Ausnahme mehr; die „Deutschen Gewerkschaften" sind bereits zu Beginn des vorigen Jahres geschlossen dem „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" beigetreten und verlangen in ihren „sozialpolitischen Arbeiterforderungen"[1] ausdrücklich „eine auf die Mehrung deutscher Volkskraft gerichtete heimische Siedlungspolitik". Die „Christ-

[1] Auf Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände vom November 1916 durch die Generalkommission zusammengestellt und den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften 1918 unterbreitet.

Digitized by Google

lich-nationale Arbeiterbewegung" hat sich 1916 in der gleichen Weise ausgesprochen: „Durch eine ausgedehnte Innere Kolonisation ist die Kraft des deutschen Bauerntums wirksam zu verstärken und zu verbreitern." Auch das Zentrum, das bisher den Kolonisationsaufgaben nur lau, zum Teil sogar ablehnend gegenüberstand, weil es in der deutschen Besiedlung der polnischen Landesteile zugleich deren Protestantisierung sah, wird einer allgemeinen Kolonisation, die beide Bekenntnisse durchaus gleich behandelt, seine Unterstützung leihen, zumal es durch die Entwicklung der Dinge im Osten sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, die rund 500000 Katholiken unter den deutschen Bauern Südrußlands, die ihrer Heimat und ihrem Volk unbedingt wiedergewonnen werden müssen, was ohne eine große planmäßige Kolonisation nicht ausführbar ist.

Vermag nun aber die bäuerliche Besiedlung auch tatsächlich fremdsprachliches Gebiet zu germanisieren oder wenigstens so stark mit deutschen Menschen zu durchsetzen, daß die Gefahr der Überstimmung der Deutschen in der Ostmark durch die Polen mit Sicherheit verringert, ja in weiten Gebieten allmählich ganz behoben werden kann? Diese für unsere Stellungnahme entscheidende Frage sollen uns die von der Königl. Ansiedlungskommission bekannt gegebenen amtlichen Zahlen beantworten.

Im Kreise Briesen (Westpreußen) ist von 1885 bis 1910 die deutschsprechende Bevölkerung in 23 Ansiedlergemeinden, die früher selbständige Gutsbezirke waren, um 6680 Köpfe oder um 64 v. H. gewachsen, während die polnische Bevölkerung um 3336 Köpfe oder um 74 v. H. abgenommen hat. Bei Betrachtung einzelner Dörfer tritt die germanisierende Kraft der Ansiedlung noch viel klarer zutage. So hatte

Groß-Reichenau	vor der Besiedlung	87	Deutsche,	248	Polen,
	nach „ „	588	„	38	„
Wangerin	vor „ „	24	„	91	„
	nach „ „	206	„	28	„
Schloß Golau	vor „ „	69	„	189	„
	nach „ „	420	„	39	„
Osterbitz-Bergheim	vor „ „	24	„	438	„
	nach „ „	990	„	46	„

Auf sieben Königlichen Domänen desselben Kreises aber, also auf angeblich „deutschem" Großgrundbesitz, ist die Zahl der Deutschen um 50 Köpfe oder 19 v. H. zurückgegangen, wogegen sich die Polen um 417 Köpfe oder 40 v. H. vermehrt haben.

Genau dasselbe Anwachsen des Deutschtums wie in den Ansiedlungsgemeinden des Kreises Briesen habe ich auf meiner Wanderung von Bischoffee über Kletzko, Bismarcksfelde bis Janowitz und von dort nordostwärts bis Znin wahrgenommen: Wo hier in den weiten Gutsbezirken vor 1886 fast nur Polen lebten, da finden wir jetzt, seitdem die Ansiedlungskommission ein Bauerndorf ans andere gefügt hat, Pommern,

Digitized by Google

Brandenburger, Sachsen, Westfalen, Pfälzer und deutsche Rückwanderer aus Rußland und Galizien, die großen Teilen der Kreise Gnesen, Wongrowitz und Znin ein völlig deutsches Gepräge gegeben haben. Außerordentlich anschaulich kommen diese Erfolge der Ansiedlungspolitik in der vortrefflichen Ansiedlungskarte von Westpreußen und Posen zur Darstellung, die 1911 bei Justus Perthes in Gotha erschienen ist, und die ich jedem empfehlen möchte, der sich über die gewaltige germanisierende Kraft deutschen Bauerntums in den Ostmarken unterrichten will. Hier sieht man erst mit voller Klarheit, was die 734 neuen Dörfer mit ihren 20434 Ansiedlergehöften[1] für das Deutschtum der beiden Provinzen bedeuten, und welch starken Einfluß sie auf die Volksart der von ihnen „eingekreisten" Städte ausüben müssen.

Zusammenfassend wollen wir noch folgende Angaben der Ansiedlungskommission feststellen:

1. In den sehr stark besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 183 v. H. zugenommen, das Polentum dagegen um 4 v. H. abgenommen.

2. In den weniger stark besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 18. v. H., das Polentum um 12 v. H. zugenommen.

3. In den nicht besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 12 v. H. abgenommen, während das Polentum um 16 v. H. zunahm.

So hat sich denn in dreißigjähriger Praxis die Innere Kolonisation tatsächlich als das wirksamste Mittel für die Eindeutschung volksfremden Landes erwiesen, ja, wie das Beispiel zu 3 zeigt, stellt sie überhaupt die einzige Maßnahme dar, „durch welche die Verhältniszahl der Deutschen zu den Polen verbessert", also das der Ostmarkenpolitik von Bismarck gesteckte Ziel erreicht werden kann. Wenn wir uns nur dazu aufraffen, die Bauernansiedlung in allen Teilen der Ostmark mit voller Entschlossenheit und Folgerichtigkeit durchzuführen, wie es bisher leider erst in wenigen Kreisen geschehen ist, so wird sie das beste Gegengewicht gegen die Gefahren bilden, die sonst das gleiche Wahlrecht im Osten mit sich bringen muß.

Allerdings wird eine Ostmarkenpolitik als Ausnahmegesetzgebung gegen die einheimischen Polen im Landtage des gleichen Wahlrechts nicht mehr möglich sein. Glaubt man denn aber wirklich, daß ein solches Vorgehen nach den gewaltigen Wandlungen dieses Krieges gegen Männer, die in preußischen Regimentern das gemeinsame Vaterland mitverteidigt haben, überhaupt noch fortgesetzt werden kann, selbst wenn die alte „Ostmarkenmehrheit" bestehen bliebe? Das soll man sich doch ja nicht vortäuschen, es wäre eine völlige Verkennung der Macht der Tatsachen!

„Wir können den polnischen Kriegsbeschädigten nicht verweigern, sich in ihrer Heimat einen Besitz zu gründen. Auch Polen haben für den Bestand des Deutschen Reiches geblutet; also müssen sich polnische Kriegsbeschädigte ansiedeln dürfen. Tun sie es einzeln, so unterliegt die Ansiedlung keiner Beschränkung, tun sich mehrere zusammen, so kann ihnen die Ansiedlung

[1] Von 1886 bis Ende 1912 angelegt.

Digitized by Google

verweigert werden, wenn von ihr eine planmäßige Durchkreuzung des deutschen Ansiedlungswerkes zu befürchten ist. Die vaterländische Rücksichtnahme steht immer voran ... Die Formel für die praktische Polenpolitik lautet: Weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Polen."

Mit diesen Worten hat der Landwirtschaftsminister von Eisenhardt-Rothe im Herrenhause die Art der Ostmarkenpolitik gekennzeichnet, die unter dem Zwange der historischen Tatsachen überhaupt noch möglich sein wird, und ich bin fest überzeugt, daß die Regierung hierfür auch im neuen Landtag eine Mehrheit finden wird. Zu klar hat sich im Kriege für alle Parteien der Wert, ja die Unentbehrlichkeit des in sich geschlossenen deutschen Nationalstaates erwiesen! Und außerdem liegt gerade für die nächste Zukunft die unbedingte Notwendigkeit vor, die Massen der deutschen Rückwanderer aus Rußland unterzubringen, für die in ungezählten neuen Bauerndörfern auf bisherigem Gutsland — sowohl deutscher wie polnischer Herren — Raum geschaffen werden muß.

Wenn nun auch ein gewisses Entgegenkommen gegen die Ansiedlungswünsche der einheimischen Polen bei der voraussichtlichen Zusammensetzung des neuen Landtages unvermeidlich ist, so werden dafür durch die Wahlreform doch auch alle die Mächte im Parlament ausgeschaltet, die bis jetzt eine wirklich durchgreifende Innenkolonisation auf Schritt und Tritt gehemmt, ja unmöglich gemacht haben, weil sie den Großgrundbesitz in seiner beherrschenden Stellung nicht antasten wollten, vielmehr ihn mit allen erdenklichen Mitteln stützten und förderten.

Der Großgrundbesitz aber ist ja gerade der eigentliche Träger der Polonisierung, wie schon die wenigen Zahlen ergeben, die wir oben über den Kreis Briesen mitgeteilt haben. Und dabei ist es ganz gleichgültig, ob sich die Großgüter in deutschem oder polnischem Besitz befinden: „Auf dem gesamten ‚deutschen' Fideikommiß in Posen wohnten schon vor zehn Jahren 20460 Polen und nur 3804 Deutsche, oder in Prozentsätzen ausgedrückt: über 84 v. H. der Bevölkerung entfielen auf die Polen und noch nicht 16 v. H. auf die Deutschen" (Dr. Böhme); heute ist das Verhältnis für die Deutschen noch viel ungünstiger, und es besteht nicht die geringste Hoffnung auf Besserung dieser Zustände in den Gutsbezirken des Ostens: unaufhaltsam geht die Abwanderung der deutschen Gutstagelöhner weiter. Nur ein einziges Mittel gibt es hier für die Germanisierung, und das ist die Besiedelung mit deutschen Klein- und Mittelbauern, die ihre 20 bis 60, höchstens 80 Morgen im wesentlichen mit den Arbeitskräften ihrer Familie ohne polnische Arbeiter selbst bestellen; hat doch die Zahl der Deutschen in den sehr stark besiedelten Kreisen der Ostmark um 183 v. H. zugenommen!

Wie weit die Umwandlung der Großbetriebe in Bauerngemeinden gehen muß, wenn die Verhältniszahl der Deutschen zu den Polen gründlich verbessert werden soll, dafür geben wiederum die amtlichen Briesener Zahlen einen zuverlässigen Maßstab. Dort

Digitized by Google

hat die Besiedelung die Zahl der selbständigen Gutsbezirke von 69 auf 38 vermindert, die der Landgemeinden von 50 auf 72 vermehrt, und wesentlich hierdurch ist die deutsche Bevölkerung von 15000 auf 23000 Seelen angewachsen. Aber selbst die Aufteilung von fast der Hälfte der Güter hat in diesem westpreußischen Kreise noch nicht voll genügt, um die Zahl der Polen (26000) zu erreichen oder gar zu überflügeln. Ganz ähnlich aber wie hier in Briesen liegen die Verhältnisse in fast allen gemischtsprachigen Bezirken der Ostmark, im größten Teil der Provinz Posen sogar noch erheblich schwieriger. Angesichts solcher Tatsachen dürfen die Kreise, die nicht bloß einen ewig unfruchtbaren Scheinkampf gegen das Polentum führen wollen, sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß in den national gefährdeten Gebieten des Reiches der Bestand der Güter auf ein knappes Viertel herabgesetzt werden, daß also der Großbetrieb in der Ostmark zu mindestens drei Vierteln bäuerlichen Ansiedelungen Platz machen muß. Das ist das wirkliche Problem der Ostmarkenpolitik.

Ist es nun aber überhaupt denkbar, daß eine solche tiefgreifende Umwandlung der Grundbesitzverteilung jemals mit einer Mehrheit im preußischen Landtage durchgesetzt werden könnte, wie sie das Klassenwahlrecht ergab? — Die Antwort erübrigt sich. Denn eine so einschneidende Sozialreform, mit all ihren gesellschaftlichen und politischen Folgen, namentlich der Machtverschiebung innerhalb der ländlichen Selbstverwaltung, in der Kreistagsvertretung und damit in den Landwirtschaftskammern usw., erzwingt selbstverständlich nur das Volk selbst, d. h. diejenigen, die an der Durchführung der Reform interessiert sind, nur ein Landtag des gleichen Wahlrechts. Daher begrüßen wir auch vom rein nationalen Standpunkt aus die Wahlreform in Preußen, weil nur sie die Gewähr gibt, daß das einzig wirksame Mittel der Eindeutschung der Ostmark, die Innere Kolonisation größten Stiles, endlich gegen alle Widerstände der bisherigen Machthaber entschlossen zur Anwendung kommt.

Aber diese Innere Kolonisation darf nicht einseitig auf Posen und Westpreußen beschränkt werden, wenn der immer wachsenden slawischen Überflutung unserer ostdeutschen Gefilde endlich ein undurchbrechlicher Damm entgegengeworfen werden soll. Sie muß vielmehr ganz Ostelbien erfassen und überall den Großgrundbesitz zurückdrängen; dann wird unfehlbar auch das Slawentum nach Osten zurückweichen, weil es auch hier, genau so wie wir das für die engere Ostmark nachgewiesen haben, nichts weiter als eine Begleiterscheinung des landwirtschaftlichen Großbetriebes ist. Zwar sind es in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien nur zum kleinsten Teil einheimische preußische Polen, die der Großgrundbesitz beschäftigt; wohl aber hat er die gewaltigen Scharen der slawischen Wanderarbeiter aus Rußland und Galizien seit den achtziger Jahren ins deutsche Land gerufen, die ihm seine weiten Felder bebauen, seine Wirtschaft instand halten müssen. 470000 solcher volks- und staatsfremden „Schnitter" waren 1914 in unserer Landwirtschaft beschäftigt, die

Digitized by Google

schon damals nur zu oft mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in den Gutsbezirken ausmachten.

Ein Großgrundbesitz aber, der sich nur durch slawische Arbeitskräfte halten kann, der also auf Kosten der deutschen Nationalität besteht, ist kein deutscher Großgrundbesitz mehr und hätte längst durch die Innere Kolonisation ganz erheblich eingeschränkt werden müssen. Das aber hat die Mehrheit des Dreiklassenparlaments erfolgreich zu verhindern gewußt, welche, im Bunde mit der von ihr aufs stärkste beeinflußten Verwaltung, der bäuerlichen Besiedelung überall Schwierigkeiten in den Weg legte (Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in neuen Kolonien, Restgütereinrichtung usw.!), und welche andererseits die immer fortschreitende „Abrundung" des Gutslandes durch das „Bauernlegen", das Aufkaufen selbständiger Gehöfte, stillschweigend und tatenlos mit ansah.

War nun schon vor dem Kriege das deutsche Volkstum in all den weiten Gebieten, wo Großgrundbesitz vorherrscht — fast 60 v. H. der Anbaufläche hat er in Ostelbien[1] inne, im Regierungsbezirk Stralsund sogar 78, im Kreise Franzburg (Vorpommern) 90 v. H.! —, durch die Massen der polnischen Schnitter schwer bedroht, so hat sich durch die vier Kriegsjahre die Gefahr der Entdeutschung unserer östlichen Provinzen zu unerträglicher Höhe gesteigert. Wagt es doch ein Großgrundbesitzer, Dr. Graf von Schwerin-Putzar (Vorpommern), in aller Öffentlichkeit[2] die Forderung aufzustellen, daß die slawischen Schnitter fortan als ständige Instleute (Tagelöhner) in die Gutskaten aufgenommen werden müßten, „weil der deutsche Landarbeiterstand in kurzer Zeit aussterben würde und seine Auffrischung durch Zuführung slawischen Blutes unvermeidbar sei"! Leider stehen nur allzuviele Standesgenossen dieses Herrn auf demselben Standpunkt, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß. Diese Leute fordern also ganz unverhüllt die dauernde Verpolung unserer Gutsarbeiterschaft, sie sind bereit, dem deutschen Osten sein Volkstum zu nehmen, und das alles doch nur, um den Großgrundbesitz in seiner heutigen übermäßigen Ausdehnung zu erhalten.

Wahrlich, die Innere Kolonisation ist aus nationalpolitischen Gründen eine Staatsnotwendigkeit! — Aber nur das gleiche Wahlrecht kann uns eine Volksvertretung bringen, die den Willen und die Kraft findet, gegen den ungeheuer zähen Widerstand der mächtigsten Kreise mit all ihren hohen Beziehungen und ihrem gewaltigen Einfluß in allen Zweigen der Verwaltung jene Staatsnotwendigkeit durchzusetzen. Das ist der tiefinnere, von den interessierten Schichten längst erkannte Zusammenhang zwischen östlicher Siedlung und preußischer Wahlrechtsfrage.

[1] Vergl. Professor Serings vortreffliches Buch „Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande", Berlin bei Parey, 1910.

[2] Im „Tag" vom 31. Mai 1916.

Digitized by Google

Vom Militarismus und vom Kriege

Von Professor Dr. Friedrich Lenz

Unter den Schlagworten, mit denen die Gegner ihre „politische Offensive" gegen Deutschland nähren, steht das Wort „Militarismus" an erster Stelle. Gleich den meisten publizistischen Angriffswaffen dieser Art, stammt der Ausdruck aus dem Arsenal der inneren Kämpfe vor dem Kriege. Er ist jedoch älter, als sein polemischer Gebrauch während der letzten Friedensjahre vermuten läßt. Wie Oberstleutnant Herwarth von Bittenfeld in der „Deutschen Politik" vom 1. März 1918 ausführt, haben die Franzosen in den Kämpfen um Dreyfus ihn geprägt; er bedeutete ihnen damals „das Streben einer (französischen) Militär-Clique nach Herrschaft im Innern, verbunden mit dem chauvinistischen Drang nach kriegerischer Machtentfaltung gegenüber dem Ausland".

Der Krieg hat also ein Schlagwort, das zuerst in Frankreich zum geistigen Rüstzeug der Parteikämpfe gehörte, in den Dienst der äußeren Politik gestellt. Die häufige Übereinstimmung innerpolitischer Probleme erleichtert es den feindlichen Völkern, international gültige Leitworte derart zu ihrem Nutzen umzustellen. Wir Deutschen, die wir darin keine Meister sind, sahen so die Polenfrage und die elsaß-lothringische Verfassung, das Streikrecht und die Junkerherrschaft aus Leitartikeln und Karikaturen für den heimischen Bedarf übergehen in den Wort- und Bilderschatz feindlicher Propaganda. Nur langsam setzten wir uns zur Wehr. Die „Überlegenheit der Offensive" auch auf diesem Gebiet haben wir noch immer nicht erkannt.

Darum will ich nur kurz die statistischen Widerlegungen erwähnen, welche das aggressive Schlagwort vom „Militarismus" bisher erfahren hat: Daß unser junges Deutsches Reich verhältnismäßig weniger für Rüstung ausgab als die Westmächte, daß Rußland wenigstens absolut mehr aufwandte als wir und daß sogar die Union zu den militärischen Ausgaben der Welt über ein volles Zehntel beitrug. Indessen auch die genauesten Gegengründe überzeugen nicht denjenigen, dem solche Thesen weniger Verstandesangelegenheit als Sache des Herzens und des Willens sind. Der Gegner schiebt einfach die Diskussion auf ein breiteres Feld und behauptet nunmehr, er meine mit diesem Schlagwort „Militarismus" eben den besonderen kriegerischen Geist, der Deutschland seit jeher im Gegensatz zu allen andern Ländern beherrsche; ihn gelte es zu bekämpfen.

Welches ist dieser besondere Geist? Oberstleutnant Herwarth von Bittenfeld hat in seiner eben genannten Studie nachgewiesen, daß diese geistige Anlage die besten und stärksten Eigenschaften des deutschen Charakters bedeute, während ihre Auswüchse vielmehr bei Deutschlands Gegnern zu finden seien. Die Gegner dagegen behaupten, daß Deutschlands besondere kriegerische Anlage jedes friedliche Fortschreiten gefährde und den Kulturaufwand mit rasch zunehmenden Abgaben erdrücke. Trifft ihre Polemik

Digitized by Google

zu? Bestand diese „deutsche Gefahr" für den Frieden in Wahrheit und stiegen darum die zu ihrer Abwehr überall gebrachten Rüstungsopfer wirklich auf Kosten der Kulturausgaben? War denn überhaupt Deutschland die besondere Heimat dieses Geistes und ihm mehr als andere Völker untertan?

Wir erkennen das Wesen einer politischen Erscheinung aus ihrem Werden. Die noch ungeschriebene Geschichte des kriegerischen Geistes mag uns Antwort geben[1].

Sobald wir den Blick von der völkerscheidenden Gegenwart ein wenig rückwärts wenden, treten die allgemeinen Linien des Geschehens aus der verhüllenden Polemik des Tages rein hervor. Was diese in „Militarismus" umdeutet oder auf ein einziges Land beschränken möchte, streift die Hülle des Tagesstreites ab und zeigt sich als wesentlicher Teil eines allgemeinen objektiven Verlaufs. Gehen wir bis zum Ursprung zurück, so verliert sich freilich unser Blick wieder in die Dunkelheiten der Vorzeit. Einer unpolemischen Betrachtung sei vergönnt, die wechselnde Bedeutung des Kampfes einmal vom Beginn an durch die Geschichte zu verfolgen.

Wenige Worte genügen für die über 100000 Jahre, während derer das Leben des primitiven Menschen ein einziger Kampf mit seiner Umwelt ist. Waffe und Werkzeug sind noch ungeschieden. Der Stein zerschlägt die Schale einer Frucht wie das Haupt des Menschen. Das Steinmesser dient als Waffe wider Mensch und Tier, zum Zurichten der Speise wie als Meißel. Diese wechselweise Verwendung entspricht dem ungesicherten, von Gefahr jeder Art umgebenen Leben. Erst der Sieg über die Umwelt gibt dem Menschen Sicherheit und Muße, einen Bezirk friedlicher Arbeit dauernd abzugrenzen.

Das „Eiserne Zeitalter" öffnet dem primitiven Menschen die Pforte der Halbkultur. Kupfer, Bronze, Eisen lassen ihn zum Überwinder seiner Umwelt werden. Werkzeug und Gerät scheiden sich für immer von der Waffe. Krieg und Frieden gewinnen damit ein gesondertes und Regeln unterworfenes Dasein. Der Sieg des Menschen über den Menschen gibt der vervollkommneten Waffenführung eine besondere Grundlage in den Anfängen der Strategie und Taktik, schafft eine eigene Kriegstechnik. Die Herrschaft des Menschen über die Natur mittels verbesserter Geräte und Werkzeuge wird durch die beginnende Naturkenntnis gefördert und theoretisch begründet.

Noch immer herrscht freilich die Waffe vor. Während der Jugendzeit der europäischen Nationen, ja bis tief in die Neuzeit hinein bleibt der Krieg der große Anreger und Förderer auch jeder Friedenstechnik. Straßenbau, Post, Bauernschutz, Finanzen danken ihm das meiste. Noch im 19. Jahrhundert wirkt beispielsweis der Bau der Kriegsmarine derart auf die Schiffsbautechnik. Aber ein Unterschied besteht von jedem früheren Zeitalter, ein Fortschritt, der mit der modernen Staatenbildung einsetzt und

[1] Die folgenden Darlegungen stützen sich auf frühere Studien des Verfassers. Vergl. Lenz, Macht und Wirtschaft, Band I, 1916, und von Schmoller im ersten Band seiner Allgemeinen Volkswirtschaftslehre; über Sombarts Krieg und Kapitalismus vergl. Lenz l. c. S. 72—78.

Digitized by Google

mit dem Sieg der Dampfkraft abschließt: Krieg und Kriegsvorbereitung beanspruchen im 19. Jahrhundert nicht mehr den Hauptteil aller Arbeit, die Kriegsmaschinen und Kriegswerkzeuge müssen der Friedenstechnik den Vorrang überlassen. Die beispiellose Entfaltung des europäischen Wirtschaftslebens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts baut sich auf diesem Sieg der Friedenstechnik auf.

Vorbereitet wird die überwiegende Bedeutung der Friedensarbeit durch die gesonderte Entwicklung, welche das Militärwesen in den sich bildenden modernen Staaten nimmt. Indem die europäischen Staaten in ihren Heeren den „handwerksmäßigen" Kriegsbetrieb überwinden, schaffen sie eine Organisation des Kampfes, der noch Ende des 18. Jahrhunderts kein Werk der Friedenstechnik gleichkommt.

Neben ihrem kriegerischen Vorbild erhält die friedliche Überwindung der Natur politisch mit dem Abschluß der modernen Staatenbildung und technisch mit dem Sieg dem Dampfkraft Raum. Im 19. Jahrhundert überholt die angewandte Naturerkenntnis alle Fortschritte in der Organisation des Kampfes; die friedliche Arbeit gewinnt endgültig den Wettstreit zwischen Waffe und Werkzeug. Praktisch unbegrenzte Herrschaft über die Natur ist der Siegespreis, den das „technische" Jahrhundert den Bewohnern der europäisch-nordamerikanischen Staatenwelt verleiht.

Die militärische Organisation nimmt nunmehr viele Eigenheiten der ihr vorauseilenden Friedenstechnik an. Die Waffenherstellung hat nicht mehr die unbestrittene Führung im technischen Prozeß, sie bildet einen Sonderfall der spezialisierten hochwertigen Produktion. Schulung und Unterordnung des Soldaten, welche schon die Schußzahl eines Vorderladers auf sechs in der Minute steigerten, finden ein Gegenbild in der neuen industriellen Arbeiterschaft; zusammengeballt und diszipliniert durch den Großbetrieb und die Maschinenkraft, übertrifft sie auch zahlenmäßig jetzt den zu kriegerischer Wirkung bestimmten Teil des Volks. Einst leitete der Feldherr persönlich seine Schlachten, gleichwie der Handwerksmeister die Arbeit seiner Gesellen selbst antrieb. Jetzt paßt die Heeresleitung alle technischen Errungenschaften ihrer Aufgabe an und lenkt aus der Ferne, gleich dem Leiter einer großen Unternehmung, ihre Massen. Die beiden europäischen Friedensperioden nach 1815 und nach 1871, in Nordamerika die Jahrzehnte nach 1812 und 1865, lassen der Friedensarbeit Muße, ihre Vorsprung mehr und mehr zu erweitern.

Woran erkennen wir dies allgemeine Zurückbleiben der Kriegsarbeit? Eine Antwort geben uns die Zahlen der Staatshaushalte. In Preußen beanspruchte die Kriegsvorbereitung:

1730	. . 86	Prozent
1786/1806	. . 75	„
1840	. . 50	„ , im Reich und Preußen
1912	rund 30	„ des Budgets.

Großbritannien wandte sogar 94 Prozent des Staatshaushaltes auf den Kampf

Digitized by Google

gegen Napoleon. Die politisch unfertigen Balkanstaaten gaben 1912 das Doppelte des deutschen Satzes für Rüstungszwecke aus. Das starke absolute Steigen der Rüstungsausgaben vor dem Weltkrieg läßt die öffentliche Meinung Europas übersehen, daß trotzdem im 19. Jahrhundert der Anteil der Kriegsvorbereitung am Staatsaufwand entscheidend abnimmt. Noch 1913, im Jahr der deutschen Wehrsteuer, machten die deutschen Wehrausgaben nur 3½ Prozent des Nationaleinkommens aus und waren — entgegen der populären Meinung — geringer als Ende der 1890er Jahre, wo sie 4 bis 5 Prozent betrugen.

Der Friedensstand der Armee, der im friderizianischen Preußen einschließlich der Geworbenen noch 4 Prozent der Volkszahl betrug, sank mit der allgemeinen Wehrpflicht auf 1 vom Hundert. Von der gewerblichen Arbeiterschaft waren 1912 nur mehr 63 000 Mann oder 1 Prozent in Betrieben der deutschen Armee und Marine tätig.

Aber auch die private Unternehmung zieht nur noch den geringsten Teil ihrer Gewinne aus der Kriegsvorbereitung. Vom deutschen Militärbedarf des Jahres 1912 entfiel über die Hälfte auf Löhnung und Verpflegung der Truppen; nicht mehr als 70 Millionen kamen auf den Waffenbedarf, einige 50 Millionen auf Bekleidung und Ausrüstung. An solchen Aufträgen war weniger zu verdienen als beispielsweis am Eisenbahnbedarf, der im gleichen Jahr 250 Millionen Mark für Maschinen und Fahrzeuge auswarf. Niemals hätte im 18. Jahrhundert der friedliche Verkehr die Ausgaben für den Krieg erreicht, geschweige übertroffen. Sogar für den Seeverkehr, der vor dem 19. Jahrhundert ausschließlich Kriegsschiffe und bewaffnete Handelsschiffe kannte, machte der Bau von reinen Handelsschiffen in Deutschland 84 Prozent, in Großbritannien 83 Prozent des gesamten Schiffsbau aus. Der Reingewinn aller deutschen Aktiengesellschaften betrug 1913 volle 1 ⅓ Milliarden Mark; was davon aus den gesamten Militärausgaben des Jahres 1912 stammt, kann 1 oder 2 Prozent vom Gesamtgewinn der Gesellschaften nicht überschreiten.

Während im 18. Jahrhundert beispielsweis die geringe preußische Eisenindustrie völlig vom Kriegsbedarf gelenkt wird, ergab die deutsche Flußeisenproduktion 1907 rund 8,8 Millionen Tonnen im Wert von 1325 Millionen Mark; nur 47 000 Tonnen für 66 Millionen Mark oder 5 Prozent des Wertes kamen davon auf Kriegsmaterial. Unter den Betrieben, welche schon im Frieden aus der Kriegsvorbereitung Vorteil zogen, steht Fried. Krupp voran. Jedoch war von seinen Fabrikaten die Hälfte Friedensware, während von der Kriegsarbeit wiederum die Hälfte an ausländische Besteller ging. Seine Arbeiterschaft war nur ein Zehntel der Arbeiterzahl der preußischen Eisenbahnen.

Wie Volksreichtum, Arbeiterschaft, Verkehr und Gewerbe, so haben auch Handel und Erfindergeist im 19. Jahrhundert den Werken des Friedens sich zugeneigt. Von den 256 000 Patenten, die 1887 bis 1912 im Deutschen Reich erteilt wurden, ent-

Digitized by Google

fielen nur 1,8 Prozent auf die Klasse der Schußwaffen. Und von der deutschen Qualitätsausfuhr kamen wohl 544 Millionen Mark auf Maschinen, 163 auf elektrotechnische Erzeugnisse und 60 auf wissenschaftliche Instrumente, aber nur 50 Millionen Mark auf Kriegswaren — ebensoviel wie auf die Ausfuhr von Klavieren!

Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß volkswirtschaftlich die Kriegsvorbereitung nicht mehr als 1 bis höchstens 10 Prozent unserer gesamten Mittel und Arbeitskraft mit Beschlag belegt, während sie bis vor hundert Jahren das wirtschaftliche Leben unsrer Vorfahrn zum größten Teil beherrscht hat. Schmoller hat den historischen Fortschritt, der in der Einschränkung des Waffendienstes seit dem Beginn der Halbkultur liegt, einmal in dem Zahlenverhältnis ausgedrückt: „wo einst 25 Prozent der Bevölkerung, 35—40 Prozent der Erwerbstätigen zum kriegerischen Schutze nötig waren, da reichen heute etwa 0,4—1,12 Prozent der Bevölkerung, 1—3 Prozent der Erwerbstätigen aus."

Von hier aus verstehen wir erst die einzigartige Entwicklung, welche Friedenstechnik und Friedenswirtschaft im 19. Jahrhundert nehmen. Ihr Aufschwung wird erst möglich durch das gleichfalls einzigartige Zurücktreten der Kriegsarbeit und Kriegstechnik. Wie ich schon sagte, vollzieht sich dieser weltgeschichtliche Fortschritt politisch seit der Vollendung der europäisch-nordamerikanischen Staatenwelt und technisch mit dem Sieg der Dampfkraft. Deutsche, Angelsachsen, Franzosen und ihre Anlieger tragen den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt — und nicht ihn allein — teils zu blutsverwandten und befreundeten Nationen, teils erobernd in die nun gewaltig wachsenden Kolonialgebiete. Weltwirtschaft und Weltpolitik befestigen seine Herrschaft. Aber seine Voraussetzung bleibt jener Wandel vom Krieg zum Frieden, den ich geschildert habe.

Wie sehr der enge Zusammenhalt von Krieg und Technik sich gelöst hat, seitdem die europäisch-nordamerikanische Staatenbildung einigermaßen abgeschlossen war, dafür sei „König Dampf", als die treibende Kraft der neuen Friedenstechnik, unser letzter Zeuge. Noch 1850 kamen in Deutschland 10 gewerbliche Betriebe mit Wasserkraft auf einen durch Dampfkraft betriebenen; 1895 waren es beiderseits gleich viel. Die neuen gewerblichen Kraftquellen erzeugten 1895 in Preußen $3\frac{1}{2}$ und 1907 $10\frac{1}{2}$ Millionen Pferdestärken, unvergleichlich viel mehr als Wind und Wasser und Menschenkraft früherer Jahrhunderte jemals hergegeben hätten. Von diesem gewaltigen Kraftvorrat verbrauchten Heer und Flotte noch nicht ein Zehntel, der friedliche Eisenbahnverkehr dagegen allein volle 60 Prozent.

Der Sieg der Dampfkraft auf dem Boden der neuen Staatenordnung hat den Menschen Zeit und Raum endgültig überwinden gelehrt. Der Umschwung zugunsten dieser friedlichen Herrschaft ist so bedeutend, daß wir ihn nur mit dem Übergang aus der Steinzeit zum Gebrauch des Eisens vergleichen können.

Für die gleiche Fracht gelangte eine Weizenlast auf der Landstraße 100 km weit, dagegen mit der Eisenbahn 4500 und mit dem Dampfer 25 000 km weit. Der Außen-

Digitized by Google

handel der Erde stieg von 6 Milliarden Mark um 1800 auf 160 Milliarden 1912 die Kohlenförderung der Erde von 15 auf 1245 Millionen Tonnen.

Hätte die Kampfvorbereitung diesen Kraftgewinn sich dauernd unterworfen, so wäre die Welt durch 100 Jahre in ein Waffenlager nach Art des jetzigen verwandelt worden. Hätte ein Volk, etwa Deutschland, den kriegerischen Geist auf Kosten der Friedenswirtschaft und Friedenstechnik erhalten wollen, es wäre bei dem atemlosen wirtschaftlichen Wettlauf bald zurückgeblieben. Aber wir lernten ja das Zurücktreten des Kampfes und der Kampfvorbereitung als einen allgemeinen Verlauf erkennen, dem sich kein einzelnes Land völlig entziehen kann. Hätte eine Nation mehr als andere kriegerischen Geist gepflegt, hätte sie ihre Kriegsrüstung vorzugsweis vervollkommnet, dann müßte die technisch-wirtschaftliche Friedensarbeit bei ihr gerade in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig zurückgeblieben sein. Denn das Eilmaß dieses friedlichen Wettbewerbs hat, wie beliebige Beispiele zeigen, vor allem während der jüngsten Jahrzehnte sich gesteigert. Bei Deutschland merken wir von einem Nachlassen so wenig, wie bei den Vereinigten Staaten. Beide schreiten sogar am schnellsten fort. Eher müßte man da an Frankreich denken, das jeden 50. Einwohner unter den Waffen hielt — während in Deutschland jeder 85. Soldat war — und dessen technisch-wirtschaftlicher Aufschwung während der letzten Jahrzehnte unter dem Gewicht der Rüstung in der Tat ermattet ist. Oder an Rußland, das vielleicht schon mehr Werke der Technik und der Friedensarbeit zerstört hat, als es aus eigener Kraft aufzubauen vermag. Nicht daß wir schon im Frieden unser gesamtes Leben dem kriegerischen Geist dienstbar machten, sondern daß die Umstellung der Friedenswirtschaft auf den Kampf so unerwartet kam und daher solche Schwierigkeiten fand, scheint mir die geistige Verfassung zu kennzeichnen, in der wir vor dem Kriege lebten.

Damit ist bereits eine ernste Mahnung ausgesprochen.

Das technisch-wirtschaftliche Geschehn der letzten hundert Jahre stand unter der Abwandlung vom Krieg zum Frieden, die ich schilderte. Wir würden nicht ungestraft versuchen, die Entwicklung in verlassne Bahnen zurückzulenken. Setzten wir den Kampf zum Herrn auch unsrer Friedensarbeit, stellten wir für immer Werkzeug und Maschine, wie der Weltkrieg uns von neuem gelehrt hat, auf den Kriegsfall ein, so hätten wir die geschichtliche Voraussetzung zerstört, auf der wir bisher bauten. Die Entwicklung war so rasch gegangen, daß wir bereits vergessen hatten, wie sehr sie doch von ihrer Voraussetzung abhängig geblieben war. Wie viele dachten beim Vergleich des 19. Jahrhunderts mit der Vorzeit noch daran, in dem Abschluß der europäisch-nordamerikanischen Staatenbildung und in dem dadurch bewirkten Freiwerden der technisch-wirtschaftlichen Kraft den entscheidenden Anstoß zu erblicken? Erkennen wir jedoch das Zurücktreten des kriegerischen Geistes als das Kennzeichen des 19. Jahrhunderts an, so müssen wir aussprechen, daß die Neubelebung dieses Geistes im Weltkrieg zugleich eine Gefahr für die Zukunft in sich birgt.

Digitized by Google

Freilich, der Krieg, der die Menschen und ihr Werk sich unterwirft, den letzten „Pazifisten" wie die letzte friedliche Werkstatt in seinen Kreis zwingt, er ist heute, wie in der napoleonischen Epoche und zur Urzeit, nicht Feind, sondern Freund und Förderer des Fortschritts. Deutschland so gut wie England und die Vereinigte Staaten haben unter der Not des Weltkriegs ihre technisch-wirtschaftliche Organisation um Jahrzehnte vorangebracht. Jedoch der beispiellose Aufschwung, den das napoleonische Zeitalter auslöste, vollzog sich im befriedeten Bezirk der national geeinten großen Mächte. Wir haben im künftigen Frieden mehr zu erhalten und zu gewinnen als unsre Vorfahren vor hundert Jahren. Gegen die geschichtliche Erfahrung wäre es, von der Fortdauer der kriegerischen Unruhe und von der bleibenden „Militarisierung" des Wirtschaftslebens einen dem 19. Jahrhundert ähnlichen Aufschwung zu erwarten. Eher könnte so manches überlieferte Gut verloren gehen. Nur eine in sich wie international gefestigte neue Staatenwelt vermag den Oberbau der Güterwelt zu tragen. Nur im dauerhaften Frieden kann die neue Wirtschaft gedeihen.

Die vor uns liegende Friedensepoche soll den Umsatz unsrer gesamten Kraft in kriegerische Energie beenden zugunsten der unterbrochenen Friedensarbeit. Der Verlust an Blut und Gut, den die Welt erlitten hat, läßt das Notwendige doppelt erwünscht scheinen. Denn das Maß der kriegerischen Leistung entsprach dem Hochstand unsrer Friedensarbeit; eine 25jährige Dauer kriegerischer Unrast, wie vor 1815, müßte mehr als einer Volkswirtschaft die Kraft zum Aufschwung nehmen. Gingen doch schon aus der napoleonischen Epoche Staaten wie Spanien und Holland mit verringerter Geltung hervor. Künftig werden Rußland und vielleicht auch Frankreich den Krieg als Zerstörer überlieferten Ansehens zu beklagen haben.

Um so ernster scheint die Pflicht der führenden Weltvölker, bei der Umstellung auf die Friedenswirtschaft die fortwirkende Last der kriegerischen Anspannung zu mindern und dem Kampf keine dauernde Vorherrschaft zu gestatten. Deutschland bringt dieser Pflicht volles Verständnis entgegen. Wir sahen, daß nicht Deutschland die Heimat des kriegerischen Geistes war, daß ihn überhaupt kein einzelnes Land hervorgebracht hat. Sie alle haben mitgeholfen bei der Friedensarbeit, der das 19. Jahrhundert sich als erstes vorzugsweise widmen durfte. Sie alle danken ihrem kriegerischen Geist, den viele nun beim Feind als „militaristisch" tadeln, den stärksten Einsatz ihrer Volkskraft im Weltkrieg. Nicht diesen Geist gilt es zu töten. Ohne ihn hätte die europäische Kultur so wenig Expansionsdrang im 19. Jahrhundert gezeigt wie diejenige Indiens oder Chinas. Etwas andres aber ist, ob wir in Zukunft gleich vergangenen Jahrhunderten unter ständiger Kriegsgefahr leben und ihr unsere Arbeit widmen, oder ob wir wieder von ihr frei sein wollen. Ein dauerhafter Friedenszustand und eine Erleichterung der schweren Kriegslast sind das gemeinsame Bedürfnis der kriegführenden großen Mächte.

Deutschland wird zu einem jeden Abbau der kriegerischen Lasten gern und nach

Digitized by Google

Kräften beitragen. Sogar die Bereitschaft, an einer gleichmäßigen Abrüstung teilzunehmen, hat es der Welt erklärt. Sie widerstreitet nicht dem Grundzug seines Daseins. Denn die Friedenswirtschaft des 19. Jahrhunderts hat das Deutsche Reich mehr als manchen Mitbewerber gekräftigt, von ihrer Wiederaufnahme hofft es daher die Heilung schwerer Kriegswunden. Kein hitziges Anpreisen von leeren Schlagworten wie „Militarismus“ und „Pazifismus“ wird diese Wunden heilen. Hier wie sonst gilt es, den natürlichen Verlauf zu erkennen und zu fördern. Mag das besondere Heilmittel der Abrüstung vereinbart werden oder nicht, der künftige Zustand, den alle Nationen wünschen und fördern müssen, liegt darum doch vor Augen. Das stufenweise Zurücktreten des Kampfes ist ein Prozeß, den die führenden europäischen Nationen gemeinsam durchgemacht haben und der durch die Friedensarbeit des 19. Jahrhunderts zu einem gewissen Abschluß gekommen war. Alles, was ohne Gewaltsamkeit und ohne Phrase die Bahn für diese Friedensarbeit wieder frei macht, das läßt dem Krieg sein Recht und liegt doch auf dem Wege, den die Geschichte der Jahrtausende uns weist.

Uneheliche Mütter und Kinder

Gedanken aus dem Leben zur Bevölkerungspolitik

Von Wilhelm Voß, Hamburg

Im Großstadtvorort wurden bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60000 Menschen in 14 Jahren (1901—14) 3248 uneheliche Kinder geboren. „Welch eine Fülle von Leid und Schande,“ sagt der oberflächliche Beurteiler unwillkürlich. „Welch ein sittlicher Tiefstand,“ sagt mancher, ohne in seiner sittlichen Entrüstung zu wissen, was diese Zahl bedeutet.

Statistisch ist diese Zahl gewiß recht eindeutig. Ringen wir uns von der Zahl zum Menschen durch, dann ist es sprudelndes Leben. Wer ein Gebiet für seinen Drang zum Verurteilen sucht, hier ist es, es legt ihm so leicht keiner das Handwerk, weil das Uneheliche so selten in Schutz genommen wird. Aber selbst der, der sich mit einem strengen Sittenmaß mißt, wird zu einem andern Urteil kommen, wenn er sich in der Tiefe des Problems der Begrenztheit menschlicher Willensfreiheit immer bewußt bleibt.

Es ist nicht wahr, daß die Zahl ein Beweis großer Lasterhaftigkeit ist. Die große Zahl der Unehelichen im Großstadtvorort ist an sich kein Zeichen eines schamlosen Treibens in weiten Kreisen. Gewiß, eine ganze Zahl gibt ihre oft recht zweifelhaften Reize für Geld preis. Aber diese unterste Stufe menschlicher Wesen kann im Vorort mit seiner nicht sehr zahlungsfähigen Bevölkerung gar nicht aufkommen. Ganz abgesehen davon, daß aus diesem Kreise die Wenigsten Mutter werden, fällt auch ihre absolute Zahl wenig zahlenmäßig ins Gewicht. Und angeredet von so zweifelhaften Wesen wird man auch nicht im Vorort, sondern in der zahlungsfähigen inneren Stadt.

Digitized by Google

Eine weit größere Rolle spielt schon der Mensch, der nicht anders kann, weil die Natur es von ihm verlangt. Es gibt sonst ordentliche Mädchen, die es von Zeit zu Zeit einfach zum Manne treibt, mögen sie ihn finden, wo sie wollen. Der Mensch, der nicht gewohnt ist, sein Leben unter einem Sittengesetz in sich zu leben, leidet mehr unter seinen Trieben als der, dessen Leben sich schon fast unbewußt in einem ethischen Rahmen auswirkt. Der Bewohner des Großstadtvororts hatte meist weder Zeit, noch Anleitung, in sich den für ihn so nötigen Kampf durchzusiegen, der allein ihn für ein höheres Menschentum reif macht. Die Straße, das Kino, die Läden mit ihren Plakaten, der Lesestoff, kurz die ganze Umgebung steht gegen ihn, statt daß sie sich zur Durchkämpfung seines Ichs zur Verfügung stellen. Jeder von uns, die wir da aufgewachsen sind, hat einmal an einem Punkt gestanden, wo nur Rücksichtlosigkeit gegen sich selbst uns weiter brachte. Wie muß es denen zumute sein, die dem Tierischen in sich erliegen! Und die Zahl derer ist nicht klein!

Selbst wenn wir aber die Kinder der Witwen dazu zählen, soweit sie dieser Klasse angehören, ist die erschreckend große Zahl der Unehelichen zum allerkleinsten Teile erst erklärt. Auch kommt wenig in Betracht im Vergleich zur Zahl, daß einzelne mit einem Manne zusammen leben, weil sie ihn als Einlogierer halten wollen, oder weil sie von ihm eben ein dauerndes Zusammenleben erwarten, auch ohne verheiratet zu sein.

Die Bedeutung der bis jetzt angeführten Klassen liegt nur darin, daß ihre Moral meist den Maßstab für die Beurteilung alles Unehelichen abgibt. An dem Vorhandensein des Obengenannten liegt es, daß so mancher nicht zu einer gerechteren Beurteilung des ganzen Problems kommt. Dem lieben Nachbarn (auch geistig gemeint) gegenüber darf man sich selten zu einem andern Standpunkt aufschwingen, ohne sich allerlei Gefahren auszusetzen. Durch die Moral der tiefsten Gruppen und ihre Verallgemeinerung entstand die heutige Massenmeinung. — Aber die Menschen sind nicht so schlecht wie ihr Ruf. Die Menschen haben sich mehr in der Gewalt, als der Oberflächlichdenkende es meint. Und der Großstädter denkt in der Masse noch gesunder, als es zu sein scheint. Manch ein Lästermaul würde bald gestopft, wenn nicht unsere Sitte und scheinbar auch die Natur von vornherein alles Uneheliche ins Unrecht setzt, und das zugleich in Mutter und Kind.

Die große Zahl der unehelichen Kinder ist eben unter der Grenze des Ehelichen entstanden. Darum ist auch das „Heim für Mutterschutz" berechtigt, das „Asyl für gefallene Mädchen" ist es nicht. Ich bin nicht derjenige, der für mich selbst die Grenze dessen, was erlaubt und nicht erlaubt, verschieben möchte. Aber jeder gesunde und gesunddenkende Mensch weiß, daß es im Leben eine Grenze gibt, die gegen die Natur ist. Die Grenze wird als Sitte bleiben müssen, weil wir uns ohne sie wahrhaft menschliche Zustände nicht denken können. Auch könnte das Interesse unserer Mädchen nicht anders als durch diese Sitte gewahrt bleiben. — Aber die Grenze des Erlaubten ist selbst in ihrer Notwendigkeit so gegen die Natur, daß ein leises Ver-

Digitized by Google

rücken nach der Gefühlsseite hin mich nicht zum Verdammen eines Menschen bringen kann.

Das eheliche Leben soll mit dem standesamtlichen „Ja" beginnen können. Das ist die Sitte. Wer will es aber einem Menschenherzen als Verbrechen anrechnen, wenn es sich dem ungestümen Druck hingibt, wo es doch fühlt: Wir sind ganz eins. — Die meisten unehelichen Kinder stammen aber aus einer Verbindung, die mindestens auf Seite des Mädchens gefühlsmäßig als ehelich angesehen werden mußte. Es ist nicht immer das ungewollte Hinausschieben des Augenblicks vorm Standesamt, was zum Fehltritt treibt. Mindestens ebenso oft ist es ein bewußtes sich Opfern einer sich als Braut Fühlenden. Oft ist es ein harter Kampf mit sich selbst, der damit ausgeht, daß man alles gibt, weil man alles geben möchte. Und — weil die Natur und die Liebe stärker sind als alles, was Menschenvernunft heißt.

Wer wirft den Stein auf den Menschen, der sich opferte, der alles gab, um durch das Opfer reine Liebe zu gewinnen? Wer wirft den Stein?

Es gibt der Gründe viele, daß solch ein Kind auch später auf die Ehelichkeit verzichten muß. Einmal steht des Mannes Sinn nicht immer so fest, daß er nicht schwankend werden könnte. Ein Mann erträgt eine Trennung meist doch viel leichter, ganz abgesehen davon, ob Folgen oder keine Folgen. Er kann ja auch stets ohne allzugroße Nachteile seine Neigung verleugnen.

Die Sitte macht es ihm aber nicht nur leicht, leicht zu denken, sie erschwert es ihm sogar, die Verantwortung voll auf sich zu nehmen. Dem wenig Festen legt die Sitte ja oft fast auf, hocherhobenen Hauptes abzuziehen. — Was würde der Mund des lieben Nächsten wohl sagen, wenn der Mann in seinem Verantwortlichkeitsgefühl mit seiner Braut und seinem Kinde ausgehen würde? Man denke sich doch, das schickt sich doch nicht! Und doch wäre dies die einzige Haltung, die den Makel von Braut und Kind nehmen könnte, wenn — eine Heirat noch nicht möglich. Nun ist es mindestens ein öffentliches Ärgernis, wenn jemand so seine Verantwortung trägt. Und daran werden wir fürs Erste auch nicht viel ändern können.

Heute zieht der junge Vater und Ehemann in einen entfernteren Stadtteil. Dort hält er, um sicher vorm Mund des Nächsten zu sein, den Schein aufrecht, als wäre er mindestens solange verheiratet, wie das Kind alt ist. Oder — er muß den Umgang mit dem lieben Nächsten peinlich meiden. Oder — er muß sich in Gesellschaftsklassen halten, die nicht immer nach seinem Geschmack sind. In den Kreisen der Handwerker, Geschäftsleute, ja selbst bis tief hinein in die Kreise der sich durch ihre Organisation erhoben fühlenden Arbeiter, wird man ihn noch allzuoft an die offenkundige sinnliche Stunde vor der Ehe gemahnen.

Wenn nun die Lage der meisten unehelichen Mütter eine solche ist, daß der Gerechte nicht zu einer allgemeinen glatten Verurteilung kommen kann, was ist die Folge? Die Forderung einer neuen Auffassung von der Moral? In diesem Falle kann das

Digitized by Google

nicht zur Lösung führen, weil die zu bessernden Zustände nicht aus einer allgemein tiefen Moral stammen. Gerade das macht aber auch unsere Stellung schwierig. Den Zustand der unehelichen Mutter kann man nicht als allgemein wünschenswert hinstellen, wenn wir jeden kommenden gesunden Neubau unseres Volkslebens nur auf dem Grunde gesunder Familien uns denken können. Gerade von der gesunden Familie erwarten wir aber alles. Es bleibt nur übrig, den Gedanken der eigenen Verantwortlichkeit in immer weitere Kreise zu stellen. Wer durch uns dazu kam, ist sicher in sich selbst einen Schritt weiter gekommen. Genügt die Einzelarbeit nicht, und sie wird nicht genügen, dann muß zu staatlichem Schutze gegriffen werden. Als Schutz kann der staatliche Eingriff Segen bringen, wenn das Schützen von fühlenden Menschen ausgeht.

Bis alles erreicht wird, was zu erreichen ist, ist hier ein Feld für die private Wohltätigkeit. Gerade hier ist die Wohltat kein Eingriff in das Streben zur besseren Lage mit eigener Kraft.

Obenan steht in der Fürsorge, daß Mutter und Kind in den unweigerlich kommenden geistigen Kampf gesund eintreten können. Schon damit ist manches der späteren Fürsorge vorweggenommen. Aber auch später hat der Schutz seine große Bedeutung. Man kann nicht leicht zu weit gehen. Denen, die meinen, daß die Schamlosigkeit durch solche Maßnahmen geradezu gezüchtet wird, kann man entgegenhalten, daß aller Schutz nur den materiellen Kampf erleichtern kann. Der geistige Kampf kann niemals genommen werden. Außerdem bestraft man Verbrecher zeitlich, eine uneheliche Mutter hat an den Folgen eines Augenblicks ihr Leben lang zu tragen. Sie kommt jetzt schon durch eigenes Ringen mit sich selbst oft auf eine höhere sittliche Stufe als manche unserer Durchschnittsehefrauen. Da soll man sie nicht von vornherein gesundheitlich und moralisch so tief stoßen, daß sie an ihrem Aufkommen verzweifelt.

Notizen

Ein neues Aktionsprogramm der Sozialdemokratie. Der Würzburger Parteitag hatte beschlossen, von einem Ausschuß neue Richtlinien für die politische Arbeit der Sozialdemokratie bearbeiten zu lassen. Der „Vorwärts" unterbreitet jetzt den Entwurf der Erörterung. Um was es sich handelt, sind eine Reihe von praktischen Forderungen, die teilweise den Gedankengang des Erfurter Programms aufnehmen, teilweise vor allem für die Übergangswirtschaft wichtige sozialpolitische Einzelwünsche vortragen. Das politische Moment der verstärkten Aktivität ist gekräftigt: „Politische Reformen sind durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Übergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten." Diese letzte Begriffsformulierung ist neu. Bei den politischen Fragen ist die Einflußnahme des Parlaments auf die Ministerernennung, die man in Erfurt noch nicht besonders betonte, stark unterstrichen. Statt „Volkswehr" im Jahre 1891 verlangt man jetzt „Volksheer", beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit. Lebhaft ist der Einspruch gegen die Entwicklung privatmonopolistischer Gebilde; die Arbeiterschaft soll nicht nur in den spezifischen Arbeiterfragen, sondern über die Gesamttendenz der

Digitized by Google

wirtschaftspolitischen Entwicklung bei den Behörden zuständige Vertretung besitzen. Auf eine theoretische Durcharbeitung, wie sie Karl Renner so eindringlich verlangt, ist im Rahmen dieses Aktionsprogramms noch verzichtet; sie wird nach dem Krieg unvermeidbar sein.

Englands Achillesverse. Lensch kommt in der „Glocke" (Nr. 7) bei einer Prüfung des rumänischen Friedens auf die Gesamtlage im Osten zu sprechen, wobei er zu Schlußfolgerungen gelangt, die sich mit den von uns seit jeher vertretenen Ansichten nahe berühren.

„Im Orient und im mittleren Asien liegen die Dinge nun aber so, daß der Ausfall der russischen Weltmacht zunächst nur ein automatisches Anwachsen der englischen Weltmacht bedeutet. Gebiete wie Persien, die bisher zwischen beiden Räubern geteilt werden sollten, würden ummehr ungeteilt den Engländern zum Opfer fallen; ebenso würde es Länder geben, die zwischen den beiden Weltreichen eine schwankende Existenz geführt haben und in der Hauptsache ihre bisherige Unabhängigkeit dem Konkurrenzneid der beiden Großen zu verdanken hatten. Zu solchen Ländern könnte man Afghanistan rechnen. Bliebe es in diesen Gebieten lediglich bei dem Ausfall der russischen Macht, so träte der übriggebliebene Konkurrent ganz von selber als glücklicher Erbe an seinen Platz. Die deutschen Siege über Rußland würden sich als genau so viele englische Siege über Rußland entpuppen."

Als Mittel zur Bekämpfung der englischen Ausdehnungspolitik im Orient schlägt Lensch denn auch den Vormarsch nach Ägypten vor.

„Vor reichlich hundert Jahren konnte Napoleon seine Expedition nach Ägypten nur um den Preis einer völligen Preisgabe seiner Verbindungen mit der Heimat wagen. Für Deutschland wäre eine solche Expedition nach den Friedensschlüssen im Osten und nach der Vertreibung der Engländer vom Kontinent und den Friedensschlüssen mit Italien und Frankreich eine verhältnismäßig leichte und sichere Unternehmung. Die Verbindungen mit der Heimat wären jedenfalls besser und schneller als die Verbindungen Englands. Hier hätten wir eine ununterbrochene und feste Landverbindung, dort den langen, durch U-Boote gefährdeten Umweg zur See über Gibraltar. Und diese potentielle Möglichkeit würde militärische Wirklichkeit werden müssen, falls England nach wie vor — selbst unter dem vorausgesetzten „schlimmsten Fall" — den Frieden ablehnen würde. Den Verlust des Kanals von Suez und Ägyptens aber könnte das alte England nicht riskieren, ohne die geographischen Grundlagen seiner bisherigen Weltstellung zertrümmert zu sehen. Hier in Suez schlägt wirklich das Herz des Riesenreiches, hier liegt, wie Bismarck sich ausdrückte, das englische Genick. Die Verbindung mit Indien wäre wieder auf den Weg über das Kap der Guten Hoffnung zurückgeworfen, eine Reise, für die modernen Dampfer mit ihren Raumdispositionen überhaupt nicht eingerichtet sind."

Zum Schluß stellt Lensch dann fest, daß nach den ungeheuren Umwälzungen, die der Krieg hervorgerufen habe, selbst ein paritätischer Friede für Deutschland doch eine ungeheure Verbesserung seiner Weltstellung und für die Gegner eine entsprechende Verschlechterung bedeuten würde. „Erst durch die furchtbare Länge des Krieges ist Deutschland für die Welt das geworden, was es nun ist, die stärkste der Weltmächte, erst die vier Jahre Weltkrieg haben es dazu gemacht. Vordem war es ein weltpolitisch kaum ernstgenommener, in seiner wirklichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit absolut ungekannter Faktor. Gerade weil das anders geworden ist, weil Deutschland jetzt nicht mehr das Deutschland von 1914 ist, bedeutet jeder Friede, der mit ihm geschlossen werden muß, und der nicht seine Auflösung herbeiführt, die Anerkennung seiner neugewonnenen Machtposition. Daran ändert ein Friede ohne Annexionen nicht das geringste, im Gegenteil, er würde nur die neue deutsche Weltstellung noch unterstreichen; denn er würde den Verzicht Englands auf seine Annexionen in sich schließen."

Rußlands diplomatische Vertretung in Finnland. „Hufvudstad-bladet" vom 12. Mai schreibt: Die russische Regierung nimmt fortgesetzt eine feindselige Haltung gegen Finnlands

Digitized by Google

Regierung und deren Truppen ein: Die russische Garnison in Jno weigert sich, die Festung zu übergeben und das finnländische Territorium zu verlassen. Dieselbe hat vielmehr Feindseligkeiten gegen die finnländischen Truppen eingeleitet. Die russischen Marinebehörden senden Kriegsfahrzeuge nach den finnländischen Gewässern. Die russische Regierung leiht den finnländischen Aufrührern in Petersburg Schutz, die zusammen mit ihren russischen Waffenbrüdern und dem in Finnland geraubten Eigentum sogar auf Schiffen des russischen Staates dorthin transportiert wurden. In Petersburg ist es den finnländischen Roten Gardisten erlaubt, sich für neue Feindseligkeiten gegen Finnland vorzubereiten und auszurüsten. In diesem Vorhaben werden sie von russischer Seite unterstützt. Die russischen Behörden im russischen Karelien helfen den Roten Gardisten bei den feindlichen Maßnahmen gegen Finnland.

Solange Rußlands Regierung und die russischen Behörden eine derartige feindliche Tätigkeit gegen Finnland fortsetzen, kann natürlich nicht die Rede von der Anknüpfung irgendwelcher diplomatischer Beziehungen sein und kann Rußland demnach auch keinen diplomatischen Vertreter in Finnland haben.

Die schwedische Regierung und die Alandsfrage. „Nya Dagligt Allehanda" vom 13. Mai schreibt: Ein Offizier sendet uns folgende Darlegung ein, die jedenfalls ein interessantes Diskussionsobjekt ist. „Ein befestigtes Aland im Besitze der Großmacht Rußland war eine äußerst gefährliche Bedrohung unserer Hauptstadt. Jeder muß einsehen, daß bei der Entstehung eines ernsten Konfliktes mit unserem Nachbarn im Osten das befestigte Aland lähmend gewirkt und eine Verteidigung der nördlichen Schwedens direkt unmöglich gemacht haben würde. Trotzdem wurde, als Rußland im Widerspruch zu den internationalen Übereinkommen die Befestigungen auf Aland anlegte, die Bedeutung derselben von den Parteien der Linken als Bagatelle hingestellt. Jetzt dagegen, wo die Lage sich vollständig verändert hat und es ein schwedisch-finnländisches Lebensinteresse geworden ist, daß Aland — gleichgültig, ob es schwedisch oder finnländisch werden wird — stark befestigt ist, dringt die Linke darauf, daß diese Befestigungen vernichtet werden.

Finnlands und Skandinaviens verteidigungspolitische Aufgabe ist, ein Bollwerk der westlichen Kultur gegen das Vordringen des asiatischen Rußland zu sein. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen diese Staaten zusammenhalten, darüber sind wohl alle einig. Wenn die jetzige Regierung nicht an ein tausendjähriges Friedensreich nach Schluß dieses Krieges glaubt, hat sie dann darüber nachgedacht, in wie hohem Grade für die genannten Staaten die Lösung ihrer verteidigungspolitischen Aufgabe erleichtert werden würde, wenn Aland stark befestigt wäre? Der Bottnische Meerbusen würde dann ein schwedisch-finnländischer Binnensee, auf dem unsere Truppen unbehindert dorthin befördert werden könnten, wo sie am meisten gebraucht werden. Sowohl Schweden als Finnland hätte eine über 50 Meilen kürzere Küste zu verteidigen und das ganze Schweden nördlich der Dalälv wäre durch ein nordisches Gibraltar auf Aland so gut wie gesichert. Schwedens wie Finnlands Verteidigungsproblem würde entschieden viel einfacher und die Kosten für die Verteidigung dieser Länder könnten sich in beschränkten Grenzen halten.

Versteht die Regierung oder will sie es absichtlich nicht verstehen, daß durch die Vernichtung der Alandsbefestigungen und der Beibehaltung des Alandsservituts man vollständig in die Hände Deutschlands geliefert wäre? Ein unfestigtes Aland ist während der jetzigen Lage gleichbedeutend mit einer Übergabe der Inselgruppe an die stärkste Ostseemacht, nämlich an Deutschland. Bei einem offenen Konflikt zwischen den Ostseestaaten ist es höchst wahrscheinlich, daß derjenige, der der stärkste ist, sich Aland aneignen wird, denn hierdurch beherrscht er nicht nur den nördlichen Teil der Ostsee, sondern auch den ganzen Bottnischen

Digitized by Google

Meerbusen und die Einmündung des Finnischen Meerbusens. Was dieses sowohl in handelspolitischer wie in militärischer Hinsicht bedeutet, müßte jedem ohne weiteres klar sein.

Deutschland weiß schon, was es tut, wenn es sich an der Beseitigung der Befestigungen beteiligt. Es ist ein deutsches Interesse, aber keineswegs ein schwedisches oder ein finnländisches, daß die Alandsinseln sich im Besitze einer Großmacht befinden. Schwedens Interesse fordert die Vereinigung der Inseln mit Schweden und die Beibehaltung der Befestigungen. Sicher wird unsere „geistreiche" Regierung die Schleifung als einen diplomatischen Sieg registrieren, aber in Wirklichkeit ist es nichts anderes als eine unerhörte, diplomatische Dummheit."

Die Lage im Donezbecken. Nach dem Sitzungsbericht über die Versammlung der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft" in Kiew, den „Rabotschaja Shisn" am 26. April veröffentlicht, führte Zukublin etwa folgendes aus: Die Brennstoff-Förderung im Donezbecken zeigte bereits seit dem Jahre 1915 eine rückläufige Bewegung; seit Anfang 1917 ist sie dauernd zurückgegangen und zwar wurden gefördert:

Januar 1917	. . .	154	Millionen Pud
April 1917	. . .	121	" "
Oktober 1917	. . .	124	" "
Januar 1918	. . .	80	" "
April 1918	. .	70—75	" "

Die gesamten Kohlenvorräte belaufen sich zurzeit auf die sehr geringe Menge von 107,6 Millionen Pud, und zwar handelt es sich bei diesen Ziffern um 34 Millionen Pud gewöhnlicher Kohle und um 73 Millionen Pud Anthrazit. Von der gewöhnlichen Kohle lagern 80 v. H. im Gouvernement Jekaterinoslaw, der Anthrazit lagert dagegen im Dongebiet, also außerhalb der Grenzen der Ukraine. Schon vor der Selbständigkeitserklärung der Ukraine war der Hauptverbraucher des im Donezgebiet geförderten Heizmaterials die Ukraine selbst, deren Eisenbahnen 70 v. H. des von den Bahnen benötigten Heizmaterials verbrauchten; während von dem Gesamtbedarf der russischen Eisen- und Metallindustrie 84 v. H. auf den Bedarf der Ukraine entfielen. Heizmaterial zu anderen Zwecken wurde zu 65 v. H. von der Ukraine verbraucht.

Der Vortragende führte dann die bereits bekannten Gründe für den Verfall der Förderung an und sieht in einer staatlichen Zwangssyndizierung das einzige Rettungsmittel.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Kabylenfrauen — Isl. Welt Nr. 11

DIE ISLAMISCHE WELT

zählt zu den schönsten und wertvollsten deutsch-türkischen Zeitschriften. Infolge ihrer Vielseitigkeit, reichhaltigen Inhalts und genauer Informierung ist die Islamische Welt zum

Organ aller Orient-Interessenten

geworden.

Ständige Mitarbeiter:
Emir Schekib Arselan, Halil Halid Bey, Abdul Malik Hamsa Bey, Abdul Hakk Hamid Bey, Halid Zia Bey, Prof. Dr. Iuschan, Freiherr v. Mackay, Major Morath, Dr. Carl Peters, Graf E. Reventlow, Rudolf Rotheit, Scheich Abdul Aziz Schauisch, Davis Trietsch, Emil Zimmermann usw.

Bezugspreis: Jährlich Mark 9.—

Verlangen Sie Probenummern vom Verlag

Die islamische Welt, Berlin W 15, Konstanzerstraße 5

Digitized by Google

Soeben ist erschienen:

Vom kommenden Weltfrieden

Herausgegeben von Karl Jünger, eingeleitet von Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech

Mit Beiträgen von:

Dr. Bruno Ablaß, M. d. R.
W. Bacmeister, M. d. Pr. A.
Wilhelm Blos, M. d. R.
Dr. Eduard David, M. d. R.
Edmund Fischer, M. d. R.
Joh. Fischer, M. d. W. L.
Gustav Hoch, M. d. R.
Graf Wilhelm zu Hoensbroech, M. d. Pr. H.
Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R.
Liz. Reinh. Mumm, M. d. R.
Rudolf Oeser, M. d. Pr. A.
Osel, M. d. B. A.-K.
Dr. Maximilian Pfeiffer, M. d. R.
Dr. h. c. A. von Rieppel, M. d. B. R.
Fürst Otto zu Salm-Horstmar, M. d. Pr. H.
Schlee, M. d. R.
Graf A. von Spee, M. d. Pr. A.
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Graf von Zieten-Schwerin, M. d. Pr. H.

In der Stunde der Entscheidung erscheint dieses Buch

Es ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweifellos zu den meistgekauften Büchern der nächsten Zeit zählen wird. Jeder Deutsche sollte es gelesen haben. Vorrätig in jeder guten Buchhandlung.

Kleine Montanusbücher Band 8: Mk. 1.50

Der Montanusverlag zu Siegen 18

Bekanntmachung

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen und 4½% Schatzanweisungen der VII. Kriegsanleihe können vom

27. Mai d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 2. Dezember 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4½% Reichsschatzanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV., V. und VI. Kriegsanleihe ist eine größe Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli, 1. Oktober 1917 und 2. Januar d. Js. fällig gewesenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Mai 1918

Reichsbank-Direktorium

Havenstein v. Grimm

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 705
Meinecke, Zwei Systeme 707
Leuthner, Deutsche und tschechische Politik 711
Wegener, Zur flämischen Frage 718
Kolbe, Unsere kolonialen Friedensziele 724
Lotz, Steuerflucht 729
Notizen/Neuerscheinungen 734

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang | 7. Juni 1918 | Heft 23

Gustav Kiepenheuer/Verlag/Weimar/Berlin

Digitized by Google

Die Abrechnung eines Neutralen mit der britischen Weltdespotie

Soeben erschien:

Das Schicksal des Nordens

Eine europäische Zukunftsfrage

von

Herman Harris Aall

Mit einer Einleitung versehen von Dr. Alb. Dresdner
Mark 6.50 broschiert, Mark 8.— gebunden

Der ausgezeichnete norwegische Jurist und Philosoph Dr. Herman Harris Aall hat darin die so brennend gewordene nordische Frage in größtem Stile als eine europäische Frage aufgefaßt. Rudolf Kjellén begrüßt dieses Buch als eines der bedeutungsvollsten Dokumente der Zeitkrisis auf das wärmste. Wohl nie zuvor ist von einem Ausländer die Entstehungsgeschichte des Krieges so klar, so zwingend, so reich dokumentiert dargestellt worden. Ein Norweger tritt hier überzeugend für den deutschen Standpunkt in der belgischen und in der U-Bootfrage ein. Reich an neuen Tatsachen und vielfältigen Anregungen, fesselnd durch die sittliche Würde und ideale Gesinnung des Verfassers wird die Schrift im ganzen Norden, so auch bei uns den lebhaftesten Anklang erwecken.

Das Werk ist durch jede gute Buchhandlung oder, falls keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen

GUSTAV KIEPENHEUER VERLAG / WEIMAR

Digitized by Google

3. Jahrgang • 7. Juni 1918 • Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die ersten Tage der dritten deutschen Offensive bedeuteten wieder deutschen Sieg, in einer Raschheit und einem Ausmaß des Geländegewinns, die das Tempo der früheren Kämpfe noch übertreffen. Der Krieg ist auch über die Aisne in Gebiete getragen, wo er im Sommer 1914 nur flüchtiger blutiger Gast gewesen. Wiederum ist das Größte an tätigem Heroismus von Führung und Truppe geleistet worden, und nur tiefe, schweigende Dankbarkeit der Heimat kann den Leistungen des Heeres folgen. Die englisch-französische Niederlage vom März hat bei der Entente den Generalissimus geboren, der die Gewähr des künftigen Sieges bieten sollte, aber nun ist auch Foch geschlagen. Seine Reserven hat er unnütz an der Nordfront aufgerieben und kann sie jetzt nur unvollkommen herbeischaffen, unter dem Druck der Sorge, ob dieser neue Schlag von Hindenburg und Ludendorff nicht nur Diversion bedeute. Gemeinsame Siege erhöhen ein Bündnis, gemeinsame Niederlagen sind die Schrittmacher der Entfremdung. Daß sie jetzt anfangen, drüben sich wieder die Schuld nachzurechnen, ist ein Aktivum unserer militärischen Stoßkraft.

*

Mit welcher Plattheit der Gesinnung manche Kreise der Heimatfront Zeuge dieses weltgeschichtlichen Geschehens sind, zeigt, daß der militärische Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung" seinen ersten Aufsatz über die Aisneschlacht mit der gesperrten und gespreizten Trivialität schließen konnte: „Wir Deutsche können uns fühlen." Besseres weiß der Mann nicht zu sagen.

*

Die amerikanischen Staatsmänner schlüpfen in die alten Phrasenkleider, die man in Europa längst abgelegt hat. Roosevelt stellt fest, daß die Deutschen kanadische Gefangene kreuzigen. Taft stellt fest, daß das Wort „Friede" Hochverrat bedeute und daß man mit den Hohenzollern nicht verhandeln werde. Wilson scheut sich nicht, seinen Namen mit einer wüsten Geschichte zu beschmutzen, indem er in einem Prozeß gegen den früheren deutschen Generalkonsul Buenz einige Zuchthäusler, die die Hauptbelastungszeugen bilden, durch ein mittelbares Eingreifen begnadigt, damit sie zum

Digitized by Google

Eid zugelassen werden können, was die Verurteilung des alten Mannes zur Folge hat. Das Schlimme an diesen Dingen ist, daß die Amerikaner solches ertragen, daß auch sie, wie die Franzosen, der nervösen Schreckensdiktatur sich unterwerfen, in die Wilson sich verrannt hat, je weniger er der ungeheuren Verantwortung sachlich Herr wird, die er auf sich lud.

*

Immer wieder treffen Abgesandte deutscher Kolonisten aus dem früheren russischen Reich in Berlin ein, um hier nach Rettung auszuschauen. Einerlei, ob sie aus Wolhynien oder der Wolgagegend, aus dem Süden der Ukraine oder Sibirien stammen, allen gemeinsam ist der Wunsch, ihre Zukunft unter dem Schutze des Deutschen Reiches aufzubauen, weil sie unter Zar, Republik und Bolschewistenherrschaft in gleichem Maße Unsagbares gelitten haben. Nachdem wir sogar im Bukarester Vertrage für die rumänischen Juden eingetreten sind, sollte doch endlich das deutsche Volk und die deutsche Regierung daran gehen, ihre 2 Millionen Stammesgenossen im Osten Europas vom nationalen Tode zu erretten, indem man ihnen im Baltenlande eine neue gesicherte Zukunft bietet.

*

England führt jetzt rücksichtslos Krieg in Rußland. Anders kann man die Meldungen von Truppenlandungen an der Murmanküste und dem Vormarsch englischer Soldaten aus Persien nach Baku nicht nennen. Nach bewährtem Rezept packt der britische Leu überall dort fest zu, wo es gilt, eine Kontrolle über wichtige Verkehrsstraßen zu gewinnen. Bezweckt die Festsetzung an der Murmanküste Moskowiens Seeverkehr in englische Hand zu bekommen, so dient der Vormarsch auf Baku Indiens Reichtümer fest abzusperren. Lloyd George weiß, weshalb er allem Drängen der englischen westlichen Schule, die Osterpeditionen zu liquidieren, leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzt. Nicht mit Unrecht scheint ihm die Vorherrschaft am indischen Meere nicht weniger wichtig, als die Befreiung der flandrischen Küste vom deutschen Zugriff. Er hat die englischen Trümpfe Palästina, Mesopotamien, Bagdad um Baku vermehrt, um auf dem Friedenskongreß ein möglichst gutes Spiel Mitteleuropa, aber auch seinen Bundesgenossen gegenüber in der Hand zu haben.

*

Die preußische Wahlrechtsfrage bleibt von dem Gerücht der Kompromisse umgeben. Daran ist nichts Wahres. Heydebrand fühlt sich als Herr der Situation und sieht keinen Grund, Ausgleiche zu suchen. Die Basis solcher Ausgleiche selber ist in der Tat auch sehr schmal. Denn wenn jetzt nach möglichst nichtssagenden Pluralstimmen (Alter und ähnliches) gesucht wird, so dient das nicht einem sachlichen Ausweg, sondern einer taktischen Verschleierung. Politisch ist die Frage jetzt so zugespitzt: Entweder das gleiche Wahlrecht oder nicht. Die dünnen Vermittlungsvorschläge können heute diese Grundfrage, mit der nicht nur die Beruhigung der Volksmasse, sondern auch die Autorität der Regierung zusammenhängt, nicht mehr aus der Welt hinausverhandeln.

Digitized by Google

Zwei Systeme

Von Professor Dr. Friedrich Meinecke, Berlin

Die Sommeschlacht wird dereinst als ein Knotenpunkt des ganzen Krieges erscheinen. Mit ihr begannen die Engländer ihre neu gebildeten Massenarmeen in vollem Umfange einzusetzen, ihr volles Blutopfer zum Kriege beizusteuern, ihre Absicht zum Knock out unwiderruflich kund zu tun. Mit ihr begann zugleich der Materialkrieg größten Stiles, durch den die Gegner versuchten, ihr Übergewicht an physischen Kräften und Möglichkeiten überwältigend zu entwickeln. Mit ihr beginnt daher auch für uns eine Periode gewaltig verstärkten Druckes und entsprechend verstärkter Gegenwirkung und Anspannung. Unser tägliches Leben in der Heimat hatte in den ersten beiden Kriegsjahren verhältnismäßig wenig vom Kriege zu spüren. Gewiß wäre es auch ohne die Sommeschlacht mit Ernährung und Rohstoffen allmählich knapper geworden. Aber die Sommeschlacht gebar zugleich das neue Rüstungsprogramm Hindenburgs und Ludendorffs, führte damit zur Umstellung unserer Industrie, zum Hilfsdienstgesetze, zur Beanspruchung aller irgendwie verfügbaren lebenden und toten Streit- und Arbeitsmittel für Rüstung und Kampf. Jetzt erst lernten wir alle uns den Gürtel enger um den Leib ziehen. Wir haben es besser gelernt, als unsere Feinde annahmen. Wir haben uns entfettet, aber wir sind sehnig geblieben. Wir haben höhere Preise für alle täglichen Dinge zahlen gelernt, um den höchsten Preis, den die Anmaßung der Gegner von uns fordert, nicht zahlen zu müssen. Aber über alle täglichen Schwierigkeiten und Entbehrungen hinaus haben wir Wirkungen der neuen Kriegsepoche erlebt, die unsere ganze Zukunft in neue Wege zu führen scheinen. Der ungeheure Druck des englischen Vernichtungswillens wird tiefe und dauernde Spuren in unserem Staats- und Parteileben hinterlassen — im guten wie im ungünstigen. Denn das ist das Eigene, daß er durchaus zwiespältige Wirkungen bei uns ausgelöst und Gegensätze aufgerührt hat, die wohl schon vorhanden waren, jetzt aber erst ganz scharf wurden. Der Burgfrieden der Parteien ging erst jetzt ganz in Stücke, und die Regierungskrisen begannen erst jetzt am Horizonte häufiger aufzusteigen. Versuchen wir, uns aus dem bloßen Beklagen und Entschuldigen zum historischen Verständnis dieser Entwicklung zu erheben.

Wir mußten ja nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch unsere Kriegführung und innere Politik neu einstellen. Aber die neuen Waffen, die wir uns dadurch zur Abwehr des verstärkten Druckes schufen, entsprangen zwei ganz verschiedenen politischen Systemen, obwohl sie nur einem und demselben Endzweck dienen sollten. Das eine System hatten unsere Rechtsparteien, das andere unsere Linksparteien ausgebaut. Das eine, aus dem reinen und von allen übrigen Rücksichten losgelösten Machtgedanken geboren, forderte unbedingte Anwendung der schärfsten physischen Mittel zur Niederringung des Feindes. Das andere, auf einer Synthese von Macht- und Frei-

Digitized by Google

heitsbedürfnissen beruhend, forderte Stärkung der inneren nationalen Widerstandskraft durch freiheitliche Reformen und forderte zugleich die Fortsetzung des durch unser Friedensangebot begonnenen und von unseren Massen gewünschten Versuches, die Gegner für einen Verständigungsfrieden zu gewinnen. Das eine System gipfelte im radikalen U-Bootkriege, das andere in der Wahlrechtsreform und der Reichstagsresolution. Die Forderungen beider Systeme aber erschienen in der gewaltig gespannten Situation des Frühjahrs 1917 so unabweisbar, so zwangsweise vom Momente gefordert, daß der damalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, obgleich er selber mehr auf dem Boden des zweiten Systems stand, den verantwortungsvollen Entschluß faßte, sie beide zugleich zu erfüllen. Man kann hinterher vielleicht sagen, daß, wenn man die russische Revolution vorausgesehen hätte, die scharfe, aber zweischneidige Waffe des U-Bootkrieges, die durch die Auslösung des Krieges mit Amerika den ganzen Weltkrieg verlängern konnte, besser unbenutzt geblieben wäre. Aber man konnte im Januar 1917 noch nicht ahnen, was im März 1917 in Petersburg erfolgen würde. Man mußte ferner mit der Möglichkeit rechnen, daß Amerika auf jeden Fall, mochte man tun was man wolle, einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges zu verhindern suchen würde. Und so war unter den Aspekten des Januars 1917 der Entschluß zum radikalen U-Bootkriege durchaus verständlich. Fortan aber war nun auch unsere gesamte Kriegs- und Friedenspolitik mit der inneren Divergenz zweier verschiedener Tendenzen beschwert, von denen jede nach absoluter Durchsetzung strebte. Alle unsere inneren Krisen sind daraus erwachsen.

Oder genauer gesagt, sie sind daraus erwachsen, daß die beiden Systeme sich gegeneinander verschieden verhalten haben, daß die Vertreter des einen eher bereit waren, das relative Recht und die relative Brauchbarkeit des anderen anzuerkennen, als die des anderen. Das zeigt schon das Beispiel Bethmann Hollwegs, und ein großer Teil der Linksparteien hat, ihm folgend und ihm vertrauend, ebenfalls die Tatsachen gewürdigt, die unseren U-Bootsentschluß rechtfertigen konnten. Von einer entsprechenden Würdigung derjenigen Tatsachen, die zur Wahlreform und zur Reichstagsresolution hin drängten, hat man im Gegenlager herzlich wenig gespürt. Und doch müssen sie gewürdigt werden, wenn wir aus einem sonst unerträglich werdenden Zwiespalte herauskommen sollen. Dieser Zwiespalt war, wie wir bemerkten, bis zu gewissem Grade unvermeidlich und ist deswegen in unserer eigenartigen, unter dem Druck des Westkrieges stehenden Lage nicht ganz zu beseitigen. Aber es muß ein einheitlicher Wille da sein, der mit voller Verantwortung und Macht bekleidet, die verschiedenartigen Erfordernisse unserer Lage in genauester Abwägung ihres Wertes mit einander ausgleicht und, mag er auch heute ganz im Sinne der Reichstagsmehrheit, morgen ganz im Sinne der Heeresleitung zu handeln scheinen, doch dabei immer genau weiß, was er will, und immer durchsetzt, was er will.

Haben wir diesen Willen heute in unserer obersten Reichsleitung? Das war die bange

Digitized by Google

Frage, die in den letzten Monaten immer wieder aufgeworfen wurde, als es nicht gelang, den Ostfrieden aus einem Stücke einheitlich zu schnitzen, sondern ihn in lauter Splittern und wie es schien, von verschiedenen Händen bearbeitet sehen mußte. Man hatte zuweilen den Eindruck, daß eine Schachpartie, die eben aufgestellt und begonnen worden war, durch einen Stoß von außen umgeworfen wurde. Man weiß nun freilich aus geschichtlicher Erfahrung, daß solche Eindrücke den Zeitgenossen oft täuschen und daß die volle Kenntnis der Tatsachen hinterdrein so manchen Zickzackgang der Politik schon gerechtfertigt hat. Es ist nicht möglich und durchführbar, den Zeitgenossen schon das ganze Material dieser Tatsachen vorzulegen; was aber in unserer Lage, wo es auf die Gesinnung und Stimmung des ganzen Volkes ankommt, nicht nur möglich, sondern dringend notwendig ist, das ist das Vertrauen auf die völlige, und von allen Gewalten respektierte Unabhängigkeit der politischen Reichsleitung.

Ein deutliches Symptom dafür, daß es an diesem Vertrauen bei uns mangelt, war die unerfreuliche Episode des Erzbergerschen „Vorstoßes" im Hauptausschuß des Reichstages. Die Dinge lagen doch so, daß wir in der Ukraine vor der Alternative standen, entweder dieses unlenksame, unbrauchbare Chaos ganz sich selbst und seiner inneren Zersetzung überlassen, oder ordnend und gebietend eingreifen zu müssen, aber mit dem Risiko, uns in unberechenbare Verwicklungen einzulassen und unsere künftige Freundschaft mit dem jungen Staate schwer zu gefährden. Es war nicht die erste und wird nicht die letzte der dornigen Alternativen sein, mit denen wir unseren durch den russischen Zusammenbruch im Osten erreichten Machtgewinn bezahlen müssen. Aber weil nun einmal das Mißtrauen entstanden war, daß unsere Entscheidungen in solchen Fällen nicht durch die Zwangslage der Dinge selbst diktiert, sondern durch den Dualismus der auseinandergehenden Tendenzen von Reichsleitung und Heeresleitung bestimmt werden, konnte Erzberger seinen unbesonnenen, voreiligen und für unser Ansehen im Osten schädlichen Vorstoß unternehmen. Herr von Payer, dem wir nicht zutrauen, daß er uns Sand in die Augen streuen will, hat sich ein großes Verdienst erworben, als er in diesem Falle jenes Mißtrauen entkräftete und unser Vorgehen in der Ukraine, in der Hauptsache wenigstens, rechtfertigte. Zugleich aber gab er wieder ein klassisches Beispiel dafür, daß jenes politische System, das von den Linksparteien ausgebildet ist, geneigter ist, die Notwendigkeiten der Machtpolitik anzuerkennen, als umgekehrt die reinen Machtpolitiker es sind, die Notwendigkeiten der Synthese von Macht- und Freiheitspolitik gelten zu lassen.

Viel schwerer und ernster ist es zu nehmen, daß auch die letzten Entscheidungen in der preußischen Wahlreform die Atmosphäre des Zweifels und Mißtrauens wieder verstärkt haben. Zwar zweifelt man nicht, oder wenigstens sollte man nicht zweifeln an dem festen und reinen Willen der jetzigen verantwortlichen Staatsmänner Preußens, die Wahlreform mit allgemeinem gleichen Wahlrechte durchzusetzen, aber man

Digitized by Google

fürchtet schon, daß sie in den Zugeständnissen an die Rechtsparteien, in den sogenannten „Sicherungen" gegen die demokratischen Konsequenzen der Wahlreform schließlich so weit gehen könnten, daß der Nutzen und die beabsichtigte Wirkung der Wahlreform dadurch beeinträchtigt werden könnten; und von dieser Besorgnis sind auch solche, die ein gewisses Maß solcher „Sicherungen" allerdings für berechtigt und notwendig halten, nicht ganz frei. Hat man sich einmal in großem Stile entschlossen, durch die Gewährung des gleichen Wahlrechts ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Massen zu begründen, so muß man diesen Entschluß, wenn man große und durchschlagende Wirkungen mit ihm erzielen will, auch im großen Stile und mit überzeugender Geste durchführen. Anderenfalls beeinträchtigt und gefährdet man diese Wirkungen und verärgert diejenigen, die man beschenken will. Das würde z. B. ganz sicher eintreten, wenn man, um den Gegnern des gleichen Wahlrechts eine Art Prestige- oder Scheinerfolg zu lassen, die Einfügung einer Altersstimme ihnen zugestände. Der Schade, der dann durch die agitatorische Ausnutzung dieser Konzession seitens der radikalen Opposition entstände, würde den bescheidenen Nutzen, den sich die bürgerlichen Parteien davon versprechen könnten, bei weitem überwiegen. Und man fürchtet auch für das Schicksal des allgemeinen gleichen Stimmrechts überhaupt, nachdem die schärfste Waffe, mit der es zu erzwingen war, die Auflösung des Abgeordnetenhauses, nur gezeigt, aber nicht gebraucht worden ist. Der Entschluß zur Auflösung, so wurde erklärt, wird abhängig gemacht werden auch von der Kriegslage. Sollte das bedeuten, daß auch militärische Stellen ihr Votum über die Zulässigkeit der Auflösung in die Wage werfen werden oder gar schon geworfen haben, so würden wir in eine sehr bedenkliche Situation eingetreten sein.

Wir hoffen, daß diese Deutung nicht zutrifft. Aber wir könnten uns, wenn wir diese Perspektiven weiter verfolgen, schließlich keinen anderen Ausweg denken, als daß einmal ein aufgeklärter Soldat, mit voller politischer Verantwortlichkeit betraut, den Gegensatz der beiden Systeme, in dem wir heute leben müssen, überbrückte und den Sieg auf dem Schlachtfelde mit dem Siege der Wahlreform verknüpfte. Denn er müßte so handeln, wenn er die volle Siegeskraft nach außen entwickeln wollte. Die Wahlreform, ist und bleibt in erster Linie ein Mittel der Macht und des Sieges.

Digitized by Google

Deutsche und tschechische Politik

Von Dr. Karl Leuthner, Wien

Wir haben den sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Dr. Leuthner einen der ausgezeichnetsten politischen Publizisten Wiens, gebeten, uns seine Beurteilung der augenblicklichen Lage in Österreich-Ungarn zu geben. Er spricht für sich als Person, sein Aufsatz scheint uns aber als Stimmungsausdruck aus den Kreisen der deutsch empfindenden Sozialdemokratie Österreichs bedeutungsvoll genug. Die Schriftleitung

Als zu Beginn des Weltkrieges die Nachricht von einer patriotischen Kundgebung, welche Tschechen und Deutsche in Prag in einmütiger Begeisterung vollzogen hatten, nach Deutschland gelangte, war dort die Freude groß. Stets fertig mit der Theorie, entwickelten treufleißige deutsche Professoren die glorwürdige Lehre von der Übergewalt des Staatsgedankens über das Nationalgefühl, welche Übergewalt die Haltung der Völker im vielsprachigen Österreich unwidersprechlich erweise. Diese Lehre wuchs, breitete sich aus und überschattet jetzt wohl das Denken der Mehrzahl deutscher politischer Professoren und Publizisten. Es hat ihr im mindesten nichts geschadet, daß inzwischen der hochoffizidse Nachrichtenkeim, aus dem sie üppig entsprossen, kläglich verdorrt ist. Im Prozeß Kramarsch wurde nämlich gerichtsordnungsmäßig festgestellt, daß jene vielberufene gemeinsame Kundgebung Polizeimache gewesen, und als sie in Unfug ausartete, auch wieder von der Polizei eingestellt worden. Das Gelächter, das sich bei dieser amtlichen Aufklärung im Gerichtssaal erhob, fand in Deutschland keinen Widerhall. Dort blieb man ernsthaft und endgültig beim Primat des Staatsgedankens, und ließ sich auch durch die tschechischen Brigaden, die Masarikſche Propaganda, die Russophilie der Polen, die südslawischen Kundgebungen nicht irren. Niemand ist tatsachenblinder als wir deutschen „Intellektuellen", wenn uns ein Dogma befangen hält. Und nun ist unser Nationalgefühl ebenso lau und matt, als unser Staatsaberglauben unzerbrechlich; wir haben es zuwege gebracht, die herrliche Kraftentfaltung, die aus der Einigung des deutschen Volkes hervorging und jetzt im Kriege niegesehene Wunder vollbringt, der Seele des deutschen Volkes abzuerkennen und der toten Maschine des Staates gutzuschreiben. Wir sind überdies „volkswirtschaftlich" gerichtet, also für alle Ideenbewegungen der Zeit gebührend taub. Ist es da noch erstaunlich, daß wir in diesem Weltkrieg, der mit jedem Tage verkündet, daß heute die nationale Idee die stärkste gestaltende Macht im Leben der Völker, im Leben der europäischen Ostvölker aber nahezu die einzige bewegende Kraft ist, die Rolle des Anton spielen, der sich in der Welt nicht mehr auskennt? Wir ersinnen noch heute die wunderlichsten Beweggründe für den Anschluß Amerikas an England, weil wir für die Übermacht des Gefühls angelsächsischer Gemeinsamkeit in unserem nationslosen Denken und Empfinden keinen Raum haben und werden Reichsdeutsche und Österreicher in holder Gemeinschaft vertrauend auf die öster-

Digitized by Google

reichische „Staatsidee", von der unter 28 Millionen „Österreichern" 18 Millionen, d. h. alle Nichtdeutschen, nichts wissen und nichts wissen wollen, wohl gar noch eine Gestaltung der Grenzen herbeiführen, die Deutschland noch tödlicher einschnürt, werden uns mit der „austropolnischen" Lösung bereitwilligst selbst die Schlinge drehen, und zuguterletzt, wie ein führendes Berliner Blatt eindringlich rät, just auf die österreichische Staatsgesinnung der Tschechen das deutsch-österreichische Bündnis aufbauen, das zu stützen die Deutschen Österreichs zu schwach seien. Der kleine Nebenumstand, daß an demselben Tage, als jener Artikel seine gläubigen Leser in der Berliner Intelligenz sammelte, Zehntausende Tschechen auf dem Prager Wenzelsplatz sangen: „Wenn uns Rußland nicht hilft, hilft uns England", kann doch den unzerstörbaren Lehrsatz vom Primat der Staatsidee und die Hoffnung auf die Freundschaft der „Westslawen" nicht beirren.

Die Lächerlichkeit hat unter uns Deutschen noch niemanden getötet, und weder Spott noch Ernst vermag etwas gegen die Verblendung und Unwissenheit, die mit jedem neu erscheinenden volkswirtschaftlichen und staatsrechtlichen Werk über Österreich nur noch dicker und undurchdringlicher wird. Man will im Reiche die Wahrheit nicht hören, man fühlt sich ohnedem gekränkt, daß alle Welt ringsum der aller Welt ringsum entgegengebrachten deutschen kosmopolischen Liebe so wenig Gegenliebe zuträgt, und möchte aus dem Reiche des Bundesgenossen nur Angenehmes vernehmen. So haben denn die Rosenmaler ein breites Publikum. Ohnmächtig ist demgegenüber die Wahrheit, dennoch muß sie pflichtgemäß auf die Tschechen verweisen. Und eine der wichtigsten, weil aufschlußreichsten Tatsachen ist die Prager Pfingstkundgebung. Sie lehrt, daß die Gesamtheit des tschechischen Volkes von den Stimmungen beherrscht ist, die in den Handlungen der tschechischen Brigaden zum Ausdruck kam, daß alle Tschechen ohne Ausnahme die volle tschechische Staatlichkeit anstreben und daß beinahe alle ohne gewichtige Ausnahmen die Erreichung des tschechischen Staates von einem Sieg der Entente erhoffen. Freilich haben tschechische Abgeordnete im Reichsrate ohne jede Scheu beides — den Wunsch nach dem vollständig unabhängigen tschechischen Staat und die Hoffnung, ihn auf dem Weltfriedenskongreß zu erreichen — wiederholt in der feierlichsten Form ausgesprochen. Die Dreikönigs-Erklärung ist die programmatische Formulierung dieser Anschauungen. Gleichwohl hat Czernin noch vor kurzem versucht, die Welt irre zu führen, indem er einen Gegensatz der Meinungen zwischen den Führern des tschechischen Volks und diesem selbst behauptete, einen Gegensatz, der nie bestanden hat. Wer heute solche Behauptungen zu wiederholen wagte, den zeiht die Prager Kundgebung Lügner: in ihr war nichts Gemachtes, sie war wirklich ein seelischer Erguß der Volksgesamtheit. Überdies hat sie unzweifelhaft dargetan, daß der Panslawismus keineswegs tot ist, was ja auch bloß einige akademische Kinder in Deutschland glauben, sondern daß er in voller Kraft lebt und eben daran ist, sich in der für Mitteleuropa gefährlichsten Form des Austroslawismus

Digitized by Google

zu betätigen. Er ergänzt sich übrigens durch die italienische Bundesgenossenschaft. Die Prager slawisch-italienische Verbrüderung, an der nahezu alle österreichisch-italienischen Abgeordneten, namentlich die durch die erlittenen Verfolgungen tief empörten Welschtiroler teilnahmen, hat die römische bekräftigt und wird sich demnächst in parlamentarische Tat umsetzen.

Man hat den Staatsbildungsplänen der Tschechen Doppelzüngigkeit und Zwiespältigkeit vorgehalten — mit Recht, insofern sie im Namen des historischen böhmischen Staatsrechts, im Namen der Unteilbarkeit der ehemaligen Länder der böhmischen Krone die Unterwerfung von 3,5 Millionen Deutschen unter die tschechische Staatsgewalt, und andererseits im Namen des demokratischen Selbstbestimmungsrechts die Angliederung von 2,5 bis 3 Millionen Slowaken heischen, die nach historischem Staatsrecht von je und je zu Ungarn gehört haben. Allein der moralische Einwand gegen ein Programm ist nur dann wirkungsvoll, wenn die seinen Forderungen zugrunde liegende Unsittlichkeit auch im eigenen Volke empfunden wird und die Geister spaltet. Das ist jedoch hier durchaus nicht der Fall. Noch niemals haben sich die Tschechen so einig um eine gemeinsame Fahne geschart. Die demokratische Beimengung des Programms gewinnt ihm alle fortschrittlich gerichteten Elemente, namentlich die tschechischen Sozialdemokraten. Demokratie ist ein Zauberwort, das alle Zweifel beschwichtigt, alle Einwände entwaffnet. Im künftigen demokratischen tschechischen Staate kann es doch kein Unrecht, keine Vergewaltigung geben, also dürfen es sich die tschechischen Sozialdemokraten ersparen, über eine etwa den 3,5 Millionen Sudetendeutschen im böhmischen Zukunftsstaate zu gewährende Autonomie nachzugrübeln. Sie wäre auch bei der geographischen Lage ihrer Siedlungen vom Standpunkt des böhmischen Einheitsstaates allzu gefährlich. Umgekehrt versteht sich vom demokratischen Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts aus die Loslösung der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverbande und ihre Eingliederung in den böhmischen Staatsverband von selbst.

Wenn jedoch der demokratische Einschlag des Programms alle freiheitlichen Parteien in den Bann schlägt, so kommt das „historische Staatsrecht" nicht bloß den ältesten Überlieferungen der tschechischen Politik entgegen, es gewährt zugleich dem tschechischen Imperialismus die weitestgehenden Hoffnungen. In seinem Sinne erklärt der erste Führer des tschechischen Volks und dessen „Märtyrer", Kramarsch, die Sudetendeutschen als Feinde, als Eindringlinge auf böhmischem Boden, denen man schon deshalb keine Autonomie einräumen könne, weil sie kein eigenständiges Recht besäßen. Das Programm der Entnationalisierung wird in einem Atem mit dem Programm des gleichen Rechts verkündet und ist ebenso ernst gemeint, entspricht ebenso den ältesten Haßinstinkten gegen die deutschen Landesgenossen, wie dieses eine leere Phrase bedeutet. Natürlich gehen die Pläne des tschechischen Imperialismus, wie sie die tschechischen Zeitschriften seit Jahr und Tag unausgesetzt erörtern, noch viel wei-

Digitized by Google

ter. Sie verlangen, übrigens in Übereinstimmung mit französischen Weltaufteilungsplänen, die Schaffung eines „Korridors", der mitten durch magyarisches und deutsches Gebiet laufend die Slowakei mit dem zu gründenden südslawischen Reich verbinden soll, sie fordern die Angliederung der Lausitz, des Gebiets von Glatz, ja von ganz Preußisch-Schlesien. Das klingt reichlich ausschweifend, allein gerade der letztgenannte ausschweifendste Gedanke hat alle Aussicht, ein „austropolnisches" Programm zu werden, wenn etwa im Sinne der austropolnischen Lösung Kongreßpolen an Österreich angeschlossen wird, wo dann tschechische und polnische Begehrlichkeiten, die auf Preußisch-Schlesien gerichtet sind, sich mit gewissen, aus Maria Theresias Zeit herstammenden Erinnerungen zu holder Gedanken- und Gefühlsharmonie verschmelzen dürften.

Was ist denn überhaupt an diesen Plänen der Tschechen Phantastisches? Sie sind, das sagen ja ihre Urheber unverblümt, im Hinblick auf den Sieg der Entente entworfen und mit den Zukunftsabsichten der Ententestaatsmänner, mit ihren Plänen, Deutschland und Österreich-Ungarn aufzuteilen, stehen sie zweifellos im Einklang. Je mehr das deutsche Volk zerstückelt wird, je mehr von deutscher Kraft durch Einverleibung deutscher Gebiete in fremde Staaten gebunden wird, um so sicherer erhebt sich der Bau der französischen und englischen Macht. Gelangt indes die Entente nicht zum Siege? Auch dann wird die Politik, welche die Tschechen jetzt im Kriege verfolgen, der Gestaltung ihrer künftigen Geschicke nur förderlich sein. Sie haben sich durch ihre Brigaden, durch ihre drohenden Kundgebungen, durch ihre enge Verbindung mit den Westmächten den Wiener Machthabern furchtbar gemacht. Sie haben überdies alle Slawen Österreichs um sich geschart. Der Austroslawismus war immer das zweite Geleise der Wiener Politik, wie er auch das zweite Geleise der tschechischen Politik ist, falls sie die Wege des Panslawismus und Ententismus ungangbar findet. Kramarsch bildet in seiner Lebensgeschichte die Verkörperung beider Richtungen. Furcht also und die in Wien stets rege Besorgnis, von Deutschland nicht allzu abhängig zu scheinen, werden mit verdoppelter Kraft zu einer Annäherung an die Tschechen drängen. Diesen Drang aber zur unwiderstehlichen Nötigung zu erheben, wäre die austropolnische Lösung, die Stiftung des austro-polnisch-ungarischen Dreireichs das unfehlbare Mittel. Sie würde eine ungeheuere slawische Mehrheit des Gesamtreichs schaffen, und dieser die Polen als die zahlenstärkste, politisch entwickeltste Nation zur unbedingten Führerin geben. Schon heute umbuhlen sie magyarische leitende Politiker als die künftig entscheidende Macht im Habsburger Reiche. Zwischen Tschechen und Polen ist aber das engste Bündnis auch abgesehen von allen panslawistischen Strömungen, von aller tschechischen und allpolnischen Russophilie durch die Gemeinsamkeit der Zukunftswünsche und Ziele gegeben. Die Polen haben, zumal in Österreich, wo sie kein Blatt vor den Mund nehmen, nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den Anschluß an Österreich-Ungarn lediglich anstreben, um für die Eroberung

Digitized by Google

Danzigs, Posens und Oberschlesiens die Bajonette der österreichisch-ungarischen Völker zur Verfügung zu haben. Schon in der Vorbereitungszeit des mitteleuropäischen Krieges, den eine austropolnische Lösung unausbleiblich macht, würde die Politik beider Völker fraglos ineinander arbeiten, würde die alte polnisch-französische Freundschaft die Prager Ententefeste prächtig ergänzen, würde die preußisch-polnische Irredenta neben ihrem natürlichen Zentrum in Warschau und Krakau, durch Vermittlung der tschechischen Abgeordneten den kräftigsten Resonanzboden im Wiener Abgeordnetenhause finden. Und wehrlos würde dem selbst der bundestreueste, vertragsfrommste Wiener Außenminister gegenüberstehen. Auf wen sollte er sich zur Abwehr des slawischen Blocks von gut 38 Millionen stützen? Auf die knapp 10 Millionen Deutsch-Österreicher? Noch weniger als heute wird es in Zukunft möglich sein, die Außenpolitik in einer der überwältigenden Mehrheit der Reichsangehörigen nicht genehmen Richtung zu steuern.

Ist es nicht trotz alledem bare Torheit, wenn eine so kleine Nation wie die Tschechen in ihre Zukunftsstaatspläne den Gedanken einschließt, 3,5 Millionen des zahlreichsten und rassenmächtigsten Volkes Europas zu beherrschen und national zu vergewaltigen, besonders da doch gerade die Deutschböhmen stets stärkere Abwehrkraft erwiesen haben und ihre Siedelungen mit denen ihrer Volksgenossen im Reiche in ununterbrochenem und engstem Zusammenhange stehen? Was die Tschechen einzig mit Anmaßung eines solchen Vorhabens erfüllen kann, ist der Vergleich ihrer nationalpolitischen Entwicklungshöhe mit der der Deutschösterreicher. Die Tschechen sind unstreitig heute schon eine „Staatsnation". Sie haben den tschechischen Staat in geistiger, wirtschaftlicher, kultureller Organisation innerlich voll ausgebaut, nur fehlt noch sein äußeres Gehäuse. Das innere Feuer dieser tschechischen Staatsgesinnung bildet ein geistiges Leben, eine Literatur, die von den Tagen der Erweckung her, durchaus mit Kampf und Haß gegen das Deutschtum gesättigt, mit einem alle Lebenskräfte umfassenden Nationalismus und Chauvinismus durchtränkt ist, der bis in die entlegensten, aller Politik sonst entrückten Gebiete des wissenschaftlichen Denkens und ästhetischen Schaffens reicht, der sich auch die persönlichsten Gefühle und ihren lyrischen Ausdruck untertan macht. Das tschechische wissenschaftliche und schöngeistige Schrifttum, nirgends vom Genie gesegnet, nirgends über das gute europäische Mittelmaß hinausragend, auch im Umfange beschränkt, eben darum aber auch von dem Durchschnittsgebildeten, ja selbst von den begabteren Söhnen des Volks erfaßbar, ist durch eine unermüdliche, zugleich nationale und kulturelle Propaganda in erstaunlich breite Schichten hinausgetragen, und wird gerade um seiner engen Verquickung mit dem nationalen Selbstbewußtsein mit heißer Liebe umfangen. Auch der tschechische Arbeiter, wenn er zur Bildung emporsteigt, muß an dem geistigen Klima dieser Literatur zum glühenden Nationalisten werden. Von hier aus wird dann das Nationale zur alles umschließenden, alles gestaltenden, zur unentrinnbaren Lebens-

Digitized by Google

macht. Und alle äußeren Bildungen des tschechischen Daseins sind rein national. National ist die Schule, von der Volksschule bis zur Universität, tschechisch wie die französische französisch ist. Die eingebildeten oder wahren Großtaten und Leiden der tschechischen Geschichte bilden den Mittelpunkt des Unterrichts, der von Österreich und seiner dynastischen Legende nichts weiß. National ist die tschechische Priesterschaft vom Kaplan bis zum Domkapitel, national fühlen und handeln die Beamten, die vom österreichischen Staate nur den Gehalt, vom tschechischen Volke aber den inneren Beruf und Auftrag empfangen und auch im Ministersessel ausschließlich Diener ihres Volkes bleiben. National endlich sind nicht minder alle wirtschaftlichen Einrichtungen und Körperschaften von den Banken bis zu den Handwerksinnungen.

So steht der tschechische Staat mitten im österreichischen Staate fertig da, und die nationalpolitische Leistung ist desto mehr zu bestaunen, als der einzelne Tscheche dem einzelnen Deutschen gegenüber noch immer ein gewisses Unterlegenheitsgefühl offenbart, das eine der Ursachen der raschen Eindeutschung der tschechischen Einwanderer in Wien darstellt. Es war hier ein persönlichstes und unpersönlichstes, auch heute noch nicht überwundenes Gefühl zu besiegen; es ist aber für die Massenwirkung und Massenhandlung der Nation völlig besiegt, ja schlägt in das Gegenteil der Überheblichkeit um, die aber aus dem Machtbewußtsein der Geschlossenheit sich nährt.

Soll man demgegenüber die nationalpolitische Haltung der Deutschösterreicher darlegen? Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen zu entwickeln, warum der deutsche Priester Österreichs römisch-undeutsch, wenn nicht gar widerdeutsch ist, warum der deutsche Beamte mit dem Eintritt in die höheren Ränge die Gesinnungslosigkeit des Nurösterreichertums annimmt, die ihm gestattet, jedem Regime und jeder Politik zu dienen, warum die deutschen Banken einem rein geschäftsmäßigen Internationalismus huldigen, warum wir keine deutsche Schule in Österreich besitzen, sondern bloß eine deutsch-sprachlich schwarz-gelbe, warum mitten im Kriege, der um das Dasein aller Deutschen geht, die Mehrheit der jungen Wiener Intelligenz mit dem Ententismus liebäugelt. Aber ist es nicht das Verhalten der sogenannten deutschnationalen Parteien, das vor allem die nationalen Interessen der Deutschösterreicher schädigt? Schon in den Vorbereitungsjahren des Weltkriegs schienen sie nur von dem Gedanken besessen, um keinen Preis den angeblichen Fehler zu wiederholen, den die Deutschliberalen 1878 begangen haben sollen, als sie gegen die verhängnisvolle Besetzung Bosniens Einspruch erhoben. Also wurde es Losung, alle Kreuz- und Querzüge der Wiener Balkanpolitik zu lebenswichtigen deutschen Anliegen zu erheben. Die blinde und doch ohnmächtige Verfolgungspolitik, die in den ersten Kriegsjahren von den Militärbehörden gegen Tschechen, Südslawen und Italiener geführt wurde, hat man, obwohl man sie im geheimen verfluchte, öffentlich halb und halb gedeckt, und so die Rachegefühle der Völker gegen die Deutschen abgelenkt, während sich die Urheber des Unheils unter der Gnadenwolke der Amnestie den Folgen ihrer Taten zu entziehen suchen.

Digitized by Google

Ärger noch als dieses Arge ist die vollständige Zielloſigkeit in allen Fragen des Staatsumbaues, die der Krieg für Österreich drängend, unaufschiebbar gemacht hat. Der Weisheit einziger und letzter Schluß scheint zu sein, überall das Gegenteil von dem, was die Slawen wollen, als deutsches Interesse zu erklären. Wo alle Nichtdeutschen das Selbstbestimmungsrecht heischen, will man durch Gehorsam, durch willenlose Gefolgschaft glänzen, stellt alles auf die Gunst von oben, deren Wandelbarkeit eben diese Tage erst kund getan haben. Man nennt sich mit traurigem Stolze „Staatsvolk", und kann doch in dem Staate, in dem man eine Minderheit ausmacht, nie das tragende oder gar herrschende Volk sein, sondern nur das dienende, der Diener einer Gewalt, die, wie schon so oft, den Mohren wird gehen heißen, wenn er seine Schuldigkeit getan hat. Man schwört auf den deutschen Einheitsstaat, dem seine nichtdeutsche Mehrheit eine nichtdeutsche Zukunft um so gewisser versichert, als auch die Sympathien der Zentralgewalt überwiegend eine nichtdeutsche Richtung haben. Während alle anderen Völker die breiten Massen ihren nationalen Interessen zu verknüpfen trachten, stoßen die Deutschnationalen gerade auf dem gefahrumdrohten Boden Böhmens die Arbeiter zurück, und weigern der erstrebten Kreiseinteilung, welche einen nationalen Schutz bieten soll, Volksvertretungen mit allgemeinem Wahlrecht, die allein sie zu maßvollen Abwehreinrichtungen gestalten könnten. Dabei strebten doch die deutschen Sozialdemokraten Österreichs, indem sie teils die Autonomie der Völker, teils ihr völliges Selbstbestimmungsrecht heischen, eine nationale Lösung der Daseinsfrage Deutschösterreichs an.

Nur eine Neuordnung Österreichs, die, indem sie den Deutschen das höchste Maß von Selbstverwaltung und Selbständigkeit verleiht, in die eigenen Hände die Gestaltung ihrer Zukunft legt, vermag sie vor den feindlichen Schickungen zu bewahren, die in der überwiegend slawischen Monarchie ihr sonst unentfliehbar harren. Dieser Selbstverständlichkeit verschließen sich die vorgeblich nationalen deutschen Parteien aus bloßer Angst vor der Demokratie; und weil ihnen nun doch aufdämmert, daß im „Einheitsstaat" Österreich der deutschen Minderheit eine traurige Zukunft beschieden ist, geraten sie auf Abwege der Verzweiflung. Entblödet sich doch die Mehrzahl dieser „deutschen" Politiker nicht, den Polenplan der austropolnischen Lösung zu fördern. Ein Kleindsterreich mit der kläglich-dürftigen Mehrheit von kaum 10 zu 8 Millionen soll die Rettung sein, indem man Galizien ausscheidet. Doch dafür würde ein Polenreich von 23 Millionen Einwohnern gebildet, das in dem Gesamtstaat die allgemeine wie besonders die auswärtige Politik herrisch bestimmen könnte. Und obwohl den Deutschnationalen in Österreich besser als den Deutschen im Reiche bekannt ist, weshalb die Polen den Anschluß an das von ihnen so wenig geachtete Österreich suchen, hoffen sie dennoch durch irgendeine gnädige Schicksalsfügung vor einem zweiten sechsundsechziger Krieg bewahrt zu bleiben, indem sie die zwingenden Voraussetzungen für einen mitteleuropäischen Bruderkrieg schaffen helfen. Der armselige Plan, durch eine

Digitized by Google

einfache, übrigens bei der deutschen Parteizersplitterung nicht einmal gewährleisteten Majorisierung im Wiener Abgeordnetenhaus die Tschechengefahr zu beschwören, würde natürlich erst recht mißlingen. Denn auch ein Südslawenreich habsburgischer Prägung soll, um Österreich von den Serben und Kroaten Dalmatiens zu entlasten, gebildet werden. Wie könnte indes die Zentralgewalt, gezwungen, dem neuerworbenen Polen zu schmeicheln und die tieferbitterten Südslawen zu versöhnen, bedrängt von einer Zweidrittelmehrheit der Slawen im Gesamtreiche, den wütenden Widerstand der mit Serben und Polen engverbrüderten Tschechen in Österreich brechen, wie dem tschechischen Volke eine Selbständigkeit weigern, wenn sie selbst dem Südslawen gewährt ward? Es ist wahrlich die Politik der deutschnationalen Parteien Österreichs, eine Politik bar aller Möglichkeiten, eine Politik des Selbstmords.

Zur flämischen Frage

Von Professor Dr. Georg Wegener

Belgien war dem Namen nach vor dem Kriege ein neutraler Staat. Wir fühlten es aber schon vor dem Kriege, wir wissen es heut, daß es in Wahrheit das uns gegenüber nicht mehr war. Die kulturelle Abhängigkeit von Frankreich, die Hinneigung seiner führenden Kreise zu diesem Nachbarlande, die Herrschaft der französischen Sprache, Literatur und Presse waren in Belgien bereits so groß geworden, daß viele Belgier offen von einer künftigen Vereinigung mit Frankreich sprachen. Und wenn auch dem vorläufig die Majorität noch nicht zugeneigt war, so war es doch bereits unzweifelhaft, daß Belgien im Fall einer notwendigen Entscheidung zwischen beiden Parteien sich auf Frankreichs Seite stellen würde.

Belgien ist weiter kein natürliches, aus einer einheitlichen Nation bestehendes oder von innen heraus durch eine selbständige historische Entwickelung entstandenes und durch Alter geheiligtes Staatsgebilde, sondern eine moderne, politische Zweckschöpfung seiner Nachbarn. Es gibt keine belgische Nation und es gibt keine „belgische Volksseele". Das letztere hat kein Ausländer, das hat einer der Führer des politischen Lebens in Belgien, das hat der wallonische Sozialist Destrée im Jahre 1912 in seinem berühmten offenen Brief an den König von Belgien ausgerufen, in dem er die Verwaltungstrennung von Flandern und Wallonien, diesen beiden Landesteilen Belgiens, forderte.

Die Bevölkerung Belgiens besteht in der Tat aus drei verschiedenen Elementen: Deutschen, Flamen und Wallonen. Die ersteren, die in zwei Gruppen an der Ostgrenze des Landes sitzen, sind so gering an Zahl — etwa 60000, — daß sie im Volkskörper keine Rolle spielen können. Der Rest verteilt sich auf die beiden anderen Nationalitäten, von denen die Flamen geschlossen den Norden des Landes bewohnen. Nur der wallonische Teil der Bevölkerung von Brüssel bildet darin eine wallonische Sprach-

Digitized by Google

insel. Südlich von der genannten Linie wohnen ebenso geschlossen die Wallonen. Flamen und Wallonen sind außerordentlich verschieden voneinander. Die ersteren sind Germanen, mit einer dem Niederdeutschen verwandten Sprache, deren Schriftform mit dem Holländischen übereinstimmt. Die Wallonen sind stark romanisierte Kelten mit einer dem Französischen verwandten Volkssprache. Die Sprache der Öffentlichkeit bei den Wallonen ist aber ganz das Französische selbst. Auch die Volksart beider unterscheidet sich stark; die Flamen sind niederländisch breit, langsam, hartköpfig; die Wallonen französisch gewandt, rasch und schmiegsam. Der Zahl nach überwiegen die Flamen erheblich. Von den etwa 7,7 Millionen Belgier sind rund 4,6 Millionen flämischer Herkunft, nur rund 3 Millionen wallonischer. Im wallonischen Gebiet liegt nur eine einzige Stadt mit altem historischen Glanz: Lüttich; Flandern ist voll von solchen Städten, deren Geschichte zu den ruhmvollsten und anziehendsten der Vergangenheit Westeuropas gehört und deren bauliche Herrlichkeit mit Recht hochgepriesen ist: Brüssel, Gent, Antwerpen, Brügge, Mecheln, Löwen. Ypern usw. Was den Stolz belgischer Vorzeit ausmacht an Kunst und Kultur: jene Bauten, die alte Handelsherrlichkeit der flandrischen Seestädte, die Blüte der Brabanter Industrien in der vorspanischen Zeit, der Weltruhm der Malerei der van Eyck, Rubens, Jordaens, Van Dyck und Genossen, die Gelehrsamkeit der Universität Löwen usw., alles, alles ist als flämisch anzusehen. Die Wallonen waren, soweit sie an dieser Kultur teilnahmen, nur die Mitläufer gewesen. Demnach hätte also wohl dies an Zahl überlegene, durch seine Vergangenheit als so hoch begabt bezeugte Volk in dem neuen Staatswesen ohne Schwierigkeiten die Führerrolle ergriffen haben müssen. Es ist aber umgekehrt gekommen.

Als Belgien geschaffen wurde, war das flämische Volk schon lange nicht mehr das, was es noch zweihundert Jahre vorher, zur Zeit Rubens' gewesen. Die spanische Gewaltherrschaft und Religionsverfolgung, der sich die nördlichen Niederlande erwehren konnten, hatten der Bevölkerung der südlichen das Rückgrat gebrochen und sie im Lauf der Zeit in einer erschreckenden Weise herunterkommen lassen. Man muß es in den herzzerreißenden Schriften der heutigen Flamenführer selbst lesen, die voll blutenden Mitleids ihr Volk wieder emporziehen wollen aus seinem Elend und dabei ihm vor allem selbst den Spiegel seiner Verkommenheit rücksichtslos vorhalten, wie dies ehedem so reiche, stolze und frohe Volk verarmt, verdummt, fast vertiert ist; ein wie erschreckend hoher Prozentsatz des Lesens und Schreibens unkundig, in hoffnungsloser Lohnsklaverei versunken, in grober Trunksucht verstrickt ist, auch im Charakter verdorben: kleinlich, mißtrauisch, ducknackig. Nur ihre Sprache hatten sie sich bewahrt, ihre germanische Muttersprache, die ehedem die Trägerin ihrer glänzenden Kultur gewesen war, die aber auch jetzt ausschließlich zur Mundart der Lohnarbeiter, Dienstboten und des Pöbels herabgesunken, deren sich der Gebildete schämte. Ein Zustand, der natürlich seine eigene Steigerung zum Schlimmeren in sich schließt,

Digitized by Google

wenn ein gewandterer Nebenbuhler da ist, der das zur Verbesserung seiner eigenen Lage ausnützt. Und das war in dem neuen Belgien der Fall.

Die begabten, beweglichen Wallonen waren bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts infolge der bis dahin ungünstigen Natur ihres Wohnraums arm und einflußlos geblieben; jetzt eröffnete ihnen die auf den Kohlenfunden sich gründende Industrie den Weg zum Reichtum. Energisch und gewandt nützten sie die Konjunktur; sie kamen rasch empor und boten sich dadurch als das geeignete Element im Volk, auf das die neue belgische Regierungspolitik sich stützen konnte. Diese Politik ging seit der Gründung des Königreichs bewußt auf eine möglichste Anlehnung an französisches Wesen aus. Die Regierung erkannte ganz richtig, daß das zwiespältige Volkstum der Staatsangehörigen Belgiens einer kraftvollen, selbständigen, politischen Entwicklung des neuen Staatswesens ungünstig sei, und sie faßte entschlossen den Plan, dem künstlichen belgischen Staatsgedanken durch allmähliche Schaffung eines einheitlichen belgischen Volkes eine natürliche Grundlage zu geben. Daß sie sich dabei nicht an den flämischen Volksteil hielt, trotz dessen Zifferüberlegenheit und trotz seiner Geschichte, lag eben an dessen kulturellem Tiefstand. Überdies wirkten im Lande noch die Ideen der großen Französischen Revolution nach und ließen das Mutterland dieser Ideen in einem glänzenden Lichte sehen. Die Sprache des Hofes, des Adels, der vornehmsten Kreise war das Französische auch schon in der burgundischen Zeit. Während der 20 Jahre der napoleonischen Herrschaft war es auch bereits offiziell Staatssprache gewesen. Auch die Revolution von 1830, aus der die Selbständigkeit Belgiens hervorging, war von gleichzeitigen Bewegungen Frankreichs entzündet worden. Der Reiz französischen Geistes und die Anmut französischer Sitte in nächster Nachbarschaft überstrahlte die Einflüsse der anderen Nachbarn, Hollands und des damaligen Deutschlands, erheblich; der wallonische Teil der Bevölkerung fühlte sich selbst als romanisch und sah in französischem Wesen sein Ideal. So erklärt sich der Gedanke der Regierung, daß das belgische Volk ganz ein romanisches und daß das Französische die allgemeine Landessprache werden müsse. Letzteres sprachen die Wallonen bereits alle als ihre Bildungssprache, während bei den Flamen kein allgemein gebräuchliches „Hochflämisch" über den verschiedenen Landesdialekten bestand, außer einer dem Holländischen völlig gleichen Schriftsprache. Und von Holland hatte sich ja Belgien eben schroff abgewendet; Holländisch empfahl sich schon dadurch nicht als allgemeine Staatssprache.

Die Regierung ging sofort ganz systematisch und rücksichtslos vor. Im Jahre 1834 schrieb der Minister des Innern Rogier an den Justizminister Raikem: „Eine gute Verwaltung gründet sich auf den uneingeschränkten Gebrauch einer einheitlichen Sprache. Es ist klar, daß die Sprache der Belgier das Französische sein muß. Um dies zu erreichen, müssen alle bürgerlichen und militärischen Stellen an Wallonen und Luxemburger gegeben werden. So werden die Flamen von den Verteilen dieser Stellen

Digitized by Google

ausgeschlossen und gezwungen, französisch zu lernen. So wird allmählich das germanische Element in Belgien ausgerottet."

Nicht alle geistig höher stehenden Flamen haben von vorneherein vor dieser Verurteilung kapituliert, und nicht kampflos hat sich das flämische Volk in das ihm zugedachte Los gefügt. Unter dem Druck der Französierung und Wallonisierung Belgiens entstand als Gegenwirkung die „flämische Bewegung", die heut im Vordergrund des Interesses der belgischen Politik steht. Allerdings ist sie nur langsam in Fluß gekommen. Als nach der Trennung Belgiens von Holland deutlich wurde, daß das Französische die Gesamtsprache werden sollte, entstand unter den Flamen ein Bestreben, das sich die Erhaltung der flämischen Volkssprache und die Pflege flämischer Literatur und Kunst zum Ziel setzte. Es ging von den flämischen Männern aus, die sich auf den Universitäten Gent, Löwen und Lüttich über die geistigen Niederungen des eigenen Volkes hatten emporschwingen können, ohne dabei ihr Volkstum durch Französierung einzubüßen. Zunächst handelte es sich um rein sprachliche und künstlerische Absichten; kleinere und größere Gesellschaften bildeten sich in Stadt und Land, die die Pflege flämischer Dichtung, Malerei, Musik und der Sprache überhaupt sich angelegen sein ließen. Politischer Ehrgeiz lag dem allem ursprünglich fern; waren doch die Flamen zu lange gewohnt, daß ihre Politik von Fremden gemacht wurde. Die Bewegung hatte den überraschenden Erfolg, daß sie, nach jahrhundertelangem Schweigen, wieder eine neue flämische Dichtung hervorrief. Der Name Conciences, des Hauptes dieser jungen Dichterschule, ist ja seither auch in Deutschland bekannt geworden. Diese Poeten erweckten die Erinnerung an die alte Herrlichkeit Flanderns und begannen so das Selbstgefühl der Flamen wieder zu heben. Und es ist charakteristisch bis auf den heutigen Tag geblieben, daß die Dichter der Flamen die feurigsten und erfolgreichsten Führer ihres Volkes im Kampf für seine Wiedererweckung sind. Sie brachten es, etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, zustande, daß auch bei uns in Deutschland, das im allgemeinen dem Schicksal des flämischen Bruderstammes mit großer Teilnahmslosigkeit gegenüberstand, wenigstens unsere Dichter eine Zeitlang ein warmes Interesse an den flämischen Bestrebungen zeigten und auf die Gemeinsamkeit dieser Sache für uns hinwiesen. Insbesondere Hoffmann von Fallersleben hat mit den damaligen Flamenführern Beziehungen gepflegt, die heut noch nicht vergessen sind. Ehe die Verbindung zwischen Flamen und Deutschen aber inniger werden konnte, trat wieder eine Entfremdung ein. In Deutschland führte die junge literarische Bewegung zu liberalen Entwickelungen. In Flandern zunächst auch. Das aber rief den um seinen Einfluß besorgten Klerus auf den Plan, und es gelang der katholischen Kirche, die flämische Bewegung ganz in klerikales Fahrwasser zu lenken. Das trug mit dazu bei, daß Deutschland als Unterstützer der flämischen Wiedererweckungsbewegung nicht weiter in Frage kam. Nationale Anlehnung suchten die Flamen nunmehr und fanden sie, unter Überwin-

Digitized by Google

dung der alten religiösen Gegensätze, bei den Nord-Niederländern, bei Holland. Gemeinsame Kongresse zur Pflege der gemeinsamen niederländischen Sprache und Kunst fanden statt, Stiftungen wurden hierfür gemacht, 1898 wurde der „Allgemeine Niederländische Verband" gegründet, der niederländische Sprache und Kultur überall in der Welt fördern will.

Allmählich wurde es aber den Führenden klar, daß die flämische Bewegung auch politisch werden müsse, wenn sie nicht wirkungslos bleiben sollte. Seit den 60er Jahren begannen die Flamen daher als solche in das belgische Parteileben einzugreifen und parlamentarische Vertretungen zu erringen, um ihrer Sprache und damit ihren Volksgenossen einen größeren Anteil am Staatsleben zu erkämpfen. Von hier an treten neben die Künstler, Dichter und Gelehrten als Führer die Rechtsanwälte und Tagesschriftsteller hervor (vergl. Oßwald, „Der Nationalitätenkampf der Flamen und Wallonen". 2. Auflage, Berlin 1915). Es gelang vermittels des allgemeinen Stimmrechts, eine Reihe von Sprachgesetzen durchzubringen, die den flämischen Gebietsteilen flämische Gerichts- und Verwaltungssprache geben sollten; weiterhin wurde es erreicht, in den Gesetzen, im Parlament, im Münz-, Post-, Eisenbahnwesen usw. amtlich Doppelsprachigkeit gesetzlich zu machen. Sogar im Heerwesen wurde erzielt, daß die Offiziere und Unteroffiziere beide Sprachen sprechen sollten.

Das klingt alles sehr schön, es ist aber bekannt, daß alle diese Gesetze in Wahrheit bloß auf dem Papiere standen und ihre Wirksamkeit tatsächlich durch die Praxis der französischen Regierung und der fast durchweg wallonischen Beamtenschaft vollständig aufgehoben wurde. Da kam der Krieg und Belgien geriet in die Händen der Deutschen! Wie hat das gewirkt?

Zunächst wurde der Sprachenstreit vergessen; Flamen und Wallonen kämpften gemeinsam erbittert gegen uns. Im belgischen Heere machten die Flamen, ihrer Volkszahl entsprechend, sogar den größeren Bestand aus. Erst neuerdings wird es aus Gefangenenaussagen immer deutlicher, daß in dem nach dem noch unabhängigen Belgien bezw. nach Frankreich zurückgedrängten Heere die flämische Bewegung in der Heimat mit wachsender Anteilnahme verfolgt wird. Im besetzten Belgien hielten sich die Vertreter der flämischen Sonderbestrebungen in der ersten Zeit ganz zurück, da die belgische Regierung, die hohe Geistlichkeit und ihre eigenen französierten Klassen, die sog. flämischen „Franskiljons", die flämische Bewegung jetzt als Unterstützung des Landesfeindes, als Landesverrat brandmarkten, schwerste Strafen dafür in Aussicht stellten, und da die allgemeine Meinung doch mit einer baldigen Niederlage der Deutschen rechnete. Erst als sich die Kraft Deutschlands mehr und mehr offenbarte, wurde das anders. Und als man vollends merkte, daß in Deutschland selbst das Verständnis dafür zu dämmern begann, welch nobile officium wir in der Rettung des stammverwandten germanischen Flamenvolkes haben und zugleich welch politischen Vorteil wir von seiner Wiedererstarkung erwarten dürfen, begann die flämische Bewegung,

Digitized by Google

sich wieder hervorzuwagen. Und wie wenn ein Traum plötzlich eine ungeahnte Erfüllungsmöglichkeit gewinnt, so schlug in Tausenden von Flamenherzen, fast zu ihrem eigenen Staunen, die Hoffnung auf eine neue Zukunft des eigenen Volkes in einer hellen, reinen Flamme empor, ja sie zu höheren Zielen noch emporreißend, als sie vorher je gehabt. Neue flämische Vereinigungen tauchten auf, alte erwachten wieder und übten in Dichtung, Presse, Versammlungen und Volksfesten ihre Tätigkeit für Wiedererweckung und Mehrung der flämischen Bewegung. Sie fanden jetzt die Unterstützung der deutschen Verwaltung. Das deutsche Generalgouvernement machte sich daran, zunächst einfach in wirklicher Ausführung der vor dem Kriege bereits vorhandenen, aber durch die französierende Praxis unwirksam gemachten Sprachgesetze, die Doppelsprachigkeit in Verwaltung und Schule durchzusetzen. Binnen kurzem konnten die Flamen sogar das vornehmste Ziel auf unterrichtlichem Gebiet, das sie angestrebt, als erreicht begrüßen: die Universität Gent, die vor dem Kriege längst ganz verwelscht und entgegen ihrem eigentlichen Gründungszweck umgekehrt eine Hochburg der Französierung inmitten flämischen Landes geworden war, wurde, durch das Generalgouvernement Belgien mit staatlichen Mitteln ausgestattet, am 24. Oktober 1916 als flämische Universität wieder eröffnet. Schreiber dieser Zeilen war bei der erhebenden Feier zugegen, in der der Generalgouverneur Freiherr von Bissing dem neugeschaffenen Lehrkörper die Einrichtungen der Hochschule übergab, und war Zeuge der mutigen und hoffnungsfreudigen Entschlossenheit, mit der das Dozentenkollegium die große Aufgabe übernahm, hier eine Stätte zu schaffen, von wo nun Ströme nationaler Geistesbildung in die darbenden Niederungen des flämischen Volkslebens geleitet werden sollen.

Im Januar 1917 war die flämische Bewegung an Breite und Tiefe soweit gewachsen, daß die verschiedenen Gruppen, die sie vertraten, bereits die künftige völlige Selbständigkeit von Flandern als letztes Ziel aufstellten. Am 4. Februar 1917 wählten sie aus ihrer Mitte einen „Rat von Flandern" als führende Vertretung der flandrischen Interessen, den Kern einer künftigen Regierung von Flandern. Diese Körperschaft wurde am 5. März in Berlin vom Reichskanzler empfangen und erhielt von ihm die Zusicherung, daß „das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und darüber hinaus alles tun werde, was dazu dienen könne, die freie Entwickelung des flämischen Stammes sicher zu stellen". Im Lauf des Jahres 1917 wurde dann die Verwaltungstrennung der beiden Sprachgebiete: Flandern mit dem Verwaltungssitz in Brüssel, Wallonien mit dem Verwaltungssitz in Namur, begonnen und größtenteils durchgeführt. Eine nicht leichte Aufgabe, da sie nicht nur leidenschaftlichem Widerstand und vielfach offenem Obstruktionswillen bei den Wallonen, sondern auch nach wie vor bei den flämischen „Franskiljons" und bei der ganzen höheren Geistlichkeit, mit dem Wallonen Kardinal Mercier an der Spitze, begegnet.

Am 22. Dezember 1917, in der Zeit der Unabhängigkeitserklärungen im Osten, be-

Digitized by Google

schloß der Rat von Flandern und verkündete bereits öffentlich die völlige Unabhängigkeit Flanderns, als eines ganz selbständigen Staatswesens. Diese, ohne Mitwirkung der deutschen Regierung gefaßte, Erklärung eilte den Verhältnissen einigermaßen noch voraus, aber im Januar und Februar dieses Jahres haben in großen Volksversammlungen in Brüssel, Gent, Antwerpen und anderen Orten Neuwahlen für den Rat von Flandern stattgefunden, die zweifellos eine starke Zunahme und Vertiefung der flämischen Bewegung beweisen. Verfasser hat selbst solchen Versammlungen beiwohnen dürfen und hat einen sehr starken Eindruck dabei erhalten von dem heiligen Ernst der dafür eintretenden Massen, von der flammenden Begeisterung der führenden Männer, von der hinreißenden Macht ihrer Rede, von dem feurigen Schwung, mit dem die studentische Jugend der neuen Universität Gent sich der flämischen Sache hingibt. Er hat allerdings auch in leidenschaftlichen Gegendemonstrationen auf der Gasse von seiten der Franzdslinge und der von ihnen beeinflußten Volksmengen gesehen, daß noch starke Gegnerschaften, auch in Flandern selbst, vorhanden sind und sich lärmender äußern, als wir das in unserem ruhigeren Parteileben gewohnt sind. Aber die Flamenführer sind guten Muts und des Fortschreitens ihrer Sache gewiß, wenn wir sie nicht im Stiche lassen. Davon kann natürlich keine Rede sein, unser gegebenes Wort bindet uns im Rahmen, den der deutsche Reichskanzler gegeben hat, nicht minder, als das endlich erwachte germanische Stammesmitgefühl unseres Volkes.

Unsere kolonialen Friedensziele

Von Franz Kolbe

Die Erklärungen unseres Reichskanzlers Grafen Hertling und des Kolonial-Staatssekretärs Dr. Solf, daß wir nach dem Kriege eine gerechtere Verteilung des Kolonialbesitzes in Afrika, d. h. eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes auf Kosten derjenigen Völker verlangen, die mit Rücksicht auf ihre geringe Bevölkerungszahl oder wegen ungenügender finanzieller Mittel nicht imstande sind, allein ihren Kolonialbesitz so zu entwickeln und zu verwalten, wie das im Interesse der Einführung geordneter Verhältnisse und im kulturellen Interesse der dort lebenden Völkerschaften, sowie im wirtschaftlichen Interesse der ganzen Kulturwelt gefordert werden muß, haben in der gesamten Presse der europäischen Entente-Völker einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Er stammt in erster Linie wohl daher, daß man erst vor kurzem darüber triumphiert hatte, daß mit Deutsch-Ostafrika nun auch die letzte afrikanische Kolonie vollständig in die Hand unserer Feinde gefallen sei, und daß allgemein gehofft wurde, auch nach dem Kriege Deutschland vollständig aus dem schwarzen Kontinent ausscheiden zu können. Nichtsdestoweniger ist die Überraschung und Entrüstung keineswegs gerechtfertigt — war doch bereits vor dem Kriege all-

Digitized by Google

gemein bekannt, daß zwischen England und Deutschland Verhandlungen über eine Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika stattfanden. Als nach Beendigung der Marokko-Krise von 1911 das englische Volk sich davon überzeugte, daß es — nicht ohne Mitschuld seiner eigenen Regierung — dicht vor Ausbruch eines Krieges mit Deutschland gestanden hatte und daß, angesichts der in Deutschland noch immer herrschenden Erregung über das Verhalten der englischen Regierung während der Krise die Gefahr eines deutsch-englischen Zusammenstoßes noch immer nicht beseitigt war, machte sich bei den besonnenen Elementen der Nation das Bestreben geltend, eine deutsch-englische Verständigung anzubahnen. In den Reden der führenden Politiker und in der Presse fand man damals alle Augenblicke den Ausdruck wieder „Deutschland muß einen Platz an der Sonne erhalten". Obwohl über die Verhandlungen nur wenig in die Öffentlichkeit drang, war doch allgemein bekannt, daß es sich einerseits um Abgrenzung von Interessensphären in Vorderasien, andererseits um Zugeständnisse auf kolonialem Gebiete in Afrika handelte, die eine Abgrenzung von Einflußzonen und Reservierung bestimmter Gebiete für die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands, sowie die Möglichkeit der Schaffung eines Zusammenhanges zwischen Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika einerseits, Deutsch-Ostafrika und Kamerun andererseits bedingten. Von englischer Seite, und zwar von dem Missionar John H. Harris, wurde in einem im Jahre 1912 erschienenen Buche „Dawn in darkest Africa", zu welchem Lord Cromer selbst die Einführung schrieb, der Vorschlag gemacht, den größten Teil des belgischen und französischen Kongo an Deutschland zu übertragen und so eine Verbindung zwischen Deutsch-Ostafrika und Kamerun herzustellen. Harris begründete diesen Vorschlag damit, daß die Entwicklung des Kongo mehr an Mitteln erfordere, als Belgien aufbringen könne und daß die Eingeborenen-Behandlung durch Deutschland zwar hart, aber doch bedeutend besser sei, als im belgischen Kongo und daß infolgedessen der Übergang des Kongo an Deutschland im Sinne der Eingeborenen ein Fortschritt sein würde. England habe schon so viele Verpflichtungen in Afrika, daß es keine neuen mehr übernehmen könne, und auch Frankreich würde gut tun, einen Teil seines übergroßen Kolonialreiches an Deutschland zu übertragen, das nicht nur fähig, sondern auch gewillt sei, neue koloniale Lasten in Afrika zu übernehmen.

Der Vorschlag fand damals in England durchaus günstige Aufnahme. Wie wir jetzt aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, der in den Jahren 1913/14 als deutscher Botschafter in London die Verhandlungen mit Sir Edward Grey führte, wissen, bewegten diese sich in ähnlicher Richtung. Der westliche Teil von Angola, die Kakao-Inseln São Thomé und Principé, sowie der nördliche Teil von Mosambik bis zum Likunge sollten der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands vorbehalten bleiben.

Über die Rolle, die der Kongostaat in den Verhandlungen spielte, schreibt Fürst Lichnowsky:

Digitized by Google

„Der Kongostaat sollte auf britische Anregung ursprünglich auch in den Vertrag einbezogen werden, was uns ein Vorkaufsrecht und die Möglichkeit gegeben hätte, ihn wirtschaftlich zu durchdringen. Angeblich mit Rücksicht auf belgische Empfindlichkeiten lehnten wir aber dieses Angebot ab."

Dadurch ist von einer in dieser Hinsicht glaubwürdigen Seite der Beweis geliefert, daß England uns den belgischen Kongo angeboten, Deutschland aber aus Rücksicht auf Belgien das Angebot abgelehnt hat. Wenn das Deutsche Reich jetzt nicht mehr gesonnen ist, auf den belgischen Kongo zu verzichten, sondern gerade seinen Erwerb als notwendig ansieht, um seine früheren Kolonien in direkte Verbindung miteinander zu bringen, so trägt dazu nicht zum mindesten die Haltung bei, die Belgien, wie wir erst während des Krieges erfahren haben, uns gegenüber zur Zeit jener Verhandlungen eingenommen hat, indem es durch militärische Verhandlungen mit England und Frankreich seine Neutralität aufgab. Die Rücksicht, die Deutschland 1913/14 auf Belgien nahm, ist dadurch nicht mehr nötig.

Seitens unserer Gegner wird immer wieder den deutschen Ansprüchen gegenüber die zuerst von General Smuts ausgesprochene Behauptung aufgestellt, Deutschland habe in Wirklichkeit gar keine kolonialen Ziele, sondern es wolle nur Machtpolitik zwecks Erlangung der Weltherrschaft in Afrika treiben. Sein Ziel sei, die Eingeborenen Afrikas zu militarisieren, durch Anlage von U-Boot-Stationen an den afrikanischen Küsten den Handel der übrigen Nationen zu beunruhigen und durch Versklavung der Eingeborenen aus Mittelafrika ein Rohstoffmagazin für seine Industrie zu schaffen.

Gerade von seiten des Herrn Smuts ist diese Behauptung erstaunlich, man zweifelt, ob man lediglich von mangelhafter Orientierung oder von böswilligen Verleumdungen wider besseres Wissen sprechen soll. Als südafrikanischer Minister und Mitglied des englischen Kriegskabinetts muß Herr Smuts wissen, daß von einer Militarisierung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien Afrikas nicht die Rede sein konnte. Deutschland verließ sich darauf, daß keine europäische Macht, am allerwenigsten, England, das stets die Interessengemeinschaft der Weißen den Schwarzen gegenüber betonte, es wagen würde, den Krieg in den schwarzen Kontinent hineinzutragen. Nur in Südwestafrika war eine weiße Schutztruppe vorhanden, deren Zahl aber so gering war, daß das Londoner Finanzblatt „African World" etwa ein Jahr vor Kriegsausbruch erstaunt fragte, ob mit dieser geringen Truppenzahl Deutschland seine Kolonie gegen Eingeborenen-Aufstände sichern könne. Togo hatte nur eine kleine Polizeitruppe — die benachbarte englische Goldküste hatte ein ganzes Regiment farbiger Truppen! Deutsch-Ostafrika und Kamerun verfügten ebenfalls nur über geringe farbige Schutz- und Polizeitruppen, die knapp für Sicherung des inneren Friedens in den ausgedehnten Gebieten hinreichten. Noch bei Ausbruch des Krieges hatte die ostafrikanische Schutztruppe nur das alte großkalibrige Infanteriegewehr M. 71 mit Bleigeschoß zur Verfügung; erst einer der Blokadebrecher brachte das neuzeitliche kleinkalibrige Präzisionsgewehr und natürlich auch die Munition dafür.

Digitized by Google

Während des ganzen Feldzuges in Ostafrika hat General von Lettow nie mehr als 20000, höchstens 25000 Mann farbiger Truppen zur Verfügung gehabt, während ihm von englischer, belgischer und portugiesischer Seite das fünf- bis sechsfache an Streitkräften gegenübergestellt wurde. Und da wagt Smuts von einer deutschen Militarisierung der Eingeborenen Afrikas zu sprechen? Wer hat bereits Hunderttausende von afrikanischen Eingeborenen auf die französischen Schlachtfelder geworfen, wer läßt gegenwärtig in Nordafrika, Westafrika und Äquatorial-Afrika wieder umfangreiche Rekrutierungen vornehmen? Wer hat Inder, Kanaker, und sonstige Farbige als Soldaten und Arbeiter an die englisch-französisch Front gebracht? War das etwa Deutschland?

In einem Punkte hatte Herr Smuts allerdings recht: Sollten wir noch einmal ein Kolonialreich in Afrika erhalten — und daß wir ein solches uns auf den europäischen Schlachtfeldern erkämpfen werden, unterliegt für uns keinem Zweifel — dann werden wir danach trachten, daß ein so hinterhältiger Überfall, wie der unserer Kolonien im Jahre 1914, nicht wieder möglich ist. Wir werden Sorge tragen, daß wir eine genügende Schutztruppe zur Verfügung haben, um auch den stärksten Streitkraft, die von feindlicher Seite gegen uns aufgestellt werden könnte, gewachsen zu sein. Damit nicht wieder eine Kolonie nach der andern überwältigt werden kann, müssen sämtliche deutschen Kolonien Afrikas miteinander in Verbindung gebracht werden, ein geschlossenes deutsches Mittelafrika entstehen.

Der wichtigste Grund aber, weshalb wir ein großes afrikanisches Kolonialreich brauchen, ist die Rohstofffrage. Die englische Blockade, die uns vollkommen vom Weltverkehr abschließt und jede Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie und Landwirtschaft unmöglich macht, hat sich als ausgezeichneter Anschauungsunterricht erwiesen. Selbst die Sozialdemokraten, die vor dem Kriege von kolonialer Betätigung nichts wissen wollten, sind zu der Überzeugung gelangt, daß die deutsche Industrie verloren ist, wenn Deutschland nicht imstande ist, sich aus eigenen Kolonien mit den nötigen Rohstoffen zu versehen. Vor dem Kriege fragten die Engländer uns mit einer gewissen Berechtigung: „Wozu braucht ihr Kolonien? Findet ihr nicht alles, was ihr braucht, in den britischen Kolonien? Findet der deutsche Kaufmann dort nicht dasselbe Betätigungsfeld und denselben Schutz wie der britische Kaufmann?“

Das war vor dem Kriege! Während des Krieges aber haben alle unsere Gegner in ihren Kolonien den deutschen Handel ausgerottet — selbst da, wo, wie in Marokko und Nigeria, die freie Handelstätigkeit für deutsche Staatsbürger durch internationale Verträge gesichert und festgelegt war. Die deutschen Kaufleute wurden interniert und in Gefangenlagern untergebracht, in den französischen Kolonien sogar zu entwürdigenden Arbeiten unter Aufsicht eingeborener Polizeitruppen gezwungen, alles getan, um die Achtung der Schwarzen vor den Deutschen als Angehörigen der weißen Rasse zu untergraben. Das Eigentum der deutschen Kaufleute wurde be-

Digitized by Google

schlagnahmt und zu Spottpreisen liquidiert oder subhastiert. Auch jetzt noch hören wir alle Augenblicke von englischen Ministern, daß nach Beendigung des militärischen Krieges ein Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geführt werden müsse, daß Deutschland vom Rohstoffbezug ausgeschlossen bleibe. Franzdsische Politiker und der kürzlich in Lyon abgehaltene Kolonialkongreß fordern die Reservierung des franzdsischen Kolonialhandels für das Mutterland — nicht nur die Einfuhr soll den Franzosen vorbehalten bleiben, sondern auch die Gesamtausfuhr von Rohstoffen soll ausschließlich nach Frankreich gelenkt werden.

Sollen wir nach solchen Erfahrungen uns damit begnügen, daß uns im Friedensvertrage die Gleichstellung unseres Handels mit dem der Mutterländer in den gegnerischen Kolonien zugesagt wird? Nigeria und Marokko sind warnende Beispiele, besonders das letztere. Was haben uns die Verträge von Madrid, Algeciras und Bern genützt? Frankreich setzte sich rücksichtslos über die übernommenen Verpflichtungen hinweg und wußte sie zu umgehen. Nach den Erfahrungen, die wir machen mußten kann uns nur eins helfen: Rohstoffbezug aus eigenen Kolonien!

Unser koloniales Friedensziel muß daher sein: Ein afrikanisches Kolonialreich, das genügend groß ist, um uns in bezug von Rohstoffen vom Ausland unabhängig zu machen, ein Kolonialreich, das einen zusammenhängenden Block bildet und sich selbst Jahre hiudurch mit allem Notwendigen selbst versorgen kann, so daß es sich im Falle eines neuen Kolonialkrieges auf unbegrenzte Dauer halten und verteidigen kann.

Wir müssen daher fordern, wie dies bereits von der Deutschen Kolonialgesellschaft und neuerdings in wiederholten Reden der Staatssekretärs Dr. Solf geschehen ist:

1. Rückgabe aller derjenigen Kolonien, die wir vor dem Kriege besessen haben, einschließlich der Südsee-Kolonien.

2. Ergänzung dieses Kolonialreiches durch die dazwischen liegenden Kolonien fremder Mächte, so daß ein kompaktes Deutsch-Mittelafrika entsteht.

Von einem Teil der deutschen Politiker werden unser Südsee-Besitz und Deutsch-Südwestafrika für entbehrlich gehalten, zumeist mit der Begründung, England könne wegen seiner Selbstverwaltungskolonien, die diese Kolonien erobert haben, nicht daran denken, sie an Deutschland zurückzugeben. Die Herren vergessen, daß England sich vor Abschluß seiner Verhandlungen mit der Südafrikanischen Union, Australien und Neuseeland ausdrücklich die Verfügung über die eroberten Kolonien bei Friedensschluß vorbehalten hat. Wir haben keine Verpflichtung, die Geschäfte Englands zu besorgen und um des Zusammenhaltes des englischen Weltreiches willen auf Kolonien zu verzichten, die mit deutschem Blut erworben, mit deutscher Tatkraft entwickelt und im wirtschaftlichen wie im Bevölkerungsinteresse Deutschlands für uns notwendig sind.

Die beiden vorerwähnten Forderungen der Rückgabe unseres gesamten früheren Kolonialbesitzes und seine Ergänzung zu einem kompakten Block Mittelafrika würden durch Erwerb des belgischen Kongogebietes, der südlichen Hälfte Angolas und der nördlichen Hälfte Portugiesisch-Nyassalands, sowie des franzdsischen Kongo be-

Digitized by Google

friedigt werden. Dann bliebe aber immer noch Togo in derselben Vereinsamung wie vor dem Kriege ein leichtes Opfer für einen erneuten Angriff unserer Feinde.

Nicht vergessen dürfen wir die Militarisierung der Eingeborenen Afrikas durch Frankreich und die Verwendung dieser Truppen auf europäischen Schlachtfeldern. Dürfen wir zulassen, daß sich das in einem neuen Kriege mit Frankreich wiederholt? Zulassen, daß alle in diesem Kriege gebrachten Opfer umsonst sind, daß Frankreich die Lücken in seiner eigenen männlichen Bevölkerung durch Eingeborene Afrikas ausfüllt und uns wieder mit Krieg bedroht, sobald es Partner findet, deren Hilfe ihm Aussicht auf endliche Niederwerfung des deutschen Gegners verspricht?

Das darf nicht sein! Unsere deutschen Staatsmänner würden sich am deutschen Volke versündigen, wenn sie bei den Friedensverhandlungen nicht dafür sorgten, daß die erneute Verwendung schwarzer Armeen auf den europäischen Schlachtfeldern unmöglich gemacht wird. Dazu gibt es aber nur ein Mittel: Die Gebiete, aus welchen Frankreich seine besten farbigen Soldaten bezieht, insbesondere Senegambien und das Nigerterritorium, müssen aus französischem Kolonialbesitz ausscheiden, ebenso Marokko — dieses besonders auch als Sühne für die ungeheuerlichen Rechtsverletzungen gegen die dort lebenden Deutschen während des Krieges. Marokko wäre wohl am besten der spanischen Okkupation zu überlassen.

Im amtlichen deutschen Kolonialblatt hat das Reichskolonialamt für den Begriff Mittelafrika eine Erklärung gegeben, wonach darunter der Teil Afrikas zu verstehen ist, der im Norden vom Senegal, der Südgrenze der Sahara und dem Dschubafluß, im Süden vom Sambesi begrenzt wird. Wie groß in der Tat Deutsch-Mittelafrika werden wird, hängt vom deutschen Siege ab. Erfreulicherweise hat der Reichskanzler im Reichstage sein Einverständnis mit den Erklärungen des Kolonial-Staatssekretärs bestätigt. Hoffentlich können wir infolgedessen erwarten, daß bei den Friedensverhandlungen das Auswärtige Amt mit dem Kolonialamt Hand in Hand gehen wird. Um eins möchten wir aber unsere Friedensunterhändler bitten: Dafür zu sorgen, daß unser neues Kolonialreich gute und verteidigungsfähige Grenzen erhält, und daß solche für Deutschland nachteilige Grenzen, wie die bisherige Westgrenze Togos und Kameruns, und die Südgrenze Deutsch-Südafrikas beseitigt werden. Auch die militärischen Sachverständigen des Reichskolonialamtes dürfen bei Festsetzung der Grenzen nicht übergangen werden.

Steuerflucht

Betrachtungen über den Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht von 1918

Von Prof. Dr. W. Lotz (München)

Man macht wohl der historischen Schule der Staatswissenschaften den Vorwurf, daß der Leser und Hörer mit einer Menge antiquierten Materials belastet werde, welches seine Aufmerksamkeit von den brennenden Fragen der Gegenwart

Digitized by Google

abziehe. Als ich vor ungefähr 35 Jahren bei Wilhelm Roscher Finanzwissenschaft hörte, wurde solcher Vorwurf von meinen Mitstudierenden gegenüber der Roscherschen Behandlungsweise der Probleme öfters geltend gemacht, wenn die Rede auf die Vorlesungen und Lehrbücher kam. Der Vorwurf war schon damals ungerecht. Daß der Vorwurf heute noch weniger zutrifft, ersehen wir aus folgender Stelle im § 77 der Roscherschen Finanzwissenschaft, die ich nach dem Wortlaut der zweiten Auflage von 1886 zitiere:

„Die Nachsteuer (Abschoß, Abfahrt, jus detractus, gabella emigrationis), eine Abgabe von auswandernden Vermögen, war sehr natürlich für Leibherren, deren Eigene, Grundherren, deren Grundhörige fortziehen wollten. Sie ist dann aber, wie sich aus gehobenen Unfreien und gedrückten Freien der Bauernstand bildete, zunächst auf die auswandernden Vogteipflichtigen ausgedehnt, und weiterhin, zumal seit dem 15. und 16. Jahrhundert, von dem hofrechtlichen auf das landrechtliche Verhältnis zwischen Landesherr und Untertan übertragen worden. In den Reichsabschieden von 1555 und 1594 ist die Nachsteuer schon als altes Herkommen anerkannt. Lange Zeit scheint sie zwischen 10 . . . und 33 1/3 Prozent . . . geschwankt zu haben. Die absolute Monarchie, die jeden Auswanderer wie einen Ausreißer zu betrachten liebte . . ., und das Merkantilsystems, dem fast jede Bereicherung des Auslandes für einen Verlust des Inlandes galt, wirkten hierbei zusammen. In den oft tief verschuldeten Städten kam noch der Wunsch hinzu, den Abziehenden seine Quote der Stadtschuld, die ja früher zum Teil auch zu seinen Gunsten kontrahiert worden sei, zuvor tilgen zu lassen. So schon im 13. und 14. Jahrhundert. — Wenn später beim Wachsen der Kultur immer größerer Wert auf die persönliche Freiheit der Einzelnen, sowie auf die Arbeitsteilung zwischen Völkern gelegt ward, mußte sich bald die Ansicht geltend machen, daß ein gesunder Staat mindestens ebensoviel von einwandernden Vermögen zu hoffen, wie von auswandernden zu fürchten habe . . . Die neueren Staaten haben deshalb entweder ganz allgemein der Nachsteuer entsagt, oder sie gegenseitig durch Verträge erst eingeschränkt, dann aufgehoben, während sie mancher Orten durch Verschmelzung mehrerer kleinen Staaten zu einem großen von selbst weggefallen war. — Hat man in unseren Tagen wohl an die Möglichkeit gedacht, daß künftig die „Zwangsgemeinschaft" ihre „sozialpolitischen Steuergrundsätze" mit Progressiv- und Erbschaftsbesteuerung sehr weit treiben und die Reichen durch Auswanderung sich dem entziehen möchten; hat man alsdann für solchen Fall „wenigstens prinzipiell" die Wiedereinführung einer Nachsteuer „gerechtfertigt": so wird hoffentlich dieser Rückfall in die mittelalterliche Hörigkeit oder in den späteren Absolutismus noch für lange Zeit bloße „Theorie" bleiben."

Die vorstehend wörtlich wiedergegebenen Ausführungen Roschers behandeln ein Problem, welches äußerst aktuell geworden ist. Nur war Roscher so optimistisch, anzunehmen, daß die Dinge der Vergangenheit nicht wiederkehren würden, und ich bekenne mich des gleichen Fehlers schuldig, wenn ich in meinem Werke über Finanzwissenschaft absichtlich die ganze Frage der Nachsteuer unerörtert ließ, da ich glaubte, daß es sich nicht um eine die Gegenwart noch interessierende Frage handle.

Im Frühjahr 1918 ist dem Deutschen Reichstage eine Reihe von Steuergesetzentwürfen vorgelegt worden. Sie beziehen sich auf Branntwein, Bier, Wein, Schaumwein, Mineralwässer und andere alkoholfreie Getränke, auch Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Post- und Telegraphenporti, Wechselstempel, Stempel auf Gesellschafts-

Digitized by Google

verträge, Wertpapierstempel, Talonstempel, Börsensteuer, Tantièmesteuer, weitgehende Umsatzbesteuerung. Es sind also Steuern und Zölle auf Verbrauchsgüter und Steuern anläßlich von Rechtsgeschäften usw., die vorgeschlagen werden. Ergänzt werden diese Steuervorschläge durch ein neues Kriegssteuergesetz für die Erwerbsgesellschaften sowie durch den in Reichstagsdrucksache Nr. 1466 veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht, welch letzterer hier etwas näher betrachtet werden soll.

Dieser Gesetzentwurf rechnet damit, daß nach dem Kriege eine sehr große Steigerung der Steuern bei uns wie in anderen kriegführenden Länder unvermeidbar sein werde, eine Steigerung der Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern. Da die neutral gebliebenen Staaten mit geringeren Lasten zu rechnen hätten, so sei die Versuchung naheliegend, daß sich Deutsche durch Verlegung ihres Wohnsitzes ins neutrale Ausland den künftigen Steuerlasten entzögen. Dem soll entgegengewirkt werden. Der Entwurf beginnt im § 1 mit folgenden Worten: „Angehörige des Deutschen Reichs bleiben, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Inland aufgeben, bis zum Schlusse des fünften Jahres nach Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Krieg mit allen Großmächten beendet ist, der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf Personalsteuern unterworfen." Es soll dies sowohl für Reichssteuern, wie für einzelstaatliche wie auch für gemeindliche Steuern gelten. Wer Deutschland verlassen und seinen dauernden Aufenthalt im Ausland nehmen will, hat mindestens einen Monat zuvor Anzeige zu erstatten und in Höhe von 20 Prozent seines Vermögens Sicherheit zu leisten. Wird die Anzeige unterlassen, so treten schwere Strafen ein. Es braucht aber nicht notwendig zu solchen Schädigungen des Fiskus zu kommen. Denn der Vorsicht halber bestimmt § 16 des Entwurfes: „Die Ausstellung von Pässen, Heimatscheinen, sonstigen Reisepapieren oder standesamtlichen Urkunden ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Steuerpflichtige sich der Erfüllung der nach diesem Gesetze begründeten Verpflichtungen entziehen will." Im übrigen ist Befreiung von der Steuerpflicht, nicht aber von der Anzeigepflicht bei Verlegung des dauernden Aufenthaltes ins Ausland vorgesehen für Beamte, die sich in dieser Eigenschaft im Auslande aufhalten, für Personen mit nicht mehr als 30000 Mark Vermögen, für Auslanddeutsche, für Personen, die nach deutschen Schutzgebieten gehen, endlich noch in zwei weiteren Fällen: 1. für Fälle, in denen nach behördlicher Ansicht „die Auswanderung" im deutschen Interesse liegt, 2. für Personen, die erst nach Beendigung des Kriegs mit allen Großmächten ihren dauernden Aufenthalt im Inlande genommen haben. Nicht befreit sind ehemalige deutsche Reichsangehörige, die nach dem 1. August 1914 eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, ebensowenig staatenlose Personen, die seit dem 1. August 1914 in einem deutschen Bundesstaat ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben. Bei der Befreiung der Auslanddeutschen in § 20 Ziffer 3 ist auffälligerweise versäumt, in der Definition

Digitized by Google

des Auslanddeutschen zu fordern, daß die so definierten Personen der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Es ist nur von ihrem Aufenthaltsort in bestimmter Zeit die Rede.

Auch wenn man die Begründung dieses Steuerfluchtgesetzentwurfes noch so sorgfältig studiert, bleibt eine Menge von Dingen rätselhaft. Da es sich um Sicherung von „Personalsteuern" handelt, in den dem Reichstage vorgelegten Steuerentwürfen der Regierung aber kein einziger enthalten ist, der sich als „Personalsteuer" qualifizieren ließe, so kann das Steuerfluchtgesetz überhaupt nicht in organischem Zusammenhange mit den vorgeschlagenen neuen Reichssteuern stehen. So bleibt die Frage, was mit diesem Sicherungsgesetze denn überhaupt beabsichtigt sein kann. Der Gesetzentwurf gibt keine Definition, was man sich unter Personalsteuern vorzustellen habe, er überläßt dies dem Bundesrate, bezw. den Landesregierungen. Angedeutet wird in der Begründung, daß man unter Personalsteuern von Reichssteuern die Besitzsteuer und die Kriegssteuer (wohl der physischen Personen?), von einzelstaatlichen und gemeindlichen Steuern die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Kapitalrentensteuer jedenfalls zu verstehen habe. Gerade für Sicherung der Reichskriegssteuer sind aber im Reichsgesetze vom 9. April 1917 bereits für den Fall, daß physische Personen ihren Wohnsitz oder Aufenthalt ins Ausland verlegen wollen, weitgehende Sicherungen zugunsten des Reiches vorgesehen, die auch nach dem Inkrafttreten des Steuerfluchtgesetzes in Kraft bleiben sollen. Wird also die nochmalige Besteuerung der physischen Personen hinsichtlich ihrer Kriegsgewinne für später in Aussicht genommen, so ist nicht recht einzusehen, wozu es des neuen Gesetzes bedürfen würde. Zunächst bleiben also die Interessen der deutschen Einzelstaaten und Gemeinden, die zu schützen wären. Ebenso wäre eine Sicherung im voraus begreiflich, wenn etwa eine hohe einmalige Vermögensabgabe des Reiches geplant sein sollte, über die jedoch die Begründung sich ziemlich ausschweigt. Mit Sicherungen gegen Steuerflucht der Betriebe infolge der neuen Verbrauchsbesteuerung und Verkehrsbesteuerung kann der Gesetzentwurf nichts zu tun haben. Denn dazu wäre er ein unwirksames Mittel.

Wir stehen also vor einer nicht gerade klaren Situation. Aber auch im einzelnen ist die Fassung des Entwurfes nicht so präzis, daß man genau wüßte, wie weit die sehr strengen Vorschriften sich in Wirklichkeit erstrecken sollen. Ein Beispiel, wie die Fassung undeutlich ist, bietet § 20, Ziffer 1. Danach sollen die Vorschriften nicht gelten für „Personen, die sich in ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte im Auslande aufhalten." Gilt dies nur für Personen, die als deutsche Beamte sich im Auslande aufhalten, also in deutschen Diensten stehen, oder auch z. B. für den Professor, der einen Ruf nach einer österreichischen oder schweizerischen Hochschule annimmt und ebenfalls als öffentlicher Beamter, wenn auch nicht eines deutschen Staates, sich im Auslande aufhält? Hat er kein Vermögen, dann ist die Sache harmlos; Personen von Vermögen aber kämen in die größte Schwierigkeit, wenn ihnen die Befreiung nicht zu-

Digitized by Google

zugestehen wäre. Der Entwurf spricht ferner davon im § 21, daß eine Freistellung von der vorgesehenen Verpflichtung auf Antrag erfolge, wenn die „Auswanderung" im deutschen Interesse liege. Das Gesetz hat aber gar nicht im übrigen die Auswanderungsfälle im Auge, sondern die Fälle, in welchen jemand unter Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit seinen Aufenthalt im Auslande nimmt. Kann die Befreiung auch gewährt werden, wenn es sich nicht um eine eigentliche Auswanderung handelt, wenn vielmehr ein junger Techniker oder Kaufmann, ohne sich im Auslande einzubürgern und unter Beibehaltung seiner deutschen Staatsangehörigkeit eine Zeitlang ins Ausland gehen will, um dort zu lernen oder Vorbereitungen für eine Erfindung zu machen? Welche Behörde ist mit genügendem Einblick in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge bei uns ausgestattet, um nach ihrem Ermessen entscheiden zu können, ob in solchen Fällen ein zeitweiser Aufenthalt im Auslande im deutschen Interesse liege? Und wie sollen gerade die energischen, häufig mit dem Geschäftsgange des Beamtentums nicht auf bestem Fuße stehenden Elemente unseres Handels und unserer Industrie bereit sein, in alle ihre Pläne und vielleicht unsicheren Hoffnungen die deutsche Bureaukratie bei Inanspruchnahme der Erlaubnis, ins Ausland zu gehen, einzuweihen? Am besten ist in Zukunft dran, wer nichts hat und dadurch in seiner Freizügigkeit nicht beschränkt ist. Wehe aber dem vermögenden Pionier des Deutschtumes im Auslande, wehe dem vermögenden Erfinder! Und wie steht es in den Fällen, in welchen ausländische Staaten den Deutschen, der mit Genehmigung des deutschen Beamtentums hinauszieht, nun noch einmal ihrerseits für sein Vermögen besteuern? Gewiß ist wünschenswert, daß eine hinterhältige Steuerflucht reicher Leute aus Deutschland verhindert wird, gewiß müssen die Maschen des Netzes so geknüpft werden, daß nicht die bösartigen Elemente durchschlüpfen können. Aber daß der Entwurf befriedigend dies regele, ohne die legitimen weltwirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkte zu vernachlässigen, ist nach der vorliegenden Fassung recht zweifelhaft. Wenn der Hauptzweck aber der nicht ausgesprochene Wunsch wäre, Sicherungen gegen Steuerflucht bei einer hohen einmaligen Vermögensabgabe zu begründen, so wären wieder, wie ich anderwärts zu zeigen gesucht habe, die hier vorgeschlagenen Sicherungen noch lange nicht ausreichend; es müßte nicht nur die Freizügigkeit der vermögenden Personen, sondern auch die Freizügigkeit des Kapitals unterbunden werden, was wiederum natürlich eines der schwersten Bedenken gegen die einmalige Vermögensabgabe bildet.

Einstweilen hat der Entwurf vor allem symptomatische Bedeutung. Er beweist, daß man in maßgebenden Kreisen zu der Politik zurückzukehren beabsichtigt, die in seinen Ausführungen über Nachsteuer Roscher als sehr bedenklich meines Erachtens mit vollem Rechte gekennzeichnet hat. Zwar kommt noch nicht die Steuer auf Fortzug, wohl aber die Andauer der Steuerpflicht der Fortziehenden und die Sicherung dieser durch Vermögensinanspruchnahme.

Digitized by Google

Wie man hoffen dürfte, die Gesundung unserer Valuta nach dem Kriege und die Wiedergewinnung unserer Weltwirtschaftsstellung zu erringen, wenn der Steuerfluchtgesetzentwurf in seiner nicht übersichtlichen Fassung und mit der Tendenz, alle weitgehenden Eingriffe in die Bewegungsfreiheit dem freien Ermessen der Verwaltung zu überlassen, vom Reichstage unverändert angenommen wird, ist schwer zu verstehen. Von allen vorgelegten Entwürfen dürfte keiner eine sorgsamere Prüfung durch das Parlament nötig machen wie dieser.

Notizen

Weltkrieg und Unterricht. In den Verhandlungen der Bremer Bürgerschaft ist neuerdings ein Antrag angenommen worden, wonach die Bürgerschaft den Senat ersucht, von der Schuldeputation Vorschläge darüber einzufordern, welche Änderungen im Lehrplan der bremischen Schulen (Volksschulen wie höhere Schulen) sich durch den Krieg als notwendig herausgestellt hätten. In der Begründung hierzu heißt es, der Krieg habe gelehrt, daß Fächer wie Deutsch, Geschichte und Geographie zukünftig einen größeren Raum beanspruchen müßten und daß der Unterricht in nationalpolitischer und kultureller Beziehung die Fähigkeit ausbilden solle: „zu erkennen, was war, was ist und was möglich ist." Das Ziel müsse sein, jeden Schüler seinen Anteil an der Kulturaufgabe des ganzen Volkes finden zu lassen; um das zu erreichen, müßten aber auch die Lehrkräfte auf die neuen großen Aufgaben geistig eingestellt werden. Das ist einfach und kurz gesagt, aber in diesen Sätzen steckt in der Tat die Aufgabe, die unserem Unterricht jetzt gestellt ist. Mehr Deutsch! Mehr Geschichte! Mehr Geographie! Jawohl — und zwar so, daß diese drei Fächer miteinander und ineinander gearbeitet ein abgerundetes Weltbild unter dem Gesichtspunkt des deutschen Volksangehörigen ergeben. Dies Ziel ist für die deutsche Volksschule in bestimmtem Umfange so gut möglich, wie für das Gymnasium. Erreicht war es bisher weder hier noch dort. Wären wir ihm unterrichtlich näher gewesen — vielleicht würden wir dann heute bessere Politik machen. Das Bremer Programm ist gut formuliert! Rb.

Neuerscheinungen

Gottfried Keller als Politiker

Die Frage nach Gottfried Kellers Stellung zur Politik liegt nicht im Sinne des Dichters. Er liebte den Literarhistoriker und Feuilletonisten nicht und sah es nicht gern, wenn sich jemand „im Reiche der Kunst, wo Raum und Licht so teuer" um den Schutt kümmerte, der den Werken im Wege steht. Er hätte auf die Frage nach seinem politischen Glaubensbekenntnis geantwortet, er sei Dichter und kein Politiker. Er hätte als erster den „Wust seiner verblichenen politischen Schriften" ins Feuer verbannt. Aber da er es nun einmal nicht getan hat, hätte er wohl fein über eine Zeit gelächelt, die wie die unsrige in ihrem Suchen nach politischen Grundsätzen auch vor seinem politischen Nachlaß halt machte, der durch Zufall und die Sorglichkeit pedantischer Archivare auf uns gekommen ist.

Dr. Hans Kriesi hat diesen Nachlaß bei Huber in Frauenfeld herausgegeben und ausgedeutet. Die Ausdeutung machte Dr. Kriesi mehr Freude als die Herausgabe. Sie nimmt in wortem Satz neun Zehntel eines dickleibigen Buches ein. Kellers — zum erstenmal gesammelte — politische Aufsätze sind in einen schmal zusammengepreßten Anhang verwiesen. Literarhistoriker gleichen einander, wie es scheint, in allen Ländern. Dichter und Denker sind nur der Anlaß für ihre eigenen Bücher. Darum sei hier über das breitgedruckte Werk des Literaturhistorikers gleich zu dem schmal gesetzten Dichter selbst übergegangen.

Was er in seinen politischen Aufsätzen — deren Anlässe für den in der Lokalhistorie nicht eingeweihten Leser oft nicht mehr faßlich sind — an politischen Maximen niedergelegt hat, ist wichtig und zeitgemäß genug, um zum Nachdenken anzuregen.

Digitized by Google

Keller fühlt sich, wenn er über Politik schreibt, zuerst als Schweizer. Die äußere Veranlassung dazu hat er in Sätzen geschildert, die auch für die heutige politische Lage der Schweiz Geltung haben: „Es möchte nicht ganz unpassend für uns junge Schweizer sein, wenn wir in einer Zeit, wo man angefangen hat, unsre Nationalität zu bestreiten, wo man uns geistig zwingen will, unser Vaterland nicht als helvetisches, sondern als deutsches, als französisches, als italienisches zu lieben, wo jeder fade, lumpige Winkeljournalist des Auslandes sich herausnimmt, über die Schweiz einen Mist herauszuschwatzen, der von nichts als von der lichtscheuen Unwissenheit desselben zeugt, wo in jeder Kaffernzeitung die Schweiz und ihre inneren Einrichtungrn verhöhnt werden, wenn wir in einer solchen Zeit bisweilen unsere Gedanken nach diesem Vaterlande richten und unsere Gefühle in dem großen Kampf der Grundsätze, der gegenwärtig Europa bewegt, zu ordnen suchen." „Die Deutschen glauben uns dadurch hauptsächlich zum Schweigen zu bringen, das schweizerische Volk gehöre seiner Abstammung nach gar nicht zusammen, sondern die deutsche Schweiz gehöre eigentlich zu Deutschland, die französische zu Frankreich usf., kurz jeder Teil unseres Landes gehöre zu dem seiner Abstammung entsprechenden Teil der angrenzenden Staaten, und das ist vorsätzliche Nichtbeachtung unseres Nationalcharakters."

Diese Besinnung auf den Charakter des eigenen Landes führt zu Sätzen wie den folgenden: „Der Nationalcharakter der Schweizer besteht nicht in den ältesten Ahnen, noch in der Sage des Landes, noch sonst in irgend etwas Materiellem, sondern er besteht in ihrer Liebe zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, er besteht in ihrer außerordentlichen Anhänglichkeit an das kleine, aber schöne und teure Vaterland; er besteht in ihrem Heimweh, das sie in fremden, wenn auch den schönsten Ländern befällt." „Der Schweizer hat gefunden, daß die Unabhängigkeit des gesamten Vaterlandes, die Freiheit des Gedankens und des Wortes, die völlige Gleichheit der Rechte und Nichtgeltung des Standes und andere Äußerlichkeiten das Bedürfnis seiner Seele ist. Diesem allem aber müßte er durch die Anschließung an andere, ihm ehemals verwandte Stämme nach den jetzigen Staatsverhältnissen entsagen, oder er müßte sein Prinzip geltend zu machen und auszubreiten suchen, und das liegt nicht im Wesen eines wahren Schweizers."

Dagegen entspreche es dem Wesen des wahren Schweizers, daß er „jeden guten Gedanken in sich aufnehme, komme er von wem er wolle, daß er die Wahrheit an jeder Partei zu schätzen wisse, daß er in seinen Gegnern nicht die Person, sondern nur die falschen Grundsätze hasse und selbst während dem hitzigsten Kampfe die Versöhnung im Herzen trage, dadurch daß er ohne allen Dünkel gerne anerkenne, daß auch der Bürger anderer Staaten glücklich sein könne".

Kellers Schaffen fällt in die Zeit (der Dreißiger- bis zu den Sechzigerjahren des 19. Jahrhunderts), wo die Schweiz ihre Verfassung von Grund aus und in wiederholten Ansätzen überprüfte. Keller nimmt daran Anteil, zunächst als extrem Radikaler, später im Sinne eines maßvollen Liberalismus. Immer sind es die großen allgemein politischen Maxime, die Keller auch in der Parteipolitik leiten und seine Stellung zu den einfachsten Äußerungen volkstümlichen Lebens bestimmen. Wie zu den Schützenfesten, über die Keller die prächtigen — allgemein gültigen — Sätze schreibt: „Die Mühe, die sich ein Redner oder ein Poet zur Gestaltung seiner Gedanken gibt, ist der beste Maßstab für seinen wirklichen Patriotismus. Wer das Volk mit seinem ersten besten saloppen Einfall bewirtet, der hat keinen rechten Ernst dabei, daher kommt auch die Unaufmerksamkeit und Gleichgültigkeit gegen die Redner und Poeten." Und wie für die Pflicht des geistig verantwortlichen Mannes dem Staatswesen gegenüber, so tritt er für die Verantwortung des einzelnen dem Staat gegenüber mit Festigkeit ein. Gegen die Steuerverweigerer schreibt er einmal einen launischen, aber im Grunde tiefernsten Artikel, ein Musterbeispiel für die Art, politische Fragen der Masse eindringlich vor Augen zu stellen.

Es entspricht dieser Einheit zwischen allgemein politischen Grundsätzen und parteipolitischem Wirken, wenn auch Kellers Ansichten zur äußeren Politik von strenger Einheitlichkeit politischen Denkens durchdrungen sind. Anlaß zur außerpolitischer Betrachtung gab ihm die Polenfrage, zu der er im Jahre 1863 als Stadtschreiber von Zürich schrieb: „Ein endgültiger Sieg der Polen zu heutiger Zeit muß unfehlbar mit der Einführung bürgerlich freier und würdiger Zustände verbunden sein." Von diesem Standpunkt aus fordert er seine Schweizer zur Unterstützung der Polen auf, des Glaubens „einer höheren Gerechtigkeit und Güte zu dienen, wenn er zur Ausgleichung eines verjährten Übels, vor welcher keine nachhaltige Beruhigung unseres Weltalls denkbar sei", beitrage. Diese Verbindung von realpolitischem zweckmäßigen Denken, das dem Bürger eines politisch unaufhörlich beschäftigten Volkes eigentümlich ist, mit den Grundsätzen der vornehmen und edlen Lebensanschauung eines Dichters und Denkers gibt allen politischen Betrachtungen das Gepräge, die uns in dem Buch vermittelt werden.

Karl Hönn

Der Kriegsroman von Barbusse

Der Umfang der Kriegsbelletristik ist unübersehbar. In zahllose Romane, namentlich weiblicher Autoren, ist irgendwie der Krieg verschlungen, als Heilbringer, als Befreier, als Löser aller Knoten. Für die

Digitized by Google

Erkenntnis des Krieges wie für die Dichtung bedeuten diese epischen Ergüsse, soweit wir uns ihrer Kenntnisnahme unterzogen, blutwenig. Einiges, das im Anspruch zurückhaltend ist, wird als Niederschlag der Gesinnung hinter der Front bleiben.

In der Lyrik sieht es besser aus. Die Verse von Max Barthel und Wilhelm Klemm, die schmalen Bände von Dehmel und Isolde Kurz, die starke Rhythmen von Josef Winckler — das sind Zeugnisse.

Daß die Literatur des Krieges sich bemächtigt oder der Krieg sich der Literatur — das ist natürlich eine internationale Erscheinung. In England schreibt Wells aktuelle Kriegsromane, in Frankreich und Italien sind (oder waren) die Literaten Barrès, d'Annunzio die Barden der Kriegsleidenschaft. Nur gelegentlich kommen die Arbeiten dieser Männer in unsere Hand. In den wenigsten Fällen werden wir viel verloren haben.

Nun aber ist im vergangenen Jahr in Frankreich der Roman „Le feu" von Henry Barbusse erschienen, den der Züricher Verlag Max Rascher in seiner Sammlung „Europäische Bücher" kürzlich in einer guten deutschen Übersetzung herausgebracht hat. Das Buch hat in Frankreich offenbar den stärksten Erfolg gehabt und ist nach Zehntausenden gekauft worden. Gibt es den Reflex der französischen Kriegsstimmung und muß es darum auch den deutschen Leser interessieren? Nein, aber es ist ein „Europäisches Buch". Es geht wahrscheinlich alle Nationen gleichermaßen an, deren Männer seit fast vier Jahren das Soldatenleben führen. Es ist die Epopoë des Schützengrabenkrieges.

Merkwürdig genug: der Krieg von 1870 ist nicht in der deutschen Dichtung zum Stoff eines großen Gelingens geworden, sondern in Frankreich. Die deutschen Romane und Heldensänge über das Jahr des deutschen Sieges sind ärmlich vor Zolas „Zusammenbruch"; die späteren deutschen Kriegsdichter sind ohne seinen Vorgang gar nicht denkbar. Ist Kunst mit Leid verschwistert oder handelt es sich nur darum, daß die Franzosen gerade im Roman ihre bedeutende Ausdrucksform fanden, während in Deutschland die ernsthaftesten Auseinandersetzungen mit dem Krieg, Schickele und Goering, das Drama suchten? Wie dem sei: „Das Feuer" von Barbusse erscheint uns weit stärker als all das, was bei uns an Kriegsdichtung entstanden ist, wichtig genug, auch an dieser Stelle angezeigt zu werden.

Barbusse steht politisch der vor einem Jahr gegründeten Zeitung „Le Pays" nahe, die Caillaux' Politik stützen sollte, aber nun natürlich unter dem Regime Clemenceau nicht zu der Wirkung kam, die seine Gründer von ihm erwarteten. Er ist in seiner Stimmung pazifistisch — aber dies wird nicht zum Leitmotiv des Buches, sondern klingt nur zum Schlusse an, im nächtlichen Gespräch der Soldaten auf dem furchtbaren Schlachtfeld von Souchez. Da sprechen sie davon, daß ihre Opfer und ihre Leiden nur dann einen Sinn haben, wenn sie die Wiederholung eines solchen Schreckens unmöglich machen, wenn dieser Krieg den Krieg tötet. Es ist nicht die politische Absicht und Gesinnung, um derentwillen man dies Buch liest und sein Gewicht empfindet — dies freilich empfindet man, daß an keiner Stelle etwa nationalistische Politik durchklingt, das Wort Elsaß-Lothringen kommt in dem ganzen Buch nicht vor, und wo auf die Deutschen geschimpft wird, da meldet sich nicht die Gehässigkeit eines Publizisten, sondern die Hand des Chronisten, der die Soldatensprache nicht fälscht.

Es ist das „Tagebuch einer Korporalschaft", das hier niedergeschrieben wurde — die unendliche Schwere der Eintönigkeit, der Entbehrung im Schützengrabenleben, lastet auf den Seiten; in einer völlig unpathetischen Weise ist der Tageslauf, sind die Stunden des Dienstes, der Zerstreuung, der Erholung beschrieben. Gespräche über das Zuhause, über Ehrenzeichen und Etappenleben, über den heroisierenden Krieg der Berichterstatter werden geführt, so, wie wir sie auch von unserer Fronttruppe kennen — der Kampf selber, Trommelfeuer, Angriff, Grabenkampf, die Stimmung in der Verwundetensammelstelle, all dies ist in einer furchtbaren und doch dichterisch großen Anschaulichkeit geschrieben. Dichterisch? Das Wort hat etwas Verspieltes neben dem unsagbaren Ernst, der hier die Feder führt.

Das Große dieses Buches ist seine Menschlichkeit, die nicht in Phrasen eingewickelt ist, sondern schlicht und stark, einfach, unverkünstelt spricht. Sie schaltet die politischen Überlegungen aus und wendet sich unmittelbar an die Empfindung. Wer vermag sich ihr zu entziehen? Th. Heuß

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35. Schoeneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schoeneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.20, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Soeben ist erschienen:

Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem

Von **Dr. Gustav Stolper**

Herausgeber des „Österreichischen Volkswirt"

Zweite und dritte Auflage

Preis geheftet M. 5.— = K 7.50, gebunden M. 6.50 = K 10.—

Friedrich Naumann über das Buch von Stolper: „Der Unterschied meines im Sommer 1915 geschriebenen Buches „Mitteleuropa" vom jetzt erschienenen Stolperschen Buche „Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem" ist der, daß Stolper die Kriegswirtschaft der Zwischenzeit scharf begriffen hat und von ihr aus Folgerungen zieht. Ich mußte noch sagen: Mitteleuropa wird kommen! Stolper aber ruft: Es ist bereits da, nur wird es von euch noch nicht gesehen!"

Handelsminister a. D. Dr. Franz Stibral über das Buch von Stolper in der „Neuen Freien Presse": „Das Werk Stolpers ist eine ganz ausgezeichnete, ernste und überzeugungstreue Arbeit, die weitaus zu den tiefsten gehört, die über das Problem sich haben vernehmen lassen..."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag von Franz Deuticke, Leipzig und Wien

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Dr. Möller's Sanatorium [illegible]

Herrliche Lage Wirks. Heilverf. [illegible]

Diätetische Kuren

Zweiganst. tägl. 6 M. [illegible]

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu

Wecken Sie Ihre schlummernde Begabung!

Die meisten Menschen sind durch äußere Umstände, wie Stellung der Eltern, Bestimmung des Vaters, augenblickliche Vorliebe des Kindes für einen Beruf, dessen Pflichten und Schwierigkeiten es aber nicht kannte, zu ihrem Beruf gelangt, die wenigsten sind auf ihre Fähigkeiten hin gründlich geprüft und ihr Beruf darnach ausgewählt worden. So lebt wohl mancher als mittelmäßige Kraft mit sehr mittelmäßigem Einkommen dahin, der es in einem anderen Fache zu einer hervorragenden Stellung gebracht hätte. Was nützt mich das, wird mancher sagen, ich kann heute nicht mehr umsatteln! Das ist in vielen Fällen anscheinend richtig, aber mancher hat etwas zuerst als Liebhaberei betrieben und allmählich solche Erfolge erzielt, daß der Umschwung ganz von selbst kam. Was Sie sich selbst und der Menschheit schuldig sind, ist, daß Sie Ihre geistigen Fähigkeiten ausbilden, um sich selbst und der Menschheit so gut wie nur immer möglich zu dienen. Wählen Sie hierzu die jahrelang erprobte Anleitung, die Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre bietet. Sie bleiben dabei nicht sich selbst überlassen, sondern stehen im laufenden Verkehr mit dem Verfasser, der auf Ihre Individualität eingehen und Ihnen mit seiner reichen Erfahrung dienen kann. Ein Zeugnis aus vielen: »Der Vortrefflichkeit Ihrer Methode verdanke ich es, daß ich mein technisches Examen vor 15 Jahren mit »sehr gut« bestanden, seither, ohne jemals mich überanstrengt zu haben, mich vielfach mit bestem Erfolg erfinderisch und journalistisch betätigte, in meinem Beruf stets Bestes leistete, auf einigen Musikinstrumenten das Spielen erlernte, fünf europäische Sprachen vollkommen beherrsche und außerdem noch mich in einigen anderen Sprachen bestens unterhalten kann. Dies alles erzielte ich dank Ihrer Lehre, obgleich ich offen gestanden mit keinen besonderen Talenten begabt gewesen war, so daß ich jedermann Ihre Methode als vorzüglichstes Mittel zu seinem Lebenserfolg und Lebensglück empfehlen kann. K. W. (Ingenieur).«

Verlangen Sie Prospekt von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 737
Rohrbach, Freund dem Freunde! 739
Bonn, Die irische Krise 744
Jesser, Das böhmische Problem 750
Thimme, Zur Geschichte der Mission Lord Haldanes (1912) 759
Linter, Der Krieg als Förderer der Trustbildung 765
Notizen 768

Preis 40 Pfennig

3 Jahrgang | 14. Juni 1918 | Heft 24

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Liebhaber-Bibliothek

Preis jedes Bandes

M. 2.— leicht kartoniert * **M. 3.—** elegant gebdn. * **M. 5.—** in Halbl. gebdn.

Bd. 1: J. P. Jacobsen, Sechs Novellen. Uebertragen von M. v. Borch. Mit Vorwort von E. L. Schellenberg. 21.—30. Tausend.

Bd. 2: H. C. Andersen, Ein Bilderbuch ohne Bilder. Mit 40 Silhouetten von M. Saalwächter. 11.—20. Tausend.

Bd. 3: B. de Saint-Pierre, Paul und Virginie. Uebertragen von Chr. Schüler. Mit Wiedergabe der 8 Stahlstiche der ersten deutschen Ausgabe. 7.—11. Tausend.

Bd. 4: Clemens Brentano, Novellen. Mit einer Einleitung von E. L. Schellenberg und Bildern v. H. Vriesländer. 15.—19. Tausend.

Bd. 5: Pierre Loti, Isländfischer. Mit 12 Bildern von H. Vriesländer. Einband v. B. Lorenz. 11.—15. Tausend.

Bd. 6: A. E. Poe, Novellen des Todes. Mit 10 Bildern v. J. J. Vriesländer. 11.—15. Tausend.

Bd. 7: Ugo Foscolo, Die letzten Briefe des Jacopo Ortis. Ein Roman in Briefen aus den italienischen Freiheitskriegen. Neue durchgesehene Ausg. nach der Lubenschen Uebertragung. Mit einem Nachwort von H. T. Kroeber. Mit einem Originalkupferstich. 4.—8. Tausend. **

Bd. 8: Honoré de Balzac, Die Frau von dreißig Jahren. Uebertragen von H. Lachmann. Mit 9 Vollbildern von W. Wieger. 16.—20. Tausend.

Bd. 9: E. Koch, Prinz Rosa Stramin. Herausgegeben von R. Steinert. Mit 4 Federzeichnungen von Hans A. Müller und Einbanddecke von A. Kling. 1.—10. Tausend. *

Bd. 10: Hermann Hesse, Der Zauberbrunnen. Lieder der deutschen Romantik (Novalis, Fried. Schlegel, Tieck, Brentano, von Arnim, Kerner, Uhland, Eichendorff, Heine, Lenau und Mörike.) 1.—5. Tausend. **

Bd. 11: Georges Rodenbach, Im Zwielicht. Nachgelassene Novellen. Eingeleitet und übertragen von Fr. v. Oppeln-Bronikowski. 6.—10. Tausend.

Bd. 12: Stendhal (Henry Beyle) Novellen aus Italien. Eingeleitet und übertragen von E. L. Schellenberg. 11. bis 15. Tausend.

Bd. 13: E. T. A. Hoffmann, Der goldene Topf. Ein Märchen. Mit 11 ganzseitigen Bildern von E. Schaefer. Einb. v. E. Hoffmeister. 11.—15. Tausend.

Bd. 14: Justinus Kerner, Die Reiseschatten. Eingeleitet und herausgegeben von Herm. Hesse. Einband von Bernhard Lorenz. 9.—13. Tausend.

Bd. 15: Adalbert Stifter, Aus seinen Studien. Mit Lichtdrucken nach 3 Stahlstichen von P. J. N. Geiger und einem Porträt des Dichters nach der Erstausgabe. 11.—15. Tausend.

Bd. 16: Alte deutsche Marien- und Weihnachtslieder. Mit Wiedergabe alter Holzschnitte und Kupfer von Altorfer, Cranach, Burkmair u. a. Herausgegeben und mit Anmerkungen und einer Einleitung versehen von Otto Joff. In zwei Farben gedruckt. Einband von Bernhard Lorenz. 1.—3. Tausend. **

Bd. 17: Iwan Turgenjew, Visionen und andere Erzählungen. Uebertragen von A. Eliasberg. Mit einem Bildnis des Dichters. Einband von Bernhard Lorenz. 6.—10. Tausend.

Bd. 18: R. Kipling, Schlichte Geschichten aus den indischen Bergen. Uebertragen von M. und L. Steindorff. Einb. v. B. Lorenz. 6.—10. Tausend.

Bd. 19: Bonaventura, Nachtwachen. Nach Rahel Varnhagens Exemplar herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von R. Steinert. Einband von Bernhard Lorenz. 9.—15. Tausend.

Bd. 20: W. H. Wackenroder, Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders. Phanta-

Digitized by Google

Fortsetzung siehe 3. Umschlagseite

3. Jahrgang • 14. Juni 1918 • Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Betrachtet man die neue Linie der Westfront, so faßt man unmittelbar den Sinn der kurzen und großartigen Schlacht zwischen Aisne und Marne: Fochs Reserven werden an größeren Frontschwingungen verbraucht, das Rochadesystem der feindlichen Bahnen ist zerstört, und die deutsche Initiative hat, wenn sie wieder losrechen wird, günstigere Ausgangsstellungen. Das ist den Ungeduldigen zu wenig, und ist doch eine gewaltige Leistung, denn dem Feind ist die Kraft der Entschließung zerschlagen. Hoffnung auf Amerika heißt das Jahr 1918 militärisch heute schon begraben. In diesem Augenblick kreuzen U-Boote an der Ostküste der Vereinigten Staaten.

*

Der Versailler Kriegsrat markiert Gemütsruhe und beschließt die Errichtung eines polnischen, eines tschechischen und eines südslawischen Staates. Das ist die Antwort auf den mitteleuropäischen „Waffenbund". Man sieht, daß eine diplomatische Friedensoffensive, die nur auf Wien eingestellt ist, hoffnungslos geworden ist und denkt an die Fanatiker von Krakau, Prag und Laibach. Daß innerhalb der südslawischen Bevölkerung die österreichischen Schwierigkeiten gewachsen sind, ist unverkennbar — man mag glauben, daß Italien nach seiner Niederlage gezwungen wurde, einige Adriaziele zurückzustecken, und daß damit separatistische Bewegungen im Slowenentum aufgefrischt wurden. Wir hoffen, daß die österreichisch-ungarische Heeresmacht in der Lage sein wird, eine Antwort zu geben, die auch in Versailles gehört und verstanden wird.

*

Uns wird folgender Satz aus einem Briefe des Feldmarschalls von der Goltz-Pascha an einen alten Freund zur Verfügung gestellt, der auch heute noch, obgleich er im Herbst 1915 geschrieben, zeitgemäß ist:

„Wir beiden haben doch immer recht gehabt, als wir behaupteten, daß Polen noch lange nicht verloren sei. Jetzt ist es frei und kann seine Punschbowlen am winterlichen Kamin mit echtem Polenstolz trinken. Ich hoffe, daß wir auch die Ukraine, wo viel separatistische Gelüste vorherrschen, gegen die russische Herrschaft noch in Bewegung

Digitized by Google

bringen, auch Finnland insurgieren. Hätte Schweden noch etwas Gefühl für seine ehemalige Größe, es müßte längst an der Newa stehen."

*

Belgien hat einen wichtigen Ministerwechsel erfahren: Broqueville, der sein Land Stück um Stück enger in das politische und wirtschaftliche Zukunftssystem der Entente einfügte, hat einem Führer der klerikalen Flamen Platz gemacht. Noch übersieht man nicht, ob dieser Kabinettswechsel ein vorläufiges Zugeständnis an den heimischen Aktivismus ist, ob er eine Lossprengung von dem wirtschaftlichen Ententering einleiten soll — immerhin: Belgien verrät, daß es nicht mehr daran glaubt, seine staatliche Zukunft werde einseitig nach dem Londoner Programm verwirklicht.

*

Steuerkämpfe zwischen Parlament und Regierung, soll an ihrem Ausgang kein Vakuum klaffen, endigen mit einem Kompromiß. Das ist der gebotene Weg. Er wird auch diesmal gesucht und gefunden werden, aber er hat eine größere Bedeutung als früher, da er über den endgültigen Zusammenbruch der alten Lehre vom alleinigen Anspruch der Bundesstaaten auf die direkte Steuer führt. Professor Alfred Weber hat hier kürzlich auseinandergesetzt, wie mit dem oberen Einkommen, das den Kapitalisationsfonds bildet, ein eigenes, sozusagen noch unentdecktes Steuerland erschlossen werden kann; das Parlament ist in dies neue Gebiet vorgestoßen, ohne sich vielleicht der grundsätzlichen Bedeutung dieses Versuchens voll bewußt zu sein. Nun muß es die gewonnene Freiheit der Entschließung verteidigen, denn die bundesstaatlichen Finanzminister wehren sich. Sie lassen ankündigen, daß in den Einzelstaaten sehr starke Erhöhungen der Einkommensteuer-Progressionen angefordert werden — um die Zukunft zu umbauen, ebenso wie sie etwa auf dem Gebiete der elektrischen Kraft die Reichsfinanzpläne teilweise durch eigene Vorwegnahme erschwert haben. Gewiß ist ihr Leben nicht einfach, zumal die Grundfragen des Föderalismus sich ja in diese Probleme der Steuerhoheiten verkrochen haben und hier die schärfsten Kämpfe um die Weiterbildung der Verfassung ausgefochten werden. Die Aufgabe des Reichstags muß es sein, kühl und konsequent zu bleiben, um schöpferisch zu werden. Bringt er die Steuerfragen in ihrem Kernstück zu einem anständigen Schluß, dann hat er die stärkste Rechtfertigung seiner sachlichen Arbeitskraft erbracht. Und man sieht manches nach, was nur Gerede war.

*

Wenn man die jetzige Präsidentenwahl des Reichstags betrachtet, tut man gut daran, sich nicht allzugenau der nämlichen Vorgänge im Jahre 1912 zu erinnern, da Zentrum und Nationalliberale den Gedanken flohen, einen Sozialdemokraten den Reichstag leiten und vertreten zu lassen. Das ist vorbei und hoffentlich auf immer. Das Parlament darf nicht mehr in die Kinderkrankheiten der Vorkriegszeit rückfällig werden — das gilt auch für die sozialistische Mehrheitslinke.

Digitized by Google

Freund dem Freunde!

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus Moskau erhalte ich von jemandem, der die ganze Revolutionszeit dort in beobachtender Stellung miterlebt hat, den folgenden Brief:

Die Lage in Rußland, d. h. in Großrußland, ist dahin zu beurteilen, daß Rußland sich bestimmt nicht sobald aus eigener Kraft ordnen und wieder eine Großmachtstellung einnehmen wird. Was sich 1917 ereignet hat, ist keine Revolution gewesen, d. h. keine Umwälzung, bei der der Staatskörper nach gewissen Schwankungen wieder einen neuen Schwerpunkt und eine neue Ruhelage findet, sondern eine Explosion. Das ganze Gebilde ist auseinandergeflogen, nicht nur geographisch, sondern auch sozial. Woher sollte jetzt der Meister kommen, der die Stücke wieder zusammenschweißt? Die erste Tat der russischen „revolutionären Intelligenz" war, daß sie in wahnwitziger Selbstüberschätzung überall den alten Regierungsapparat zerstörte. Die alten Beamten, vor allem die Vertreter der verhaßten „Ordnung" wurden verjagt und an ihre Stelle „alle lebendigen Kräfte des Volkes" berufen. Überall wuchsen dilettantische Selbstverwaltungen, Komitees, „Urzellen", aus denen sich Gott weiß was entwickeln sollte, empor. All das erwies sich sehr bald als absolut unbrauchbar und beachtete die Direktiven der Zentralregierung nur soweit, wie es den Leuten gerade paßte. So entstand das russische Chaos. Ich glaube nicht, daß sich daraus in absehbarer Zeit ein staatliches Gebilde nach europäischen Begriffen entwickeln wird. Im Lande sind gar nicht die erforderlichen geistigen Kräfte vorhanden. Die russische „Intelligenz" ist zahlenmäßig viel zu schwach und außerdem das mangelhafte Produkt des russischen Wesens im ganzen, der Familie, Schule und Kirche: halbgebildet, unklar, kritiklos, undiszipliniert, ohne Ausdauer und Pflichtgefühl; dabei von ganz ungeheuerlichem Dünkel. Die große Masse des Volkes hegt ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Intelligenz, und diese hat keine Handhabe, die Massen unter ihre Führerschaft zu zwingen. Ein Versuch, die Geistlichkeit dazu zu benutzen, schlug gänzlich fehl, denn die Popen unterlagen durchweg der Logik der Bolschewisten, die sie fragten: Warum schwiegt ihr unter Rasputin und bei der ersten Revolution, warum schreit ihr erst jetzt, wo es um euren weltlichen Besitz geht? Im Westen wird auch die Bedeutung der russischen Parteien überschätzt. Die Führer haben solange Zulauf aus der Masse, wie diese ihren Versprechungen glaubt oder ihren materiellen Vorteil dabei hat.

Die staats- und zarenfreundlichen Elemente können sich jetzt nicht organisieren, weil sie entwaffnet sind und sich bei dem Verdacht, der sie von allen Seiten umgibt, nicht rühren können. Auch könnte bei der jetzigen Hungersnot im Innern von Großrußland nirgends eine Gegenrevolution zustande kommen, weil die Bolschewisten einfach keine Lebensmittel durchlassen würden. Die Sache wäre daher in ein paar Tagen erledigt. Die Ordnungsmacht könnte nur von der Peripherie aus vordringen und müßte eine sichere Verpflegungsbasis haben. Wo soll die liegen? Auch müßte sie über starke Kräfte verfügen, denn wenn auch die Bolschewisten bald weggefegt sein würden, so würde es darnach doch nicht leicht sein, überall auf dem Lande Ordnung zu schaffen, wo die Bauern eine Menge Militärflinten, Maschinengewehre und stellenweise sogar Geschütze haben. Schließlich und endlich wird in Rußland mit Waffengewalt Ordnung gemacht werden. Von wem, das lasse ich dahingestellt; das Resultut kann aber nur ein ganz asiatisches Gebilde sein. Ehe nicht Schule und Kindererziehung auf eine bessere Basis gestellt sind und die Kirche eine Läuterung erfahren hat, kann Rußland weder ein europäischer Staat werden, noch eine Kriegsmacht schaffen, die heute etwas bedeutet.

Das ist das Urteil einer Persönlichkeit, die sehr gut unterrichtet ist, und das russische

Digitized by Google

Volk, die Masse wie die Intelligenz, aus langer Beobachtung kennt. Wenn keine Eingriffe von außen geschehen, so ist es in der Tat nicht wahrscheinlich, daß die bürgerliche Gesellschaft in Rußland in absehbarer Zeit mit dem Bolschewismus fertig wird. Die Zerstörung der früheren Werte und Ordnungen in Großrußland wird also immer noch weitergehen, und zuletzt wird buchstäblich nichts übrig bleiben, als ein wirtschaftliches und politisches Chaos. Die Bolschewisten haben die Gewalt und leben gut von ihr, solange es noch Güter und Werte gibt, die man sich aneignen kann. Petersburg ist ziemlich von ihnen aufgegeben und wird, teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Unfähigkeit, nur noch so schwach verproviantiert, daß Hungersnot wütet. Moskau und die übrigen großen Städte werden zur Not versorgt, aber immer nur so, daß Lebensmittel für wenige Tage da sind, und die Zufuhr jederzeit gesperrt werden kann; die Eisenbahnen sind fest in den Händen der Bolschewisten. Die bürgerlichen Kräfte haben es schwer, sich zu sammeln und haben auch kein Talent, sich unter solchen Umständen zu organisieren. So können sich kaum irgendwo Kristallisationspunkte für die Gegenrevolution bilden. Mit der Zeit, wenn der Kampf unter den verschiedenen Interessentengruppen in der Bauernschaft losgeht, wird es allerdings neue Zuckungen geben, vermutlich auch eine Reaktion gegen den Bolschewismus. Wann das aber geschehen wird, ist heute schwer zu sagen. Fürs erste bleibt es noch bei dem Bilde, daß der Bolschewik schweren, fanatisch blöden Tritts mit der Stampfkeule in den Händen über Großrußland dahinschreitet, die gewöhnlichsten Raubinstinkte hinter sich her, und alles erbarmungslos gründlich zu einer einzigen formlosen ökonomischen Schuttmasse zerstößt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß sich die bürgerlichen Parteien in Rußland nach Hilfe von auswärts umsehen. Viele alten geschworenen Anhänger der Entente, die Miljukow und Genossen, blicken immer noch auf England und Frankreich, oder tun wenigstens so, und wiederholen unentwegt den alten Spruch: Deutschland ist der Feind Rußlands, der Feind der Völkerfreiheit, der Hort des Militarismus und Absolutismus, mit diesem Deutschland darf es nie und nimmer Versöhnung geben! Selbst unter den Kadetten aber fängt es an, „Deutschfreunde" zu geben. So tritt jetzt im „Utro Rossii" der frühere Dumaabgeordnete Fridman aus „wirtschaftlichen" Gründen für eine Orientierung nach Deutschland hin ein. Von anderer Seite geschieht noch mehr. Wer unterrichtet ist, der weiß, wie vielfache Bemühungen von Rußland her jetzt stattfinden, um uns zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in früherem Sinne zu veranlassen. Alles wird uns dafür geboten, natürlich von unverantwortlicher Seite und öfters, wie die betreffenden Persönlichkeiten auf schärferes Befragen zugeben, nachdem man schon bei der Entente gewesen ist und dort keine politischen Geschäfte gemacht hat. Vor einiger Zeit erhielt ich auf Umwegen Einblick in die Gedankenwelt eines Kreises von Angehörigen des einstigen russischen Hofs und der einstigen russischen Regierung. Dort

Digitized by Google

möchte man: deutschen Einmarsch in Rußland, Niederwerfung der Bolschewisten; Wiederherstellung des Zaren, der entweder zugunsten seines dreizehnjährigen Sohnes unter einem Regenten aus der Dynastie oder zugunsten einer seiner Töchter mit einem deutschen Prinzen als Gemahl verzichten würde; Nötigung der Bauern, ihren Landraub wieder herauszugeben, Restitution der Gutsbesitzer, damit wieder eine wirtschaftlich und politisch tragfähige Schicht als Unterbau für die monarchische Gewalt ersteht; außerdem Wiedervereinigung der Ukraine, des Kaukasus, Turkestans, Sibiriens und anderer entfremdeter Gebiete mit Großrußland. Dafür sollen wir eine deutschfreundliche russische Politik bekommen, unter Garantie der Dankbarkeit derer, denen wir geholfen haben. Was aber würde solch eine Politik uns kosten? Feindschaft des ganzen übrigen russischen Volkes und aller jetzt befreiten, mit unserer Hilfe an Rußland zurückzuzwingenden Fremdvölker; außerdem die Verpflichtung, solange eine Million Truppen im Dienst der wiedererneuerten russischen Regierung dort im Lande zu halten, bis es gelungen ist, aus der völlig verwilderten, anarchisch gewordenen großrussischen Masse wieder eine Armee zu bilden, auf die gestützt die neue zarische Regierung es vielleicht nach Jahr und Tag wagen könnte, mit ihrem Volke allein zu bleiben.

Dies Bild einer deutsch-russischen Politik für das nächste Jahrzehnt nach dem Programm der sogenannten moskowitischen oder gesamtrussischen Orientierung, die ja auch bei uns ihre Wortführer hat, wird man nicht im einzelnen zu kritisieren brauchen. Von allem anderen abgesehen würde schon der Grund dagegen entscheiden, daß wir fast das ganze europäische und asiatische Rußland wer weiß wie lange besetzt halten müßten, um den Zaren oder sonst eine russische Regierung von unseren Gnaden mit unseren Bajonetten gegen die russischen Bauern, gegen die Deutschenfeinde und Ententefreunde im Bürgertum, gegen Ukrainer, Kaukasier, Kirgisen, mohammedanische Turkestaner, sibirische Autonomisten und sonstige gegnerische Kräfte zu schützen. Das hieße ganz Rußland als eine mit Waffengewalt zu behauptende deutsche Kolonie organisieren! Nein, unsere Politik im Osten muß sein, die einmal ergriffene Partei festzuhalten, der Freund und Befreier der bisherigen russischen Fremdvölker zu sein und zu bleiben und klar für ihr Unabhängigkeitsinteresse einzutreten. Was die Ukraine angeht, so habe ich mich hierüber schon gleich nach meiner Rückkehr aus Kiew in der „Deutschen Politik" ausgesprochen, und in einem Artikel von Axel Schmidt in der nächsten Nummer wird der Leser noch eine weitere Erläuterung über die ukrainischen Dinge finden. Die Hauptsache ist, daß wir mit der ukrainischen Demokratie zusammenarbeiten. Wie der einzelne von uns zu Hause zum demokratischen Prinzip steht, ist dabei gleichgültig. Er mag für sich Antidemokrat sein, aber hier muß er nach dem Vorbild Gambettas handeln, der zwar als Kirchenfeind in Frankreich die klerikalen Interessen bekämpfte, einem minder scharfsinnigen Gesinnungsgenossen in der Kammer aber, der ihm Vorwürfe machte, weshalb die Unterstützungen für die Propagandaniederlassungen der fran-

Digitized by Google

zösisch-katholischen Orden im Orient nicht auch gestrichen würden, kurz und bündig antwortete: der Antiklerkalismus ist kein Exportartikel im französischen Interesse! So müssen auch wir, gleichviel ob konservativ oder demokratisch, im deutschen politischen Interesse die aufrichtigen und tätigen Freunde der ukrainischen Demokratie, vor allen Dingen des ukrainischen Bauern und der ukrainischen Selbständigkeitsparteien, sein. Der Bauer ist das Fundament des ukrainischen Staates. Der Bauer beansprucht Land soviel, daß er leben kann; die Land- und Bauernfrage bildet das Kernstück aller politischen Parteiprogramme in der Ukraine. Der Bauer wird sich das Land, das er bereits in Händen hält, nicht entreißen lassen, und er wird der Freund dessen sein der ihm hilft, es unter angemessenen und gerechten Bedingungen zu behalten. Es ist nötig, daß wir in der Ukraine scharf diese Linie verfolgen und der Hetmansregierung unsere Hilfe nur unter der Bedingung leihen, daß sie in bauernfreundlicher Politik fest bei der Stange bleibt und sich ebenso in Personal- und Kulturfragen unzweideutig vor Moskowitismen hütet. Der Bauer weiß, daß Moskowitismus in der Ukraine Gefährdung seiner Landansprüche bedeutet.

Der Satz von der Notwendigkeit einer entschiedeneren und folgerichtigen Freundschaftspolitik gegenüber all den Völkern und Staaten, mit denen das Zusammengehen in unserem Interesse liegt, gilt für die Ukraine und gilt für alle übrigen staatlichen Gebilde, die aus der russischen Masse gegenüber Großrußland hervorgegangen sind. Er gilt z. B. gegenüber den deutsch-baltischen Ländern, wo es ein Unsinn ist, sie ganz oder teilweise an Rußland zurückgeben oder sie den kleinen Volkssplittern der Letten und Esten als „selbständige" Größen überlassen zu wollen. In der sozialdemokratischen „Internationalen Korrespondenz" vom 24. Mai d. J. schreibt der Hauptschriftleiter Ernst Heilmann, nach einem Besuch in Riga, Reval und Dorpat:

In der Tat läßt sich außerordentlich rasch Einigkeit darüber herbeiführen, daß Rußland in diesen Gebieten nicht das geringste zu suchen hat. Der Zarismus hat sie genau 200 Jahre lang beherrscht, zeitweise, wie unter dem großen Peter und dem zweiten Alexander, mit vieler Liebe behandelt, zeitweise auch stiefmütterlich vernachlässigt oder russifikatorisch gequält. Irgendwelche Spuren von Belang, außer Zarenbildern und Zarendenkmälern, hat Rußland in diesem Gebiet nicht hinterlassen. Die russische Sprache ist nur den Gebildeten bekannt, aber auch bei ihnen keineswegs Umgangssprache; die breite Masse des Volks kennt und versteht sie nicht. Sämtliche Deutsche, Letten und Esten, denen wir begegneten, stimmten restlos darin überein, daß diese baltischen Länder nicht wieder an Rußland fallen dürften ... Es gibt in der Tat für die baltischen Provinzen nur eine Wahl: entweder wir lassen die Hände ganz von ihnen oder wir nehmen Riga, Dorpat und Reval zugleich in ein Schutzverhältnis zum Deutschen Reich. Riga ohne Hinterland, wie es nach dem Brest-Litowsker Frieden anscheinend angestrebt werden sollte, ist zu wirtschaftlichem Siechtum verurteilt. Auch die Deutsch-Balten in Livland wünschen den Anschluß an Deutschland nur unter der Voraussetzung, daß ganz Baltenland einbezogen wird; andernfalls scheint ihnen das ganze Deutschtum in ihren Ländern unrettbar.

Heilmann hat mit estnischen Führern auch über deren Wunsch nach einem selbständigen Estland gesprochen, und sagt dazu, die Esten hätten ihm schließlich gestanden, daß sie doch wieder an Deutschlands Hilfe appellieren würden, wenn Rußland

Digitized by Google

sich zukünftig anschicken sollte, ihre Selbständigkeit wieder zu verschlingen. Dieser „naiv-kindlichen Lösung" gegenüber sagt auch Heilmann, davon könne keine Rede sein. Es gibt also nur eine klare Politik im Baltikum.

Dasselbe gilt für Finnland, gilt am Balkan und in den benachbarten Gebieten. Dort haben wir jetzt mit Rumänien Frieden geschlossen. Die Rumänen denken aber schon jetzt, wie sie offen versichern, auf den Rachekrieg gegen Bulgarien. Ihnen ist der Kamm geschwollen, weil sie uns unglücklicherweise noch kurz vor dem Waffenstillstand eine empfindliche Schlappe beigebracht haben und der Friede geschlossen wurde, ohne daß diese Scharte von uns gegen sie ausgewetzt worden wäre. In den Zeitungen ist genug von der Brutalität die Rede gewesen, mit der sie die Gefangenen behandelten, die sie uns bei der Gelegenheit abnahmen. Aus deren Zahl wurden 4000 in ein einziges rumänisches Gefangenlager gebracht, 4000 unverwundete gesunde deutsche Soldaten, und man hört, 320 seien bei der Entlassung nach Friedensschluß noch am Leben gewesen. Die anderen sind an Hunger- und Flecktyphus gestorben. Auch in anderen Lagern wütete die rumänische Grausamkeit. Als Strafe wurde unter anderem nächtliches Anbinden an Bäume im Schneesturm vor dem Lager verfügt. Am Morgen standen hartgefrorene Leichen in den Stricken aufrecht. Man kennt die rumänischen Offiziere und Ärzte, die für die Scheußlichkeiten gegen unsere Gefangenen verantwortlich sind, aber man hat sie nicht der Rechenschaft und Strafe zugeführt.

Der Friede bringt uns gewisse Vorteile und legt den Rumänen gewisse Opfer auf, aber die Opfer bedeuten wenig gegenüber dem Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung, das die Rumänen durch Bessarabien erhalten. Welches Interesse haben wir denn daran, Rumänien durch diese Annektion nach einiger Zeit weit stärker zu machen, als es vor dem Kriege war? Welches Interesse haben unsere politischen Freunde, die Bulgaren, ein gestärktes Rumänien im Rücken zu haben? In Bessarabien wohnen ebensoviel Ukrainer, Bulgaren, deutsche Kolonisten und sonstige Nichtrumänen, wie Rumänen. Die jetzige ukrainische Regierung protestiert mit Recht gegen die Angliederung ganz Bessarabiens an Rumänien. Die rumänischen Machthaber und die überwältigende Mehrheit in der politisch führenden Schicht des rumänischen Volks haben sich uns und unseren Bundesgenossen gegenüber verräterisch und niederträchtig benommen. Der Dank dafür ist ein Land so groß wie die Moldau und ein Zuwachs von 2 Millionen Menschen unter unserer wohlwollenden Duldung. Jetzt sagen die Rumänen: „Wäre nicht der Waffenstillstand dazwischengekommen, so hätten wir euch in ein paar Wochen in die Donau und über die Karpathen geworfen, und dann mit den Bulgaren abgerechnet!" Die Armee ist demobilisiert, aber die Offiziere stolzieren fein eingekleidet und geschwollen vor Hochmut im Lande umher, spotten hinter unserem Rücken über uns und sagen: „Die Deutschen haben wir tüchtig geschlagen, wie werden wir erst die Bulgaren schlagen, wenn es in einigen Jahren an die Revanche geht!"

Digitized by Google

Bulgarien ist unser Freund und mit ihm müssen wir zusammenstehen. Die richtige Politik ist, seine Freunde groß, wohlhabend und stark zu machen, nicht zuzulassen, daß Feinde, Verräter und unzuverlässige Nachbarn unserer Bundesgenossen sich stärken. Klare Linien in der Politik sind die besten; Noblesse am rechten Ort ist die größte Klugheit. Man braucht doch sicher nicht erst noch besonders darauf hinzuweisen, daß gelegentliche Meinungsverschiedenheiten, selbst vorübergehende Reibungen untergeordneter Organe, unmöglich Anlaß zu politischer Zurückhaltung in grundlegenden Fragen geben können. Trotzdem aber ist es notwendig, an dieser Stelle zu betonen, daß es die richtigste Politik ist, der Freund seiner Freunde zu sein, und zwar ganz. Man muß sich vorher überlegen, was eine Freundschaft wert ist und was sie kosten kann. Man muß sich auch darüber klar sein, wer zum Freunde geeignet ist und wer nicht. Danach aber muß man den Freund stark machen, das heißt ihm vor allen Dingen den Rücken entlasten. Das gilt einmal für Bulgarien gegenüber Rumänien. Das gilt aber ebenso für die Ukraine gegenüber Rumänien. Ein ukrainisches Bessarabien ist für die Ukraine und für uns besser, als ein rumänisches.

Die Finnländer erheben Anspruch auf Ostkarelien, das Land bis zum Weißen Meere, und auf die Murmanküste, denn diese Gebiete sind von Einwohnern finnischen Stammes und finnischer Sprache bevölkert. Wir haben kein Interesse daran, uns dafür stark zu machen, daß Großrussen oder Engländer dort die Macht haben. Die Engländer sind unsere Feinde und die Moskowiter werden nie unsere Freunde sein. Auch in der Aalandsfrage ist es gut, für die klaren Rechte Finnlands einzutreten. Wie Finnländer, Ukrainer und andere politisch mit uns befreundeten Völker ihre inneren Angelegenheiten einrichten, ist ihre Sache. Darum brauchen wir uns nur soweit zu kümmern, wie es sich darum handelt, solche Bestrebungen in diesen Ländern, von denen ihre politische Selbständigkeit abhängt, zu unterstützen. In auswärtigen Dingen dagegen müssen unsere Freunde wissen, daß sie sich auf uns verlassen können und daß wir für ihre Gegner nichts übrig haben.

Die irische Krise

Von Prof. Dr. M. J. Bonn, Direktor der Handels-Hochschule München

Das irische Problem in seinem innersten Kern ist nicht die Frage des Verhältnisses von zwei Ländern, wie es etwa das Verhältnis von Indien zu England ist. Es ist die Frage des Verhältnisses der beiden Völker zueinander, die Irland bewohnen.

1.

England hat Irland seit der Eroberung durch Kolonisten regiert. Diese Kolonisten zerfallen heute noch in zwei Bestandteile: die meist protestantische anglo-irische Aristokratie, die bis vor kurzem den ganzen Grundbesitz in Händen hatte. Sie stellt eine

Digitized by Google

dünne Oberschicht dar, die nur in den Städten etwas breiter wird. Daneben steht die geschlossene Siedlung in Ulster, vor allem in den vier Grafschaften, wo anglikanische und presbyterianische Bauern und Arbeiter neben Grundbesitzern und Siedlern wohnen. Während die Kolonistenbevölkerung außerhalb Ulsters nur ein paar Prozent der Bevölkerung ausmacht, beträgt ihre Stärke in den eigentlichen Ulster-Grafschaften zwischen 43 bis 79 Prozent der Gesamtheit.

Die Kolonisten haben Irland in der Vergangenheit regiert. Sie haben es äußerlich in weitgehendem Maße anglisiert: 1911 verstanden nur noch 13,3 Prozent der Bevölkerung die gälische Sprache. Sie haben sich zeitweilig als Vertreter einer eigenen anglo-irischen Nation gefühlt, — auch noch nach der Vereinigung von England und Irland im Jahre 1800 — bis die gewaltige Agrar-Revolution der 80er Jahre ihnen klar machte, daß sie sich nur durch den Schutz Englands den eingeborenen Elementen gegenüber zu halten vermochten. Von da ab traten sie leidenschaftlich für die Beibehaltung der Union mit England ein, während die Führer der Eingeborenen ein politisch selbständiges Irland verlangten. Diese benutzten die Agrarfrage, um die schlummernden nationalen Kräfte des Volks auszulösen. Sie erzwangen eine Agrarreform, die man am besten als „Entkolonisierung" bezeichnen kann, denn sie übertrug durch Kauf das Land der Kolonisten auf die Eingeborenen. Mit dem Land verlor die „englische Garnison in Irland" die eigentliche Macht; außerhalb Ulsters bildet sie heute eine einflußlose Minorität. Nur in Ulster ist die „Entkolonisation" nicht geglückt, da dort neben der Aristokratie ein hartes arbeitsames schottisch-englisches Volk sitzt, aus Grundbesitzern, Bauern, Fabrikanten und Arbeitern bestehend.

Während das irische Volk Selbstregierung forderte, wünschte die anglo-irische Aristokratie sowie das schottische Volk von Ulster die Beibehaltung der Union. Sie waren in gesicherter Stellung, solange das Oberhaus die alte Macht hatte, da ihre Standesgenossen eines Home Rule (Autonomie)-Gesetzes verhinderten. Die Gesetzgebung des Jahres 1911, die es dem Unterhaus ermöglichte, auch gegen den Willen des Oberhauses Gesetze zu machen, hat ihre Stellung erschüttert. Die Ulster-Leute taten sich daraufhin zusammen und erklärten, sie würden Home Rule mit bewaffneter Hand entgegentreten. Sie würden sich unter keinen Umständen vom irischen Irland regieren lassen. Sie drillten eine Armee und machten sich im Sommer 1914, als die Annahme des Home Rule-Gesetzes sicher war, zu bewaffnetem Widerstand bereit. Der Kern des irischen Problems ist also heute nicht, daß England den Iren nicht Selbst-Regierung geben will, sondern daß die Ulsterleute, zum Teil von der anglo-irischen Aristokratie unterstützt, gegen die Unterwerfung unter eine irische Regierung ebenso leidenschaftlich protestieren, wie es das irische Volk nur je gegen die Herrschaft Englands getan hat.

2.

Die nationale Partei in Irland ist immer in zwei getrennte Gruppen zerfallen. Die

Digitized by Google

Gemäßigten suchten weitgehende Autonomie innerhalb des britischen Reiches durch konstitutionelle parlamentarische Methoden zu erreichen. Die Terroristen erstrebten, wenn nötig mit Gewalt die Gründung einer „grünen Republik". Den Standpunkt der Ersten vertrat seit Ende der siebziger Jahre die parlamentarische Nationalisten-Partei mit allen ihren Schattierungen. Seit sie durch die Agrarreform große positive Erfolge erzielt hatte, umfaßte sie die Mehrheit des irischen Volkes. Nur in der Arbeiterbevölkerung der großen Städte dauerte der Geheimbund der „irischen republikanischen Bruderschaft" fort, der in den sechziger Jahren die Fenier-Bewegung getragen hatte. Die gleiche Scheidung fand sich bei den amerikanischen Iren, die in den amerikanischen Großstädten millionenstarke Bevölkerungsgruppen bildete. Nur war dort der revolutionäre Teil, der in England den Feind der Menschheit und Amerikas sah, weit stärker. Aber auch dort war seine Bedeutung im Abnehmen begriffen; die amerikanischen Iren wurden mehr und mehr Amerikaner. Wenn ihre Brüder in Irland zufrieden waren, so hatten sie kein Interesse an einer intransigenten Politik.

Die gemäßigte irische Reformbewegung scheiterte 1914 an der Rebellion in Ulster. Wenn das britische Reich ruhig zusah, wie Ulster die Befreiung Irlands mit Gewalt verhinderte, so hatte das nationalistische Irland ein Recht, seine Befreiung wenn nötig mit Gewalt zu versuchen. Diese Stimmung hatte vor der Ulster-Rebellion in einem kleinen Kreis literarischer Enthusiasten Eingang gefunden, die Irland ohne englische Reformen aus eigener Kraft zu einem selbständigen Gemeinwesen entwickeln wollten. Sie nannten sich daher „sinn fein" — „wir allein". Sie beantworteten die Ulster-Bewegung durch eine Organisation irischer Freiwilligen, die allerdings im Gegensatz zu Ulster nicht bewaffnet waren.

Der Ausbruch des Krieges führte zu einer Vertagung des Kampfes. Das Home rule-Gesetz wurde trotz Ulsters Widerstand angenommen. Den Ulster-Leuten wurde aber versprochen, es werde gegen ihren Willen nicht in Kraft treten. Die parlamentarische Partei setzte sich mit aller Kraft für die Sache der Alliierten ein. Sie wollte zeigen, daß Irland im Weltkrieg loyal war und Selbstregierung verdiene. Sie scheiterten wieder am Widerstand der kolonialen Gewaltpolitiker (Ascendancy-party). Der Einfluß dieser Gruppe in der Armee hinderte die Bildung irischer Truppenkörper. Er schloß zahlreiche irische Freiwillige von Offiziersstellen aus. Sie erschwerten so die freiwillige Rekrutierung, während sie gleichzeitig die allgemeine Wehrpflicht verlangten. Die Parlamentspartei geriet in Mißkredit, zumal der Führer der Ulster-Rebellen Sir Edward Carson Sitz im Kabinett hatte. Überdies flammte der alte Haß der amerikanischen Intransigenten vom neuem auf. Die Gelegenheit zu einem erfolgreichen Aufstand zu einer Zeit, wo England alle Hände voll hatte, schien endlich gekommen. Sie stellten Gelder zu einer Erhebung zur Verfügung, die mit deutscher Hilfe stattfinden sollte. Man sucht heute dem englischen Publikum einzureden, der irische Aufstand sei eine mit deutschem Geld angezettelte Verschwörung gewesen. Wer

Digitized by Google

Irlands Geschichte kennt, weiß, daß Englands Verlegenheiten immer Irlands Gelegenheiten gewesen sind. Wenn die Ulster-Rebellion nicht die volle Ausreifung der irischen parlamentarischen Reform verhindert hätte, so wäre die Gelegenheit, die der Weltkrieg brachte, nicht benutzt worden.

Der Osteraufstand von 1916 war trotz aller dramatischen Größe eine lokale Bewegung geblieben. Er ist von den Dubliner Arbeitern und den dortigen Sinn-Feinern gemacht worden. Er erschütterte die ganze Welt, vor allem Amerika. Er wurde aber erst durch die Fehler der englischen Regierung eine nationale Bewegung. Die irischen Gewaltpolitiker jubelten, daß endlich der Beweis irischer Treulosigkeit erbracht sei, ihr Widerstand gegen Home Rule sei gerechtfertigt. Einem solchen Volke dürfe man keine Freiheit geben. Sie begrüßten die englische Militärherrschaft und verlangten deren Fortdauer trotz der fürchterlichen Fehler, die begangen worden waren. Und sie forderten immer lauter die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht.

Das Ergebnis war eine Ausdehnung der Sinn-Fein-Bewegung und eine Verschmelzung derselben mit aktivistischen Ideen. Bis dahin hatten nur die städtischen Arbeiter eine revolutionäre Umsturzbewegung erstrebt, da sie an den Segnungen der Agrarreform nicht teilgenommen hatten. Jetzt stießen zu ihnen landlose Söhne von Bauern und ländliche Arbeiter. Die Agrar-Revolution lebte wieder auf, indem man die Verteilung großer Weidefarmen zum Teil mit Gewalt an landlose Leute ins Werk setzte. Der Heroismus der Sinn-Feiner und das Martyrium, das sie zu erdulden hatten, riß die irische Intelligenz und sogar die Kirche in ihre Kreise. Der rein ideale Nationalismus der Sinn-Feiner verschmolz sich mit sozialem Umsturz. Die Gemäßigten, die Irland in der parlamentarischen Partei vertraten, verloren reißend schnell an Einfluß. Obwohl Irland wirtschaftlich blühte, trieben nationale Begeisterung, soziale Unzufriedenheit, Angst vor der Wehrpflicht und Haß gegen die Gewaltpolitiker die Wähler für Sinn-Fein an die Urne.

3.

Die englische Regierung erkannte die Gefahr bald. Sie suchte mit aller Kraft durch eine Versöhnung zwischen Ulster und der parlamentarischen nationalen Partei die Revolutionspartei auszuschalten. Bei dem starken Einfluß, den die Iren in Amerika hatten, war die Lösung der irischen Frage für die Stellung Amerikas und die Stellung der britischen Kolonien zum Weltkrieg eine Lebensfrage. Völlige Sicherheit war nur durch einen Ausgleich der beiden irischen Völker zu erreichen. Nach mannigfachen mißglückten Versuchen berief die Regierung im Sommer 1917 einen Konvent ein, in dem alle irischen Parteien vertreten waren. Er sollte eine Einigung in die Wege leiten. Da aber die Sinn-Feiner die Teilnahme verweigerten, war er von Anfang an ein Rumpf-Konvent. Trotzdem brachte er im April 1918 einen Kompromiß-Bericht zustande, der die meisten Schwierigkeiten löste, mit Ausnahme des Verhältnisses von Ulster zu Irland.

Digitized by Google

Die Veröffentlichung dieses Berichtes fiel mit den ersten Ergebnissen der deutschen Offensive zusammen. Der Ruf nach Vermehrung der Armee durch Ausdehnung des dienstpflichtigen Alters wurde von den irischen Gewaltpolitikern begeistert aufgenommen. Sie verlangten die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland, da man unmöglich dulden könne, daß Irland an den Opfern, die England für die Menschheit bringe, nicht teilnehme. Lloyd George konnte ihrem Drängen nicht widerstehen. Er suchte aber in charakteristischer Weise die Unterstützung der Gewaltpolitiker zur Befriedigung der irischen Nationalitätsbestrebungen zu erwirken. Trotz aller Warnungen wurde die Wehrpflicht auf Irland ausgedehnt. Fast gleichzeitig versprach aber das Ministerium die Einbringung eines neuen Home rule-Gesetzes und drohte im Falle der Ablehnung mit seinem Rücktritt. Man hoffte so, nicht nur Soldaten zu bekommen, sondern auch den Widerstand Ulsters gegen Home rule auszuschalten. Denn man erwartete von dem Patriotismus der Ulster-Leute, daß sie als britische Loyalisten in der Krise des britischen Weltreichs Zugeständnisse machen würden.

Das fein ausgeklügelte Spiel schlug fehl. Die Ulster-Leute beharrten auf ihrem Schein. Die Regierung habe versprochen, keinen Zwang gegen sie auszuüben. Die Verknüpfung der Rekrutierungsfrage mit der Home rule-Frage bedeute eine Drohung mit Zwang und damit einen Wortbruch. Irland solle erst seine Pflichten erfüllen, ehe man ihm Selbstregierung gewähre. Durch das nationalistische Irland aber brauste ein Sturm der Entrüstung. Die Parlamentarier verließen Westminster als Zeichen des Protestes; sie kamen den Wünschen der Sinn-Feiner entgegen, die immer eine Boykottierung des britischen Parlamentes verlangt hatten. Sie schlossen sich mit diesen zu einer ständigen Konferenz im Dubliner Rathaus zusammen. Alle irischen Parteien mit Ausnahme der Ulster-Leute waren einig gegen die gewaltsame Einführung der Dienstpflicht. Die katholische Geistlichkeit erließ flammende Proteste, die man von der Seite der Ulster-Leute und ihren Anhängern durch eine Katholikenhetze zu beantworten suchte. Ganz Irland aber protestierte gegen die Zwangseinhebung und drohte mit gewaltsamer Erhebung. Man habe Irland zum Kampf gegen den preußischen Militarismus aufgerufen. Was hassenswert an diesem Militarismus sei, daß er die Bürger wider ihren Willen ungefragt den Zwecken des Staates opfere, das ahme man jetzt in Irland nach, dessen Söhne man für die Zwecke eines fremden Staates opfern wolle. Man könne nicht das Preußentum bekämpfen, indem man es übertreffe. Irland sei ein Land mit absterbender Bevölkerung. Es habe freiwillig soviel für die Sache der Alliierten getan, wie die Gewaltpolitiker ihm gestattet hätten. Nun wolle man nach Jahrhunderten der Unterdrückung und der Ausbeutung den letzten Tribut von der Blüte der irischen Jugend nehmen und Irlands Zukunft zerstören, ohne doch dem Reiche zu nützen. Für jeden Rekruten, den man ausheben könne, brauche man zwei Gendarme. Irlands Landwirtschaft, die sich während des Krieges als sicherste Grundlage der Ernährung des Mutterlandes erwiesen habe

Digitized by Google

— 700 000 Acres Land seien neu angebaut worden —, brauche die Menschen viel nötiger als die englische Armee. Sie seien dort viel nützlicher als auf den flandrischen Schlachtfeldern. Daß man das nicht einsehe, zeige deutlich, daß England eine gewaltsame Vernichtung der irischen Jugend plane. Das Versprechen der Selbstregierung sei eine Täuschung. Wenn man die Selbstregierung einführe und dem irischen Parlament die Einführung der Dienstpflicht überlasse, dann könnten die nötigen Rekruten nicht rechtzeitig auf das Schlachtfeld kommen. Verfüge man die Wehrpflicht vor Einführung der Selbstregierung, so habe man dem irischen Parlament von vornherein das wichtigste Recht entzogen, das Recht der Bestimmung über seine Söhne. Vorübergehend war das ganze nationalistische Irland einig; ebenso einig waren Ulster und seine aristokratischen Bundesgenossen. Die beiden irischen Völker wendeten sich gegen die Regierung, Irland gegen den Zwang, Ulster gegen Home rule.

Dazu kam die Rückwirkung auf die Kolonien und die Vereinigten Staaten. In den kriegslustigen Kreisen der Vereinigten Staaten ist die Sympathie mit Irland naturgemäß geringer geworden. Es erscheint unlogisch, daß amerikanische Iren nach Einführung der Dienstpflicht in Amerika ihr Leben für die Alliierten opfern müssen, während die Iren der Heimat frei sind. Auf der anderen Seite aber war der Anspruch Irlands als eigener Nation zu einleuchtend. Die englische Regierung suchte ängstlich die üble Wirkung der Bewegung in Irland auf Amerika zu verhindern, indem sie zum Beispiel der Entsendung einer Kommission Schwierigkeiten in den Weg legte.

Es hat in den letzten Wochen so ausgesehen, als ob von neuem eine Revolution in Irland ausbrechen sollte. Obwohl man in der irischen Frage nicht prophezeien soll — zum mindesten wenn man irische Dinge wirklich kennt — scheint diese Gefahr einstweilen vorüber zu sein. Es ist fast sicher, daß die Regierung nachgeben wird und die allgemeine Dienstpflicht in Irland nicht durchführen wird, obwohl das Gesetz sie verlangt. Man wird den Loyalisten nicht den Gefallen tun, die Sinn-Feiner und die parlamentarische Partei zu dauerndem Zusammenschluß zwingen. Man wird die irischen Garnisonen nicht verdoppeln, um ein paar widerwillige Rekruten einzufangen. Vielmehr hat der Vizekönig schon in einer öffentlichen Proklamation erklärt, man werde die freiwillige Rekrutierung wieder aufnehmen. Aber die englische Regierung müßte ihr Gesicht wahren. Zu diesem Zwecke hat sie eine Anzahl Führer von Sinn-Fein verhaften lassen und erklärt, sie besitze den Beweis ihrer Teilnahme an einer deutschen Verschwörung. Was sie an Beweisen vorgebracht hat, sind einstweilen wesentlich bekannte Korrespondenzen aus dem Jahre 1916, das einzige neue ist die Behauptung, ein deutscher Agent sei am 12. April 1918 in Irland festgenommen worden. Die Verhafteten versichern ihre Unschuld. Ob ihnen der Prozeß gemacht wird oder nicht, die Regierung hofft eins zu erreichen: sie hofft die revolutionäre Stimmung in Irland und ihre Förderer in Amerika zu diskreditieren. Man glaubt nun

Digitized by Google

einmal nicht in der Welt, daß Deutschland die Befreiung irgendeines Volkes ehrlich am Herzen liegen könne. Der Beweis der Verbindung mit Deutschland wirkt überall kompromittierend. Daher sind denn auch die leidenschaftlichsten Sinn-Feiner nicht deutschfreundlich, sondern nur englandfeindlich gewesen. Man hofft ferner der nationalen Partei einen Dienst dadurch zu erweisen, daß man die immer mächtiger werdenden Sinn-Feiner in Verruf bringt. Man erleichtert Präsident Wilson die Stellungnahme gegen irische Forderungen. Man hat England und das Reich gerettet und damit den Ulster-Leuten gezeigt, daß man den Mut zum Zugreifen hat.

Es ist aber recht wahrscheinlich, daß alles dies nicht verfangen wird. Man hat in der irischen Geschichte so oft mit falschen Denunziationen gearbeitet und so häufig gefälschtes Beweismaterial vorgebracht, daß selbst die offiziellste Behauptung der Schuld nirgends als Beweis angesehen wird. Wenn es der englischen Regierung nicht gelingt, geradezu erdrückendes Beweismaterial gegen die Führer von Sinn-Fein zusammenzubringen, so wird sie nur eines erreichen: Irland ist immer ein Land der Märtyrer gewesen. Über 30 Jahre lang, bis zum Ausbruch der Oster-Revolution 1916, hat geschickte englische Staatskunst es vermieden, Irland neue Märtyrer zu geben. Die Toten der Oster-Revolution von 1916, die Hinrichtung Sir Roger Casements, die Schrecken der Militärdiktatur haben den Geist des Märtyrertums in Irland von neuem belebt. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Lloyd Georges geschmeidige Gerissenheit nicht nur ihn selbst und die ihn die stützen in Mißkredit bringen wird, sondern daß er der langen Reihe der Märtyrer der irischen Sache einige neue Opfer zugefügt hat.

*

Wir weisen den Leser darauf hin, daß er eine eingehende Darstellung der historischen Entwicklung in dem Buche von Professor Bonn, „Die englische Kolonisation in Irland" (zwei Bände, Stuttgart bei Cotta 1906), findet und eine Charakterisierung der neuerlichen Entwicklung in der Schrift „Irland und die irische Frage" (Duncker & Humblot 1917).

Die Schriftleitung

Das böhmische Problem

Von Reichsratsabgeordneter Franz Jesser, Zwittau

Wir bitten, diesen Aufsatz als Ergänzung der Ausführungen von Dr. Karl Leuthner in Heft 23 zu betrachten. Die Schriftleitung

In M.-Ostrau fand am 26. Mai d. J. eine von sämtlichen tschechischen Parteien einberufene Versammlung statt. Der sozialdemokratische Redner bekannte sich gleich den Vertretern der bürgerlichen Parteien für das tschechische Staatsrecht, d. h. für den selbständigen „böhmischen" Staat.

Digitized by Google

Viel bedeutsamer als dieses nationale Bekenntnis eines Sozialdemokraten ist die Auffassung vom Wesen dieses „böhmischen" Staates, die in der Rede des klerikalen Abgeordneten Kadlčak in folgenden Sätzen zum Ausdrucke kommt: „Die Deutschen in Böhmen und Mähren betonen jetzt, daß sie bereit seien, den von den Vätern ererbten Boden zu verteidigen. Aber die Deutschen versuchen etwas zu verteidigen, was niemals ihnen gehörte, noch gehört, noch gehören wird, weil sie bloß Gäste der Tschechen sind und in „unseren" Gebieten aus Gnaden der „böhmischen" Könige angesiedelt worden waren." Der katholisch-konservative Redner und Bauernvertreter spricht also den drei Millionen Deutscher in den Sudetenländern das Recht auf ihren Besitz ab, betrachtet also die gesamte Volkswirtschaft dieser das Königreich Sachsen an Umfang mehrmals übertreffenden Gebiete als Nationaleigentum des künftigen „böhmischen" Staates. Es ist nicht leicht, den nüchternen Reichsdeutschen begreiflich zu machen, daß diese Auffassung von der Unrechtmäßigkeit des deutschen Besitzes geradezu der stärkste Antrieb zur Agitation für den selbständigen „böhmischen" Staat ist. Der katholische Abgeordnete spricht aus, was die Sehnsucht der Millionen tschechischer Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeiter ist — der böhmische Staat für die „Böhmen"! Die Gänsefüßchen vor dem Worte „Böhmen" sollen den Mißbrauch dieses mehrdeutigen Wortes kennzeichnen. Dem Territorialbegriffe Böhmen oder böhmischer Staat wird der nationale Begriff der „Böhmen" = Tschechen unterschoben, so daß jeder Slawe den angeführten Satz im Sinne der sogenannten Revindikationstheorie[1] auslegt. Alles, was sich an Kultur, Wirtschaft, Naturschätzen und Arbeitskräften innerhalb der sehr weitgesteckten, auch reichsdeutsche Gebiete einschließenden Grenzen des künftigen böhmischen Staates befindet, ist „böhmischer", d. h. tschechischer Besitz.

Der gemeine Mann erwartet von der Errichtung eines selbständigen Staates nicht nur nationale, sondern auch finanzielle Vorteile. Wir gebrauchen absichtlich das Wort „finanziell", weil in den Köpfen der Massen die Überzeugung festsitzt, daß künftig nur Tschechen Besitz und Eigentum haben dürfen. Wenn der tschechische Bauer oder Arbeiter mit einem Deutschen in Streit gerät, so nennt er ihn einen Eindringling und gibt ihm den höhnischen Rat, dorthin auszuwandern, woher er gekommen sei — nach Deutschland! Verfeinert kommt diese echt slawisch-bolschewikische Theorie in der Behauptung zum Ausdrucke, die Deutschen seien in ihrer Mehrheit nur germanisierte Slawen — es sei daher nur eine Wiederherstellung eines früheren Zustandes, wenn die den Slawen „entrissenen" Gebiete wieder in den Besitz der Nation gelangen. Wer sich daher nicht „rückslawisieren" lassen wolle, wer sich nicht als „Böhme" fühle, sei als Usurpator zu behandeln, der das seinen Vorfahren vor 600 Jahren eingeräumte Gastrecht mißbraucht habe.

Mit dieser volkstümlichen brutalen Auffassung kann aber die verantwortliche tsche-

[1] Wiedereroberungstheorie

Digitized by Google

chische Politik vor dem Forum Europas nicht arbeiten, am allerwenigsten in einer Zeit, da die Entente-Diplomatie den Kampf gegen jeden Imperialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. Sie legt sich daher die Rolle eines unterdrückten Volkes zurecht und erklärt feierlich vor aller Welt, daß im künftigen „böhmischen" Staate volle nationale Gleichberechtigung herrschen werde.

Der Widerspruch mit dem volkstümlichen staatsrechtlichen Ideale ist nur ein scheinbarer — der gemeine tschechische Mann weiß ganz genau, daß die „volle nationale Gleichberechtigung" nur ein diplomatischer Umweg zu dem von ihm ersehnten Ziele ist.

Worin besteht die angebliche Unterdrückung des tschechischen Volkes? Die Landtage und die von ihnen gewählten Landesausschüsse sind in Böhmen und Mähren überwiegend tschechisch. Die Landesverwaltung ist also in tschechischen Händen — und daß sie im nationalen Interesse ausgenützt wird, beweist die winzige Anzahl deutscher Landesbeamte, sowie die vorzugsweise Behandlung der tschechischen Landesteile bei dem Bau von Straßen, Eisenbahnen, Krankenhäusern, bei der Regelung von Bach- und Flußläufen u. a. m. Der Verkehr zwischen dem Landesausschuß und den tschechischen Gemeinden, Bezirken, Vereinen und Einzelpersonen wickelt sich in tschechischer Sprache ab. Das Schulwesen ist geradezu musterhaft organisiert, das Vereins- und Genossenschaftswesen stärker entwickelt als im deutschen Gebiete. Aber auch in der staatlichen Verwaltung können die tschechischen Teile der Sudetenländer nicht über Vernachlässigung klagen — es sei denn, daß sie sich durch die übermäßige Begünstigung Galiziens benachteiligt fühlen. Darin stimmen aber die deutschen Landesgenossen mit ihnen überein — und oft genug haben Deutsche und Tschechen gemeinsame Sache gegenüber den sogenannten passiven Kronländern gemacht. Auch im Verkehre mit den staatlichen Behörden ist das Recht der tschechischen Sprache gewährleistet — Ausnahmen finden nur im Verkehre mit den Gerichten im deutschen Sprachgebiete Böhmens statt, sowie in gewissen militärischen Angelegenheiten. Mähren wird restlos doppelsprachig verwaltet, Schlesien dort, wo es rein oder überwiegend tschechisch ist, ebenfalls.

Deutsch ist oder „soll" sein die sogenannte äußere Amtssprache, d. h. die Sprache der Behörden untereinander — das gilt jedoch nur von staatlichen Behörden, nicht vom Verkehre der Gemeinden, Bezirke mit staatlichen Behörden. Aber selbst die Klage über die angeblich rein deutsche Bureaukratie der Zentralbehörden, insbesondere der Ministerien, ist ungerechtfertigt. Dank der Tätigkeit tschechischer Minister sind in einzelnen Ministerien tschechische Beamte in größerer Anzahl vertreten als dem Bevölkerungsanteile entsprechen würde. Die Briefe des verstorbenen Finanzministers Kaizl sind außerordentlich lehrreich für die Methoden der tschechischen Beamtenpolitik. Noch besser ist es um den tschechischen Besitzstand in den Statthaltereien und Eisenbahndirektionen Böhmens und Mährens bestellt, selbst in rein deutschen Kron-

Digitized by Google

ländern, insbesondere in Wien, bilden sie einen namhaften Prozentsatz des Beamtenpersonals.

Was die Tschechen Unterdrückung nennen, ist eigentlich nichts anderes als der Zwang der Einordnung in den Gesamtstaat und die Beschränkung ihrer nationalen Entwicklung auf das geschlossene Sprachgebiet ihrer Nation.

Die Zugehörigkeit zum einheitlich geleiteten Gesamtstaate legt ihnen gewisse beschränkte Verpflichtungen im Gebrauche der staatlichen Vermittlungssprache auf und macht sie in zahlreichen Zweigen der Verwaltung und Gesetzgebung abhängig von „Wien" und der ministeriellen Bureaukratie. Da nun aber der in Wien herrschende Geist — ungeachtet aller Rassenmischung — doch deutsche Prägung trägt, so sehen die Tschechen in der engen Zugehörigkeit zum Einheitsstaate eine ihnen aufgezwungene Unterordnung unter die deutsche Vorherrschaft.

Es kann gegenüber reichsdeutschen Lesern nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß diese deutsche Vorherrschaft nicht von einem Herrenvolke oder einer deutschen Herrenkaste ausgeübt wird, sondern von der deutschen Kultur in deutschem Sprachgewande. Wenn die tschechischen Führer vor dem Kriege eine tiefe Verbeugung vor der deutschen Kultur gemacht und beteuert haben, daß ihr Kampf nur der deutschen Herrenkaste oder der politischen Vorherrschaft des deutschen Volkes gelte, so haben sie jetzt die Maske abgeworfen und schelten gleich den Völkern der Entente die deutsche Kultur unserer Zeit eine minderwertige. Sie wollen nicht „der kulturellen Germanisation" verfallen und bemühen sich schon seit mehreren Jahrzehnten nicht ohne Erfolg, die deutschen Kultureinflüsse durch französische zu ersetzen. Von jeder Stärkung des Bündnisses der beiden Kaiserreiche befürchten sie mit Recht eine Stärkung der deutschen kulturellen Anziehungskraft und als deren Folge eine Hemmung ihrer eigenen völkischen Ausdehnungskraft. Es ist das tragische Los des tschechischen Siebenmillionenvolkes, daß es zu groß ist, um als interessantes Restvolk einschließlich der Pflege seines Volkstums zu leben, daß es aber zu klein ist, um inmitten einer deutschen Umgebung dauernd eine große politische Rolle zu spielen.

Die diesem gesunden und begabten Volke innewohnende Lebenskraft sucht nach einem Auswege aus diesem Dilemma. Sich-Bescheiden dünkt ihm gleichbedeutend mit Verkümmern — will es die ersehnte politische Rolle spielen, dann muß es mit aller Kraft streben, größer zu werden. Die Hilfsmittel dazu bietet ihm sein Volksüberschuß, der sich nicht so sehr aus einer übermäßig hohen Geburtenziffer ergibt als aus der verhältnismäßig geringen Fassungskraft des überwiegend agrarischen Siedelungsgebietes. Der Menschenüberfluß ergießt sich in die überwiegend industriellen deutschen Randgebiete und in die menschenvernichtende Großstadt Wien. Dieses Überströmen des tschechischen Volksbeckens wurde nun in den Dienst des nationalen Ausbreitungsideals, in den Dienst eines kleinvölkischen Imperialismus gestellt. Unter Aufwand großer Geldmittel und unter der Leitung straffer Organisationen

Digitized by Google

werden die Abwanderer ihrem urſprünglichen Volkstume zu erhalten geſucht. Die natürliche Aſſimilation wird durch Eingriffe vom geſchloſſenen tſchechiſchen Gebiete aus gehemmt und in den Abwanderern der Idealismus des nationalen Pioniers geweckt.

Dieſe tſchechiſchen Minderheiten im deutſchen Gebiete ſollen vor allem die deutſche Behauptung ad absurdum führen, als gäbe es ein geſchloſſenes deutſches Wohngebiet in den Sudetenländern und eine rein deutſche Reichshaupſtadt Wien.

Die ſo konſtruierte Gemiſchtſprachigkeit wird als Begründung für die wachſenden ſprachlichen Forderungen der in ihren nationalen Rechten zu ſchützenden tſchechiſchen Minderheiten angeführt. Und ſo wird denn die Reihenfolge der Sprachen auf der Amtstafel, auf den amtlichen Druckſorten und auf den Stationsgebäuden — kurz all das, was mit einem durch keine Sachkenntnis getrübten Spotte der Streit um den Leitomiſchler Nachtwächter genannt wird — zu einem Kennzeichen für den augenblicklichen Stand des nationalen Kampfes. Die tſchechiſche Rechnung erſcheint auf den erſten Blick ſehr zutreffend — der wachſende Menſchenbedarf der deutſchen Gebiete kann nur durch tſchechiſchen Zuzug befriedigt werden — gelingt es durch die nationale Selbſthilfe, durch die Gunſt der Staats- und Landesverwaltung, ſowie durch weiteſtgehenden geſetzlichen Minoritätenſchutz, dieſen Zuzug ſamt ſeinem Nachwuchs tſchechiſch zu erhalten, ſo muß in wenigen Generationen das einſt deutſche Gebiet überwiegend tſchechiſchen Charakter tragen. Darum erheben die Tſchechen immer wieder den Ruf nach mechaniſcher Gleichberechtigung, die ſie natürlich auch den deutſchen Minderheiten in ihrem Gebiete einräumen wollen. Damit fangen ſie faſt immer die objektiven Reichsdeutſchen ein, die nicht den fundamentalen Unterſchied im Charakter der Minoritäten beider Völker beachten — die tſchechiſchen ſind Vortruppen einer vordringenden Armee, die deutſchen Nachhuten einer zurückziehenden — die erſten ſind gefährlich, die zweiten höchſtens läſtig und von verzögernder Wirkung.

Wir nannten die Rechnung nur ſcheinbar richtig; denn die Ausbreitungskraft des tſchechiſchen Volkes hat den Höhepunkt bereits überſchritten. Die Induſtrialiſierung und Urbaniſierung des tſchechiſchen Wohngebietes hat namentlich in Böhmen überraſchende Fortſchritte gemacht, ſo daß ein Teil des Volksüberſchuſſes in der engeren Heimat lohnende Beſchäftigung findet. Man war daher vor dem Kriege berechtigt, von einem Abflauen der tſchechiſchen Invaſion der Maſſen zu ſprechen. Leider hat der Krieg dieſe günſtige Entwicklung geſtört — das deutſche Gebiet iſt ſtärker ausgeblutet, hat größeren phyſiologiſchen Schaden durch die Unterernährung erlitten als das tſchechiſche. Der zur Aufrechterhaltung ſeiner Volkswirtſchaft nötige Zuzug wird nur zum Teile aus dem tſchechiſchen Gebiete erfolgen; ein anderer Teil wird von den Slowaken, Oſtſlawen und Südſlawen geſtellt werden. Damit könnte man ſich nun abfinden, wenn nicht eine neue Form der tſchechiſchen Ausbreitung zu be-

Digitized by Google

fürchten wäre — der Zuzug tschechischer Unternehmer in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie. Sie werden dann dafür sorgen, daß die slawischen Arbeiter aus dem Osten und Süden nicht der Germanisierung verfallen, sondern sich dem sprachverwandten tschechischen Volkstume angliedern. Schon jetzt laufen aus allen deutschen Gauen Alarmrufe über systematischen Häuser- und Grundstückkauf durch Tschechen ein, die nicht selten Preise zahlen, vor denen der rechnende vorsichtige deutsche Kauflustige zurückschreckt. Wir stoßen hier auf dieselbe Erscheinung, die man auch im preußischen Osten konstatieren kann. Der Raummangel verbietet uns eine eingehende Erklärung dieses Wagemutes. Die Andeutung wird jedoch genügen, die Berechtigung des deutschen Widerstandes gegen die staatsrechtlichen Pläne der Tschechen zu erklären.

Durch die Errichtung eines „böhmischen" Staates, bestehend aus Böhmen, Mähren und Schlesien, erhielt die tschechische Mehrheit eine gewaltige politische Übermacht, die in Verbindung mit der geschilderten Ungunst der völkischen Struktur des deutschen Gebietes in sehr kurzer Frist zur Gemischtsprachigkeit und in weiterer Folge zur Slawisierung großer deutscher Landstriche führen würde — all das im Namen der Gleichberechtigung beider Nationen. Als gelehrige Schüler der Entente bedienen sich auch die Tschechen der Gerechtigkeit als Deckmantel eines weitausgreifenden Imperialismus.

Welche Forderungen stellen nun die Deutschen der Sudetenländer den tschechischen staatsrechtlichen Forderungen entgegen? Die deutschen Mährer und Schlesier verlangen im allgemeinen die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, die Mährer insbesondere die vollständige Durchführung des angebahnten Ausgleiches im Sinne der sogenannten personalen nationalen Autonomie. Zu dieser Form sind sie durch die eigenartige zerstreute, inselartige Siedelung des deutschen Volkes gezwungen, die eine territoriale Zusammenfassung aller Deutschen in einem geschlossenen Verwaltungsgebiete nicht zuläßt. Sie sind dadurch in einer viel ungünstigeren Lage als die Deutschen in Böhmen und haben darum auch die größten nationalen Verluste trotz tapferer und sehr geschickter Gegenwehr zu verzeichnen. Die Deutschböhmen sind infolge der größeren Geschlossenheit ihres Siedelungsgebietes stark genug, einer ähnlichen Zersetzung ihres Wohngebietes, wie sie die deutschmährische Siedelung mit sich brachte, vorzubeugen. Sie fordern daher die nationale Selbstverwaltung auf territorialer Grundlage. Es gibt nun zwei Arten dieser Autonomie — eine im Rahmen des Kronlandes Böhmen, die zweite in der Form einer selbständigen, neu zu errichtenden Provinz Deutschböhmen.

In den langjährigen Ausgleichsverhandlungen vor dem Jahre 1914 hatte die Forderung einer Provinz Deutschböhmen lediglich taktische Bedeutung. Abgesehen von Nordböhmen im engeren Sinne mit seinem Mittelpunkte Reichenberg stand das übrige Deutschböhmen dieser Forderung nicht allzu sympathisch gegenüber. Im Sü-

Digitized by Google

den, Westen und im äußersten Osten der ringförmigen deutschböhmischen Siedelungen gab man sich keiner Täuschung über die technischen Schwierigkeiten einer Zusammenfassung aller deutschen Gebiete zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiete hin. Reichenberg als Hauptstadt dieser neuen Provinz lag denn doch gar zu exzentrisch. Außerdem mußte man bei der strengen Durchführung der Losung „Los von Prag" die zahlreiche, kulturell führende deutsche Minderheit in Prag aufgeben. Auch die Möglichkeit einer Verlegung der deutschen Universität nach einer deutschböhmischen Provinzstadt wurde von den Fachleuten, von den Hochschullehrern selbst, bezweifelt. Nahm man aber den Deutschen Prags die Hochschulen, so wären auch alle anderen Kultureinrichtungen, wie das deutsche Theater, lebensunfähig geworden.

Ob eine deutsche Provinzstadt die kulturellen Funktionen Deutsch-Prags übernehmen könnte, muß bezweifelt werden, denn die 40000 Deutschen Groß-Prags gehören fast ausschließlich den geistigen Oberschichten an, ermöglichen also ein kulturelles Leben, das wir sonst nur in Großstädten mit mindestens 200000 Einwohnern finden. Darum ersetzt heute die deutsche Minderheit in der Halbmillionenstadt Prag den übrigen Deutschen Böhmens die fehlende und nicht zu schaffende großstädtische Hauptstadt, die mehr ist als nur der Sitz der zentralen Provinzbehörden. Diese Bedenken gegen die Errichtung einer selbständigen Provinz bleiben unabhängig vom Kriege bestehen.

Dennoch ist augenblicklich keine Forderung volkstümlicher als diese. Los von den Tschechen — um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Folgen, selbst auf die Gefahr hin, daß aus der ersehnten einen deutschen Provinz deren drei oder vier entstehen und daß Deutschböhmen nationale, kulturelle und wirtschaftliche Positionen ehrwürdigen Alters aufgeben muß! Lieber klein — aber mein! Das ist die augenblickliche Volksstimmung! Die Erbitterung gegen die Tschechen ist eben so stark, daß man für die dauernde Befreiung den höchsten Preis zu zahlen geneigt ist.

Unter dem Drucke der Volksstimmung haben die deutschen politischen Parteien einmütig die selbständige Provinz Deutschböhmen gefordert, sich also für die Auflösung eines Kronlandes ausgesprochen. Damit aber taten sie einen Schritt auf dem von den deutschen Sozialdemokraten gepriesenen Wege zur Auflösung der gesamten Monarchie in nationale Kreise bei gleichzeitiger Auflösung der Kronländer. Das hatte zur Folge, daß die Deutschen aller anderen Kronländer unruhig wurden und mit Besorgnis die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Deutschböhmen verfolgten. Noch ist es nicht an der Zeit, die schweren taktischen Fehler der deutschen Politik des letzten Jahres öffentlich zu besprechen — äußere Umstände, namentlich der Kaiserbrief mit seinen Folgen haben im letzten Augenblicke die Zertrümmerung der deutschen Gemeinbürgschaft verhindert. Die deutschösterreichischen bürgerlichen Parteien haben jetzt wieder zum Zentralismus zurückgefunden. Die Provinz Deutschböhmen wird — vorläufig zwar erst in den Kreisen der Politiker — nicht mehr als eine unbedingt zu

Digitized by Google

erfüllende Forderung aufrecht erhalten, man macht sich vielmehr wieder mit der Zugehörigkeit zum Kronlande Böhmen vertraut, man ruft nicht mehr „Los von Prag", sondern „Los von den Tschechen".

Die Besonnenheit hat zuletzt doch über die Leidenschaft und den Kantönligeist gesiegt, die Freunde einer reinlichen Scheidung zwischen Deutschen und Tschechen scheiden sich auch von den „Abgrenzungsfanatikern", gegen die der Obmann des deutschen Volksrates in Böhmen erst jüngst öffentliche Klage erhoben hat, weil sie leichtherzig zur Aufgabe alter deutscher Minderheiten bereit seien.

Man kann also wohl das künftige Programm der Deutschböhmen mit folgenden Worten kennzeichnen: Möglichst weitgehende nationale Abgrenzung, damit die zu errichtenden staatlichen Verwaltungsbehörden der zweiten Instanz (Kreisregierungen) bezw. die ihnen entsprechenden autonomen Behörden erster Instanz (Kreisvertretungen) national möglichst einheitlich seien. Mit der Kreiseinteilung soll auch die Gerichtssprengeleinteilung erneuert werden, so daß auch hier die doppelsprachigen Bezirksgerichte und Kreisgerichte verschwinden. Dadurch, daß den Kreisregierungen zahlreiche Agenten der Statthalterei zugewiesen werden, den Kreisvertretungen aber zahlreiche Agenten der Selbstverwaltung, die bisher dem Landesausschusse vorbehalten und dort stets Gegenstand erbitterter nationaler Kämpfe waren, werden die Reibungsflächen verringert und die deutschen Wünsche, die in dem Rufe „Los von den Tschechen" enthalten sind, teilweise erfüllt. Die nationale Sektionierung ist übrigens im Landesschulrate und im Landeskulturrate längst durchgeführt und hat sich ausgezeichnet bewährt.

Wenn man die deutschen Gebiete von der Gefahr befreit, daß eine tschechische Landesverwaltung ihren Einfluß zugunsten der tschechischen Minderheiten ausüben könne, so kann man von deutscher Seite einen entsprechenden Minoritätenschutz zugestehen, der natürlich gegenseitig sein müßte. Bei dieser Lösung bleibt die Landeseinheit Böhmens, die ja auf jeder Landkarte in die Augen springt, erhalten, trotzdem jeder Nation eine weitgehende nationale Selbstverwaltung innerhalb ihres geschlossenen Wohngebietes eingeräumt ist. Auch die Frage des Sprachengebrauches bei den Behörden wäre nicht allzu schwer zu regeln, wenn die Tschechen endlich grundsätzlich ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet anerkennen würden.

Vorläufig betrachten aber die Tschechen diese deutschen Forderungen als Landeszerreißung und als Hochverrat gegen den „böhmischen" Staat. Ganz Böhmen ist die Heimat der Tschechen, und überall im Lande muß ihnen völlige Freiheit der nationalen Entwicklung zugestanden werden. Daß sich hinter dieser mechanischen Gleichberechtigung ein bösartiger Imperialismus verbirgt, haben wir früher nachgewiesen. Übrigens soll nicht verhehlt werden, daß zahlreiche deutsche Politiker, zu denen auch der Verfasser gehört, allen diesen Schutzmaßregeln nur einen bedingten Wert zuerkennen. Sie sind nur dann dauernd wirksam, wenn zugleich energisch an die Behe-

Digitized by Google

bung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der völkischen Not geschritten wird. Dennoch wäre es verfehlt, das Gute liegen zu lassen, weil man das Bessere noch nicht erreichen kann.

Die österreichische Regierung hat nun endlich einen kleinen Schritt getan, indem sie am 19. Mai d. J. durch eine Ausführungsverordnung zu einem geltenden Gesetze (also nicht durch eine verfassungswidrige § 14-Verordnung) die Errichtung von Kreisen anordnete und zugleich die Sprengel der Bezirkshauptmannschaften national abgrenzte. Unmittelbare praktische Folgen hat diese Verordnung nicht; denn die zwei ersten Kreise (Prag-Land und Leitmeritz) sollen erst am 1. Januar 1919 errichtet werden.

Die Abgrenzung der Bezirkshauptmannschaften steht also vorläufig noch auf dem Papiere, die der Gerichtssprengel wird überhaupt nicht berührt. Auch die Bezirksvertretungen, die vielfach national gemischt sind, bleiben bestehen, da ja ihr Ersatz — die nationalen Kreisvertretungen — noch nicht geschaffen ist.

Und doch ist die Verordnung der Regierung nicht wertlos! Zwar ist sie nur vom Minister des Innern unterschrieben, kann also von einem Nachfolger wieder zurückgezogen werden. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß sich unsere regierenden Kreise dieses Hintertürchen absichtlich offen gehalten haben, „man kann ja nicht wissen, ob man nicht doch noch der innersten Abneigung gegen die Deutschen unbesorgt Ausdruck geben kann". — Liebe zum deutschen Volke ist also nicht die Veranlassung, sondern die Furcht, daß der letzte Stützpfeiler des Staates und der Dynastie versagen könne. Einen großen Erfolg hat die in ganz Deutschösterreich auflebende Empörung wider die unverantwortlichen Regenten gehabt: Die Kreisverordnung des Ministers Toggenburg kann nur dann zurückgenommen werden, wenn eine künftige Regierung nicht vor dem offenen Bekenntnis der Deutschfeindlichkeit zurückschreckt. Auch ohne Unterschrift ist die Krone gezwungen, künftig Farbe zu bekennen. Ein Widerruf dieser Verordnung wäre eine offene Kriegserklärung an das deutsche Volk in Österreich!

Will die Regierung die Verhältnisse in Böhmen gründlich ordnen, dann stehen ihr nur zwei Wege zur Verfügung: der Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen oder das Oktroy!

Vielleicht schafft eine gründliche Niederlage der Entente bei den Tschechen jene geistige Disposition, die für die Ausgleichsverhandlungen nötig ist. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Regierung gezwungen sein wird zu wählen zwischen dem Widerruf der Pfingstverordnung oder dem Ausbau dieser Verordnung durch ein Oktroy!

Die endgültige politische Entscheidung wird erst nach der endgültigen militärischen Entscheidung des Krieges fallen. Weil Deutschösterreich hofft, daß ein Sieg dauernde Ordnung im Staate schaffen wird, erträgt es die unerhörtesten Mißhandlungen durch eine unfähige Bureaukratie und bringt Geld- und Blutopfer, die größer sind als die der Deutschen im Reiche. Wehe dem Staate, wenn diese Getreuen enttäuscht werden!

Digitized by Google

Einen kleinen Vorgeschmack haben unsere Regierenden in den letzten Tagen erhalten, als das kaisertreue Tirol eine unzweideutige Absage nach Wien und an die Dynastie richtete. In dem Jahre seit dem Tode Franz Josefs I. ist ein großes patriotisches Kapitel vergeudet worden. Es wird Jahrzehnte dauern, bis der altösterreichische Patriotismus wieder seine alte Stärke erreicht haben wird. Die Pfingstverordnung für Böhmen hat beruhigend gewirkt — ihre Herausgabe war eine kluge politische Tat. Mögen ihr bald andere folgen!

Zur Geschichte der Mission Lord Haldanes (1912)

Von Dr. Friedrich Thimme

Schon einmal bin ich in diesen Blättern (Nr. 36 vom 7. September 1917) der systematischen Angriffe des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg durch den bekannten Grafen E. Reventlow entgegengetreten. Damals handelte es sich um den Vorwurf, daß der fünfte Kanzler die deutsche Wehrkraft in den Jahren vor dem Kriege auf das sträflichste vernachlässigt habe. Ich konnte diesem Vorwurf mit dem schlagenden Nachweis entgegentreten, daß dank Bethmann Hollweg die deutsche Heeresstärke sich in dem Jahrfünft von 1909 bis 1913 annähernd ebensosehr vermehrt habe wie in den ganzen Jahren von 1871 bis 1909, und ich stellte unwidersprochen fest: „Herr von Bethmann Hollweg hat die allergrößten Verdienste um unsere militärische Wehrkraft und damit auch um unser militärisches Durchhalten im Weltkrieg, ja er war mehr als einer seiner Vorgänger ein ‚militärischer Kanzler'." Heute erhebt Graf Reventlow gegen Bethmann Hollweg die Anklage, daß er, wenn nicht das Heer, so doch die deutsche Flotte als ein geschworener Feind der deutschen See- und Weltgeltung nach Möglichkeit niedergehalten habe. Kein anderer soll schuld daran sein, daß wir den Engländern zur See nicht längst den Garaus gemacht haben. Wörtlich schreibt Graf Reventlow in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" „Lehren aus der Skagerrak-Schlacht" vom 30. Mai:

„Nur die Schwäche der deutschen Hochseeflotte hat unmöglich gemacht, daß der Seekrieg und damit die Gesamtlage eine entscheidende Wendung durch die Skagerrak-Schlacht erhielt. Wäre die Hochseeflottenbaupolitik vor dem Kriege, besonders während der letzten fünf Jahre vorher mit größerer Energie — dank Bethmann Hollweg geschah das nicht — betrieben worden, so hätte ein entscheidender deutscher Sieg alle Wahrscheinlichkeit für sich gehabt. Die Leistungen und Erfolge der deutschen Flotte machen die Feststellung einer solchen Wahrscheinlichkeit zu einer nüchternen Schlußfolgerung."

Nun liegt aber auf der Hand, daß für die Hochseeflottenbaupolitik vor dem Kriege in erster Linie der zuständige Chef des Reichsmarineamts, also Herr von Tirpitz, die Verantwortung trägt. Es war Herr von Tirpitz, der in dem Jahrfünft vor dem Kriege immer wieder vor dem Forum des Reichstags erklärte: Wir wollen ja gar keine größere Flotte! Er war weit entfernt davon, das bestehende Verhältnis zwischen der deutschen

Digitized by Google

und der englischen Flotte durch ein Wettrüsten ändern zu wollen, wünschte dieses Verhältnis vielmehr auf die Dauer erhalten zu sehen: „Es drückt aus, daß wir nicht beabsichtigen und nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß wird durch das Flottengesetz erhalten; mehr brauchen wir nicht! Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen, denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört ein erhebliches Übergewicht." (6. Februar 1913.)

Tirpitz dachte also im Jahre 1913, kurz vor dem Kriege, noch gar nicht an ein aggressives Vorgehen gegen die englische Flotte à la Skagerrak. Daran hätte Graf Reventlow denken sollen, als er jetzt Bethmann Hollweg noch zu besonderem Vorwurf machte, vom Beginn des Krieges an getan zu haben, was er konnte, um ein ernstes deutsch-britisches Zusammentreffen auf der See zu verhindern, und nach der Seeschlacht in seinem Unmut (!) über den Sieg die „Legende" verbreitet zu haben: der siegreiche Erfolg der deutschen Flotte sei eigentlich nur einem Zufalle zuzuschreiben, man habe ein ganz außerordentliches „Schwein" bei der Sache gehabt, das dürfe aber auch nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Nun, wenn Bethmann Hollweg so gedacht und gehandelt hätte, was aber eine ganz haltlose Unterstellung und Verdächtigung ist, so hätte er sich auf Herrn von Tirpitz' Äußerungen berufen dürfen. Erst recht hätte er die Autorität des Staatssekretärs des Marineamts für sich in Anspruch nehmen können, wenn ihn irgendein vorwitziger Kritiker allzu saumselig in der Flottenbaupolitik gefunden hätte. Tirpitz hat es doch ganz ausdrücklich und wiederholt gesagt: mehr brauchen wir nicht!

Aber wird Graf Reventlow ungeduldig einwerfen: die große Flottenvorlage von 1912! Beweist sie nicht, daß Tirpitz' Worte nur den Zweck hatten, nach Talleyrandschem Vorbilde seine eigentlichen Absichten zu verschleiern? Beweist sie nicht doppelt und dreifach zuungunsten Bethmann Hollwegs, da dieser es doch war, der im Zusammenhang mit der Mission Lord Haldanes im Jahre 1912 die Flottenvorlage ganz gegen Tirpitz' Wunsch und Willen zusammenstrich? Man höre nur, was Graf Reventlow über die Verstümmelung des großartigen Flottenplanes bei Gelegenheit der „berüchtigten" Mission Haldanes zu erzählen weiß:

„Bethmann bot nicht nur künftige Zugeständnisse an, sondern machte solche schon praenumerando, indem die Tirpitzsche Flottenvorlage von 1912 auf weniger als die Hälfte zusammengestrichen wurde. Das Ziel der Bethmannschen Aktion: ein Neutralitätsabkommen mit Großbritannien zustande zu bringen, zerschlug sich, wie zu erwarten war, vollkommen. Das Ergebnis war ein in jedem Sinne negatives und dem deutschen Ansehen abträgliches."

(„Deutsche Tageszeitung" vom 15. Juli 1917.

Ein andermal drückt sich Graf Reventlow folgendermaßen aus:

„Gerade durch Bethmann Hollwegs damaliges Verhalten tritt ja auch in hellstes Licht seine Kurzsichtigkeit und Schwäche, daß nämlich der Kanzler zunächst praenumerando die Flotten-

Digitized by Google

vorlage zur Unkenntlichkeit verstümmelte, dann bei England Ablehnung seiner Neutralitätswünsche erfuhr, und dann doch bis zum 3. August gleichwohl fest an britische Neutralität im großen Kriege glaubte." („Deutsche Tageszeitung" vom 1. Juni 1918.)

Von alledem ist aber auch nicht ein einziges Wörtlein wahr. Wir sind inbezug auf die Mission Lord Haldanes nicht etwa, wie Graf Reventlow noch in der letzten Auflage seines Buches „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914" behauptet, nur auf Kombinationen, außerdem auf Auslassungen der englischen Presse angewiesen, sondern es liegen authentische Mitteilungen sowohl der deutschen wie der englischen Regierung über die durch Lord Haldane eingeleiteten deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen vor. Der englische, den Akten des Londoner Auswärtigen Amts entnommene Bericht über die Vorgänge von 1912 ist veröffentlicht am 1. September 1915; die amtliche deutsche Gegenerklärung, die eine Anzahl von Berichten des deutschen Botschafters in London Grafen Wolff-Metternich im Wortlaut bringt, ist vom 8. September 1915; beide sind seinerzeit in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" abgedruckt worden und heute jedermann, u. a. in dem „Deutschen Geschichtskalender" (Jg. 1915 II, S. 449 ff.) zugänglich. Und dieses authentische und dokumentarische Material läßt Graf Reventlows Behauptungen über die Mission Haldanes im Nu zusammenbrechen.

Der Zweck der Mission Lord Haldanes ist, wie männiglich bekannt, gewesen, festzustellen, ob nicht durch ein Entgegenkommen Englands in anderen Dingen, etwa in kolonialen Fragen, ein Verzicht auf die Tirpitzschen Flottenbaupläne, über deren Grundrichtung — Bildung eines dritten aktiven Flottengeschwaders aus den Beständen der Reserveflotte, ev. soweit diese nicht zureichten, durch allmählichen Neubau der fehlenden Schiffe — man in England seit dem Herbst 1911 unterrichtet war, zu erreichen stände. Graf Reventlow scheint in seinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik" andeuten zu wollen, daß die böse Wilhelmstraße in bezug auf den Inhalt der Flottenbaupläne nicht dicht gehalten hätte; es waren aber, wie man unschwer aus der englischen Presse feststellen kann, nicht zuletzt — Graf Reventlows Aufsätze in der „Deutschen Tageszeitung", die der englischen Regierung Wind von dem Kommenden gegeben haben. Völlig unsinnig ist natürlich der Gedanke, daß Bethmann Hollweg schon praenumerando, d. h. ehe Lord Haldane in Berlin eintraf (8. Februar), die Tirpitzschen Pläne auf weniger als die Hälfte verstümmelt habe. Selbst ein diplomatisches Wickelkind hätte sich ja sagen müssen, daß, wenn man die Absicht hatte, allerhand schöne Gegengaben etwa in Gestalt eines deutsch-englischen Verständigungs- und Neutralitätsabkommens herauszuschlagen, das einzig Gegebene sein mußte, die Flottenpläne zu steigern, statt sie zusammenzustreichen. Es läßt sich übrigens auch durch einen einfachen Vergleich der Daten feststellen, daß von einer Praenumerando-Beschneidung gar nicht die Rede sein kann. Lord Haldane kam am 8. Februar in Berlin an; nach seiner schon am 11. erfolgten Abreise wurden die Ver-

Digitized by Google

handlungen von Kabinett zu Kabinett durch Vermittlung des deutschen Botschafters in London fortgesetzt. Am 8. Februar aber war die Tirpitzsche Vorlage noch gar nicht beim Reichskanzler eingegangen; fest stand nur ihre allgemeine Grundrichtung, die Bildung des dritten aktiven Schlachtgeschwaders aus der Materialreserve, also auf organisatorischem Wege; aber hinsichtlich der etwa aushilfsweise erforderlichen Neubauten von Schiffen hatte Tirpitz überhaupt noch keine festen Wünsche beim Reichskanzler angemeldet! Noch am 22. Februar, als Haldane längst abgereist war, konstatierte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß bisher weder über die Höhe der Forderungen noch über die Art ihrer Deckung Beschlüsse gefaßt seien. Auch die „Deutsche Tageszeitung" alias Graf Reventlow bestätigte am 24. Februar, daß von den Stellen, die berufen seien, die Vorlage für den Bundesrat vorzubereiten — also in erster Linie von dem Reichsmarineamt — noch nichts, rein gar nichts über die Höhe der Forderungen beschlossen sei. Es ist also völlig aus der Luft gegriffen — wagt Graf Reventlow das auch jetzt noch zu bestreiten? — daß der Kanzler praenumerando die Tirpitzsche Vorlage zusammengestrichen oder verstümmelt habe. Daß es aber auch nicht postnumerando geschehen ist, ergibt sich schlüssig aus dem oben erwähnten aktenmäßigen und authentischen Material.

Der Verlauf der englisch-deutschen Verständigungsverhandlungen hat sich ja höchst einfach abgespielt. Von Anfang bis zu Ende handelte es sich eigentlich nur um zwei sich gegenseitig bedingende Objekte: die von den Engländern als bedrohlich empfundene Erhöhung der deutschen Schlachtflotte auf der einen, den von der deutschen Regierung als Preis für ein Entgegenkommen verlangten Abschluß eines festen Neutralitätsabkommens auf der andern Seite. Versuche Lord Haldanes, dafür ein Eingehen auf koloniale Wünsche Deutschlands als Ersatz zu substituieren, sind von vornherein mit freundlicher aber fester Entschiedenheit abgelehnt. Anfänglich forderte man deutscherseits ein absolutes Neutralitätsabkommen, im Laufe der Verhandlungen ließ man in diesem Punkte ein wenig nach, ohne Wesentliches preiszugeben. Englischerseits suchte man das Neutralitätsabkommen bis zur absoluten Wertlosigkeit zu verwässern und herabzudrücken; sich irgendwie fester zu engagieren, lehnte man mit Rücksicht auf mögliche Verstimmungen in Petersburg und Paris ab. Man lese die mannigfachen Entwürfe und Gegenentwürfe über das Neutralitätsabkommen in den deutschen und englischen Publikationen, die in der Hauptsache völlig übereinstimmen, nach. Nach dem englischen Material hat die deutsche Regierung ein Entgegenkommen gegen Englands kategorische Forderung, von der ganzen organisatorischen Vermehrung der Schlachtflotte abzusehen, a priori ebenso kategorisch abgelehnt; das deutsche ceterum censeo war und blieb: nur für den Fall eines klaren und festen Neutralitätsabkommens könne ein Entgegenkommen gegen Englands maritime Wünsche in Aussicht gestellt werden; im anderen Fall müsse es aber bei dem Flottenprogramm sein Bewenden haben. Im Laufe des März teilte der Botschafter Graf Metternich

Digitized by Google

dem Staatssekretär Sir E. Grey den Inhalt eines Briefes des Reichskanzlers mit, in dem es hieß, daß, weil die von England vorgeschlagene Formel eines Neutralitätsabkommens vom deutschen Standpunkt aus unbefriedigend sei und die englische Regierung sich außerstande sehe, einer weitergehenden Neutralitätsformel zuzustimmen, der Flottenentwurf, so wie er inzwischen vorgelegt sei, weiter verhandelt werden müsse.

In vollstem Einklange damit steht das aktenmäßige deutsche Material. Danach wurde Graf Metternich in der zweiten Hälfte März angewiesen, der englischen Regierung keinen Zweifel darüber zu belassen, daß das Zustandekommen einer auf ein gegenseitiges Schutzabkommen hinauslaufenden, die englische Neutralität in weitgehender Weise sicherstellenden Vereinbarung die absolute Voraussetzung bilde, unter der allein der Reichskanzler bei dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der Flottenvorlage würde befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber rechtfertigen können! Und als Graf Metternich am 29. März melden mußte, daß England endgültig ablehne, ein politisches Abkommen mit Deutschland zu treffen, da erhielt der Botschafter die Anweisung, der englischen Regierung unumwunden zu sagen, daß für die deutsche Regierung jede Möglichkeit entfalle, eine den englischen Wünschen entgegenkommende Änderung der Flottennovelle in Erwägung zu ziehen.

Hiernach ist es absolut klar, daß weder praenumerando noch postnumerando die deutsche Flottenvorlage von 1912 durch die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen beeinträchtigt worden ist. Alles, was Graf Reventlow in dieser Beziehung von Bethmann Hollwegs Nachgiebigkeit, freiwilliger Verstümmelung der eigenen Macht usw. fabelt, ist leere, haltlose Kombination. Bethmann Hollweg hat bei den Verhandlungen im Jahre 1912 so wenig Schwäche gezeigt, daß man eher in vollem Ernst die Frage aufwerfen könnte, ob nicht ein teilweises Entgegenkommen gegen die maritimen Wünsche Englands doch ein brauchbares Abkommen zwischen beiden Regierungen auf der Grundlage einer Neutralitätserklärung und auch einer stärkeren Bindung des englischen Flottenbauprogramms ermöglicht hätte, ein Abkommen, aus dem heraus, wie lose die Verpflichtungen auch immer gefaßt sein mochten, sich doch die Möglichkeit eines zunehmenden freundschaftlichen Einverständnisses und die größere Unwahrscheinlichkeit eines späteren kriegerischen Zusammenstoßes ergeben hätte. Es gibt viele urteilsfähige Männer, die dieser Ansicht zuneigen. Graf Reventlow freilich erhebt im Gegenteil die schwere Anklage gegen Bethmann Hollweg, daß er nicht, gewitzigt durch das Scheitern der Verständigungsverhandlungen, „durch eine nunmehr sofort eingebrachte große Flottenvorlage Unabhängigkeit und Furchtlosigkeit gezeigt und die deutsche Seerüstung so schnell wie möglich gestärkt habe".

Aber dieser Vorwurf richtet sich an eine durchaus falsche Adresse; er trifft nicht

Digitized by Google

Herrn von Bethmann Hollweg, sondern Herrn von Tirpitz! Es ist ja richtig, daß Tirpitz unter dem Eindruck des Scheiterns der Verständigung mit England über die inzwischen eingebrachte und auch vom Reichskanzler mit Nachdruck vertretene Flottenvorlage hinaus, die ja auch schon die Ergänzung des dritten Schlachtgeschwaders durch gewisse Neubauten vorsah, den schnelleren Ersatz einiger älterer Kreuzer gewünscht hat. Graf Reventlow spricht von „mindestens drei größeren Kreuzern". Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese drei größeren Kreuzer, die doch auch erst gebaut sein wollten, der deutschen Flotte die nach ausdrücklichem Zeugnis Tirpitz' nur bei einem „erheblichen Übergewicht" eintretende Möglichkeit eines aggressiven Vorgehens gegen die englische Flotte gegeben, und ob sie die Seeschlacht vor dem Skagerrak zu einem ein für allemal entscheidenden Seesieg gestaltet haben würden. Sicher ist jedenfalls, daß Tirpitz mit seinen Mehrforderungen nicht etwa an Bethmann Hollweg, sondern lediglich an der Präponderanz der gleichzeitigen militärischen Forderungen gescheitert ist. Graf Reventlow, mit dem ich mich über diese Dinge bereits im „Berliner Tageblatt" auseinandergesetzt habe[1], will das nicht gelten lassen; er höhnt über die „Legende" von der Konkurrenz der Armee und Marine, die trefflich zur Verschleierung der tatsächlichen Lage passe, und die ich anscheinend von Herrn von Bethmann Hollweg bezogen hätte. Das ist natürlich wieder eine leere Kombination Graf Reventlows. Ich habe weder einen Bezugsschein in Hohenfinow präsentiert, noch von dort erhalten. Meine Gewährsmänner sind vielmehr wieder einmal Herr von Tirpitz und Graf Reventlow höchstselbst. Ausdrücklich hat Herr von Tirpitz am 22. April 1912 im Reichstag konstatiert: „Auch andere Wünsche wie z. B. der frühere Ersatz großer Kreuzer mußten zurückgestellt werden, da auch das Heer einer großen Verstärkung dringend bedarf." Und Graf Reventlow hat es schon am 12. Januar 1912 in seinem Leiborgan mit schöner Offenheit ausgesprochen, daß die Höhe der Forderungen für Armee und Marine eine nach oben hin festbegrenzte Geldsumme darstelle, so daß die Höhe der Marineforderungen abhängig bleibe von den Militärforderungen!

Das ist überhaupt das Amüsante, daß der Graf Reventlow von 1912 den Grafen Reventlow von heute überall schonungslos ad absurdum führt. Will man es glauben, daß Graf Reventlow im Jahre 1912 zu den eifrigen Befürwortern einer deutsch-englischen Verständigung gehörte, und daß er bereit war, nicht die halbe, sondern die ganze Tirpitzsche Flottenvorlage zu diesem Zwecke zu sistieren? Im „Berliner Tageblatt" habe ich bereits eine höchst charakteristische Auslassung Graf Reventlows dafür mitgeteilt, die ihrem Wortlaut nach so klar und eindeutig ist, daß auch die nachträgliche Anwendung des berühmten Michaelisschen Grundsatzes „wie ich sie auffasse" die Beweiskraft nicht abschwächt. Es mag hier noch eine andere Auslassung Graf Reventlows wiedergegeben werden, weil sie zeigt, wie er noch 1912 gläubig zu Herrn

[1] Vergl. „Berliner Tageblatt" Nr. 274, 277; Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" Nr. 276, 279.

Digitized by Google

von Bethmann Hollweg aufschaute. Am 14. März 1912 schrieb er in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Es liegt kein Grund vor, die deutsch-englischen Verhandlungen an sich als schädlich anzusehen. Werden sie deutscherseits in aller Ruhe und Sachlichkeit bis zu ihrem positiven oder negativen Ende geführt, so kann sich die Position Deutschlands dabei weder in dem einen noch im andern Falle verschlechtern, wenn anders nicht die Grundsätze völlig verlassen würden, die der Reichskanzler wiederholt in klarer und bestimmter Form festgelegt hat.“

Nun diese Grundsätze — der Reichskanzler hat sie in seiner Rede vom 30. März 1912 über die deutsch-englischen Beziehungen formuliert — sind auch nicht einen Augenblick verlassen worden, und die Verhandlungen von 1912, deren Verlauf heute Graf Reventlow „schmachvoll“ nennt, und die nach ihm das Ansehen des Deutschen Reiches geradezu kompromittiert hätten, konnten nach seinem eigenen Zeugnis von 1912 die Position Deutschlands überhaupt nicht verschlechtern, haben es selbstverständlich auch nicht getan. Im Gegenteil: der tatsächliche Verlauf der Mission Haldane, wie er sich unwiderleglich aus den bisherigen Veröffentlichungen ergibt, ist und bleibt einer unserer stärksten Trümpfe in unserer moralischen Rüstung. Daß selbst die Aussicht, die die deutsche Regierung damals England eröffnete, von dem Alpdruck der deutschen Seerüstungen erleichtert zu werden, die englische Regierung nicht vermocht hat, die ihr von Deutschland entgegengestreckte Hand zu ergreifen, das ist eine historische Tatsache, die das weltgeschichtliche Urteil über unser Verhalten, und damit unsere Weltgeltung, auf das günstigste beeinflussen muß und wird. Darüber hinaus aber erweist sich Graf Reventlow in seiner Bethmann-Offensive als einer jener Geister, die stets das Böse wollen und schließlich doch durch ihre eigene Niederlage das Gute, in diesem Falle eine gerechtere Würdigung des vielgeschmähten Kanzlers, schaffen und anbahnen!

Der Krieg als Förderer der Trustbildung

Ein sehr fachkundiger Eisenfachmann behauptete neulich allen Ernstes, daß er auf Grund eingehender Berechnung das jährliche Kriegseinkommen des Herrn August Thyssen auf 300 bis 500 Millionen Mark schätze. Wenn man gleichzeitig beobachtet, wie Thyssens Gegenstück, Hugo Stinnes, längst über seine alte Domäne, die Kohle und das Eisen, im Krieg hinausgegangen ist und nunmehr eine bestimmte Rolle spielt in der Schiffahrt, im Schiffsbau, im Petroleumhandel, im gesamten Warenexport, in der Aluminiumherstellung, kurzum: wo nicht?, so kann man sich eine annähernde Vorstellung machen, wer die wirtschaftliche Früchte des Krieges einheimst.

Wer heute mit offenen Augen die Verschiebungen in der Vermögensbildung beobachtet, wer aufmerksam und kritisch die Neubildung von Industrien studiert, der kann sich des Gefühls nicht erwehren, als ob ein ansehnlicher Teil jener großkapitalistischen

Digitized by Google

Schicht, die im neunzehnten Jahrhundert das Handwerk und den Mittelstand immer mehr zurückgedrängt hat, nun ihrerseits so eine Art Götterdämmerung erlebe. Ähnlich wie damals die Handwerker um Schutz gegen den Fabrikbetrieb an die Regierung appellierten, ähnlich wie einige Jahrzehnte später die Detailliſten zum Kampfe gegen die Warenhäuſer aufſtanden, ſo organiſieren ſich heute die Söhne jener Fabrikherren der ſiebziger Jahre zum Schutze ihrer angeblich oder wirklich bedrohten Intereſſen gegen die großen Gruppen, gegen die Truſts. Und ähnlich wie damals verſprechen die Regierungen Hilfe zu leiſten, bereiten Geſetzesvorlagen vor und — werden herzlich wenig erreichen, denn hier ſind Kräfte am Werk, die ſtärker ſind als beredte Parlamentarier und eifrige Regierungsbeamte.

Daß der Krieg dieſe Tendenzen ſtärker gefördert hat als Jahrzehnte friedlicher Entwicklung, bedarf keiner Beweiſe. Die Notwendigkeit, ſchnell Erſatz für Fehlendes zu ſchaffen, mußte unwillkürlich zum Rieſenbetrieb hinleiten, erforderte Kapitalien, die ſelbſt von den ſchon vorhandenen Truſts, ſelbſt unter Regierungshilfe nicht zur Verfügung geſtellt werden konnten. Einige wenige Beiſpiele mögen das erläutern: Die Stickſtoffinduſtrie, in der Hunderte Millionen angelegt ſind, liegt in den Händen von zwei bis drei Rieſenfirmen; die völlig aus dem Nichts geſchaffene und bekanntlich ſehr bedeutende Aluminiuminduſtrie iſt ebenfalls von ganz wenigen großen Unternehmungen kontrolliert. Auf dem Gebiete des Textilerſatzſtoffes ſcheint es, als ob die wirklich zukunftsreichen Neuſchöpfungen nicht von jenen Hunderten von Mittelbetrieben geſchaffen werden, ſondern ebenfalls von großen, wenigen, mit allem kapitaliſtiſchen und wiſſenſchaftlichen Rüſtzeug verſehenen Großbetrieben. Die Namen der Glanzſtoffabrik Elberfeld, des Konzerns Friedländer-Fuld zuſammen mit Henckel-Donnersmarck dürften hier genügen. Man kann aber ebenſogut die Bemühung von Leverkuſen zur Gewinnung von künſtlichem Kautſchuk oder von Höchſt und ſeinen Verbündeten zur Schaffung einer gewaltigen Eſſigſäureinduſtrie als Beiſpiele heranziehen.

War bisher nur von Waren die Rede, bei denen der Großbetrieb in der Natur der Sache liegt, ſo können wir ähnliche Tendenzen auch ſonſt beobachten. Als Beiſpiel dieſer Gattung erwähnten wir ſchon Hugo Stinnes. Dem Namen dieſes ruheloſen, genialen Kopfes begegnen wir heute überall, ob es ſich nun um die großartigen Pläne zur beſſeren Ausnutzung der Kohle, zur Wiederaufrichtung der deutſchen Schiffahrt oder um die eigenartigen Erdölpläne in Rumänien handelt. Hier iſt um die Entwicklung weniger naturnotwendig geweſen als durch die berühmte und berüchtigte Freigebigkeit unſerer Regierung in der Gewährung von Kriegsgewinnen. Durch das Fehlen kaufmänniſcher Tüchtigkeit ſind gewiſſen Betrieben namentlich der Schwerinduſtrie geradezu beängſtigende Millionengewinne auf Koſten der Allgemeinheit gewährt worden. Dieſe aber ſchreien nach Anlage. Während nun der kleine Kriegsgewinnler ſich Gemälde kauft oder in unkundiger Weiſe Induſtrieaktien „hamſtert“,

Digitized by Google

und so zu der unsinnigen Börsenhausse mit beiträgt, wissen die ganz Großen klüger vorzugehen. Sie sichern sich systematisch in solchen Industrien, die eine große Entwicklung versprechen, den ausschlaggebenden Anteil und machen es für die Zukunft armseligen Millionären unmöglich, selbständig als Unternehmer aufzutreten.

Daß die Pseudosozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die Reglementierung des gesamten Handels den Großen gewaltige Vorteile verschafft, liegt auf der Hand. Ob man heute das Geschäft mit Devisen organisiert, oder die Getreideeinfuhr aus der Ukraine, immer wieder liegt es in dem Bestreben der Regierung, nur einige Wenige mit den damit verknüpften Aufgaben zu betrauen, weil sonst eine Kontrolle unmöglich ist. Ja noch mehr. Die Regierung zwingt geradezu Industrie und Handel zur Bildung von Syndikaten und Verbänden, weil sie sich außerstande erklärt, mit jedem einzelnen zu verhandeln. Das mag verständlich sein. Daß man aber durch dieses Vorgehen häufig unzählige Mittelbetriebe, die man noch vor fünf bis zehn Jahren als Großbetriebe angesehen hätte, auf das Ernsteste schädigt, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Hand in Hand damit geht die Unterhöhlung der Selbständigkeit des geistigen und materiellen Lebens in der sogenannten Provinz. Alles und jedes wird in Berlin konzentriert und jene Selbständigkeit nichtberlinischer Städte, auf die Deutschland mit Recht so stolz war, ist ernstlich gefährdet. Wenn nicht rechtzeitig eine scharfe Bewegung einsetzt, so wird im Deutschen Reich genau dasselbe Übergewicht einer Stadt kommen, wie es in England und Frankreich zum Schaden dieser Länder längst der Fall ist. Wir haben mit dem Hinweis auf die Konzentration in Berlin schon eine bedenkliche Seite dieser neuen Bewegung gestreift. Daß das nicht die einzige ist, wird jeder Kenner der Verhältnisse zugeben. Eine der allerbedenklichsten ist vielleicht eine Bürokratisierung des Erwerbslebens, die fast schlimmer ist, als die des staatlichen Beamtentums. Wenn man liest, daß eine unserer Großbanken bereits 13 000 Angestellte hat, so fragt man sich ernstlich, wie denn hier die Auswahl der Tüchtigen vor sich gehen könne, und wer vollends die Zustände in Riesenbetrieben kennt, der weiß, wie da nicht selten der Zufall, die Protektions- und Günstlingswirtschaft und noch gar manches andere um sich greift. Ist es doch heute schon so weit gekommen, daß die Zentraldirektoren großer Banken noch nicht einmal alle ihre Filialdirektoren persönlich kennen, geschweige denn die Fähigkeiten nachgeordneter Angestellten beurteilen und fördern können.

Es ist nicht die Absicht unserer heutigen Ausführungen, das Problem zu erschöpfen, nur auf einige bedenkliche Begleiterscheinungen sollte die Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Severus Linter

Digitized by Google

Notizen

Ein Sozialdemokrat für den Anschluß des Baltenlandes an Deutschland. Ernst Heilmann schreibt in der „Internationalen Korrespondenz" Berichte über seine Eindrücke von einer Studienreise in das Baltenland. Eingangs fällt er über die baltischen Barone folgendes Urteil:

„Die stärkste Überraschung unserer Estlandreise waren für mich die „baltischen Barone". Sie widersprachen durchaus der Vorstellung, die man sich nach deutschen Zeitungen von ihnen machen mußte. Es sind keine ostelbischen Großgrundbesitzer, die vielleicht der Zeit der Leibeigenschaft noch näher stehen als unsere uckermärkischen Granden, sondern durchweg Intellektuelle und Ästheten."

Zum Schluß kommt er auf die Frage des Anschlusses der baltischen Provinzen an Deutschland zu sprechen, wobei er Ausführungen macht, die sich mancher bürgerliche Politiker zu Herzen nehmen sollte:

„Um so wertvoller wird ein enges Verhältnis der drei baltischen Provinzen zu Deutschland für die deutsche Arbeiterklasse sein. Die Hilfe der baltischen Länder wird unsere Ernährungsnot rascher überwinden helfen und die landwirtschaftliche Grundlage des ganzen deutschen Wirtschaftslebens wesentlich verbreitern. Zuwanderung von Lohndrückern aus diesem Osten in die deutschen Fabriken ist in keiner Weise zu befürchten; ebensowenig eine Schmutzkonkurenz, die dort mit billigen Arbeitskräften produzierte und dadurch den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse gefährdete. Auch die politische Gefahr einer Verstärkung der Reaktion durch die „baltischen Barone" ist sehr gering anzuschlagen. So steht kein Arbeiterinteresse dem Anschluß Kurlands, Livlands und Estlands ans Deutsche Reich entgegen. In der Tat scheint es uns nicht mehr zweifelhaft, und es war mindestens im lettischen Teil des Landes allgemein Überzeugung, daß der Anschluß der drei Ostprovinzen an Deutschland bereits unumstößlich gesichert sei.

Schafft die deutsche Verwaltung einige soziale Gerechtigkeit im Land, sind auch große nationale Konflikte nicht sehr zu befürchten. Dazu ist die Zahl der Letten und Esten nicht groß genug, dazu fehlt ihnen zu sehr der Rückhalt an einem eigenen Staat außerhalb unserer Grenzen, dazu haben sie in Aussehen und Denkweise auch schon zuviel deutsche Kulturelemente in sich aufgenommen, vor allem den evangelischen Glauben. Sind auch in Estland nur wenige Prozent der Bewohner deutscher Abkunft, so kann man sich doch in allen Geschäften und mit jeder Marktfrau ohne weiteres deutsch verständigen, und deshalb wird es auf die Dauer den Letten und Esten nicht schwer werden, sich unter Wahrung ihrer Eigenart und Sprache in das Gebiet des Deutschen Reiches und Rechtes einzufügen. Wurde doch auch bis zum deutschen Einmarsch in Reval noch immer nach altem lübischem Stadtrecht geurteilt.

So selbstverständlich uns heute der Gedanke ist, daß Elsaß-Lothringen deutsches Land ist und bei Deutschland bleiben muß, so natürlich werden wir in einem Menschenalter Baltenland als altes deutsches Land ansehen, das gleichzeitig mit Straßburg und Metz uns in den Zeiten deutscher Erniedrigung verloren ging und nun zum Heimatland zurückkehrt. In wenigen Jahrzehnten werden die drei baltischen Provinzen völlig mit dem Deutschen Reiche verschmolzen sein und sich, wirtschaftlich mächtig vorangekommen, mit allen ihren Bewohnern darin wohlfühlen können."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Liebhaber-Bibliothek

Preis jedes Bandes

M. 2.— leicht kartoniert * **M. 3.—** elegant gebdn. * **M. 5.—** in Halbl. gebdn.

sien über die Kunst für Freunde der Kunst. Eingeleitet und herausgegeben von E. L. Schellenberg. Mit sechs Bildern (Selbstporträt von Raffael, Lionardo da Vinci, Albrecht Dürer, Michelangelo, eine Darstellung der Peterskirche und Giorgiones Konzert.) Einband von Bernhard Lorenz. 9.—13. Tausend.

Bd. 21: Kriegserzählungen 1914. Dreizehn Geschichten aus dem Kriege. 11.—20. Tausend.

Bd. 22: Kriegserzählungen 1915. Vierzehn Geschichten u. Episoden a. d. Kriege. 1.—10. Tausend.

Bd. 23: Otto Rung, Smitsons merkwürdige Verwandlung und andere Erzählungen. Uebertragen von E. Stein. 9.—13. Tausend.

Bd. 24: Unterhaltungen m. Friedrich dem Großen. Tagebücher des Henry de Catt 1758 bis 1760. Uebertragen von Clara Hertz. Herausgegeben und eingeleitet von E. G. Heise. Mit einer Wiedergabe der Totenmaske Friedrichs des Großen. 11.—15. Tausend.

Bd. 25: Carl August von Weimar in seinen Briefen. Mit einem Bildnis von Carl August. Herausg. von H. Wahl und D. Jenk. 11.—20. Tausend.

Bd. 26: J. W. von Goethe, Die Leiden des jungen Werther. Mit Wiedergaben der vier Kupfer von Chodowiecki und einer Titelvignette von Meil. Herausgegeben von H. T. Kroeder. Einband v. Bernh. Lorenz. 1.—10. Tausend.

Bd. 27: Friedrich Hölderlin, Hyperion oder der Eremit von Griechenland. Mit einem Titelbildnis und einer Einbandvianette von Walter Tiemann. Herausgegeben von K. von Holländer. 6.—10. Tausend.

Bd. 28: Heinrich von Kleist, Erzählungen und Anekdoten. Mit Bildnis des Dichters in Mezzotintogravüre. 6.—11. Tausend.

Bd. 29: Der Adjutant des Prinzen Louis Ferdinand (Karl von Rostitz). Ein Lebensbild aus den Befreiungskriegen. Mit Bildnis des Prinzen in Mezzotintogravüre. Herausgegeben und eingeleitet von H. Wahl. 6.—11. Tausend.

Bd. 30: Salomon Geßner, Idyllen. Mit Wiedergaben von vier Geßnerschen Kupfern. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von H. T. Kroeder. Einbandentw. v. Fritz Köhnke. 1.—5. Tausend.

Bd. 31: Märchen unserer Zeit. Herausgegeben von Emil Weber. Mit einer Originallithographie und einem farbigen Einband von Paul Scheurich. 11.—20. Tausend.

Bd. 32: Alfred de Musset, Die weiße Amsel und andere Erzählungen. Aus dem Französischen übertragen von Else von Hollander. Einband von Walter Buhe. 1.—5. Tausend.

Bd. 33: F. Dostojewskij, Drei Novellen. Mit einem Bildnis des Dichters. Uebertr. von A. Eliasberg. Einbandentwurf v. O. Baumberger. 6.—15. Tausend.

Bd. 34: Ostjüdische Erzähler. Ausgewählt und übertragen von A. Eliasberg. Mit drei Bildnissen. Einbandentwurf v. M. Thalmann. 6.—15. Tausend.

Bd. 35: Charles de Coster, Flämische Legenden. Vollständige Ausgabe. Uebertragen von Georg Goyert. Mit vier Holzschnitten und einem Einbandentwurf v. Max Thalmann. 6.—10. Tausend.

Bd. 36: Sealsfield, Abenteuerliche Geschichten. Uebertragen von Walter von Molo. Einbandentwurf von Max Thalmann. 6.—15. Tausend.

Bd. 37: Barbey d'Aurevilly, Die Teuflischen. Uebertragen von Georg Goyert. Einbandentwurf von Emil Preetorius. 1.—10. Tausend.

Bd. 38: Hendrik Conscience, Fünf Erzählungen. Uebertragen von Georg Goyert. Einband von E. Hoffmeister. 1.—10. Tausend.

Digitized by Google

Fortsetzung siehe 4. Umschlagse

Liebhaber-Bibliothek

Preis jedes Bandes

M. 2.— leicht kartoniert * **M. 3.—** elegant gebdn. * **M. 5.—** in Halbl. gebdn.

Bd. 39: Novalis, Heinrich von Ofterdingen. Mit einem Nachwort herausgegeben von Karl von Hollander. 1.—10. Tausend.

Bd. 40: J. M. R. Lenz, Auswahl aus seinen Dichtungen. Herausgegeben von Karl von Hollander. Einband von Erich Simon. 1.—10. Tausend.

Bd. 41: Jean Paul (Friedrich Richter). Geschichten. Herausgegeben von Job. Reiher. Mit Federzeichnungen und Einbandentwurf von Charlotte Christine Engelhorn. 1.—10. Taus.

Bd. 42: Tschechow, Anton, Von der Liebe, Novellen. Deutsch von Alexander Eliasberg. Einbandzeichnung von Paul Scheurich. 1.—10. Tausend.

Bd. 43: J. P. Jacobsen, Frau Marie Grubbe. Uebertragen von Else von Hollander. Einband von W. Tiemann. 1.—10. Tausend.

Bd. 44: Nicolai Gogol, Ukrainische Geschichten. Deutsch von Alexander Eliasberg. Mit einem Bildnis des Dichters. Einband v. E. Simon. 1.—10. Tausend.

Bd. 45: Graf Zygmunt Krasinski, Die ungöttliche Komödie. Herausgegeben von Alexander Eliasberg. Einbandzeichnung von W. Buhe. 1.—10. Tausend.

Bd. 46: Longos, Daphnis und Chloe. Aus dem Griechischen übertragen von Friedrich Jacobs. Mit 4 alten Holzschn. herausgegeben v. Paul Ernst. Einbandzeichnung von Max Hertwig. 1. 5 Tausend.

Bd. 47: Deutsche Dorfgeschichten. Herausgegeben von Otto Zoff. Mit Originalbandzeichnungen und Einbandentwurf von Ch. Chr. Engelhorn. 1.—10. Tausend.

Bd. 48: Donna Maria de Zayas und Solomayor, Die lehrreichen Erzählungen und Liebesgeschichten. Aus dem Spanischen übersetzt von Clemens Brentano. Herausgegeben von Dr. Albert Ehrenstein. Mit einem Nachwort von Julio Alvarez del Vayo. Einband von Ch. Chr. Engelhorn. 1.—5. Tausend.

Bd. 49: Théophile Gautier, Der Seelentausch — Der böse Blick. Aus dem Französischen übertragen von Else von Hollande. Einband von Wilh. Plünnecke. 1.—5. Tausend.

Bd. 50: Der Spiegel. Anekdoten zeitgenössischer deutscher Erzähler. Herausgegeben v. Karl Lerbs. Einband von E. Just Schütte. 1.—5. Tausend.

Bd. 51: Sophokles, Trauerspiele: Oedipus der Tyrann, Antigone. Uebersetzt von Friedrich Hölderlin. Herausgegeben von Dr. Albert Ehrenstein. Einband v. W. Tiemann. 1.—5. Tausend.

Bd. 52: Lukian, Milesische Märchen — Eine wahre Geschichte — Der magische Esel. Herausgegeben von Dr. Albert Ehrenstein. Einband von Walter Tiemann. 1.—5. Tausend.

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Die mit * versehenen Bände sind Neuerscheinungen, die an Stelle vergriffener Werke eingesetzt wurden.

Die mit ** versehenen Bände sind zeitweilig vergriffen.

Gustav Kiepenheuer Verlag • Weimar

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 769
Heuß, Die Autorität der preußischen Regierung 771
Weisbach, Italien und das südslawische Problem 774
Schmidt, Die ukrainischen Parteien 781
Deißmann, „Theologie ohne Deutschland". 785
*** Eine jüdische Siedlung in Palästina 788
Brief an die „Deutsche Politik" 794
Notizen / Neuerscheinungen 795

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 21. Juni 1918 Heft 25

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

An die Leser der „Deutschen Politik!“

Wir richten an die Freunde unserer Wochenschrift die Bitte, unverzüglich beim Postamt, bei ihrem Buchhändler, beim Verlag ihren Bezug zu erneuern, damit beim Vierteljahrswechsel in der regelmäßigen Zustellung keine Unterbrechung erfolgt. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Zahl unserer Bezieher von Nummer zu Nummer wächst. Die „Deutsche Politik“ ist in den zweieinhalb Jahren ihres Bestehens, trotz mancher Schwierigkeiten, eine der verbreitetsten deutschen Zeitschriften geworden und hat über die Grenzen der Heimat hinaus Ansehen und Beachtung gewonnen. Wir erblicken darin eine Anerkennung unserer sachlichen und unbefangenen Stellungnahme zu den Fragen der äußeren und inneren Politik, die vielen zur Anregung, Belehrung und Führung geworden ist. Ein Kreis ausgezeichneter und sachkundiger deutscher, österreichisch-ungarischer und befreundeter neutraler Publizisten hat sich um unser Blatt gesammelt, und die Fühlung mit den Lesern selber, von den wir manches freundliche Echo hören, wird enger. An die Freunde unseres Blattes geht heute nicht nur die Bitte, uns die Treue zu halten, sondern uns in der Gewinnung neuer Leser tatkräftig zu unterstützen. Die unmittelbare Werbearbeit des Verlags ist durch kriegswirtschaftliche Verordnungen erschwert. Wir müssen mit der freundschaftlichen Hilfe unserer Leser rechnen. Ihre Mitarbeit ist die wirksamste. Indem Sie mit dafür sorgen, daß der Verbreitungskreis unseres Blattes weiterhin wächst, dienen Sie nicht nur den Gedanken, die uns gemeinsam sind, Sie machen uns auch die weitere sachliche Ausgestaltung der „Deutschen Politik“ möglich.

Schriftleitung und Verlag der „Deutschen Politik“

Der Dichter und die Welt
Briefe
von
Hans Christian Andersen

Übertragen und herausgegeben von Else von Hollander, mit einem Bildnis des Dichters

Den deutschen Freunden Andersens – und wer wäre in Deutschland nicht sein Freund! – bietet die vorliegende Auswahl der Briefe des Dichters, die erste in deutscher Sprache, eine wahre Freude. Wir wissen ja von seinen Märchen soviel, von seinem Leben bei aller Liebe zu seiner bewingenden Persönlichkeit so herzlich wenig. Hier aus diesen Briefen tritt sie ganz nahe zu uns heran, nicht reizvoller, aber erfüllter vom Blute der Wirklichkeit als in dem „Märchen seines Lebens“, das er uns selbst erzählte. Andersen war, wie die meisten Menschen seiner Zeit, ein fleißiger Briefschreiber. Er schildert den Freunden in behaglicher, ein wenig nüchterner Breite, die aber doch nie der Plastik entbehrt, seine Erlebnisse an Natur und Menschen. Und wie gern ist der Dichter gereist, wie groß und reich ist der Kreis der Persönlichkeiten, die der arme Schuhmachersohn, dessen Ruhm bald Europa erfüllt, in schnell steigendem Maße in seinen Bann zieht. Neben der tiefen Sehnsucht nach dem Theater und nach dramatischem Wirken, die Hans Christian seit seiner frühesten Jugend so brennend empfand und nie ganz verlor, bietet der Reigen bedeutender Menschen, der durch diese Briefe eines halben Jahrhunderts dahinzieht, für den Leser den größten Genuß. Die deutschen Menschen, an denen er mit solcher Liebe hing, interessieren uns natürlich in erster Linie. Aber stets empfinden wir Andersen doch als Kosmopoliten. Zu den köstlichsten Briefstellen der Ausgabe gehören die Blätter, die die Begegnung mit Dickens schildern. *Berliner Tageblatt.*

Preis: in elegantem Pappband Mark 7.–, in Halbpergament geb. Mark 12.–. Durch jede gute Buchhandlung, oder, falls keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 21. Juni 1918 • Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Krisis innerhalb der nationalliberalen Fraktion Preußens hat sich durch das Kompromiß Lohmann-Heydebrand verschärft. Dr. Lohmann, dessen persönliche Loyalität unbestritten war, sah sich gezwungen, den Fraktionsvorsitz niederzulegen, da sein heimliches Abkommen mit dem konservativen Führer der Fraktionsmehrheit unerträglich sein mußte. Die Wahl des Nachfolgers ist vertagt, die Spannung aber damit nicht gelöst. Stresemann weiß, wie dieser furchtbar tiefe Riß in der wichtigsten staatlichen Frage die Tragkraft der ganzen Partei aufs stärkste berührt, und er will die Angelegenheit vor die Gesamtpartei bringen. Deren Votum muß nach dem Ergebnis des Preußentages unzweifelhaft sein, aber was hindert es, daß im Preußischen Abgeordnetenhaus auch fernerhin eine Politik auf eigene Faust gemacht wird. Die Nationalliberalen stehen nicht nur in der Gefahr, daß ihre Wählermassen verwirrt werden, sondern daß auch ihre „Regierungsfähigkeit" zur Farce wird. Welches Schauspiel, daß die preußische Fraktion sachlich auf den Sturz ihres eigenen langjährigen Vorsitzenden, nun er Minister geworden, hinarbeitet!

*

Innerhalb des Kampfes um die ungarische Wahlreform war es für alle Parteien selbstverständlich, daß Kriegsteilnehmer fürderhin nicht ausgeschlossen bleiben sollen. Als man im Preußischen Landtag ein Kompromiß über Zusatzstimmen ausheckte, hat man sie vergessen. Vielleicht auch nicht vergessen — denn Herr von Heydebrand weiß wahrscheinlich auch, daß der Aufenthalt im Schützengraben höchst demokratisierend wirkt, und daß es nicht ohne Gefahr für den konservativen Parteistand ist, den Millionen von heimgekehrten Soldaten die Mehrstimme zu geben. Die Konservativen wollen jetzt, sagen sie, die Verfassungsreform vermieden wissen, weil die Kriegsteilnehmer von der Mitwirkung nicht ausgeschlossen bleiben sollen. Jetzt haben sie aber allen Grund, auf eine Beschleunigung des Verfahrens zu drängen!

*

Der Reichstag hat in der Steuerfrage einen erheblichen moralischen und sachlichen Erfolg errungen, indem er mit einer kampflosen Einmütigkeit, die gerade dieses

Digitized by Google

Gebiet der Gesetzgebung sonst nicht kennt, die Finanzquellen breiter und tiefer faßte, als die sehr knapp berechneten Entwürfe der Regierung und dem gesamten System durch die Erzwingung einer starken direkten Besteuerung einen sozialen Charakter gab. Leider aber ist der Versuch, dem gesamten Steueraufbau eine neue dauernde Stütze einzufügen, auf halbem Weg liegen geblieben: es soll nur in der Form der einmaligen Kriegsbesteuerung das Mehreinkommen und die Vermögensvermehrung getroffen werden, nicht aber der Kapitalisationsfonds, der die obere Spitze der größeren Einkommen bildet, als eigenes Steuerobjekt abgezweigt. Die Bundesstaaten sperrten sich, und die Gefahr ist in Verzug, daß sie diese Entwicklungsmöglichkeit der Zukunft verkennen werden.

*

Zwanzig Millionen Mark hat bisher die auswärtige Politik dem deutschen Volke gekostet. Damit kann kein Weltbetrieb aufrecht erhalten, geschweige denn errichtet werden. Alles Wettern über die Diplomatie nützt nichts, wenn man nicht größere Mittel flüssig macht, um auch technisch aus dem Betrieb der Kabinettspolitik herauszukommen. Diese Beschränktheit der Mittel hindert noch mehr wie die Einseitigkeit der Auswahl, daß wir diplomatisch keine großen Erfolge buchen können. Die auswärtige Politik der Zukunft wird breiter werden, vielseitiger, kostspieliger, sie wird und muß aber auch vom Wollen und Mitschaffen der Volksgesamtheit getragen sein. Greift hier der Reichstag tief in den durch neue Steuern gefüllten Beutel des Reiches, dann wird sich auch all das, was hinter Naumanns Forderung sich erhebt, verwirklichen lassen: „Staatsverträge sind verfassungsmäßig von den Staatsoberhäuptern zu vollziehen, müssen aber in Entstehung und Pflege als Volksverträge behandelt werden."

*

Die österreichischen Polen haben der Regierung Seidler jetzt ein reguläres Ultimatum gestellt: Ohne austro-polnische Lösung keine Budgetbewilligung. Der Schatten des Paragraph 14 reckt sich damit empor, und es ist mit der Möglichkeit einer parlamentslosen Regierungszeit zu rechnen. Mit den Polen im Schmollwinkel ist eine Majoritätsbildung ausgeschlossen. Die Situation hat sich dadurch noch mehr verwirrt, daß der Minister des Innern zurückgetreten ist, wodurch die den Deutschböhmen eben gewährte Kreiseinteilung wieder in Frage gestellt wird, weil sie nur von ihm und nicht vom Gesamtministerium ausgegangen war. An sich ist die Ausschiffung Galiziens aus dem österreichischen Staat auch ein alter Wunsch der Deutschösterreicher, weil sie dadurch im Parlament wieder zu einer deutschen Majorität kämen. Was jedoch dadurch die Deutschösterreicher an Einfluß im Innern gewönnen, würden sie durch das Schwergewicht eines polnischen Staates im Verbande der Habsburger Monarchie vielleicht wieder verlieren. Der Ausgleich der verschiedenen Strebungen, der die einigermaßen stete Führung der äußeren Politik Habsburgs gewährleistet, ist in der Vertiefung des Verhältnisses zu Deutschland gewiesen.

Digitized by Google

Die Autorität der preußischen Regierung

Von Dr. Theodor Heuß

Auch Graf Hertling hat sein politisches Schicksal mit dem gleichen Wahlrecht für Preußen verbunden; unzweideutige Erklärungen haben dies wiederholt bekundet. Als Payer in die Reichsleitung eintrat, machte er den ernsten Reformwillen des preußischen Ministeriums zur Bedingung seiner Mitarbeit. Friedberg und Drews, die eigentlichen Reformminister, haben sich wiederholt festgelegt. Es gibt keinen Grund, an dem restlosen Ernst der Zielsetzung zu zweifeln.

Die entschlossene Gebärde der Regierung sollte auf die Fraktionen der Rechten Eindruck machen. Der Wille der Krone, die Verfassung auf den Boden des allgemeinen Vertrauens zu stellen, stand und steht außer Frage; die Rechnung der Minister glaubte, daß der Appell an den altpreußischen Royalismus wirksam werden müßte. Es war eine Falschrechnung — die große Mehrheit, die schon in der ersten Abstimmung gegen die Regierungsvorlage sich gesammelt hatte, besaß genügend Beweiskraft. Man hatte sich in Herrn von Heydebrand und seiner disziplinierenden Kraft getäuscht; dieser war und ist Royalist nach Bedarf und Eigenwahl, im übrigen aber ein sicherer und unbeirrter Fechter um die fraktionelle Parlamentsmacht. Je leidenschaftlicher die Minister ihr Bekenntnis zu dem gleichen Wahlrecht wiederholten, desto gelassener blieb er — drei Sätze mochten ihm genügen, den letzten Kompromißantrag zu „begründen". Um so besser, je enger die Minister mit dem Wahlrechtsentwurf sich gleichsetzen — ist die Regierungsvorlage zu werfen, so fällt damit auch die Regierung. Im Reichstag zur Isolierung verdammt sucht die konservative Partei von dem Stützpunkt des preußischen Landtags aus die ganze Gruppierung Hertling-Payer-Friedberg zu sprengen. Heydebrands „Ermattungsstrategie" (so nannten wir und, wie sich jetzt zeigt, mit größtem Recht vor einigen Monaten hier den parlamentarischen Feldzugsplan des konservativen Führers) ist durchaus offensiv gedacht. Wenn er auch nicht dadurch, daß er eine Ablehnung des Regierungsentwurfs nach der andern kommandiert, den Rücktritt des Ministeriums geradezu erzwingen kann, so erschüttert er doch in steter Folgerichtigkeit dessen Autorität. Und das muß ihm einstweilen genügen.

Die Zeit der geschichtsphilosophischen Betrachtungen über den relativen Wert oder Unwert des gleichen Wahlrechts ist vorüber. Alles was darüber noch gedacht, gesprochen, geschrieben, entworfen und verworfen wird, hat kaum mehr als akademischen Charakter. Auch das Erfinden von allerhand Zusatzstimmen ist zur Spiegelfechterei geworden. Die Konservativen können sich gerne den Luxus gestatten, „schweren Herzens" an den ungestüm fordernden Liberalismus des Dr. Lohmann einige „demokratische" Zugeständnisse zu machen, die formal den Aufstieg zum Mehrstimmenbesitz erleichtern — sie wissen das Unannehmbar des Ministers schon vorher. Sie

Digitized by Google

wollen nur eine Fassade für den Wahlkampf erstellen; dies ist der ganze Sinn der sinnvollen Entdeckungen, welcherlei Verdienst die politische Einsicht und Verantwortung steigern könne. Eine polemische Analyse des Vorrechts der „Rottenführer" und der Selbständigen und Langansässigen erübrigt sich von selbst. Weit bedenklicher sind jene Bestimmungen des jetzt angenommenen Kompromisses, daß künftig Verfassungsänderungen einer Dreiviertelmehrheit bedürftig sein sollen und daß das Wahlrecht von zweijähriger Ansässigkeit, die Zusatzstimmen von zehnjähriger abhängig sein sollen — das bedeutet nicht nur die glatte Entrechtung von Beamten die ihren Bezirk wechseln, von Arbeitern, die eine andere Stelle suchen, sondern ist eine Gefährdung des Grundsatzes der Freizügigkeit schlechthin.

Diese Dinge stärker herauszuarbeiten, mag die Angelegenheit einer agitatorischen Behandlung der ganzen Frage sein. Sachlich bedeuten sie nichts; sie sind nur Gesten und Gebärden, mit dem ein weiterer Akt des Dramas gefüllt wird. Die Zuschauer wissen das und werden von der Betrachtung weniger gefesselt als geärgert, angeödet, abgestumpft. Sie wissen: das kann endlos so weitergehen! Die Verfassung verlangt, daß, ehe dieser Gesetzentwurf an die Erste Kammer weitergegeben wird, zwei Abstimmungen, im Abstand von mindestens 21 Tagen, die gleichen Beschlüsse bestätigen. Heute schon weiß man, daß die Parteien der Rechten Anfang Juli wahrscheinlich nach einer Ergänzung für die in ihrem Kompromiß vergessenen Kriegsteilnehmer suchen werden. Das bedeutet: frühestens im August geht die Sache ans Herrenhaus. Heute wird einstweilen Mitte Juli als Termin für diese Weitergabe gemeldet — tatsächlich kann die Parlamentsmehrheit fortfahren, ohne zeitliche Grenze, die Regierung zum Narren halten und das Volk in der Geduld erziehen, seine staatspolitische Teilnahme schwächen und die radikalen Strömungen zu Putschgelüsten ermuntern. Kann das alles, wenn das Ministerium derlei erträgt.

Es war charakteristisch, daß auch die Regierung von dem Kompromiß Lohmann-Heydebrand völlig überrascht wurde. Die Absicht, mit den neuen Vorschlägen einen Boden des Ausgleichs zu betreten, enthüllt sich damit als Phrase. Volkstümlich kräftig heißt man das Verfahren: mit jemanden Schindluder treiben. So hat Lohmann seinen früheren Lehrmeister Friedberg behandelt. Was aber hat die Regierung zu antworten gewußt? Nichts. Der Minister des Innern, Dr. Drews, dem die ausgezeichnete, staatsmännisch orientierte Begründung der ganzen Vorlage zu danken ist, und der damit eine der bemerkenswertesten preußischen Staatsschriften geleistet hat, hat sich über ein paar formale Bemerkungen nicht hinausgehoben, und Dr. Friedberg, der ein so kluger Debatter ist, ließ die erregten Verhandlungen vor sich vorüberfließen, ohne in ihre Lenkung einen Willen zu werfen.

Das Verhalten der Regierung während der kurzen Tagung kennzeichnet die ganze Lage, in die die Wahlrechtsangelegenheit gekommen ist. Das Ministerium ist in eine fast stumme Defensive gedrängt und hofft auf seine Amerikaner, das ist in diesem

Digitized by Google

Fall auf den Sukkurs aus dem Herrenhaus. Seine Entschließungskraft ist geschwächt, nicht nur durch die Handlungsfreiheit des gegnerischen Feldherrn, die dieser sich immer gewahrt hatte, sondern durch Fehler in der eigenen Taktik. Als Friedberg mitteilte, daß er die Vorlage nach verfassungsmäßiger Vorschrift auch dem Herrenhaus übergeben werde, hat er sich in einer Taktik gebunden, von der er sich nur mit einer höchsten Anstrengung losreißen wird. Zweifellos kann er, falls man in der Ersten Kammer eine Verzögerungstaktik wählen sollte (auch für sie gilt die Möglichkeit, immer 21 Tage zwischen eine vierte, fünfte Lesung u. s. f. einzuschalten), doch das ganze Gesetz zurückziehen und das Abgeordnetenhaus auflösen, aber er kommt dann mit einer gebrochenen Parole, als parlamentarisch Geschlagener in den Wahlkampf.

Ist sich die Regierung darüber klar, daß auch die sogenannten Konzessionen Heydebrands nicht auf den Wunsch nach einer sachlichen Verständigung hinauslaufen, so muß sie ihre Taktik darnach einrichten. Der Wahlrechtskampf geht nicht mehr um die oder jene Zusatzstimme, sondern er ist eine Prestigefrage geworden. Das mögen die bedauern, die, vor dem gleichen Wahlrecht ängstlich, allerhand sachliche Agumente zusammenbauen — es ist nun einmal so. Die konservative Landtagsfraktion und ihr Anhang will im parlamentischen Kampf siegreich bleiben, um dem Ministerium die Lebenskraft aus den Knochen zu saugen, um von Preußen aus den Bestand der gegenwärtigen Reichsleitung zu erschüttern, um vor allem und zunächst aber den Minister Drews los zu werden. Sie schrecken dabei vor einer katastrophalen Wendung nicht zurück, denn sie wissen natürlich auch, wie ihre Politik, gesteigert durch wachsende Kriegsschwierigkeiten, in den Volksmassen wirkt — Streikgerüchte gehören zu ihrem gedanklichen System. Sie rechnen aber auch, daß der schleppende Gang die Anteilnahme der intellektuellen Schichten müde und gleichgültig machen.

Mit diesen beiden psychologischen Wirkungen aber muß das Ministerium rechnen, wenn es seine Ziele erreichen will. Es darf weder einer Radikalisierung der Massenstimmung gleichgültig zusehen, noch erlauben, daß in den tragenden Volksklassen des geistigen Mittelstands ein Stimmungsverfall eintrete. Denn sonst sind die Voraussetzungen, mit denen ein Wahlkampf eröffnet werden soll, maßlos verschlechtert, und in die klare Wahlparole, die sie selber prägen könnte, werden sich unerwünschte Nebenerscheinungen einmengen. Noch genießt die Regierung den Glauben an ihren guten Willen; aber ihre Autorität ist gefährdet. Nicht nur ihre Autorität beim Volk, sondern auch bei der preußischen Verwaltungsbürokratie, die teilweise nur zögernd und widerwillig das Programm der Neuorientierung begleitet. Die Herren Drews, Friedberg, Payer heißen nicht Puttkamer, Manteuffel, Eulenburg. Ihre Namen sind nicht in die Tradition der bis gestern den preußischen Staat regierenden Familien eingetragen. Das darf nicht vergessen werden. Die Grenzen des altpreußischen Royalismus sind in den letzten Jahren deutlich genug gezeichnet worden.

Daß eine Auflösung des Abgeordnetenhauses während der großen Kämpfe durch-

Digitized by Google

aus unerwünscht sein muß, ist auch auf diesen Blättern wiederholt ausgesprochen worden. Aber man soll die Bedenklichkeit auch nicht übertreiben — es kommt weniger auf das Daß als auf das Wie des Wahlkampfes an, der unter einer sehr einfachen Parole geschlagen würde. Dem Ausland müßte die Tatsache als ein Zeichen unserer freien und unbefangenen staatspolitischen Stärke erscheinen. Aber auch wenn, mit begreiflicher Rücksicht auf das Heer an der Front, Kämpfe in der Heimat jetzt vermieden werden sollten, die Autorität der preußischen Regierung, mit der die der Reichsleitung heute enger als je verknüpft ist, scheint uns auch nichts Geringes, für die politische Geschäftsführung nach innen, aber auch nach außen!

Die Wege sind gewiesen: Pairsschub ins Herrenhaus und unverzügliche Anordnung an die Gemeindeverwaltungen, die Wählerlisten auszuarbeiten.

Italien und das südslawische Problem

Von Professor Dr. Werner Weisbach, Berlin

Das Verhältnis Italiens zu den Südslawen hat im Laufe des Krieges eine beträchtliche Wandlung durchgemacht. Für sein Eingreifen im Frühjahr 1915 hatte sich Italien in dem Londoner Vertrage von der Entente außer den hauptsächlich von Italienern bewohnten irredentistischen Gebieten auch andere fast ausschließlich mit Slawen besiedelte Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, vor allem Dalmatien, zusichern lassen. Wie begehrlich der italienische Imperialismus und Nationalismus war, ist aus der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente bekannt geworden. Man glaubte damals aber auf Seiten der Entente, Italien, um es zum Abfall vom Dreibund zu drängen, möglichst alle seine Wünsche erfüllen zu sollen. Diese Wünsche konkurrierten indessen mit denen eines anderen Gliedes der Entente: Serbien, das nach einem entscheidenden Endsieg einen Zugang zum Meer und eine größere Einflußsphäre an der adriatischen Küste zu erlangen hoffte. Da Italien seine Ansprüche auf Dalmatien mit ethnischen Gründen nicht überzeugend stützen konnte, so wurden auch historische Argumente ins Feld geführt: die Zugehörigkeit zu dem früheren Machtbereich der Republik Venedig, und vor allem geltend gemacht, daß man ohne den Besitz der gegenüberliegenden Küste keine Sicherheit im eigenen Lande und keine ruhige Stunde mehr haben würde. Es gab demnach innerhalb der Entente zwei Rivalen, die auf dieselbe Beute spekulierten. Auf Seiten der Serben und ihrer Freunde trug man sich mit dem Gedanken eines neu zu begründenden großen südslawischen Staates, der die von Österreich-Ungarn abgespalteten südslawischen Teile in sich aufnehmen sollte. Man mußte sich in Italien sagen, daß ein solcher Staat, wenn er wirklich zustande käme, unter die Einflußsphäre Rußlands fallen würde, dessen Festhalten an seiner Protektoratspolitik gegenüber den Balkanslawen ja nicht in Frage stehen konnte, und daß damit den eigenen Wünschen ein für allemal ein Riegel vorgeschoben sein würde. Trotz der Bindung durch den

Digitized by Google

Londoner Vertrag hatte man kein rechtes Gefühl der Sicherheit, daß das Versprochene in dem gewünschten Sinne einstmals auch voll verwirklicht werden würde. Eine internationale Pressefehde, in der die italienischen und die slawischen Interessen gegeneinander ausgespielt wurden, nahm kein Ende. Die slawischen Nationalitäten-Komitees, die in der Schweiz und in den Hauptstädten Frankreichs und Englands ihren Sitz haben, ließen es an Wühlereien gegen Italien nicht fehlen.

Eine festere Form schien das südslawische Staatsprojekt anzunehmen, als nach dem Siege der russischen Revolution im Jahre 1917 der sogenannte Vertrag von Korfu veröffentlicht wurde, der zwischen dem serbischen Minister Paschitsch und Dr. Trumbitsch, dem rührigen Leiter des südslawischen Komitees in London, vereinbart worden war. In diesem Abkommen ist der Plan eines südslawischen Staates umschrieben, der Serbien, Montenegro und die südslawischen Teile der habsburgischen Monarchie umfassen soll. Montenegro, ein einstiges Glied der Entente, dessen Herrscher in engster Verwandtschaft zu dem italienischen Königshause steht, wurde damit als selbständiger Staat beiseite geschoben. Obwohl diese mit dem stolzen Namen Vertrag bezeichnete Verständigung doch von unverantwortlichen Persönlichkeiten ohne offizielle Autorisierung getroffen wurde und keinerlei staatsrechtliche Gültigkeit besaß, erregte sie in Italien bei einem Teil der Presse die größte Empörung, da man wohl annehmen konnte, daß das Ergebnis nicht ohne geheime Zustimmung und Unterstützung gewisser Ententekreise zustande gekommen war. Besonders nahm man Anstoß daran daß in dem Dokument die Adria als „freies Meer für alle" erklärt wurde, während es für die italienischen Imperialisten ein Hauptziel war, daß sie nach diesem Kriege ein italienisches Meer („mare nostro") werden sollte. Das „Giornale d'Italia", das Organ des Ministers des Äußeren, Sonnino, bekannte unumwunden, daß Italien niemals die Schaffung eines südslawischen Staates zulassen könnte, da es sich dann der Gefahr aussetzte, anstatt Österreichs einen ebenso hartnäckigen Feind an der Adria zu finden. Eine solche unduldsame Haltung in der slawischen Frage nahm indessen nicht die gesamte Presse ein. Auf eine Verständigung mit Serben und Südslawen arbeitete namentlich die demokratisch-freimaurerische Presse unter Führung des von Frankreich inspirierten „Secolo" hin.

Daß die Befürchtungen, die imperialistischen Bestrebungen Italiens könnten bei der Entente keine wirksame Unterstützung finden, nicht unbegründet waren, schien offensichtlich zu werden, als etwa um dieselbe Zeit und in ziemlich rascher Folge nach einander Wilson, Lloyd George und andere englische Staatsmänner in ihren Kriegszielreden diese Bestrebungen geflissentlich übergingen, so daß man den Eindruck gewann, als ob nur die Gebiete der eigentlichen italienischen Irredenta unter die von der Entente gemeinsam zu vertretenden Gebietsforderungen aufgenommen werden sollten. Die Nichtachtung der weiter gesteckten Ansprüche durch die führenden Männer der Verbündeten entfachte einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung Italiens. Wenn man nicht viel mehr erhalten sollte als das, was Österreich schon

Digitized by Google

freiwillig für die Wahrung der Neutralität angeboten hatte, so hätte man sich nicht in das ungeheure Unternehmen zu stürzen brauchen. Durch einen Teil der Ententepresse wurden auch die slawischen Interessen immer wieder den italienischen Ansprüchen gegenüber in Schutz genommen, in Frankreich besonders durch das „Journal des Débats", in England durch „New Europe". Sonnino und die italienischen Organe, die in ihm ihren geistigen Vater sehen, beriefen sich dagegen beharrlich auf den Londoner Vertrag, der nach wie vor in Kraft sei, und an dessen Festsetzungen sich weder durch Reden noch durch Pressepolemiken rütteln lasse.

Eine neue Wendung nahm das südslawische Problem, als sich nach der Niederlage bei Karfreit und dem Rückzug bis zur Piave die Stellung des geschlagenen Italien innerhalb der Entente gänzlich veränderte. Seit Anfang 1918 begann in einem Teil der italienischen Presse eine lebhafte Kampagne, die eine sofortige Verständigung mit den Slawen befürwortete und im Zusammenhang damit die Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Staates als gemeinsames Kriegsziel der Entente forderte. Außer den demokratischen Organen setzte sich jetzt auch der „Corriere della Sera" und das Blatt des Ministerpräsidenten Orlando, „L'Epoca", für eine solche Taktik ein. Italien wird, nachdem Rußland nach dem Siege der Revolution die Rolle eines Schirmherrn der Slawen ausgespielt hat die Aufgabe zugewiesen, die von Österreich unterdrückten Nationalitäten in ihren Losreißungsbestrebungen zu unterstützen und unter seinen Schutz zu nehmen. Die Diplomatie müsse es dahin bringen, daß zwischen slawischen und italienischen Wünschen keine Reibung mehr stattfinde. Gelingt es Italien, die Führung der slawischen Bewegung in die Hand zu bekommen und als Vertreter der slawischen Interessen anerkannt zu werden, so wird es ihm auch gelingen, die Entente, die bis jetzt noch immer nichts von einer Aufteilung Österreich-Ungarns wissen wolle, zu dieser Ansicht zu bekehren. Dazu sind aber auch Zugeständnisse an die Slawen notwendig. Eine Revision des Londoner Vertrages wird verlangt, da in ihm Hindernisse für eine italienisch-südslawische Verständigung gesehen werden und da er Italien in den Verdacht eines imperialistischen Kriegszielprogramms gebracht hat. Diese Art der Lösung ließ Sonnino durch das „Giornale d'Italia" aufs schärfste bekämpfen. Es wird geltend gemacht, daß man zu dem Verständigungswillen der Slawen gar kein Zutrauen haben könne, daß sie nur die eine Absicht verfolgten, auf Kosten Italiens weitgehende Gewinne einzuheimsen und ihm alle seine Ansprüche am jenseitigen Adriaufer streitig zu machen. Die Möglichkeit, daß die Entente für eine Zertrümmerung Österreichs zu haben sei, wird von vornherein bestritten. Festhalten an dem Londoner Vertrag als an einem rocher de bronze sei der einzige Weg, der Italien zu seinem Ziele führen könne, während eine voreilige Verzichtspolitik den Slawen gegenüber nur Unsicherheiten und Gefahren in sich schließe. Ein dritter Standpunkt wurde von den sogenannten neutralistischen Kreisen der Giolittianer und Katholiken eingenommen. Sie

Digitized by Google

schlugen vor, die südslawische Frage in engem Einvernehmen mit den Verbündeten zu lösen. Daß durch eine sofortige Verständigung mit den Slawen eine Zertrümmerung Österreich-Ungarns herbeigeführt werden könne, daran glauben sie nicht und nehmen ebenso wie auch Sonnino an, daß die Verbündeten sich für dieses Programm niemals entscheiden würden. Sollte aber selbst Italien Erfolg damit haben, die slawischen Völker unter seiner Fahne zu sammeln, so würde das einen Kriegszustand mit Österreich in Permanenz herbeiführen. Der gemäßigten und zurückhaltenden Auffassung dieser Kreise entsprechend wird jedes Aktionsprogramm den Südslawen gegenüber verworfen, dagegen ausgesprochen, daß man sich gewisse Opfer zu ihren Gunsten, wie sie auch von der Entente gefordert würden, werde auferlegen müssen.

Eine Triebkraft erhielt die verständigungsfreundliche Bewegung der zuerst genannten Gruppe dadurch, daß Ministerpräsident Orlando ihr, wenn auch in vorsichtiger und möglichst unauffälliger Weise, den Weg bahnte. Er hatte während seines Aufenthaltes in London am Anfang dieses Jahres eine Unterredung mit Dr. Trumbitsch und lud ihn bei dieser Gelegenheit ein nach Rom zu kommen. Trumbitsch selbst suchte in Besprechungen mit englischen Staatsmännern, die durch die Presse verbreitet wurden für den italienisch-südslawischen Verständigungsgedanken zu werben.

Auf Grund all dieser Vorgänge haben sich drei Komitees gebildet, die es sich zur Aufgabe stellen, die Losreißungsbestrebungen der Slawen und die italienisch-slawische Verständigung zu fördern: 1. Das durch liberale italienische Parlamentarier begründete „Komitee für eine Verständigung mit den unter österreichischer Herrschaft stehenden Völkerschaften"; 2. das von dem reformsozialistischen Abgeordneten Canepa ins Leben gerufene „Komitee für eine Verständigung mit den Südslawen", das insbesondere zu den Serben Beziehungen unterhält; 3. das nach der interalliierten Sozialisten-Konferenz in London geschaffene sozialistische Entente-Komitee mit Sitz in Paris, an dessen Spitze Albert Thomas steht; ihm haben sich außer der italienischen reformsozialistischen Gruppe verschiedene kleinere sozialistische Organisationen der italienischen, slawischen und rumänischen Irredenta Österreich-Ungarns angeschlossen.

Auf Veranlassung des ersten Komitees begab sich sein Vorsitzender, der Abgeordnete Torre, nach London, um mit Dr. Trumbitsch ein praktisches Vorgehen zur Anbahnung der italienisch-südslawischen Verständigung zu vereinbaren. Um all diesen Bemühungen nach außen hin eine Art von erfolgreichem Abschluß zu geben, wurde der Nationalitätenkongreß inszeniert, der am 9. und 10. April dieses Jahres in Rom stattfand.

Von italienischer Seite wurde alles vermieden, dem Kongreß einen offiziellen Anstrich zu geben; er ging als eine reine Komitee-Angelegenheit vonstatten. England hatte seine besten Kenner der slawischen Verhältnisse, Wickham Steed und Seton Watson, entsandt, Frankreich war durch Thomas und Franklin Bouillon, Amerika durch seinen Gesandten in Rom, Nelson Page, vertreten. Am Schluß der Verhandlungen wurde

Digitized by Google

eine allgemeine Resolution angenommen für alle die unterdrückten Nationalitäten: Italiener, Polen, Rumänen, Tschechen, Südslawen, in der gegen die deutsche und ungarische imperialistische Unterdrückung protestiert, ein Zusammengehen der Nationalitäten und ihre Umbildung in freie nationale Einheiten gefordert wird.

In einer besonderen Abmachung zwischen dem italienischen und südslawischen Volke wurden folgende Punkte festgelegt:

1. erkennen die Vertreter der beiden Völker in den Beziehungen zwischen der italienischen und südslawischen Nation an, daß die Einheit und Unabhängigkeit der südslawischen Nation ein Lebensinteresse Italiens ist, ebenso wie die Vervollständigung der nationalen Einheit Italiens ein Lebensinteresse der südslawischen Nation ist. Deshalb verpflichten sich die Vertreter der beiden Völker mit aller ihrer Arbeit dahin zu wirken, daß während des Krieges und im Augenblick des Friedens diese Ziele in vollem Umfang erreicht werden;
2. wird festgestellt, daß die Freiheit des Adriatischen Meeres und seine Verteidigung gegen jeden augenblicklichen und etwaigen Feind ein Lebensinteresse der beiden Völker ist;
3. sollen die einzelnen territorialen Streitigkeiten freundschaftlich auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips und des Rechts der Völker, über ihr eigenes Geschick zu entscheiden beigelegt werden, und zwar in der Weise, daß die Lebensinteressen der beiden Nationen, die im Augenblick des Friedens formuliert werden sollen, nicht verletzt werden;
4. soll den Volksteilen, die dem Gebiet eines anderen Volkes einverleibt werden sollten, das Recht auf Achtung ihrer Sprache und Kultur, sowie ihrer moralischen und wirtschaftlichen Interessen garantiert werden.

Ein besonders wichtiger Streitpunkt — die Freiheit des Adriatischen Meeres betreffend —, der, wie schon bemerkt, nach der Veröffentlichung des Vertrages von Korfu Italien in Harnisch gebracht hatte, scheint äußerlich wenigstens durch Absatz 2 aus der Welt geschafft. Aber der Kongreß war ja nur eine für den Moment aufgerichtete Scheinfassade, mit schmückendem, das Auge auf sich ziehenden Beiwerk geziert, der es an einem soliden Hinterbau fehlt. Die italienische Regierung hielt sich abseits; nur Orlando begrüßte am Schluß privatim die Vertreter der Nationalitäten und führte in einer Ansprache mit sehr allgemein gehaltenen Worten aus, daß es kein wesentliches Hindernis für die italienisch-slawische Verständigung gäbe. Der Presse aller Schattierungen aber lieferte die geflissentlich aufgebauschte Veranstaltung Propagandastoff, das Ergebnis als römischen Vertrag (patto di Roma) zu feiern.

Wenn auch einer solchen Losung die gesamten Kriegsblätter folgten, und „Giornale d'Italia" und „Idea Nazionale", die den Verständigungsgedanken immer bekämpft hatten, sich jetzt anschlossen, so wurde doch ersichtlich, daß Sonnino mit der ganzen Sache nichts zu tun haben will. Als kühl, wenn auch meist falsch rechnender und zu keinem Überschwang neigender Politiker ist er sich klar darüber und hat es auch aussprechen lassen, daß die Wortführer der österreichischen Nationalitäten Persönlichkeiten ohne Befugnisse sind, von denen man gar nicht weiß, was für ein Anhang in ihrer Heimat hinter ihnen steht, die also nicht gerade geeignet sind, sich als vertragschließende Potenz zu gebärden. Er zeigt sich nicht gewillt, die wenigstens auf dem Papier verbürgte Chance des Londoner Vertrags aufzugeben, um sich ein

Digitized by Google

völlig ungreifbares Phantom in die Hand spielen zu lassen. Ist er auch genötigt, dem geschäftigen Treiben der Komitees seinen Gang zu lassen, so steht er ihm doch mißtrauisch und abweisend gegenüber. In der Presse der Verbündeten, die gewiß ein Interesse an einer Lösung der südslawischen Frage durch ein Entgegenkommen Italiens haben, kommt hier und da auch zum Ausdruck, auf wie schwankem Boden das Abkommen steht. So bemerkte Gauvain im „Journal des Débats", Orlando hätte sich in seiner Ansprache bestimmter ausdrücken sollen, und stellt die Forderung, daß eine gemeinsame Erklärung der Kabinette von Rom, Paris und London über die verhandelten Fragen erfolgen möge. Auch die „Humanité" beklagte, daß die italienische Regierung die Ergebnisse des Kongresses durch ihr Fernbleiben entwertet habe.

Eins aber ist erreicht worden, daß dem Plan eines südslawischen Staates nicht mehr offiziös von italienischer Seite wie noch im vergangenen Jahre ein klares Veto entgegengestellt wurde, obwohl Dr. Trumbitsch ausdrücklich erklärte, daß als Grundlage für eine italienisch-südslawische Verständigung immer der Vertrag von Korfu zu gelten haben werde.

Nicht lange nach dem Kongreß erschien Nikita von Montenegro in Rom — angeblich nur um einen Familienbesuch abzustatten. Er wird sich wohl aber auch für die Frage interessiert haben, ob Italien die Hand dazu bieten wolle, daß sein Königreich von einem großen südslawischen Staat verschluckt werde. Daß man diese in dem Vertrag von Korfu vorgesehene Operation durchaus nicht ohne weiteres über sich ergehen lassen will, erhellt aus einem Interview, das Prinz Peter von Montenegro kürzlich einem Vertreter der römischen „Tribuna" gewährt hat („Tribuna" vom 31. Mai 1918). Er führte darin aus: Montenegro habe der Erlangung der Unabhängigkeit der serbisch-kroatisch-slowenischen Nation stets sympathisch gegenübergestanden, müsse jedoch für sich unter allen Umständen nationale Selbständigkeit beanspruchen, eine Forderung, die im Einklang steht mit den Zielen der Entente, die für die Durchführung des Nationalitätenprinzips — auch den kleinen Staaten gegenüber — kämpft. Montenegro sei wegen der Verwandtschaft seiner Sprache und Kultur der Gefahr der nationalen Auffaugung durch eine viel größere Gemeinschaft ausgesetzt, was indessen nicht mit den Wünschen der Montenegriner übereinstimmen würde, die stolz sind auf ihre eigene Nationalität. Die Sprache läßt es an Deutlichkeit nicht fehlen und ist eine klare Absage an den Vertrag von Korfu und den sich ihm anschließenden „Patto di Roma".

Je mehr von den Nationalitäten-Unruhen innerhalb des österreichischen Staates an die Öffentlichkeit drang, um so lauter wurde in Italien in das Horn geblasen zur Verhetzung der Völkerschaften. Zu der südslawischen trat die tschechisch-slowakische Propaganda. Aus tschechischen Gefangenen wurde ein Truppenkörper zusammengestellt, der weniger militärischen Zwecken dienen sollte, als zur Reklame für die neue Slawenpolitik bestimmt war. Die Vorführung dieses Tschechenkorps bildete

Digitized by Google

auch einen Hauptpunkt in dem Programm für die Feier der dritten Jährung des Eintritts Italiens in den Krieg am 24. Mai dieses Jahres. An dem Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom wurden die Truppen mit einer Fahne begabt; Reden auf die Befreiung Böhmens lösten brausenden Jubel aus.

So wird augenblicklich in Italien mit allen Mitteln eine Slawen-Begeisterung entzündet. Überredungskünste werden aufgeboten, um das italienische Volk zu einer Liebe für die Slawen zu bewegen, um den Slawen nahe zu legen, daß sie in den Italienern ihre natürlichen Bundesgenossen und Beschützer sehen. Historische Geister greifen in das Buch der Geschichte, deren Material sich ja, wie der den Weltkrieg begleitende geistige Feldzug zur Genüge gezeigt hat, für alle Beweise, Konstruktionen und Theorien beliebig ausbeuten läßt, um darzutun, daß die italienischen Freiheitskämpfer Mazzini und Cavour schon einer Befreiung der Slawen vorgearbeitet haben. Dem heutigen Italien sei vom Geschick die Aufgabe vorgeschrieben, die Befreiung der Slawen durchzuführen. Bedenkt man, wie sich das Verhältnis zwischen Italienern und Slawen in den unter österreichischer Herrschaft stehenden gemischten Gebieten vor dem Kriege gestaltete und welches noch bis vor kurzem die Gesinnung Italiens den Südslawen gegenüber war, so wird ein nicht in die Leidenschaften des Tages verstrickter Beobachter wie öfter solchen leidenschaftlichen Gebärdungen nur ein ironisches Lächeln entgegenbringen können.

Kürzlich ging durch die deutsche Presse die Meldung, daß zwischen England und Italien neue Abmachungen getroffen werden sollten, die wohl die südslawische Frage berühren dürften. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Die von uns geschilderten Bestrebungen sollten aber jedenfalls den Boden bereiten für eine Revision des Londoner Vertrags, die auch, wie wir sahen, von einem Teil der italienischen interventionistischen Blätter gefordert wurde. Das Abkommen gilt in der Entente, wie es in ihrer Presse des öfteren ausgesprochen wurde, als die Beurkundung eines skrupellosen italinischen Imperialismus. Soeben erklärte zwar Lord Cecil noch auf die Anfrage des Abgeordneten King im Unterhause, daß der Londoner Vertrag nach wie vor in Geltung sei, aber es wird sich wohl bald zeigen, wie weit die Tragfähigkeit dieses Baues reicht, von der Sonninos Schicksal abhängen dürfte.

Dem Drängen verschiedener Kreise der Entente, die Regierungen mögen zu dem italienisch-slawischen Problem Stellung nehmen, sind diese bis jetzt nur durch eine sehr allgemein gehaltene Sympathieerklärung für die slawischen Wünsche entgegengekommen. Nachdem der amerikanische Staatssekretär Lansing zum Ausdruck gebracht hatte, daß die nationalen Bestrebungen der Tschecho-Slowaken und der Südslawen für ihre Unabhängigkeit die lebhafte Sympathie der Vereinigten Staaten fänden, hat sich der am 3. Juni in Versailles versammelte Kriegsrat, in dem die Ministerpräsidenten von Frankreich, Großbritannien und Italien vertreten waren, dem Wortlaut dieser Erklärung angeschlossen.

Digitized by Google

Die ukrainischen Parteien

Von Axel Schmidt

Will man Einblick in das ukrainische Parteiwesen erhalten, so muß man davon ausgehen, daß das ukrainische Volk seit dem Einfall der Tartaren im 13. Jahrhundert seine staatliche Selbständigkeit eingebüßt hatte. Als der alte Kiewer Staat von diesen Nomaden überrannt worden, gelang es dem westlichen Teil mit Halytsch als Hauptstadt (von hier stammt der Name Galizien), seine Selbständigkeit bis zum 15. Jahrhundert gegen Polen zu behaupten. Im Gebiete zwischen Dnjepr und Don war eine menschenleere Steppe entstanden, auf der nur hin und wieder Nomadenvölker auftauchten. Der westliche Teil des alten Kiewer Staates geriet unter litauische, später unter polnische Herrschaft. Bis auf die breite Volksmasse wurde die gebildete Oberschicht so gut wie restlos vom Polentum aufgesogen. Allmählich begann sich die bäuerliche Masse der Ukrainer wieder weiter nach Osten vorzuschieben. Die in Polen unfrei gewordenen Bauern flohen in die Steppe, um ein Grenzlerleben, als Hirten, Jäger und Krieger zu führen. Mit der Zeit entstand daraus die Kosakenrepublik, die nur lose mit Polen zusammenhing, bis sich deren Hetmann Chmelnizkij 1654 von Polen losriß. Er suchte bei Moskau Anschluß, weil er sich allein zu schwach fühlte, um gegen Polen, Moskau und Türkei gleichzeitig zu kämpfen. Damit war aber das ukrainische Volk vom polnischen Regen unter die großrussische Traufe geraten. Waren sie von Polen polonisiert worden, so wurden sie jetzt in noch brutalerer Weise russifiziert. Wie im Westen die Oberschicht polnisch geworden war, so ging sie im östlichen Teil der Ukraine im Großrussentum auf. Nur geringe Reste der ukrainischen Gebildeten blieben in Stadt und Land ihrer alten angestammten Nationalität treu. Selbst einige Dichter des ukrainischen Volkes wie Gogol, Potapenko und Korolenko, die in ihren Dichtungen oft genug ukrainisches Leben schildern, bedienten sich dabei der großrussischen Sprache. Selbst Gogols „Taras Bulba", die Verherrlichung des Kampfes der ukrainischen Kosaken gegen die polnischen Unterdrücker, ist in russischer Sprache geschrieben.

Die bäuerliche Masse blieb aber von dieser Entnationalisierung verschont, weil die Zaren glaubten, daß nur Unbildung das Volk von revolutionären Ideen fernzuhalten imstande sei. Dank dieser Spekulation auf die Unbildung blieb dem ukrainischen Volke seine Sprache erhalten und von hier aus ist die Wiedergeburt der ukrainischen Staatsidee ausgegangen. Taras Schewtschenko, ein ukrainischer Leibeigener — Katherina II., hatte am Ende des 18. Jahrhunderts erst auf die Ukraine die Leibeigenschaft ausgedehnt — hat dem ukrainischen Volke seine Vergangenheit wieder lebendig gemacht. Der Lohn für die Wiedererweckung des Nationalgefühls war Verbannung nach Sibirien. Die Saat aber, die Schewtschenko in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgestreut hat, ist seit Aufhebung der Leib-

Digitized by Google

eigenschaft in Rußland (1863) aufgegangen. Die Bauernschaft begann eine neue ukrainische Oberschicht zu bilden, die aus Dorfgeistlichen, Dorfschullehrern, Landärzten, Agronomen, Angestellten der ländlichen Selbstverwaltungsorgan (Semstwo und Verwaltern der Konsumgenossenschaften bestand. Die zarische Regierung kämpfte leidenschaftlich gegen diese nationalen „Auswüchse" an. Aber es half nichts. Die Bewegung erwies sich stärker, als die zarische Gendarmerie. Nur ein kleiner Teil von der neuen ukrainischen Bildungsschicht konnte in den freien Berufen Arbeit finden, weil die zarische Regierung nationalbewußte Ukrainer als Beamte nicht in ihrer Heimat anzustellen pflegte. Viele von den Gebildeten mußten daher als Richter, Lehrer, Eisenbahn-, Telegraphen- und Postbeamte außerhalb der Ukraine ihr Brot suchen. Hierdurch erreichte es die Regierung, daß zu Hause die ukrainische Bildungsschicht sehr dünn blieb. Dafür sind aber im ganzen weiten russischen Reich, bis nach Sibirien hinein, überall kleine Mittelpunkte ukrainischen Lebens entstanden, deren Mitglieder jetzt in die Heimat zurückzukehren bestrebt sind. Nach Schewtschenkos Tode machte der ukrainische nationale Gedanke eine Wandlung durch. Er begann politisch zu werden. In den siebenziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der aus der Ukraine stammende Professor Drahomanow in Sofia der Führer der ukrainischen Nationalbewegung geworden. Er glaubte nicht an die Möglichkeit einer Loslösung der Ukraine von Rußland und verlegte daher der Schwerpunkt des Kampfes auf die Forderung einer Autonomie im Rahmen einer russischen Föderativrepublik. Er verband sich zu diesem Zwecke mit den russischen Liberalen und bekämpfte mit ihnen gemeinsam das Zartum, bei dessen Sturze er bei Anbruch des allgemeinen russischen Völkerfrühlings auch für seine ukrainische Heimat eine schöne Zukunft erhoffte. Je mehr er zum allgemeinen Vorkämpfer der russischen Freiheitsidee wurde um so mehr begann sich dagegen in der Ukraine eine Opposition geltend zu machen. Ihr Führer wurde der Dichter Franko, der den Unabhängigkeitsgedanken leidenschaftlich vertrat. Drahomanows Ideen von der Föderativrepublik nahm nach seinem Tode der Lemberger Professor Hruschewsky auf, der, obzwar aus Kiew stammend, durch seinen langen Aufenthalt in Galizien den Gegensatz zu Polen lebhafter empfand, als die russischen Ukrainer.

Die Revolution von 1905 zeigte zum erstenmal der russischen Öffentlichkeit die Stärke der ukrainischen Bewegung. In der ersten Duma tauchten unerwarteterweise einige fünzig Ukrainer auf, die nach dem Drahomanowschen Rezepte die Erfüllung ihrer Autonomiewünsche seitens des russischen Liberalismus erhofften. Nur zu bald trat die Enttäuschung ein. Sie erkannten rasch, daß sie weder bei der zarischen Regierung, noch bei den großrussischen Parteien auf Entgegenkommen zu hoffen hätten. Sie schlossen sich daher in der zweiten Duma, wo sie bereits auf 62 Mann angeschwollen waren, zu einer eigenen Fraktion zusammen. Dieses Erstarken des ukrainischen Gedankens war bekanntlich einer der Gründe, daß Stolypin zum Staatsstreich

Digitized by Google

griff und das demokratische Wahlrecht zugunsten des Großgrundbesitzes abänderte. Der äußerliche Erfolg war durchschlagend. In die dritte Duma zog kein Ukrainer ein. Innerlich war aber damit der Radikalisierung der ukrainischen Idee mächtig Vorschub geleistet. In allen Parteien warb der Unabhängigkeitsgedanke viel Anhänger. Augenblicklich hat, wie ich bei meinem kürzlichen Aufenthalt in Kiew aus zahlreichen Gesprächen mit Führern aller ukrainischen Parteien erfahren habe, die Unabhängigkeitsidee auf der ganzen Linie gesiegt, weil er sich dank dem Siege der deutschen Waffen als möglich erwiesen hat.

Für den ukrainischen Nationalgedanken haben seit Jahren vor allen Dingen drei Parteien gearbeitet: Die Sozialisten-Ssamostniki, die Sozialdemokraten und die Sozialisten-Föderalisten. Da, wie wir gesehen haben, die neue ukrainische Oberschicht noch eng mit dem Bauerntum zusammenhängt, so sind naturgemäß alle Parteien sehr demokratisch gerichtet. Das zeigt sich schon in ihren Namen, die alle das Wort sozial in ihrem Schild führen. Das erscheint auf den ersten Blick sonderbar, weil die Ukrainer ein ausgesprochenes Bauernvolk sind. Bei ihnen bedeutet aber das Wort „sozial" mehr den Protest gegen die agrarischen Besitzverhältnisse, als einen Gegensatz zum Kapital. Die Sozialisten-Ssamostiniki können für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie von Anbeginn für die völlige Trennung der Ukraine von Rußland eingetreten sind. Die russische Regierung verfolgte sie daher besonders energisch und auf ihre Bestrebungen prägte Stolypin das Wort Mazepismus (Mazepa war der Hetmann der Kosaken, der sich unter Peter dem Großen mit Karl XII. verband, um die Ukraine von Moskau loszureißen). Sie sind eine kleinbäuerliche Partei, die den Großgrundbesitz zugunsten landarmer Bauern so gut wie ganz aufteilen will, den sie aber zu persönlichem Eigentum erhalten sollen. Ihre Führer sind der Direktor einer Kooperativgenossenschaft, Stepanenko, Ingenieur Makarenko, Dr. Luzenko und Glebow. Sie sind die eifrigsten Anhänger eines engen Anschlusses an die Mittelmächte, welchen Gedanken ihr Blatt „Ssamostinik" (Selbständigkeit) seit Beginn der Revolution aufs lebhafteste vertritt. Rechts von ihnen stehen die Sozialisten-Föderalisten. Sie tragen ihren Namen jetzt zu Unrecht. Sie sind weder Sozialisten, noch Föderalisten. Sie sind politisch von Drahomanow ausgegangen und glaubten als Realpolitiker mit ihren Forderungen nicht weiter als bis zur Autonomie gehen zu können. Da der Weltkrieg die Selbständigkeit der Ukraine gebracht hat, sind sie ohne Schwanken auf diesen Boden getreten, weil sie prinzipiell nichts gegen die Verwirklichung dieser Idee einzuwenden hatten. Sie vertreten die städtische Intelligenz und haben unzweifelhaft die meisten politischen Köpfe um ihre Fahne gesammelt. Ihr Führer ist der Schriftsteller Jefremow. Neben ihm spielt Doroschenko (der jetzige Ministergehilfe des Äußern), der Jurist Scheluchin (Führer der ukrainischen Delegation bei den jetzigen Verhandlungen mit den Bolschewiki), Schulgin und Nikowski, der Redakteur ihres

Digitized by Google

Parteiorganes „Nowa Rada“, eine Rolle. In der alles beherrschenden Landfrage treten auch sie für eine weitgehende Enteignung im Interesse der Bauern ein, gehen aber damit nicht ganz so weit, wie die Ssamostiniki. Die stärkste Partei im Lande sind die Sozialdemokraten. Das muß in einem so ausgesprochenen agrarischen Lande wie die Ukraine überraschen, in der 85 Prozent der Bevölkerung noch vom Ackerbau leben. Zudem besteht ein großer Teil der Fabrikarbeiter besonders im Donezgebiet aus zugewanderten Großrussen. Dafür aber ist die dörfliche Intelligenz, wie Dorfschullehrer, Agronomen, Tierärzte, Gemeindeschreiber, sozialistisch gesinnt. Ihr Führer ist der Schriftsteller Winitschenko (erster Ministerpräsident des ukrainisches Staates vor dem Kabinett Holubowitsch). Neben ihm spielt der Rechtsanwalt Porsch eine bedeutende Rolle. Ihre landwirtschaftliche Autorität ist der Leiter einer Kooperativgenossenschaft, Martos (Landwirtschaftsminister im Kabinett Winitschenko). Ihr Blatt heißt „Rabotnitscha Gazeta“, deren Redakteur Bensa ist. Anfang Mai, als ich in Kiew weilte, um die ukrainische Bewegung zu studieren, trat eine weitere Partei die „Ackerbauer-Demokraten“ mehr an die Öffentlichkeit. Sie ist ein Versuch der Gebrüder Schemet, Großbauern und ukrainisch gesinnten Großgrundbesitz zusammenzufassen. Gelingt diese Bildung, so würde sie den Ansatz zu einer gemäßigten Agrarpartei abgeben. Auch sie tritt für eine weitgehende Enteignung ein. In der Notwendigkeit der Aufteilung des Großgrundbesitzes sind sich alle ukrainischen Parteien einig, weil nur darin die Möglichkeit liegt, den Hemmschuh der großrussischen und polnischen Oberschicht zu beseitigen. Letzten Endes ist eben die Enteignung eine eminent wichtige nationale Frage. All diese Parteien sind aus dem Wunsche erwachsen, dem nationalen Gedanken in der Ukraine zu dienen. Die letzte Partei, die Sozial-Revolutionäre, dagegen hat einen anderen Ursprung. Ihr Nährboden war die allgemein russische Unzufriedenheit und zwar in politischer und agrarischer Beziehung. Das bietet ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche. Wohl wurde sie von der allgemeinen russischen Welle der Unzufriedenheit mit in die Höhe gehoben, aber die innere Gebundenheit an großrussische wirtschaftliche Ideale begann sie bald wieder herabzuziehen. Ihr großes Verdienst ist es, als führende Partei in der Rada dem Gedanken der ukrainischen Unabhängigkeit zum Siege verholfen zu haben. Desgleichen, daß ihre Vertreter in Brest-Litowsk mit Sewrjuk, dem späteren Gesandten in Berlin, an der Spitze, in die Bresche sprangen, als Trotzki in falscher Einschätzung des Kräfteverhältnisses den Verhandlungstisch verließ. Später geriet aber diese Partei in der Frage der Agrarreform in den großrussischen Irrgarten der Sozialisierung des Grund und Bodens. Hier zeigt sich die geistige Abhängigkeit dieser Partei vom großrussischen wirtschaftlichen Ideal, die zur Katastrophe führte.

Außer diesen fünf ukrainischen Parteien spielen noch die großrussischen Kadetten dort eine Rolle. Sie stützten sich auf den großrussischen Grundbesitz, auf die Industrie, die finanziell stark von Moskau abhängt, und auf das große Heer großrussischer Be-

Digitized by Google

amter, die die Zaren zu russifikatorischen Zwecken in die Ukraine sandten. Während sich diese Partei aus den eingewanderten Elemente rekrutiert und durch Agrarreform, Verselbständigung der Industrie, durch Lösung der Bankverbindungen mit Moskau und durch Austausch der großrussischen Beamten gegen ukrainische aus Rußland völlig entwurzelt werden kann, fußen die vorgenannten Parteien auf der breiten bäuerlichen Masse. Letztere wollen aber unter allen Umständen den ukrainischen Staat, weil nur dieser im Besitz des den fremden Herren, Großrussen und Polen, genommenen Landes belassen wird. Da wir jetzt endlich den ukrainischen Staat in das Spiel der Kräfte gegen Moskau einzusetzen gewillt sind, so müssen wir bei dieser Politik naturgemäß mit dem ukrainischen Volk und nicht mit der landfremden kadettischen Oberschicht arbeiten. Die Schlußfolgerung hieraus ergibt die Notwendigkeit eines demokratischen Wahlrechts, weil bei einem Bildungs- oder Vermögenszensus der ukrainische Bauer ausgesiebt und Großrussen, Polen, Juden und deutsche Kolonisten oben bleiben würden. Wie restlos in der Ukraine ein solcher Zensus wirken kann, bewiesen die Dumawahlen. Während in der ersten Duma 54 und in der zweiten 62 ukrainische Abgeordnete vorhanden waren, gelang es in der dritten Duma, für das ein Zensuswahlrecht eingeführt wurde, keinem einzigen Ukrainer, ins russische Parlament zu gelangen. Setzen wir uns daher bei der Hetmanns-Regierung für eine breitwürfige Agrarreform, für eine Durchschneidung der finanziellen Abhängigkeit der Donezindustrie von Moskau, für eine energische ukrainische Schulpolitik und für eine Verselbständigung der dortigen orthodoxen Kirche ein, so wird sich der ukrainische Staat auf dem sicheren Fundament des auf eigener Scholle stehenden Bauerntums politisch ganz von selbst zu einem Bollwerk gegen die russische Gefahr auswachsen und wirtschaftlich zu einem notwendigen Faktor für Mitteleuropa werden.

„Theologie ohne Deutschland“

Von Professor D. Adolf Deißmann, Berlin

Auf drei Hauptschauplätzen tobt der Kampf der Völker: auf dem militärischen dem wirtschaftlichen und dem kulturellen. Die Parallelität der Ereignisse dieses dreifachen Krieges zu erforschen wird eine der wichtigsten Aufgaben der künftigen Geschichtswissenschaft sein. Dabei wird sich eine Tatsache als besonders bemerkenswert herausstellen: die Kausalität (das Ursachenverhältnis), in der unbefriedigende Gesamtlage und verstärkte kulturelle Offensive bei unseren Gegnern zu stehen pflegen. Wäre die Sache nicht zu ernst, so könnten wir jede neue Greuelpropaganda, jeden neuen Boykottversuch gegen uns mit einem Gefühl der Befriedigung begrüßen, weil sie stets ein Symptom der Unbefriedigung auf der Gegenseite zu sein pflegen.

Nur aus dem Gefühl einer schweren Depression scheinen mir auch die in England unternommenen Versuche einer theologischen Ächtung Deutschlands entsprungen zu sein. Ich will zwei von ihnen kurz besprechen.

Digitized by Google

Dr. J. S. Carroll protestierte in einem Artikel der „National Review“ vom Oktober 1917 gegen die Fortsetzung der vor dem Kriege bekanntlich in steigendem Maße geübten Praxis junger englischer Theologen, ihre Studien in Deutschland fortzusetzen:

„Der Gedanke ist einfach unerträglich, daß unsere Studenten, die zukünftigen Lehrer der Religion, den alten theologischen Verkehr mit einem nicht bereuenden und nicht neugeborenen Deutschland aufnehmen und die Lehre Gottes zu Füßen unbußfertiger Räuber und Mörder lernen sollen. Wenn diejenigen unserer Söhne, welche den Krieg überleben, nach Hause kommen, nachdem sie durch ihre vornehme Selbstopferung in Liebe und Rechtschaffenheit uns Gott gezeigt haben, so ist es mehr als zweifelhaft, ob sie den Predigten von Männern lauschen wollen, die bereit sind, ihre Gotteslehre aus Quellen zu ziehen, die mit Ungerechtigkeit vergiftet und mit Haß befleckt sind.“

Damit läßt Dr. Carroll Töne weiterklingen, die im Augustheft der „Contemporary Review“ von 1917 Rev. E. C. Waterhouse angeschlagen hatte. Deutschland habe sich, so führt sein Artikel „Theologie ohne Deutschland“ („Theology without Germany“) aus ohne Gewissensbisse dem einfachen Trieb, zu töten, hingegeben, unbehindert durch Gesetze und unbeschränkt durch das Gefühl. Seine Presse, sein Volk und seine Gelehrten billigten diese Politik. Hierdurch hätten sie eine Erneuerung der alten Beziehungen nach dem Kriege unmöglich gemacht: des Austauschs der Studenten an den Universitäten, des Strebens nach Übersetzung deutscher Bücher, des wissenschaftlichen Verkehrs. Es sei täglich klarer, daß der künftige Fortschritt von Wissenschaft und Zivilisation in scharfer Trennung von der „Kultur“ Deutschlands erfolgen müsse. Solche Trennung könne indessen nicht an allen Punkten in gleicher Weise vorgenommen werden. Das Wesen der modernen Zivilisation sei eine zu enge Einheit, um eine völlige Abtrennung eines Teiles vom Ganzen zuzulassen. Keine nützliche Erfindung der deutschen Wissenschaft z. B. könne ignoriert werden. In den normativen Wissenschaften dagegen werde die Trennung Deutschlands von Europa am meisten hervortreten. Es sei unbestreitbar daß die deutsche Führerschaft in der Wissenschaft für Generationen vorbei sei. Am wenigsten würden die Engländer geneigt sein, deutsche Philosophie, Ethik und Theologie zu studieren. Es würde Heuchelei sein, zu behaupten, dieser Verlust der Verbindung mit deutscher Wissenschaft wäre von keiner Bedeutung; denn Deutschlands Beiträge zur Wissenschaft seien unbestreitbar bedeutend gewesen. Und doch sei zu bedenken, daß der Verlust keineswegs ohne beträchtliche Entschädigungen stattfinden werde: man werde eben mit der deutschen Theologie und Philosophie auch die Mängel ihrer Methoden los werden.

Rev. Waterhouse versichert, schon vor dem Kriege diese Mängel erkannt zu haben; die leitenden Denker aber und die akademischen Kreise Englands hätten damals für solche Anzweiflung der Führerschaft Deutschlands kein Verständnis gehabt:

„... wo der Zauber dahin ist, haben wir die Freiheit, unparteiischer diese Mängel festzu... und eine klarere Schätzung der Stärke und der Schwäche der deutschen wissenschaft... hode vorzunehmen.“

... Eigenschaften der deutschen Gelehrten seien Geduld, Gründlichkeit und

Digitized by Google

Fleiß gewesen, besonders in der energischen Einstellung auf die Einzelheiten. Ihr Mangel, besonders in Theologie, Philosophie und den verwandten Gebieten, habe in der allgemeinen Neigung bestanden, eine Gesamtregel oder Methode auf alle Einzelbeispiele anzuwenden und kritische Untersuchungen dadurch zu beeinträchtigen, daß man sie nicht mit unbefangenem Geist, sondern mit Rücksicht auf eine vorher angenommene Theorie anstellte. Ein gutes Beispiel biete sich in der neuesten Bibelkritik; Waterhouse bespricht hier insbesondere die Versuche der Quellenscheidung. Für die Sucht, die Einzeltatsache in eine vorher feststehende Theorie hineinzuzwängen, zitiert er die Tübinger Schule und zwei neuere Gelehrte: den ganz nach der Methode Baurs arbeitenden Albert Schweitzer mit seinem Buch über die Leben-Jesu-Forschung und Arthur Drews mit seiner „Christus-Mythe“. Unter den Aufgaben anderseits, die demgegenüber die deutschlandfreie englische Forschung anzugreifen habe, nennt er das Studium der Sprache des Neuen Testaments auf Grund der gleichzeitigen Papyri, archäologische Arbeit in der Art von Sir William M. Ramsay und die stärkere Einstellung des gesamten Bibelstudiums auf den Osten:

„Wir müssen die Dinge des Ostens weniger nach der Art des Abendlandes erklären, denn es kann kaum geleugnet werden, daß die westliche Denkweise und Betrachtung nicht geeignet waren für eine rechte Würdigung der östlichen Religion, — ein Fehler, den der allzu theoretische Charakter der Studien auf den engen deutschen Universitäten der Provinz groß zog.“

Was ist zu dieser theologischen Blockadeansage als solcher zu bemerken? Viel oder wenig. Ich beschränke mich, überzeugt, daß das Wenige hier das Richtige ist, auf die Antwort: Macht ihn nur einmal, euern Versuch einer „Theologie ohne Deutschland“! Nicht uns schädigt ihr durch solche Ächtung, sondern euch selbst und die Wissenschaft! Und wenn irgendeine Erscheinung der Kriegspsychose unrettbar dem Fluch der Lächerlichkeit vor der Weltgeschichte anheimfällt, so ist es dieser Versuch, eine ihrem Wesen nach ökumenische (weltweite) Sache zur Krähwinkelei eines erregten Chauvinismus zu machen.

Ich widerstehe der Versuchung, die Einzelheiten des Gedankengangs des Rev. Waterhouse zu kritisieren. Es ist zweifellos, daß er in der Kritik der deutschen Methoden auch Richtiges sagt; aber er unterläßt es, zu bemerken, daß wir selbst in lebhafter Selbstkritik unsere Schwächen unsererseits nicht minder stark empfunden haben und sie wohl auch zu vermeiden suchen. Arthur Drews als typisch für die deutsche Theologie hinzustellen, ist grotesk. Anderseits ist es im Hinblick auf die Frage nach dem Volkstum der Elsässer gewiß pikant, von einem Vertreter der Entente das Zeugnis zu hören, daß Albert Schweitzer (vielleicht der geistvollste Kopf unserer jüngeren Elsässer Theologengeneration) an dem „typischen deutschen Denkfehler“ leide. Auch die Aufgaben der künftigen deutschlandfreien englischen Theologie sind zum guten Teil von Deutschen bereits gestellt und in Arbeit genommen.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß amerikanische Theologen seit Eintritt ihres Landes in den Krieg manchen Fehler der „Kriegstheologie“ anderer Län-

Digitized by Google

der vermieden haben; das „vestigia terrent“ (die abschreckendenden Fußspuren) kam den spät Mobilisierten ja zugute. Am bemerkenswertesten, weil von offizieller Stelle kommend, erscheint mir die scharfe Ablehnung des von der Entente nach dem Krieg geplanten Wirtschaftskriegs gegen Deutschland durch die amtliche Vertretung der protestantischen Kirchen Nordamerikas, das „Federal Council“[1]; auch das Gelöbnis der Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit des Aufbaues mit uns nach Wiederherstellung des Friedens in dem Kriegsmanifest des „Federal Concil“ vom 10. Mai 1917 (vgl. „Deutsche Politik“ II Nr. 32 vom 10. August 1917) verdient ein achtungsvolles Gedächtnis.

So hat es mich eigentlich auch nicht überrascht, daß gerade aus Amerika ein kräftiger Protest gegen den deutschlandfreien Herrn Waterhouse gekommen ist. In der „Methodist Review“ (New York) vom Januar 1918 unterzieht der Herausgeber in seinem Leitartikel das Programm des englischen Fanatikers einer in der Form verbindlichen, in der Sache scharfen und ablehnenden Kritik, wobei die unvergleichlich größere wirkliche Kenntnis der deutschen Theologie auf seiten des amerikanischen Theologen ist.

Eine jüdische Siedlung in Palästina

Ein deutscher jüdischer Soldat, der an der Palästinafront steht, sendet uns die nachfolgenden anschaulichen Eindrücke von dem Besuche einer zionistischen Kolonie:

Im Felde, 26. April 1918.

Eine Dienstreise führte mich wieder mal nach der Ebene Jesreel oder Israel, dem alten Schlachtfeld Palästinas. Da nahm ich mir einen Nachmittag freie Zeit und machte meinen zweiten Ausflug in eine benachbarte jüdische Siedlung, die meine durch Tell Adâß hochgespannten Erwartungen durchaus bestätigte, wenn nicht übertraf. Ein Fußmarsch von unsern Zelten bei Station Afule führte mich über die unendlich grüne Ebene in etwa ¾ Stunden an den Fuß eines niedrigen Hügels, auf dessen Höhe die Siedlung Merchawia liegt, ein Name, der im Herbäischen, wie mir nachher erklärt wurde, „Gottes Weite“ bedeutet. 500 Meter vor dem Wirtschaftshofe beginnen bereits die üppigen Weizenfelder, welche dieses Jahr wegen der ausgiebigen Winterregen ganz besonders viel versprechen. Die Gerste ist schon bald schnittreif. Bohnen, zum Teil schon geerntet, zum Teil noch in strotzender grüner

[1] Vgl. das offizielle Kriegshandbuch des „Federal Council“: „The Churches of Christ in Time of War“, New York 1917, S. 188: „Nach dem Kriege einen dauernden Wirtschaftskrieg zu führen, wie vorgeschlagen worden ist, würde eine Verletzung der Fundamentallehren Jesu sein. Es ist die unverbrüchliche Pflicht der Kirchen, den Geist der Versöhnung zu fördern als die Triebkraft für ein lebendiges Zusammenarbeiten der ganzen Welt, und hiervon sollen unsere Gegner nicht ausgeschlossen sein.“ Man sollte sich diese schwerwiegende Kundgebung merken.

Digitized by Google

Fülle. Das Gut besteht aus einem weiten Wirtschaftshof, rings festungsartig von massiven Gebäuden umschlossen, die teils Wohnhäuser, teils Scheunen, teils Werkstätten sind. Außerdem befinden sich noch freie Bauernsiedlungen in der Nähe.

Der Kern ist die gemeinwirtschaftliche Siedlung auf dem erwähnten großen Gehöft, in dessen Mitte ein 13 Meter hoher Wasserturm aus Eisenbeton von den Siedlern selbst erbaut worden ist. Die Gliederung soll nach Franz Oppenheimerschen Gedanken durchgeführt sein, die einfach darin zu bestehen, scheinen, daß der Besitz und das Betriebsvermögen der deutschen zionistischen Gesellschaft gehören (jüdischer Nationalfonds), während die Siedler selbst Arbeiter sind, die unterschiedslos, Männer und Frauen, 65—70 Frcs. monatlich bekommen. Die ganze Siedlung umfaßt 900 ha. mit 250 Seelen, davon entfallen auf den gemeinschaftlichen Kern 300 ha = 1200 Morgen mit etwa 150 Seelen. Daß alles trotz dieser unterschiedslosen Behandlung so verhältnismäßig gut geht und sich fortentwickelt, ist offenbar auf den geradezu entzückenden Idealismus, auf die Glut und Inbrunst des nationalen Gedankens zurückzuführen, der alle Mitglieder der kleinen Gemeinde beseelt und z. B., um nur eins herauszugreifen, das Unglaubliche fertig gebracht hat, die alte hebräische Ursprache neu zu beleben und in ihrer antiken Form zur Umgangssprache zu erheben. Hiervon habe ich mich persönlich überzeugt, obgleich man bei scharfem Hinhorchen doch wohl manchmal noch die „lieblichen" Töne des Jiddisch zu hören bekommt.

Gänzlich ausgeschaltet ist jede Bigotterie, der Sabbath wird wohl gehalten, aber nicht anders als unser Sonntag, die Feste wohl gefeiert, aber als das, was sie sind, als Nationalfeiertage, wie unser Sedanfest; wer nicht will, feiert auch nicht. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, als ob die Siedler sich lieber im Gegensatz zur Kirchlichkeit bewegen und diese nur als nationalen Kristallisationspunkt hinnehmen. Der nationale Gedanke, folgerichtig weitergedacht, führt dahin, daß tatsächlich katholische oder protestantische Juden in diesen Gemeinwesen ebensogut ihren Platz finden könnten, wie mosaische Juden. Nur Juden der Rasse nach müssen es sein und auch der Sprache nach. Auf diese beiden Punkte wird streng gehalten; die Kinder können daher überhaupt nur hebräisch sprechen. Sie geben Händchen und sagen „Schalomm" = Friede als Begrüßung. Dies scheint übrigens der einzige Gruß zu sein, der im Gebrauch ist, denn man hört ihn bei allen Gelegenheiten und zu allen Tageszeiten.

Ich wurde mit erquickender Gastfreundlichkeit aufgenommen, speiste an der gemeinsamen Mittagstafel mit, die in einem früher als Stall benutzten Raum an Holztischen ohne Tischtuch usw. vor sich ging, und konnte die ganze Gesellschaft beobachten. Manieren zwar noch etwas Ghetto und vielleicht schon rustikal-bäurisch, aber anständig, vorwiegend schweigsam und nicht besonders temperamentvoll. Die Mädchen ernst, zurückhaltend, schweigsam, aber nett und höflich, nur selten ein wirklich hüb-

Digitized by Google

sches Gesicht darunter, obgleich im wesentlichen nur Jugend vertreten war, die älteren Frauen speisen in ihrer Häuslichkeit.

Frauen und Männer sind in der Gemeinde bezüglich Arbeit, Stimmrecht, Lohn völlig gleichgestellt, mit der Ausnahme, daß die Küche nur von Mädchen versehen wird. Es war alles sauber und appetitlich. Das weiß ich, als Kriegsknecht, besonders zu schätzen. Es wird jeden Monat ein Ausschuß von drei Leuten gewählt, welche die Verwaltung ausüben, außerdem scheint aber noch ein ständiger Sekretär zu amten, welcher mir bereitwillig alle Auskünfte erteilte. Landwirtschaftlich angesiedelte Juden gibt es in Palästina erst 8—10000 Seelen, im ganzen an Juden 100000, gegen $^1/_2$—$^3/_4$ Millionen Araber.

Aus allen Äußerungen der Leute spricht ein unerschütterlicher Idealismus, ein Glaube an die nationale Zukunft des Judentums auf altem Boden, an die Prophetie Herzls, der natürlich längst ins Hebräische übersetzt ist. Die Eierschalen des Ghetto hängen nur noch lose außen an und sind hauptsächlich mehr bei den älteren Leuten für ein dafür geschärftes Auge erkennbar.

Ich besichtigte alle Wirtschaftsgebäude, überzeugte mich von der Sauberkeit der Molkerei und der Privaträume, welche schön weiß, wenn auch sonst völlig schmucklos ausgestattet sind, sah die Juden in der Schmiede an Ausbesserungsarbeiten für landwirtschaftliche Geräte tüchtig hämmern; sie blickten nicht einmal auf, als der Gast hineintrat, wie ich überhaupt eine ruhige Unbekümmerheit allgemein wahrnahm. Man hat es nicht nötig zu zeigen „ich tue was", das ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch die Betonung des jüdischen Nationalstandpunktes; kein Aufdrängen, keine Mache, keine Potemkinschen Dörfer.

Ich ging auf die Felder, deren guter Stand überrascht, deren sachgemäße Behandlung an beste deutsche Musterwirtschaften erinnert. Noch reichen zwar die mir genannten Erträge (Weizen — 20fach als Höchstleistung) nicht an deutsche Erträge heran, aber sie ergeben gute Durchschnittswerte. Der Boden ist sehr ausgesogen, weil nie gedüngt von den Arabern. Es ist aber vorzüglicher schwerer Boden, der zweifellos bei weiter betriebener sachgemäßer Bewirtschaftung zu großen Erträgen befähigt ist.

Ich sah Männer und Weiber bei ernster, emsiger schwerer Pflug-, Häufel- und Hackarbeit, ich sah sie mit Pferden, ich sah sie mit Hacke und Spaten arbeiten. Es kann mir keiner die durch Augenschein gewonnene Gewißheit rauben, daß hier ehrlich und rechtschaffen um den Ertrag der alten Scholle gerungen wird. Und nicht bloß ehrlich gearbeit wird hier, sondern auch intelligent gedacht und geplant. Die benutzten Geräte sind neuesten Typs und gut imstand erhalten. Ich sah Garbenbinde- und Erntemaschinen, Drillmaschinen, neuzeitliche Pflüge, mit denen bis zu 30 cm Tiefe gepflügt wird.

Ich lernte einen jungen Siedler kennen, der landwirtschaftliche Schulen in Galizien

Digitized by Google

und in Celle bei Hannover besucht hat, gute maschinentechnische Kenntnisse hat und offenbar in der Siedlung die technische Gedankenarbeit leistet. Er spricht genau so gut deutsch wie wir. Der tüchtige, junge Mann, namens Gerson Geffner, ist mein Freund geworden; er hat es fertig gebracht, einen großen Wasserbehälter 13 Meter hoch mit eigenen Kräften der Siedler aus Eisenbeton inmitten des Hofes zu errichten, und wird es weiter fertig bringen, die überraschend regelmäßigen Winde dieses Landes auszunutzen, um mit deren Hilfe durch einen Windmotor Elektrizität für den Bedarf des Hofes zu erzeugen. Hierbei versicherte ich ihn meiner technischen Mithilfe.

Überall findet man daher auf dem Hofe bequeme Wasserleitung, aus der ich die Frauen für den Hausbedarf schöpfen und den Garten bewässern sah. Bewässerungsanlagen in größerem Stile sind das freilich gewiß nicht, scheinen aber bei sachgemäßer Bodenbearbeitung — Trockenfarmsystem — in diesem Landstrich nicht einmal nötig zu sein. Die mühselige Schöpfarbeit aus den landesüblichen Zisternen mit ihrem gefahrbringenden Wasser ist beseitigt.

Voll Feuer entwickelte mir Geffner seine weitergehenden Pläne zur Technisierung des Betriebes, Ersparnis mühseliger Handarbeit und Verbesserung des Ertrages; er ist ein kräftiger, wohlgebauter Mann mit energischem, feurigem Gesichtsausdruck ganz ohne Annäherung an den jüdisch-semitischen Typ, der übrigens allgemein bei den Männern wenig, bei den Frauen etwas mehr zu finden ist. Es scheinen wohl nicht unerhebliche slawische Beimischungen stattgefunden zu haben, denn alle Siedler stammen aus Osteuropa, dem ehemaligen Rußland.

Weiter besichtigte ich die Kuhställe, welche von prächtigem, feinstem Vieh mit strotzendem Euter besetzt waren, allerdings durch den Krieg erheblich an Zahl vermindert. Auch die Ställe waren nach neuzeitlichen Gesichtspunkten mit Ablaufrinnen, Entwässerung usw. versehen, so daß man sich auf ein ostpreußisches Großgut versetzt glauben konnte. Etwa 20 Kühe und 10—15 Pferde waren da, darunter prächtige Tiere.

Die Siedler sind gezwungen, ständig bewaffnete Wachen auszustellen, um gegen die plündernden Araber ihre Felder wirksam schützen zu können. Ganze Schlachten werden da geliefert. Arabische Nachbargemeinden verbinden sich gegen die Siedler, um ihre Herden auf deren Felder zu treiben; dann muß die ganze Streitmacht der Siedlung ausrücken, und nur die Feigheit des räuberischen Gesindels, sobald es auf den entschlossenen Widerstand der Handvoll Männer stößt, macht es möglich, daß diese sich behaupten können. Das war schon im Frieden so und ist jetzt noch durch die stets hungrigen Askiers um so schlimmer geworden. Ein Wachposten der Siedler war Tags zuvor tödlich angeschossen worden.

Für diesen negativen „Schutz" des Staates dürfen die Ansiedler 35 Proz. ihres Ertrages im Frieden abführen, jetzt im Kriege steigen die Abgaben auf 40—50 Proz. ohne die ständigen Requisitionen, die hier ausgeübt werden.

Dann sah ich die Anlage der Mandel-, Feigen-, Öl-, Granatäpfel- und Bananen-

Digitized by Google

Pflanzungen, welche allerdings noch sehr jung, aber doch sachgemäß am Südabhang angelegt, unkrautfrei und richtig behackt sind, um die kostbare Bodenfeuchtigkeit aus der Regenzeit in die langen Monate der Dürre hinüberzuretten. Dieser Obstgarten von 6—8 Morgen, nebst eingeteilten kleineren Familiengärten, ist durch eine dichte, wohlangelegte Stachelhecke eingezäunt und wirksam geschützt. Frühbeetanlagen, Saatbeete usw. sind nicht vergessen, auch etwas Kartoffeln in den Familiengärten.

In der etwas feuchteren Niederung war ein Eukalyptuswäldchen angelegt, das schon gut angewachsen war. Zypressenstämmchen sind an geeigneten Stellen als Windschutz angepflanzt. Alles freilich noch jung, wie ja die ganze Siedlung erst ein Jahr vor dem Krieg in Betrieb genommen wurde.

Abgesehen von der schweren Gefahr, die diesen Siedlungen durch staatliche Unordnungen droht, sehe ich nur einen schweren Schatten auf dem hellen Bilde: es gibt wenig Kinder. So tapfer die Siedler sich nach jeder Richtung erwiesen haben und durch ihr zähes Ausharren unter unsäglich schweren Verhältnissen sich täglich neu erweisen, so wenig mutig scheinen sie in dieser allerwichtigsten Frage sich zu zeigen. — „Wir können doch nicht, dürfen doch nicht unter solchen Verhältnissen heiraten und die Kinder in die Welt setzen!" Gewiß, brav, sehr brav, sehr bürgerlich brav gedacht und gesprochen, und es ist auch wahr, daß ärztliche Hilfe mangelt; aber hier fehlt etwas: man muß auch diesen letzten Schritt wagen, wagen, wagen, denn alles ist ja dort gewagt; und haben's erst die Frauen verlernt, unbekümmert Kinder zu kriegen, sie lernen's nicht wieder. Besonders zeigt die Erfahrung von anderen großen Siedlungsländern, wie Amerika, Kanada, Australien, daß dort, wo der Zustrom der Einwanderer reichlich fließt, die eigene Fortpflanzung fast aufhört — Fortpflanzungsmüdigkeit.

Ich führte dies des längeren aus und man versprach „Besserung". — In diesem Zusammenhang steht auch die Erscheinung, daß eine Gruppe von 10 jungen Mädchen sich abgesondert hat, um zu zeigen, daß sie, auf sich selbst gestellt, allein imstande sind, das Land zu bebauen, mindestens Gartenbau zu treiben und hohe Erträge herauszuwirtschaften. Ich sah die Mädchen auf den ihnen zugewiesenen 5 Morgen bei der Arbeit, sah sie mit Pferden schwere Pflugarbeit vollbringen: alle Achtung, aber ich habe nur einen unangenehmen Eindruck davon gehabt, den ich auch frei äußerte. Das ist geschmacklos, riecht nach slawischer Hysterie und erinnert im kleinen an die große Geschmacklosigkeit der weiblichen Todesbataillone in Rußland, die ein so klägliches Ende genommen haben.

Hätten die 10 Mädchen sich statt dessen verschworen, innerhalb der letzten 3 Kriegsjahre der Siedlung je 2 Kinder zu schenken, so wäre die Zukunft der Siedlung durch Zuwachs dieser 20 Seelen ganz anders gesichert gewesen und vor allem der Sporn zur Fortentwicklung noch viel schärfer geworden! Sie hätten trotzdem im Haus, Hof und Garten noch genug nützliche Arbeit nebenbei verrichten können

Digitized by Google

und die Geburten wären ihnen bei der körperlichen Betätigung um so leichter geworden.

Hoffentlich sind dies aber Kinderkrankheiten, denn mir wird versichert, daß auf den alten Siedlungen, die schon seit 10—15 Jahre im Lande sind, die Fruchtbarkeit der Familien sehr groß sein soll. — Jedenfalls darf diese Frage nicht aus den Augen gelassen werden, denn die sehr üblen Folgen und Erfahrungen, die aus der Fortpflanzungsmüdigkeit in den erwähnten großen Siedlungsstaaten durch Rassenentartung erwachsen, mahnen zur Vorsicht.

Was übrigens hier durch einen gewissen kindischen Trotz „bewiesen" werden sollte, haben die deutschen Landfrauen in diesem Kriege in aller Stille als etwas Selbstverständliches längst geleistet und den Betrieb der deutschen Landwirtschaft, so gut es möglich war, aufrecht erhalten!

Doch das nur nebenbei! Sicher ist es, daß wir bei Betrachtung der jüdischen Frage nach diesen Erscheinungen durchaus umlernen müssen. Auch ist es fraglos, daß nur der nationale Idealismus und dieser nur in Palästina solche Leistungen vollbringen konnte, denn — wahrlich —, so sagte man mit Recht: „Den kärglichen Lohn hätten wir in Europa oder Amerika reichlich erzielen können und hätten Bequemlichkeit und Sicherheit des Lebens noch dazu." Daß sie dort ausharren, ist allein die Macht der Idee, des stürmisch erwachenden Nationalbewußtseins, des Nationalstolzes, und der konnte nur an der alten geschichtlichen Stätte wieder erwachen!

Auf meinen Einwand wegen der Araber erwiderte man mir: „hier haben mindestens 3—5 Millionen Menschen Platz, daneben spiele dann die halbe Million Araber keine Rolle mehr, besonders, da diese doch von der überlegenen jüdischen Kultur aufgesogen werden würden". „Wenn man uns nur Freiheit der Entwicklung, Freiheit für unsere Arbeit und einige Sicherheit des Lebens, d. h. geordnete europäische Verwaltung, geben wollte!"

Ob diese Behauptung zutrifft, kann ich nicht übersehen. Professor Philippson behauptet, daß die Dichtigkeit der Bevölkerung im Orient nicht wesentlich erhöht werden kann, ohne das Gleichgewicht ernstlich zu gefährden, abgesehen von der Gewinnung neuer Berieselungsländer, wie z. B. Babylonien. Aber was nationale Energie leisten kann und wie Unmögliches ein zu einheitlichem Willen zusammengefaßtes Volk zu vollbringen vermag, davon sehen wir jetzt in dem Riesen-Verteidigungskampfe Deutschlands gegen die ganze Erde ein so erschütternd erhabenes Beispiel, daß auch die Wiedererweckung dichter Kultur in den Mittelmeerländern, besonders Palästina, kaum als Unmöglichkeit angesehen werden kann.

Die vom Gedanken geborene Tat ist alles; das Schwätzen darüber ein Nichts! Und sollten sie zum Untergang bestimmt sein: groß und schön war's doch, wert des Versuches, wert der Opfer! —

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Weltliche Organisation geistiger Arbeit

In diesen Tagen entrüstete sich der angesehene Musikkritiker einer großen Tageszeitung über den erbärmlichen Kunstraub an Schubert, wie ihn zurzeit erfindungsarme Operettenverfasser betreiben, und verlangte mit trefflichen Worten eine Änderung des Urheberrechtes zugunsten des vornehmen, geistigen Eigentums auch nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist. Alsobald antwortete ein gelehrter Professor, bedauerte die Tatsache, meinte aber, es sei nichts dagegen zu machen, denn die Tatsache habe ihre zwei Seiten. Gegen die Rechte des einzelnen Autoren stünden die Rechte des Volkes, und die Durchführung eines ewigen Urheberrechtes sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die öffentliche Meinung müsse eben einen allgemeinen Geschmack schaffen, gegen den zu verstoßen kein Missetäter mehr wage. Der Musikkritiker antwortete etwas kleinlauter, in manchem zustimmend, aber doch auf seinem Standpunkt der Änderung des Urheberrechtes beharrend, und die Sache verlief wieder einmal im Sande.

Oft genug und allerorts hat, wer fleißig liest, solches und ähnliches erleben müssen. Immer wieder bäumt sich des ehrlich Interessierten Empfindung auf, er steht auf, fordert — ein von Wissen Beschwerter antwortet ihm mit Erwägungen, und trostlos muß sich der, ob der Verletzung seiner heiligsten Empfindungen Zornige, bescheiden. Aber es ist gar nicht notwendig, alles ist zu machen, wenn nur erst einmal eine Notwendigkeit erkannt ist, und eine Zeit, in der man wagt, Hebbels Maria Magdalena und weiß Gott, was noch zu verfilmen, in der keine Unterschiede zwischen fein und grob, gut und schlecht zu gelten scheinen, wo alle geistigen Werte in ein heilloses Durcheinander geraten sind, eine solche Zeit wird leicht diese Notwendigkeit einsehen können, zumal da sie in Geburtswehen ächzt und stöhnt und bereit ist, überall große und neue Wege einzuschlagen. Auch hier muß man wagen, radikal zu sein, um aus neuen Prinzipien neue Formen bilden zu können. Und für eine große Aufgabe mit klar einleuchtenden Zielen sind Massen leichter zu interessieren, als für Flickwerk und kleine Reformen. So erlaube man mir, radikal zu sein, und mit einer Gegenüberstellung zu beginnen.

Kunst, Literatur und Wissenschaft haben heutzutage mindestens denselben Einfluß auf die Entwicklung des einzelnen, wie die Religion. Aber während die Religion eine anerkannte und zusammengefaßte Organisation und Macht im Staatsleben ist, ausgestattet mit einer Fülle von Rechten, Vermögen und Einflüssen, sind jene Stiefkinder und ohne nennenswerte Rechte. Beide sind geistige Mächte, nur die eine mit der Geschichte einer weltlichen Organisation nach einer Leidensgeschichte, die andere, allgemein gesprochen, nur mit einer Leidensgeschichte, ohne weltliche im Staate anerkannte organisierte Macht. Natürlich kann man eine Menge gegen solchen Vergleich anführen, aber damit ist ein fühlbares Elend nicht aus der Welt geschaffen, nur Forderungen und errungener Besitz vermögen das allein. Und hier kommt meine radikale Forderung.

Wenn die geistigen Mächte neben der Kirche eine selbständige Stellung in der Nation erringen und behaupten wollen, müssen sie für sich das Recht der Verwaltung allen geistigen Eigentums fordern, an dem die persönlichen Rechte des Autors erloschen sind.

Ist diese Forderung erst einmal durchgesetzt, dann werden sich die Folgen zeigen und eine unerhörte Arbeit für fähige Organisatoren und tatlustige Schöpfer kann einsetzen.

Die erste Folge wird sein, daß durch Erhebung eines Honorars für jedes frühere, geistige Werk große Mittel aufgebracht werden, die zweite, daß dem schaffenden Geiste der Nation eine Kontrolle über das Geistesleben und eine Macht in die Hand gegeben wird, die ihm Rechte zu vergeben und zu gebrauchen erlaubt.

Kann sein, daß sich noch mehr Folgen ergeben, dieses hier ist ja nur eine Anregung für befähigte Köpfe, aber an diesen beiden Bäumen werden die Hauptfrüchte wachsen.

Digitized by Google

Die einzelnen Künste werden sich organisieren und Abgeordnete zu einem Kunstparlament senden, in dem vor der Nation die inneren Fragen der geistigen Menschheit diskutiert werden, um allen verständliche Form der Bedürfnisse zu werden.

Der Kopf der Nation wird gesäubert von dem viel Zuvielen, Boden wird geschaffen für eine große Kunst, die alle verstehen.

Als allererste praktische Ausbeute seien nur folgende Möglichkeiten angeführt. Wer da hat, dem wird gegeben. Zu den ständig fließenden Einkünften der Honorare aus dem geistigen Nationalschatze werden dieser Wahrheit gemäß bald neue, reiche Mittel durch Stiftungen kommen. Man kann Tempel für Künstler bauen, in denen Kunstrichtungen, also bestimmtes Menschliche Fleisch und Blut geworden ist. Da, oder in der Umgebung, wo sie geworden, kann man Thoma-, Maree-, Leibl-, Trübner-, Liebermanntempel errichten, man kann für Dramatiker Schauspieltruppen bilden, die in Deutschland, das heißt Mitteleuropa, reisen und spielen. Bewegungen werden in ihren Schaffenden unterstützt, Stipendien, Preisaufgaben ausgesetzt. Der überflüssige Schund des Auslandes, mit dem wir überschwemmt werden, wird eingedämmt weil in einem deutschen Kopfe, trotz seiner Universalität, eben doch nicht mehr Platz ist, als in einem andern, und man ein Land erstickt, auf das man zuviel pflanzt. Man wird mit den Schul- und Kirchenbehörden über den Einfluß der Künste auf die heranwachsende Jugend verhandeln, man kann der Amerikanisierung der Kunst, der Schundliteratur Einhalt tun, und man wird die Jury für künstlerische Aufgaben stellen. Kurzum, man wird alles tun können, was einem reichen, angesehenen Menschen zugestanden wird, niemals aber einem armen, außerhalb der Gesellschaft stehenden armen Teufel.

Und das alles werden wir tun können, werden es gerade jetzt tun können, weil die Massen in Erregung versetzt und zu neuem befähigt sind, weil die Stagnation der Satten in Deutschland durch den Krieg überwunden ist, und statt dessen aus den Segnungen des Chaos überall zu neuem Positivem gestrebt werden muß.

Man glaube nicht, daß das Utopien sind, die Verwirklichung ist gar nicht so schwer. Es gibt genügend Organisationen in allen Künsten und Wissenschaften, die nur des einigenden Prinzips bedürfen, um der großen Kollektividee, die eine der hervorstechendsten Eigenschaften unserer Zeit ist, gerecht zu werden. Aus diesen Organisationen läßt sich leicht ein Komitee von Männern bilden, denen die Nation unter der Kontrolle des Reichstages oder der Regierung sowohl die Einkünfte des geistigen Eigentums der Nation zur ersten Verwaltung, als auch die Ausarbeitung eines großzügigen Programmes und seine Durchführung anvertrauen kann. Die meisten gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten könnten dafür gewonnen werden, sicher auch der deutsche Kaiser. Auch realpolitisch, vom nationalen Standpunkte aus, sind die Verhältnisse einer solchen Organisation günstig. Als eine Kulturtat allerhöchsten Ranges wird sie dem in seiner Machtgröße nun nicht mehr aufzuhaltenden Deutschen Reiche eine der starken Anziehungskräfte für die übrige Welt geben, die wir suchen und brauchen. Die Idee der weltlichen Organisation der geistigen Kräfte liegt auf der Straße und wird kommen, möchten wir die ersten sein, die sie aufheben.

Hermann Horn, München

Notizen

Wilsons „Mentalität“. Nichts ist so begreiflich, als dies, daß während des Krieges alle Beteiligten, wir so gut wie unsere Feinde, in zahllosen Versuchen uns bemüht haben, ehrlich oder demagogisch, je nachdem, die Anschauungen, Triebkräfte, Ziele des Partners auf breite Formeln zu bringen. Das ist so bequem für mancherlei Aussprache, aber ebenso leicht führt dieses Verfahren an den Kernfragen vorüber, verkennt, daß neue Situationen neue Ausdrucksformen schaffen.

Digitized by Google

In einem sehr interessanten, ruhigen und übersichtlichen Büchlein wirft Professor M. J. Bonn, München, die Frage auf: „Was will Wilson?“ (G. Müller, München) und gibt damit einen aufschlußreichen Abriß der amerikanischen Entwicklung, der Durchdringung wirtschaftlicher, machtpolitischer und seelischer Motive in der Gestaltung der amerikanischen Kriegssituation. Alle selbstsicheren Formulierungen sind vermieden, aber Wesentliches klar gezeichnet. Die kleine Schrift schließt: Es scheint manchmal so, als ob Wilson die Gefahr erkannt habe, die seinen Friedenszielen in dem Augenblick entstanden ist, als er sie durch militärische Teilnahme am Kriege mit Gewalt durchzusetzen versuchte. Er hat gelegentlich zu verstehen gegeben, daß er unter Umständen einen Frieden für möglich hält, der mit einer militärischen Niederlage seiner Alliierten endet. Er würde es dann nicht als seine Pflicht betrachten, durch ein amerikanisches Millionenheer die militärische Sachlage wieder herzustellen. Er will vielmehr am Verhandlungstisch gegenüber den militärischen Errungenschaften, die in mächtigem Landgewinn bestehen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Wagschale werfen, die er mit seinen Alliierten zu beherrschen hofft. Er will die Anteilnahme an der Rohstoffproduktion und die Zulassung zu den Märkten von vier Weltteilen gegen den Raumgewinn aufrechnen, über den die Zentralmächte verfügen. Er will diese durch wirtschaftlichen Druck vor die Frage stellen, ob sie es vorziehen einen geschlossenen Handelsstaat in Mitteleuropa zu bilden, der außerhalb der Gemeinschaft der Völker stehend seine Eroberungen durch kostspielige Rüstungen festhalten muß, während ihm durch Ausschluß vom Welthandel die Möglichkeit schneller wirtschaftlicher Erholung verschlossen ist, oder ob sie durch Herausgabe der eroberten Gebiete ihre militärischen Lasten vermindernd, am wirtschaftlichen Aufschwung der ganzen Welt teilnehmen und als Mitglieder des Völkerbundes Sicherheit vor Angriffen genießen wollen. Er will zu seinen alten Ideen zurückkehren und militärische Macht durch wirtschaftliche Macht ersetzen.

Es ist aber leicht möglich, daß die Entscheidung hierüber heute nicht mehr bei ihm liegt. Die Alliierten haben den letzten Waffengang gewagt, weil sie der Waffenhilfe Amerikas sicher waren. Wenn sie das Ringen fortsetzen wollen, weil sie auf Amerikas unerschöpfte Hilfsquellen zählen, und die völlige Erschöpfung Europas einem Ausgleich mit Deutschland vorziehen, dann wird Wilson die Hoffnungen erfüllen müssen, die er bei ihnen erweckt hat. Und wenn erst amerikanisches Blut in Strömen geflossen ist, wenn das amerikanische Selbstgefühl auf dem Spiele steht, dann wird Wilson mit einer Kriegspartei im eigenen Lande zu rechnen haben, die an einem Abrüstungsfrieden wenig Gefallen finden wird. Ob Amerika militärische Erfolge erringt, oder ob es besiegt werden wird, — die Isolierungspolitik vergangener Jahrhunderte ist zu Ende.

Wilson ist im Jahre 1916 von seinen Mitbürgern wieder gewählt worden, „weil er dem Lande den Frieden bewahrt hat“. Einen Monat nach seinem zweiten Amtsantritt erklärte er den Krieg. Er tat das nicht etwa, weil er damals die Kraft in sich fühlte, Ziele zu verfolgen, die er früher hatte verbergen müssen, sondern weil er sich seit Kriegsbeginn von den Ereignissen hatte treiben lassen. Es ist möglich, daß seinem großzügigen Friedensprogramm ein ähnliches Schicksal beschieden sein mag. Er hat die Gabe, der Menschheit das gelobte Land in verheißungsvollen Farben vorzuzaubern. Die Kraft, im entscheidenden Moment zu handeln, hat ihm bis jetzt immer gefehlt. Wieder und wieder ist die Schicksalsstunde gekommen, in der es ihm und ihm allein vergönnt gewesen wäre, in die Speichen des Rades der Weltgeschichte einzugreifen, das erbarmungslos über die Menschheit hingeht. Er hat immer gezögert. Als wäre er ein Liebling der Götter, ist die goldene Stunde wiedergekehrt, obschon er ihre Vorgängerin tatenlos verfliegen ließ. Er ist heute nicht nur der Sprecher seines Volkes; in vielen Ländern ist er das Idol derjenigen, die einen Abrüstungsfrieden erhoffen. Aber während sie ihm noch als Führer zujubeln, müssen sie heute schon die Frage stellen, ob nicht sein Zögern

Digitized by Google

im entscheidenden Augenblick, im Juli oder im Dezember des vergangenen Jahres den Gewaltpolitikern in den alliierten Ländern die Berufung aufs Schwert noch einmal ermöglicht hat.

Der ukrainische Gedanke marschiert. Aus Kiew haben wir einen Privatbrief erhalten, der sich zustimmend zu Dr. Rohrbachs Ausführungen in Nr. 22 unserer Zeitschrift ausspricht. Es heißt in ihm unter anderem:

Für mich und eine Reihe von Kameraden kann ich Ihnen die Richtigkeit Ihrer Ansichten über die Ukraine nur bestätigen.

Ich lerne bei einigen jungen Offizieren und Studenten der ukrainischen Nachbarwache „Ukrainisch". Hier wie draußen bei den Bauern erkennt man gewiß, daß der ukrainische Staat wird und aus dem Bewußtsein der Masse nicht mehr auszulöschen ist. Die Hymne wird von den jungen Beamten, Bauern, Soldaten mit Begeisterung bei allen Gelegenheiten immer und immer wieder gesungen. Die ukrainischen Schriften, Karten, Wörterbücher werden täglich mehr gekauft, ein früherer russischer Oberst — geborener Ukrainer — betonte in Gesprächen mit mir immer wieder gleiche Gedankengänge: Agrarreform, Schulreform, los von Moskau unter Anlehnung an ein verbündetes Deutsches Reich. Ich lernte anfangs im Gespräch mit einer russifizierten Lehrerfamilie Russisch, mehrmals bin ich da schon erstaunt von ukrainischen Soldaten u. a. gefragt worden: „Warum nicht ukrainisch?" Die Russifizierten besinnen sich selbst auf ihre „Kindersprache". Wir sind auf dem rechten Wege.

Die deutschen Sprachinseln und der Weltkrieg. Über die deutschen „Sprachinseln" ist zwar so mancherlei geschrieben worden, aber doch begegnet man innerhalb der Reichsgrenzen noch vielen Gebildeten, die tatsächlich nicht wissen, was die Sprachinseln sind und wo sie liegen. Hauptsächlich die Sprachinseln in Südtirol, unmittelbar an der italienischen Grenze, vor allem Lusern, Vielgereut und St. Sebastian östlich von Trient sind in den letzten Jahren viel genannt worden. Sie greifen über in das Gebiet der sog. Sieben Gemeinden von Vicenza, denen sich die sog. Dreizehn Gemeinden von Verona anschließen. Um die Hauptstadt der „Sieben Berge", um Asiago-Schlage tobt nun jahrelang der Kampf, und wenn auch das Schicksal dieser oberitalienischen Gemeinden besiegelt sein dürfte, nach dem Kriege wird hoffentlich in unmittelbarer Verbindung mit dem deutschen Südtirol auch diesen Älplern deutscher Abkunft die Erlösung vom italienischen Joche schlagen. Es gibt kein „Welschtirol", denn in Südtirol wohnen Deutsche und Italiener gemischt, wie auch im Fersental östlich Trient die eine Talseite mit Eichleit, Gereut, St. Felix, St. Florenz und Palai fast rein deutsch anzusprechen ist, wogegen die andere Seite überwiegend italienisch besiedelt ist. Sprachliche und einwandfreie geschichtliche Untersuchungen haben festgestellt, daß die heutigen Sprachinsler Nachkommen von Bergknappen und Holzfällern sind, die vom 11.—14. Jahrhunderte vorzugsweise von den Bischöfen der Trienter Diözese ins Land gerufen worden sind. In den „Wissenschaftlichen Beiheften zur deutschen Alpenforschung" (Verlag Fischer & Co, Leipzig-Reudnitz) erscheint demnächst eine Bibliographie der Sprachinselforschung, sodann ein umfangreicher Nachweis der Ortsnamen der Gebiete der Sieben und Dreizehn Gemeinden, deren Vorarbeit bereits im vorigen Jahrhunder Postmeister Widter leistete (abgedruckt in der 1. vergriffenen Auflage von A. Basz, Deutsche Sprachinseln 1901) und zu deren Zustandekommen Professor Rohmeder und R. Merkh wesentlichen Anteil hatten. Außerdem bringen die Beihefte wissenschaftliche Einführungen in die Druckwerke der Sieben Gemeinden, von denen wir an dieser Stelle als größtes Kuriosum der gesamten deutschen Mundartenforschung nennen wollen: Dar kloane Catechismo vorz'n Beloseland (der kleine Katechismus fürs welsche Land) der 1813 erstmals erschien und 1842 neu gedruckt wurde. Diese durch vier heilige Gesänge erweiterte Auflage ist durch den Bund der Sprachinselfreunde Leipzig-Reudnitz, Crusiusstraße 2a, der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Außerdem erschienen zahlreiche jetzt sehr seltene Em-

Digitized by Google

blattdrucke, sogenannte Nenien (Totenblätter), die als Erinnerung an liebe Verstorbene den Verwandten und Freunden überreicht wurden. Diese mundartlichen Einzeldrucke sind nun wohl für alle Zeiten dahingegangen, da die meisten Gemeinden durch den Krieg zerstört worden sind. Vielleicht gelingt es, nach dem Kriege im deutschen Fersental eine ähnliche Totengedächtnis-Sitte einzubürgern, da dadurch auch die Sprachinsler ihre ortsübliche Mundart gewürdigt sähen und sich nicht mehr ihres Moggen-Dialektes zu schämen brauchten. Die Deutschfersentaler werden nämlich von den umwohnenden Italienern die „Moggeni" genannt, weil sie das Zeitwort „machen" etwas häufig anwenden. Hoffentlich finden die deutschen Pfadfinder und Wandervögel, vor allem aber auch die jungen Gelehrten, Theologen, Sprachforscher, Historiker und Geologen in diese hochinteressanten Gebiete den Weg, um dort Forschungen zu machen und ein abschließendes Werk über die gesamten Sprachinseln vorzubereiten helfen.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft. In einer interessanten Kritik, die Friedrich Stampfer im „Vorwärts" an dem Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Aktionsprogramms ausübt, stellt er fest, daß auch die neuen Richtlinien ähnlich wie das „Erfurter Programm" zu ausschließlich industrieproletarisch angelegt seien und er verlangt deshalb ihre agrarische Ergänzung:

„Die Lage der Landwirtschaft, wie sie sich während des Krieges entwickelt hat und auch nach seinem Abschluß noch lange bleiben wird, läßt sich in kürzester Form vielleicht so darstellen: Die Landwirtschaft ist durch Kriegsgewinn entschuldet, durch Überwiegen der Weltnachfrage über das Weltangebot in ihren Erwerbsverhältnissen gesichert, aber durch Arbeitermangel aufs schwerste gefährdet. Das bedeutet in den beiden ersten Punkten einen vollkommenen Umschwung gegenüber der Vorkriegszeit, im letzten ein außerordentliche Verstärkung schon vordem vorhandener Schwierigkeiten. Damit ist aber dem Großgrundbesitz das Todesurteil gesprochen.

Wenn einmal der letzte Kriegsgefangene sein Bündel schnürt und geht, wird es öde werden auf den Gutshöfen. Zuzug aus dem Osten ist in größerem Umfange nicht zu erwarten, eine Vermehrung des deutschen Landarbeiterproletariats weder wünschenswert noch möglich. Die Zukunft auf dem Lande gehört dem Mann, der seine Scholle selber bebaut!

Auch das ist eine Entwicklungsnotwendigkeit, und es hätte keinen Sinn, sich ihr mit utopistischem Eigensinn zu widersetzen. Darum Platz für den deutschen Bauernsozialismus der Zukunft! Aufgeräumt muß werden mit dem Irrglauben, daß der arbeitende Mensch in der Fabrik dem arbeitenden Menschen auf dem Felde den Verdienst nicht gönnt."

Das praktische Ziel sieht Stampfer in der Auflösung des Großgrundbesitzes durch die Bauernstelle. Wichtig erscheint der Versuch, die agrarpolitische „Revision", die in der Sozialdemokratie durch Vollmer vor über 20 Jahren angeregt wurde, nun programmatisch festzulegen.

Eine Erinnerung. „Ängstlichen Gemütern hätte es nun wohl zugesagt, die Wahl durch allerlei Kautelen, als da sind Zensus, Klassenwahl, Abstufung durch Wahlmänner und anderes, einzuengen; aber ich bin nie ein ängstliches Gemüt gewesen. Einem andern Volk als dem deutschen hätte allerdings auch ich vielleicht ein so gefährliches Recht einzuräumen nicht gewagt. Die Deutschen sind nach meiner Überzeugung, wenigstens im Norden, zu neun Zehntel königstreu gesinnt; die große Masse der Bevölkerung hält im Grunde ihres Herzens zu ihrer Regierung, wenn sie auch mit dem Munde räsonniert. Die Leute wissen, daß sie ehrlich und gewissenhaft regiert werden, und im entscheidenden Augenblick kann man sich auf sie verlassen." — Diese Worte stammen nicht etwa aus dem preußischen Wahlrechtskampf von 1918: Bismarck verteidigte so vor einem halben Jahrhundert, 1868, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts!

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Schriften zur Reichsfinanzreform

Es ist die große nationale Leistung des „Vereins für Sozialpolitik", daß er, ohne aktuelle Politik zu betreiben, zu den großen Problemen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung das notwendige Erkenntnismaterial beischaffen und durch sachkundige Bearbeiter klären ließ. Diese Dienste hat er während des Krieges der Durchforschung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland gewidmet und damit wesentlich zur Vertiefung der mitteleuropäischen Aussprache beigetragen; dies geschieht jetzt wieder in den zwei Bänden „Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft (Verlag Duncker & Humblot, München, je 12 Mk.). Die Herausgabe hat Prof. H. Herkner, Berlin, besorgt, unter den Mitarbeitern finden sich die namhaftesten Finanzwissenschaftler, so G. Cohn, Lotz, Eulenburg, O. Schwarz, Mombert u. a. Es ist nicht das Ziel einer solchen Sammlung, eine völlig gleichmäßige und einheitliche Marschroute herzustellen; jeder der Autoren spricht für sich und etwa über das Problem der einmaligen Vermögensabgabe, dem eine Reihe von Aufsätzen gewidmet ist, werden sehr verschiedene Meinungen vorgetragen. Das Willkommene der Arbeiten ist, daß sie der theoretischen und geschichtlichen Aufhellung ebenso dienen wie sie zu praktischen Anweisungen vorzudringen suchen. Das trifft besonders für die „Vermögensabgabe" zu, die Cohn übrigens ruhig beim richtigen Namen „Vermögenssteuer" genannt wissen will. Dietzel (Bonn) bekämpft diesen Plan, während Diehl, mit geschichtlichem Material, den Gedanken unterbaut und Somary ein eingehendes und geistreiches System entwirft, wie die starke und rasche Abtragung der Kriegsschuld im Rahmen des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft verwirklichen lassen könne. Zur Einkommensteuer gibt Lotz sein Votum ab, das, mit einer anderen Motivierung, im Effekt zu einem ähnlichen Ergebnis kommt wie der Antrag der Mehrheitsparteien: dem Reich im Notfall einen „oberen" Teil des Einkommens, der eigene Produktionskosten nicht mehr enthält, sondern reine Kapitalisierungsfunktionen, zur Verfügung zu stellen. Der Umkreis der Monopolmöglichkeiten wird von E. Gothein und E. Jaffé im Kontra und Pro abgehandelt. S. Cohn gibt ein kurzes allgemeines Votum zur Lage — er meint, daß die britische Kriegsschuld nach der napoleonischen Ära ungefähr unserer Situation entspräche und schöpft aus dem historischen Vergleich einigen Optimismus.

Daß wir schon während des Krieges öfter auf die englische Finanzwirtschaft blicken mußten, ist bekannt. Haben wir im Anleiheverfahren die größere Solidität, so herrscht drüben in der eigentlichen Steuerpolitik die größere und bereitere Kühnheit. Es ist nie zu übersehen, daß der englische Staat um seiner Geschlossenheit willen an sich die leichtere Situation hat gegenüber unseren bundesstaatlichen Verlagerungen — immerhin war schon vor dem Krieg in manchen Fragen die englische Steuerpolitik entschlossener durchgebildet. Dinge, die drüben längst Selbstverständlichkeiten waren, wie etwa die Erbschaftssteuer, erstickten bei uns in parteipolitischen Kämpfen. Nun wird aber auch England nach dem Krieg vor unermeßlichen Finanzaufgaben stehen und es ist für uns wertvoll, auch für die heimischen Überlegungen, englische Reformvorschläge kennen zu lernen. Duncker & Humblot hat das Buch übersetzen lassen, das die „Fabian Society" in London herausgab: Wie bezahlen wir den Krieg? (Untertitel: Gedanken, die dem englischen Schatzsekretär von der wissenschaftlichen Abteilung der Fabier zur Verfügung gestellt werden.) Die Fabier spielen in der englischen Politik eine Rolle, die dem „Verein für Sozialpolitik" bei uns nicht unähnlich ist: sie sind wohl in ihrer sozialistischen Überzeugung geschlossener und einheitlicher; ihr geistiges Haupt bildet das Ehepaar Webb. In diesen Vorschlägen ist nun einiges, das für uns fast nur kuriosen Wert hat: die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Entwicklung der Post, in der freilich auch für uns manches bemerkenswert ist. Die Verfasser wollen die ganze Kohlenversorgung wie das Versicherungswesen verstaatlicht wissen, vor allem aber kommt es ihnen darauf an, die Einkommensteuer im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik um- und weiterzubilden. Dieser Abschnitt besonders ist auch für uns wertvoll, so daß vielleicht noch ausführlicher auf ihn zurückzukommen sein wird.

Th. Heuß

Probleme des Erziehungswesens

Um drei Probleme bekümmert sich die neue pädagogische Literatur: die militärische Vorbereitung der Jugend in Gegenwart und Zukunft; um die Fragen, vor die der Krieg die Erziehung gestellt hat; um die Ausgestaltung der Schule nach dem Krieg.

Die Frage nach der militärischen Vorbereitung der Jugend hat schon eine reiche Literatur. Die Schrift von Dr. George von Gräveniß in Jäckhs Sammlung „Der Deutsche Krieg", die schon im Jahre 1915 für militärische Vorbereitung der Jugend eingetreten ist, hat, wenn auch erst nach zwei Jahren nach ihrem Erscheinen, zu einem literarischen Streit der Meinungen geführt, in deren Mitte wir jetzt stehen. Veranlassung war im Jahre 1917 eine (an dieser Stelle seinerzeit angezeigte) Schrift vom

Digitized by Google

Geheimen Admiralitätsrat Dr. Felisch, der die Notwendigkeit eines deutschen Jugendgesetzes begründete und von der Reichsgesetzgebung ein deutsches Jugendgesetz verlangte. Seine Forderung wird jetzt von K. Wedermann vom Gesichtspunkt der angewandten Rechtspflege unterstützt („Ein Deutsches Jugendgesetz", Nürnberg 1917). Der erste Entwurf folgt aus Schulkreisen in der Schrift von G. Schmidt „Die Aufgaben der militärischen Jugendpflege in pädagogischer Beleuchtung" (H. Beyer & Söhne, Langensalza). Die Gegner des Gesetzes wurden von F. W. Foerster und Alexander von Gleichen-Rußwurm geführt („Das Reichs-Jugendwehr-Gesetz", Verl. Naturwissenschaften, Leipzig 1917). L. v. Wiese, L. Nelson, G. F. Nicolai sprechen sich von verschiedenen Gesichtspunkten her gegen das Gesetz aus. Sie finden eine Entgegnung in einer Flugschrift der Preußischen Verlagsanstalt, in der unter Berufung auf zahlreiche Stimmen „Für ein Reichs-Wehrschul-Gesetz" die von den Gegnern vorgebrachten Gründe entkräftet werden sollen. Darnach hat Rudolf Leonhard (in den „Bemerkungen zum Reichsjugendwehrgesetz", Heinz Barger, Berlin 1917) zwischen den beiden Parteien zu vermitteln gesucht. Er will das Ziel der Freunde des Jugendwehrgesetzes dadurch erreicht wissen, daß man „die Jugend wandern, statt marschieren ließe". Ehe von militärischer Jugenderziehung die Rede war, „ging die deutsche Jugend freiwillig ins deutsche Land und fand in sich und in ihm Kräfte, die der späteren Ausbildung zugute kommen werden, die eine frühzeitige aber nicht erschaffen könnte". Aus der Ausbildung des Soldaten zieht praktische Parallelen zwischen der Ausgestaltung des Unterrichts an der Schule und seiner Fortsetzung in der Kaserne G. Wolff in einer Schrift über „Pädagogische Erfahrungen eines ungedienten Landsturmmannes" (B. G. Teubner, Leipzig 1918), indem er Schule und Heer als „die beiden Erziehungsanstalten unseres Volkes" in ihren Beziehungen zueinander betrachtet.

Dem von Wolff angeführten Worte des Kaisers, daß „das deutsche Volk die im Kriege erlebten Läuterungen treu bewahrend, auf erprobten alten und vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesittung rüstig vorwärts schreiten werde", gibt die Schrift von Wilhelm Stapel über „Volksbürgerliche Erziehung" (Eugen Diederichs, Jena 1917) praktischen Ausdruck. Er entwickelt ein allgemeines Bild einer Schule des Volkstums, „einer Schule nicht des Wissens, sondern des Seins und des Lebens". Er will aus der Volksbildung das seither übliche Vortragswesen ausgeschaltet, die Heranziehung des Buches beschränkt sehen. Anstelle des Zuhörens und Aufnehmens setzt er das eigene Nachschaffen, „das geistige Sicherarbeiten der Welt". Er will „auf die ursprünglichen Quellen und die echten Zeugnisse des Lebens zurückgehen", unbekümmert um den einzelnen Beruf allgemein Deutsche erziehen. Dasselbe Bewußtsein eines allgemein deutschen Volkstums will Karl Reuschel durch eine Schrift über „Die deutsche Volkskunde im Unterricht an höheren Schulen" (Berlin 1917, Otto Salle) in den Mittelpunkt der deutschen Schulen gerückt sehen, gemäß dem Satz: „Erst die Heimat, dann die Ferne". Für die Erweiterung des pädagogischen Gesichtskreises in einzelnen Gebieten sind zwei Schriften über den erdkundlichen Unterricht anzuführen. Die eine von R. Barmm „Krieg und Erdkunde" (Hamburg 1917, L. Friedrichsen & Co.) verlangt zum politischen Verständnis der Gegenwart weitgehende Popularisierung der geographischen Kenntnisse. W. Sahm gibt eine praktische Probe in einer kurzen „Heimatkunde von Kurland" (Ferdinand Hirt, Breslau 1917).

Den Geist, der nach dem Krieg den Unterricht bestimmen soll, faßt Ernst Liese für „die Volksschule nach dem Krieg" (Halle 1917, H. Schroedel) zu den Sätzen zusammen: „Weltgewandtheit, Bildung und Wohlwollen muß die Erziehung in gleichem Maße berücksichtigen, wenn sie kulturbildend wirken soll." „Wie aber wir die Kultur in dieser Auffassung nach unserer Person vertreten und vorleben, so wird ihre Wirkung auch auf die uns zur Erziehung anvertrauten Kinder ausstrahlen, so werden wir befähigt sein, unmerklich aber nachhaltig diese nicht zu bewußten Vertretern wahrer und vollkommener Kultur zu erziehen, denn die reift erst in den Mannes- und Frauenjahren, aber in ihnen unmerklich doch wirksam und früchteverheißend die Keime wahrer Menschenbildung zum Sprießen zu bringen, sie emporzubilden zu der Dreiheit des Kulturideals Diesterwegs, der mit anderen Worten inhaltlich dasselbe Kulturerziehungsziel steckt, sie emporzubilden zum Schönen, Wahren und Guten." Karl Hönn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Die neue Zeitschrift:

Der Ziegelbrenner

Kritik an Zuständen und an widerwärtigen Zeitgenossen. Erscheint zwanglos wie manche Zustände und viele peinliche Zeitgenossen auch. — Man bestelle unter Einzahlung auf unser Postscheck-Konto: 8350 München ein Probeheft für 60 Pfg. Bei Dauerbezug wird dieser Betrag auf den Bezugspreis voll angerechnet.

Verlag »Der Ziegelbrenner« München 23

Soeben ist erschienen:

Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem

Von Dr. Gustav Stolper
Herausgeber des „Österreichischen Volkswirt"
Zweite und dritte Auflage
Preis geheftet M. 5.— = K 7.50, gebunden M. 6.50 = K 10.—

Friedrich Naumann über das Buch von Stolper: „Der Unterschied meines im Sommer 1915 geschriebenen Buches „Mitteleuropa" vom jetzt erschienenen Stolperschen Buche „Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem" ist der, daß Stolper die Kriegswirtschaft der Zwischenzeit scharf begriffen hat und von ihr aus Folgerungen zieht. Ich mußte noch sagen: Mitteleuropa wird kommen! Stolper aber ruft: Es ist bereits da, nur wird es von euch noch nicht gesehen!"

Handelsminister a. D. Dr. Franz Stibral über das Buch von Stolper in der „Neuen Freien Presse": „Das Werk Stolpers ist eine ganz ausgezeichnete, ernste und überzeugungstreue Arbeit, die weitaus zu den tiefsten gehört, die über das Problem sich haben vernehmen lassen ..."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag von Franz Deuticke, Leipzig und Wien

Russische Expansionspolitik 1714—1914 von Dr. F. Quadflieg. M. 4.—. „... Gerade in der jetzigen und noch mehr in der kommenden Zeit von unleugbarem Nutzen." Hbg. N.

Geschichte Japans von Prof. Hisho Saito. M. 4.50, geb. M. 5.50.

Bismarck und seine Welt. Grundlegung einer psychologischen Biographie von Osk. Klein-Hattingen. 3 Bände M. 20.—, geb. M. 23.—.

Napoleon I. Eine Schilderung des Mannes und seiner Welt. Von Oskar Klein-Hattingen. 2 Bände. M. 25.—, geb. M. 31.—.

Clausewitz, Der Feldzug 1812 in Rußland und die Befreiungskriege 1813—15. 3. Aufl. M. 6.—, geb. M. 7.50, und M. 10.—.

Ferd. Dümmlers Verlag, Berlin SW 68, Schützenstr. 29/30

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke
(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse und des Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark. — Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48—49 (Fernsprecher: Amt Steinplatz 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12 bis 2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Monatlich 3 Mark bei allen Postanstalten und beim Verlag: Ullstein & Co, Berlin SW

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 801
Rohrbach, Was wir könnten . . .! 803
Bergson, Die austropolnische Lösung 808
Lenz, Vorderasien und der Friede 813
Lehmann, Der Regierungswechsel in Bulgarien 817
Dominicus, Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst nach dem Kriege? . . . 819
Rosenthal-Deussen, Zur Frage der Geburtenvermehrung 823
Linter, Die Börsenspekulation und die Schuldigen 827
Notizen 830

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 28. Juni 1918 Heft 26

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar Berlin

Digitized by Google

An die Leser der „Deutschen Politik!“

Wir richten an die Freunde unserer Wochenschrift die Bitte, unverzüglich beim Postamt, bei ihrem Buchhändler, beim Verlag ihren Bezug zu erneuern, damit beim Vierteljahrswechsel in der regelmäßigen Zustellung keine Unterbrechung erfolgt. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Zahl unserer Bezieher von Nummer zu Nummer wächst. Die „Deutsche Politik“ ist in den zweieinhalb Jahren ihres Bestehens, trotz mancher Schwierigkeiten, eine der verbreitetsten deutschen Zeitschriften geworden und hat über die Grenzen der Heimat hinaus Ansehen und Beachtung gewonnen. Wir erblicken darin eine Anerkennung unserer sachlichen und unbefangenen Stellungnahme zu den Fragen der äußeren und inneren Politik, die vielen zur Anregung, Belehrung und Führung geworden ist. Ein Kreis ausgezeichneter und sachkundiger deutscher, österreichisch-ungarischer und befreundeter neutraler Publizisten hat sich um unser Blatt gesammelt, und die Fühlung mit den Lesern selber, von den wir manches freundliche Echo hören, wird enger. An die Freunde unseres Blattes geht heute nicht nur die Bitte, uns die Treue zu halten, sondern uns in der Gewinnung neuer Leser tatkräftig zu unterstützen. Die unmittelbare Werbearbeit des Verlags ist durch kriegswirtschaftliche Verordnungen erschwert. Wir müssen mit der freundschaftlichen Hilfe unserer Leser rechnen. Ihre Mitarbeit ist die wirksamste. Indem sie mit dafür sorgen, daß der Verbreitungskreis unseres Blattes weiterhin wächst, dienen sie nicht nur den Gedanken, die uns gemeinsam sind, sie machen uns auch die weitere sachliche Ausgestaltung der „Deutschen Politik“ möglich.

Wir bitten Sie, nachfolgenden Bücherzettel auszufüllen und uns im offenen Briefumschlag mit drei Pfennig frankiert zuzusenden.

Bücherzettel

An den Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar
Abteilung „Deutsche Politik“

Auf die „Deutsche Politik“ wollen Sie aufmerksam machen:

.....

.....

.....

.....

.....

Mit dem Hinweis auf meinen Namen bin ich einverstanden.
(Falls nicht gewünscht, bitte durchstreichen.)

Unterschrift: .....

Verlag und Schriftleitung der „Deutschen Politik“

3. Jahrgang • 28. Juni 1918 • Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die österreichische Offensive ist jetzt auch in Fluß gekommen. Die Piawe ist überschritten und auch im Gebirge ist durch die Eroberung des Montello ein schöner Erfolg erzielt. Bedeutsamer aber als die Gefangennahme von 40000 Italienern, die ein schlüssiger Beweis für die Stoßkraft der Armeen unseres Bundesgenossen sind, ist es, daß dadurch auch an der italienischen Front die Initiative dem Feinde entrissen ist. Ebenso wie wir in Frankreich, hat jetzt Österreich-Ungarn in Italien das Gesetz des Handels an sich genommen.

*

Trotz Tiszas Erklärung gegen v. Payer marschiert der mitteleuropäische Gedanke. Freilich ist der Weg noch lange nicht frei von Hemmungen und Hindernissen. Während die Vertiefung des militärischen Bündnisses zu einem Waffenbund nicht mehr viel Auseinandersetzungen hervorzurufen scheint, ist man jetzt wieder einmal österreichischerseits an der Schranke „Zwischenzölle" angelangt. Es macht aber den Eindruck, als ob dieser Schlagbaum sich heben würde, wenn allseitig die austropolnische Lösung als geringstes Übel akzeptiert würde, natürlich unter Anerkennung der deutschen wirtschaftlichen Rechte in Polen für die Durchfuhr in der Ukraine. Abgesehen von anderen Bedenken könnte deutscherseits eine Zustimmung zur austropolnischen Lösung aber nur gegeben werden unter dem Vorbehalt, daß am Brest-Litowsker Frieden in bezug auf das Cholmgebiet nicht gerührt wird.

*

In Wien sind die Ernährungsschwierigkeiten stark gestiegen. Es hat dabei sogar ein Wortgefecht zwischen Berlin und Wien gegeben, über vermeintliche Verpflichtungen Deutschlands, schneller aus der Ukraine das Getreide heranzuschaffen. Trotz aller Klagen über „unser System", das viele Dinge, wie Obst und Gemüse wegorganisiert hat, wird man bei den Nachrichten aus Wien doch froh, daß uns unsere straffere Erfassung vor solchen Notständen bewahrt hat und bewahren wird. Nach den Wiener Erfahrungen dürfte der Antrag Roesicke, der manche Bindungen lockern wollte, weniger als je Aussicht auf Annahme haben.

*

Digitized by Google

Entkleidet man die Balfourſche Rede alles Beiwerkes und aller Angriffe, ſo bleibt als Kern die Anfrage an die deutſche Regierung noch, wie ſie ſich zur belgiſchen Frage ſtelle. Der Wunſch nach rückhaltloſer Klarheit über Belgiens Schickſal, den wir in unſerer Zeitſchrift ſchon ſo oft erhoben haben, nimmt ſich freilich im Munde des engliſchen Miniſters ſonderbar genug aus, weil er ſelbſt in der Rede alles tut, um über die engliſchen Kriegsziele möglichſt viel Schleier zu decken. Mit dieſer Methode wird man die ſo notwendige Ausſprache über Belgien nicht recht fördern können.

*

Der Breſt-Litowsker Vertrag enthält einen Punkt, der in Anbetracht des in den Vordergrund gerückten Georgiſchen Problems ſehr bedeutſam iſt. In ihm nämlich wird erklärt, daß bei der Neuregelung der von Rußland abgetrennten Gouvernements, an deren Schickſal Rußland kein Intereſſe mehr habe, außer der Türkei noch die angrenzenden Länder herangezogen werden ſollten. Dieſe Sätze können nichts anderes bedeuten, als daß ſchon im Breſt-Litowsker Vertrage mit den transkaukaſiſchen Staatengebilden gerechnet worden iſt. Denn außer der Türkei kämen, da Rußlands Unintereſſiertheit beſonders betont iſt, als Nachbarn der von Rußland abgetretenen Gebiete nur Georgien und Armenien in Betracht. Der neue Georgiſche Staat iſt, wie man ſieht, im Grunde genommen ſchon im Breſt-Litowsker Vertrage vorweg anerkannt worden, und die Georgier haben ein gutes Recht, ſich auf den Breſter Vertrag als die Geburtsurkunde ihres Staates zu berufen.

*

Clemenceau iſt ein neuer Feind erſtanden. Die Syndikatsbewegung, eine wirtſchaftliche Organiſation mit anarchiſchem Einſchlag, die bisher mit der Volksvertretung nichts zu tun haben wollte, hat mit dem Parlament Fühlung genommen. Auf ihrer Konferenz, zu der ſie dieſes Mal die Parlamentarier geladen hatte, wurde energiſch nach der Bekanntgabe der Kriegsziele und der Abſchaffung des neuen Geſetzes verlangt, wonach Facharbeiter in erhöhtem Maße für die Front ausgehoben werden ſollten. Das Wort Generalſtreik wurde mehrfach in die Debatte geworfen, um das Kabinett gefügig zu machen. Clemenceaus Stellung iſt durch die Annäherung der mächtig angeſchwollenen Syndikaliſten-Bewegung ans Parlament nicht wenig erſchüttert. Das dürfte auch der Grund geweſen ſein, daß Briand und Barthou den Eintritt ins Kabinett abgelehnt haben. Nicht undenkbar wäre es, daß ſich die geſchmeidige Perſönlichkeit Briands ſeiner ſyndikaliſtiſchen Vergangenheit erinnerte und ſich von dieſer Strömung nach oben tragen ließe.

Digitized by Google

Was wir könnten ...!

Von Dr. Paul Rohrbach

In einem Gespräch fiel heute das Wort: welch eine kololossale Situation ist es, in die wir gekommen sind! So hingesprochen und außer Zusammenhang klingt das leicht mehr forsch, als wirklich groß. Befreien wir den Ausdruck aber von diesem Unterton und geben ihm den Sinn, den die Worte wirklich haben, so sehen wir, daß, um die Verhältnisse zu bezeichnen, in denen wir heute stehen, wirklich kein anderer Maßstab da ist als der des Kolossalen. Unsere U-Boote lassen die Feuer an der amerikanischen Küste von Boston bis Charleston erlöschen. Unsere Hilfskreuzer legen Minen vor Bombay und Kapstadt und kehren durchs Eismeer heim. Unsere Kanonen beschießen Paris, unsere Luftschiffe London, unsere Truppen stehen in Finnland und in der Krim, unsere Artilleristen haben ihre Stellungen hoch oben über Jericho auf der blauen Wand der Moabiterberge, unsere Kolonnen fahren über das Schlachtfeld von Gaugamela und schwäbische Landstürmer liegen in der alten georgischen Königsburg von Tiflis hoch auf dem Felsen über dem brausenden Kur und bewachen die Schienen nach der Petroleumstadt Baku! Bald wird der Schneegipfel des Ararat zu ihnen herniedergrüßen.

Wie sind wir innerlich den wahrhaft kolossalen Zügen dieser Ausdehnung unserer Kriegsaufgaben gewachsen? Innerlich — das heißt nicht in Waffen- und Verkehrstechnik, sondern psychologisch und politisch? Gerade unter den kolossalen Maßen, die die Kriegshandlung jetzt am Ende des vierten Weltkriegsjahres angenommen hat, erhebt sich mit vermehrter Kraft die alte, so oft gesagte und nie oft genug wiederholte Wahrheit, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit veränderten Mitteln ist. Die Waffe ist nur ein politisches Mittel, und Politik muß die Waffenarbeit leiten. Friedrich Naumann schreibt in Nr. 24 der „Hilfe" in einem Artikel: „Die Diplomatie im Kriege":

Es finden sich im Reichshaushalt 1914 für den Betriebe des Auswärtigen Amts 3,3 Millionen Mark, für Gesandtschaften und Konsulate 12,3 und für Allgemeine Fonds 5, also im ganzen zwanzig Millionen Mark für auswärtige Politik. Das ist einfach Knauserei mit schädlichsten Folgen! Hier muß auf anderer Grundlage (räumlich und finanziell) neu angefangen werden. Welche Kriegsmilliarden würden wir mit einer rechtzeitigen Neuorganisation gespart haben!

Und an einer anderen Stelle:

Das was wir heute Auswärtiges Amt nennen, ist ein durch allerlei Einbauten und Anfügungen notdürftig zurechtgemachter alter Kleinbetrieb. Das gilt ebensowohl räumlich wie organisatorisch. Während man bei uns Weltpolitik proklamierte, blieb man im Schneckenhaus sitzen.

Ich sprach wohl schon einmal in der „Deutschen Politik" davon, was ich vor bald zwanzig Jahren, zufällig auch in der „Hilfe", von einer Orientreise aus schrieb. Im November 1900 ging ich bei Bezabde oberhalb Mossul über den Tigris, und als die

Digitized by Google

Fähre am mesopotamischen Ufer anlegte, merkte ich in mein Notizbuch an: Bis hierher ging das Römische Reich. Die Zeit wird kommen, wo der preußische Infanterist, wie einst der Legionar an der Ostgrenze des Imperiums, auf Posten zieht! Ist das nicht heute erfüllt, das und noch vieles darüber hinaus? Und was gehörte damals mehr dazu, als lebendiges Gefühl für das elementare, gewaltige Wachstum der deutschen Weltinteressen, um sicher vorauszusehen, daß die Ereignisse, wie auch immer sie sich entwickeln mochten, uns einmal zwingen würden, zur Verteidigung unserer nationalen Zukunft soweit auszugreifen? Eins allerdings: Gewöhnung und Anschauung großer geographischer und politischer Maßstäbe. Solche Anschauung kommt aber nicht zustande, wie Naumann sich ausdrückt, wo der Dienst der Weltvertretung Deutschlands „treu und selbstlos, aber erdrückt von der Last der Akten und gebunden an die Grundsätze, nach denen Mittelbeamte ausgewählt werden" geschieht. Sie kommt auch dort nicht zustande, wo Zeitung, Stammtisch und Bezirksverein die Stätten sind, an denen die politische Vorstellungswelt entsteht. In Erdteilen denken können, das ist, wie Rhodes gesagt hat, das Kennzeichen derer, die fühlen, daß sie zu einem Weltvolk gehören. Bei uns aber fürchtet man sich fast noch, in Ländern zu denken, sobald die Länder größer werden, als etwa der unglücklichste unsrer bisherigen Ländergedanken: Belgien.

Sicher, man kann so etwas nicht plötzlich tun, wenn man es nicht schon lange vorher geübt hat. Aber, wird mancher einwerfen, die Beamten unseres auswärtigen Dienstes kommen doch genug in allen Ländern und Erdteilen umher! Gewiß, nur zu sehr. Heute ist jemand Gesandter in Kolumbien und morgen in China, heute Konsul in Beirut und morgen in Toronto. Das aber ist ja gerade ein Beweis für Naumanns Satz von den Fortwirkungen unseres alten spießbürgerlichen Kleinbetriebs in der Politik, daß unser auswärtiger Dienst heute noch ebenso eingerichtet ist wie damals, als es wirklich noch gleichgültig war, wo man eine Durchschnittspersönlichkeit mit diplomatischer oder konsularischer Durchschnittsbildung hinsetzte, um das bißchen Überseeinteresse und die paar Dutzend Reichsdeutsche zu betreuen, die zum stillen Mißvergnügen der Aktenmenschen sich in die deutsche Konsulatsmatrikel verirrt hatten, statt Amerikaner, Kanadier, Russen oder sonst etwas zu werden. Ein Gebiet vom Umkreis der deutschen Auslandsinteressen etwa seit 1890 mußte, wie die Engländer das seit lange tun, in große feste Arbeitsprovinzen geteilt, jede davon mit einem dreimal so zahlreichen, doppelt so gut bezahlten, dauernd in ihrem Erfahrungsbereich bleibenden Stab von Kräften ausgestattet werden, und aus dem ganzen Bau mußte jene muffige, aus Exklusivität, Intrigue und Aktenbureaukratie gemischte Atmosphäre vertrieben werden (siehe Lichnowsky), die neben der Gewissenhaftigkeit des Dienstes unserem auswärtigen Betrieb leider auch eignet. Nur zu viele von unseren Diplomaten sind innerlich Menschen der für uns veralteten klein gebliebenen Maßstäbe. Sie sind nicht gewohnt, statt mit der alten Routine, mit einer Mannigfaltigkeit von

Digitized by Google

politiſchen Kräften und Mitteln zu arbeiten; neue, große Perſpektiven ſind ihnen leicht unheimlich, und die Zumutung, auswärtige Politik mit einer von Grund auf erneuerten Orientierung zu treiben, widerſtrebt ihnen abſolut. Nicht jeder, der im Kramladen gelernt hat, findet ſich zurecht, wenn plötzlich ein Großbetrieb daraus wird. Außerdem gehört ſo unangenehm viel Geographie und politiſche Völkerkunde dazu!

Weil ſoviele unſerer Staatsmänner und Politiker an das enge Denken, an die alte ſchematiſche Anſchauungswelt und das einmal überlieferte Bild des Staatenaufbaues in Europa und ſeinen Grenzgebieten gewöhnt ſind, darum gab es auch ſoviele Widerſtände, bis wir endlich, von den Ereigniſſen und von einer Reihe kaum verdienter Glücksfälle geſtoßen und geſchoben, den Oſtfrieden zuſtande brachten. Und ſchon ſitzen die Einen vor Schreck zähneklappernd da und rufen: das Ergebnis iſt zu groß und gefährlich, das muß man abbauen! Und die Andern haben auch keinen rechten Mut und keine rechte Freude, weiterzugehen und getrauen ſich nicht, mit ihrem eignen Werk als mit etwas Dauerndem zu rechnen. Hätten wir früher gelernt und erfahren, was großer Zug und elementare Kraft in der Politik ſind, wie frei könnten wir jetzt im Oſten ſegeln, ſtatt mühſelige Ruderarbeit zu leiſten oder aus lauter Unſicherheit überhaupt nicht vom Anker loszukommen. Wir plagen uns mit den Bolſchewiſten, wollen Wirtſchafts- und andere Verträge mit ihnen zuſtande bringen, wiſſen nicht, was wir mit Livland und Eſtland machen ſollen. Die Kaukaſier kamen zu uns, Georgier und Armenier bitten um Anerkennung ihrer ſtaatlichen Selbſtändigkeit. Nach Kiew kommen die Abgeſandten der Koſaken- und Bauernfreiſtaaten, die ſich aus Kuban und Don gebildet haben, und verhandeln über Föderation; die Ukrainer verlangen die Krim für ſich; ſie proteſtieren gegen die Angliederung Beſſarabiens an Rumänien. An der Wolga ſtehen die Tſchechen und drohen den Bolſchewiſten, die Finnländer greifen nach Karelien, die Eſten wollen Siedlungsboden in Ingermannland, die Letten wollen ihre Stammesgenoſſen in Polniſch-Livland nicht bei Rußland laſſen, die Weißruſſen regen ſich, haben ihre Rada und werben um unſre Aufmerkſamkeit. Alles iſt in Bewegung, alles im Fluß, alles könnten wir meiſtern, wenn wir die Kräfte richtig beobachten, an alten Vorſtellungen zu kleben aufhören, unſere Entſchließung einfach danach nehmen wollten, welche Strömung in dieſem großen Gewoge uns vorwärts trägt.

Die Bolſchewiſten kommen allmählich in Not. Wie ſtellen wir uns dazu? Wir haben vorläufig kein Intereſſe im Oſten, das größer wäre als den Bolſchewismus zu halten. Manche Leute haben die etwas merkwürdige Idee, mit ihm einen Handelsvertrag ſchließen zu wollen, der nachher zu etwas brauchbar ſein ſoll. Wenn jemand ſich durchaus etwas davon verſpricht, ſo mag er mit ihnen auch über Handelsverträge oder ähnliche Dinge reden, das ſchadet nichts, denn die Bolſchewiſten leiſten ja etwas viel Erößeres für uns. Sie ruinieren Großrußland, die Wurzel jeder möglichen ruſſiſchen Zukunftsgefahr, in Grund und Boden. Das meiſte von der Sorge, die wir etwa noch

Digitized by Google

Fähre am mesopotamischen Ufer anlegte, merkte ich in mein Notizbuch an: Bis hierher ging das Römische Reich. Die Zeit wird kommen, wo der preußische Infanterist, wie einst der Legionar an der Ostgrenze des Imperiums, auf Posten zieht! Ist das nicht heute erfüllt, das und noch vieles darüber hinaus? Und was gehörte damals mehr dazu, als lebendiges Gefühl für das elementare, gewaltige Wachstum der deutschen Weltinteressen, um sicher vorauszusehen, daß die Ereignisse, wie auch immer sie sich entwickeln mochten, uns einmal zwingen würden, zur Verteidigung unserer nationalen Zukunft soweit auszugreifen? Eins allerdings: Gewöhnung und Anschauung großer geographischer und politischer Maßstäbe. Solche Anschauung kommt aber nicht zustande, wie Naumann sich ausdrückt, wo der Dienst der Weltvertretung Deutschlands „treu und selbstlos, aber erdrückt von der Last der Akten und gebunden an die Grundsätze, nach denen Mittelbeamte ausgewählt werden" geschieht. Sie kommt auch dort nicht zustande, wo Zeitung, Stammtisch und Bezirksverein die Stätten sind, an denen die politische Vorstellungswelt entsteht. In Erdteilen denken können, das ist, wie Rhodes gesagt hat, das Kennzeichen derer, die fühlen, daß sie zu einem Weltvolk gehören. Bei uns aber fürchtet man sich fast noch, in Ländern zu denken, sobald die Länder größer werden, als etwa der unglücklichste unsrer bisherigen Ländergedanken: Belgien.

Sicher, man kann so etwas nicht plötzlich tun, wenn man es nicht schon lange vorher geübt hat. Aber, wird mancher einwerfen, die Beamten unseres auswärtigen Dienstes kommen doch genug in allen Ländern und Erdteilen umher! Gewiß, nur zu sehr. Heute ist jemand Gesandter in Kolumbien und morgen in China, heute Konsul in Beirut und morgen in Toronto. Das aber ist ja gerade ein Beweis für Naumanns Satz von den Fortwirkungen unseres alten spießbürgerlichen Kleinbetriebs in der Politik, daß unser auswärtiger Dienst heute noch ebenso eingerichtet ist wie damals, als es wirklich noch gleichgültig war, wo man eine Durchschnittspersönlichkeit mit diplomatischer oder konsularischer Durchschnittsbildung hinsetzte, um das bißchen Überseeinteresse und die paar Dutzend Reichsdeutsche zu betreuen, die zum stillen Mißvergnügen der Aktenmenschen sich in die deutsche Konsulatsmatrikel verirrt hatten, statt Amerikaner, Kanadier, Russen oder sonst etwas zu werden. Ein Gebiet vom Umkreis der deutschen Auslandsinteressen etwa seit 1890 mußte, wie die Engländer das seit lange tun, in große feste Arbeitsprovinzen geteilt, jede davon mit einem dreimal so zahlreichen, doppelt so gut bezahlten, dauernd in ihrem Erfahrungsbereich bleibenden Stab von Kräften ausgestattet werden, und aus dem ganzen Bau mußte jene muffige, aus Exklusivität, Intrigue und Aktenbureaukratie gemischte Atmosphäre vertrieben werden (siehe Lichnowsky), die neben der Gewissenhaftigkeit des Dienstes unserem auswärtigen Betrieb leider auch eignet. Nur zu viele von unseren Diplomaten sind innerlich Menschen der für uns veralteten klein gebliebenen Maßstäbe. Sie sind nicht gewohnt, statt mit der alten Routine, mit einer Mannigfaltigkeit von

Digitized by Google

Man hört, es gäbe Bedenken, die Unabhängigkeit der Georgier und Armenier im Kaukasus anzuerkennen, weil auch diese noch „zu Rußland gehörten". Auch für die Kosaken am Don und Kuban soll das gelten. Sie haben sich aber selbst für unabhängig erklärt, und die Leninsche Regierung hat schon im November 1917 das Gesetz veröffentlicht: wer frei von Rußland sein wolle, sei frei. Sollen wir großrussischer sein als die Großrussen? Welch ein kolossaler politischer Ausblick öffnet sich uns die Donau abwärts durch die Ukraine, das Schwarze Meer, nach Transkaukasien, von wo die Eisenbahn- und Schiffslinien heute fast bis an den Fuß des Hindukusch und bis in das Becken des Urmia-Sees gehen! Von Täbris und Urmia kann man auf Fahrstraßen bis Ispahan, ja bis Schiras und bis Kirmanschah, der Pforte von Iran nach Bagdad kommen. Machen wir die richtige Politik, so sind bis dahin keine andern Widerstände zu überwinden als die von Raum und Zeit. Alle andern physischen und moralischen Kräfte können wir uns dienstbar machen, von ihnen uns führen und tragen lassen. Es muß ausgeschlossen sein, daß die Türken im Kaukasus über die Grenzen, die der Brester Vertrag ihnen zuwies, hinausgreifen. Sie bringen sonst die Kaukasier gegen sich und auch gegen uns auf und verderben uns die Zukunft. Im Kaukasus liegt die Naphta von Baku, liegt Mangan, Kupfer und Kohle, liegen weite Gebiete, die für Baumwollkultur brauchbar sind, wachsen edle Hölzer, Obst und Wein und wohnen Völker, die unsere Freundschaft begehren.

In der Ukraine kostete es uns nur ein Wort und die mächtigen Kräfte, die dort verborgen liegen, arbeiten von selber für Deutschland. Das Wort heißt Bauernpolitik! Alles Mißtrauen, aller Widerstand, auf die wir jetzt noch dort stoßen, werden verschwinden, wenn der Bauer merkt: die Scholle, nach der er verlangt, die Unabhängigkeit von Moskau, die sie ihm sichert, durch unsern Schutz und unsern Willen werden sie ihm zuteil. Was gehen uns die moskowitischen und polnischen Großgrundbesitzer in der Ukraine an? Für die Landes- und Volkskultur kann auch gesorgt werden, wenn ihre Latifundien sich in Bauernland verwandeln (der Bauer ist bereit, das Land zu bezahlen) und wenn Mittelgüter in angemessener Zahl und Verteilung aus allgemein landwirtschaftlichem Interesse erhalten bleiben. In der Ukraine wie im Kaukasus ist die große Bewegung da, die sich uns anbietet, die nur darauf wartet, daß wir uns von ihr tragen lassen. Unsere Zukunft und die Zukunft dieser Völker begegnen sich. Der ganze Osten ist Neuland, das Alte ist gestürzt und es bedarf nur eines freien Blicks, um die gewaltigen Sichten zu erfassen, die sich uns hier bieten.

Viele unserer Politiker haben auf das nur eine Antwort: uferlos! Das kommt daher, daß sie sich noch nicht entwöhnt haben, mit den Maßstäben unseres alten politischen Kramladens zu hantieren. Sie stellen sich vor, das alles müsse der deutsche Infanterist und der deutsche Steuerzahler leisten, und dazu reichten unsere Kräfte nicht. Ihnen schwindelt vor Entfernungen über Land wie bis zum Felsen des Prometheus, bis zum Dach der Welt und bis zur Mitternachtssonne. Das aber ist ja der Kern dieser

Digitized by Google

neuen Politik, daß sie nicht in dem Überwinden von Widerständen, sondern im Benutzen der Kräfte bestehen soll, die von selber bereit sind, unserer nationalen Zukunft zusammen mit der des befreiten Ostens zu dienen. Wahrhaft unermeßlich sind die Folgen, die der Sturz der Russenherrschaft in ganz Osteuropa und Vorderasien gehabt hat. Deutschland kann aus diesem Erbe nehmen, soviel es will, wenn es versteht, die freie Zukunftsentwicklung der Ostvölker, der großen wie der kleinen, in einem wahrhaften politisch-moralischen Großbetrieb mit der seinen zu verbinden.

Die austropolnische Lösung

Eine Erwiderung an Karl Leuthner von Egon Bergson, Wien

In der „Deutschen Politik" vom 7. Juni 1918 hat Karl Leuthner gründlich, geistvoll und in blendender Darstellung wie immer über die deutsch-tschechische und österreichisch-polnische Frage geschrieben. Er verwirft die austropolnische Lösung vom Standpunkte des gesamten deutschen Volkes aus, weil die Angliederung Kongreßpolens an unsere Monarchie Konflikte zwischen dieser und Deutschland unvermeidlich mache. Zahlreiche Stimmen aus dem Deutschen Reiche klingen damit zusammen. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie, Leuthners eigene Partei, weist die austropolnische Lösung weit von sich, freilich aus ganz anderen Motiven als er. Aber gerade die Vereinsamung, in der Leuthner gleichwie bis vor kurzem der unvergeßliche Pernerstorfer innerhalb einer Fraktionsleitung steht, die vom Deutschtum nur den Namen trägt, in der doktrinäre, national geschlechtslose Intellektuelle unter Vorantritt Friedrich Adlers ihn geradezu mundtot gemacht haben, läßt seine Stimme um so wichtiger erscheinen. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß Leuthners kraftvolle Persönlichkeit nicht immer verurteilt bleiben kann, im Hintergrunde der deutschösterreichischen Arbeiterpartei zu bleiben.

Er hat ganz recht, den Zusammenhang der deutsch-tschechischen und österreichisch-polnischen Auseinandersetzung zu betonen. Beide sind Hauptprobleme der Innenpolitik der Monarchie, untrennbar miteinander verknüpft und wie diese Innenpolitik überhaupt mehr als irgendwo anders in der Welt von der Außenpolitik des Staates abhängig. Gerade dadurch ist die polnische Frage heute nicht ein, sie ist *das* Problem der Lebensfähigkeit Österreich-Ungarns geworden, der Hebel, von dem aus die Rekonstruktion des Staates begonnen oder die Zerstörung ins Werk gesetzt werden wird. Welche Möglichkeiten sind für Polens Aufrichtung überhaupt denkbar? Die staatsrechtliche Vereinigung mit Deutschland oder Rußland scheidet von vornherein, aus daran zweifelt niemand. Es bleibt nur die Wahl des Zusammenschlusses mit Österreich unter Angliederung Galiziens oder der getrennten Eigenstaatlichkeit Kongreßpolens. Diese letztere trägt aber für uns einen eigenen Namen und der lautet: *polnischer Irredentismus*. Nur politische Kinder — und Leuthner gehört wahrlich nicht zu ihnen — können

Digitized by Google

glauben, daß Österreich sein Kronland Galizien, das größte und volksreichste seines Besitzes, die stärkste Quelle unausgenützter wirtschaftlicher Reserven, auf die Dauer neben einem selbständigen Polen zu behaupten vermöchte. Nur Phantasten dürfen sich schmeicheln, daß der Kaiserstaat dies Galizien freiwillig einem selbständigen Polen dahin geben könnte. Bevor er nicht wirtschaftlich und militärisch völlig zusammengebrochen ist, solange eine österreichische Regierung noch existiert, wird sie das nicht tun. Das wissen die Polen Mann für Mann. Gerade das müßte den polnischen Irredentismus bis zur Siedehitze entflammen. Keinerlei Bindungen und Staatsverträge zwischen dem jungen Staat und den Zentralmächten könnten daran etwas ändern. Sind doch die Hoffnungen auf Vereinigung der ehemals russischen und galizischen Polen durch ein halbes Jahrhundert und länger, insbesondere aber seit Kriegsausbruch von offiziellster Seite genährt worden, so daß ihre Enttäuschung für die Polen und Österreich gleich unerträglich wäre. Jeder leiseste Versuch parlamentarischer Innenpolitik, jedes Mindestmaß der Verläßlichkeit unserer polnischen Bureaukratie wäre vernichtet. Unser Staat könnte nichts mehr, als absolutistisch-desolat verwaltet und regiert unter unaufhörlichen Krämpfen ein jammervolles Dasein an der Seite des jungen Nachbarreiches fortschleppen. Zu dieser inneren Schwäche käme der ständige Druck einer nahen und furchtbaren Kriegsgefahr. Weder der südslawische noch der italienische Irredentismus könnte aufhören oder an aktuellsten Hoffnungen verlieren, wenn er eine treue Stütze am polnischen Staate fände. Rumänische Revanchegelüste müßten sich anschließen, und daß die tschechischen Tendenzen tagtäglich auf das Stichwort warten würden, braucht heute keines Beweises. Alle Gelüste, Österreich zu zertrümmern, leben von der Hoffnung ihrer Erfüllbarkeit. Rußlands Sturz und ein siegreicher Friede könnten ihnen wohl ein Ende machen — aber eben nur dann, wenn Österreich *regierbar* wird, und das ist es ohne Ausscheidung Galiziens aus der Innenpolitik nicht mehr, nur dann, wenn nicht sofort ein neuer und noch ungebrochener Kern für feindliche Koalitionen geschaffen wird, wenn der Weg freigelegt erscheint, mit starker Hand den staatstreuen Elementen die gebührende Stellung zu verschaffen und zu erhalten und die Tschechen nach dem alten Wort Grabmayrs zu zwingen, „vom hohen Roß herunterzusteigen". Jede andere als die austropolnische Lösung führt ihnen und den anderen monarchiefeindlichen Slawen unweigerlich die Polen bis zum letzten Mann als Bundesgenossen zu.

Und das ist für Deutschland schließlich eine kaum minder ernste Sache als für Österreich-Ungarn. Wohl gibt es deutsche Politiker, die gerade mit Rücksicht auf den polnischen Irredentismus gegen die Angliederung Polens an unsere Monarchie sind. Denn, rechnen sie, in diesem Falle hat die polnische Einheitsbewegung keine Spitze mehr gegen Österreich und richtet sich ausschließlich gegen Preußen. Nichts kann falscher sein. *Es handelt sich in erster Linie garnicht um das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Polen, es handelt sich um sein Verhältnis zu Österreich*

Digitized by Google

Ungarn! Von zweien eines: entweder hat die Doppelmonarchie an Deutschland auch in Zukunft einen unbedingt verläßlichen Rückhalt, oder sie hat ihn nicht. Im ersten Falle belasten ihre Gefahren auch den stärksten Bundesbruder, der ohnedies vor jedem Polen das Odium der vereitelten Hoffnungen auf Galizien tragen würde. Im zweiten Falle würde der Donaustaat unweigerlich dem Protektorate der Westmächte verfallen. Allein gestanden ist er — von kurzen Intervallen abgesehen — niemals, solange er existiert. Er kann es in Zukunft weniger denn je. Gibt Deutschland ihn und damit seine Ungarn und Deutschen ihren bittersten Feinden preis, dann, aber auch nur dann sind die österreichischen Deutschen und Ungarn nicht imstande, das angelsächsisch-französische Protektorat abzuschütteln, das freilich nur eine Galgenfrist für das Ende unseres Staates bedeuten würde. Dann ist das Deutsche Reich wirklich „eingekreist". Schon darum allein kann uns Deutschland nicht aufgeben. Historische Gründe und ethnische Gemeinschaft in allen Ehren: Deutschlands eigenstes Interesse kettet uns zusammen, kaum minder dringlich und lebenswichtig als unser Interesse, das ist gewiß.

Natürlich wird die austropolnische Lösung die Polen, wenn überhaupt, nur sehr langsam und allmählich mit der Abspaltung der preußischen Polen sich zufrieden geben lassen. Aber Italiens Beispiel lehrt es eindringlich, daß jede Irredenta nur von Mißachtung der Gegenkraft sich nährt. Sie stirbt, wenn sie hoffnungslos erscheinen muß. Der polnisch-österreichisch-ungarische Staat könnte doch nicht anders, als das Bündnis der Deutschösterreicher mit den beiden anderen Staatsnationen festlegen. Auch die Magyaren haben wohl zeitweise mit unseren Slawen geliebäugelt. Sobald es Ernst wird, verfliegt solch hohler Spuk. Und als ausgeschlossen muß es gelten, daß im Verbande dieser Staatengemeinschaft, die Deutschen und Ungarn, jeder Herr in seinem Gebiet, zu einer Deutschland feindlichen Außenpolitik gedrängt werden könnten. Die Verbindung mit den alten österreichischen Erbländern vermindert zum wenigsten die Gefährlichkeit und Schärfe des preußisch-polnischen Gegensatzes. Auch wir unsererseits werden freiwillig den Bund auf Gedeih und Verderb mit dem großen Deutschen Reich nicht aufgeben, solange unser Staat existiert.

„Solange unser Staat existiert." Hier liegt der wahre Kern der ganzen Frage, hier und nirgends anders. Die offizielle deutschösterreichische Sozialdemokratie hat diese Existenz zu den Toten geworfen, wie es die Tschechen und Südslawen tun. Viele Politiker Deutschlands und Leuthner gleich ihnen mögen an ihr verzweifelt haben. Er könnte hierbei allerdings ehrlich in der Richtung seiner national-demokratischen Politik bleiben, die tiefinnerlich deutschfeindlichen Doktrinäre seiner Partei aber nicht. Allein wie immer, hier genügt die Feststellung, daß es den Bestand der Monarchie negieren heißt, wenn man die austropolnische Lösung negiert. Ist es wirklich vonnöten, die Folgen einer solchen Katastrophe für das gesamte deutsche Volk auszumalen? Manchmal scheint es so. Auf den Trümmern des Donaustaates ent-

Digitized by Google

stünde ein selbständiges Polen, vereint mit Galizien, und ein selbständiger Sudetenstaat. Wird dies Polen weniger heiß nach preußischen Provinzen hungern, als wenn es durch den staatsrechtlichen Verband mit Österreich-Ungarn gebunden erscheint? Wird es der Mithilfe der Tschechen oder der Tschechoslowaken entraten müssen wenn diese selbst es sind, die ihre Außenpolitik bestimmen? Träumt jemand im Reich von einem direkten Ausgleich zwischen dem deutschen Gesamtvolk ohne Rücksicht auf dessen Staatsgrenzen und den Tschechen? Leuthner selbst hat schlagend und mitleidslos dargelegt, was das tschechische Volk — das Volk, nicht seine Vertreter allein! — heute will und greifbar vor Augen sieht: längst nicht mehr das Schattenbild einer nationalen Autonomie im Rahmen Österreichs, längst nicht nur eine ethnische Gemeinschaft, sondern den souveränen Staat Böhmen mit Einschluß der 3½ Millionen Sudetendeutschen und tief hinein in Ungarns Gebiet; vielleicht wenn Gott gnädig ist, mit einem „Korridor" zum verbündeten Reiche der Südslawen. Bescheidener wird dies Volk nach Österreichs Zerfall nicht werden; es weiß genau, daß die tschechische Republik, auf das ethnische Siedelungsgebiet ihres Stammes beschränkt, militärisch und ökonomisch unmögliche Grenzen aufwiese und strategisch wie wirtschaftlich in Abhängigkeit vom deutschen Volke geriete. Das wollen weder die Tschechen noch die Welt in Waffen, die sie von New York, Paris und London aufstachelt. Einen zusammenhängenden Kranz von slawischen, deutschfeindlichen Staaten zu schaffen, der von Wladiwostok über Warschau und Prag nach Triest reicht, das ist ihr Ziel. Insbesondere die Tschechen sollen vermöge ihrer geographischen Lage einen starken Keil in die deutsche Stellung, einen schmerzhaften und tödlichen Pfahl ins Fleisch des deutschen Volkes treiben und wollen dies nur allzugerne tun. Dieses Ziel ist eine offen ausgesprochene, eherne Tatsache, und an ihr müssen alle Versuche scheitern, unter Ausschaltung von Wien zwischen Berlin und Prag sich direkt zu verständigen. Derlei taucht leider nicht selten in deutschen Köpfen auf: es gibt wahrlich kein Gift, das die bittersten Feinde des deutschen Volkes brauen — deutsche Ahnungslosigkeit und deutscher Dilettantismus finden sich bereit, dem eigenen Volke den Becher zu kredenzen! Wir selbst sollen dazu helfen, die tschechische Republik im Süden und den polnischen Staat im Osten Deutschlands freier zu stellen, als wir müssen? Kommt dieser, so bleibt jene nicht aus, das ist unzweifelhaft. Wir sollen ohne Not eine Schanze in Deutschlands Gürtelstellung — das ist die Donaumonarchie auf jeden Fall — räumen, um einen Kranz feindlicher Schanzen an ihren Platz zu setzen? Das nur zu erwägen, grenzt an Wahnsinn.

Niemand weiß, wie die Zukunft über Österreich-Ungarn entscheiden wird. Kaum einer aus seinen vielen Völkern wird seine Staatszugehörigkeit als Erfüllung seiner letzten Wünsche betrachten. Aber heute die Auflösung dieses Reiches unter Mitwirkung oder auch nur unter schweigender Duldung Deutschlands zu erwarten, ist mehr als naiv. Sie als Deutscher zu wünschen, heißt gegen das eigene Volk freveln. Kommt

Digitized by Google

sie dennoch, so muß dies schwere Schicksal gleich anderen Schicksalsschlägen getragen werden. Unsere Pflicht ist es, alles zu tun, was ein solches Schicksal abwenden oder verzögern kann. Schon darum sollen alle Deutsche für die austropolnische Lösung eintreten. Sie ist nichts weniger als ein Ideal, sie ist lediglich von allen Übeln das immerhin kleinste. Vielleicht verhindert auch sie nicht einen Krieg, den in ferner Zukunft Polen und Deutsche miteinander auskämpfen müssen, wer wagte das zu entscheiden! Jeder andere Weg aber bedeutet gewiß einen oder wahrscheinlich zwei Kriege und das in absehbarer Zeit: den ersten zwischen Polen im Bunde einer Mächtegruppe und Österreich um Galizien, den zweiten, falls der erste gewonnen wird, mit Deutschland um Preußisch-Polen. In diesem zweiten Kriege wären Deutschlands Feinde um die Staaten verstärkt, die auf den Trümmern unserer Monarchie sich erhoben hätten. Vielleicht oder hoffentlich wird das deutsche Volk auch hier siegreich bestehen. Aber ich denke, was geschehen kann, die Gefahr solcher Kriege zu beseitigen oder zu mildern, muß unter allen Umständen geschehen. Und das kann die austropolnische Lösung.

Vorderasien und der Friede

Von Professor Dr. Friedrich Lenz

„Eine Niederlage würde dem Krieg kein Ziel setzen. War er bisher hauptsächlich ein Landkrieg, so wird er zum Seekrieg."

Lloyd George

Wäre statt des Ostens Westeuropa befriedet, kämen die ersten Sendungen Getreide oder Rohöl aus dem angelsächsischen Bereich zu uns, so schrumpfte der weltbewegende Konflikt zusammen zu einer örtlichen Auseinandersetzung auf der Linie Archangelsk—Tiflis; weder wirtschaftlich noch politisch würde er die Reichweite eines jeden Zusammenstoßes zweier großer Mächte überschreiten. Da nun aber im Westen der Kampf fortgeht, erkennen wir um so schärfer den englisch-deutschen Gegensatz als bewegende Kraft. Fielen außer dem Osten auch alle überseeischen Trabanten ab, würde sogar Italien untreu, so behielte doch der Konflikt des Angelsachsentums mit Mitteleuropa seinen weltbestimmenden Charakter. Während umgekehrt Portugal oder China oder Brasilien weder für sich allein noch auch im Bunde mit dem russischen Osten etwas vermöchten, ohne die Zustimmung ihrer angelsächsischen Führer. Probe und Gegenprobe ergeben immer von neuem, daß in Flandern und zur See tatsächlich die den Weltkrieg entscheidenden Mächte gegeneinander stehen.

Diese Erkenntnis dürfte in London noch lebendiger sein als in Berlin. Dort weiß man ihren Kern zwar für Freunde und Neutrale gefälliger zu drapieren; hier täuscht man sich dagegen oft über den Sitz des Konflikts, den viele nur in der weltwirtschaftlichen Eifersucht zweier Handelsrivalen suchen. Seinen tödlichen Ernst scheinen

Digitized by Google

unsere Gegner seit dem Ausscheiden Rußlands nun so stärker zu empfinden. Mit einem Eifer, der unser gesamtes Dasein als Großmacht zu vertilgen strebt, ziehen sie die Maschen ihres Weltbundes immer enger. Ja, um uns politisch und wirtschaftlich niederzuzwingen, wollen England und Nordamerika den Krieg mit ihren überseeischen Trabanten sogar als reinen Seekrieg fortsetzen, nicht einmal ein Niederbruch ihrer Flandernfront und der Fall von Calais soll uns dem Frieden näherbringen. So habe Großbritannien alle seine Kämpfe um die Seeherrschaft gewonnen. So habe es mit geringem Blutaufwand sein Weltreich in den Kolonialgebieten Spaniens, Hollands, Frankreichs aufgerichtet. Trifft diese Rechnung für die Gegenwart noch zu? Müssen wir fürchten, daß England diese Drohung wahrmacht? Oder stellt sich das Problem des „reinen Seekriegs" heute anders dar?

Deutschland verteidigt seinen gesamten Besitz an der Heimatfronten, dort stellt es die Anglo-Amerikaner zur Schlacht und von dort her sendet es seine Unterseeboote. Seine Gegner können ihm nicht an der von ihm gewählten Stelle ausweichen; sie müssen den Kampf in Flandern und zur See durchfechten. Deutschland ficht demnach gesammelter und wirksamer als seine Vorgänger. Es braucht weder beide Indien noch Hollands oder Frankreichs Kolonialgebiet zu schützen und kann seinem Hauptgegner doch zum ersten Male eine Dauersperre um die Häfen legen. Eine kontinentale Großmacht, die wie früher den Todesstoß im Dienste Englands führte, steht den Angelsachsen seit Rußlands Ausscheiden nicht mehr zu Gebote. Selbst müssen sie die letzten Schläge führen. Nachdem die Frühjahrsoffensive 1918 eine erste militärische Folgerung aus Deutschlands Freiwerden im Osten gezogen hat, ist jede Hoffnung auf Frankreichs ausgeschöpfte Menschenkräfte vollends eitel. Die amerikanischen Millionenheere aber, die statt ihrer und statt der Kosaken mit den Ghurkas in den Parks von Potsdam biwakieren könnten, sind noch ferne. Wer kann im Ernst noch auf ein Leipzig oder Belle-Alliance der Mittemächte hoffen?

Inzwischen gewinnen die Mittemächte aus dem befriedeten Osten neue Kraft zur Fortführung des Kampfes. Sie haben mehr Männer, mehr Schiffe und mehr Geld, überdies mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe als vorher. Sie brauchen die Fortdauer des Kampfes nicht zu fürchten. Aber besitzen sie ihrerseits die Mittel, ihn zu enden? Können sie den Kriegswillen ihrer Gegner brechen? Oder muß der Kampf in Flandern und letzthin als „reiner Seekrieg" zum Stillstand gelangen, bis unter dem Druck der britischen Seeherrschaft oder der deutschen U-Bootblockade die Volkswirtschaft des einen Teils zusammenbricht und ihn zum Frieden der Erschöpfung zwingt?

Auch hierauf gibt der Ostfriede uns eine Antwort. Was Spaniens oder Hollands Lage nie gestattete, worauf Frankreich nach dem Verlust von Malta und Ägypten verzichten mußte, das hat den Mittemächten die Gunst der Lage und des Kriegs gewährt. Durch das französische Mittelmeer und um das holländische Kap hat England die beiden Seewege nach Indien sich gesichert. Wenigstens von Kairo nach Kalkutta

Digitized by Google

sucht es dazu den Landweg zu gewinnen. Die Mittemächte aber besitzen seit Rußlands Zusammenbruch zwei ununterbrochene Wege durch befreundetes Gebiet nach Osten, auf welche Großbritannien keinerlei Einwirkung von der See her zusteht. Sie führen über den Balkan und Odessa unmittelbar in die Flanke der britischen Vorderasienstellung und darüber hinaus gegen Ägypten und das indische Glacis. Der reine Seekrieg, den Großbritannien predigt, würde Deutschlands freigewordene Kräfte mit Notwendigkeit in diese Bahnen zwingen und das Übergewicht der schwachen englischen Truppen im nahen Osten rasch in sein Gegenteil verkehren. Die „östliche Schule" würde dann auch in Deutschland die kontinentale Strategie ablösen! Jene versprengten Vorposten, die einst das Ancien Régime in Indien, Napoleon in Ägypten zurückließ, würden ersetzt durch ein geschlossenes Operationsgebiet im Schnittpunkt ihrer Anmarschwege.

*

So sehen wir den künftigen „reinen Seekrieg". Sollten die Probleme des nahen Ostens nicht auch dem britischen Premierminister gegenwärtig gewesen sein, als er das Drohwort prägte?

Ein englischer Vertreter jener „östlichen Schule" findet freilich neben tiefen Schatten manchen Lichtblick. Rußland, dessen Einfluß vordem bis Jerusalem und Abessynien reichte, ist ausgeschieden; was die Waffen der Mittemächte begonnen haben, das vollendet dort die innere Zersetzung. Frankreich, das 1914 gleich Rußland große Bahnkonzessionen in der Türkei erwarb, ist fast ebensowenig wie jenes noch als Mitbewerber gefährlich. Inder, Australier, Afrikaner kämpfen für England am Jordan und am Tigris. Die 1914 begonnene Arbeit an den Stämmen in Hedschas und am Schat el Arab hat reiche Frucht getragen. Südpersien, Arabien, der Sudan und Ostafrika sind frei von deutschem Einfluß. Auch im östlichen Mittelmeer erscheint Englands Stellung durch den Krieg gefestigt. Cypern und Ägypten hat es annektiert, Palästina, die Inseln vor den Dardanellen, eine Flottenstation auf Kreta sowie Saloniki hält es besetzt, Griechenland ist in seiner Hand. Hinter allem stehen die Flotte und das neugeschaffene Volksheer des Heimatlandes.

Auf der Gegenseite stehen die Mittemächte im Bunde mit Bulgarien und der Türkei. Die Siege über Serbien und Rumänien drohen die gesamte Balkanfrage zugunsten eines Großbulgariens zu ordnen und den überlieferten Einfluß auswärtiger „Balkankomitees" und „Reform-Kommissionen" völlig auszuschalten. Die Donaumündung, das Schwarze Meer und die Dardanellen unterstehen künftig ausschließlich dem Willen ihrer Anliegerstaaten. In Vorderasien kämpfen die osmanisch-deutschen Truppen gestützt auf das anatolisch-syrische Bahnnetz. Trotz ihrer Erfolge haben die anglo-indischen Truppen ihre Vereinigung und damit den Landweg Euphrat—Jordan bislang nicht erreicht. Deutschlands Verbündeten gehört ein großer Teil der Mittelmeer-Küsten; ginge Griechenland mit ihnen, so ständen alle Häfen von Triest

Digitized by Google

bis Jaffa ihren U-Booten offen. Darüber hinaus bedrohen sie im Süden das vordem türkische Nordafrika, sowie im Osten die britische Vorherrschaft über die Freistaaten am Persischen Golf.

Grund genug, nicht bei dem Erreichten stehen zu bleiben! Sollten die Engländer Palästina und den Landweg zum Euphrat vollends gewinnen, so würde die Unverträglichkeit dieser Lösung mit dem Bestande der Türkei nur neue Kämpfe vorbereiten. Noch weniger könnte eine Rückgabe seiner Erwerbungen Großbritannien befriedigen. Soll es Saloniki, Tenedos, Bagdad, Jerusalem und Mekka freiwillig räumen? Die rechtmäßigen Herrscher in Griechenland und Ägypten wieder einsetzen, den Suezkanal entfestigen? Seine Stellung und seine Prestige im östlichen Mittelmeer wären unerträglich gefährdet. Könnten wiederum die Mittemächte am Jordan, bei Mossul und Medina Gewehr bei Fuß stehen bleiben? Es wäre ein Waffenstillstand und kein Friede. Selbst nur englische Küstenwachen am Schat el Arab und im Hedschas müßten die Araber ständig neu zum Aufstand reizen. Ein Khedive von Englands Gnaden bleibt der geborene Rivale des Khalifen in Stambul. England, die größte mohammedanische Macht der Erde, würde, wenn nicht den Sultan, wenigstens das Khalifat an sich zu ziehen trachten; die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Türkei wäre dauernd aufs schwerste bedroht. Auch die Rückkehr zum Status quo ante ist beiden Gegnern in den Ländern des östlichen Mittelmeers verschlossen. Was soll diese Formel bedeuten für Albanien, Serbien, Bulgarien, den Dodekanes, den Kaukasus, Persien, Koweit, für die Kapitulationen und das bulgarisch-türkische Einvernehmen mit den Mittemächten? Der Status quo ante mag im westlichen Mittelmeer leicht durchzuführen sein, östlich von Malta ist er ein Unding. Schon die Erinnerung an Malta und das Jahr 1803 warnt davor, diese Probleme leichthin lösen zu wollen.

Sie führen noch über den östlichen Mittelmeerbezirk hinaus. Nachdem der russische Druck von ihnen genommen ist, dehnen Rumänien und die Türkei sich sogleich nach Norden aus. Nach Osten erleichtert das Schwinden des russischen Drucks ein Eingreifen in Persien und Afghanistan, vor den Toren Britisch-Indiens. Aber auch im Süden treffen die Ausläufer dieser Bewegung auf Englands indische Interessen. Ein nach dem deutsch-englischen Plan von 1914 oder noch stärker vergrößertes Deutsch-Afrika grenzt an den Indischen Ozean und kann auf die Mohammedaner des Sudans einwirken; indem es die Kap—Kairo-Linie zerschneidet, schiebt es sich in das Glacis der indischen Festung vor und bedroht zugleich Englands Stellung am Roten Meer vom Süden her. Auch die friedlichste Regierung kann Deutschlands afrikanisches Schutzgebiet nicht zum zweitenmal fast unbewaffnet einem Kriege aussetzen. Durch die Beziehung auf Englands Vorherrschaft im nahen und mittleren Osten kompliziert sich also auch die Frage des deutsch-afrikanischen Kolonialreichs.

Der Status quo ante erscheint für die Gesamtheit unseres Kolonialbesitzes so unmöglich wie für die Länder am östlichen Mittelmeer. Wir werden darum, je nach dem

Digitized by Google

Kriegsausgang, koloniale Kompensationen und Erweiterungen anstreben. Sie sollen, dem allgemeinen Wunsch zufolge, in Mittelafrika liegen. Wollten wir dabei England zuliebe auf Ostafrika und den Zutritt zum Indischen Ozean verzichten, so kehrten wir ärmer aus dem opfervollen Kampf zurück und hätten weniger erlangt, als England 1914 kampflos gewähren wollte. Es wäre nichts anderes, als wenn wir Mesopotamien und alles Land jenseits Alexandrette an Großbritannien überließen. Mit Anatolien erhielten wir dann viel weniger als 1914 friedlich zu erreichen war, und opferten außer dem Plan Berlin—Bagdad überdies die Türken. Der Verrat wäre zugleich eine Niederlage. Doch brauchen wir diese Lösung wohl nicht einmal bedingungsweise ins Auge zu fassen. Denn solange wir so stark wie heute sind, wird Großbritannien einem unbesiegten Deutschland freiwillig wohl niemals die Vorherrschaft am Bosporus und in Ostafrika anbieten. Ein Großbritannien aber, das Frieden schließen muß, wird uns und unsren Verbündeten noch ganz andere Dinge überlassen; es würde auf den Kairo—Kalkutta-Plan verzichten und uns in Afrika auf Kosten Belgiens und Portugals entgegenkommen.

Weder wird England ohne Not den Gürtel, den es von Persien über die Levante bis Afrika um sein indisches Reich gelegt hat, wieder sprengen, noch können die Mittemächte sich unbesiegt auf Anatolien und Westafrika zurückziehen. Was soll also geschehen? Können Spanien und Südamerika die „Freiheit der Meere" für jenen Gürtel garantieren? Spaniens Erfahrungen mit Kuba und Gibraltar raten davon ab. Soll der „Freiheit" des britischen Suezkanals eine internationale Kontrolle der Ostsee und des Schwarzen Meers entsprechen? Auch eine wirtschaftliche Teilhaberschaft der beiden Hauptgegner in Vorderasien brächte keine Lösung. Ägypten wie die Türkei und Persien lagen den Europäern vor dem Kriege wirtschaftspolitisch offen. Seit den deutschen Siegen beanspruchen die Türkei und sogar Persien Freiheit von dem Zwang der Kapitulationen. Nur in der Freiheit vermögen diese Länder offenen Markt und gleiches Recht für alle zu gewähren. Würde England uns an der Bahn Kairo—Jerusalem oder an den anglo-persischen Ölfeldern mit 50 Prozent beteiligen? Die Beschlagnahme des ägyptischen Baumwollbaues für England spricht dagegen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Zustände Vorderasiens sind vorläufig ein Ausdruck seiner jeweiligen politischen Konstellation.

Was bleibt demnach, wenn die Mittemächte auf Großbritannien stoßen, wo immer sie seine Wege in Vorderasien kreuzen? Solange die unabhängige Staatenwelt des nahen Ostens nicht gänzlich unter Großbritanniens Machtwillen sich beugt?

Der Kampf.

Der Kampf, den England noch nach dem Untergang seiner kontinentalen Verbündeten weiterführen will, den es um seiner Eroberungen in der Levante willen weiterführen muß, in den es nach dem Wunsche und zum Vorteil Japans und der Vereinigten Staaten sich verstricken soll. Die Mittemächte mögen in Europa annexio-

Digitized by Google

nistisch vorgehen oder nicht, — in Vorderasien erscheinen sie ausschließlich als Verteidiger des Hergebrachten und der kleinen Staaten gegenüber britischer Annexionsgier. Wer hat die rechtmäßigen Herrscher Griechenlands und Ägyptens ins Exil getrieben? Sind Cypern, Palästina, Arabien und Mesopotamien durch Schiedsgericht und freie Volksabstimmung erobert worden, oder hat Großbritannien dort die uralten Mittel der Waffen und des Geldes angewandt? Hat es das konstitutionelle Persien gemeinsam mit dem Zartum aus Liebe zur Demokratie aufgeteilt? Besetzt es Saloniki und die griechischen Inseln im Namen des Nationalitätsprinzips? Bekämpft es in Suez und in Aden den türkischen Militarismus? Kämpfen seine Heere im inneren Arabien selbstlos für Völkerfreiheit, oder kämpfen sie für jene Kette von Eroberungen, mit der seit grauer Vorzeit noch jeder Herrscher jene Länder vom Nil zum Jordan und zum Euphrat zu verbinden strebte?

Auch der Befangenste wird hierauf Antwort geben können. Und weil dem so ist, weil England dort die ältesten Erobererwege geht, darum können wir es stellen. Einst wurden die Franzosen aus Indien und Ägypten vertrieben, ohne daß Frankreichs Siege zu Lande dies verhinderten. Napoleon I. verlor die See und damit den Weg nach Osten. Wir können das seegewaltige Großbritannien in die Flanke treffen. Der Landweg über den Bosporus ist sogar kürzer und sicherer als der Seeweg um Biscaya und Gibraltar. Wir gehen freilich unsern Weg nicht als Selbstherrscher — wie England über Gibraltar, Malta, Suez, Aden —, sondern als Freunde und Gäste durch das Gebiet souveräner Verbündeter. Unser Weg führt uns nicht zu unterworfenen Millionen Eingeborener ohne Selbstbestimmung — wie England nach Ägypten und Indien —, sondern zu Bundesgenossen von unverletzter, nach europäischem Muster aufgebauter Staatlichkeit. Wir gehen diesen Weg nicht, weil wir ihn als Eigentümer ferner Kontinente und Ozeane zu unsrem Siege brauchen, sondern nur, solange uns jene Macht den Frieden in der Heimat weigert, um ihr am Schauplatz ihrer jüngsten Übergriffe zu begegnen. Wir werden umkehren, sobald England uns den Frieden und jenen Ländern am Mittelmeer die Freiheit wiedergibt. Das Eigeninteresse unseres türkischen Verbündeten allein genügt dann, die Rückkehr der deutschen Streitkraft in die Heimat zu bewirken. Friede mit Deutschland bedeutet für England das Aufhören der militärischen deutschen Gefahr für Indien. Der „reine Seekrieg" aber bleibt eine Illusion — gefährlich allen Friedenswünschen und verderblich für die Macht, die ihn predigt.

Der Regierungswechsel in Bulgarien

Von Max Lehmann, Berlin

Nach fünfjähriger, überaus erfolgreicher Tätigkeit ist Wassil Radoslawow von von seinem Amt als Leiter der bulgarischen Regierung zurückgetreten. In der schwersten Stunde der bulgarischen Nation, als sie durch die Niederlagen im zweiten

Digitized by Google

Balkankriege und die feindliche Besetzung im Innern aufs schwerste erschüttert war und der Verwirklichung des Einheitstraumes ferner als je schien, hat er die Regierung übernommen. Heute hinterläßt er ein innerlich gefestigtes Staatswesen, eine Nation, der zur Erreichung ihres Einheitszieles nichts nötig ist, als — ein wenig Geduld. Mazedonien einschließlich des Gebietes von Serres, Drama und Kawalla, das Morawaland und die Dobrutscha sind vom fremden Joche erlöst, und der Anspruch Bulgariens auf alle diese Gebiete ist von seinen Verbündeten anerkannt.

Die Gründe, die trotz dieser großen Erfolge Radoslawows seinen Sturz herbeigeführt haben, sind innerpolitischer wie außenpolitischer Natur. Seit Jahren war die innere Verwaltung des Landes Gegenstand schärfster Kritik von seiten der Opposition, bei der Etatsberatung kam es regelmäßig zu überaus stürmischen Auftritten in der Sobranje, und die Regierung hatte mehrmals Schwierigkeiten, die Bewilligung des Staatshaushalts zu erlangen. Dazu kamen die Mängel in der Versorgung der Städte und des Heeres mit Lebensmitteln, die um so unangenehmer empfunden wurden, als Bulgarien im Frieden ein Getreide ausführendes Land war. All diese Mißstände hätten aber wohl nicht hingereicht, Radoslawos Stellung unhaltbar zu machen, wenn nicht sein teilweiser Mißerfolg in der Dobrudschafrage hinzugekommen wäre. Gerade für die Rückerstattung der Dobrudscha hatte sich das bulgarische Volk mit der vollen Kraft seines stürmischen politischen Temperaments eingesetzt, unter den hinreißenden Klängen des Dobrudschaliedes waren die Soldaten in die Schlacht gezogen, zahllose Kongresse und Kundgebungen, Broschüren, Zeitungsartikel und Telegramme hatten für diesen Gedanken gewirkt. So erregte denn das Ergebnis des Bukarester Friedens lebhafteste Unzufriedenheit in Bulgarien, man betrachtete die provisorische Teilung der Dobrudscha als einen Ausdruck des Mißtrauens und eine Undankbarkeit gegen Bulgarien, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als das verräterische, jedem Bulgaren in tiefster Seele verhaßte Rumänien noch vergrößert aus seinem schmählichen Abenteuer hervorgegangen war. Es soll hier nicht erörtert werden, ob diese Empfindungen berechtigt waren oder nicht, jedenfalls bestanden sie und übten eine so tiefe Wirkung aus, daß darüber die Mehrheit, auf die sich Radoslawow in der Sobranje stützte, zerfiel. Die Stambulowisten, deren etwa zwanzig Stimmen in der Sobranje das Zünglein an der Wage bilden und die im Kabinett durch den Arbeitsminister Dobri Petkow und den Eisenbahnminister Kosnitschky vertreten waren, trennten sich von Radoslawow und näherten sich der Opposition unter Malinow. So seines Rückhalts in der Kammer beraubt, zog Radoslawow die verfassungsmäßigen Folgen und trat zurück.

Der König nahm die Demission Radoslawows an und betraute nach Beratung mit dem Sobranjepräsidenten und einigen Parteiführern das Haupt der Demokratischen Partei, Malinow, mit der Kabinettsbildung. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, ob Malinow diesen Auftrag auszuführen imstande sein wird. Denn so einig die Op-

Digitized by Google

position in ihrer Gegnerschaft gegen Radoslawow war, so verschiedenartig ist ihre Zusammensetzung. Sie bildet zwar durch die Absplitterung der Stambulowisten von der sehr knappen Regierungsmajorität die Mehrheit in der Sobranje, aber von dieser Mehrheit sind von vornherein die zehn radikalen Sozialisten, die mit keiner bürgerlichen Regierung paktieren, abzuziehen. Malinows eigene Partei zählt einschließlich der Radikalen nur einige dreißig Mitglieder. Recht schwer dürfte es sein, die gemäßigten Sozialisten (zehn Mitglieder) mit den großbürgerlichen Narodniaken Geschows und den kleinbäuerlichen Agrariern unter einen Hut zu bringen. Besonders die fast fünfzig Mitglieder zählende agrarische Partei dürfte große Schwierigkeiten verursachen. Sie ist innerlich gespalten und ihre Anhänger hegen zum Teil sehr radikale Anschauungen, die etwa denen der russischen Sozialrevolutionäre entsprechen. Schließlich kommt bei der Schwäche der etwaigen Mehrheit noch die extrem russophile Gruppe des ehemaligen Ministerpräsidenten Danew in Frage, die in außenpolitischer Beziehung heute kaum regierungsfähig sein dürfte.

So erscheint es immerhin fraglich, ob es Malinow gelingen wird, aus der so bunt zusammengewürfelten Opposition eine arbeitsfähige Regierungsmehrheit zusammenzuschweißen, so daß man bald vielleicht doch noch in irgendeiner Form auf Radoslawow wird zurückgreifen müssen. Wie dem auch sei, jedenfalls ist, was für Deutschland einzig von Wichtigkeit ist, ein Kurswechsel in der auswärtigen Politik auch von einem Kabinett Malinow nicht zu erwarten. Gewiß, für Radoslawow war der Anschluß an die Mittelmächte ein Punkt seines Parteiprogramms, der Ausdruck tiefinnerster Überzeugung, die Krönung seines politischen Werkes, während Malinow bis zum Kriegsausbruch ausgesprochene russophile Neigungen hatte. Aber Malinow hat sich inzwischen zu der Überzeugung bekehrt, daß der von Radoslawow eingeschlagene Weg jetzt nicht mehr verlassen werden kann, daß man ihn vielmehr unbeirrt zu Ende gehen muß, und er hat dieser Überzeugung in der Kammer verschiedentlich Ausdruck verliehen. Nach dem Zusammenbruch Rußlands und dem Frieden mit Rumänien bietet die ganze politische Konstellation des Ostens für eine ententefreundliche bulgarische Politik gar keinen Raum. Irgendwelche Besorgnisse sind deshalb durchaus nicht am Platze, sie würden nur als unbegründetes Mißtrauen gegen die bulgarische Nation wirken, die auch unter einem Ministerium Malinow noch eine große Rolle im Vierbund zu spielen berufen ist.

Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst nach dem Kriege?

Von Oberbürgermeister Dominicus, Berlin-Schöneberg

Der Hilfsdienst der Schüler der höheren Schulen auf dem Lande während der Kriegszeit hat innerhalb des Deutschen Reiches ganz verschiedenen Umfang angenommen. Nach einer Statistik in Nr. 52 der amtlichen Mitteilungen des Kriegs-

Digitized by Google

amts waren im Jahre 1917 laut Bericht des Kriegswirtschaftsamts Berlin, das auch die Provinz Brandenburg umfaßt, 3450 Schüler im landwirtschaftlichen Schülerhilfsdienst in unserer Provinz beschäftigt.

Für andere Gebiete des Deutschen Reiches liegen folgende bemerkenswerte Zahlen für 1917 vor:

Rheinprovinz	16 300	Schüler
Posen	5 000	"
Königreich Sachsen . . .	1 303	"
Königreich Württemberg aber	8 727	"

Diese Zahlen zeigen erstaunliche und für den Nichteingeweihten unerklärliche Unterschiede. Wenn wir auch von der Aufklärung dieser Einzelheiten Abstand nehmen wollen, so beweisen sie jedenfalls im allgemeinen, daß der Hilfsdienst der Schüler der höheren Lehranstalten für die Landwirtschaft während der Kriegszeit immerhin einen recht erheblichen Umfang angenommen hat.

Der Zweck des Schülerhilfsdienstes während des Krieges war in erster Linie die Unterstützung der Landwirtschaft, also eine Vermehrung der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Dieser Zweck ist sicherlich in nicht unerheblichem Maße erreicht worden.

Die Stadt Berlin-Schöneberg hat auf diesem Gebiete einen interessanten Versuch veranstaltet; sie hat nämlich die Schüler eines ihrer Realgymnasien auf ihrem eigenen städtischen Rieselgute beschäftigt. An der Arbeit haben sich insgesamt 30 Schüler mit durchschnittlich 90 Tagen beteiligt. Ein Schüler hat 205 Tage, eine große Zahl ungefähr 130 Tage gearbeitet. Die äußeren Verhältnisse waren hier für die Arbeitsleistung insofern sehr günstige, als die Unterbringung, Verpflegung und Beaufsichtigung allen berechtigten Wünschen entsprachen. Infolgedessen sind die Jungen dort sehr gern tätig gewesen und haben mit bestem Willen gearbeitet. Die Arbeitszeit betrug 11 Stunden täglich mit Ausnahme des Sonnabends, wo der Nachmittag, soweit es irgend möglich war, zum Baden freigegeben wurde. Der Administrator unseres Gutes war mit den Leistungen recht zufrieden, so daß wir sagen können, daß der Hauptzweck dieser Tätigkeit, die Hilfeleistung für die Landwirtschaft, voll erreicht wurde.

In diesem Jahre haben wir dann auch den Versuch wiederholt. Da ein Teil der Schüler bereits zum zweiten Male dort arbeitet, also als Vorarbeiter für die Jüngeren verwandt werden kann, so ist die Organisation noch leichter gewesen, und der Administrator schätzt die Arbeitsleistung der Jungen auf rund zwei Drittel eines erwachsenen landwirtschaftlichen Normalarbeiters. Dabei muß man berücksichtigen, daß gewisse Arbeiten (z. B. Mähen, Säcketragen) naturgemäß von den Jungen nicht geleistet werden können.

Bei dieser Tätigkeit der Schüler haben sich nun Nebenwirkungen herausgestellt, die mir so bedeutsam scheinen, daß die Beibehaltung dieses Schülerhilfsdienstes auch

Digitized by Google

nach dem Kriege erwägenswert ist. Zunächst fällt die Kräftigung der Gesundheit in die Augen, die für die Kinder der Großstadt mit einem so langen Arbeitsaufenthalt in der freien Luft naturgemäß verbunden ist. Wenn auch selbstverständlich diese gesundheitliche Förderung jetzt während der Kriegszeit infolge der dort gebotenen besseren Verpflegung eine größere gewesen ist, als sie nach dem Eintritt normaler Friedensverhältnisse sein würde, so bleibt doch auch für solche normalen Verhältnisse dieser Vorteil der Landarbeit als ein beachtenswerter Erfolg in erheblichem Maße bestehen. Insbesondere mache ich auf den Wert der Gewöhnung der Augen an die freie und unbehinderte Sicht auf weite Entfernungen aufmerksam. Der Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz, der verehrte Gründer des Jungdeutschlandbundes, hat mir gegenüber oft betont, welch großen Wert diese Augengewöhnung für die Jugend der Großstädte nachher im militärischen Interesse hat. Neben der Kräftigung der Gesundheit aber stehen für diese Großstadtkinder die psychologischen Folgen, die die innige Berührung mit der Landwirtschaft für sie auslösen. Wachsen doch diese Kinder im allgemeinen ganz fern vom praktischen Leben auf, vielfach in völliger Unkenntnis der Wirklichkeit. Hier haben sie Gelegenheit zu frischer, freudiger Willensbetätigung. Je enger und massiger die Großstadtbebauung war, in der sie ihre Jugend verlebten, um so größer ist die Freude an dem Wohnen im Freien.

Ganz anders als in der Stadt stehen die Schüler in Berührung mit Erde, Himmel, Luft und Wasser. Sie sehen und erleben, wie der Acker bearbeitet, die Saat ihm anvertraut wird, wie sie aufgeht, wächst, blüht, reift und wie die Frucht geerntet, eingebracht und aufbewahrt wird. Täglich beobachten sie den Einfluß von Regen, Sonnenschein und Wind. Das Interesse für Wetterkunde kommt beim Betrachten des Himmels mit seinen Wolkenfiguren von selbst, auch die Freude an der Beobachtung des Sternenhimmels mit den Bewegungen der Sternbilder. Da lernen die Schüler sich in der freien Natur zurechtfinden, wie die Schiffer auf dem freien Meer. Wie herrlich und eigenartig wirkt die Ruhe und Einsamkeit auf einen Schüler, der zur Einzelarbeit auf das freie Feld geschickt ist! Das gibt Selbstbewußtsein und bringt stille Gedanken, die aus Büchern nicht zu lernen sind.

Die Handhabung der Acker- und Wirtschaftsgeräte ist eine gute praktische Übung für das ganze Leben, und wenn zerbrochene Geräte beim Stellmacher oder Schmied in einfacher Weise wieder in Ordnung gebracht werden, so ist das interessant und lehrreich zugleich und Handreichungen werden dabei von den Schülern gern geleistet. Da ist das rechte Stück Holz zu wählen, das Eisen in die passende Form zu schmieden — das Handwerk kommt zu Ehren!

Nicht nur gute Früchte, auch Unkraut, Dornen und Disteln trägt der Acker. Auf den verschiedenen Bodenarten wachsen die verschiedenen Pflanzen und Unkräuter zu den verschiedenen Zeiten. Für den aufmerksamen Beobachter gibt es keine bessere Botanikstunde als die Betrachtung der Pflanzen in der Natur an ihrem Standort. Und erst

Digitized by Google

die Vogel- und Tierwelt! Mancher lernt auf den Vogelschrei achten. Den herrlichen Gesang der Lerche am blauen Himmel empfindet er erst recht, wenn er einsam hinter dem Pflug herschreitet. Wie benimmt sich das Rebhuhn, der Hase, das Reh, wenn es aufgescheucht wird? Mit der Lebensart des Wildes wird der Schüler bei seiner Arbeit auf dem Felde ganz von selbst vertraut.

Mit den Haus- und Nutztieren hat er täglich umzugehen. Tugenden, aber auch Untugenden der Gespanntiere lernt er bald kennen. Dazu kommt das interessante Gebiet der Zucht und Fortpflanzung, die Kenntnis vom Nutzen und der Schönheit der Tiere — Knochenbau und Körperform.

Kurz sei noch erwähnt die Gartenarbeit, die Verwendung von Gartenfrüchten, Obst und Gemüse, die Fütterung des Federviehs, des Rindviehs, der Pferde, Schafe und Schweine, die Anspannung der Zugtiere, die Arbeit der landwirtschaftlichen Maschinen, die Heu- und Getreideernte.

Der Direktor unseres Realgymnasiums, dessen Jungen diese Landarbeit auf unserem Gute verrichteten, faßt den Nutzen zusammen in dem Satz: „Das Empfindungsleben wird natürlicher und reiner."

Dazu kommt die Erkenntnis des Wertes und der Bedeutung der Landwirtschaft für unsere gesamte Volkswirtschaft. Diese Erkenntnis war bei den in Frage stehenden Schöneberger Jungen eine so durchschlagende, daß nicht weniger als fünf sich entschlossen haben, die Landwirtschaft als Lebensberuf zu wählen. So bedeutet also dieser Schülerhilfsdienst unter Umständen auch die Zuführung eines wertvollen Nachwuchses an die Landwirtschaft.

Aus allen diesen Erwägungen heraus entsteht für mich die Frage, ob es nicht berechtigt und zweckmäßig ist, auch nach Eintritt normaler Friedensverhältnisse eine derartige landwirtschaftliche Beschäftigung der Schüler höherer Schulen beizubehalten. Dann würde freilich der Zweck dieser Veranstaltung sich verschieben. Ihr Hauptzweck wäre nicht mehr die Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Dieser Gesichtspunkt würde vielmehr in Zukunft ein Nebenumstand werden. Hauptzweck wäre die erziehliche Beeinflussung. Da nun die jetzige Art der Beschäftigung infolge ihrer langen Dauer (3—4 Monate) immerhin erhebliche Schwierigkeiten für den Schulunterricht und unter Umständen auch Schädigungen der einzelnen Schüler zur Folge hatte, was dann wieder zu einer bedauerlichen Verminderung des Angebotes in diesem zweiten Jahre des Schülerhilfsdienstes geführt hat, so scheint mir eine Verkürzung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit für die Zukunft von 3 Monaten auf ungefähr 8 Wochen zweckmäßig. Eine noch kürzere Zeit wird man wohl nicht wählen können, weil sonst die Eindrücke der landwirtschaftlichen Arbeit zu geringe sein würden. Bei einer so kurzen Dauer der Beschäftigung wäre es möglich, während des Sommers drei Gruppen von Schülern auf demselben Gute nacheinander zu beschäftigen.

Digitized by Google

Eine weitere Änderung scheint mir insofern empfehlenswert, als nach dem Kriege nicht mehr die ganz jungen Leute von 16 Jahren und vielleicht sogar darunter zu diesem Arbeitsdienste verwendet werden sollen; ich möchte vorschlagen, dafür in erster Linie die Unterprimaner heranzuziehen; die an und für sich ja nach ihrer körperlichen Entwicklung geeigneteren Oberprimaner werden mit Rücksicht auf die Reifeprüfung zu dieser Arbeit wohl nicht geneigt sein. Die Unterprimaner aber werden durchschnittlich 17—18 Jahre alt sein und infolgedessen für die Landwirtschaft auch ein wertvolleres Arbeitermaterial darstellen als die jetzigen Schüler während des Krieges. Fraglich wird es vielleicht sein, ob nach dem Kriege bei den jungen Leuten die Lust zur freiwilligen Tätigkeit in dieser Arbeit vorhanden sein wird. Denn der jetzt maßgebende Beweggrund, der Patriotismus und das Streben nach besserer Verpflegung, wird dann ja zurücktreten. Neben der Sicherstellung, daß ihnen durch diese Arbeit in der Schule kein Schaden erwachsen wird, wird wohl eine eingehende Belehruug und Anregung seitens des Direktors und des Lehrerkollegiums nötig sein, um die Jungen für diese Arbeit zu interessieren.

Selbstverständlich ist, daß die Landwirte von den Jungen keine Geldentschädigung beanspruchen dürfen. Bei unserem Versuch während der Kriegszeit zahlten wir den Jungen täglich neben freier Station einen kleinen Betrag in bar.

Nützlich ist es auch, wenn die Arbeitsstätte nicht zu weit von der Heimat des Schülers entfernt ist, damit die Beziehungen zu der Familie, z. B. durch Sonntagsbesuche, aufrecht erhalten werden können.

Gewiß werden trotz alledem manche Eltern Schwierigkeiten machen, und von einem Zwang kann ja auch, mindestens vorläufig, keine Rede sein. Ob freilich in späterer Zeit, wenn die Einrichtung sich bewährt haben sollte, man nicht einmal dazu kommen wird, eine solche landwirtschaftliche Arbeitstätigkeit in den regelmäßigen Lehrplan der Schule aufzunehmen, möchte ich durchaus nicht von vornherein abweisen

Einstweilen aber möchte ich meinen, daß, wenn es gelingt, für gute äußere Unterkunftsbedingungen und für eine interessante Arbeitsgelegenheit zu sorgen, ein Versuch mit der Beibehaltung des Schülerhilfsdienstes in der Landwirtschaft auch nach dem Kriege von möglichst vielen Städten gemacht werden sollte.

Zur Frage der Geburtenvermehrung

Von Erika Rosenthal-Deussen

Von medizinischer und volkswirtschaftlicher Seite, von berufenen und unberufenen Händen ist viel über die Frage der Geburtenvermehrung geschrieben worden, und mancherlei Papier hätte wohl in dieser Zeit des Mangels besser einer anderen Verwendung zugeführt werden können. Trotz dieser Einsicht drängt es mich, auf einige Punkte hinzuweisen, die wohl vereinzelt erwähnt, meines Wissens aber nie in

Digitized by Google

zusammenhängendem Gefüge dargestellt worden sind. Natürlich macht dieser kurze Abriß in keiner Hinsicht Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will nur auf den Weg hinweisen, den wir gehen müssen.

Ich möchte vor allem hier den Standpunkt der Frau vertreten; da es sich um eine Frage handelt, die ohne sie nun einmal nicht gelöst werden kann, erfordern es Gerechtigkeit und Klugheit, daß sie auch gehört wird.

Unsere Volkskraft muß vermehrt werden; aber diejenigen, die hierbei lediglich den numerischen Faktor einer vermehrten Geburtenzahl berücksichtigt wissen wollen und dafür Propaganda machen, dürften dem Staat keinen allzu großen Dienst erweisen. Es handelt sich nicht um eine Vermehrung der Geburten, sondern um eine Vermehrung der lebenstüchtigen Elemente, denn nur dann können wir überhaupt als Faktor in dem großen Wettstreit der Zukunft mitzählen. Es ist also eine Frage, die, an die Wurzeln unserer völkischen Lebenskraft greifend, die Mitarbeit aller, der Gesamtheit und jedes Einzelnen verlangt. Ich erwähne diese selbstverständliche Tatsache nur um, hernach darauf fußend, zu zeigen, wie dem Einzelnen der verschiedenen moralischen und intellektuellen Fähigkeit entsprechend, dies Bewußtsein näher gebracht werden kann. Eins aber ist mir sicher, daß dies nicht durch eine polizeiliche Aufsicht in Form der Überwachung und Meldung jeder Fehlgeburt (die strengere Überwachung des Vertriebs der empfängnisverhütenden Mittel dürfte einen, wenn auch geringen Erfolg zeitigen) noch in der Art wie z. B. Dr. Schaeffer in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" sie vorschlägt, zu erzielen sein wird. (Der Vorschlag bezieht sich auf eine Art Überwachung und Meldung der Fehlgeburt durch Hebammen und Zimmervermieterinnen; der eigentlich verantwortliche Teil, nämlich die werdende Mutter, wird, da er sie für einsichtslos und moralisch minderwertig hält, gar nicht in Betracht gezogen.)

Etwas skeptisch betrachtet: der einzig nennenswerte Erfolg bei einem Vorgehen dieser Art wäre eine „Verteuerung der künstlichen Fehlgeburt", da das Risiko der schlechten Elemente bei ihrer Arbeit größer würde. Durch Erschwerung des Abtreibens wird eine Vermehrung der Geburten nicht zu erreichen sein, wohl aber durch Erleichterung von Geburt und Aufzucht. Ich möchte die Frauenzahl, auf die gewirkt werden muß, grob schematisch in drei Gruppen gliedern und dann anführen, was geschehen kann, um erstens die Gebärwilligkeit der Frauen und zweitens die Lebenstüchtigkeit der Kinder zu erhöhen.

I. Die ledigen Mütter

Hier handelt es sich wohl zumeist um Arbeiterinnen und Dienstmädchen. Bei ihnen ist's nicht Furcht vor Schwangerschaftsbeschwerden und Geburtsschmerzen, sondern, abgesehen von den Vereinzelten, die das „ledige Kind" als „Schande" empfinden, nur die Angst vor der materiellen Sorge für die Erhaltung des Kindes, die sie häufig

Digitized by Google

die Fehlgeburt wünschen läßt. Der Vater des Kindes ist ihnen oft unbekannt, und auch sonst ist die von ihm zu erhaltende Summe häufig so gering, daß der größte Teil des Verdienstes der Mädchen für das Kind oder gar die Kinder verwendet werden muß. Deshalb sind die Mädchen gezwungen, sich sehr bald nach der Entbindung nach einem möglichst gut bezahlten Posten umzusehen, und, häufig auf Kosten ihrer Gesundheit, anstrengende Arbeit zu leisten. Die Möglichkeit, gute Mütter zu sein (und ich habe die Erfahrung, daß viele unter ihnen es gern wären), ihre Kinder zu stillen und selbst zu versorgen, haben sie also nicht; sie müssen das Kind in die Hände einer Kostfrau geben, wo es häufig nicht zum besten aufgehoben ist — die Zahl der Todesfälle unter den in Kost gegebenen Säuglingen ist wahrhaft erschreckend — und es sicher selten die Entwicklungsmöglichkeit zu einem vollkräftigen Menschen hat.

Wie lautet nun für diese Klasse die Forderung?

A. Einrichtungen von Heimen für Säuglinge und Mütter, die den Müttern organisierte Arbeit (etwa Nähstuben, Wasch- und Bügelstuben oder eine andere Art von Heimarbeit) geben, und ihnen so das Zusammenleben mit ihrem Kind und vor allem das Weiterstillen ermöglichen, die ihnen und den Kindern Pflege, Kost und Aufsicht gewährleisten. Solche Anstalten können nicht allein durch Wohltätigkeit erhalten werden, es müssen öffentliche Mittel für sie gewährt werden. Wo dies nicht durchführbar ist, empfiehlt sich die Einrichtung von Kleinkinder- und Säuglingsheimen durch Staat und Gemeinden, in denen die Mädchen die Kinder gegen Entgelt unterbringen können. Auch ist die allgemeine Durchführung einer strengeren Überwachung der Kostfrauen, wenn möglich eine ärztliche, sonst aber zumindest durch in Kinder- und Krankenpflege geschulte, besoldete Pflegerinnen geboten.

Ferner empfiehlt sich die Einführung von Stillstuben (etwa größeren Betrieben, wie Fabriken, angegliedert), wo die jungen Kinder arbeitender Mütter unter Aufsicht sein, und von den Müttern so lange wie möglich weitergestillt werden könnten. Die Behandlung der größeren Kinder dürfte sich ungefähr mit den unter II. erwähnten Punkten decken; ich möchte deshalb darauf verweisen.

B. Um der „Schande" des ledigen Kindes entgegenzutreten, wäre allgemeine Durchführung des verkürzten Geburtszeugnisses geboten, auch möge das Kind in allen juristischen Angaben den Namen seiner Mutter ohne Zusatz führen. Ferner gebe man allen Frauen von einem bestimmten Alter an das Recht zum Führen des Titels Frau.

C. Betreffs der Gültigkeit der Vaterschaft möchte ich auf das österreichische Gesetz verweisen: wenn ein Mädchen zur Zeit der Empfängnis Umgang mit mehreren Männern gehabt hat, so ist sie berechtigt, einen derselben als Vater des Kindes zu nennen. Sodann wäre eine Erhöhung der Erziehungsbeiträge des Vaters geraten; diese müßten sich nicht nur nach dem Stande der Mutter, sondern auch nach dem des Vaters richten.

Diese beiden Forderungen lassen sich natürlich nur auf dem schwierigen und langwierigen Wege der Gesetzesänderung durchführen. Bis eine solche möglich ist, möge

Digitized by Google

man bei den Zahlungen des Vaters wenigstens den gesunkenen Geldwert in Betracht ziehen.

II. Die Frauen des Arbeiterstandes

Ich glaube, daß im Arbeiterstand eine so große Anzahl von Kindern erzeugt wird, daß die Vermehrung der Geburtenzahl nicht so wesentlich ist wie die Erhaltung und Ertüchtigung der hier erzeugten Kinder. Auch glaube ich, daß in diesem Stande die Zahl der Kinder unbedingt mit erleichterten Aufzuchtsmöglichkeiten wachsen würde.

Es würde sich hier zumeist um rein materielle Hilfe handeln. Diese würde bestehen in Steuerverminderung, allgemeiner Durchführung der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit in den Volksschulen, Erziehungszuschüssen für eine bestimmte Steuerklasse ohne Nachweis der Bedürftigkeit, die bei einer gewissen Zahl gesunder Kinder einsetzen und gestaffelt steigen. Für alle diese Geldzuschüsse möchte ich das freie oder zum mindesten das Mitverfügungsrecht der Mütter dringend befürworten.

Ferner Bevorzugung kinderreicher Familienväter bei einer Anstellung und Einrichtung von Eigenheimen mit Gärtchen mit Hilfe von Reichs- und Staatszuschüssen, bei deren Besetzung kinderreiche Familien bevorzugt sein müssen.

Für die Mütter selbst würde sich der Ausbau der während des Krieges schon so gut in die Wege geleiteten Wochenhilfe empfehlen; auch kommen für sie, sofern sie zur Arbeit außerhalb des Hauses gezwungen sind, die unter I. A. erwähnten Stillstuben in Betracht. Ferner die Einführung unentgeltlicher Mütterberatungsstellen in noch weiterem Maße, mit freien Medikamenten und auch Kräftigungsmitteln (Vollmilch und Nährpräparatzuweisungen). Für größere Kinder dann noch der Ausbau der Kinderhorte und Ferienkolonien. Ferner die Einführung von Krankenküchen, wo die Frauen nach ärztlicher Verordnung für billiges Geld eine entsprechende Krankenkost für sich oder ein erkranktes Familienmitglied entnehmen könnten. Ich halte diese Einführung für sehr wesentlich, denn es ist erstaunlich, wie schlecht gerade die Frauen dieses Standes sich auf die Herstellung einer zuträglichen Krankenkost verstehen, selbst wenn die nötigen Rohmaterialien vorhanden sind.

III. Die Frauen höherer Stände, Bürger- und Beamtenfrauen

In diesem Stande sind wohl meistens die Aufzuchtkosten für die Kinder größer, als daß der Staat eine wirkliche materielle Hilfe gewähren könnte. Es wird sich hier also zumeist um die moralische Beeinflussung und einige Erleichterungen handeln, die nicht nur als Erleichterungen dienen, sondern vor allem auch als „Entgegenkommen des Staates" empfunden werden sollen. Wie oft findet man in diesen Kreisen geradezu einen Haß gegen das einseitig ethische Verhältnis, das, ihrer Meinung nach, der Staat ihnen aufdrängen will: ich soll Kinder kriegen für den Staat, was tut er mir dafür?

Es kämen also wohl in Betracht Wohnungshilfe — wer es je miterlebt hat, wie

Digitized by Google

hoffnungslos und deprimierend die Wohnungssuche einer kinderreichen, gebildeten Familie ist, wird dem nur dringend beipflichten können; — der Bau von wohlfeilen gut eingerichteten Häusern mit Gärten durch staatliche Unterstützung (eventuell billige Staatshypotheken darauf!), für welche ein Vorkaufs- oder Mietrecht für kinderreiche Familien bestände, gestaffelte Herabsetzung des Schulgeldes für alle Schulen und Steuerstaffelung.

Ich glaube, daß diese Hilfe zusammen mit einem Appell an das moralische Empfinden und Verantwortlichkeitsgefühl der Frauen viel erreichen würde[1].

Einem Einwurf möchte ich von vornherein entgegentreten: wie soll der Staat die nötigen Mittel aufbringen? Der Staat steht unendlich vielen, schwierigen Fragen gegenüber, die sich zum Teil nur mit großem Geldaufwand lösen lassen, aber unter diesen allen scheint mir die Frage der gesunden Volksvermehrung eine seiner lebenswichtigsten zu sein. Ein Teil der tatsächlichen Ausgaben dürfte auch aus der stärkeren Heranziehung der Unverheirateten und Kinderarmen bei der Besteuerung und Erbschaftssteuer zu ziehen sein.

Der Eingriff des Staates in die allerpersönlichsten Angelegenheiten des Einzelnen läßt sich wohl rechtfertigen, er läßt sich aber nun und nimmer durch Zwang durchführen, sondern es muß eine freie Hingabe erreicht werden, und um diese zu erzielen, genügen nicht volltönende Worte und Gesetze, sondern braucht es aufbauenden Tuns.

Die Börsenspekulation und die Schuldigen

Wenn man Börsenkurse der letzten Friedensmonate mit denen des laufenden Jahres vergleicht, so ergibt sich eine Steigerung, die für den Uneingeweihten ganz unbegreiflich ist. Wie ist es möglich, so wird der Naive fragen, daß nach vier Kriegsjahren die Kurse immer weiter steigen? Man sollte doch gerade das Gegenteil erwarten, denn die unserem Wirtschaftsleben zugefügten Schäden sind auch beim besten Frieden auf Jahrzehnte hinaus nicht auszugleichen. Die gewissenhafte Handelspresse warnt seit Jahr und Tag vor den angeblichen oder wirklichen Ausschreitungen der Spekulation, die Behörden erlassen Verwarnungen. Und die Folge davon? Immer weitere Kurssteigerungen. Längst haben Werte, die überhaupt keine Dividende zahlen, aus manchmal recht vagen Erwägungen heraus einen Kurs erreicht, der weit über dem Nennwert steht, ja noch mehr, selbst 4½prozentige Schuldverschreibungen von

[1] Eine Vorbedingung für diesen Erfolg wäre vielleicht noch, daß die jetzt herrschenden „bourgeoismäßigen" Anschauungen verdrängt werden durch die neue naturwissenschaftliche Vererbungslehre, aus der zu folgern ist, daß die Tüchtigkeit des Gesamtvolkes nur erhalten oder gesteigert werden kann, wenn die über den Durchschnitt gut beanlagten Persönlichkeiten, die sich infolge des wirtschaftlichen Wettkampfes in den sogenannten höheren sozialen Schichten anreichern, in gleichem oder stärkerem Maße Nachkommen erzeugen, als der Durchschnitt des Volkes.

Digitized by Google

Industrieunternehmungen sind über ihren Nennwert gestiegen, werfen also eine geringere Verzinsung ab als Kriegsanleihen.

Wie erklärt sich dieses tolle Treiben? Sind etwa die Banken und Bankiers die Schuldigen, indem sie das unerfahrene Publikum zu waghalsigen Spekulationen verleiten? Die Antwort muß lauten: Wenn überhaupt, dann nur in sehr beschränktem Maße. Früher, im Frieden, gab es die sogenannte Depositenkassenkundschaft, also eine buntgewürfelte Gesellschaft von spekulationslustigen Leuten, die auf Grund eines geringen Einsatzes ein Mehrfaches ihres Vermögens riskierten und selbstverständlich häufig auch hereinfielen. Das hat jetzt aufgehört, denn es ist den Banken ausdrücklich verboten, solche Geschäfte zu machen, sie dürfen nur kaufen, wenn die Kundschaft auch voll bezahlt. Dieses Verbot wird nun freilich umgangen. Wenn beispielsweise ein Spekulationslustiger Anleihen hinterlegt, so wird er auch heute noch Vorschüsse bekommen, die dann zum Börsenspiel verwandt werden können. Aber das ist immerhin die verschwindende Ausnahme.

Einen Schein von Berechtigung hat eher jene Annahme, die die Kurssteigerung u. a. dem Fehlen der Baissespekulation oder Kontermine zuspricht, das heißt, derjenigen Elemente, die nicht auf eine Kurssteigerung, sondern auf einen Kursfall spekulieren, die also Papiere verkaufen, die sie noch gar nicht besitzen. Diese Art Börsengeschäfte war es, die dem Laien stets besonders verächtlich oder gar gemein erschien. Und doch kann man gerade jetzt sehen, wie notwendig sie war. Dadurch nämlich, daß immer Elemente an der Börse vorhanden waren, die bei Übertreibungen derartige Leerverkäufe vornahmen, „in die Baisse gingen", bestand stets ein Element, das gegen Kursübertreibungen einschritt und in dieser Beziehung hemmend wirkte. Die Aufhebung der sogenannten Ultimogeschäfte seit Kriegsbeginn hat die fast völlige Ausschaltung der Baissespekulation zur Folge gehabt. Aber das allein kann selbstverständlich die Überspekulation nicht erklären.

Das Hauptargument für diejenigen, die selbst an den Kurstreibereien beteiligt sind, beruht im Hinweis auf die glänzende Beschäftigung und die glänzenden Gewinne unserer Industrie. Man zeigt an immer wieder neuen Beispielen, wie in der Industrie verdient wurde und noch verdient werde, wie die Unternehmungen förmlich in Schwierigkeiten sind, wie sie ihre Gewinne verstecken sollen, wie die jetzt festzustellenden Bilanzen die Verwaltungen in die Verlegenheit bringen, weitere Abschreibungen einstellen zu müssen, weil in den letztvergangenen Kriegsjahren schon alles bis auf die letzte Mark heruntergebucht wurde usw. Daran ist manches richtig. Die Riesengewinne der Industrie sind nicht abzuleugnen. Wenn nun diese Verdienste einen Hauptgrund der Kurssteigerung bilden, wer ist dann der Schuldige? Doch unzweifelhaft dieselbe Regierung, die über jede neue Kurssteigerung so ergreifend jammert. Würde sie unserer Industrie geringere Gewinne zugebilligt haben, hätte sie eine sachverständigere Preispolitik getrieben, so wäre dieses Argument für die Speku-

Digitized by Google

lation entfallen, und es wären so ganz nebenbei auch die Kriegskosten um manche Milliarde geringer gewesen.

Aber auch der Hinweis auf die Kriegsgewinne allein genügt nicht zur Erklärung der phantastischen Kurse. Denn wie sollen auf diese Weise die schon erwähnten Preise für Industrieobligationen oder für einstweilen dividendelose Werte gerechtfertigt werden? Hier muß also ein anderer Grund vorliegen. Und der liegt vor. Das ist der sogenannte Überfluß an Geld, oder um uns deutlicher auszudrücken, die ständige Fabrikation von fiktivem Geld, von Papier ohne Gegenwert. Es ist eine der größten Unterlassungssünden der deutschen Fachliteratur, daß sie auf dieses Problem der sogenannten Inflation viel zu wenig hingewiesen hat. In dieser Beziehung ist die Erkenntnis bei uns gegenüber der in England und Amerika beschämend weit zurückgeblieben. Wohl hört man andeutungsweise von dieser Erscheinung manchmal an der Börse. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß ja der Hauptkäufer für die Industriewerte die Industrie und vor allem der Warenhandel sei, die beide ihr Betriebskapital freibekommen haben und nunmehr über gewaltige Kapitalien verfügen, die nach Anlage schreien. Seltener schon hört man, und das ist vielleicht noch wichtiger, daß jetzt bereits jedes Halbjahr $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark für Kriegsanleihenzinsen usw. ausbezahlt werden müssen und daß dieses Geld ebenfalls in irgendwelcher Form wieder angelegt werden muß, soweit es nicht verbraucht wird. Die wenigsten aber haben sich überlegt, daß dieses neugeschaffene Geld rein fiktiver Art ist, daß kein Gegenwert vorhanden ist, daß mit andern Worten künftig mit einer geradezu erschreckenden Schnelligkeit neues Geld ohne Gegenwert fabriziert wird. Soweit der Mittelstand dieses Geld erhält, braucht er es restlos auf zur Bezahlung der immer teuerer werdenden Lebensnotwendigkeiten. Das Großkapital dagegen wird das Geld dazu verwenden, um sich Papiere zu kaufen. Da nun im Kriege keine neuen Aktien ausgegeben werden können, so steht einer steigenden Nachfrage ein immer kleiner werdendes Angebot gegenüber, und hieraus erklärt sich in allererster Linie der Hochstand unserer Börsenkurse. Und wer ist hier der Schuldige? Doch wiederum unsere Regierung. Sie hätte Mittel und Wege in der Hand gehabt, dieser Überproduktion von Papieren vorzubeugen, indem sie auf der einen Seite billiger gewirtschaftet hätte — davon war weiter oben schon die Rede — und auf der andern Seite eine ganz andere Steuerpolitik getrieben hätte. Unsere Steuern, namentlich die gegenüber dem Großkapital und den großen Kriegsgewinnen, sind beschämend niedrig gegenüber den Sätzen in England und Amerika. Und wenn man auch zugeben muß, daß bei uns die Möglichkeiten, die Steuern zu erhöhen, begrenzter sind als bei vielen unserer Feinde, so bleibt doch noch genug an Versäumnis übrig. Wenn also heute die Regierung nach den Schuldigen der Börsenkurse fahndet, so möge sie sich gefälligst an ihrer eigenen Nase fassen, sie möge eine andere Preis- und Steuerpolitik treiben.

Digitized by Google

Daß auch die Spekulation selbst, komme es, wie es wolle, an den derzeitigen Preisen keine Freude erleben wird, daß auch hier ein schlimmer Katzenjammer kaum vermeidlich ist, ist eine mehr privatwirtschaftliche Frage. Severus Linter

Notizen

Unsere Unterseeboote verschärfen den amerikanisch-britischen Wirtschaftsgegensatz. Daß der Unterseebootkrieg sehr viel, wenn nicht alles dazu beigetragen hat, die wirtschaftlichen Entwickelungen in Großbritannien, wie überhaupt in den Ententeländern, einer recht bedrohlichen Gefahrgrenze näherzubringen, ist bekannt. Aber es geht nicht an, soweit die wirtschaftlichen Wirkungen unseres Unterseebootkrieges in Frage kommen, die Beurteilung lediglich von dem Gesichtspunkte vorzunehmen, wie sich der Nahrungsmittelmarkt in Frankreich und England gestaltet und wie es mit der Rohstoffheranschaffung aus den Überseestaaten geht. Die letzten Informationen, die man so nach und nach aus verschiedenen Fachzeitschriften sammeln kann, zeigen, daß die Union, wo sich immer hierzu Gelegenheit bietet, den Anlaß benützt, um dem britischen Bundesbruder eins auszuwischen. Das sieht man jetzt so deutlich an den Ausfuhrschwierigkeiten, die sich infolge Schiffsraummangels aus Belgisch-Kongo ergeben. In den in Betracht kommenden Ausfuhrhäfen sind aufgestapelt: 10 000 Tonnen Palmkerne, 2000 Tonnen Kopalharz, 2000 Tonnen Kautschuk, 1000 Tonnen Palmöl, alles Waren, die auf das dringendste in England benötigt werden und die heute einen Gesamtwert von Milliarden darstellen. Insbesondere der Bezug von Palmkernen hat sich während des Krieges ungemein gehoben. Betrug er doch aus Belgisch-Kongo im Jahre 1911 7000 Tonnen, im Jahre 1916 22 000 Tonnen und ist immer weiter steigend geblieben. Der amerikanische Konsulatsbericht, welcher sich ebenfalls mit diesen Verhältnissen beschäftigt, macht nun den Vorschlag, diese im Kongogebiet liegenden wertvollen Waren nach Amerika zu schaffen, da doch an eine Verschiffung nach England nicht zu denken sei. Amerika macht sich erbötig, durch Segelschiffe die Transportierung zu veranlassen und meint, daß es nur gerechtfertigt sei, die Produkte des belgischen Kongos nach der Union zu leiten, da es doch die Union sei, die den belgischen Kongo mit Maschinen, Eisenwaren, Futtermitteln und sonstigen Erzeugnissen versieht.

Der amerikanische Konsulatsbericht ergeht sich dann in Vorschlägen, auch detaillierter Art, wie man diesen Verkehr vermittels Segelschiffen zwischen der Westküste Afrikas und den Vereinigten Staaten organisieren könne, und es wird die Ermächtigung der amerikanischen Regierung für vorbereitende Maßnahmen erbeten. Es kann nun kaum angenommen werden, daß diese Vorgänge der britischen Regierung unbekannt geblieben sind. Im Gegenteil. Man kann voraussetzen, daß diese aus amerikanischen Quellen fließenden Informationen an die Presse weitergegeben worden sind, als man sich in Washington dessen vergewisserte, es würde möglich sein, den britischen Bundesgenossen zu einer Annahme der amerikanischen Vorschläge zu veranlassen. Zweifelsohne sind diesen amerikanischen Veröffentlichungen Vorverhandlungen mit der Regierung in London vorausgegangen. Jedenfalls erkennt man aus Mitteilungen in der britischen Presse, daß man dem amerikanischen Ansinnen nur unter dem Drucke der ärgsten Notwendigkeit entsprechen will. Die Tatsache, daß man diese wertvollen Rohmaterialien aus Belgisch-Kongo nicht herausbekommen kann, daß sie also für die britische Wirtschaft verloren wären, während sie für die amerikanische Wirtschaft von enormer Wichtigkeit sind, scheint einem Arrangement Vorschub zu leisten, das neuerdings Zeugnis davon ablegt, wie sehr die politische und wirtschaftliche Übermacht der Union auf Großbritannien drückt, nicht zu sprechen von der finanziellen Abhängigkeit Londons von New York, die ja durch die fortwährend

Digitized by Google

sich vergrößernde Verschuldung Englands an die Union deutlich genug zum Ausdruck kommt. Wie wir schon gesagt haben, liegt, was Belgisch-Kongo angeht, ein Wirtschaftsgegensatz zwischen England und Amerika vor, der durch das Vorgehen der Union noch weiter verschärft wird. Denn schließlich wäre ja auch der Ausgang aus dem Dilemma in der Weise denkbar gewesen, daß die amerikanischen Segelschiffe die Kongoprodukte nach England gebracht hätten und zweifelsohne wären die Briten bereit gewesen, den amerikanischen Segelschiffen ganz enorm hohe Frachtraten zu bezahlen. K. Busch

Die Friedensoffensive der „Kreuzzeitung". Der sozialistische Reichstagsabgeordnete David kommt im „Vorwärts" auf die vielbeachteten Artikel in der „Kreuzzeitung" über die Notwendigkeit einer Friedensoffensive zu sprechen. Seine Schlußsätze geben wir hiermit wieder:

„Im übrigen haben die Hauptgesichtspunkte, die L. H. für sein Friedensprogramm aufstellt, bereits eine klassische Präzisierung gefunden in der — Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Territoriale Unversehrtheit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit, Freiheit der Meere, und internationale Rechtsorganisation — nichts fehlt da. Wir freuen uns aufrichtig, daß nunmehr auch von rechts her ein so gewichtiges Bekenntnis zu dieser Willenskundgebung der deutschen Volksvertretung abgelegt worden ist. Die annexionistischen Gewaltpolitiker haben vor einiger Zeit mit viel Gelärm der Welt weis machen wollen, daß jene Kundgebung überholt und von ihren Vätern selbst verlassen sei. Sie müssen nun erleben, daß ihr mitten im konservativen Lager ein kühner Fürsprecher ersteht. Der Verständigungsfrieden marschiert."

Weltkrieg und Lehrerschaft. Anläßlich unserer Notiz über „Weltkrieg und Unterricht" erhielten wir eine längere zustimmende Zuschrift eines Lehrers, der wir folgende sich daran anspinnende Ausführungen entnehmen.

„Man stellt immer neue Forderungen an die Schule und an die Lehrer. Und man tut das mit Recht. Aber man denkt wenig daran, ob die Lehrer überhaupt imstande sind, auch nur die wichtigsten Forderungen solcher Art zu erfüllen. Der einzelne, der seine Freude ganz unmittelbar an solcher deutsch-politischen Jugenderziehung hat, der kann das wohl und tut das gern. Der Lehrerstand als Ganzes und in allen seinen Abstufungen kann das nicht ohne weiteres. Für ihn ist es nötig, von anderem abgesehen, daß die äußerlichen Vorbedingungen gegeben sind. Die fehlen aber heute. Der Lehrer ist Beamter. Und der Beamte ist gesellschaftlich im Abstieg. Er hat nur noch einen so beschränkten Anteil an den Gütern der Nation, daß er unzufrieden und mißmutig geworden ist. Subalterne Gesinnung greift immer mehr um sich. Im Vertrauen gesagt. Wir wollen es positiv ausdrücken: man kann so etwas, wie Sie sich denken, doch nur von einer Lehrerschaft verlangen, deren Arbeit auch öffentlich entsprechend gewertet wird. Wie schlecht aber bezahlt das deutsche Volk seine Pädagogen, nicht bloß die schlechten, sondern auch die guten und die besten. Man kann sich kaum noch eine größere Zeitung halten, kaum eine Zeitschrift; Bücher zu kaufen, wagt man mit Rücksicht auf den Haushalt nicht mehr. An eine Reise oder dergleichen ist vollends nicht mehr zu denken. Man merkt es beinahe täglich im Verkehr mit Kaufleuten, Ingenieuren, Industriellen usw., wie tief man wirtschaftlich und sozial schon gesunken ist.

Wir sollen die Schüler lehren, ihren Anteil an der Kulturaufgabe des deutschen Volkes zu finden. Das können wir nur, wenn wir selbst einen sicheren Anteil an der deutschen Kultur haben und behalten. Dieser Anteil ist heute durchaus in Frage gestellt. Man schämt sich eigentlich, das zu sagen. Aber es ist Tatsache. Das deutsche Volk will gute Schulen und gute Lehrer. Aber es will kein Geld für diese Dinge ausgeben.

Digitized by Google

Das Arbeitskammergesetz ist in der Kommission auf einen kritischen Punkt geraten. Die Parlamentsvertreter haben mit 15 gegen 13 Stimmen den territorialen Aufbau der Kammern verlangt, der Entwurf des Reichsamts des Innern hatte die fachliche Gliederung vorgesehen, und der Regierungsvertreter hat nun dem Kommissionsbeschluß ein Unannehmbar entgegengesetzt. Leider sind die Berichte über die Kommission so dürftig gewesen, daß man kein klares Bild vom Gang der Verhandlungen erhielt. Hoffentlich kommt man über den gegenwärtigen Konflikt hinweg, denn es wäre peinlich genug, wenn an einer Stelle, bei der man nach all dem Vorangegangenen eine glatte Lösung erwarten durfte, neue Hemmungen sich erheben würden. Sachlich liegt die Sache so, daß die Arbeiterschaft, gleichgültig welcher Richtung sie angehören mag, in dieser Frage einig geht und daß sie sich darauf berufen kann, daß die Handels- und Handwerkskammern auch territorial aufgebaut sind. Die fachliche Gliederung des gewerblichen Lebens ist in allen Teilen eine Angelegenheit der freien Organisation geworden. Man kann theoretisch darüber streiten, ob dies in allen Teilen der richtige Weg war und ist, aber in der konkreten Sachfrage liegt kein dringlicher Grund vor, das System gerade von einem Punkt aus umzubauen, bei dem man heute eine ruhige und friedliche Verständigung wünschen muß.

Lenins Trost an die finnländischen Genossen. „Hufvudstadsbladet" vom 12. Juni schreibt: In dem offiziellen Organ der russischen Regierung „Iswestija" in Moskau wird eine Rede veröffentlicht, die Lenin vor einiger Zeit in einer Versammlung des Rates über die Weltrevolution gehalten hat und bei der er u. a. den finnländischen Rote Gardisten-Aufruhr erwähnte.

Lenin stellte fest, daß sich augenblicklich eine gewisse Energie in den bürgerlichen Kreisen aller europäischen Länder bemerkbar macht. Dieses beruht u. a. darauf, daß die russische Revolution noch nicht in der Lage war, Ordnung und Disziplin unter ihren Anhängern zu verbreiten. Die Bürgerlichen anderer Länder haben auf die chaotischen Zustände in Rußland hinweisen können und agitieren mit dieser Tatsache.

Auch die Niederlage der Roten in Finnland ist ein schwerer Schlag für die ganze Revolution, weil sie in hohem Grade die Pläne erschüttert und jedenfalls vorläufig die Aussichten für ein Gelingen vernichtet hat. Der Weg zur Weltrevolution geht indessen über Finnland und von dort weiter durch Skandinavien, und wenn das Ziel nicht auf andere Weise erreicht wird, hinter dem Rücken des deutschen Imperialismus. Die Niederlage der Finnländer beruhte auf der zu kurzen Erfahrung in der Anwendung der Diktatur des Proletariats, auf Uneinigkeit und vor allem auf falschen Berechnungen. Die Bürgerlichen waren in Finnland dieses Mal noch die Stärkeren und dasselbe Verhältnis dürfte noch eine recht lange Zeit währen. Diese Tatsachen soll aber die finnländischen Brüder nicht entmutigen, die jetzt zusammen mit ihren russischen Genossen den Weg für die Weltrevolution bahnen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35. Schöneberger Ufer 36 a. I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

In Kürze erscheint:

Der Liebhaber-Bibliothek fünfzigster Band

DER SPIEGEL

Anekdoten zeitgenössischer deutscher Erzähler

Die Sammlung übernimmt *erstmalig* eine bewußte Wiederbelebung der *anekdotischen Erzählungsform* in der *zeitgenössischen Dichtung.* — Sie enthält u. a. noch nicht in Buchform Veröffentlichtes

von

Hans Bethge, Rudolf G. Binding, Carl Bulke, Paul Ernst, Herbert Eulenberg, Karl Federn, Otto Flake, Alexander von Gleichen-Rußwurm, Karl Henkell, Hermann Hesse, Rudolf Huch, Karl Scheffler, Peter Scher, Wilhelm von Scholz und Wilhelm Schussen.

Herausgegeben und eingeleitet von

Karl Lerbs

Preis geheftet Mark 2.— / Preis gebunden Mark 3.—

Gustav Kiepenheuer Verlag in Weimar

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage
Mirks. Heilverf.
Diätetische
Zweiganst.
tägl. 6 M.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu

Monatlich 3 Mark bei allen Postanstalten
und beim Verlag: Ullstein & Co, Berlin SW

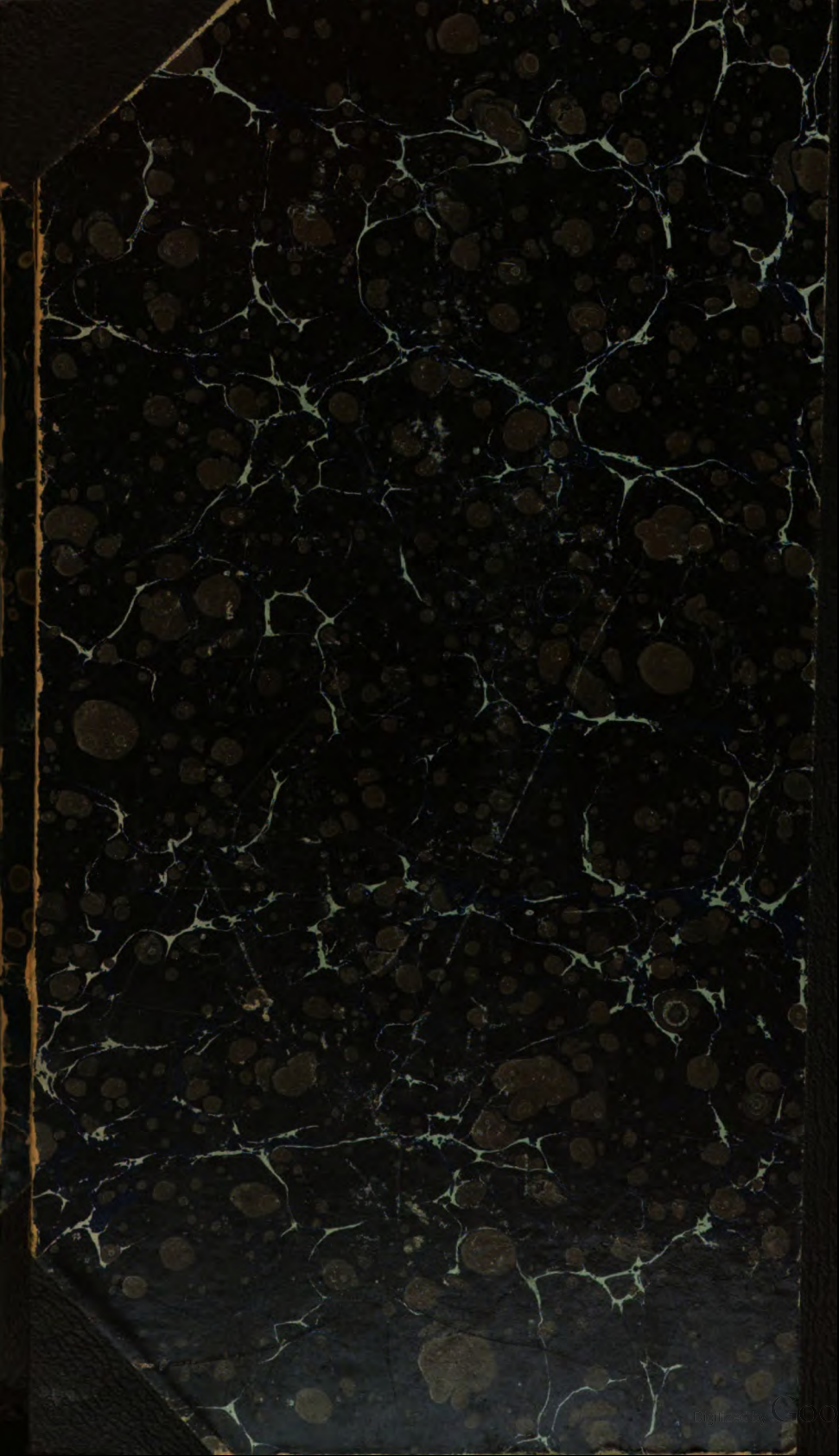
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 040

gle


Digitized by Google